

NATÜRLICHE PERSONEN 2018 - ANWEISUNGEN ZUM AUSFÜLLEN

STEUERZEITRAUM 2017

HEFT 1

PERSONENANGABEN Abfassung der Titelseite

MITVERSICHERTE FAMILIENANGEHÖRIGE

ÜBERSICHT RA – Einkünfte aus Grundbesitz

ÜBERSICHT RB – Einkünfte aus Gebäudebesitz und sonstige Angaben

ÜBERSICHT RC – Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit

ÜBERSICHT CR – Steuerguthaben

ÜBERSICHT RP – Aufwendungen und Ausgaben

ÜBERSICHT LC – Ersatzbest. Auf mieteinnahmen

ÜBERSICHT RN – Berechnung der IRPEF

ÜBERSICHT RV – Regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag

ÜBERSICHT DI – Ergänzender Erklärung

ÜBERSICHT RX – Verrechnungen und Rückerstattungen

HEFT 2

ÜBERSICHT RH Rheinkünfte aus Beteiligung an Personengesellschaften und an gleichgestellten Organisationen

ÜBERSICHT RL Sonstige Einkünfte

ÜBERSICHT RM Der getrennten Besteuerung und der Ersatzsteuer unterzogene Einkommen

ÜBERSICHT RT Mehrerlöse Finanzieller Natur

ÜBERSICHT RR Versicherungsbeiträge

FORM RW Investitionen und Finanzvermögen im Ausland, Meldepflicht - IVIE/IVAFE

ÜBERSICHT AC Mitteilung des Kondominiumverwalters

NICHT ANSÄSSIGE Leitfaden zur Abfassung

NATÜRLICHE PERSONEN des Vordruckes REDDITI 2018

HEFT 3

Allgemeine Anleitungen für die Übersichten RE - RF - RG - RD - RS
Neuerungen bei der Regelung des Betriebseinkommens und des Einkommens aus selbständiger Arbeit

ÜBERSICHT RE Selbständige Arbeit, Einkünfte aus der Ausübung von künstlerischen und freiberuflichen Tätigkeiten

ÜBERSICHT RF Unternehmen mit ordentlicher Buchhaltung

ÜBERSICHT RG Unternehmen mit vereinfachter Buchhaltung
ÜBERSICHT LM Jungunternehmer und Arbeitnehmer in Mobilität - pauschales Besteuerungssystem

ÜBERSICHT RD Tierzucht, Pflanzenzucht und sonstige landwirtschaftliche Tätigkeiten

ÜBERSICHT RS Allgemeine Aufstellungen der Übersichten RA, RD, RE, RF, RG, LM e RH

ÜBERSICHT RQ Ersatzsteuern und Irpef-Zusatzsteuern

ÜBERSICHT RU Zu Gunsten von Unternehmen gewährte Steuerguthaben

ÜBERSICHT FC Einkünfte der beherrschten Subjekte, die in Staaten oder Gebieten mit begünstigter

ÜBERSICHT CE Steuerguthaben auf im Ausland erzielte Einkünfte

ÜBERSICHT TR Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland

IRPEF

REDDITI ERKLÄRUNG 2018

NATÜRLICHE PERSONEN

DIE DIENSTE FÜR DEN STEUERBEISTAND

Für weitere Informationen wird auf den Punkt „Dienste für den Steuerzahler“ im Anhang verwiesen.



Beistand bei den Ämtern

Bei den Ämtern erhalten Sie Informationen allgemeiner Art über die Steuerregelungen und die Abfassung der Erklärung REDDITI für natürliche Personen. Mithilfe des Dienstes „Trova l'Ufficio“ auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it finden Sie das nächstgelegene zuständige Amt der Agentur der Einnahmen.



Telefonischer Beistand

Wenn Sie eine der folgenden Telefonnummern anrufen und den vom System gegebenen Anweisungen folgen, werden Sie mit einem **Mitarbeiter des Call Centers** oder mit dem **automatischen Anrufdienst** verbunden.

Anrufe aus dem Festnetz **848.800.444** – Kosten des Telefongesprächs: Ortstarif nach Zeit.

Anrufe aus dem Mobilfunknetz **06.96668907** – Die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer, dessen Höhe vom Tarifplan des eigenen Anbieters abhängt.

Anrufe aus dem Ausland **0039.06.96668933** – Die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer.

Ferner ist es durch die Zusendung einer **SMS** an die Nummer **320.43.08.444** möglich, einfache Steuerinformationen zu erhalten, die an das Mobiltelefon gesendet werden.

■ CALL CENTER MIT MITARBEITER

Das Call Center ist von montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr besetzt. Das Call Center erbringt folgende Dienste:

- Allgemeine Steuerinformationen;
- einen Dienst für befähigte Vermittler ausschließlich für die „telematischen Benachrichtigungen“ über Mitteilungen bezüglich der Steuererklärungen;
- Informationen über die telematische Übermittlung der Erklärungen;
- Informationen über Rückerstattungen;
- Assistenz bei Mitteilungen und Zahlungsbescheiden, die nach automatisierten Kontrollen ausgestellt werden.

■ AUTOMATISCHER ANRUFDIENST

Mit dem automatischen Anrufdienst ist Folgendes möglich:

- Sie können die Ust-IdNr. der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft prüfen;
- Sie können einen Termin vereinbaren.

■ TERMINVEREINBARUNG

Der Dienst ermöglicht es den Steuerzahlern, die sich ins Amt begeben müssen, mit einem Beamten einen Termin zu vereinbaren, um unnötige Wartezeiten an den Schaltern zu vermeiden. Der Termin kann rund um die Uhr vereinbart werden. Zudem kann der Steuerzahler den Tag und die Uhrzeit, das Amt, in das er sich begeben möchte, und die gewünschte Serviceleistung auswählen.

Der Termin kann folgendermaßen vereinbart werden:

- Über das Internet;
- durch einen Anruf unter den o. g. Telefonnummern.

INHALTSVERZEICHNIS ■ REDDITI Natürliche Personen 2018 ■ HEFT 1

I. ALLGEMEINE ANLEITUNGEN	3	8. Übersicht CR – Steuerguthaben	46
1. Was ist der Vordruck REDDITI und für wen ist er	3	9. Übersicht RP – Aufwendungen und Ausgaben	50
2. Wie setzt sich der Vordruck REDDITI Natürliche Personen zusammen und wie wird er verwendet	3	10. Übersicht LC – Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen	82
3. Wer ist von der Einreichung der Erklärung befreit	4	11. Übersicht RN – Berechnung der IRPEF	84
4. Wer ist zur Einreichung der Erklärung verpflichtet	5	12. Übersicht RV – Regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag	105
5. Fristen und Modalitäten zur Einreichung der Erklärung	5	13. Übersicht DI – Ergänzende Erklärung	110
6. Zahlungsmodalitäten und -Fristen	7	14. Übersicht RX – Ergebnis der Erklärung	111
7. Der Ausgleich	9		
II. LEITFADEN ZUR ABFASSUNG DER ERKLÄRUNG	10		
1. Die Neuheiten in diesem Jahr	10		
2. Vorinformationen	11		
3. Abfassung der Titelseite	13		
4. Familienangehörige zu Lasten	20		
5. Übersicht RA – Einkünfte aus Grundbesitz	22		
6. Übersicht RB – Einkünfte aus Gebäudebesitz und sonstige Angaben	26		
7. Übersicht RC – Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit	36		

ANHANG

AUFSTELLUNG DER STAATEN UND LÄNDER IM AUSLAND

TABELLE DER STEUERSÄTZE DER REGIONALEN IRPEF-ZUSATZSTEUER FÜR DAS STEUERJAHR 2018

FÜR DIE FREIWILLIGE ZUWENDUNG VON ZWEI PROMILLE DER IRPEF ALS BEGÜNSTIGTE ZUGELASSENE POLITISCHE PARTEIEN

TEIL I: ALLGEMEINE ANLEITUNGEN

1. Was ist der Vordruck REDDITI und für wen ist er

Der Vordruck REDDITI ist ein Vordruck mit dem die Steuererklärung eingereicht werden kann.

In den einzelnen Vordrucken werden die Kürzel hervorgehoben, die die verschiedenen Gruppen von Steuerpflichtigen ausmachen, die zur Verwendung des Erklärungsdruckes gehalten sind: PF für die natürlichen Personen, ENC für die nicht gewerblichen Körperschaften und gleichgestellten, SC für die Kapitalgesellschaften, gewerblichen Körperschaften und gleichgestellte, SP für die Personengesellschaften und gleichgestellte.

Der 2018 vorzulegende Vordruck wurde in blauer Farbe vorbereitet. Es ist jedoch auch der einfarbige Ausdruck in schwarzer Farbe zulässig.

2. Wie setzt sich der Vordruck REDDITI Natürliche Personen zusammen und wie wird er verwendet

Der Vordruck REDDITI für die Einkommensteuererklärung besteht aus:

■ HEFT 1 (für alle Steuerpflichtigen obligatorisch) unterteilt in:

- TITELSEITE bestehend aus drei Seiten: Die erste mit den Angaben, die den Erklärenden identifizieren und das Informationsblatt über den Datenschutz, die zweite und die dritte, die Informationen bezüglich des Erklärenden und der Erklärung enthalten;
- Die Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder, die Übersichten RA (Einkünfte aus Grundbesitz), RB (Einkünfte aus Gebäudebesitz), RC (Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit), RP (Aufwendungen und Ausgaben), LC (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen), RN (Berechnung der IRPEF), RV (Irfef-Zuschläge), CR (Steuer Guthaben), DI (Ergänzende Erklärung) und RX (Ergebnis der Erklärung) C;

■ HEFT 2, das Folgendes enthält:

- Die Übersichten für die Erklärung der Versicherungsbeiträge und andere Einkünfte der Steuerzahler, die nicht zur Buchhaltung verpflichtet sind; die Übersicht RW (Investitionen im Ausland) sowie die Übersicht AC (Kondominiumsverwalter);
- die Anleitungen zur Abfassung der Erklärung, die den nicht ansässigen Subjekten vorbehalten ist;

■ HEFT 3, das Folgendes enthält:

- Die Übersichten für die Erklärung anderer Einkünfte seitens der Steuerzahler, die zur Buchhaltung verpflichtet sind.

Die Steuerpflichtigen, die nur **Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Grundstücken oder Gebäuden** bezogen haben, fassen das Heft 1 des Vordrucks REDDITI. Zum Beispiel: Ein Arbeitnehmer, der auch über Mieterträge verfügt, verwendet neben der Titelseite auch die Übersicht RC zur Angabe des Einkommens aus unselbständiger Arbeit; die Übersicht RB zur Angabe der Mieterträge und die Übersichten RN und RV zur Berechnung der Einkommensteuer IRPEF und der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer.

Die **Inhaber einer USt-ID-Nr.** müssen das Heft 1 und die eventuellen zusätzlichen in den Heften 2 und 3 enthaltenen Übersichten abfassen. Die Steuerpflichtigen, die zur Erklärung der **Investitionen im Ausland und der Übertragungen in das und aus dem Ausland** gehalten sind, müssen den im Heft 2 enthaltenen Vordruck RW abfassen. Wer zu den Mitteilungen als **Verwalter der Hausgemeinschaft** gehalten ist, muss die im Heft 2 enthaltene Übersicht AC abfassen.

Bei Befreiung von der Vorlage der Einkommensteuererklärung müssen die Übersicht RW und die Übersicht AC zusammen mit der Titelseite des Vordrucks REDDITI 2018 mit den Modalitäten und zu den Fristen, die für die Vorlage dieses Vordrucks vorgesehen sind, vorgelegt werden.

Die Steuerpflichtigen, die den **Vordruck 730/2018** vorlegen, müssen in einigen **Sonderfällen** wie zum Beispiel jene, die die Subjekte betreffen, die einige Einkommen aus Auslandsquelle, Kapitalzuwachs und/oder Investitionen im Ausland erklären müssen, auch die Übersichten RM, RT und RW zusammen mit der Titelseite des Vordrucks REDDITI vorlegen. Als Alternative zu den oben beschriebenen Modalitäten können die Steuerpflichtigen gänzlich den Vordruck REDDITI verwenden. Für weitere Informationen und Vertiefungen siehe Anhang unter dem Eintrag "Vordruck 730 und Abfassen einiger Übersichten des Vordrucks REDDITI PF" sowie die im Vordruck 730 und im Heft 2 des Vordrucks REDDITI mit Bezugnahme auf die entsprechenden Übersichten zur Verfügung gestellte Anleitung.

Für die Mitteilung der Angaben bezüglich der Anwendungszwecke der **Sektorstudien** muss der Steuerpflichtige die getrennt genehmigten Vordrucke verwenden. Für die Mitteilung der Angaben bezüglich der Anwendungszwecke der **Parameter** muss der Steuerpflichtige die zusammen mit dem Vordruck für die Steuererklärung genehmigten Vordrucke verwenden.

3. Wer ist zur Einreichung der Erklärung verpflichtet

Der Steuerpflichtige muss zunächst kontrollieren, ob er zur Vorlage der Erklärung verpflichtet ist oder ob er unter die in den nachstehenden Tabellen aufgeführten Befreiungsfälle fällt (als Hauptwohnung und Zubehör gelten diejenigen, für die im Jahr 2017 keine IMU fällig ist).

BEFREIUNGSFÄLLE

**Der Steuerpflichtige, der ausschließlich die in der ersten Spalte angegebenen Einkommen bei Eintritt der in der zweiten Spalte beschriebenen Bedingungen besitzt, ist von der Vorlage der Erklärung befreit.
Die Steuerbefreiung wird nicht angewandt, wenn der Steuerpflichtige den IRPEF-Bonus zur Gänze oder zum Teil zurückzuerstatten muss.**

ART DES EINKOMMENS	BEDINGUNGEN
Hauptwohnung, entsprechendes Zubehör und andere unvermietete Gebäude (*)	
Unselbstständige Arbeit oder Rente	1. Von einem einzigen Steuersubstitut, das verpflichtet ist, die Steuervorauszahlungen vorzunehmen, gezahlte Einkommen oder die von mehreren Substituten gezahlt werden, vorausgesetzt, dass sie vom Letzten, der den Ausgleich vorgenommen hat, zertifiziert werden 2. Die Abzüge für den Ehegatten und unterhaltsberechtigten Familienangehörige stehen zu und die regionalen und kommunalen Zusatzsteuern sind nicht zu entrichten
Unselbstständige Arbeit oder Rente + Hauptwohnung, entsprechendes Zubehör und andere unvermietete Gebäude (*)	
Arbeitsverhältnisse der geregelten und fortwährenden Zusammenarbeit einschließlich der Projektarbeiten. <i>Davon ausgeschlossen sind Zusammenarbeiten mit nicht professionellem administrativen Verwaltungscharakter, die zugunsten von Amateursportvereinen und -vereinigungen erbracht werden</i>	
Befreite Einkommen. Beispiele: <i>ausschließlich für dauerhafte Invalidität oder für Tod von Inail gezahlte Erträge, einige Stipendien, Kriegsrenten, ordentliche Vorzugsrenten, die Wehrpflichtigen gezahlt werden, Renten, Entschädigungen einschließlich Begleitungsentschädigungen und vom Innenministerium für Zivilblinde, Taube und Zivilinvaliden ausgezahlte Zuwendungen, Unterstützungszahlungen zugunsten der Leprakranken, Sozialrenten</i>	
Einkommen, die der Ersatzsteuer unterliegen (unterscheiden sich von den Einkommen, die der Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen unterliegen). Beispiele: <i>Zinsen auf BOT oder auf sonstige Titel der Staatsschuld</i>	
Einkommen, die dem Quellenabzug als Steuer unterliegen. Beispiele: <i>Zinsen auf Bank- oder Postscheckkonto; Einkommen aus gemeinnützlichen Arbeiten</i>	

(*) Die Befreiung wird nicht angewendet, wenn das unvermietete Gebäude in derselben Gemeinde der Hauptwohnung liegt.

BEFREIUNGSFÄLLE MIT EINKOMMENSRENZE

**Der Steuerpflichtige, der ausschließlich die in der ersten Spalte angegebenen Einkommen mit den in der zweiten Spalte vorgesehenen Einkommensgrenzen bei Eintritt der in der dritten Spalte beschriebenen Bedingungen besitzt, ist von der Vorlage der Erklärung befreit.
Die Steuerbefreiung wird nicht angewandt, wenn der Steuerpflichtige den IRPEF-Bonus zur Gänze oder zum Teil zurückzuerstatten muss.**

ART DES EINKOMMENS	EINKOMMENSRENZE (gleich oder unter)	BEDINGUNGEN
Grundstücke und/oder Gebäude (einschließlich Hauptwohnung und Zubehör)	500	
Unselbstständige oder gleichgestellte Arbeit + andere Einkommensstypologien (*)	8.000	Arbeitszeitraum nicht unter 365 Tagen Rentenzeitraum nicht unter 365 Tagen.
Rente + andere Einkommensstypologien (*)	8.000	<i>Die Abzüge für den Ehegatten und unterhaltsberechtigten Familienangehörige stehen zu und die regionalen und kommunalen Zusatzsteuern sind nicht zu entrichten. Wenn das Steuersubstitut die Einbehalte vorgenommen hat, kann der Steuerpflichtige das Guthaben durch Vorlage der Erklärung zurückgewinnen.</i>
Rente + Grundstücke + Hauptwohnung und Zubehör (Garage, Keller usw.)	7.500 (Rente) 185,92 (Grundstücke)	
Rente + andere Einkommensstypologien (*)	8.000	<i>Die Abzüge für den Ehegatten und unterhaltsberechtigten Familienangehörige stehen zu und die regionalen und kommunalen Zusatzsteuern sind nicht zu entrichten. Wenn das Steuersubstitut die Einbehalte vorgenommen hat, kann der Steuerpflichtige das Guthaben durch Vorlage der Erklärung zurückgewinnen.</i>
Vom Ehegatten regelmäßig gezahlte Unterstützungszahlung + andere Einkommensstypologien (*) <i>Davon ausgenommen die regelmäßige Unterstützungszahlung für den Unterhalt der Kinder</i>	8.000	
Der unselbstständigen Arbeit gleichgestellte Einkommen und sonstige Einkommen, für die der vorgesehene Abzug nicht auf den Arbeitszeitraum bezogen wird. Beispiel: <i>für die im Gebäude freiberufliche Tätigkeit von den Beschäftigten des nationalen Gesundheitsdienstes bezogene Vergütungen, Einkommen aus gelegentlichen Handelstätigkeiten, Einkommen aus gelegentlicher selbstständiger Arbeit</i>	4.800	
Vergütungen aus Amateursporttätigkeit	28.158,28	

(*) das Gesamteinkommen muss berechnet werden, ohne die Einkünfte in Bezug auf die Hauptwohnung und ihr Zubehör zu berücksichtigen.

ALLGEMEINE BEFREIUNGSBEDINGUNG

Generell ist der Steuerpflichtige, der nicht zur Haltung der Buchführung gehalten ist und der über Einkommen verfügt, für die eine Steuer von maximal Euro 10,33 gemäß der Darlegung des folgenden Schemas fällig wird, von der Vorlage der Erklärung befreit:

Steuerpflichtige, die nicht zur Haltung der Buchführung gehalten sind und sich in der folgenden Bedingung befinden:	
Bruttosteuer (*)	-
Familienabzüge	-
Abzüge für Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Rente und/oder sonstige Einkommen	-
Einbehalte	=
Betrag höchstens Euro 10,33	

(*) Die Bruttosteuer wird auf das Gesamteinkommen nach dem Abzug für die Hauptwohnung und ihr Zubehör berechnet.

4. Wer ist zur Einreichung der Erklärung verpflichtet

Zur Vorlage der Einkommensteuererklärung sind die Steuerpflichtigen verpflichtet, die:

- im Jahre 2017 Einkommen bezogen haben und nicht unter die in den vorstehenden Tabellen aufgeführten Befreiungsfälle fallen;
- die zur Haltung einer Buchführung verpflichtet sind (wie im Allgemeinen die Inhaber einer USt-ID-Nr.), auch wenn sie kein Einkommen bezogen haben.

Insbesondere sind zur Vorlage der Steuererklärung verpflichtet:

- Die Arbeitnehmer, die den Arbeitgeber gewechselt haben und im Besitz mehrerer Bescheinigungen über nicht selbstständige und dieser gleichgestellter Arbeit (einheitliche Bescheinigung 2018) sind, wenn die Steuer in Bezug auf das Gesamteinkommen die Gesamtsumme der vorgenommenen Steuereinbehalte um mehr als 10,33 Euro übersteigt;
- die unselbstständigen Erwerbspersonen, die direkt von dem INPS oder von anderen Körperschaften Entschädigungen und Beträge als Lohnergänzung oder anderem Titel bezogen haben, wenn fälschlicherweise nicht die Einbehalte vorgenommen wurden oder wenn nicht die in den vorstehenden Tabellen aufgeführten Befreiungsbedingungen zutreffen;
- die unselbstständigen Erwerbspersonen, denen das Steuersubstitut nicht oder nur teilweise zustehende Absetzungen vom Einkommen und/oder Steuerabzüge anerkannt hat (auch wenn sie nur eine einzige einheitliche Bescheinigung 2018 besitzen);
- die unselbstständigen Erwerbspersonen, die Entlohnungen und/oder Einkommen von Privatpersonen bezogen haben, die von Gesetzes wegen nicht zur Vornahme der Akontoabgaben verpflichtet sind (zum Beispiel Hausangestellte, Fahrer und andere Hausbeauftragte);
- die Steuerpflichtigen, die Einkommen erzielt haben, auf die die Steuer getrennt angewandt wird (mit Ausschluss der Einkommen, die nicht in der Erklärung angegeben werden müssen – wie die Dienstaltersentschädigungen und gleichwertige, die Entschädigungen für die Beendigung der Beziehungen der geregelten und fortwährenden Zusammenarbeit, auch wenn sie als Erben bezogen werden –, wenn sie von Subjekten ausgezahlt werden, die zu Vornahme von Quellenabzügen verpflichtet sind);
- die unselbstständigen Erwerbspersonen und/oder Empfänger von diesen gleichgestellten Einkommen, von denen nicht oder nicht im fälligen Umfang die kommunale und regionale Zusatzsteuer zur IRPEF einbehalten wurde. In diesem Fall besteht nur die Pflicht, wenn der für jede Zusatzsteuer fällige Betrag Euro 10,33 übersteigt;
- die Steuerpflichtigen, die Veräußerungsgewinne und Kapitaleinkommen erzielt haben, die der Ersatzsteuer zu unterziehen und in den Übersichten RT und RM anzugeben sind.



Auch falls Sie nicht verpflichtet sind, können sie trotzdem die Einkommenserklärung einreichen, damit getragene Aufwendungen, nicht zugesprochene bzw. im niedrigen als im zustehenden Ausmaß zugesprochene Abzüge und/oder Absetzungen geltend gemacht werden können bzw. damit die Rückerstattung von Überschüssen, die aus der für das Jahr 2016 eingereichten Einkommenserklärung oder aus Akontozahlungen hervorgehen, die im selben Jahr eingezahlt wurden, beantragt werden können.

5. Fristen und Modalitäten zur Einreichung der Erklärung

Wann wird die Erklärung vorgelegt

Aufgrund der Bestimmungen des D.P.R. Nr. 322 von 1998 in der jeweils gültigen Fassung muss der Vordruck REDDITI Natürliche Personen 2017 innerhalb der folgenden Fristen eingereicht werden:

- vom 2. Mai 2018 bis zum 2. Juli 2018, wenn die Vorlage des Papiervordrucks **bei einem Postamt erfolgt**;
- bis zum 2. Oktober 2018, wenn die Einreichung **auf telematischem Weg** direkt vom Steuerzahler vorgenommen wird oder von einem zur Übermittlung der Daten berechtigten Vermittler übermittelt wird.

Im Sinne des Art. 1, Abs. 932 des Gesetzes Nr. 205 vom 27. Dezember 2017, für die Jahre, in denen die Bestimmungen gemäß Art. 21 des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 78 vom 31. Mai 2010 - mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 122 vom 30. Juli 2010 umgewandelt – verwandt werden, ist die Frist für die Einreichung der Erklärungen der im Art. 2 der Regelung laut dem D. P. R. Nr. 322 vom 22. Juli 1998 angegebenen Subjekte, deren Fälligkeitstermin am 30. September war, am 31. Oktober vereinbart.

Die Fristen, die auf einen Samstag oder einen Sonn-/Feiertag fallen, sind bis zum ersten darauffolgenden Werktag verlängert.

Wie wird die Erklärung eingereicht

Mit Ausnahme der unten beschriebenen Fälle **müssen die Steuerpflichtigen die Erklärung Vordruck REDDITI 2018 ausschließlich auf telematischem Wege** direkt oder durch ermächtigten Vermittler einreichen.

Von dieser Verpflichtung befreite Steuerzahler können den Vordruck REDDITI 2018 in Papierform einreichen. Es handelt sich um folgende Steuerzahler:

- obwohl Sie Einkommen haben, die mit dem Vodr. 730 erklärt werden können, können Sie den Vodr. 730 nicht einreichen;
- um jene, die zwar berechtigt sind den Vodr. 730 einzureichen, jedoch die entsprechenden Übersichten des Vordruckes REDDITI (RM RT, RW) verwenden müssen, um einige Einkünfte erklären oder Daten mitteilen zu können;
- um jene, die die Erklärung für verstorbene Steuerzahler einreichen müssen.

Verfügbarkeit der Vordrucke

Die Vordrucke für die Erklärung und die entsprechenden Anleitungen werden im Elektronikformat auf der Internetseite der Agentur der Einnahmen www.agenziaentrate.gov.it zur Verfügung gestellt.

Es ist auch möglich die Erklärungen verfassen, indem die mit Informatikmitteln vorbereiteten Vordrucke verwendet werden, vorausgesetzt, dass diese mit den von der Agentur der Einnahmen genehmigten Vordrucken übereinstimmen (Vordrucke mit durchgehendem Streifen, die mit Laser-Drucker gedruckt werden). Die oben genannten Vordrucke können in Schwarz und Weiß gedruckt werden. Auf derselben Internetseite steht ebenfalls ein elektronisches Sonderformat für diejenigen zur Verfügung, die Drucksysteme für die nachfolgende Vervielfältigung verwenden.

Es wird genau bestimmt, dass die HEFTE 1 und 2 auch kostenlos bei den Gemeindeämtern abgeholt werden können.

Modalitäten der Einreichung

Die Erklärung REDDITI Natürliche Personen kann auf folgendem Weg eingereicht werden:

- a) Auf telematischem Weg, direkt vom Erklärenden;
- b) Auf telematischem Weg, durch einen zugelassenen Vermittler im Sinne des Artikels 3, Abs. 3 des D.P.R. vom 22. Juli 1998, Nr. 322 und nachfolgende Änderungen;

c) durch Vorlage einer schriftlichen Kopie in einem Postamt in den vorgesehenen Fällen.

Im Fall einer telematischen Einreichung gilt der Tag als Einreichungsdatum, an dem der Empfang der Daten seitens der Agentur der Einnahmen abgeschlossen wird. Die Einreichung der Erklärung wird durch die elektronische zugesandte Mitteilung bescheinigt, die den erfolgten Empfang der Daten bestätigt.



Durch den telematischen Dienst wird sofort nach der Einsendung eine Nachricht zugesandt, die allerdings nur den erfolgten Empfang der Datei bestätigt. Erst im Nachhinein wird dem Nutzer eine weitere Mitteilung zugestellt, die das Ergebnis der durchgeführten Bearbeitung der empfangenen Daten bestätigt, und die bei Nichtvorliegen von Unregelmäßigkeiten die erfolgte Einreichung der Mitteilung bestätigt.

a) Direkte Übermittlung von Seite des Steuerzahlers

Die Subjekte, die die Wahl treffen die eigene Erklärung direkt zu übermitteln, müssen die Telematikdienste Entratel oder Fisconline auf der Grundlage der entsprechenden Vorbedingungen für die Zulassung benutzen.

Für die Modalitäten zur Zulassung besuchen Sie den entsprechenden Bereich der Internetseite der Agentur der Einnahmen

b) Einreichung durch einen befugten Vermittler

Die gemäß Art. 3, Absatz 3 des D.P.R. vom 22. Juli 1998, Nr. 322 und nachfolgende Änderungen zugelassenen Vermittler sind dazu verpflichtet, auf telematischem Weg an die Agentur der Einnahmen sowohl die von ihnen im Namen des Erklärenden erstellten Erklärungen zu übermitteln, als auch die, die vom Erklärenden selbst erstellt wurden, und für die sie die Aufgabe zur telematischen Einreichung übernommen haben.

Zur telematischen Einreichung der von ihnen erstellten Erklärungen sind zugelassene Vermittler der folgenden Kategorien verpflichtet:

- Steuerberater, Rechnungsführer und Sachverständige im Handelswesen sowie Unternehmensberater im Personalwesen, die in die jeweiligen Berufsregister eingetragen sind;
 - die Personen, die ab dem 30. September 1993 in die Berufsverzeichnisse der Sachverständigen und Experten eingetragen sind, die bei den Handelskammern für die Unterkategorie der Abgaben geführt werden, und die im Besitz eines Hochschulabschlusses in Rechtswissenschaften oder in Wirtschaft und Betriebsführung sind oder einen gleichgestellten Abschluss oder ein Diplom im Rechnungswesen besitzen;
 - Personen, die im Berufsregister der Rechtsanwälte eingetragen sind;
 - Personen, die im Register der Rechnungsprüfer gemäß G.v.D. Nr. 88 vom 21. Januar 1992 eingetragen sind;
 - Gewerkschaftsverbände für Unternehmenskategorien gemäß Art. 32, Absatz 1, Buchstaben a), b) und c), des G.v.D. N. 241 von 1997;
 - Vereinigungen, die vorwiegend Subjekte vereinigen, die den ethnisch-sprachlichen Minderheiten angehören;
 - CAF für Angestellte;
 - CAF Unternehmen;
 - die Notare, die im Verzeichnis laut Art. 24 des Gesetzes Nr. 89 vom 16. Februar 1913 eingetragen sind;
 - Subjekte, die gewohnheitsmäßig Steuerberatungstätigkeiten ausüben;
 - die in den Berufsregistern eingetragenen Agronomen und Doktoren in Forstwirtschaft, die diplomierten Agrarbetriebswirte und Agrartechniker.
- Überdies sind zur telematischen Einreichung der von Ihnen erstellten Erklärungen Berufskanzleien und Dienstleistungsgesellschaften verpflichtet, in denen mindestens die Hälfte der Gesellschafter oder mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals von in bestimmten Verzeichnissen, Kollegien oder Registern eingetragenen Subjekten gehalten wird, wie im Unternehmensdekret vom 18. Februar 1999 und alle nachfolgenden Dekrete im Sinn des Artikels 3, Absatz 3, Buchst. e) des D.P.R.

Nr. 322 vom 22. Juli 1998 und nachfolgende Abänderungen und Ergänzungen ausgeführt ist.

Diese Subjekte können der Pflicht zur telematischen Übermittlung der Erklärungen nachkommen, indem sie auch beteiligte Gesellschaften in Anspruch nehmen, die von den in den besagten Dekreten aufgeführten nationalen Räten, Berufskammern, Kollegien und Berufsverzeichnissen sowie von den eingetragenen Mitgliedern, den Vereinigungen, die diese vertreten, von den entsprechenden nationalen Fürsorgekassen und von den einzelnen Mitgliedern der genannten Vereinigungen unterstützt werden.

c) Einreichung bei den Postämtern

Für die Einreichung der Erklärung bei den Postämtern, deren Service für den Steuerpflichtigen kostenlos ist, muss die Erklärung so in den Umschlag gesteckt werden, dass das oben links auf der Titelseite angebrachte Dreieck mit dem Dreieck auf der Vorderseite des Umschlages übereinstimmt und dass über das Fenster im Umschlag der Vordrucktyp, das Einreichungsdatum und die Erkennungsdaten des Steuerpflichtigen klar erkennbar sind. Andernfalls nehmen die Postämter die Erklärung nicht entgegen. Die einzelnen Erklärungen bzw. die einzelnen Übersichten, aus denen sich der Vordruck REDDITI zusammensetzt, müssen ohne Klammern und Hefungen in den Umschlag gesteckt werden. Der zu verwendende Umschlag ist bei den Gemeindeverwaltungen kostenlos erhältlich.

Die Postämter sind verpflichtet, für jede übergebene Erklärung eine Quittung auszustellen. Diese Quittung muss vom Steuerpflichtigen als Einreichungsnachweis der Erklärung aufbewahrt werden.

Die Kopie für den Steuerpflichtigen muss neben den persönlichen Unterlagen zur Festsetzung des Betrags der eventuellen im Jahre 2018 zu zahlenden Steuerakontozahlungen aufbewahrt werden.



Die von den Steuerzahlern, die zur Einreichung auf telematischem Wege verpflichtet sind, mittels Postamt eingereichten Erklärungen sind als nicht gemäß dem genehmigten Vordruck erstellt anzusehen und demzufolge wird die Auferlegung einer Geldbuße im Sinne des Art. 8, Absatz 1 des GvD Nr. 471 vom 18. Dezember 1997 erforderlich.

Im Ausland eingereichte Erklärung

Im Ausland ansässige Italienische Staatsbürger und Subjekte, die vorübergehend nicht in Italien wohnen, und die keine Möglichkeit zur telematischen Einreichung besitzen, können die Erklärung aus dem Auslands auch in Papierform übermitteln.

Im Falle einer Übermittlung durch die Post muss die Erklärung in einen normalen Umschlag gesteckt werden, der so groß ist, dass die Erklärung ohne zusammengefasst werden zu müssen, darin Platz findet.

Der Umschlag muss an die Agenzia delle Entrate - Centro Operativo di Venezia, via Giuseppe De Marchi n. 16, 30175 Marghera (VE) – Italien adressiert werden und Folgendes deutlich darauf geschrieben sein:

- Nachname, Vorname und Steuernummer des Steuerpflichtigen;
- der Satz "Contiene dichiarazione Modello REDDITI 2018 Persone fisiche" ("enthält die Erklärung Vordruck REDDITI Natürliche Personen 2017").

Dokumente, die dem Erklärenden als Beleg für die Einreichung der Erklärung auszustellen sind

Basierend auf den enthaltenen Bestimmungen im D.P.R. vom 22. Juli 1998, Nr. 322 und nachfolgende Änderungen sind zugelassene Vermittler zu Folgendem verpflichtet:

- Sie müssen dem erklärenden Subjekt beim Empfang der Erklärung oder bei Übernahme des Auftrags zu deren Abfassung die Verpflichtung zur telematischen Übermittlung der darin enthaltenen Daten an die Agentur der Einnahmen ausstellen. Dabei ist anzugeben, ob die Erklärung bereits ausgefüllt übergeben wurde, oder ob sie durch den Vermittler abgefasst wird. Diese Verpflichtung muss mit Datum versehen sein und unterzeichnet werden, auch wenn sie in freier Form ausgestellt wird. Das Datum dieser Verpflichtung muss zusammen mit der persönlichen Unterschrift und der Angabe der eigenen Steueridentifikationsnummer in der Folge im Feld „Verpflichtung zur telematischen Einreichung“ auf der Titelseite der Erklärung für die telematische Aufnahme in das zentrale Datensystem angegeben werden.
- Ebenso müssen sie dem erklärenden Subjekt innerhalb von 30 Tagen nach der Frist zur telematischen Einreichung der Erklärung das Original der Erklärung übergeben, deren Daten auf telematischem Weg übermittelt wurden, und die auf einem Vordruck in Übereinstimmung mit dem von der Agentur der Einnahmen zugelassenen Vordruck erstellt und vom Steuerpflichtigen ordnungsgemäß unterschrieben wurde, zusammen mit der Kopie der Mitteilung des Eingangs der Erklärung. Besagte Mitteilung stellt für den Erklärenden den Nachweis der erfolgten telematischen Einreichung der Erklärung dar und muss von ihm gemeinsam mit der Originalerklärung und den restlichen Unterlagen für den in Art. 43 des D.P.R. vom 29. September 1973, Nr. 600 für eventuelle Kontrollen aufbewahrt werden.
- Er muss eine Kopie der übermittelten Erklärungen, auch auf Datenträgern, für denselben Zeitraum, in Art. 43 des D.P.R. vom 29. September 1973, Nr. 600 für eine eventuelle Vorlage bei einer Kontrolle aufbewahren. Der Steuerzahler hat die ordnungsgemäße Einhaltung der oben erwähnten Verpflichtungen seitens der Vermittlers zu überprüfen, eventuelle Nichterfüllungen bei jeder Außenstelle der Region zu melden, in der sein Steuerwohnsitz liegt, und sich eventuell an einen anderen Vermittler für die telematische Übermittlung der Erklärung zu wenden, um einen Verstoß wegen unterlassener Einreichung der Erklärung zu vermeiden.

Mitteilung über die erfolgte Übermittlung der Erklärung

Die Mitteilung der Agentur der Einnahmen, die die erfolgte telematische Übermittlung der Erklärung bestätigt, wird auf dem selben Weg an den Subjekt gesendet, der die Erklärung übermittelt hat.

Diese Erklärung kann im Bereich „Belege“ der Internetseite der Agentur der Einnahmen, die den registrierten Nutzern der Telematikdienste vorbehalten ist, eingesehen werden.

Auf jeden Fall kann die Mitteilung über den Empfang ohne zeitliche Begrenzung (sowohl vom Steuerzahler als auch vom Vermittler) bei jeder Außenstelle der Agentur der Einnahmen verlangt werden.

Was die Überprüfung der Rechtzeitigkeit der auf telematischem Weg eingereichten Erklärungen betrifft, so gelten die Erklärungen als rechtzeitig, die innerhalb der vom D.P.R. N. 322 vom 22. Juli 1998 und nachfolgende Änderungen vorgesehenen Fristen übermittelt, vom Telematikdienst jedoch aussortiert wurden, vorausgesetzt, sie werden innerhalb von fünf Tagen ab dem Datum der Mitteilung der Agentur der Einnahmen, die den Grund der Aussortierung angibt, neu übermittelt (vgl. Rundschreiben des Ministeriums für Finanzen – Abteilung der Einnahmen Nr. 195/E vom 24. September 1999).

Verantwortung des befähigten Vermittlers

Im Fall einer verspäteten oder unterlassenen telematischen Übermittlung der Erklärungen durch zugelassene Vermittler wird diesen die von Art. 7-bis des Gesetzesvertretenden Dekrets N. 241 vom 9. Juli 1997 vorgesehene Sanktion auferlegt.

Außerdem ist der Widerruf der Zulassung vorgesehen, wenn bei der Ausübung der Tätigkeit der Einreichung der Erklärungen schwerwiegende oder wiederholte Unregelmäßigkeiten begangen werden, oder beim Vorliegen eines Suspendierungsverfahrens durch die jeweilige berufliche Vereinigung oder im Fall eines Widerrufs der Genehmigung zur Ausübung der Tätigkeit von Seiten der Steuerbeistandszentren.

6. Zahlungsmodalitäten und -Fristen

Zahlungsfristen

Alle aus der Erklärung resultierenden Saldozahlungen einschließlich der ersten Akontozahlung müssen **bis zum 2. Juli 2018** bzw. **bis zum 20. August 2018** geleistet werden.



Steuerzahler, welche die geschuldeten Steuern (die Saldozahlung für das Jahr 2017 und die erste Akontozahlung für das Jahr 2018) zwischen 3. Juli und 20. August 2018 einzahlen, müssen auf die geschuldeten Beträge einen Aufschlag von 0,40 Prozent für die Verzugszinsen dazurechnen.

Die Beträge der Steuern aus der Erklärung, so wie diese in der Erklärung festgesetzt sind, müssen für die Einzahlung auf die nächste Euroeinheit auf- bzw. abgerundet werden. Muss der Gesamtbetrag aus der Erklärung noch verrechnet werden, bevor die Einzahlung durchgeführt wird (Rateneinteilungen), wird die allgemeine Regelung der Auf- bzw. Abrundung der Eurocents angewandt (z.B.: 10.000,752 Euro abgerundet ergeben 10.000,75 Euro; 10.000,755 Euro aufgerundet ergeben 10.000,76 Euro; 10.000,758 Euro aufgerundet ergeben 10.000,76 Euro). Es handelt sich dabei um Beträge, die nicht in der Erklärung sondern direkt im Einzahlungsvordruck F24 anzugeben sind.



Für die aus der Steuererklärung resultierenden Steuern, die nicht über dem Betrag von 12,00 Euro liegen, werden weder Zahlungen noch der Ausgleich der einzelnen Steuern (IRPEF und Zusatzabgaben) geleistet.

Akontozahlungen

Akontozahlungen IRPEF und definitive Ertragsteuer für das Jahr 2018

Im Vordruck REDDITI ist der ggf. fällige Betrag der IRPEF-Akontozahlung und der Anzahlung der definitiven Ertragsteuer für das Jahr 2018 anzugeben. Zur Festlegung der Akontozahlungen wird auf die Anleitungen zu den Zeilen RN61 und LC2 verwiesen.

Für das Jahr 2018 fällige Akontozahlung des kommunalen IRPEF-Zuschlags

Für das Steuerjahr 2018 muss eine Akontozahlung des kommunalen IRPEF-Zuschlags vorgenommen werden. Zur Berechnung der fälligen Akontozahlung wird auf die für Zeile RV17 angeführten Anleitungen verwiesen.

Wie werden die Zahlungen geleistet

Alle Steuerpflichtigen müssen für die Zahlung der Steuern den Zahlungsvordruck F24 verwenden.

Die Steuerpflichtigen mit USt-ID-Nr. sind zur Leistung der Zahlungen auf telematischen Wege zu den folgenden Modalitäten verpflichtet:

1) Direkt:

- mit demselben telematischen Service, der für die Einreichung der Steuererklärungen verwendet wurde;
- unter Inanspruchnahme des Homebanking Services der Banken und der italienischen Post;
- unter Verwendung des Remotebanking Service (CBI), der vom Bankwesen angeboten wird.

2) Mittels der für den telematischen Service Entratel zugelassenen Vermittler, die einem spezifischen Abkommen mit der Agentur der Einnahmen beigetreten sind und die die ihnen von der Agentur der Einnahmen kostenlos zur Verfügung gestellte Software benutzen bzw. die sich der von den Banken und der italienischen Post angebotenen Online-Serviceleistungen bedienen.

Die Steuerpflichtigen ohne USt-ID-Nr. können die Zahlungen mit dem Papiervordruck leisten bzw. die telematischen Zahlungsmodalitäten unter Verwendung der Online-Serviceleistungen der Agentur der Einnahmen oder des Bank- und Postwesens anwenden.

Auf dem Vordruck F24 müssen die Steuernummer, die meldeamtlichen Daten, der Steuerwohnsitz, die Steuerperiode, für die der Saldo oder die Anzahlung geleistet wird sowie die Abgabekodes angegeben werden, die auf der Internetseite der Agentur auffindbar und für die korrekte Berechnung der gezahlten Beträge erforderlich sind.

Die Zahlung kann in bar oder mit Lastschrift auf das Bank- oder Postkonto vorgenommen werden:

- Mit Pago Bancomat-Karten an den ermächtigten Schaltern;
- mit Postamat-Karte, Postschecks, Bankschecks am Platz, Barschecks und Postanweisungen;
- bei den Postämtern;
- mit Bank- und Barschecks in den Banken;
- mit Barschecks und Eigenwechsellern bei den Beitreibungsagenturen.

Die Beträge müssen stets mit den beiden ersten Dezimalstellen angegeben werden, auch wenn diese Zahlen Null sind. Für den Fall, dass der Scheck auch nur teilweise nicht gedeckt oder auf jeden Fall nicht zahlbar sein sollte, gilt die Zahlung als unterlassen.

Bei der Abfassung des Vordr. F24 ist Folgendes zu berücksichtigen:

- Die Zinsen für die geschuldeten, in Raten eingeteilten Beträge aus jedem einzelnen Teil sind insgesamt in einer einzigen Zeile dieses Teiles anzuführen, wobei der entsprechende Abgabekode zu verwenden ist;
- In jeder Zeile kann nur eine der zwei Spalten für die Schulden und Guthaben abgefasst werden. In einer Zeile des Vordruckes kann nur ein einziger Betrag aufscheinen;
- der Mindestbetrag, der im Vordruck für jeden einzelnen Abgabekode anzugeben ist, entspricht 1,03 Euro. Es ist jedoch keine Zahlung zu leisten, wenn der aus der Erklärung hervorgehende Betrag bezüglich der einzelnen Steuer oder Zusatzabgabe unter 12 Euro für die für die Steuer auf Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) und regionalen und kommunalen Zusatzabgaben fälligen Beträge liegen sollten.

Weitere Bestimmungen bezüglich der Modalitäten zur Einreichung des Vordrucks F24 im Fall von Verwendung von Guthaben im Ausgleich

(Die folgenden Bestimmungen können all den Steuerzahlern angewandt werden, sollten sie Inhaber oder nicht Inhaber einer Mehrwertsteuernummer sein – Art. 11, Abs. 2 des G.D. Nr. 66/2014, wie geändert durch den Art. 7-quater, Abs. 31, des G. D. Nr. 193/2016). Die Vordrucke F24 mit Saldozahlung 0 können ausschließlich durch die Dienste „F24 Web“ oder „F24 Online“ der Agentur der Einnahmen, über die telematischen Kanäle Fisconline oder Entratel oder durch einen befugten Vermittler eingereicht werden, der die Vollmachten F24 namens und in Auftrag der Kunden telematisch übermitteln kann. Die Vordrucke F24, die im Ausgleich verwandten Guthaben enthalten, deren endgültige Saldozahlung höher als 0 ist, können ausschließlich telematisch durch die von der Agentur der Einnahmen zur Verfügung gestellten Dienste oder durch die von den mit der Agentur übereingekommenen Erhebungsvermittlern zur Verfügung gestellten Internetbanking-Dienste eingereicht werden. Für die Subjekte, die Inhaber einer Mehrwertsteuernummer sind, bleibt aber in den vom Art. 37, Abs. 49-bis des G.D. Nr. 223/2006 vorgesehenen Fällen die Verpflichtung, ausschließlich die Dienste der Agentur der Einnahmen zu benutzen. Die Steuerzahler, die keine Mehrwertsteuernummer haben, können für jeden Betrag ohne Verwendung von Guthaben im Ausgleich den Vordruck F24 in Papierform bei den Schaltern der mit der Agentur übereingekommenen Erhebungsvermittler einreichen.

Die wichtigsten Abgabe-kodes

4001:	Irpef-Saldozahlung
4033:	Irpef-Akontozahlung – erste Rate
4034:	Irpef-Akontozahlung – zweite Rate bzw. Akontozahlung in einmaliger Zahlung
1668:	Zinsen für Zahlungsaufschub. In Raten aufteilbar – Abteilung Staatsfinanzen
3801:	Regionaler Zuschlag
3844:	Kommunaler Zuschlag - Saldozahlung
3843:	Kommunaler Zuschlag - Akontozahlung
1792:	Ersatzsteuer Pauschalsteuersystem – Saldozahlung
1790:	Ersatzsteuer Pauschalsteuersystem – Anzahlung erste Rate
1791:	Ersatzsteuer Pauschalsteuersystem – Anzahlung zweite Rate oder einzige Zahlung
1842:	Definitive Ertragsteuer für Vermietungen – Saldo
1840:	Definitive Ertragsteuer für Vermietungen – Akontozahlung erste Rate
1841:	Definitive Ertragsteuer für Vermietungen – Akontozahlung zweite Rate oder einmalige Zahlung

Rateneinteilung

Alle Steuerpflichtigen können die für den Saldo und die Steueranzahlung fälligen Beträge in Monatsraten zahlen (einschließlich der, aus der Übersicht RR bezüglich des den Mindestsatz überschreitenden Anteils resultierenden Beiträge), mit Ausnahme der Anzahlung von November, die auf einmal gezahlt werden muss. Auf jeden Fall muss die Ratenzahlung innerhalb des Monats November abgeschlossen sein.

Die Rateneinteilung muss notwendigerweise nicht alle Beträge betreffen. Es kann zum Beispiel die erste Anzahlung der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) in Raten eingeteilt werden und der Saldo auf einmal gezahlt werden, oder umgekehrt.

Die Angaben der Rateneinteilung sind im Feld „Rateneinteilung/Region/Provinz“ des Einzahlungsvordruckes F24 angeführt.

Auf in Raten aufgeteilte Beträge, sind Zinsen im Ausmaß von 4 Prozent im Jahr geschuldet, die laut der handelsüblichen Methode berechnet werden müssen, wobei der Zeitraum ab dem Tag nach Fälligkeit der ersten Rate bis zum Fälligkeitsdatum der zweiten Rate berücksichtigt werden muss.

Es wird daran erinnert, dass die Zinsen aus der Rateneinteilung nicht mit der Steuer kumuliert, sondern getrennt gezahlt werden müssen.

Die Steuerpflichtigen, **die nicht im Besitz einer USt-ID-Nummer sind**, können die erste Rate binnen **2. Juli 2018** bzw. binnen **20. August 2018** zahlen, indem sie den fälligen Betrag um 0,40 Prozent als Zinszahlung erhöhen. Für die folgenden Raten werden die in der folgenden

Tabelle angegebenen Zinsen angewandt:

RATEN	EINZAHLUNG	ZINSEN %	EINZAHLUNG (*)	ZINSEN %
1 ^a	2. Juli		20. August	
2 ^a	31. Juli	0,31	31. August	0,11
3 ^a	31. August	0,64	1. Oktober	0,44
4 ^a	1. Oktober	0,97	31. Oktober	0,77
5 ^a	31. Oktober	1,30	30. November	1,10
6 ^a	30. November	1,63		

(*) In diesem Fall muss der Betrag der Ratenzahlung um 0,40% erhöht werden.

Steuerzahler, **die Inhaber einer MwSt.-Nummer sind**, sind ebenfalls berechtigt, die Zahlung der ersten Rate bis spätestens **2. Juli 2018** bzw. 20. August 2018 vorzunehmen, wobei der geschuldete Betrag um 0,40 Prozent für die Zinsen zu erhöhen ist. Für die folgenden Raten werden die in der folgenden Tabelle angegebenen Zinsen angewandt:

RATEN	EINZAHLUNG	ZINSEN %	EINZAHLUNG (*)	ZINSEN %
1 ^a	2. Juli		20. August	
2 ^a	16. Juli	0,16	20. August	0,00
3 ^a	20. August	0,49	17. September	0,33
4 ^a	17. September	0,82	16. Oktober	0,66
5 ^a	16. Oktober	1,15	16. November	0,99
6 ^a	16. November	1,48		

(*) In diesem Fall muss der Betrag der Ratenzahlung um 0,40% erhöht werden.

7. Der Ausgleich

Der Steuerzahler **hat für die aus der Erklärung** und den periodischen Beitragsmeldungen hervorgehenden **Steuerguthaben und Steuerschulden** gegenüber den verschiedenen Besteuerungsbehörden (Staat, NISF / INPS, lokale Körperschaften, INAIL, ENPALS) die Möglichkeit, den **Ausgleich vorzunehmen**.

Man verwendet den vereinheitlichten Zahlungsvordruck F24, in dem sowohl die verwendeten Guthaben als auch die geschuldeten Beträge in den dafür vorgesehenen Abschnitten eingetragen werden können. Einzuzahlen ist der Differenzbetrag zwischen den Schulden und Guthaben.



Der Vordruck F24 muss jedenfalls von demjenigen, der den Ausgleich tätigt eingereicht werden, auch wenn der Endsaldo kraft des Ausgleichs Null ergibt. Diese Tätigkeit ermöglicht allen Körperschaften von den vorgenommenen Ausgleichen Kenntnis zu erhalten, um so die gegenseitigen Debet- und Kreditposten regeln zu können.

Den Ausgleich können alle Steuerzahler in Anspruch genommen werden, für die sich in der Erklärung bzw. in den periodischen Erklärungen, ein Steuerguthaben ergeben hat. Insbesondere können zum Beispiel Beiträge, die dem NISF / INPS von den Arbeitgebern, von den Auftraggebern projektbezogener Tätigkeiten und Gewährnden sowie von den bei speziellen Rentenversicherungen für Handwerker und Kaufleute eingeschrieben und von den bei getrennten Rentenversicherungen des NISF / INPS eingeschriebenen geschuldet sind, als Ausgleich der genannten Guthaben einheitlich eingezahlt werden. Ausgleichbar ist auch die MwSt., welche für die Anpassung des erklärten Geschäftsvolumens an die Parameter und an die Ergebnisse der Branchenstudien geschuldet ist.

Guthaben aus dem Vordruck REDDITI 2018, können am Tag nach Abschluss des Steuerjahres, für welches die Erklärung einzureichen war für den Ausgleich in Anspruch genommen werden. Im Allgemeinen können die genannten Guthaben ab Januar für den Ausgleich verwendet werden, vorausgesetzt, dass nachstehende Bedingungen gegeben sind:

- Der Steuerzahler ist in der Lage, die entsprechenden Berechnungen durchzuführen;
- das für den Ausgleich in Anspruch genommene Guthabensteht auf Grund der nachfolgenden Erklärungen tatsächlich zu.

Zur Verwendung eines Guthabens im Ausgleich, dessen Betrag 5.000 Euro überschreitet (Art. 3 des G. D. Nr. 50 von 2017), muss man die Anbringung eines Konformitätszeichnens beantragen (Art. 1, Abs. 574 des Stabilitätsgesetzes 2014).

Die Konformitätsbescheinigung ist in Bezug auf Steuerguthaben aufgrund von Steuererleichterungen nicht erforderlich, außer für jene, deren Voraussetzung auf Einkommensteuern und die entsprechenden Zusatzsteuern zurückzuführen ist (siehe in dieser Hinsicht das Rundschreiben Nr. 28 von 2014). Dennoch ist hinsichtlich dieser letzten Art von Steuerguthaben die Konformitätsbescheinigung für die Verwendung des restlichen Guthabens aus der vorhergehenden Erklärung nicht erforderlich, vorausgesetzt, es gibt keine neuen gereiften und verwendeten Guthaben zu einem Betrag über der Obergrenze, ab der die Konformitätsbescheinigung erforderlich ist.

Ab dem Jahr 2014 beträgt die **Höchstgrenze** der Steuerguthaben, die die auf dem Steuerkonto erstattet und/oder verrechnet werden können **Euro 700.000** für jedes Kalenderjahr.

Falls der Betrag des zustehenden Guthabens diese Grenze überschreitet, kann die Rückvergütung des Überschusses auf die vorgesehene Art und Weise beantragt werden bzw. im nächsten Kalenderjahr für den Ausgleich in Anspruch genommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrag der Guthaben für den Ausgleich mit den Schulden derselben Steuer zwecks Höchstgrenze von **700.000 Euro** nicht von Bedeutung ist, wenn der Ausgleich mit Vordr. F24 vorgenommen wird.

Die Subjekte, Inhaber einer Mehrwertsteuernummer, die die Guthaben bezüglich der Einkommenssteuer und der entsprechenden Zusatzsteuer, der Abzüge an der Quelle, der Ersatzsteuer der Einkommenssteuer und der Steuerguthaben, die in der Übersicht RU der Steuererklärung anzugeben sind, im Ausgleich laut Art. 17 des Gv. D. Nr. 241 vom 9. Juli 1997 verwenden möchten.

Die Beträge der Guthaben können zwischen den Rückerstattungsbeträgen und den Beträgen, die auszugleichen sind frei aufgeteilt werden.

Die Beträge der Guthaben, welche der Steuerzahler für den Ausgleich im Sinne des GvD Nr. 241 aus dem Jahr 1997 verwenden möchten, müssen nicht unbedingt für den Ausgleich mit den Schulden aus der Erklärung verwendet werden. Zum Beispiel kann das IRPEF Guthaben auch für den Ausgleich mit anderen Schulden (Ersatzsteuern, Einbehalte) und nicht nur als Verminderung der IRPEF-Akontozahlung, verwendet werden.

Der Steuerzahler kann jene Art des Ausgleiches anwenden, die er als für sich von Vorteil hält und dementsprechend die Beträge der Guthaben in Anspruch nehmen und zwar folgendermaßen:

- Für den Ausgleich im Sinne des GvD Nr. 241 aus dem Jahr 1997, indem er für die Zahlung der Schulden in Bezug auf verschiedene Steuern, Einbehalte und Beiträge den Vordruck F24 verwendet. In diesem Fall ist der Steuerzahler verpflichtet, den Einzahlungsvordruck F24 auch dann abzufassen und einzureichen, wenn sich durch den Ausgleich im Vordruck selbst ein Endsaldo von gleich Null ergibt;
- als Verminderung der Beträge, die in Bezug auf dieselbe Steuer geschuldet sind. In diesem Fall, kann der Steuerzahler wählen, ob er den Ausgleich ausschließlich im Vordruck der Erklärung oder auch im Vordruck F24 anführen möchte.



Zwecks Erläuterungen zur Vorgangsweise siehe im Anhang "Wahl des Ausgleiches".

Die aus dem Vordruck DM10/2 resultierenden **Guthaben für das Nationale Institut für Sozialfürsorge (INPS)** können im Vordruck F24 ab dem letzten Tag für die Einreichung der Erklärung, aus der das Beitragsguthaben hervorgeht, ausgeglichen werden, vorausgesetzt, dass der Steuerpflichtige nicht die Rückerstattung in der Erklärung selbst durch Ankreuzen des entsprechenden Kästchens in der Übersicht I beantragt hat. Der Ausgleich kann innerhalb von 12 Monaten ab der Fälligkeit für die Einreichung der Erklärung aus welcher das Steuerguthaben hervorgeht, durchgeführt werden.

Außerdem können Guthaben, die aus der Abrechnung in Übersicht RR des Vordr. REDDITI 2017 hervorgehen und sich auf Personen beziehen, die in den speziellen Rentenversicherungen für Handwerker und Kaufleute eingeschrieben sind, sowie die Freiberufler ohne Kassa, welche in die getrennte Rentenversicherungen der selbständigen Arbeiter des NISF / INPS eingeschrieben sind. Der Ausgleich kann bis zur Fälligkeit für die Einreichung der nächsten Erklärung durchgeführt werden.

Für den Ausgleich können jene **INAIL-Guthaben** verwendet werden, welche aus der Selbstverrechnung des laufenden Jahres hervorgehen. Diese Guthaben können bis zum Tag vor der nächsten Selbstabrechnung ausgeglichen werden.

Auf diese Art und Weise kann ein Guthaben, das aus der Selbstabrechnung 2017/2018 mit Fälligkeitstag am 18. Februar 2018 hervorgeht, bis zum Tag vor der nächsten Selbstabrechnung für den Ausgleich in Anspruch genommen werden. Der Teil des Guthabens, das bis zum oben genannten Fälligkeitsdatum als nicht verwendet aufscheint, wird Gegenstand der Rückerstattung sein.

Guthaben aus den Berechnungen und Berichtigungen des INAIL, können nicht für den Ausgleich der Schulden bei anderen Körperschaften verwendet werden.

TEIL II: LEITFADEN ZUR ABFASSUNG DER ERKLÄRUNG

Der Grundvordruck ist von allen Steuerzahlern abzufassen, die von dieser Pflicht nicht befreit sind. Jeder Steuerzahler ist verpflichtet, ausschließlich jene Übersichten abzufassen, die sich auf die erzielten Einkünfte beziehen.

1. Die Neuheiten in diesem Jahr

- Die wichtigsten im Vordruck EINKOMMEN NP 2018, Steuerzeitraum 2017, enthaltenen Neuigkeiten sind wie folgt:
 1. **Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen:** vom 1. Juni 2017 an können Entleiher und Mieter, die Immobilien für einen Zeitraum vermieten, der 30 Tage nicht überschreitet, die sich aus diesen Vermietungen ergebenden Einkommen der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterwerfen;
 2. **Kurzzeitvermietungen:** vom 1. Juni 2017 an sind die Einkommen aus Mietverträgen, die 30 Tage nicht überschreiten und die mit Hilfe von Subjekten, die die Tätigkeit der Immobilienvermittlung auch durch die Leitung von Online-Portalen ausüben, abgeschlossen wurden, einem Abzug von 21% zu unterwerfen, wenn sich diese Subjekte auch in die Zahlung einschalten oder die Mieten sowie die sich aus den Kurzzeitmietverträgen ergebenden Gegenleistungen einnehmen. Der Abzug erfolgt zum Zeitpunkt, wo der Vermittler dem Vermieter die Summen einzahlt;
 3. **Produktivitätsprämien und Betriebswohlfahrt:** die Grenze der einer begünstigten Besteuerung zu unterwerfenden Produktivitätsprämien wurde von 2.000 auf 3.000 Euro erhöht. Sollte der Betrieb die Arbeiter in die Arbeitsorganisation in einem paritätischen Verhältnis hineinziehen und sollten die Betriebs- oder Gebietstarifverträge bis zum 24. April 2017 abgeschlossen worden sein, wird die Grenze auf 4.000 erhöht;
 4. **Kommunale Zusatzsteuer der Irpaf:** in der Zeile „Steuerwohnsitz am 1. Januar 2017“ auf der Titelseite des Vordrucks wurde das Kästchen „Gemeindefusion“ hinzugefügt.
 5. **Erdbebenbonus:** von diesem Jahr an werden höhere Absetzprozentsätze für die Kosten der auf gemeinsame Teile von Wohnungegebäuden durchgeführten erdbebensicheren Maßnahmen und für die Maßnahmen, die eine Herabsetzung der Erdbebenrisikoklasse bewirken, vorgesehen;
 6. **Umweltbonus:** höhere Absetzprozentsätze für die Kosten einiger Maßnahmen zur energetischen Sanierung der gemeinsamen Teile von Wohnungegebäuden;
 7. **Bildungsausgaben:** die Grenze der Bildungsausgaben für den Besuch der Kindergärten, der Grundschule und der Oberschule des nationalen Bildungssystems wurde auf 717 Euro erhöht;
 8. **Von Universitätsstudenten getragene Kosten:** für die Steuerjahre 2017 und 2018 wird die zur Inanspruchnahme des Abzugs von 19% der Mieten vorgesehene Anforderung der Entfernung erfüllt, auch wenn die Universität in dem Gebiet der selben Provinz liegt. Diese Anforderung wird auf 50 Kilometer für die in Berggebieten oder in benachteiligten Gebieten wohnhaften Studenten abgekürzt.
 9. **Gesundheitskosten:** ausschließlich für die Jahre 2017 und 2018 können die Kosten abgezogen werden, die für den Kauf von Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke getragen wurden, die in der Abteilung A1 des nationalen Registers gemäß Art. 7 des im Gesetzblatt Nr. 154 vom 5 Juli 2001 erschienenen Dekrets des Gesundheitsministers vom 8. Juni 2001 angegeben sind, mit Ausnahme von denen, die für Säuglinge bestimmt sind;
 10. **Kunstbonus:** vom 27. Dezember 2017 an kann man sich des Steuerguthabens für Kulturkosten auch für Spenden zugunsten von Kon-

zert- und Orchestereinrichtungen, von Nationaltheatern, von Theatern von besonderem nationalen Interesse, von Festivals, von Unternehmen und Zentren für die Theater- und Tanzproduktion, sowie von den Vertriebswegen bedienen;

11. **Ergänzende Erklärung – Übersicht DI:** Die Kreditbewirtschaftung, die aus einer niedrigeren Schuld oder höheren Guthaben entsteht, welche sich aus der ergänzenden Erklärung im Fall der Korrektur von Zuständigkeitsbuchungsfehlern ergeben, wurde geändert. Ab diesem Jahr muss dieser Betrag nicht innerhalb des in der Spalte 4 anzugebenden Guthaben einbezogen werden und er ist mit dem sich von der vorigen Erklärung ergebenden Betrag des Steuerüberschusses zusammenzuzählen, der in der geeigneten Zeile/in dem geeigneten Feld der Übersicht/des Abschnitts angegeben werden muss, wobei die entsprechende Steuer verrechnet wird.
12. **Stipendien:** die nationalen, für Verdienst und für Mobilität von der „Fondazione Articolo 34“ [Stiftung Artikel 34] bezahlten Stipendien werden ausgenommen;
13. **Solidaritätsbeitrag:** von diesem Jahr an wird das Steuersystem, das „Solidaritätsbeitrag“ genannt wird, nicht mehr angewandt;
14. **Fünf Promille:** von diesem Jahr an ist es möglich, einen Anteil in der Höhe von 5 Promille der eigenen Einkommenssteuer für die Schutzgebietsverwaltungen zu bestimmen.

2. Vorinformationen

Korrektur des Vordrucks 730/2018

Wenn der Steuerpflichtige nach der Einreichung des Vordrucks 730/2018 bemerkt, dass er nicht alle in der Erklärung anzugebenden Elemente zur Verfügung gestellt hat, können die Ergänzung und/oder Berichtigung Folgendes mit sich bringen:

- Ein **höheres Guthaben oder ein niedrigeres Debet** (zum Beispiel zuvor nicht angegebene Belastungen) oder auf die Festsetzung der aus der ursprünglichen Erklärung resultierenden Steuer keinen Einfluss nehmen. In diesem Fall kann der Steuerpflichtige binnen 25. Oktober 2018 einen ergänzenden Vordruck 730 mit entsprechender Dokumentation oder einen Vordruck REDDITI 2018 binnen 31. Oktober 2018 (Korrektur bei Bedingungen) bzw. binnen der für die Einreichung des Vordrucks REDDITI bezüglich des darauffolgenden Jahres vorgesehenen Frist (Ergänzungserklärung zu Gunsten). Die Differenz bezüglich des Betrags des aus dem Vordruck 730 resultierenden Guthabens oder des Debets kann als Rückzahlung angegeben werden, d.h. als für nächstes Jahr abzuziehendes Guthaben.

Außerdem kann der Steuerzahler bis zum 31. Dezember des fünften Jahres nach dem Jahr, in dem die Erklärung eingereicht wurde, eine ergänzende Erklärung einreichen (ergänzende Erklärung – Art. 2, Absatz 8 des D.P.R. 322 von 1998). In diesem Fall kann der Betrag des Steuer Guthabens im Sinne des Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 von 1997 als Ausgleich verwendet werden, um die Zahlung der Steuerschulden vorzunehmen, die ab dem Steuerzeitraum gereift sind, der auf jenen folgt, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde. In der Erklärung zum Steuerzeitraum, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde, wird auch das Steuerguthaben angegeben, das sich aus der geringeren Steuerschuld oder dem höheren Guthaben ergibt, das aus der ergänzenden Erklärung hervorgeht.

Es wird daran erinnert, dass der Ergänzungsvordruck 730 bei einem Vermittler, der den Ausgleich beantragen kann, eingereicht werden muss, auch wenn der vorangegangene Vordruck beim Arbeitgeber oder bei der Rentenanstalt eingereicht wurde;

- ein **höheres Debet oder ein niedrigeres Guthaben** (zum Beispiel ganz oder teilweise nicht angegebene Einkommen). In diesem Fall muss der Steuerpflichtige einen Vordruck REDDITI 2018 Natürliche Personen einreichen:
 - Binnen 31. Oktober 2018 (Korrektur bei den Bedingungen) und die fälligen Summen einschließlich der Differenz gegenüber dem Betrag des auf dem Vordruck 730 resultierenden Guthabens direkt bezahlen, das auf jeden Fall vom Steuersubstitut zurückgezahlt wird;
 - binnen der für die Einreichung des Vordrucks REDDITI bezüglich des darauffolgenden Jahres (Ergänzungserklärung) vorgesehenen Frist und die fälligen Summen direkt zahlen;
 - binnen 31. Dezember des fünften auf das Jahr, in dem die Erklärung eingereicht wurde, folgenden Jahres und die fälligen Summen direkt zahlen.

Der Vordruck REDDITI kann von den Arbeitnehmern eingereicht werden, die auch in den Fällen, in denen die Auflösung des Verhältnisses mit dem Arbeitgeber eingetreten ist, von der Unterstützung Gebrauch gemacht haben, um die Rückerstattung der Summen zu erhalten, die in der Liquidationsaufstellung als Guthaben resultieren. Besagtes Guthaben kann auf jeden Fall direkt in die im darauffolgenden Jahr einzureichende Erklärung als aus der vorherigen Erklärung als Überschuss resultierend übertragen werden, ohne dass ein Ersatzvordruck REDDITI eingereicht werden muss. Dieses letztgenannte Verfahren kann auch von den Erben befolgt werden, die bei Tod des Steuerpflichtigen die Steuererklärung des Verstorbenen als Erben einreichen.

Korrektur des Vordrucks REDDITI 2018

Für den Fall, dass der Steuerpflichtige eine schon eingereichte Erklärung berichtigen oder ergänzen möchte, muss er eine neue in allen Teilen komplette Erklärung abfassen. Auf diese Weise können ganz oder teilweise nicht erklärte Einkommen dargelegt bzw. absetzbare Belastungen oder solche, für die ein Abzug zusteht, hervorgehoben werden, die in der vorherigen Erklärung ganz oder teilweise nicht angegeben wurden. Für die Abfassungsmodalitäten der Erklärung wird auf das Kapitel 3 „Abfassung der Titelseite“ unter dem Eintrag „Erklärungstyp“ verwiesen.

EINHEITLICHE BESCHEINIGUNG 2018

In Bezug auf die Daten in der Einheitlichen Bescheinigung 2017, die in den Vordruck REDDITI 2017 zu übertragen sind, wird in den Anleitungen zur Abfassung auf jene Punkte der Bescheinigung hingewiesen, in denen diese Daten enthalten sind.

Von den Erben eingereichte Erklärung

Die Erklärung für verstorbene Personen muss von einem der Erben eingereicht werden. Auf der Titelblatt des Vordrucks müssen die Steuernummer und die anderen Daten des verstorbenen Steuerpflichtigen angegeben werden. Der Erbe muss gemäß den in der Anleitung erteilten Angaben das entsprechende Kästchen der Titelseite „Demjenigen vorbehalten, der die Erklärung für Andere vorlegt“ abfassen und die Erklärung unterschreiben. Für weitere Informationen über die Abfassungsmodalitäten siehe Anleitung für das Abfassen der Vorderseite unter dem Eintrag „Vom Erben oder von anderen Subjekten, die nicht der Steuerzahler selbst sind, eingereichte Erklärung“.

Fristen für die Vorlage der Erklärung durch die Erben

Für die im Jahre 2017 bzw. binnen des Monats Februar 2018 verstorbenen Personen muss die Erklärung von den Erben in den ordentlichen Fristen vorgelegt werden. Für die später verstorbenen Personen muss die Erklärung binnen den in der nachstehenden Tabelle angegebenen Fristen, die in Bezug auf die Vorlageweise der Erklärung (Papierform oder telematisch) unterschieden werden, vorgelegt werden.

VORLAGE BEI DEN POSTÄMTERN		TELEMATISCHE VORLAGE	
STERBEDATUM	VORLAGEFRISTEN	STERBEDATUM	VORLAGEFRISTEN
1. Januar 2017 – 28. Februar 2018	Ordentliche Fristen: vom 2. Mai 2018 bis 1. Juli 2018	1. Januar 2017 – 30. Juni 2018	Ordentliche Fristen: 31. Oktober 2018
1. März 2018 – 30. Juni 2018	Um 6 Monate verlängerte Fristen: 31. Dezember 2018	1. Juli 2018 – 30. September 2018	Um 6 Monate verlängerte Fristen: 31. April 2019

Falls der Verstorbene im Jahr 2017 den Vordruck 730 eingereicht hat, aus dem ein vom Steuersubstituten noch nicht rückerstattetes Steuerguthaben hervorgeht, ist es für den Erben von Vorteil, wenn er weiß, dass er dieses Steuerguthaben in der für den Verstorbenen eingereichten Einkommenserklärung anfordern kann.



Siehe im Anhang "Guthaben aus dem Vordr. 730, die vom Steuersubstituten nicht rückerstattet worden sind".

Zahlungsfristen durch die Erben

Für die im Jahre 2017 oder binnen 28. Februar 2018 verstorbenen Personen müssen die Zahlungen von den Erben innerhalb der ordentlichen Fristen geleistet werden. Für die später verstorbenen Personen werden die Fristen um sechs Monate verlängert und fallen somit auf den 30. Dezember 2018.

Zivilrechtliche Partnerschaften

Gemäß Art. 1, Abs. 20 des Gesetzes Nr. 76 von 2016 müssen die Wörter „Ehegatte“, „Ehegatten“ oder gleichwertige Ausdrücke auch jedem Teil einer zivilrechtlichen Partnerschaft zwischen Personen des selben Geschlechts zugeschrieben werden.

Imu (Gemeindesteuer auf Immobilien), Imi (Gemeindeimmobiliensteuer der Provinz Bozen) und Imis (Gemeindeimmobiliensteuer der Provinz Trient)

Daher sieht das Stabilitätsgesetz 2016 vor, dass ab dem Steuerzeitraum 2014 auch auf die Gemeindeimmobiliensteuer (Imi) der Provinz Bozen und auf die Gemeindeimmobiliensteuer (Imis) der Provinz Trient die Bestimmungen zur Imu in Bezug auf den Ersatz der Einkommensteuer der natürlichen Personen und der entsprechenden Zusatzsteuern zur Anwendung kommen.

Daher gelten in den Anweisungen im Vordruck REDDITI die Hinweise auf die Imu auch für die Imi und die Imis.

Ersatzerträge und Zinsen

Die als Ersatz von Einkommen erzielten Erträge, auch kraft der Abtretung der entsprechenden Guthaben, die erzielten Entschädigungen, auch in Form einer Versicherung als Schadenersatz für den Verlust der Einkommen, ausgeschlossen jene, die von bleibender Invalidität oder Tod abhängen, die Verzugszinsen und die Zinsen für Zahlungsaufschub stellen Einkommen derselben Kategorie wie die ersetzten oder verlorenen dar, d.h. wie jene, aus denen die Guthaben hervorgehen, auf die diese Zinsen aufgelaufen sind. In diesen Fällen müssen dieselben Übersichten des Erklärungsvordrucks verwendet werden, in denen die ersetzten oder jene Einkommen, auf die sich die Guthaben beziehen, erklärt worden wären. Unter anderem fallen in diese Kategorie: Lohnausfallkasse, Arbeitslosengeld, Mobilität, Mutterschaftszulage, Summen, die aus irgendwelchen Transaktionen hervorgehen und den Beschäftigten vorübergehend gezahlte Unterhaltsbeiträge, für die ein Verfahren beim Gericht anhängig ist. Die als Schadenersatz für den Verlust von Einkommen bezüglich mehrerer Jahre zustehenden Entschädigungen müssen in der Übersicht RM, Abschn. II erklärt werden.

Einkünfte, die im Ausland erzielt wurden

Die in Italien ansässigen Personen müssen auch die im Ausland erzielten Einkünfte, vorbehaltlich sonstiger Vorschriften, erklären, welche in den Abkommen gegen die Doppelbesteuerung enthalten sind, die mit den jeweiligen anderen Staaten vereinbart wurden.

Vermögensmittel

Die Vermögensmittel (Art. 167 - 171 des Bürgerlichen Gesetzbuches) sind eine Gruppe aus Gütern, die einem Dritten oder beiden Ehegatten bzw. nur einem von ihnen gehören und die für die Befriedigung der Bedürfnisse und der Interessen der Familie bestimmt sind.

Die Erträge der Güter, die Gegenstand der Vermögensmittel sind, sind zur Hälfte ihrer Höhe auf jeden der Ehegatten anzurechnen (Art. 4 Absatz 1 Buchst. b) des TUIR).

Rechtsnießbrauch

Die Eltern in ihrer Erklärung auch die Einkommen der minderjährigen Kinder müssen einschließen, auf die sie den Rechtsnießbrauch haben. Die Eltern, die die elterliche Gewalt ausüben, haben den Rechtsnießbrauch der Güter des minderjährigen Kindes gemeinsam. Dem Rechtsnießbrauch unterstehen jedoch nicht:

- die vom Kind mit den Erträgen seiner Arbeit erworbenen Güter;
- die dem Kind zum Beginn einer Karriere, einer Kunst oder eines Berufs überlassenen oder geschenkten Güter;
- die überlassenen oder geschenkten Güter unter der Bedingung, dass die Eltern, die die elterliche Gewalt ausüben, oder einer von ihnen keinen Nießbrauch an ihnen haben (die Bedingung ist jedoch wirkungslos, wenn es sich um Güter handelt, die dem Kind als Pflichtteil zustehen);
- die dem Kind durch Erbe, Vermächtnis oder Schenkung zugegangenen und im Interesse des Kindes gegen den Willen der die elterliche Gewalt ausübenden Eltern angenommenen Güter (wenn nur einer von ihnen die Annahme befürwortet, steht ausschließlich ihm der Rechtsnießbrauch zu);
- die von irgendjemand gezahlten Hinterbliebenenrenten.

Die nicht dem Rechtsnießbrauch unterliegenden Einkommen der minderjährigen Kinder müssen hingegen im Namen jedes einzelnen Kindes von einem der Elternteile erklärt werden (wenn die elterliche Gewalt nur von einem Elternteil ausgeübt wird, muss die Erklärung vom Letzgenannten eingereicht werden).



Das Kapitel 3 unter dem Stichwort "Von den Erben oder von anderen, vom Steuerpflichtigen abweichenden Personen eingereichte Erklärung" und im Anhang "Einkommen der Ehegatten" einsehen.

Aufbewahrung der Unterlagen

All jene Unterlagen, welche die Einkünfte, die Einbehalte, die Auslagen, die Ausgaben usw. betreffen und in der gegenständlichen Erklärung angeführt worden sind, müssen vom Steuerzahler bis zum **31. Dezember 2023** aufbewahrt werden, da die Agentur der Einnahmen innerhalb dieser Frist deren Einreichung fordern kann. Falls der Steuerzahler auf Verlangen der Agentur der Einnahmen nicht in der Lage ist, die geeigneten Unterlagen bezüglich der Auslagen, der Absetzungen, der Einbehalte, der angegebenen Steuerguthaben oder der Einzahlungen einzureichen, wird eine Verwaltungsstrafe verhängt.

Umrechnung der Währung aus Ländern, die nicht der EU angehören

In allen Fällen, in denen es erforderlich ist Einkünfte, Auslagen und Aufwendungen, welche ursprünglich in einer ausländischen Währung angegeben waren, in Euro oder in Lire umzurechnen, ist der offizielle Devisenkurs des Tages an welchem diese bezogen oder entrichtet wurden bzw. der Kurs des vorherigen Tages zu verwenden. Falls der Wechselkurs an diesen Tagen nicht festgelegt wurde, ist der durchschnittliche Monatskurs anzuwenden. Der tägliche Wechselkurs der zwanzig wichtigsten Währungen wird im Amtsblatt veröffentlicht. Die bereits veröffentlichten Ausgaben des Amtsblatts können bei den Staatsbuchhandlungen oder den gleichgestellten Verkaufsstellen, angefordert werden. Um den an einem bestimmten Tag geltenden Wechselkurs zu kennen, kann die Internetseite der Banca d'Italia unter der Anschrift http://www.bancaditalia.it/banca_centrale/cambi/cambi/cambi-fiscali eingesehen werden.

Auf- und Abrundungen

Alle Beträge, die in der Erklärung angegeben sind, müssen auf die nächste Euro-Einheit auf- bzw. abgerundet werden, wenn die Dezimalfraktion gleich oder höher als fünfzig Cent ist, ist der Betrag aufzurunden, im gegenteiligen Fall ist der Betrag auf die nächste Euro-Einheit abzurunden (zum Beispiel: 55,50 wird 56; 65,62 wird 66; 65,49 wird 65). Zu diesem Zweck wurden in den Feldern für die Angabe der Beträge zwei Nullen, nach dem Beistrich vorgedruckt.

Strafen

Für eine Einsichtnahme in die Informationen zu Sanktionen und Berichtigung in Bezug auf die Erklärungspflichten wird auf die Internetseite der Agentur der Einnahmen verwiesen.

3. Abfassung der Titelseite

Die Titelseite des Vordruckes REDDITI Natürliche Personen besteht aus drei Teilen.

Identifikationsdaten

Auf dem ersten Bogen den Nachnamen, den Namen und die Steuernummer des Steuerpflichtigen in den dazu vorgesehenen Freiräumen angeben, die sich über dem *Informationsblatt zur Bearbeitung der Personenangaben* befinden.



Die Steuernummer, die auf der Titelseite einzutragen ist, muss für eine einwandfreie Einreichung der Erklärung, jener entsprechen, die auf dem Sanitätsausweis bzw. falls dieser noch nicht ausgestellt wurde, auf der Karte angeführt ist, welche von der Finanzverwaltung ausgestellt wurde. Falls einige der meldeamtlichen Angaben (Nachname, Vorname, Geschlecht, Geburtsort und -datum) in der Karte falsch angeführt sind, muss sich der Steuerzahler an ein örtliches Amt der Agentur der Einnahmen wenden und die Abänderung der Daten beantragen. Der Steuerzahler muss bis zur Richtigstellung die ihm zugewiesene Steuernummer verwenden.

Art der Erklärung

Eines oder mehrere der folgenden Kästchen zur Angabe der den Steuerpflichtigen betreffenden Fälle ankreuzen:

- **“Übersicht RW”** wenn die Übersicht RW ausgefüllt wurde, weil im Jahr 2017 Investitionen oder finanzielle Tätigkeiten im Ausland durchgeführt oder gehalten wurden;
- **“Übersicht VO”** bezieht sich auf den von der Vorlagepflicht der jährlichen Mehrwertsteuererklärung für das Jahr 2017 befreiten Subjekt, das zur Mitteilung der Optionen oder der mit Bezugnahme auf den Besteuerungszeitraum 2017 vorgenommenen Widerrufe aufgrund des vom Dekret des Präsidenten der Republik (D.P.R.) Nr. 442 vom 10. November 1997 vorgesehenen Abschlussverhaltens ihrer Steuererklärung die in der Erklärung MwSt./2018 bezüglich des Jahres 2017 enthaltene Übersicht VO beifügen muss. Für Erläuterungen und Vertiefungen zu den vom Artikel 10 des Gesetzesdekrets Nr.78 aus dem Jahr 2009 eingeführten Bestimmungen siehe Verfügung des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 21. Dezember 2009 sowie Rundschreiben Nr. 57 vom 23. Dezember 2009 und Nr. 1 vom 15. Januar 2010;
- **“Übersicht AC”** wenn der Steuerpflichtige verpflichtet ist:
 - der zentralen Steuerverwaltung den Gesamtbetrag der Güter und Dienstleistungen, die von der Eigentumsgemeinschaft im Kalenderjahr erworben wurden, sowie die Erkennungsdaten der entsprechenden Lieferanten jährlich mitzuteilen;
 - die Katasterdaten der Eigentumsgemeinschaft bei Sanierungseingriffen des Baubestands mitzuteilen;
- **“Sektorstudien”, “Parameter”**, wenn die entsprechenden Vordrucke von den Subjekten beigefügt wurden, gegenüber denen die Sektorstudien und/oder die Parameter angewendet werden.

Fristgemäße Berichtigung

Falls der Steuerzahler vor Ablauf der Einreichungsfrist der Erklärung die Absicht hat, eine bereits eingereichte Erklärung auszubessern oder zu ergänzen, ist er angehalten, eine neue Erklärung in all ihren Teilen abzufassen und das Kästchen **„Fristgemäße Berichtigung“**, anzukreuzen.

Auf diese Weise können Einkommen dargelegt werden, die ganz oder teilweise nicht erklärt wurden, bzw. abzugsfähige Belastungen oder solche, für die der Abzug zusteht, hervorgehoben werden, die in der vorherigen Erklärung ganz oder teilweise nicht angegeben wurden.

Die Steuerpflichtigen, die die Erklärung zur Ergänzung der vorherigen einreichen, müssen die Zahlung der höheren Steuer, der eventuell fälligen regionalen und kommunalen Zusatzabgaben leisten.

Wenn aus dem neuen Vordruck REDDITI ein niedrigeres Guthaben hervorgeht, muss die Differenz zum Betrag des zum Ausgleich der aus der vorherigen Erklärung resultierenden Debetbeträge verwendeten Guthabens gezahlt werden.

Wenn hingegen aus dem neuen Vordruck REDDITI ein höheres Guthaben oder ein niedriges Debet resultiert, kann die Differenz zum Betrag des aus der vorherigen Erklärung resultierenden Guthabens oder Debets als Rückerstattung bzw. als für weitere Debetbeträge abzuziehendes Guthaben angegeben werden.

Ergänzung der Erklärung

Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Erklärung, kann der Steuerzahler die Erklärung gemäß den selben Modalitäten, die für die originale Erklärung vorgesehen sind ausbessern oder ergänzen, indem er einen neuen Vordruck abfasst, welcher für den Besteuerungszeitraum, auf den sich die Erklärung bezieht, genehmigt wurde.

Um die Zusatzklärung einreichen zu können wird vorausgesetzt, dass die Einreichung der ursprünglichen Erklärung gültig ist. Diesbezüglich

wird darauf hingewiesen, dass unabhängig von der Anwendung der Strafen, auch jene Erklärungen als gültig betrachtet werden, die innerhalb von neunzig Tagen nach abgelaufener Frist eingereicht wurden.

1) „Ergänzende Erklärung“ (Art. 2, Abs. 8 und 8-bis, D.P.R. Nr. 322/98)

Dieses Kästchen ist nur im Fall einer Einreichung einer ergänzenden Erklärung auszufüllen, wobei Folgendes anzugeben ist:

- Der **Kode 1** für den in Art. 2, Absatz 8 des D.P.R. Nr. 322/1998 vorgesehenen Fall bis zum 31. Dezember des fünften Jahres nach der Einreichung der Erklärung, um Fehler zu berichtigen oder unterlassene Daten anzugeben, einschließlich jener, durch die sich ein höheres oder geringeres Einkommen oder auf jeden Fall eine höhere oder geringere Steuerschuld oder ein geringeres Guthaben ergeben haben. Unbeschadet davon bleiben die Auferlegung von Sanktionen und die Anwendung von Art. 13 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 472/1997.
- Der **Kode 2** für den Fall, dass der Steuerpflichtige eine schon zuvor eingereichte Erklärung auf der Grundlage der von der Agentur der Einnahmen zugesandten Mitteilungen im Sinne des Artikels 1, Abs. 634-636 des Gesetzes vom 23. Dezember 2014, Nr. 190 korrigieren will. Unbeschadet davon bleiben die Auferlegung von Sanktionen und die Anwendung von Art. 13 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 472/1997. Die Agentur der Einnahmen stellt dem Steuerpflichtigen die Informationen in ihrem Besitz (in Bezug auf denselben Steuerpflichtigen, die sie direkt oder über Dritte in Bezug auf Einkünfte oder Vergütungen, Einkommen, Geschäftsvolumen und Produktionswert, die ihm zuzuschreiben sind, auf die Steuererleichterungen, Absetzungen oder Abzüge, sowie auf Steuerguthaben, auch wenn sie sich als nicht zustehend erweisen sollten, erhalten hat) zur Verfügung, und gibt ihm so die Möglichkeit, spontan eventuelle Fehler oder Unterlassungen auch nach der Einreichung der Erklärung zu berichtigen.

Das eventuelle Guthaben aus einer geringeren Steuerschuld oder einem höheren Guthaben, das aus der Erklärung gemäß Abs. 8 des Art. 2 des D.P.R. Nr. 322 von 1998 hervorgeht, kann als Ausgleich im Sinne des Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 von 1997 verwendet werden.

Unbeschadet der in jedem Fall anzuwendenden Bestimmung entsprechend dem vorhergehenden Absatz in den Fällen einer Korrektur von Kompetenz-Buchhaltungsfehlern kann in dem Fall, in dem die Erklärung, die zum Vorteil ergänzt wird, nach der für die Einreichung der Erklärung zum nachfolgenden Steuerjahr vorgesehene Frist eingereicht wird, das Steuerguthaben entsprechend dem vorhergehenden Absatz als Ausgleich im Sinne des Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 von 1997 verwendet werden, um die Zahlung der Steuerschulden zu tätigen, die ab dem Steuerjahr gereift sind, das auf jenes folgt, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde. In der Erklärung zum Steuerzeitraum, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde, wird auch das Steuerguthaben angegeben, das sich aus der geringeren Steuerschuld oder dem höheren Guthaben ergibt, das aus der ergänzenden Erklärung hervorgeht.

2) Ergänzende Erklärung (Art. 2, Absatz 8-ter, DPR. Nr. 322/98)

Dieses Kästchen ist einzig bei Vorlage einer ergänzenden Erklärung im vom Art. 2, Absatz 8-ter des DPR Nr. 322 von 1998 vorgesehenen Fall anzukreuzen, um den ursprünglichen Rückerstattungsantrag des Steuerüberschusses ausschließlich für die Wahl des Ausgleiches zu ändern, vorausgesetzt, dass die Rückerstattung selbst nicht schon auch teilweise ausgezahlt wurde. Diese Erklärung ist binnen 120 Tagen ab der Fälligkeit der ordentlichen Vorlagefrist laut den Bestimmungen gemäß Artikel 3 des genannten DPR Nr. 322 von 1998 mithilfe der mit den für die Steuerperiode, auf die sich die Erklärung bezieht, genehmigten Vordrucken übereinstimmenden Vordrucke vorzulegen.

Bei Vorlage der ergänzenden Erklärung, die neben der vom Absatz 8-ter zulässigen Änderung auch die Korrektur von Fehlern oder Auslassungen enthält, ist nicht dieses Kästchen anzukreuzen, sondern es muss das Kästchen „Ergänzende Erklärung“ angekreuzt werden.

Das Kästchen **„außerordentliche Ereignisse“** ist von jenen Personen abzufassen, die im Laufe des Steuerjahres auf Grund besonderer Bestimmungen infolge von Umweltkatastrophen oder anderen außerordentlichen Ereignissen berechtigt waren, Steuerbegünstigungen in Anspruch zu nehmen. Die betreffenden Steuerzahler müssen im entsprechenden Kästchen den jeweiligen **Kode** angeben, der in der „Tabelle der außergewöhnlichen Ereignisse“ im Anhang unter dem Punkt „Außergewöhnliche Ereignisse“ enthalten ist.

Im besonderen Fall, wenn ein Steuerzahler mehrere Begünstigungen infolge mehrerer Gesetzesbestimmungen in Anspruch genommen haben sollte, muss er den Kode angeben für den die längste Aufschiebung der Frist für die Einreichung der Erklärung oder der Einzahlungen, vorgesehen ist.

Daten des Steuerpflichtigen

Geburtsort und Geburtsdatum

Die Geburtsstadt und das entsprechende Kürzel der Provinz (wenn Sie im Ausland geboren sind, nur den Namen des Staates, in dem Sie geboren sind, angeben), das Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr) und das Geschlecht angeben.

Situation des Steuerpflichtigen

Wenn sich die eingereichte Erklärung auf einen verstorbenen, schutzbefohlenen oder minderjährigen Steuerzahler bezieht, muss eines der folgenden Kästchen angekreuzt werden, mit Bezug auf das Datum, an dem die Erklärung eingereicht wurde.

- das **Kästchen 6 (verstorben)** ist bei vom Erben für den Verstorbenen vorgelegter Erklärung anzukreuzen;
- das **Kästchen 7 (bevormundet)** ist bei vom Rechtsvertreter für die rechtsunfähige Person oder vom Zwangsverwalter als Vertreter für die beschlagnahmten Güter vorgelegter Erklärung anzukreuzen;
- das **Kästchen 8 (minderjährig)** ist bei von den Eltern für die Einkommen der minderjährigen Kinder mit Ausnahme der rechtlichen Nutznießung vorgelegter Erklärung anzukreuzen.

Die Steuerpflichtigen, die Inhaber einer **USt-ID-Nr.** sind, müssen die Nummer im dafür vorgesehenen Feld angeben.

Annahme der ruhenden Erbschaft

Das Kästchen muss bei Einreichung der Erklärung durch den Steuerpflichtigen der die ruhende Erbschaft annimmt abgefasst werden; er ist gehalten, seine Wahl in Bezug auf die zuvor in der vom Verwalter eingereichten Erklärung der getrennten Besteuerung unterliegenden Einkommen mit dem für die erste Einkommensklasse vorgesehenen Steuersatz zu treffen. In diesem Fall ist Folgendes anzugeben:

- der **Kode 1**, wenn derjenige, der die ruhende Erbschaft annimmt, zu den für die getrennt besteuerten Einkommen vorgesehenen Modalitäten für die endgültige Liquidation der Steuer auf diese Einkommen optiert;
- der **Kode 2**, wenn er hingegen für die endgültige Liquidation der Steuer auf diese ordentlich besteuerten Einkommen optiert.

Freiwillige Auflösung (Dem Steuerpflichtigen vorbehalten)

Das Kästchen muss bei der Vorlage der Erklärung von Seiten des Steuerpflichtigen, der sich gemäß Art. 182 des Tuir im von dem Verfahren der freiwilligen Auflösung betroffenen Besteuerungszeitraum befindet, angekreuzt werden.

Beschlagnahmtimmobilien

Immobilien, die Gegenstand von noch nicht entschiedenen Maßnahmen zur Sicherstellung oder Beschlagnahme sind, deren Einkünfte gemäß den Regelungen in Kapitel II, Titel II („Einkünfte aus Grundvermögen“), Art. 70 („Aus Grundvermögen stammende Einkünfte“) und Art. 90,

Absatz 1, vierter und fünfter Satz („Erträge aus Liegenschaften“) des Steuergesetzes TUIR bestimmt werden, sind für die Ermittlung der Einkommenssteuern im Sinne von Artikel 51, Absatz bis des G.v.D. Nr. 159 vom 6. September 2011, wie durch Art. 32 des G.v.D. Nr. 175 vom 21. November 2014 ersetzt, nicht erheblich. In diesen Fällen muss der Zwangsverwalter zwei getrennte Erklärungen einreichen. In der ersten sind die Einkünfte aller beschlagnahmten Güter mit Ausnahme der Immobilien einzutragen, für die die entsprechenden Steuern abzurechnen und zu zahlen sind. In der zweiten Erklärung sind ausschließlich die Daten der Immobilien einzutragen, die Gegenstand der Schutzmaßnahmen sind, woraus sich, kraft der genannten Bestimmung die Aussetzung der Steuerzahlungen bis zum Widerruf der Beschlagnahme oder bis zu ihrer Zuweisung oder Zweckbestimmung ergibt. In dieser zweiten Erklärung ist das Kästchen „Beschlagnahmte Immobilien“ anzukreuzen, und es müssen nur die Übersichten in Bezug auf diese Einkünfte ausgefüllt werden, weshalb die restlichen Übersichten (wie z.B. RN, RV und RX) leer zu lassen sind.

Zustand und Besteuerungszeitraum (Dem Liquidator oder dem Konkursverwalter vorbehalten)

Das Kästchen „Zustand“ muss nur bei Einreichung der Erklärung von Seiten des Liquidators beziehungsweise von Seiten des Konkursverwalters abgefasst werden.

In diesem Fall muss neben dem Besteuerungszeitraum, auf den sich die Erklärung bezieht, auch einer der folgenden Codes angeführt werden:

KODES	SITUATION DES STEUERPFLICHTIGEN IM BESTEUERUNGSZEITRAUM, AUF DEN SICH DIE ERKLÄRUNG BEZIEHT
für den Liquidator:	
1	Zeitraum „Vor Auflösung“
2	Zeitraum „Nach Auflösung“
3	Zeitraum „Vorübergehend“
4	Auflösungszeitraum „Ende“
für den Konkursverwalter:	
5	Zeitraum „Vor Konkurs“
6	Zeitraum „Konkursabschluss“

Meldeamtlicher Wohnsitz

Den meldeamtlichen Wohnsitz nur **dann angeben, wenn er sich in der Zeit vom 1. Januar 2017 bis zum Datum der Vorlage dieser Erklärung geändert hat.**

Es wird daran erinnert, dass der Wohnsitz auch dann als abgeändert zu betrachten ist, wenn die Änderung im Bereich ein und derselben Gemeinde erfolgt.

Wurde der Wohnsitz verändert, ist Folgendes anzugeben:

- die Angaben des neuen Wohnsitzes bei Einreichungsdatum der Erklärung, wobei in den entsprechenden Räumen, ohne Abkürzungen die Angabe der Gemeinde, das Kennzeichen der Provinz, die PLZ, die Adresse (Straße, Platz usw.) die Hausnummer und eventuell der Ort anzugeben sind;
- der Tag, der Monat und das Jahr, an dem die Änderung erfolgt ist.

Der meldeamtliche Wohnsitz muss auch von den Steuerpflichtigen angegeben werden, die zum ersten Mal die Erklärung der Einkommen vorlegen und die das Kästchen „Zum ersten Mal vorgelegte Erklärung“ ankreuzen müssen.

Auf der Website www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen Link zu einer entsprechenden Tabelle, die von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereitet wurde und der die Katasterkodes der Gemeinden entnommen werden können.

Kästchen 1 (vom Wohnsitz abweichender Steuerwohnsitz): Nur ankreuzen, wenn auf Grund einer Maßnahme der Agentur für Einnahmen der Steuerwohnsitz vom meldeamtlichen Wohnsitz abweicht.

Kästchen 2 (zum ersten Mal eingereichte Erklärung): Das Kästchen ankreuzen, wenn die Erklärung zum ersten Mal eingereicht wird.

Telefonnummern und E-Mail-Adresse

Die Angabe der Telefonnummer, der Mobiltelefonnummer und der E-Mailadresse erfolgt freiwillig. Es wird darauf hingewiesen, dass die Angabe der E-Mail-Adresse äußerst wichtig ist, da Sie zukünftige Mitteilungen von Seiten der Agentur der Einnahmen auch auf diesem Weg erhalten können.

Steuerwohnsitz für die Zuteilung der regionalen und der kommunalen Zusatzsteuer

Die in Italien ansässigen Steuerpflichtigen haben den Steuerwohnsitz in der Gemeinde, in deren Melderegister sie eingetragen sind, somit entspricht der Steuerwohnsitz in der Regel dem meldeamtlichen Wohnsitz. Die Finanzverwaltung kann den Steuerwohnsitz des Steuerpflichtigen in der Gemeinde festlegen, in der er kontinuierlich die Haupttätigkeit ausübt.

Wenn besondere Umstände auftreten, kann die Finanzverwaltung dem Steuerpflichtigen, der einen begründeten Antrag darauf stellt, gewähren, dass sein Steuerwohnsitz in einer anderen Gemeinde als der des Wohnsitzes festgelegt wird. Die Daten, die Sie in den Zeilen in Bezug auf den Steuerwohnsitz angeben müssen, sind für die Ermittlung der Region und der Gemeinde erforderlich, für welche jeweils der regionale und kommunale Zuschlag geschuldet ist. Diese Angaben bestehen aus dem Name der Gemeinde, dem Kennzeichen der Provinz und dem Katastercode der Gemeinde. Auf der Website www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen Link zu einer entsprechenden Tabelle, die von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereitet wurde und der die Katasterkodes der Gemeinden entnommen werden können.

Steuerwohnsitz zum 01. Januar 2017: Die Zeile „Steuerwohnsitz am 1/1/2017“ ist immer durch Angabe des Wohnsitzes am Tag des 1/1/2017 auszufüllen.

Falls der Wohnsitz geändert hat, wird die Änderung ab dem sechzigsten Tag nach dem Tag wirksam, an dem sie eingetreten ist, weshalb der Steuerpflichtige, der seinen Wohnsitz geändert hat, sich beim Ausfüllen der Zeile bezüglich des Steuerwohnsitzes am 1. Januar 2017 an die folgenden Anweisungen halten muss.

Falls die Änderung ab 03. November 2016 erfolgte, ist der vorhergehende Steuerwohnsitz anzugeben; ist die Änderung hingegen bis spätestens 02. November 2016 erfolgt, ist der neue Steuerwohnsitz anzugeben. Die Steuerpflichtigen, die im Lauf des Jahres 2017 nach Italien umgezogen sind, müssen den Steuerwohnsitz angeben, an den sie ihren Wohnsitz verlegt haben.

Wenn die Wohnsitzgemeinde durch eine im Laufe des Jahres 2016 und bis zum 1/1/2017 erfolgte Fusion eingerichtet wurde und wenn diese Gemeinde differenzierte Steuersätze der kommunalen Zusatzsteuer zur Einkommenssteuer für jedes Gebiet der erloschenen Gemeinden beschlossen hat, ist das Kästchen „Gemeindefusion“ durch Angabe des eigenen Identifikationscodes der ehemaligen Gemeinde auszufüllen, der in der Tabelle „Liste der in dem Kästchen „Gemeindefusion“ der Zeile „Steuerwohnsitz am 1. Januar 2017“ anzugebenden Identifikationscodes“

im Anhang angegeben ist. Für einige Sonderfälle wird es auf die in der Folge gegebenen Anweisungen hingewiesen.

Steuerwohnsitz zum 01. Januar 2018: Die Zeile „Steuerwohnsitz am 1/1/2018“ ist nur auszufüllen, wenn die Gemeinde anders als jene am 1. Januar 2017 ist.

Falls der Wohnsitz geändert hat, muss der Steuerpflichtige, der seinen Wohnsitz geändert hat, sich beim Ausfüllen der Zeile bezüglich des Steuerwohnsitzes am 1. Januar 2018 an die folgenden Anweisungen halten.

Falls die Änderung ab 03. November 2017 erfolgte, ist der vorhergehende Steuerwohnsitz anzugeben; ist die Änderung hingegen bis spätestens 02. November 2017 erfolgt, ist der neue Steuerwohnsitz anzugeben.

Wenn die Änderung aufgrund der Fusion, auch durch Eingemeindung, von vorherigen Gemeinden erfolgte, ist die Zeile nicht auszufüllen.

Wenn die Wohnsitzgemeinde durch eine im Laufe des Jahres 2016 oder 2017 erfolgte Fusion eingerichtet wurde und wenn die Gemeinde differenzierte Steuersätze der kommunalen Zusatzsteuer zur Einkommenssteuer für jedes Gebiet der erloschenen Gemeinden beschlossen hat, ist die Zeile auszufüllen und in dem Kästchen „Gemeindefusion“ ist der eigene Identifikationscode der ehemaligen Gemeinde anzugeben, der in der Tabelle „Liste der in dem Kästchen „Gemeindefusion“ der Zeile „Steuerwohnsitz am 1. Januar 2018“ anzugebenden Identifikationscodes“ im Anhang angegeben ist. Für einige Sonderfälle wird es auf in der Folge gegebenen Anweisungen hingewiesen.

Sonderfälle:

1. Umzug von einem Bezirk nach einem anderen innerhalb der selben, sich aus der Fusion von anderen Gemeinden ergebenden Gemeinde, die differenzierte Steuersätze beschlossen hat

Falls der Steuerpflichtige in einer fundierten (sich aus der Fusion von anderen Gemeinden ergebenden) Gemeinde wohnt, der differenzierte Steuersätze für jeden den erloschenen Gemeinden zugeschriebenen Bezirk beschlossen hat, und falls der Wohnbezirk am 1/1/2017 anders als der Wohnbezirk am 1/1/2018 ist, ist sowohl die Zeile des Steuerwohnsitzes am 1/1/2017 durch Angabe, in dem Kästchen „Gemeindefusion“, des Identifikationscodes des Bezirks, wobei man zu diesem Zeitpunkt wohnte, als auch die Zeile des Steuerwohnsitzes am 01/01/2018 durch Angabe, in dem Kästchen „Gemeindefusion“, des Identifikationscodes des Bezirks, wobei man zu diesem Zeitpunkt wohnte, auszufüllen.

2. Neue Gemeinde, die aus der Spaltung von einem oder mehreren Gebieten entstand, welche einer oder mehreren noch existierenden Gemeinden gehörten

Falls der Steuerpflichtige in einer neuen Gemeinde wohnt, die aus der Spaltung von einem oder mehreren Gebieten entstand, welche einer oder mehreren noch existierenden Gemeinden gehörten, ist sowohl die Zeile des Steuerwohnsitzes am 1/1/2017 durch Angabe der Daten der ursprünglichen Gemeinde (wovon ein Teil des Gebiets abspaltete) wie auch die Zeile des Steuerwohnsitzes am 1/1/2018 durch Angabe der Daten der neuen Gemeinde auszufüllen. In der Zeile bezüglich des Steuerwohnsitzes am 1/1/2018 ist das Kästchen „Gemeindefusion“ nicht auszufüllen.

Im Ausland ansässige Subjekte

Der Kasten muss nur vom Steuerpflichtigen abgefasst werden, der im Steuerjahr 2017 im Ausland wohnhaft ist. Die Bedingungen, um nicht als in Italien wohnhaft angesehen zu werden, sind im TEIL III des Hefts 2 enthalten “Nicht ansässige Natürliche Personen – Anleitungen zur Abfassung des Vordrucks REDDITI 2018”.

„Nicht ansässige Subjekte - Schumacker-Situation“ (Art. 7, Gesetz Nr. 161 vom 30. Oktober 2014 und und Art. 1, Abs. 954 des Stabilitätsgesetzes 2016)

Den Steuerzahlern, die besondere Merkmale aufweisen, die IRPEF nach den allgemeinen Regelungen angewandt, d. h., ohne Begrenzungen, die in der Regel für nicht ansässige Subjekte in Bezug auf die Inanspruchnahme von Abzügen und Absetzungen (insbesondere für den Abzug für Familienlasten) vorgesehen sind.

Zu diesem Zweck muss dieses Kästchen von Subjekten angekreuzt werden, die nicht in Italien ansässig sind und für die Folgendes zutrifft:

- das in Italien erzeugte Einkommen liegt bei mindestens 75% des erwirtschafteten Gesamteinkommens;
- Sie nehmen im Wohnsitzstaat keine vergleichbaren Steuervergünstigungen in Anspruch.

Von den Erben oder von anderen Personen als dem Steuerpflichtigen eingereichte Erklärung

Wenn die Erklärung vom Erben für den Verstorbenen, vom Rechtsvertreter für den Geschäftsunfähigen oder von den Eltern für die vom Rechtenießbrauch ausgenommenen Einkommen der minderjährigen Kinder, vom Liquidator des Einzelunternehmens, vom Konkursverwalter, vom Verwalter der ruhenden Erbschaft, vom Verwalter der angefallenen Erbschaft unter Suspensivbedingungen zugunsten des noch nicht empfangenen Neugeborenen eingereicht wird, müssen die folgenden Modalitäten beachtet werden.

Die Personen, die die Erklärung für fremde Rechnung einreichen, müssen den Vordruck REDDITI unter Angabe der meldeamtlichen Daten und der Einkommen des Steuerpflichtigen, auf den sich die Erklärung bezieht, abfassen.

Darüber hinaus muss der Kasten **„Demjenigen vorbehalten, der die Erklärung für fremde Rechnung einreicht“** abgefasst werden, um die Personalien der Person anzugeben, die die Erklärung einreicht, wobei im Kästchen **„Kode der Stellung“** der der eigenen Stellung entsprechende Kode spezifiziert werden muss. Dieser Kode kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden, die alle Codes bezüglich der verschiedenen Erklärungsdrucke enthält und die nur je nach Besonderheit jedes einzelnen Vordrucks verwendbar sind.

Insbesondere muss derjenige, der die Erklärung für andere vorlegt, seine Steuernummer, den **„Kode der Stellung“**, die die Art der Stellung, die er einnimmt, identifiziert, im Feld **„Datum Stellung“** das Datum (Tag, Monat und Jahr), an dem er ernannt wurde, oder das Todesdatum bei vom Erben vorgelegter Erklärung, den eigenen Nachnamen, Namen und das Geschlecht, sein Geburtsdatum (Tag, Monat und Jahr), den Geburtsort oder das ausländische Geburtsland und die entsprechende Provinz angeben.

Die Angaben bezüglich des meldeamtlichen Wohnsitzes oder, falls davon abweichend, des Steuerwohnsitzes müssen nur angegeben werden, wenn das Subjekt, das die Erklärung auf Rechnung des Steuerpflichtigen einreicht, im Ausland wohnhaft ist (in diesem Fall das entsprechende Kästchen ankreuzen) beziehungsweise das den Lastenkode “11” angegeben hat (zum Beispiel Prüfer, der die Vormundschaftstätigkeit von Minderjährigen ausübt). Für den Fall, dass die Erklärung vom Konkursverwalter (Amtskode 3) eingereicht wird, das Datum (den Tag, den Monat und das Jahr) des Verfahren-

sbeginns angeben, das Kästchen ankreuzen, wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist; wenn das Verfahren jedoch abgeschlossen ist, ist das entsprechende Datum (den Tag, den Monat und das Jahr) anzugeben.

Für den Fall, dass derjenige, der die Erklärung vorlegt, ein anderes Subjekt als eine natürliche Person ist, müssen die Steuernummer der erklärenden Gesellschaft oder Körperschaft, die Steuernummer und die Personenangaben des Vertreters der erklärenden Gesellschaft oder Körperschaft sowie der Kode der entsprechenden Stellung in der zwischen der erklärenden Gesellschaft oder Körperschaft und dem Steuerpflichtigen, auf dessen Erklärung Bezug genommen wird, bestehenden Beziehung in den dafür vorgesehenen Feldern angegeben werden.

ALLGEMEINE AUFSTELLUNG DER KODES DES BEKLEIDETEN AMTES

1	Gesetzlicher, rechtsgeschäftlicher oder De-facto-Vertreter, geschäftsführender Gesellschafter
2	Vertreter von Minderjährigen, Unfähigen bzw. Entmündigten, Hilfsverwalter, Verwalter einer ruhenden Erbschaft, Verwalter einer Erbschaft, die unter aufschiebender Bedingung oder zu Gunsten eines ungeborenen noch nicht empfangenen Kindes übertragen wird
3	Konkursverwalter
4	Liquidationsabwickler (Behördliche Zwangsliquidation oder außerordentliche Zwangsverwaltung)
5	Sachverwalter (kontrollierte Verwaltung) bzw. gerichtlicher Verwahrer (richterlicher Gewahrsam) oder gerichtlicher Verwalter in seiner Eigenschaft als Verwalter der beschlagnahmten Güter
6	Steuerlicher Vertreter, der nicht im Inland ansässigen Subjekte
7	Erbe des Steuerzahlers
8	Liquidator (freiwillige Liquidation)
9	Zur Vorlage der Erklärung für Umsatzsteuer verpflichtetes Subjekt auf Rechnung des infolge von außergewöhnlichen Tätigkeiten getilgten Subjekts oder sonstiger wesentlicher subjektiver Umwandlungen (Betriebsübernehmer, Empfangsgesellschaft, eingliedernde Gesellschaft, übernehmende Gesellschaft usw.); oder für die Einkommensteuern und/oder IRAP, Vertreter der Empfangsgesellschaft (Spaltung) oder der aus der Fusion oder Übernahme resultierende Gesellschaft
10	Steuerlicher Vertreter eines nicht ansässigen Subjektes mit den Einschränkungen gemäß Art. 44, Absatz 3 des GD Nr.331/1993
11	Vormund eines Minderjährigen oder eines Entmündigten in Bezug auf die bekleidete institutionelle Funktion
12	Liquidator (freiwillige Liquidation einer Einzelfirma – Zeitraum vor der Liquidation)
13	Verwalter von Mehrfamilienhäusern (Kondominium)
14	Subjekt, das die Erklärung für eine öffentliche Verwaltung unterschreibt
15	Abrechnungsbeamter einer öffentlichen Verwaltung

Rundfunk- und Fernsehgebühr RAI für Unternehmen

Dieses Kästchen muss von den Steuerpflichtigen abgefasst werden, die eine Unternehmertätigkeit ausüben und ein oder mehrere Geräte besitzen, die sich zum Empfang von Rundfunk- (Angabe des **Kodes 1**) oder Fernsehsendungen (Angabe des **Kodes 2**) in öffentlichen Gewerben und in Räumen mit Publikumsverkehr eignen oder zu direktem oder indirektem Gewinnzweck eingesetzt werden. Der **Kode 3** ist anzugeben, wenn der Steuerpflichtige kein oben genanntes Gerät besitzt.

Wenn die Kodes 1 oder 2 angegeben werden, müssen die Daten bezüglich des Abonnements RS41 in den Zeilen RS42 und/oder RS39 der Übersicht RS angegeben werden.

Verpflichtung zur telematischen Einreichung

Dieses Feld ist vom Beauftragten auszufüllen und zu unterzeichnen, der die Erklärung auf telematischem Weg einreicht.

Der Beauftragte muss:

- Seine Steuernummer;
- im Kästchen „Subjekt, das die Erklärung abgefasst hat“ muss Kode 1 angegeben werden, wenn die Erklärung vom Steuerzahler ausgefüllt wurde, bzw. Kode 2, wenn die Erklärung von demjenigen ausgefüllt wurde, der die Übermittlung vornimmt;
- das Kästchen „Übersendung des telematischen Bescheids der automatisierten Kontrolle der Steuererklärung“ ist anzukreuzen, falls er die Wahl des Steuerzahlers akzeptiert, ihm den entsprechenden Bescheid über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen in Bezug auf die Erklärung zukommen zu lassen;
- das Kästchen „**Erhalt anderer thematischer Mitteilungen**“ ankreuzen, wenn er die Wahl des Steuerpflichtigen annimmt, ihm alle Mitteilungen zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Erklärung zukommen zu lassen, sowie den Bescheid über das Ergebnis der automatisierten Kontrolle der Kohärenz der im Vordruck der Studien des Sektors angegebenen Daten;
- ferner ist das Datum (Tag, Monat und Jahr) der Übernahme der Verpflichtung zur Einreichung der Erklärung anzugeben;
- seine Unterschrift.

Die Kästchen „Erhalt des telematischen Bescheids der automatisierten Kontrolle der Erklärung“ und „Erhalt anderer telematischer Erklärungen“ dürfen nur von Vermittlern, die zur Übersendung der Erklärung gemäß Art. 3, Abs. 3 des D.P.R. Nr. 322/1998 beauftragt sind, ausgefüllt werden.

Bestätigungsvermerk

Diese Übersicht ist vom Verantwortlichen des Steuerbeistandszentrums (CAF) oder vom Freiberufler auszufüllen, der den Bestätigungsvermerk gemäß Art. 35 des G.v.D. Nr. 241/1997 ausstellt.

In den entsprechenden Feldern ist die Steuernummer des Verantwortlichen des Steuerbeistandszentrums (CAF) oder die Steuernummer des Steuerbeistandszentrums bzw. die Steuernummer des Freiberuflers anzugeben.

Der Verantwortliche für den Steuerbeistand des Zentrums CAF bzw. der Freiberufler muss ferner mit seiner Unterschrift die Ausstellung des Bestätigungsvermerks bescheinigen.

Steuerbescheinigung

Art. 36 des GvD Nr. 241 vom 9. Juli 1997 sieht für die Steuerzahler, die Inhaber eines Einkommens aus Unternehmen mit ordentlicher Buchhaltung sind, die Steuerbescheinigung vor, dies auch, falls die ordentliche Buchhaltung auf Grund der Wahl erfolgt.

Im Ministerialdekret sind die Auflagen und die Kontrollen festgelegt, die von der beauftragten Person vor der Ausstellung des Sichtvermerkes auf der Steuerbescheinigung vorgenommen werden müssen.

Dieser Teil ist für die Bestätigung der Ausstellung der Steuerbescheinigung abzufassen und dem beauftragten Freiberufler vorbehalten, der in den eigens dafür vorgesehenen Feldern Folgendes angeben muss: Die eigene Steuernummer und die Steuernummer des Steuerzahlers, der

die Erklärung abgefasst und die Bücher geführt hat bzw. die MwSt.-Nummer der Dienstleistungsgesellschaft oder des CAF für Unternehmer laut Art. 24, Absatz 2, des MD Nr. 164 vom 31. Mai 1999, falls die Abfassung der Steuererklärung und die Führung der Bücher von Seiten der vorgenannten Subjekte unter der direkten Kontrolle und Verantwortung des Freiberuflers, der die Steuerbescheinigung ausstellt, vorgenommen wurde. Schließlich muss die Unterschrift geleistet werden, welche die Ausstellung der Zertifizierung bescheinigt.

Wahl der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF

Kann jeder Steuerzahler ein einheitliches Formular für die Wahl der Zweckbestimmung von 8, 5 und 2 Promille der IRPEF verwenden.

Der Steuerzahler kann folgende Anteile zuweisen:

- acht Promille des Steueraufkommens der Irpef an den Staat oder an eine religiöse Einrichtung;
- fünf Promille der eigenen Irpef für bestimmte Zwecke;
- zwei Promille der eigenen IRPEF zugunsten einer politischen Partei;

Die Wahlmöglichkeiten der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF müssen nicht alternativ getroffen werden. Daher können alle drei Möglichkeiten gewählt werden. Diese Auswahlmöglichkeiten führen nicht zu einer höheren Steuerschuld.



Das Formular für die Wahl der Zuweisung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF befindet sich im Inneren des Vordrucks der Erklärung und kann sowohl für die Einreichung der Erklärung als auch im Fall einer Steuerbefreiung verwendet werden.

Zuweisung der acht Promille der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (Irpef)

Der Steuerzahler kann einen Anteil von acht Promille des IRPEF-Ertrages folgenden Einrichtungen zusprechen:

- An den Staat (für soziale oder humanitäre Zwecke);
- an die katholische Kirche (für religiöse oder karitative Zwecke);
- an die italienische Gemeinschaft der Christlichen Kirchen der 7. Tags-Adventisten (für soziale, humanitäre und kulturelle Hilfsmaßnahmen sowie für die Betreuung im sozialen Bereich in Italien und im Ausland, die sowohl direkt als auch durch eigens dafür eingerichtete Körperschaften geleistet werden können);
- an die Versammlungen Gottes in Italien (für soziale und humanitäre Hilfsmaßnahmen, auch zugunsten der Dritte-Welt-Länder);
- der Waldenserkirche (Gemeinschaft der Methodisten- und Waldenserkirchen) für soziale, humanitäre, kulturelle Zwecke sowohl unter der direkten Leitung der Waldenserkirche über die Einrichtungen der Waldenser-Organisation als auch über Vereine und ökumenische Organismen auf nationaler und internationaler Ebene;
- an die Evangelisch-Lutherische Kirche in Italien (für soziale, humanitäre oder kulturelle Hilfsmaßnahmen sowie für die Betreuung im sozialen Bereich in Italien und im Ausland, die sowohl direkt als auch durch die mit dieser Kirche verbundenen Vereinigungen geleistet werden können);
- an die Gemeinschaft der jüdischen Gemeinden in Italien (für den Schutz der religiösen Interessen des jüdischen Volkes in Italien, für die Förderung zur Erhaltung der jüdischen Traditionen und kulturellen Güter mit besonderer Wertlegung auf die kulturellen Tätigkeiten, auf die Wahrung der historischen, künstlerischen und kulturellen Güter sowie auf soziale und humanitäre Hilfeleistungen mit dem besonderen Ziel, die Minderheiten vor Rassismus und Antisemitismus zu schützen);
- an die Orthodoxe Erzdiözese Italiens und das Exarchat für Europa (für den Unterhalt der Geistlichen, für die Realisierung und Instandhaltung von Kultusgebäuden und Klöstern, für philanthropische, soziale, wissenschaftliche und kulturelle Zwecke, die auch im Ausland zu realisieren sind);
- an die Apostolische Kirche in Italien (für Kultus-, Bildungs-, Betreuungs- und Wohltätigkeitszwecke);
- an den Bund der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens (für soziale, betreuerische, humanitäre und kulturelle Initiativen in Italien und im Ausland);
- der Italienischen Buddhistischen Union (für kulturelle, soziale und humanitäre Initiativen auch zugunsten anderer Länder, sowie für Pflegemaßnahmen und zur Unterstützung der Religionsausübung);
- der Italienischen Hinduistischen Union (für den Unterhalt der Geistlichen, die religiösen Belange und Tätigkeiten sowie für kulturelle, soziale, humanitäre und pflegerische Initiativen ggf. auch zugunsten anderer Länder);
- dem Italienischen Buddhistischen Institut Soka Gaccai (IBISG) (für die Verfolgung der institutionellen Ziele des Instituts und der in Art. 2, Abs. 1, Buchstabe a) des Gesetzes vom 28. Juni 2016 Nr. 130 angegebenen Tätigkeiten sowie für soziale und humanitäre Maßnahmen in Italien und im Ausland, für Initiativen zur Förderung des Friedens, des Respekts und zum Schutz des Lebens in allen existierenden Formen und für den Umweltschutz).

Sie können sich nur für eine Institution entscheiden. Die Wahl erfolgt durch Angabe Ihrer Unterschrift innerhalb des eigens dafür vorgesehenen Kästchens; dabei darf nicht über den Rand hinaus geschrieben werden.

Die Aufteilung der Beträge, die den verschiedenen Institutionen zugewiesen sind, erfolgt im Verhältnis zu den getroffenen Präferenzen.

Falls Sie nicht unterschreiben und folglich keine Präferenz ausdrücken, werden acht Promille der Irpef immer im Verhältnis zu den Gesamtpräferenzen unter den in diesem Vordruck angeführten Einrichtungen aufgeteilt. Der nicht zugewiesene Anteil, der proportional den Gottesversammlungen in Italien und der Apostolischen Kirche in Italien zusteht, wird jedoch der Staatsverwaltung zugewendet.

Zuweisung der fünf Promille der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (Irpef)

Der Steuerzahler kann einen Anteil von fünf Promille der eigenen Einkommenssteuer den folgenden Verwendungszwecken zukommen lassen:

- a) Zur Unterstützung der unten angeführten Körperschaften:
 - Zur Unterstützung der nichtgewinnbringenden Organisationen von sozialem Nutzen gemäß Art. 10 des GvD Nr. 460 vom 4. Dezember 1997 in geltender Fassung;
 - zur Unterstützung der Vereinigungen für die soziale Förderung, die in den staatlichen, regionalen und provinziellen Registern, vorgesehen von Art. 7, Absätze 1, 2, 3 und 4 des Gesetzes Nr. 383 vom 7. Dezember 2000 eingetragen sind;
 - zur Unterstützung der anerkannten Vereinigungen ohne Gewinnzwecke, die ihre Tätigkeit ausschließlich oder vorwiegend in den Bereichen gemäß Art. 10, Absatz 1, Buchst. a) der Gesetzesverordnung Nr. 460 vom 4. Dezember 1997 ausüben;
- b) zur Finanzierung der wissenschaftlichen Forschungsanstalten und der Universitäten;
- c) zur Finanzierung der Forschungsanstalten im Gesundheitswesen;
- d) Finanzierung der Maßnahmen zum Schutz, zur Förderung und Aufwertung der Kultur- und Landschaftsgüter (Subjekte entsprechend Art. 2, Abs. 2 des D.P.M.R. vom 28. Juli 2016);
- e) Unterstützung der von der Wohnortgemeinde des Steuerpflichtigen ausgeübten Sozialtätigkeiten;
- f) Unterstützung der sportlichen zu Sportzwecken vom CONI gesetzlich anerkannten Amateurvereinigungen, die eine beachtliche Tätigkeit von gemeinschaftlichem Interesse ausüben und laut den im Art. 1 des Dekrets des Wirtschafts- und Finanzministers vom 2. April 2009, im Amtsblatt Nr. 88 vom 16. April 2009 veröffentlicht, wie vom Dekret des Wirtschafts- und Finanzministers vom 16. April 2009 geändert, im Amtsblatt Nr.

10 vom 2. Mai 2009 veröffentlicht, festgelegten Kriterien ausfindig gemacht werden.

g) Förderung der Schutzgebietsverwaltungen

Zwecks Mitteilung der getroffenen Wahl müssen Sie im eigens dafür vorgesehenen Feld unterschreiben; dabei können Sie sich für nur eine der vier vorgesehenen Zweckbestimmungen der fünf Promille der Irpef entscheiden. Für einige Zwecke können Sie auch die Steuernummer des Subjekts angeben, dem Sie den Anteil der fünf Promille der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen direkt zuweisen möchten.

Das Verzeichnis der Subjekte, denen Sie den Prozentsatz von fünf Promille der Irpef zuwenden können, ist auf der Webseite www.agenziaentrate.gov.it veröffentlicht.

Zweckbestimmung von zwei Promille der IRPEF

Der Steuerzahler kann einen Anteil seiner Einkommenssteuer in Höhe von zwei Promille zukommen lassen:

- einer der politischen Partei, die in die zweite Sektion des Registers gemäß Art. 4 des Gesetzesdekrets Nr. 149 vom 28/12/2013, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 13 vom 21. Februar 2014, eingetragen ist. Das Verzeichnis wurde von der „Garantiekommision für die Satzungen, die Transparenz und die Kontrolle der Rechenschaftsberichte der politischen Parteien“ an die Agentur der Einnahmen übermittelt. Damit der Anteil von zwei Promille der IRPEF einer der begünstigten Parteien zugewiesen werden kann, muss der Steuerzahler im entsprechenden Feld unterschreiben und im dafür vorgesehenen Kästchen die Kennnummer der gewählten Partei angeben. Die Wahl kann ausschließlich für eine der begünstigten Parteien getroffen werden. Die Codes für die politischen Parteien, die als Begünstigte der freiwilligen Zuweisung von zwei Promille der IRPEF zugelassen sind, finden Sie in der entsprechenden Tabelle auf der letzten Seite der Anwendungen.

Einreichung des Formulars mit Angabe der getroffenen Wahl von Seiten der befreiten Subjekte

Wenn Sie von der Pflicht zur Einreichung der Erklärung befreit sind (siehe dazu Teil I, Kapitel 3 „Wer ist von der Vorlage der Erklärung befreit“), können Sie unter den o. g. Bedingungen die Wahl der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF unter Verwendung des selben Formulars, das von den Steuerpflichtigen, die der Erklärung einreichen, verwendet wird.

Die Wahl muss zu den oben angegebenen Modalitäten erfolgen, wobei gleichfalls darauf zu achten ist, im Kästchen unten am Datenblatt zu unterschreiben. Das Formular ist in verschlossenem Umschlag bis zum 31. Oktober 2018 einzureichen:

- in einem Postamt, welches die Daten zur getroffenen Wahl an die Finanzverwaltung weiterleitet. Der Dienst für die Entgegennahme dieses Formulars wird von den Postämtern unentgeltlich vorgenommen. Das Postamt stellt eine entsprechende Empfangsbescheinigung aus;
- bei einem Vermittler der bevollmächtigt ist, diese auf telematischem Wege weiterzuleiten (Freiberufler, CAF). Letzterer ist verpflichtet, eine Bestätigung auszustellen aus der hervorgeht, dass er das Formular auf telematischem Wege weiterleiten wird auch wenn diese Bestätigung nicht verlangt wird. Die Vermittler haben die Möglichkeit, das Formular mit der getroffenen Wahl anzunehmen oder nicht; weiteres haben sie das Recht, für diese Dienstleistung ein Entgelt zu verlangen.

Der für die Einreichung dieses Formulars vorgesehene Briefumschlag muss mit der folgenden Aufschrift versehen sein: “Scelta per la destinazione dell’otto per mille e del cinque per mille dell’Irpef” (“Wahl der Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF”); zudem ist die Steuernummer sowie der Nachname und der Vorname des Steuerzahlers anzuführen.

Auch wenn Sie sich nur für eine der vorgesehenen Möglichkeiten (acht oder fünf Promille der Irpef) entschieden haben, sind Sie trotzdem angehalten, das gesamte in all seinen Teilen abgefasste Formular einzureichen.

Zudem kann das Formular für die Zweckbestimmung von acht, fünf und zwei Promille der IRPEF vom Steuerzahler direkt über den telematischen Dienst eingereicht werden.

Unterzeichnung der Erklärung

Die Kästchen, die den abgefassten Übersichten entsprechen, ankreuzen und die Erklärung unterschreiben.

Bei Einreichung der Ergänzungserklärung ist die für das Abfassen mitgegebene Anleitung des in der Übersicht “Erklärungsart” vorhandenen Kästchens “Ergänzungserklärung” zu beachten.

Wird die Erklärung nicht unterschrieben, ist sie ungültig. Eine Richtigstellung kann vorgenommen werden, indem das Subjekt, das verpflichtet ist die Erklärung zu unterschreiben, dies innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Aufforderung von Seiten des zuständigen Amtes der Agentur der Einnahmen nachholt.

Für den Steuerpflichtigen ist die Möglichkeit vorgesehen, Sonderbedingungen, die die Einkommensteuererklärung betreffen, unter Angabe eines entsprechenden Codes im Kästchen “**Sondersituationen**” hervorzuheben.

Diese Erfordernis kann mit Bezugnahme auf Tatbestände hervortreten, die nach der Veröffentlichung dieses Erklärungsvordrucks bestimmt wurden, zum Beispiel infolge von Erläuterungen, die von der Agentur der Einnahmen bezüglich auf die von den Benutzern gestellten Fragen erteilt wurden und sich auf spezifische Problemstellungen beziehen.

Somit kann dieses Kästchen nur abgefasst werden, wenn die Agentur der Einnahmen (zum Beispiel mit Rundschreiben, Bescheid oder Pressemitteilung) einen spezifischen Code mitteilt, der zur Angabe der besonderen Situation zu verwenden ist.

Dieses für die Unterschrift vorbehaltene Feld enthält die Angaben:

1) der ausgefüllten Übersichten;

2) der Ausübung der Wahl gemäß Art. 2-bis des Gesetzesdekrets vom 30. September 2005, Nr. 203.

Diese Bestimmung regelt die Anwendungsmodalitäten des Art. 6, Abs. 5 des Statuts des Steuerpflichtigen (Gesetz 27. Juli 2000, Nr. 212), auf dessen Grundlage die Finanzverwaltung den Steuerpflichtigen dazu auffordert, die notwendigen Klarstellungen zu liefern, falls sich aus der im Sinne des Art. 36-bis des D.P.R. Nr. 600/1973 durchgeführten Kontrolle der Erklärungen eine zu zahlende Steuer oder eine geringere Rückerstattung ergibt.

Die Klarstellungen werden von der Agentur der Einnahmen postalisch oder durch telematische Mittel angefordert.

Der Steuerpflichtige kann beantragen, dass die Aufforderung zu Klarstellungen an den zur telematischen Übersendung der eigenen Erklärung beauftragten Vermittler gesandt wird, indem er das Kästchen „**Übersendung des telematischen Bescheids einer automatisierten Kontrolle der Erklärung an den Vermittler**“ ankreuzt.

Der Vermittler stimmt seinerseits dem Erhalt des telematischen Bescheids zu, indem er das Kästchen „**Erhalt des telematischen Bescheids einer automatisierten Kontrolle der Erklärung**“ im Feld „**VERPFLICHTUNG ZUR TELEMATISCHEN EINREICHUNG**“ ankreuzt.

Wenn der Steuerpflichtige nicht den telematischen Bescheid wählt, wird die Klarstellungsforderung durch Einschreiben (Mitteilung von Unregelmäßigkeiten) an seinen Steuerwohnsitz gesandt.

Die Sanktion auf die infolge einer Kontrolle der Erklärungen geschuldeten Summen von 30 % der nicht oder verspätet gezahlten Steuern wird auf ein Drittel (10 %) reduziert, wenn der Steuerpflichtige die geschuldeten Summen innerhalb von 30 Tagen nach dem Erhalt der Mitteilung

von Unregelmäßigkeiten überweist. Die genannte Frist von 30 Tagen beginnt im Fall einer Wahl der telematischen Übersendung des Bescheids 60 Tage nach dem Datum der telematischen Übersendung des Bescheids an den Vermittler;

- 3) des Antrags des Steuerpflichtigen, an den zur telematischen Einreichung der eigenen Erklärung beauftragten Vermittler die Mitteilungen zu ermöglichen in der Erklärung vorliegenden Unregelmäßigkeiten (Art. 1, Abs. 634 bis 636 des Gesetzes Nr. 190/2014) und die Mitteilung von automatisch erhobenen Unregelmäßigkeiten, die in den zum Zweck der Anwendung von Studien des Sektors erklärten Daten festgestellt wurden, zu senden. Der Steuerpflichtige trifft diese Wahl, indem er das Kästchen „**Übersendung anderer telematischer Mitteilungen an den Vermittler**“ ankreuzt. Der Vermittler stimmt seinerseits dem Erhalt der genannten telematischen Mitteilungen zu, indem er das Kästchen „**Erhalt anderer telematischer Mitteilungen**“ im Feld „**VERPFLICHTUNG ZUR TELEMATISCHEN EINREICHUNG**“ ankreuzt.

Eventuelle Mitteilungen von Unregelmäßigkeiten zur Erklärung werden in jeden Fall im „Steuerpostfach“ („Cassetto fiscale“) im reservierten Bereich der Telematidienste der Agentur der Einnahmen angezeigt, in dem jeder zu Entratel oder Fisconline zugelassene Nutzer die eigenen Steuereinformationen einsehen kann.

4. Familienangehörige zu Lasten

In dieser Aufstellung müssen die Angaben bezüglich der Familienangehörigen, die 2017 steuerlich von Ihnen unterhaltsberechtig sind, eingegeben werden, um die Steuerabzüge für den Ehegatten, die Kinder oder sonstige unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zu nutzen.

Zur Festlegung der Absetzung für unterhaltsberechtigten Familienangehörige wird auf die Anleitungen in Bezug auf die Zeile RN6 verwiesen.

Die Familienmitglieder, die 2017 **im Besitz eines Gesamteinkommens von höchstens 2.840,51 Euro vor Abzug der absetzbaren Belastungen** sind, werden als steuerlich unterhaltsberechtigten Familienangehörige angesehen.

Zum Einkommen von 2.840,51 Euro, das der Familienangehörige besitzen muss, um als steuerlich unterhaltsberechtig angesehen zu werden, gehören auch folgende Beträge, die nicht im Gesamteinkommen inbegriffen sind:

- Vergütungen, die von internationalen Körperschaften und Einrichtungen, von diplomatischen und konsularischen Vertretungen, von Missionen, vom Heiligen Stuhl und von Körperschaften, welche direkt von diesen und von den zentralen Körperschaften der katholischen Kirche geführt werden, bezogen wurden;
- die steuerbefreiten Quoten von Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit, die in Grenzgebieten und sonstigen angrenzenden Ländern in einem dauerhaften und einzigen Arbeitsverhältnis von Subjekten, die im Staatsgebiet ansässig sind, geleistet wurden;
- das Einkommen aus Unternehmen oder aus selbständiger Arbeit, das der Ersatzsteuer unterliegt, in Anwendung des begünstigten Steuersystems für Jungunternehmer und Arbeitnehmer in Mobilität (Art. 27, Abs. 1 und 2, des GD Nr. 98 vom 6. Juli 2011);
- das Einkommen aus Unternehmenstätigkeit oder selbständiger Arbeit, das der Ersatzsteuer in Anwendung des pauschalen Besteuerungssystems unterliegt (Art. 1, Abs. 54/89 des G. 23/12/2014, Nr. 190);
- der definitiven Ertragsteuer auf die Vermietungen unterzogene Mietertrag.

Es können als unterhaltsberechtigten Familienangehörige, auch wenn sie mit dem Steuerpflichtigen gemeinsam in einem Haushalt leben oder im Ausland wohnhaft sind, angesehen werden:

- Der Ehegatte, der nicht rechtmäßig und effektiv getrennt ist;
- die Kinder (einschließlich die Adoptiv-, anvertrauten oder Pflegekinder) unabhängig von der Überschreitung bestimmter Altersgrenzen und von der Tatsache, ob sie studieren oder ein kostenloses Praktikum machen oder nicht; dieselbigen fallen also zu Abzugszuweisungszwecken nie in die Gruppe „sonstige Familienangehörige“.

Es können auch die folgenden **weiteren Familienangehörigen** als unterhaltsberechtig angesehen werden, vorausgesetzt dass sie mit dem Steuerpflichtigen in einem Haushalt leben oder dass sie von diesem nicht aus gerichtlichen Maßnahmen resultierende Unterhaltsbeihilfen beziehen:

- der gesetzlich und effektiv getrennte Ehepartner;
- die Kindeskinde;
- die Eltern (die Adoptiveltern eingeschlossen);
- die Schwiegersöhne und Schwiegertöchter;
- der Schwiegervater und die Schwiegermutter;
- die Brüder und Schwestern (auch die Halbbrüder- und Schwestern);
- die Großväter und Großmütter eingeschlossen.

Die aus acht Zeilen bestehende Aufstellung muss zur Angabe der Daten bezüglich der steuerlich unterhaltsberechtigten Familienangehörigen des Erklärenden verwendet werden.

Wenn sich im Laufe des Jahres 2017 die Situation eines Familienangehörigen geändert hat, müssen Sie eine Zeile für jede Situation abfassen.

Wie wird die Zeile bezüglich des Ehegatten abgefasst

Zeile 1: Die Daten ihres Ehepartners anführen.

Spalte 1: Das Kästchen „C“ ankreuzen

Spalte 4 (Steuernummer): die **Steuernummer** des Ehegatten angeben. Die Steuernummer des Ehegatten muss immer angegeben werden, auch wenn er steuerrechtlich nicht unterhaltsberechtig ist.

Spalte 5 (Anz. der Monate zu Lasten lebend): Dieses Kästchen ist nur abzufassen, falls der Ehepartner zu ihren Lasten lebend war. Eine „12“ eintragen, wenn der Ehepartner im Laufe des ganzen Jahres 2017 zu ihren Lasten lebend war. Bei einer Eheschließung, bei Ableben, bei einer rechts gültigen und effektiven Trennung, bei Auflösung oder Annullierung der Ehe bzw. bei Beendigung derselben in zivilrechtlicher Hinsicht im Laufe des Jahres 2017, ist die Anzahl der Monate anzugeben während deren der Ehepartner zu ihren Lasten lebend war. Haben Sie zum Beispiel im Juni 2017 geheiratet, steht der Abzug für sieben Monate zu und infolge dessen ist in dem Kästchen eine „7“ einzutragen.

Wie die Zeilen für die Kinder und die anderen Familienmitglieder abzufassen sind

Zeilen von 2 bis 6: In Zeile 2 sind die Daten des ersten Kindes anzuführen.

Spalte 1: das **Kästchen „F1“** ankreuzen, wenn der angegebene Familienangehörige das erste unterhaltsberechtigten Kind ist (d.h. das meldeamtlich älteste Kind unter den unterhaltsberechtigten Kindern) und das **Kästchen „F“** für die auf das erste Kind folgende Kinder.

Spalte 2: das **Kästchen „A“** ankreuzen, falls es sich um ein anderes Familienmitglied handelt.

Spalte 3: das **Kästchen „D“** ankreuzen, wenn es sich um ein behindertes Kind handelt. Wenn dieses Kästchen angekreuzt wird, muss das Kästchen 'F' nicht zusätzlich angekreuzt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass diejenigen Personen als behindert gelten, die als solche im Sinne des Gesetzes Nr. 104 vom 5. Februar 1992 anerkannt wurden.

Spalte 4 (Steueridentifikationsnummer): Die Steueridentifikationsnummer eines jeden Kindes, außer des zur Adoptionsvorbereitung anvertrauten Kindes, und der anderen zu Lasten lebenden Familienangehörigen angeben.

Die Steueridentifikationsnummer der unterhaltsberechtigten Kinder und Familienangehörigen muss auch dann angegeben werden, wenn die entsprechenden Abzüge nicht in Anspruch genommen werden, sondern vollständig einem anderen Subjekt zugewiesen werden. Die Steueriden-

tifikationsnummer muss auch für die zu Lasten lebenden Kinder angegeben werden, die ihren Wohnsitz im Ausland haben.

Nicht EU-Bürger, welche die Absetzungen für zu Lasten lebende Familienmitglieder beantragen, müssen im Besitz einer Urkunde sein, aus welcher der **Familienstand** hervorgeht. Diese Urkunde kann bestehen aus:

- a) einer originalen Urkunde, die vom Konsulat des Ursprungslandes ausgestellt, in die italienische Sprache übersetzt und mit Sichtvermerk von Seiten des gebietsmäßig zuständigen Präfekten versehen wurde;
- b) einer Urkunde mit einer Anmerkung für Subjekte die aus Ländern stammen, die das Abkommen der Aja vom 5. Oktober 1961 unterzeichnet haben;
- c) im Herkunftsland auf der Grundlage der Richtlinie in diesem Land rechtskräftig erstellte Dokumentation, die in die italienische Sprache übersetzt und vom italienischen Konsulat im Herkunftsland als originalgetreu beglaubigt wurde.

Spalte 5 (Anz. der Monate zu Lasten lebend): Verwenden Sie dieses Kästchen für die Angabe der Monate während deren der Familienangehörige zu ihren Lasten ist. Eine '12' eintragen, falls der Familienangehörige während des ganzen Jahres 2017 zu ihren Lasten lebend war; war er hingegen nur für einen Teil des Jahres 2017 zu ihren Lasten lebend, ist die Anzahl der entsprechenden Monate anzuführen. Für ein zum Beispiel im Monat August 2017 geborenes Kind steht der Absetzbetrag für fünf Monate zu, somit müssen Sie '5' in das Kästchen schreiben.

Spalte 6 (Kind unter drei Jahren): Verwenden Sie dieses Kästchen für die Angabe der Monate des Jahres, während deren das zu Lasten lebende Kind noch nicht 3 Jahre alt war. Für ein zum Beispiel im Jahre 2016 geborenes Kind '12' in das Kästchen schreiben; für ein Kind, das im Monat Mai 2017 3 Jahre alt geworden ist, '5' angeben.

Spalte 7 (Prozentsatz der zustehenden Absetzung): verwenden Sie dieses Kästchen zur Angabe des zustehenden Abzugsprozentsatzes. Es wird darauf hingewiesen, dass der Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder nicht frei zwischen beiden Eltern aufgeteilt werden kann.

Leben die Eltern nicht gesetzlich oder tatsächlich getrennt, muss die Absetzung für zu Lasten lebende Kinder zu 50% unter ihnen aufgeteilt werden. Die Eltern können im gegenseitigen Einvernehmen beschließen, dass der volle Absetzbetrag jenem Elternteil zugeschrieben wird, der das höhere Einkommen erzielt, damit der Absetzbetrag bzw. ein Teil davon nicht vom Elternteil mit niedrigerem Einkommen in Anspruch genommen werden kann. Im Falle einer gesetzlichen und tatsächlichen Trennung bzw. Aufhebung oder Beendigung der zivilrechtlichen Folgen der Ehe, steht die Absetzung in Ermangelung eines Abkommens zwischen den Parteien, dem pflegeberechtigten Elternteil im Ausmaß von 100% zu. Sind beide Eltern pflegeberechtigt, steht sie beiden Eltern im Ausmaß von 50% zu.

Auch in diesem Fall können die Eltern einvernehmlich beschließen, dem Elternteil mit dem höheren Gesamteinkommen den gesamten Abzug zuzuweisen; diese Möglichkeit lässt die volle Nutzung des Abzugs in dem Fall zu, in dem einer der Eltern ein niedriges Einkommen und somit eine Steuer hat, die es ihm nicht ermöglicht, den Abzug ganz oder teilweise zu nutzen.

Kann ein Elternteil die Absetzung für zu Lasten lebende Kinder zu 100% in Anspruch nehmen, hat der andere Elternteil keinen Anspruch auf den Absetzbetrag.

Der volle Absetzbetrag steht nur einem Elternteil zu, falls der andere Elternteil steuerlich zu Lasten des ersten lebt, und steht in folgenden Fällen zu:

- für die Kinder eines Steuerzahlers, dessen Ehepartner verstorben ist, falls dieser wieder geheiratet und sich anschließend nicht rechtsgültig und tatsächlich getrennt hat;
- für Adoptiv- Zieh- und Pflegekinder des Steuerzahlers, falls dieser verheiratet und nicht rechtsgültig und tatsächlich getrennt ist.



Siehe im Anhang unter "Abfassung des Kästchens F1 der Übersicht zu Lasten lebende Familienangehörige - Sonderfälle".

Für das erste Kind besteht der Anspruch auf denselben Absetzbetrag wie für den zu Lasten lebenden Ehepartner, falls der andere Elternteil verstorben ist oder das Kind nicht anerkannt hat bzw. das Kind ein Adoptiv- Zieh- oder Pflegekind eines einzelnen Elternteils ist, der nicht verheiratet ist oder falls er verheiratet ist, sich rechtsgültig und tatsächlich getrennt hat.

In der Spalte "Prozentsatz des zustehenden Abzugs" angeben:

■ **Für jedes unterhaltsberechtigten Kind:**

- '100', wenn der Abzug ganz beantragt wird;
- '50', wenn der Abzug unter den Eltern aufgeteilt wird;
- '0', wenn der Abzug ganz vom anderen Elternteil beantragt wurde;
- der Buchstabe 'C' in Zeile 2, falls für das erstgeborene Kind die Absetzung für den zu Lasten lebenden Ehepartner für das ganze Jahr zu steht. Wenn dieser Abzug nicht für das ganze Jahr zusteht, muss die Zeile 2 für die Monate für die der Abzug als Kind, und die Zeile 3 für die Monate, für die der Abzug als Ehegatte zusteht, abgefasst werden. Der Steuerpflichtige kann, falls es günstiger ist, den für das erste Kind vorgesehenen Abzug verwenden.

■ **für jeden anderen unterhaltsberechtigten Familienangehörigen:**

- '100', wenn die Belastung vollkommen belastet wird;
- der Prozentsatz, wenn die Belastung auf mehreren Personen lastet. Es wird daran erinnert, dass der Abzug zu gleichen Teilen auf die Berechtigten verteilt werden muss.

Spalte 8 (Abzug 100% Sorgerecht für Kinder): das Kästchen muss bei ausschließlichem, gemeinsamem oder geteiltem Sorgerecht für die Kinder von dem Elternteil angekreuzt werden, der den Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder im Umfang von 100 Prozent nutzt. Es wird daran erinnert, dass der Abzug in Ermangelung einer Vereinbarung dem Elternteil mit Sorgerecht zusteht. Bei gemeinsamen oder geteiltem Sorgerecht wird der Abzug in Ermangelung einer Vereinbarung im Umfang von 50 Prozent unter den Eltern aufgeteilt. Wenn der Elternteil mit Sorgerecht oder bei gemeinsamem Sorgerecht einer der Eltern den Abzug wegen Einkommensgrenzen nicht ganz oder teilweise nutzen kann, wird der Abzug dem zweiten Elternteil ganz zugeordnet.

Zeile 7 (Prozentsatz der zusätzlichen Absetzung für Familien mit mindestens 4 Kindern): Der zusätzliche Absetzbetrag von **1.200,00 Euro** kann von Familien mit mindestens vier Kindern in Anspruch genommen werden, wenn die Absetzungen für zu Lasten lebende Kinder zustehen. Der zusätzliche Absetzbetrag für Großfamilien steht auch dann zu, wenn das Bestehen von mindestens vier zu Lasten lebenden Kindern nur für einen Teil des Jahres gegeben ist (in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen, liegt die Anzahl der Monate für ein oder zwei zu Lasten lebende Kinder unter 12). Dieser Absetzbetrag steht nicht für jedes Kind zu, da es ein Gesamtbetrag ist, der sich auch dann nicht ändert, wenn die Anzahl der Kinder über vier liegt. Der Absetzbetrag muss unter den gesetzlich oder tatsächlich getrennten Eltern im Ausmaß von 50% aufgeteilt werden und kann auch nicht wie für gewöhnliche Absetzungen vorgesehen, im gemeinsamen Einvernehmen anders aufgeteilt werden. Im Falle eines steuerlich zu Lasten des anderen lebenden Ehepartners, steht die Absetzung zur Gänze zu.

Im Falle einer gesetzlichen und tatsächlichen Trennung bzw. Aufhebung oder Beendigung der zivilrechtlichen Folgen der Ehe, ist der Anteilssatz der Absetzung jener, der im Verhältnis zu den vom Gericht beschlossenen Pflegesätzen zusteht.

Wenn nur ein Elternteil im Besitz der Voraussetzungen ist (z.B. wenn er zwei Kinder mit einem Ehegatten und zwei Kinder mit einem anderen Ehegatten hat - Rundschreiben Nr. 19/E von 2012, Punkt 4.2), steht ihm der weitere Abzug vollständig zu, auch wenn der andere Ehegatte ihm gegenüber nicht unterhaltsberechtigt ist. In dieser Zeile den Prozentsatz bezüglich des oben genannten zusätzlichen Abzugs angeben.

Der Betrag der weiteren Absetzung im Verhältnis zu diesem Prozentsatz ist in der Zeile RN6 Spalte 3 anzugeben.

Es wird daran erinnert, dass wenn der zusätzliche Abzug höher als die Bruttosteuer ist, ein Guthaben in Höhe des Abzugsanteils anerkannt wird, der keinen Beleihungswert in der oben genannten Steuer gefunden hat.

Zeile 9 (Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder, die zur Adoptionsvorbereitung überlassen wurden): die Anzahl der zur Adoptionsvorbereitung überlassenen Kinder angeben (Zeilen von 2 bis 6, bei denen das Kästchen ‚F‘ oder ‚D‘ angekreuzt ist), für die in der Übersicht der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen keine Steuernummer angegeben wurde, um die Vertraulichkeit der Informationen zu wahren, die sich auf sie beziehen.

In Bezug auf dasselbe Kind ist das Ausfüllen der Zeilen 8 und 9 alternativ.

5. ÜBERSICHT RA – Einkünfte aus Grundbesitz

Das Einkommen aus Grundstücken unterscheidet sich in Bodenertrag und landwirtschaftlichen Ertrag. Dem Grundstückeigentümer oder dem Inhaber eines anderen dinglichen Rechts steht sowohl der Bodenertrag als auch der landwirtschaftliche Ertrag zu, wenn er selbst direkt die landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Wenn die landwirtschaftliche Tätigkeit von einer anderen Person ausgeübt wird, steht dem Eigentümer jedenfalls der Bodenertrag zu, während der landwirtschaftliche Ertrag demjenigen, der die landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt, zusteht.

Folgende Personen müssen diese Übersicht abfassen:

- Diejenigen, die als Besitz, Erbpacht, Nießbrauch oder sonstige Sachrechte, im Staatsgebiet liegende Grundstücke, die im Kataster mit Ertragszuweisung eingetragen sind oder sein müssen, besitzen. Bei Nießbrauch oder sonstigem Sachrechten muss der Inhaber des "nackten Eigentums" nicht das Grundstück erklären;
- der Pächter, der die landwirtschaftliche Tätigkeit auf den gepachteten Grundstücken ausübt, und die Mitglieder bei Gemeinschaftsbewirtschaftung. In diesem Fall muss nur die Spalte bezüglich des landwirtschaftlichen Einkommens abgefasst werden. Der Pächter muss das landwirtschaftliche Einkommen ab dem Datum, an der Vertrag wirksam wird erklären;



Siehe im Anhang unter "Landwirtschaftliches Einzelunternehmen, Familienunternehmen bzw. von Ehepartnern in Gemeinschaftsform geführtes Unternehmen".

- der Inhaber des landwirtschaftlichen Einzelunternehmens, auch falls dieses in Form eines Familienunternehmens betrieben wird oder der Inhaber des nicht in einer Gesellschaftsform geführten Familienbetriebes, der den Fonds verwaltet. Falls diese Steuerzahler den Grund nicht als Eigentümer, Nutznießer oder auf Grund eines anderen dinglichen Rechtes besitzen, ist nur die Spalte bezüglich der landwirtschaftlichen Einkommen auszufüllen.

Die Teilhaber an einem landwirtschaftlichen Familienunternehmen, der Ehepartner im Familienbetrieb und die Gesellschafter der einfachen Gesellschaften, der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften bzw. der defacto-Gesellschaften **müssen diese Übersicht nicht abfassen**. In diesen Fällen ist die Übersicht RH zu verwenden.

In dieser Übersicht **müssen nicht** die im Ausland liegenden Grundstücke und jene nicht für landwirtschaftliche Zwecke verpachteten Grundstücke (z.B. für einen Steinbruch oder ein Bergwerk) **erklärt werden**, da sie andere Einkommen bilden und somit in den Zeilen RL12 bzw. RL11 der Übersicht RL "Sonstige Einkommen" des Vordrucks REDDITI 2018, Heft 2 angegeben werden müssen.

Folgende Einkommen müssen nicht erklärt werden, da sie kein Grund- und Agrareinkommen erzeugen:

- Grundstücke, die als dazu gehörende Einheiten von städtischen Gebäuden gelten, zum Beispiel Gärten, Innenhöfe usw.;
- Grundstücke, die vom Besitzer als Anlagegüter für die Ausübung ganz spezifischer Handelstätigkeiten verwendet werden;
- die Grundstücke, Parkanlagen und Gärten, die der Öffentlichkeit zugänglich sind oder deren Erhalt vom Ministerium für kulturelle Güter und Tätigkeiten als von öffentlichem Interesse anerkannt wurde, vorausgesetzt, dass der Eigentümer in der gesamten Steuerperiode kein Einkommen aus ihrer Nutzung gewonnen hat. Dieser Tatbestand muss dem lokalen Amt der Agentur der Einnahmen innerhalb von drei Monaten ab dem Datum, an dem dieser Besitz als von öffentlichem Interesse anerkannt wurde, mitgeteilt werden.

Von der Gemeindeimmobiliensteuer (IMU) befreite Immobilien

Bei unverpachteten Grundstücken ersetzt die IMU die IRPEF und die entsprechenden Zusatzsteuern auf die Grundeinkünfte, während der landwirtschaftliche Ertrag weiterhin den ordentlichen Einkommensteuern unterliegt. Es ist hinsichtlich der Einkünfte aus unverpachteten Grundstücken nur der landwirtschaftliche Ertrag zu berücksichtigen. Für die verpachteten Grundstücke sind sowohl die IMU als die Irpef zu zahlen.

Infolge von Art. 1, Abs. 13 des Gesetzes vom 28. Dezember 2015, Nr. 208 ist Folgendes von der IMU-Steuer befreit:

- Landwirtschaftliche Flächen in Berg- oder Hügellagen innerhalb der Grenzen gemäß Art. 15 des Gesetzes vom 27. Dezember 1997, Nr. 984 (für diesen Fall wird die Freistellung auf der Grundlage der Kriterien entsprechend dem Rundschreiben des Finanzministeriums Nr. 9 vom 14. Juni 1993, veröffentlicht im ordentlichen Zusatz Nr. 53 des italienischen Amtsblatts Nr. 141 vom 18. Juli 1993 angewandt).

Außerdem sind folgende landwirtschaftliche Grundstücke von der IMU-Steuer befreit:

- a) deren Eigentümer oder Pächter Landwirte und berufsmäßige landwirtschaftliche Unternehmer entsprechend dem Art. 1 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 99 vom 29. März 2004 sind, und in der landwirtschaftlichen Rentenversicherung eingetragen sind, unabhängig von ihrer Lage;
- b) die sich in Gemeinden der kleineren Inseln entsprechend im Anhang A zum Gesetz Nr. 448 vom 20. Dezember 2001 befinden;
- c) die unabänderlich für Land-, Forst- und Weidewirtschaft genutzt werden und die sich im untrennbaren und nicht ersatzbaren gemeinschaftlichen Eigentum befinden.

Ab dem Jahr 2016 wurden die Absätze 1 bis 9-bis des Artikels 1 des Gesetzesdekrets vom 24. Januar 2015, Nr.4, mit Änderungen in den Gesetzesstand erhoben vom Gesetz vom 24. Mai 2015, Nr. 34 abgeschafft.

In diesem Fall ist das Kästchen „Nicht IMU-pflichtig“ (Spalte 9) anzukreuzen.



Für weitere Klärungen und Vertiefungen zur Freistellung von der IMU-Steuer kann das Rundschreiben des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen Nr. 4/DF vom 14. Juli 2016 eingesehen werden.

Neubewertung der Grundeinkünfte

Die sich aus dem Kataster ergebenden Grundeinkünfte und landwirtschaftlichen Erträge müssen um 80 Prozent bzw. um 70 Prozent aufgewertet werden. Werden die Grundeinkünfte und landwirtschaftlichen Erträge um weitere 30 Prozent neu bewertet.

Die zusätzliche Neuberechnung wird nicht angewandt, wenn es sich um landwirtschaftliche oder nicht bewirtschaftete Grundstücke handelt, die sich im Eigentum von Landwirten oder berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmern (sog. „IAP“) befinden, die in der landwirtschaftlichen Fürsorgekasse eingetragen sind, und von denselben auch betrieben werden (angekreuztes Kästchen in Spalte 10).

Für die Jahre 2017, 2018 und 2019 beitragen die Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft zur Bildung der Steuerbemessungsgrundlage zum Zweck der Einkommenssteuer der natürlichen Personen der in dem agrarsozialen Sicherungssystem eingeschriebenen Kleinbauern und der hauptberuflichen Landwirte laut dem art. 1 des Gv. D. Nr. 99 vom 29. März 2004 nicht.

Die Neubewertung von 80 und 70 Prozent wird nicht angewendet, wenn die Grundstücke für landwirtschaftliche Zwecke an junge Unternehmer verpachtet wurden, noch keine 40 Jahre alt sind, sofern die Voraussetzungen laut Anhang zu den „Vergünstigungen für die landwirtschaftlichen Jungunternehmer“ vorliegen.

ABFASSUNG DER ÜBERSICHT RA

Diese Übersicht muss abgefasst werden, auch wenn sich die Einkommen nicht in Bezug auf das vorherige Jahr verändert haben. Falls sich im Laufe des Jahres 2017 in Bezug auf ein Grundstück eine neue Situation ergeben hat (eine Änderung der Besitzanteile, das Grundstück verpachtet wurde usw.), sind Sie verpflichtet, für jede Situation eine Zeile abzufassen, wobei in Spalte 4 der entsprechende Zeitraum anzugeben ist. In diesen Fällen ist das Kästchen in Spalte 8 anzukreuzen um anzugeben, dass es sich um dasselbe Grundstück der vorhergehenden Zeile handelt.

Wenn mehr als 22 Grundstücke erklärt werden müssen, muss eine zusätzliche Übersicht abgefasst werden. Dabei muss daran gedacht werden, das Kästchen „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren. In diesem Fall in der Zeile RA23 der ersten verwendeten Übersicht (Vordr. Nr. 1) die Gesamtbeträge des Boden- und landwirtschaftlichen Ertrags angeben.

Falls der Besitzanteil des Einkommens aus Grundbesitz verschieden von jenem des Einkommens aus Landwirtschaftsbesitz ist, sind zwei getrennte Zeilen abzufassen und das Kästchen in Spalte 8 ist nicht anzukreuzen (zum Beispiel falls nur ein Teil des Grundstückes verpachtet wurde).

Die **Grund- und Agrareinkommen** können direkt aus den Katasterunterlagen ermittelt werden, wenn die effektiv praktizierte Bestellung mit der aus dem Kataster resultierenden übereinstimmt; wenn sie nicht übereinstimmt, ist im Anhang unter dem Stichwort „Änderungen der Bestellung der Ländereien“ nachzusehen.

Agroenergie

Die Erzeugung und Lieferung von elektrischer und Wärmeenergie aus erneuerbaren land- und forstwirtschaftlichen Quellen bis 2.400.000 kWh im Jahr und aus erneuerbaren Photovoltaik-Quellen bis 260.000 kWh im Jahr sowie aus Kraftstoffen, die vorwiegend aus angebauten Pflanzen und aus dem Boden stammenden chemischen Produkten von landwirtschaftlichen Unternehmern produziert werden, stellen verbundene Tätigkeiten im Sinne von Art. 2135, dritter Absatz des italienischen ZGB und **Produktionstätigkeiten mit Einkünften aus der Landwirtschaft** dar (Art. 1, Abs. 423 des Gesetzes Nr. 266 von 2005, geändert durch den Art. 1, Abs. 910 des Gesetzes Nr. 208 vom 28. Dezember 2015).

Daher muss das entsprechende Einkommen in den beschriebenen Fällen in der vorliegenden Übersicht RA angegeben werden.

Sollte die Energieproduktion die o. g. Grenzwerte übersteigen, wird das Einkommen hingegen in Heft 3 der Übersicht RD angegeben, oder es wird in den Übersichten RF oder RG gemäß den entsprechenden Anweisungen angegeben, wenn man die Ermittlung der Einkünfte auf die übliche Weise gewählt hat.

Steuerzahler, die verpflichtet sind, die Übersichten RD oder RG abzufassen, müssen in jedem Fall die vorliegende Übersicht für die Ermittlung der Einkünfte aus Energieproduktion innerhalb der o. g. Grenzwerte ausfüllen.

Die Grund- und Agrareinkommen der für die Pilzzucht bestimmten Flächen werden mangels entsprechender Qualität in der Übersicht im Kästchen für Katasterqualifikation mittels Anwendung des in der Provinz, in der sich die Länderei befindet, geltenden höchsten Einschätzungstarifs festgesetzt. Diese Methode wird auch auf die für Treibhausbestellungen verwendeten Flächen angewendet.

Es wird präzisiert, dass die Tätigkeit der Pilzzucht als landwirtschaftlich angesehen wird, wenn die Grenzen gemäß Art. 32, Absatz 2, Buch. b) und c) des Einheitstextes der Einkommenssteuer (TUIR) eingehalten werden.



Um zu erfahren, welche Tätigkeiten als landwirtschaftliche Tätigkeiten für die Ermittlung des landwirtschaftlichen Einkommens betrachtet werden, siehe im Anhang unter „Landwirtschaftliche Tätigkeiten“.

Die Aufwertung wird auf die Grundstücke, für welche die Begünstigungen für Jungunternehmer in der Landwirtschaft vorgesehen sind, nicht angewandt. Ein landwirtschaftlicher Unternehmer, der auch Urlaub auf dem Bauernhof im Sinne des Gesetzes Nr. 730 vom 5. Dezember 1985 betreibt, muss das entsprechende Einkommen aus dieser Tätigkeit in Übersicht RD ermitteln, die im Heft 3 enthalten ist.

Für die Zuweisung der Einkommensanteile aus Landwirtschaft, die den Mitarbeitern des Familienunternehmens oder dem Ehepartner zustehen, muss der Inhaber des landwirtschaftlichen Familienbetriebes bzw. der Inhaber eines von den Ehepartnern nicht in Form einer Gesellschaft geführten Familienbetriebes, die eigens dafür vorgesehene Aufstellung der Übersicht RS, die im Heft 3 enthalten ist, abfassen.

Zeilen RA1 bis RA22

Für jede Länderei sind die folgenden Daten anzugeben:

Die Einkünfte aus Grundstücken und aus landwirtschaftliche Flächen sind in den Spalten 1 und 3 anzugeben, ohne eine Neubewertung vorzunehmen. Die Neubewertung erfolgt bei der Festlegung der Besteuerungsgrundlage.

Spalte 1 (Grundeinkünfte ohne Neubewertung): Betrag der Grundeinkünfte laut Katasterunterlagen.

Spalte 3 (Landwirtschaftliche Erträge ohne Neubewertung): Betrag der landwirtschaftlichen Erträge laut Katasterunterlagen.

Spalte 2 (Titel) einen der folgenden Codes angeben:

- “1” Eigentümer des unverpachteten Grundstücks;
- “2” Besitzer des verpachteten Grundstücks, wobei die gesetzliche Mietpreisregelung (vinkulierter Mietzins) angewandt wurde;
- “3” Eigentümer der verpachteten Liegenschaft bei Fehler des rechtlichen Bestimmungssystems der Pacht (freies Marktsystem);
- “4” Bewirtschafter des Bodens, (vom Eigentümer abweichend) oder Pächter;
- “7” Inhaber eines landwirtschaftlichen Einzelbetriebes, der nicht in Form eines Familienunternehmens geführt wird.
- “8” Inhaber eines landwirtschaftlichen Einzelbetriebes, der in Form eines Familienunternehmens geführt wird;
- “9” Inhaber eines landwirtschaftlichen, mit dem Ehepartner geführten Betriebes, der nicht in Gesellschaftsform geführt wird.

Falls der Besitzer bzw. der Betreiber des Grundstücks auch Inhaber des landwirtschaftlichen Einzelunternehmens ist, das nicht in Form eines Familienunternehmens geführt wird, kann der Kode 1 oder 7 bzw. der Kode 4 oder 7 angeführt werden.

Bei Betreibung von Grundstücken in **gesellschafterlicher Form** ist jener Anteil des landwirtschaftlichen Einkommens anzugeben, der sich aus dem Beteiligungsprozentsatz und der Dauer des Vertrages ergibt. Dieser Prozentsatz geht aus der entsprechenden Urkunde hervor, die von allen Gesellschaftern unterzeichnet sein muss und vom Steuerzahler aufbewahrt werden muss, damit er diese Urkunde bei Nachfrage des Amtes

vorweisen kann. Bei Fehlen dieser Urkunde geht man davon aus, dass es sich um eine Beteiligung zu gleichen Teilen handelt.

Spalte 4 (Besitzdauer): Den in Tagen ausgedrückten Besitzzeitraum der Liegenschaft angeben (365 für das ganze Jahr). Falls mehrere Zeilen für ein einzelnes Grundstück verwendet werden, um unterschiedliche Situationen anzugeben, darf die Summe der Tage in den einzelnen Zeilen nicht die Zahl 365 überschreiten.

Spalte 5 (Prozentsatz der Besitzdauer): Den Besitzanteil des Grundstückes angeben (100, falls zur Gänze).

Spalte 6 (Mietzins in Zwangsregelung): Falls ein Grundstück zu einem vinkulierten Mietzins verpachtet wurde, ist der Gesamtbetrag der Miete anzugeben, wie aus dem Mietvertrag hervorgeht und zwar für die in Spalte 4 angeführte Zeitspanne.

Spalte 7 (Sonderfälle): Einen der folgenden Codes angeben:

“2” Verlust durch Naturereignisse von mindestens 30 Prozent des ordentlichen Bestandsprodukts im Jahr, wenn der geschädigte Besitzer dem Landesamt (ehemaliges Vermessungsamt) das schädliche Ereignis binnen drei Monate ab dem Tag, an dem es eingetreten ist, oder, wenn das Datum nicht genau bestimmbar ist, mindestens 15 Tage vor dem Erntebeginn angezeigt hat. In dieser Situation sind der Boden- und landwirtschaftliche Ertrag von der IRPEF ausgenommen;

“3” Liegenschaft in gemeinsamer Leitung;

“4” Liegenschaft, die an junge Leute unter vierzig Jahren in der Eigenschaft als Selbstbesteller oder hauptsächlich Landwirtschaftsunternehmer bzw. die diese Befähigungen innerhalb der zwölf Monate ab dem Abschluss des Pachtvertrags erwerben, verpachtet werden, vorausgesetzt die Dauer des Pachtvertrags selbst liegt nicht unter fünf Jahren;

“6” angeben, falls die Voraussetzungen gemäß Kode 2 und 4 gleichzeitig zutreffen.

Spalte 8 (Fortsetzung): falls im Steuerjahr für ein und dasselbe Grundstück unterschiedliche Situationen eingetreten sind (Änderungen von Besitzanteilen, verpachtetes Grundstück usw.), ist für jede Situation eine Zeile abzufassen und in der Spalte 4 der entsprechende Zeitraum anzugeben. In diesen Fällen ist das Kästchen in Spalte 8 anzukreuzen, um anzugeben, dass es sich um dasselbe Grundstück der vorhergehenden Zeile handelt.

Falls der Besitzanteil der Grundeinkünfte verschieden ist vom landwirtschaftlichen Ertrag, falls z.B. nur ein Teil des Grundstückes verpachtet ist und in einigen der Fälle, die im Anhang unter “Einfache Gesellschaften und Familienunternehmen, die in der Landwirtschaft tätig sind” angegeben sind, müssen zwei verschiedene Zeilen ausgefüllt werden, ohne das Kästchen in Spalte 8 anzukreuzen.

Colonna 9 (Nicht IMU-pflichtig): Dieses Kästchen ankreuzen, wenn das Grundstück unter die Befreiungsfälle in Abschnitt „Von der IMU befreite Grundstücke“ fällt. In diesen Fällen unterliegen die Grundeinkünfte der IRPEF und der entsprechenden Zusatzsteuern, wenn das Grundstück nicht verpachtet ist.

Wenn die Daten über das einzelne Grundstück in mehreren Zeilen ausgewiesen sind, wird das Kästchen in dieser Spalte nur in der ersten der abgefassten Zeilen angekreuzt, da es sich auf den gesamten Steuerzeitraum bezieht.

Spalte 10 (selbstbewirtschaftende Landwirte oder von berufsmäßige landwirtschaftliche Unternehmer): das Kästchen ankreuzen, im Fall eines selbstbewirtschaftenden Landwirts oder eines berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmers, der bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung eingeschrieben ist. In diesem Fall beitragen die Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft zur Bildung der Steuerbemessungsgrundlage zum Zweck der Einkommenssteuer der natürlichen Personen nicht.

Bezieht sich diese Situation nur auf einen Teil des Jahres, müssen zwei getrennte Zeilen ausgefüllt (Ausfüllen des Kästchens „Fortsetzung“) und das Kästchen „Landwirt oder landwirtschaftlicher Unternehmer“ nur in Zeile angekreuzt werden, die sich den Zeitraum bezieht, in der diese Situation eingetreten ist. Falls im Steuerjahr für ein und dasselbe Grundstück unterschiedliche Situationen eingetreten sind (Änderungen von Besitzanteilen, verpachtetes Grundstück usw.), ist diesen Kästchen in allen Zeilen anzukreuzen, in Bezug auf welche die Voraussetzungen für die Vergünstigung vorliegen.

Spalte 11 (Steuerpflichtige Grundeinkünfte) und Spalte 13 (Nicht steuerpflichtiges landwirtschaftliches Einkommen).

In Spalte 11 sind die steuerpflichtigen Grundeinkünfte des verpachteten oder unverpachteten Grundstücks anzugeben, für die keine IMU-Steuer zu zahlen ist.

In Spalte 13 sind die nicht steuerpflichtigen Grundeinkünfte des unverpachteten Grundstücks, für die die IMU-Steuer zu zahlen ist, und die Einkünfte aus Grundbesitz der selbstbewirtschaftenden Landwirte und der berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmer laut Art. 1 des Gv. D. Nr. 99 vom 29. März 2004 anzugeben, die bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung eingeschrieben sind.

A) Daten des einzelnen Grundstücks in einer einzigen Zeile (im Lauf des Jahres 2015 haben sich z.B. weder die Zweckverwendung des Grundstücks noch der Besitzanteil geändert):

1) Die **Spalte 2 (Titel)** enthält die **Kodes 1, 7, 8, 9:**

- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code oder der Code 3 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem in Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 nicht angekreuzt ist; oder, wenn dieses angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, in Bezug auf die Tage (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 2 vorhanden ist, sind die Grundeinkünfte gleich Null.

Das mit den oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen ist wie folgt einzutragen:

- in die Spalte 13 (Nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen in Spalte 9 „IMU nicht zahlbar“ nicht abgefasst ist bzw. wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- in die Spalte 11 (Steuerpflichtige Grundeinkünfte), wenn das Kästchen in Spalte „IMU nicht zahlbar“ abgefasst ist bzw. wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist.

2) Die **Spalte 2 (Titel)** enthält den **Kode 2:**

- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist:

- 1) Das Einkommen aus Grundbesitz berechnen und den in Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnen auf 80 % und erhöhen um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 nicht angekreuzt ist; oder, wenn dieses angekreuzt ist, wird die Neuberechnung nicht angewandt, mit Bezug auf die Tage (Spalte 4) und den Besitzanteil (Spalte 5) in Beziehung setzen.
- 2) berechnen Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Mietzins (Spalte 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Spalte 5);
- 3) wenn der Betrag laut Punkt 2 weniger als 80 Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 2 berechneten Betrag; wenn stattdessen der Betrag laut Punkt 2 80 oder mehr Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 1 berechneten Betrag;

- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 4 vorhanden ist:

- 1) Das Einkommen aus Grundbesitz berechnen und den in Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 angekreuzt ist, oder wenn es nicht angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, mit den Tagen (Spalte 4) und dem Besitzanteil (Spalte 5) in Beziehung setzen.
- 2) berechnen Sie den gesetzlich vorgeschriebenen Mietzins (Spalte 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Spalte 5);
- 3) wenn der Betrag laut Punkt 2 weniger als 80 Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 2 berechneten Betrag; wenn stattdessen der Betrag laut Punkt 2 80 oder mehr Prozent des Betrags laut Punkt 1 beträgt, besteht das Einkommen aus dem im Punkt 1 berechneten Betrag;

- wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) die Kodes 2 oder 6 vorhanden sind, ist das Grundeinkommen gleich Null und deshalb die Spalte 11

nicht abzufassen.

Das durch die oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen muss:

- in der Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- in der Spalte 11 (steuerpflichtige Einkünfte aus Grundbesitz), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist;

(Nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte)

3) Die Spalte 2 (Titel) enthält den Kode 3:

- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem in Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen der Spalte 10 angekreuzt ist; oder, wenn dieses nicht angekreuzt ist, wird die Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) die Codes 2 oder 6 vorhanden sind, ist das Grundeinkommen gleich Null; Das mit den oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen ist:
- In der Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- In der Spalte 11 (steuerpflichtige Einkünfte aus Grundbesitz), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist Anzugeben.

4) Vorhandensein des Kodes 4 in der Spalte 2 (Titel), das Grundeinkommen ist gleich Null und Sie brauchen Spalten 11 und 13 nicht abfassen.

B) In mehreren Zeilen dargelegte Angaben der einzelnen Liegenschaft (zum Beispiel, falls sich im Laufe des Jahres 2017 die Zweckverwendung des Grundstückes oder der Besitzanteil geändert haben):



Wenn die Angaben zu einem Grundstück in mehrere Zeilen eingetragen wurden, müssen die Beträge in Bezug auf das steuerpflichtige und nicht steuerpflichtige Einkommen (Spalten 11 und 13) ausschließlich in die erste der Zeilen eingetragen werden, die zur Angabe der Grundstücksdaten verwendet wurden.

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen einer der Rechtstitel 1, 4, 7, 8 und 9 in Bezug auf das Grundstück angegeben wurde, für das das Kästchen „IMU nicht zahlbar“ nicht abgefasst wurde bzw. das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist: für jede Zeile den Anteil des nicht steuerpflichtigen Grundeinkommens berechnen, wo-bei die Regeln zu verwenden sind, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Grundstück beschrieben wurden; den so berechneten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 13 (nicht steuerpflichtiges landwirtschaftliches Einkommen) der ersten Zeile eintragen, die zur Angabe der Grundstückdaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen einer der Rechtstitel 1, 4, 7, 8 und 9 in Bezug auf das Grundstück angegeben wurde, für das das Kästchen „IMU nicht zahlbar“ abgefasst wurde bzw. das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist: für jede Zeile den Anteil des steuerpflichtigen Grundeinkommens berechnen, wobei die Regeln zu verwenden sind, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Grundstück beschrieben wurden; den so berechneten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 11 (steuerpflichtiges Grundeinkommen) der ersten Zeile eintragen, die zur Angabe der Grundstückdaten verwendet wurde;
- Es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen einer der Titel 2 und 3 angegeben wurde: Zur Berechnung des Grundeinkommens sind die Anleitungen im Anhang unter „Verpachtete Grundstücke - Sonderfälle“ zu befolgen.

Spalte 12 (Steuerpflichtige landwirtschaftliche Erträge) und Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Erträge).

In der Spalte 12 ist das steuerpflichtige Agrarieneinkommen des Grundstücks anzugeben.

In der Spalte 13 ist das Agrarieneinkommen der in dem agrarsozialen Sicherungssystem eingeschriebenen selbstbewirtschaftenden Landwirte oder der berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmer laut Art. 1 des Gv. D. Nr. 99 vom 29. März 2004 anzugeben.

A) In einer einzigen Zeile dargelegten Angaben der einzelnen Liegenschaft (zum Beispiel falls es im Laufe des Jahres 2016 keine Änderung der Zweckverwendung des Grundstückes und des Besitzanteiles gegeben hat):

1) Vorhandensein der Kodes 1 in der Spalte 2 (Titel):

- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkünfte aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, Neuberechnet auf 70% und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, im Verhältnis zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 2 angegeben ist, ist das Agrarieneinkommen gleich null;
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 3 vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe von dem in der Spalte 3 (Einkommen aus Landwirtschaft) angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 70 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, da schon mit dem Besitzanteil und der Zeitdauer des Vertrags in Beziehung gesetzt.

2) Vorhandensein der Kodes 4, 7, 8, 9 in der Spalte 2 (Titel):

- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkommens aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, Neuberechnet auf 70% und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Codeziffer vier vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkommens aus Landwirtschaft) angegebenen Betrags, erhöht um 30%, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, Bezug auf die Tage (Spalte 4) und auf den Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in der Spalte 7 (Sonderfälle) die Codes 2, 6 vorhanden sind, ist das Agrareinkommen gleich Null;
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 3 vorhanden ist, ist das Agrarieneinkommen in der Höhe des in der Spalte 3 (Einkommens aus

Landwirtschaft) angegebenen Betrags, Neuberechnet auf 70 % und erhöht um 30 %, wenn das Kästchen in Spalte 10 nicht angekreuzt ist, oder wenn es angekreuzt ist, wird die weitere Neuberechnung nicht angewandt, da schon mit dem Besitzanteil und der Zeitdauer des Vertrags in Beziehung gesetzt.

3) In **Spalte 2 (Titel)** sind die **Kodes 2 oder 3** angegeben: der Betrag der landwirtschaftlichen Erträge ist gleich Null, daher ist diese Spalte nicht auszufüllen.

Das durch die oben beschriebenen Modalitäten berechnete Einkommen muss:

- in der Spalte 13 (nicht steuerpflichtige landwirtschaftliche Einkünfte), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ angekreuzt ist;
- in der Spalte 11 (steuerpflichtiges Agrarieneinkommen), wenn das Kästchen der Spalte 10 „selbstbewirtschaftender Landwirt oder berufsmäßiger landwirtschaftlicher Unternehmer“ nicht angekreuzt ist;

B) In mehreren Zeilen angegebene Daten des Einzelgrundstücks (es hat sich z.B. im Jahr 2017 der Benutzungstitel oder der Besitzanteil geändert): das landwirtschaftliche Einkommen des Grundstücks ergibt sich aus der Summe der landwirtschaftlichen Einkommensanteile, die für jede einzelne Zeile berechnet wurden, so wie im vorstehenden Abschnitt beschrieben. Die Beträge des steuerpflichtigen Einkommens aus Landwirtschaft und nicht steuerpflichtigen landwirtschaftlichen Einkommens (Spalte 12 und 13) sind ausschließlich in der ersten der Zeilen einzutragen, die zur Angabe der Daten desselben Grundstücks verwendet wurden.

In **Zeile RA23 (Gesamtbeträge)** ist/sind die Summe oder die Summen der Beträge aus Spalten 11, 12 und 13 anzugeben.

Der Beträge aus Spalten 11 und 12 müssen zusammen mit etwaigen anderen Einkünften in Zeile RN1, Spalte 5 übertragen werden. Der Gesamt der Einkünfte aus Bodenbesitz kann in die "Zusammenfassende Aufstellung der Einkünfte und Einbehalte", die in den Anleitungen zur Abfassung der Übersicht RN zu finden ist, übertragen und dann mit den anderen IRPEF Einkommen summiert werden. Die Beträge, in Spalte 13 sollte entsprechend RN50, Spalte 2 aufgenommen werden. Bei Abfassen mehrerer Übersichten RA muss man in Zeile RA23 der ersten abgefassten Übersicht (Vordr. Nr. 1) die Gesamtbeträge der Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft angeben.

6. ÜBERSICHT RB – Einkünfte aus Gebäudebesitz und sonstige Angaben

Folgende Steuerpflichtige müssen diese Übersicht verwenden:

- die Eigentümer von im italienischen Staatsgebiet stehenden Gebäuden, die im Gebäudekataster mit Ertrag eingetragen sind bzw. eingetragen werden müssen;
- die Inhaber des Nießbrauches oder von sonstigem dinglichen Recht an im italienischen Staatsgebiet gelegenen Gebäuden, die im Gebäudekataster mit Ertragszuteilung eingetragen sind oder sein müssen. Bei Nießbrauch oder sonstigem dinglichen Recht (z.B. Gebrauch oder Wohnung) muss der Inhaber des alleinigen "nackten Eigentums" das Gebäude nicht erklären. Es wird daran erinnert, dass das Wohnrecht zum Beispiel im Sinne des Art. 540 des BGB dem überlebenden Ehegatten zusteht; dieses Recht weitet sich auch auf die Nebengebäude des als Hauptwohnung festgelegten Hauses aus;
- die Besitzer von Gebäuden, die gemeinschaftlich verwendet/benutzt werden, bzw. von der Familie als auch für berufliche, handwerkliche bzw. unternehmerische Tätigkeiten benutzt werden;
- diejenigen, die Unternehmenstätigkeit für die Immobilien ausüben die, obwohl sie für die Ausübung der eigenen Tätigkeit benützt werden, nicht als zum Unternehmen gehörend betrachtet werden, da sie im Inventar bzw. im Register der abschreibbaren Güter nicht angeführt wurden oder auf Grund der geltenden Bestimmungen aus dem Vermögen des Unternehmens ausgeklammert worden sind;
- die Besitzer von Immobilien, die gemäß der geltenden Gesetze über keine Anforderungen verfügen, um als landwirtschaftlich angesehen zu werden.

Sie bringen keine Mieteinkommen hervor und sind somit nicht zu erklären:

- Die landwirtschaftlichen Gebäude, die als Wohnung benutzt werden und vom Besitzer oder vom Pächter der Grundstücke, effektiv für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden. In diesem Fall ist das entsprechende Einkommen schon im Katastereinkommen des Grundstücks enthalten. Die ab dem 01. Dezember 2007 geltenden Anforderungen für die Anerkennung als ländliche Immobilie, sind im Art. 9 des Gesetzesdekrets Nr. 557/93 wie vom Art. 42-bis des Gesetzesdekrets Nr. 159/2007 und vom Art.1, Absatz 275 des Gesetzes Nr. 244/2007 abgeändert, enthalten. Für Immobilieneinheiten, die auf Grund der geltenden Bestimmungen nicht die Voraussetzungen aufweisen, um als landwirtschaftlich betrachtet werden zu können, müssen erklärt werden, indem bei Fehlen des endgültigen – der voraussichtliche Ertrag angegeben wird. Die Immobilieneinheiten der Kategorien A/1 und A/8 und jene die Luxuseigenschaften aufweisen, sind in jedem Fall als ertragseinbringend zu betrachten;



Siehe im Anhang "Landwirtschaftliche Tätigkeiten".

- die Gebäude mit landwirtschaftlicher Zweckbestimmung, einschließlich jener Bauten, die als Treibhäuser, für die Aufbewahrung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, für die Verwahrung der Maschinen sowie des Werkzeuges und für den nötigen Lagervorrat für die Bepflanzung bestimmt sind;
- die landwirtschaftlichen Gebäude, die für den Urlaub am Bauernhof bestimmt sind;
- die Immobilien, für welche Lizenzen, Konzessionen oder Bewilligungen für die Renovierung, Altbausanierung oder für den Umbau ausgestellt worden sind; dies beschränkt auf den Zeitraum, für den die diesbezügliche Verfügung Gültigkeit hat und während dem die Immobilie nicht benutzt werden darf;
- die Immobilien, die zur Gänze der Öffentlichkeit zugänglich sind und als Sitz für Museen, Bibliotheken, Archive, Filmotheken und für Zeitschriftensammlungen dienen und der Besitzer das ganze Jahr lang keinen Einkommen aus der Verwendung des Gebäudes bezieht. Dieser Umstand muss dem Amt der Agentur Einnahmen innerhalb von drei Monaten ab dem Datum, an dem er eingetreten ist, gemeldet werden;
- die Immobilien, die ausschließlich für den Kultus bestimmt sind sowie die Klausurklöster und die dazugehörenden Einheiten, sofern sie nicht vermietet sind;
- die Immobilien, die ausschließlich der eigenen beruflichen Tätigkeit und dem Unternehmen dienen.

Nicht zu erklären sind außerdem Einkünfte aus Gebäudeeinheiten in landwirtschaftlichen Gebieten, die zum 07. Mai 2004 nicht für Wohnzwecke verwendet werden konnten, die gemäß der geltenden Bauregelung vom landwirtschaftlichen Unternehmer umgebaut werden und die, falls sie vermietet werden, die Voraussetzungen für die Bewohnbarkeit erhalten, die von den geltenden Vorschriften vorgesehen sind; diese Einkünfte sind nämlich bereits in den Einkünften aus Grundbesitz und Landwirtschaft bezogen auf die Grundstücke, wo sie sich befinden, enthalten.

Diese Regelung wird nur für den Zeitraum des ersten Mietvertrags angewandt, der eine Laufzeit von fünf bis neun Jahre haben muss (Art. 12 des GvD Nr. 99 vom 29. März 2004, seit dem 7. Mai 2004 in Kraft).

Hauptwohnung

Grundsätzlich wird für das Jahr 2017 für Hauptwohnungen samt Zubehör (die unter die Katasterkategorien C/2, C/6 und C/7 fallen, im Ausmaß von höchstens einer Zubehöreinheit für jede Katasterkategorie) keine IMU geschuldet, daher tragen die entsprechenden Einkünfte zwecks IR-

PEF zum Gesamteinkommen bei.

Dennoch steht ein Abzug vom Gesamteinkommen zu, und zwar maximal bis zum Betrag des Katasterertrags der Immobilieneinheit selbst und des Zubehörs. Andernfalls sind für Hauptwohnungen samt Zubehör, die 2017 der IMU unterliegen (zum Beispiel Wohnungen der Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 „Luxuswohnungen“) keine IRPEF und Zusatzsteuern zu entrichten.

In diesen Fällen wird in Spalte 12 „Sonderfälle IMU“ Kode 2 angegeben. Der entsprechende Abzug steht nicht zu, da die Einkünfte aus der Hauptwohnung zum Gesamteinkommen beitragen.

Unvermietete Gebäude

Generell ersetzt die IMU die IRPEF und die entsprechenden Zusatzsteuern, die in Bezug auf Einkünfte aus nicht vermieteten Gebäuden geschuldet werden, einschließlich der Gebäude, die zur unentgeltlichen Leihe überlassen werden (Kodes '2', '9', '10', '15' in Spalte 2 der Zeilen RB1 bis RB9), die in jedem Fall angegeben werden müssen.

Daher müssen in der Übersicht RB die Daten aller besessenen Immobilien angegeben werden (mit Ausnahme der oben aufgeführten Immobilien, die nicht zu erklären sind), aber bei der Berechnung der Einkünfte aus Gebäuden sind ausschließlich die vermieteten Gebäude zu berücksichtigen. Die vermieteten Gebäude werden durch die folgenden Codes ermittelt, die in der Spalte 2 'Nutzung' der Zeilen von RB1 bis RB6 anzugeben sind: '3' Vermietung mit freiem Mietpreis, '4' gesetzlich festgelegter Mietpreis, '8' Vermietung mit vergünstigtem vereinbarten Mietpreis, '11' Teilvermietung der Hauptwohnung mit freiem Mietpreis, '12' Teilvermietung der Hauptwohnung mit vergünstigtem vereinbarten Mietpreis und '14' vergünstigte Vermietung einer in den Abruzzen gelegenen Immobilie.

Folgende Ausnahmefälle sind vorgesehen:

- Für bestimmte Kategorien von Immobilien kann eine vollständige Befreiung von der IMU vorgesehen sein. In diesen Fällen ist in Spalte 12 „Sonderfälle IMU“ Kode 1 einzutragen. Seit 2016 darf für die Immobilieneinheit, die an Verwandte in gerader Linie bis zum ersten Grad zur Nutzung überlassen und von diesen als Hauptwohnung genutzt wird, dieser Code nicht angegeben werden, da die Reduzierung der IMU-Steuer anstelle der vollständigen Steuerbefreiung vorgesehen ist (Gesetz Nr. 208 vom 28. Dezember 2015, Art. 1, Abs. 10);
- wenn die nicht vermieteten Immobilien zu Wohnzwecken (Katasterkategorien A1 bis A11, ausgenommen A10), die der IMU unterliegen, in derselben Gemeinde liegen, in der sich die als Hauptwohnung genutzte Immobilie befindet (auch wenn es sich um ein landwirtschaftliches Wirtschaftsgebäude handelt), tragen die entsprechenden Einkünfte zur Bemessungsgrundlage für die IRPEF und die jeweiligen Zusatzsteuern in einer Höhe von 50% bei. In diesen Fällen ist in Spalte 12 „Sonderfälle IMU“ Kode 3 einzutragen. Es wird darauf hingewiesen, dass als Hauptwohnung jene zu verstehen ist, in der der Eigentümer (oder der Inhaber eines anderen dinglichen Rechts) und seine Familienmitglieder ihren ständigen Wohnsitz haben (Kode 1 in Spalte 2).

Vermietungen zu Wohnzwecken - Ersatzsteuer auf mieteinnahmen

Für die vermieteten Wohnungen kann das System der „Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen“ gewählt werden (Art. 3 der Gesetzesverordnung Nr. 23 vom 14. März 2011), die die Anwendung einer Steuer vorsieht, die außer der IRPEF und den regionalen sowie kommunalen Zusatzsteuern auch die Registergebühren und die Abgabe in Bezug auf den Mietvertrag ersetzt. Die Option der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen kann auch für Immobilienwohneinheiten in Anspruch genommen werden, die an Wohnungsbaugenossenschaften zur Vermietung oder an gemeinnützige Körperschaften vermietet wurden, vorausgesetzt, sie sind an Universitätsstudenten untervermietet und den Gemeinden mit Verzicht auf Anpassung der Miete oder Zuweisung überlassen worden.

Die Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer führt dazu, dass die mit der Ersatzsteuer besteuerten Mieten vom dem Gesamteinkommen ausgeschlossen werden und demzufolge nicht die Irpef Steuersätze zu Progressionszwecken erfassen

Die Option für dieses System steht ausschließlich dem **Vermieter**, der das Eigentumsrecht oder sonstiges dingliches Nutzungsrecht an der Immobilie hat, für Mietverträge zu, die **Immobilien zu Wohnzwecken** und entsprechende Nebengebäude zum Gegenstand haben, **die zu Wohnzwecken vermietet wurden**.

Der Vermieter muss, um das System der definitiven Ertragsteuer zu nutzen, dem Mieter zuvor mittels Einschreiben die Wahl für das alternative Besteuerungssystem und den folgenden Verzicht für die entsprechende Dauer der Option, von der Befugnis, aus irgendeinem Grund die Aktualisierung der Miete zu verlangen, Gebrauch zu machen, mitteilen.

Die **Besteuerungsgrundlage** der definitiven Ertragsteuer besteht aus dem von den Parteien festgesetzten **jährlichen Mietpreis**, auf den ein **Satz von 21%** für die vom Codice Civile oder der freien Miete geregelten Verträge angewandt wird.

Ab 2014 ist auch ein **begünstigter Satz von 10%** für Mietverträge mit vereinbartem (oder konzertiertem) Mietzins auf der Grundlage von entsprechenden Vereinbarungen zwischen den Eigentümer- und Mietervereinigungen (Art. 2, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 431 von 1998 und Art. 8 des selbigen Gesetzes) bezüglich von vom Art. 1, Absatz 1, Buchstaben a) und b) des Gesetzesdekrets Nr. 551 vom 30. Dezember 1988 identifizierten Gemeinden (Bari, Bologna, Catania, Florenz, Genua, Mailand, Neapel, Palermo, Rom, Turin und Venedig sowie die an die selbigen und die anderen Provinzhauptstädte angrenzenden Gemeinden) mit Wohnungsmangel und in den anderen vom CIPE mit entsprechenden Beschlüssen identifizierten Gemeinden mit hoher Wohndichte vorgesehen (Kode 8 in der Spalte "Verwendung" des Abschnitts I der Übersicht RB).

Der vergünstigte Steuersatz wird auch für konventionelle Mietverträge mit vereinbartem Mietzins in den Gemeinden angewandt, für die in einem Zeitraum von fünf Jahren vor dem Datum des Inkrafttretens des Umwandlungsgesetzes (28. Mai 2014) infolge von Katastrophen gemäß Art. 2, Absatz 1, Buchstabe c) des Gesetzes Nr. 225 vom 24. Februar 1992 der Notstand ausgerufen wurde. In diesem Fall ist das Kästchen der Spalte 19 "Notstand" anzukreuzen.

Die Option für das Besteuerungssystem der definitiven Ertragsteuer wird bei der Registrierung des Vertrags vorgenommen und ist für die gesamte Dauer des Vertrags wirksam, unbeschadet der Möglichkeit des Widerrufs.

Die Wahl wird in der Erklärung nur für die Mietverträge vorgenommen, die nicht der Pflicht der Registrierung unterliegen (Verträge mit einer Dauer von nicht mehr als insgesamt dreißig Tagen im Jahr), es sei denn, der Steuerpflichtige lässt den Vertrag freiwillig registrieren oder der Vertrag findet Anwendung, bevor die Einkommensteuererklärung vorgelegt wird. In einem solchen Fall muss die Wahl bei der Registrierung des Vertrags getroffen werden.

In beiden Fällen (Option bei Registrierung oder Option in Erklärung) müssen in dem **Abschnitt I der Übersicht RB** die **Daten der Immobilie**, die vermietet wurde, angegeben werden und es muss das Kästchen der Spalte 11 „Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen“ angekreuzt werden.

Es wird schließlich darin erinnert, dass die Einkünfte aus Grundvermögen, die der definitiven Ertragsteuer unterliegen, nur in folgenden Fällen zum Gesamteinkommen hinzugerechnet werden: zur Bestimmung der Unterhaltsberechtigung eines Familienangehörigen, zu Berechnung der Abzüge für unterhaltsberechtigte Familienangehörige, zur Berechnung der Abzüge für Einkommen aus unselbständiger Arbeit, für Renten und andere Einkommen, zur Berechnung der Abzüge für Mietzinsen sowie zur Festlegung des Bestehens und der Höhe der Vergünstigungen im Zusammenhang mit dem Einkommen (z.B. I.S.E.E.-Wert und Familienzulagen).



Für weitere Erläuterungen und Vertiefungen über die definitive Ertragsteuer können auf der Website www.agenziaentrate.gov.it die Verfügung des Direktors der Agentur der Einnahmen vom 7. April 2011 und die Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 26/E vom 1. Juni 2011, Nr. 20/E vom 4. Juni 2012 und Nr. 47/E vom 20. Dezember 2012 und Gesetzesdekret Nr. 193 vom 22. Oktober 2016, mit Änderungen durch Gesetz Nr. 225 vom 1. Dezember 2016 konsultiert werden.

Kurzzeitmieten für Wohn- und auch Tourismuszwecke

Vom 1. Juni 2017 an wurde eine eigene Steuerdisziplin für Mietverträge von in Italien liegenden Wohnimmobilien eingeführt, deren Dauer 30 Tage nicht überschreitet und die von natürlichen Personen ohne Ausübung einer Betriebstätigkeit abgeschlossen wurden.

Die neue Disziplin ist ausschließlich den Verträgen anzuwenden, die vom 1. Juni 2017 an abgeschlossen wurden. Der Vertrag gilt als vom 1. Juni 2017 an abgeschlossen, wenn ab diesem Zeitpunkt der Mieter die Bestätigung der Buchung erhalten hat.

Die Frist von 30 Tagen gilt für jede einzelne vertragliche Vereinbarung; auch im Fall von mehreren im Jahr zwischen den selben Seiten abgeschlossenen Verträgen gilt jeder Vertrag als ein Einzel, wobei aber die Verpflichtungen zur Registrierung des Vertrags erfüllt werden müssen, sollte die Dauer der im Jahr zwischen den selben Parteien laufenden Vermietungen insgesamt länger als 30 Tage sein.

Die neue Disziplin gilt sowohl im Fall die Verträge direkt zwischen dem Vermieter (Besitzer oder Inhaber eines anderen Realrechts, Untermieter oder Entleiher) und dem Mieter abgeschlossen wurden, wie auch im Fall sich Subjekte in diese Verträge einschalten, die als Immobilienvermittler auch durch die Leitung von online Portalen handeln, welche Leute verbinden, die Immobilien suchen, mit denen, die über Immobilieneinheiten zur Vermietung verfügen.

Der Kurzzeitmietvertrag kann samt der Zurverfügungstellung der Wohnimmobilie die Bereitstellung der Bettwäsche und die Säuberung der Räume sowie andere Dienstleistungen betreffen, die der Zurverfügungstellung einer Immobilie gehören, wie zum Beispiel Versorgungsleistungen, WLAN und Klimatisierung. Die gegenständliche Disziplin gilt hingegen nicht, sollten samt der Zurverfügungstellung der Wohnimmobilie zusätzliche Dienstleistungen erbracht werden, die keinen notwendigen Zusammenhang mit dem Wohnzweck der Immobilie zeigen, wie zum Beispiel die Bereitstellung des Frühstücks, die Verabreichung der Mahlzeiten, die Zurverfügungstellung von Mietwagen oder Reiseführern oder Dolmetschern.

Achtung! Nach der Einführung dieser Regelung verändert sich die Besteuerung der Miete einer Immobilie, die von einem Entleiher für einen Zeitraum vermietet wurde, der 30 Tage nicht überschreitet; in diesem Fall wird die Mieteinnahme dem Entleiher als sonstige Einkünfte besteuert und der Entleiher muss sie daher in der Übersicht D angeben. Der Besitzer der Immobilie muss in der Übersicht B das bloße Katastereinkommen der zur unentgeltlichen Nutzung gewährten Immobilie angeben.

Die neue Disziplin sieht zusätzlich vor, dass - sollten die Kurzzeitmietverträge mit Hilfe von Subjekten, die eine Tätigkeit von Immobilienvermittlung auch durch die Leitung von online Portalen ausüben, abgeschlossen worden sein - die Miete einem Abzug von 21% untergeworfen sind, wenn sich diese Subjekte auch bei der Zahlung einschalten oder wenn sie die Mieten oder die Gegenleistungen für die Kurzzeitmietverträge erheben. Der Abzug erfolgt zum Zeitpunkt, wo der Vermittler die Summen dem Vermieter einzahlt.

Der Abzug wird auf den in dem Kurzzeitmietvertrag angegebenen Betrag der Bruttomiete oder der Bruttogegenleistung angewandt: mögliche Strafen oder Anzahlungen oder Kautionen sind keinem Abzug zu unterwerfen, weil sich es um andere und weitere Geldsummen als die Gegenleistung handelt.

In dem Betrag der Bruttogegenleistung werden:

- die für Kosten von Nebendienstleistungen bezahlten Summen, außer wenn diese Kosten direkt von dem Mieter bezahlt werden oder wenn sie an ihn von dem Vermieter angesichts der tatsächlichen entstandenen Kosten und Verbrauch weitergereicht werden;
- der Betrag der Vermittlungsgebühr, wenn sie vom Vermittler von dem Mietbetrag abgezogen wird, der dem Vermieter nach dem Vertrag geschuldet wird auch eingeschlossen.

Der Abzug gilt als Abgabe, im Fall man in der Steuererklärung oder zum Zeitpunkt der Registrierung des Vertrags die Anwendung der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen gewählt hat; sonst gilt er als Anzahlung.

Die Vermittler, die den Abzug durchführen, müssen die den Vermietern operierten Abzüge durch die Ausstellung der Einheitliche Bescheinigung bescheinigen.

Diesbezüglich wird es darauf hingewiesen, dass das Liegenschaftseinkommen aus einer im Laufe des Jahres 2017 durchgeführten Vermietung in der Erklärung anzugeben ist, auch wenn die Gegenleistung noch nicht bekommen wurde oder – wenn schon bekommen – die Einheitliche Bescheinigung noch nicht ausgestellt wurde; wenn hingegen die Gegenleistung im Jahr 2017 bekommen wurde, aber der Vermietungszeitraum im Laufe des Jahres 2018 fällt, ist die Besteuerung auf das Jahr, in dem die Vermietung tatsächlich durchgeführt wurde, zu vertagen.

Das aus einer Untermiete oder aus einer Vermietung von Seite des Entleihers entstehende Einkommen muss in dem Jahr besteuert werden, in dem die Gegenleistung bekommen wird, ohne zu berücksichtigen, wann der Aufenthalt tatsächlich stattfand.

Es wird darauf hingewiesen, dass das der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterworfenen Liegenschaftseinkommen zu dem gesamten Einkommen ausschließlich zur Bestimmung des steuerlich zu Lasten Familienstandes, zur Berechnung der Abzüge für Belastungen von Familie, der Abzüge für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit, aus Rente und für sonstige Einkommen, der Abzüge für Mieten und zur Feststellung der Zuständigkeit oder die Größe der vom Einkommen abhängigen Begünstigungen (z. B. der ISEE-Wert und die Zuwendungen für Familienangehörige) hinzugefügt wird.



Für weitere Erläuterungen und Einblicke in den Kurzzeitmieten kann man auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it in der Maßnahme des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 12. Juli 2017 und in dem Rundschreiben Nr. 24/E vom 12. Oktober 2017 nachschlagen.

SONDERFÄLLE

Einkünfte aus Miteigentumsbesitz

Die Portierlogen, die Wohnung des Portiers und sonstige Einrichtungen des Miteigentumsbesitzes mit autonomem Katasterertrag sind nur dann von jedem einzelnen Mitbesitzer zu erklären, wenn die Einkommensquote, die dem Mitbesitzer für jede einzelne Immobilieneinheit zusteht, höher als 25,82 Euro ist. Dieser Ausschluss ist bei vermieteten Immobilieneinheiten und Geschäften nicht anzuwenden.

Mitglieder von Baugenossenschaften

Mitglieder von Baugenossenschaften mit geteiltem Besitz, die Empfänger von Wohnungen, aber noch nicht Inhaber eines persönlichen Darlehens sind, müssen das Einkommen der mit dem Zuweisungsprotokoll der Genossenschaft zugeteilten Wohnung erklären. Dieselbe Pflicht besteht auch für Empfänger von Wohnungen, die abgelöst werden können oder für welche eine Vereinbarung eines späteren Verkaufes seitens der Körperschaften wie z.B. die IACP (Autonomes Institut für Volkswohnungen), vormals INCIS (Nationales Institut für Wohnungen der Staatsangestellten) usw. besteht.

Bodeneinnahmen und im Ausland stehende Gebäude

Einkünfte aus Grundbesitz, die durch Dachterrassen, städtische Flächen und durch Gebäude im Ausland erzielt wurden, sind in Übersicht RL zu erklären, die im Heft 2 enthalten ist.

Immobilien in Gebrauchsleihe

Immobilien in Gebrauchsleihe sind nicht vom Entleiher (z.B.: ein Familienangehöriger, der unentgeltlich die Immobilie in Anspruch nimmt) zu erklären, sondern vom Besitzer.

In Fall von Kurzzeitmieten muss der Besitzer in seiner Erklärung immer noch die Einkünfte der zur unentgeltlichen Nutzung gewährten Immobilien angeben, während das Einkommen aus der vom Entleiher durchgeführten Vermietungen vom denselben Entleiher in der Übersicht RL erklärt werden muss, weil sich es um ein sonstiges Einkommen handelt.

ABFASSUNG DER ÜBERSICHT RB

Die Übersicht besteht aus zwei Abschnitten: Der erste (RB1-RB11) muss zur Erklärung der Einkünfte aus Gebäuden verwendet werden; der zweite (RB21-RB23) muss zur Angabe der Daten bezüglich der Miet- und Pachtverträge verwendet werden.

Die Übersicht muss auch abgefasst werden, wenn sich die Einkommen im Vergleich zu vorherigen Jahr nicht geändert haben.

TEIL I - Einkünfte aus Gebäudebesitz

Für jede Immobilieneinheit ist eine Zeile der Übersicht RB (von RB1 bis RB9) abzufassen. Wenn sich im Laufe des Jahres 2017 die Verwendung der Immobilie (Hauptwohnung, zur Verfügung, mit ordentlicher Besteuerung vermietet, mit definitiver Ertragsteuer vermietet, usw.) oder der Besitztanteil geändert hat oder die Immobilie infolge von unheilvollen Ereignissen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurde, müssen Sie für jede verschiedene Situation eine Zeile abfassen, indem Sie das Kästchen "Fortsetzung" der Spalte 8 ankreuzen.

Wenn Sie mehr als neun Zeilen für die Erklärung der Gebäude verwenden müssen, muss eine zusätzliche Übersicht abgefasst werden, wobei die fortlaufende Nummerierung des Kästchens „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck zu beachten ist. In diesem Fall schreiben die Gesamteinnahmen der Gebäude in der Zeile RB10 des ersten Bildes, die Sie verwendet (Vordr. Nr. 1).

In diesem Teil sind anzugeben:

- die Daten der vermieteten Immobilien angegeben werden, sowohl wenn das Einkommen der ordentlichen Besteuerung unterzogen werden soll, als auch bei der Option für das System der definitiven Ertragsteuer;
- die Daten der unvermieteten Immobilien (z.B. Hauptwohnung, verfügbar gehaltene Immobilie oder zur unentgeltlichen Nutzungsleihe gewährte Immobilien).

Zeilen von RB1 bis RB9

Der Katasterertrag der Gebäude in Spalte 1 anzugeben, ohne dass eine Neubewertung vorzunehmen ist. Die Neubewertung des Ertrags in Höhe von 5 Prozent wird bei der Festlegung der Besteuerungsgrundlage vorgenommen.

Für jede Immobilie die folgenden Daten angeben:

Spalte 1 (Nicht aufgewerteter Katasterertrag): den Betrag des Katasterertrags angeben, ohne eine Neubewertung vorzunehmen. Für nicht erfasste Immobilien bzw. für Immobilien mit einem nicht mehr entsprechenden Katasterertrag ist der mutmaßliche Katasterertrag anzugeben. Bei Immobilien von historischem oder künstlerischem Interesse ist der Katasterertrag in Höhe von 50 Prozent anzugeben.

Spalte 2 (Verwendung): einen der nachstehend aufgeführten Codes angeben, die sich auf die Verwendung der Immobilie beziehen.

"1" Wenn die Immobilie als **Hauptwohnung** benutzt wird. Als Hauptwohnung ist jene Wohnung zu betrachten, in welcher der Steuerzahler oder seine Familienangehörigen (Ehepartner, Verwandte bis zum dritten Grad und Verschwägte bis zum zweiten Grad) gewohnheitsmäßig leben. Für die Hauptwohnung steht ein Abzug vom Gesamteinkommen zu, und zwar bis zum Erreichen des Katasterertrags der entsprechenden Immobilieneinheit und deren Zubehör. Der Abzug ist in der Zeile RN2 anzugeben. Der Abzug steht auch dann zu, wenn die Immobilieneinheit nur für die Familienangehörigen des Steuerpflichtigen als Hauptaufenthaltsort dient, die dort ihren Wohnsitz haben. Es wird daran erinnert, dass der Abzug für die Hauptwohnung nur für eine einzige Immobilieneinheit zusteht. Wenn der Steuerpflichtige zwei Immobilien besitzt, von denen eine als seine Hauptwohnung dient und die andere von einem seiner Familienangehörigen als Hauptwohnung benutzt wird, steht der Abzug daher ausschließlich für die Einkünfte der Immobilie zu, die der Steuerpflichtige selbst als Hauptwohnung benutzt. Der Abzug für die Hauptwohnung steht auch dann zu, wenn der gewöhnliche Aufenthalt zur dauerhaften Unterbringung in ein Alters- oder Pflegeheim verlegt wird, sofern die Wohnung nicht vermietet wird.

Wenn die Immobilieneinheit zum Teil als Hauptwohnung benutzt und zum Teil vermietet wird, muss in dieser Spalte der Kode 11 oder 12 angegeben werden.

Für die Hauptwohnungen und ihr Zubehör, die der IMU unterliegen, sind weder IRPEF noch Zusatzsteuern zu zahlen. Es handelt sich zum Beispiel um die Hauptwohnungen, die den Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 („Luxuswohnungen“) angehören, sowie um Wohnungen, für die ausschließlich die erste oder zweite IMU-Rate bzw. die sog. „Mini IMU“ zu entrichten ist. In diesem Fall ist in der Spalte 12 (IMU-Sonderfälle) der Kode 2 anzugeben, und da die Einkünfte der Hauptwohnung nicht zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, steht der entsprechende Abzug nicht zu.

"2" zu Wohnzwecken **bereit gehaltene** oder zur kostenlosen Nutzung an Personen überlassene Immobilie, die nicht den Familienangehörigen entsprechen (vgl. Anleitungen zum Kode ‚10‘). Es handelt sich z.B. um eine Immobilie, die zusätzlich zur Hauptwohnung des Besitzers oder seiner Familienangehörigen besessen wird;

"3" eine Immobilie, die **zu Marktpreisen** auch für Zeiträume, die 30 Tage nicht überschreiten, oder durch nicht gesetzlich geregelte Verträge oder zu einem "vereinbarten" Mietzins vermietet ist, falls die in den Anleitungen zum Kode '8' beschriebenen Voraussetzungen fehlen. Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 "definitive Ertragsteuer" angekreuzt werden. Das Einkommen ist

in der Spalte 14 "Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%" anzugeben;

- "4" Immobilie, die in Rechtsbewirtschaftung der Mietfestsetzung vermietet wird ("**gesetzlich festgesetzter Mietpreis**"). Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 "definitive Ertragsteuer" angekreuzt und der Abschnitt II der Übersicht RB abgefasst werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 "Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%" anzugeben;
- "5" falls die Immobilie eine zur **Hauptwohnung dazugehörige Einheit** (Autoabstellplatz, Keller usw.) mit einem eigenen Katasterertrag ist. Als dazugehörige Einheiten werden Immobilien betrachtet, die in anderen Kategorien als jenen für Wohnzwecke klassifiziert sind bzw. klassifiziert werden können und in dauerhafter Weise als Ergänzung zur Hauptwohnung bestimmt und effektiv benützt werden (auch wenn sie nicht zum selben Gebäude gehören). Wenn das Zubehör der IMU unterliegt, ist in Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ der Kode 2 anzugeben;
- "6" falls die Immobilie zum Teil als Hauptwohnung und zum Teil für die eigene Tätigkeit benützt wird;
- "8" – Immobilie in einer **Gemeinde mit hoher Wohndichte**, die zu vereinbartem Mietzins (Art. 2, Abs. 3, Art. 5, Abs. 2 und Art. 8 des Gesetzes Nr. 431/1998) auf der Grundlage von auf lokaler Ebene getroffenen Abkommen zwischen den auf nationaler Ebene repräsentativsten Eigentümervereinigungen und Mietervereinigungen vermietet wurde. Im Fall der Anwendung der ordentlichen Besteuerung hat die Angabe dieses Codes die Reduzierung des zu versteuernden Einkommens um 30% zur Folge; im Fall einer Entscheidung für das Ersatzbesteuerungssystem auf Mieteinnahmen ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben.
- Immobilie, die zu vereinbartem Mietzins **bei Entscheidung für das Ersatzbesteuerungssystem auf Mieteinnahmen vermietet** wurde, und die in einer der Gemeinden liegt, für die in den letzten fünf Jahren vor dem Datum des Inkrafttretens (28. Mai 2014) des Gesetzes, das das Dekret zum Notstand in der Folge von Katastrophen in Gesetz gewandelt hat. In diesem Fall ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben. Außerdem muss das Kästchen der Spalte 19 „Notstand“ angekreuzt werden.



Siehe im Anhang unter "Gemeinden mit einer hohen Wohndichte".

- "9" dieser Kode ist zu verwenden, wenn die Immobilie unter keinen der mit den anderen Codes ausgemachten Fälle fällt. Der Kode '9' ist zum Beispiel anzugeben, wenn es sich um Folgendes handelt:
- Immobilieneinheiten ohne Anschluss an das Strom-, Wasser- und Gasnetz, die de facto nicht verwendet werden, vorausgesetzt, dass diese Umstände aus der entsprechenden Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung hervorgehen, die den Behörden auf Verlangen vorgezeigt oder übermittelt werden muss;
 - bereit gehaltenes Nebengebäude der Immobilie;
 - in Italien von im Ausland wohnenden Steuerpflichtigen bereit gehaltene oder schon als Hauptwohnung (oder Nebengebäude der Hauptwohnung) von vorübergehend in eine andere Gemeinde umgezogenen Steuerpflichtigen verwendete Immobilieneinheit. Es wird daran erinnert, dass im Falle von mehreren vom im Ausland wohnhaften Steuerpflichtigen bereit gehaltenen Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken dieser Kode nur mit Bezugnahme auf eine von ihnen angegeben werden kann;
 - Gut des Eigentums der Eigentumsgemeinschaft (Räume für die Pförtnerstube, Wohnung des Hauswarts, Gemeinschaftsgaragen usw.), das vom einzelnen Miteigentümer erklärt wird, wenn der zustehende Einkommensanteil über der von der geltenden Richtlinie vorgesehenen Schwelle liegt;
 - Wohnung oder Nebengebäude, die zur kostenlosen Nutzung einem Dritten gegeben wurde und die von dem Dritten mittels des neuen Systems der Kurzzeitmieten vermietet wurde;
- "10" wenn die Wohnung oder das Zubehör einem Familienangehörigen zur kostenlosen Nutzung überlassen wurde, vorausgesetzt dass er dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat und dies aus der meldeamtlichen Eintragung hervorgeht; oder Einheiten in Miteigentum, die als Hauptwohnung von einem oder mehreren Miteigentümern verwendet wird, die nicht mit dem Erklärenden identisch sind;
- "11" Immobilie, die zum Teil als Hauptwohnung genutzt und zum Teil zu Marktpreisen auch für Zeiträume, die 30 Tage nicht überschreiten, oder durch nicht gesetzlich "geregelte Verträge" vermietet wird. Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 "definitive Ertragsteuer" angekreuzt werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 "Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%" anzugeben;
- "12" – Immobilie, die teils als Hauptwohnung genutzt und teils zur Miete mit einem vereinbartem Mietzins überlassen wird, die in einer der Gemeinden mit hoher Einwohnerdichte liegt. Im Fall der Anwendung der ordentlichen Besteuerung hat die Angabe dieses Codes die Reduzierung des zu versteuernden Einkommens um 30% zur Folge; im Fall einer Entscheidung für das Ersatzbesteuerungssystem auf Mieteinnahmen ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben.
- Immobilie, die teils als Hauptwohnung genutzt und teils zur Miete mit einem vereinbartem Mietzins überlassen wird, die in einer der **Gemeinden** liegt, **für die der Notstand ausgerufen wurde** (siehe Anweisungen zum Kode '8'). In diesem Fall ist das Kästchen in Spalte 11 „Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen“ anzukreuzen und das Einkommen ist in Spalte 15 „Steuerbasisbetrag Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen 10%“ anzugeben. Außerdem muss das Kästchen „Notstand“ der Spalte 19 angekreuzt werden;
- "14" in der Region Abruzzen gelegene und an wohnhafte oder sich ständig in den vom Erdbeben vom 6. April 2009 betroffenen Gebieten aufhaltende Subjekte, deren Hauptwohnungen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurden, vermietete oder ausgeliehene Immobilie, gemäß den Vorgaben des Art. 5 der Ministerverordnung Nr. 3813 vom 29. September 2009;
- Bei Anwendung der ordentlichen Besteuerung führt die Angabe dieses Kodes zur Ermäßigung von 30% des steuerpflichtigen Einkommens. In diesem Fall muss der Teil II der Übersicht RB abgefasst werden.
- Bei Option für das System der definitiven Ertragsteuer muss das Kästchen 11 "definitive Ertragsteuer" angekreuzt und der Abschnitt II der Übersicht RB abgefasst werden. Das Einkommen ist in der Spalte 14 "Steuerpflichtiger Betrag der definitiven Ertragsteuer 21%" anzugeben.
- "15" in der Region Abruzzen gelegene und an ansässige oder sich ständig in den vom Erdbeben vom 6. April 2009 betroffenen Gebieten aufhaltende Subjekte, deren Hauptwohnungen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurden, ausgeliehene Immobilie, gemäß Vorgaben des Art. 5 der Ministerverordnung Nr. 3813 vom 29. September 2009.

Spalte 3 (Besitzzeitraum): Anzahl der Tage angeben, in denen die Immobilie im Besitz war (365 für das ganze Jahr).

Falls auf Grund unterschiedlicher Situationen eines einzelnen Gebäudes mehrere Zeilen für dieses verwendet werden, darf die Summe der Tage in den einzelnen Zeilen die Zahl 365 nicht überschreiten. Das Einkommen aus neuen Gebäuden ist ab jenem Datum zu erklären, ab dem dieses benutzbar war bzw. ab dem es vom Besitzer in Anspruch genommen wurde.

Wenn die Immobilie teilweise vermietet wurde, sind die Tage, in denen eine gleichzeitige Vermietung von Teilen der Immobilie stattgefunden hat, nur einmal zu zählen.

Beispiel

Mehrere Kurzzeitmietverträge von Teilen von Wohneinheiten werden abgeschlossen:

- Teil A, Dauer des Vertrags: 1. August – 16. August 2017
- Teil B, Dauer des Vertrags: 10. August – 20. August 2017

Der Gesamtbetrag der in der Spalte 3 anzugebenden Tage ist 20.

Wenn der Mietzeitraum zwischen zwei Jahren fällt (z. B. vom 24. Dezember 2017 bis zum 7. Januar 2018), sind nur die Tage des Mietzeitraums bezüglich des Jahres 2017 anzugeben.

Beispiel

Am 30. Oktober 2017 wird ein Kurzzeitmietvertrag mit Aufenthaltszeitraum vom 24. Dezember 2017 bis zum 7. Januar 2018 abgeschlossen.

In der Spalte 3 ist die Nummer 8 anzugeben, die die Nummer der Tage vom 24. bis zum 31. Dezember 2017 entspricht.

Spalte 4 (Prozentanteil des Besitzes): Den Anteil des Besitzes in Prozenten angeben (100 für den vollen Anteil).

Spalte 5 (Mietpreis): abzufassen, wenn die Immobilie ganz oder teilweise vermietet ist.

Einen der folgenden Codes angeben, der dem Prozentsatz der Miete entspricht, die in der Spalte 6 "Mietpreis" angegeben wird:

- '1' 95% des Mietpreises bei Anwendung der **ordentlichen Besteuerung**;
- '2' 75% bei Anwendung der **ordentlichen Besteuerung**, wenn das Gebäude in der Stadt Venedig Mitte oder auf den Inseln Giudecca, Murano und Burano liegt;
- '3' 100% des Mietpreises bei Option für das System der **definitiven Ertragsteuer**;
- '4' 65% des Mietpreises bei Anwendung der ordentlichen Besteuerung, wenn die Immobilie aufgrund des Gesetzesdekrets Nr. 42 vom 22. Januar 2004 als von **historischem oder künstlerischem Interesse** anerkannt ist.

Spalte 6 (Mietzins): Die Spalte 5 ist zu verwenden, falls die Immobilie ganz bzw. zum Teil vermietet ist und sich keine auch nur gelegentlichen unternehmerischen Tätigkeiten ergeben. 95% der aus dem Mietvertrag resultierenden Jahresmiete angeben, wenn in der Spalte 5 (Mietkode) der Kode 1 angegeben wurde, 75% der Miete, wenn in der Spalte 5 der Kode 2 angegeben wurde, 100% der Miete, wenn in der Spalte 5 der Kode 3 angegeben wurde, 65% der Miete, wenn in der Spalte 5 der Kode 4 angegeben wurde. In dieser Spalte den Betrag der Miete angeben, wobei die eventuelle, automatische Aufwertung auf Grund des ISTAT-Indexes und der eventuell durch eine Untermiete bezogenen Aufschläge zu berechnen ist. Der genannte Betrag darf die Ausgaben für die Verwaltung des Mehrfamilienhauses, für Strom, Wasser, Gas, den Portier, den Aufzug, die Heizung und dergleichen nicht beinhalten, auch wenn diese möglicherweise in der Miete enthalten sind.

Falls die Miete einen Kurzzeitmietvertrag betrifft, für den eine Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen gewählt wurde, ist der in dieser Spalte anzugebende Betrag in der Höhe von 100% der Bruttogegenleistung; davon sind also die vom Vermieter ertragenen Kosten und die zulasten des Mieters für Nebendienstleistungen als Pauschale verbuchten Summen nicht abzuziehen.

Von der Summe sind die Kosten der Nebendienstleistungen abzuziehen, nur wenn sie direkt von dem Mieter ertragen werden oder wenn sie zulasten von ihm von dem Vermieter angesichts der tatsächlich entstandenen Verbräuche verbucht werden.

Sollte man über die Einheitliche Bescheinigung 2018 verfügen und sollte der Vermietungszeitraum vollständig im Jahr 2017 ausgegangen sein, ist der Betrag der im Punkt 14 der Übersicht „Einkommensbescheinigung – Kurzzeitmieten“ der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebenen Gegenleistung anzugeben, wenn die bezüglichen Kästchen des Punkts 4 (Einkommen 2018) und des Punkts 16 (Vermieter nicht Besitzer) nicht angekreuzt sind. Im Fall von Wahl einer ordentlichen Besteuerung sind bei der Angabe des Mietbetrags die in den Anweisungen in der Spalte 5 (Kode der Miete) angegebenen Prozentsätze zu berücksichtigen.

Im Fall das Kästchen des Punkts 4 angekreuzt ist, ist der im Punkt 14 angegebene Betrag nicht in der gegenständlichen Erklärung aber in derjenigen anzugeben, die die Einkünfte 2018 betrifft und die im Jahr 2109 einzureichen ist. Wenn hingegen das Kästchen der Spalte 16 angekreuzt ist, ist der Betrag in der Zeile RL10 der Spalte 4 der Übersicht RL der gegenständlichen Erklärung (siehe Anweisungen für die Übersicht RL) anzugeben.

Für die im Jahr 2017 erfolgten Vermietungen muss der Betrag der Kurzzeitmiete angegeben werden, auch wenn die Bruttogegenleistung nicht im Laufe des Jahres 2017 erhoben wurde und auch wenn sie in der Übersicht „Einkommensbescheinigung – Kurzzeitmieten“ der Einheitlichen Bescheinigung 2018 nicht erscheint. Wenn der Vermietungszeitraum in zwei Jahren fällt, (zum Beispiel vom 24. Dezember 2017 bis zum 7. Januar 2018), ist nur der Betrag der in der Übersicht Einkommensbescheinigung – Kurzzeitmieten der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Bruttogegenleistung anzugeben, der nur die im Jahr 2017 erfolgten Vermietungen betrifft.

Beispiel

Am 30. Oktober 2017 wurde ein Kurzzeitmietvertrag mit einer Aufenthaltszeit vom 24. Dezember 2017 bis zum 7. Januar 2018 und Option in der Erklärung für die **Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen** abgeschlossen. Der Gesamtbetrag der Bruttogegenleistung ist 980 Euro.

Gesamtbetrag der Vermietungstage: 14

Vermietungstage im Jahr 2017: 8

In der Spalte 3 muss das Ergebnis der folgenden Operation angegeben werden: $(980:14) \times 8 = 560$

Im Fall von mehreren, in der „Einkommensbescheinigung-Kurzzeitmieten“ bewiesenen Beträgen für Kurzzeitmieten bzw. im Fall von mehreren Bescheinigungen sind die Daten bezüglich jeder Immobilie anzugliedern, wobei die Beträge zusammengezählt werden müssen, die im Punkt „entsprechende Gegenleistung“ der EB (Punkte 14, 114, 214, 314 und 414) angegeben wurden, für welche die entsprechenden Kästchen „2018“ (Punkte 4, 104, 204, 304 und 404) und „Vermieter nicht Besitzer“ (Punkte 16, 116, 216, 316 und 416) nicht angekreuzt sind. Sollte es einfacher sein, ist es alternativ jedenfalls möglich, die Daten in der Übersicht RB für jeden einzelnen Vertrag analytisch anzugeben.

Wenn das Gebäude nur für **einen Teil des Jahres** vermietet wird, ist die Jahresmiete im Verhältnis zur Dauer (Spalte 3) der Vermietung anzugeben.

Bei **Miteigentum** ist die vollständige Miete unabhängig vom Besitzanteil anzugeben.

Handelt es sich bei der Immobilie um Miteigentum und wird sie nur von einem oder mehreren Mitbesitzern für deren Anteil vermietet (Beispiel: Bei einer Immobilie die drei Mitbesitzern gehört, vermieten die anderen zwei Mitbesitzer dem dritten die Immobilie), ist nur der Anteil des Jahresmietzinses, der dem Steuerzahler zusteht, anzugeben und in Spalte 7 "Sonderfälle" ist der Kode "5" anzuführen.

Nicht erklärt werden müssen Mieten (aus Mietverträgen von Immobilien für Wohnzwecke), welche durch **Zahlungsverzug des Mieters** nicht bezogen wurden, falls innerhalb des Abgabetermins der Einkommenserklärung, das Räumungsverfahren wegen Zahlungsverzug abgeschlossen wurde. In diesem Fall muss der Katasterertrag erklärt werden.

Bezieht sich der Mietvertrag nicht auf die Wohnung sondern auf die dazugehörigen **Einheiten** (Autoabstellplatz, Keller usw.), die im Kataster mit einem eigenen Ertrag eingetragen sind, ist für jede Immobilieneinheit der entsprechende Anteil des Mietzinses anzugeben. Dabei sind die

Anteile so zu berechnen, dass der Mietzins proportional zum Katasterertrag jeder Immobilieneinheit aufzuteilen ist. Für die Berechnung des proportionalen Anteils des Mietzinses ist folgende Formel zu verwenden:

$$\text{Proportionaler Anteil der Miete} = \frac{\text{Gesamtmietszins} \times \text{Einzelertrag}}{\text{Gesamtbetrag der Erträge}}$$

Beispiel:

Katasterertrag der Wohnung aufgewertet um 5%:	450
Katasterertrag der dazugehörenden Einheit aufgewertet um 5%:	50
Gesamtbetrag des Mietzinses:	10.000

Anteil des Mietzinses bezogen auf die Wohnung: $\frac{10.000 \times 450}{450 + 50} = 9.000$

Anteil des Mietzinses bezogen auf die dazugehörenden Einheiten: $\frac{10.000 \times 50}{450 + 50} = 1.000$

Spalte 7 (Sonderfälle) einen der folgenden Codes angeben:

“1” falls die Immobilie infolge von Erdbeben oder infolge anderer Unweltereignisse zerstört bzw. unbewohnbar geworden ist und von Gesetzes wegen von der Besteuerung befreit ist. In diesem Fall muss der Code „9“ in der Spalte 2 „Verwendung“ angegeben werden;



Siehe im Anhang „Unbewohnbare Immobilien“.

“3” falls die Immobilie aus sonstigen Gründen unbewohnbar ist und die Revision des Katasterertrages beantragt worden ist. In diesem Fall muss der Code “9” in der Spalte 2 “Verwendung” angegeben werden.

“4” wenn die Immobilie zu Wohnzwecken vermietet wurde, aber die im Vertrag vorgesehene Miete nicht oder nur teilweise bezogen wurde, und wenn das Verfahren zwecks gerichtlichen Anordnung der Zwangsäumung wegen Säumigkeit innerhalb des Frist zur Einreichung der Steuererklärung beendet wurde. Wenn der Mietzins in diesem Fall nur für einen Teil des Jahres bezogen wurde, ist nur eine einzige Zeile auszufüllen, wobei in Spalte 6 der Anteil des tatsächlich bezogenen Mietzinses und in Spalte 7 Kode 4 anzugeben ist. Wenn keinerlei Mietzins bezogen wurde, wird daran erinnert, dass der Katasterertrag für die Besteuerung verwendet wird;

“5” falls die Immobilie in Miteigentum steht und nur von einem oder von mehreren Miteigentümern für ihren eigenen Anteil vermietet wird (Beispiel: bei einer Immobilie, die drei Mitbesitzern gehört, vermieten die anderen zwei Mitbesitzer dem dritten die Immobilie); in diesem Fall ist in Spalte 6 nur der Anteil des Jahresmietzinses, der dem Steuerzahler zusteht, anzugeben und nicht der gesamte Jahresmietzins;

Spalte 8 (Fortsetzung): Das Kästchen ankreuzen, falls es sich um dasselbe Gebäude aus der vorhergehenden Zeile handelt.

Spalte 9 (Kode Gemeinde) ist der Katasterkode der Gemeinde, in der sich die Immobilieneinheit befindet, anzugeben. Falls für die Angaben zum Gebäude mehrere Zeilen verwendet wurden, ist der Katasterkode nur in der ersten Zeile, in welcher das Gebäude angeführt ist, anzugeben. Der Kode kann dem Verzeichnis „Katasterkodes der Gemeinden und Steuersätze des kommunalen Zuschlags“ auf der Website www.agenziaentrate.gov.it entnommen werden.

Spalte 11 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): das Kästchen bei Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer auf die Mieten ankreuzen. Das Kästchen darf nur angekreuzt werden, wenn die im Abschnitt “Vermietungen zu Wohnzwecken – Definitive Ertragsteuer” beschriebenen Bedingungen vorliegen. Das Kästchen darf nur abgefasst werden, wenn in der Spalte 2 “Verwendung” einer der folgenden Codes angegeben wurde: ‘3’ (freie Miete), ‘4’ (gesetzlich festgesetzter Mietpreis), ‘8’ (vergünstigter vereinbarter Mietpreis), ‘11’ (Teilvermietung der Hauptwohnung mit freier Miete), ‘12’ (Teilvermietung der Hauptwohnung mit vergünstigter vereinbarter Miete) und ‘14’ (vergünstigte Vermietung einer in Abruzzien gelegenen Immobilie). Es wird darauf hingewiesen, dass die Wahl des Systems der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen für einen Mietvertrag bezüglich eines Teils der Immobilieneinheit die Wahl desselben Systems auch für das aus der gleichzeitigen Vermietung von anderen Teilen der Immobilieneinheit entstehende Einkommen vorschreibt.

Spalte 12 (IMU-Sonderfälle): einen der folgenden Codes hinsichtlich der besonderen Situationen bei der Anwendung der IMU angeben:

‘1’ Gebäude, das nicht als Hauptwohnung samt Zubehör dient und vollständig von der IMU befreit ist, oder für das zwar im Jahr 2017 keine IMU zu entrichten ist, aber den Einkommenssteuern unterliegt. In diesem Fall sind auf die Einkünfte aus Gebäuden die IRPEF und die jeweiligen Zusatzsteuern zu entrichten, auch wenn das Gebäude nicht zur Miete überlassen wird;

‘2’ Hauptwohnung samt Zubehör, die der Gemeindesteuer (IMU) unterliegen. Es handelt sich dabei zum Beispiel um Hauptwohnungen der Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 („Luxuswohnungen“). Wird dieser Code angegeben, sind für die entsprechenden Einkünfte weder die IRPEF noch die Zusatzsteuern zu zahlen, da sie durch die IMU ersetzt werden. Dieser Code ist auch für das Zubehör anzugeben, das sich auf Hauptwohnungen bezieht, die der IMU unterliegen;

‘3’ unvermietete Immobilie für Wohnzwecke, die der IMU unterliegt und in derselben Gemeinde liegt, in der sich die als Hauptwohnung dienende Immobilie befindet. In diesem Fall tragen die Einkünfte der Immobilie zu 50 Prozent zur Bildung des Einkommens, für das die IRPEF und die entsprechenden Zusatzsteuern zu zahlen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass als Hauptwohnung jene zu verstehen ist, in der der Eigentümer (oder der Inhaber eines anderen dinglichen Rechts) und seine Familienmitglieder ihren ständigen Wohnsitz haben (Kode 1 in Spalte 2). Darin eingeschlossen sind landwirtschaftliche Gebäude, die als Hauptwohnung dienen, auch wenn sie nicht in der Übersicht RB enthalten sind.

Wenn die Daten des einzelnen Gebäudes in mehreren Zeilen ausgewiesen sind, ist diese Spalte in jeder Zeile auszufüllen, auf die die Bedingung in Bezug auf den einzelnen Kode zutrifft. Z.B. bei einer „Luxus“-Immobilie, die für einen Teil des Jahres als Hauptwohnung dient und danach vermietet wird, ist der Kode 2 nur in der ersten der beiden Zeilen anzugeben, in denen die Gebäudedaten eingetragen sind.

Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung), Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer von 21%), Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer von 10%), Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung), Spalte 17 (Unvermietete Immobilien), Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung).

In der **Spalte 13** ist der Ertrag des nicht vermieteten bzw. des ohne die Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer vermieteten Gebäudes anzugeben.

In der **Spalte 14** ist der Ertrag des mit der Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer zum Steuersatz von 21% vermieteten Gebäudes anzugeben.

In der **Spalte 15** ist der Ertrag des mit der Option für die Anwendung der definitiven Ertragsteuer zum ermäßigten Steuersatz von 10% vermieteten Gebäudes anzugeben.

In **Spalte 16** ist der nicht steuerpflichtige Ertrag der Hauptwohnung und des entsprechenden Zubehörs anzugeben, der der IMU unterliegt.

In **Spalte 17** sind die nicht steuerpflichtigen Einkünfte der unvermieteten Immobilien anzugeben, die jedoch der IMU unterliegen.

In **Spalte 18** ist der Ertrag der Hauptwohnung und des entsprechenden Zubehörs anzugeben, der nicht der IMU unterliegt.

Für jede Immobilie den Ertragsanteil angeben und dabei folgende Anweisungen beachten:

A) Angaben zum Einzelgebäude in einer einzigen Zeile (es haben sich zum Beispiel die Verwendung der Immobilie und der Besitzanteil nicht geändert):

- wenn das **Gebäude als Hauptwohnung oder als Zubehör benutzt wurde** (Kodes 1 und 5 in Spalte 2 "Verwendung"), ist der Katasterertrag zu berechnen (Spalte 1), der um 5% aufzuwerten ist, und zwar im Verhältnis zu den Tagen (Spalte 3) und zum Anteil des Besitzes (Spalte 4); wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst ist, muss der auf diese Weise festgelegte Betrag in Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden; wenn dagegen im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode „2“ angegeben ist, muss der Betrag in Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden;
- wenn das **Gebäude zum Teil als Hauptwohnung und zum Teil für die eigene Tätigkeit genutzt wird** (Kode 6 in Spalte 2 „Verwendung“) ist der Katasterertrag zu berechnen (Spalte 1), der um 5% aufzuwerten ist, und zwar im Verhältnis zu den Tagen (Spalte 3) und zum Anteil des Besitzes (Spalte 4). **Wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst wurde**, sind 50 Prozent des Betrags in die **Spalte 13** (Ordentliche Besteuerung) und 50 Prozent in die **Spalte 18** (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) einzutragen.
- wenn das **Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 2 angegeben wurde**, sind 50 Prozent des Betrags in die **Spalte 16** (IMU-pflichtige Hauptwohnung) und 50 Prozent in die **Spalte 17** (Unvermietete Immobilien) einzutragen;
- wenn das **Gebäude nicht vermietet und nicht bereit gehalten wird** (Kodes 9 und 10 in der Spalte 2 "Verwendung") in der Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) den Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Tagen (Sp. 3) und zum Besitzanteil (Sp. 4) angeben. Wenn in der Spalte 2 (Verwendung) der Kode 9 und in der Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 1 angegeben wurde, ist der Mietertrag gleich Null und somit müssen Sie die Spalte 17 nicht abfassen. Wenn im Kästchen „Sonderfälle IMU“ der Code 1 angegeben ist, ist das Einkommen in Spalte 13 (Steuerbasisbetrag ordentliche Besteuerung) einzutragen, statt in Spalte 17 (vermietete Immobilien). Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 3 angegeben wurde, ist der Betrag zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) einzutragen;
- wenn das **Gebäude bereit gehalten wird** (Kode 2 in der Spalte 2 "Verwendung") in der Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) den um ein Drittel erhöhten Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Tagen (Sp. 3) und zum Besitzanteil (Sp. 4) angeben. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 1 angegeben wurde, ist der Ertrag in die Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) statt in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) einzutragen. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 3 angegeben wurde, ist der Betrag zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) einzutragen;
- wenn die **Immobilie auf dem freien Markt vermietet wird** (Kode 3 in Spalte 2 "Verwendung"), entspricht der Ertrag des Gebäudes dem höheren Betrag zwischen dem Katasterertrag (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Mietpreis (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 4). Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 5 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) vorhanden ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden.
Wenn das Kästchen der Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt wurde, ist der gemäß den obigen Angaben bestimmte Ertrag in der Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) anzugeben. Wenn hingegen das Kästchen der Spalte 11 angekreuzt wurde, ist der Ertrag in der Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 21%) anzugeben;
- wenn die **Immobilie mit gesetzlich festgesetztem Mietpreis vermietet wurde** (Kode 4 in Spalte 2 "Verwendung"):
– wenn das Kästchen der Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt wurde, in der Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) den Mietpreis (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 4) angeben;
– wenn hingegen das Kästchen der Spalte 11 angekreuzt wurde, ist in der Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 21%) der höhere Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Tagen (Sp. 3) und zum Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 4) anzugeben.
In beiden Fällen (ordentliche Besteuerung oder definitive Ertragsteuer) ist der Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) anzugeben, wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 4 eingetragen ist (nicht bezogene Mieten wegen Zahlungsverzug) und wenn in Spalte 6 (Miete) kein Betrag angegeben ist; wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 5 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) vorhanden ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden.
- wenn das **Gebäude in einer Gemeinde mit hoher Besiedlungsdichte liegt und zu einer "konventionellen" Miete vermietet wurde** (Kode 8 in Spalte 2 "Verwendung") bzw. wenn die **Immobilie in der Region Abruzzen liegt und an Personen vermietet wurde, die in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten ihren Wohnsitz haben** (Kode 14 in Spalte 2 "Verwendung"), den höheren Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) berechnen.
Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 5 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) eingetragen ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden.
Wenn das Kästchen der Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt wurde, ist der gemäß den obigen Angaben bestimmte Betrag nach Anzug der 30 Prozent in der Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) anzugeben.
Wenn hingegen das Kästchen der Spalte 11 angekreuzt wurde:
– wenn der Verwendungskode 8 angegeben wurde, ist der gemäß obigen Angaben bestimmte Ertrag (ohne Abzug von 30 Prozent) in der Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 10%) anzugeben;
– wenn der Verwendungskode 14 angegeben wurde, ist hingegen der gemäß den obigen Angaben bestimmte Ertrag (ohne Abzug von 30 Prozent) in der Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für definitive Ertragsteuer zu 21%) anzugeben.
- wenn die **Immobilie in der Region Abruzzen liegt und an Personen leihweise überlassen wurde, die in den vom Erdbeben betroffenen Gebieten ihren Wohnsitz haben** (Kode 15 in Spalte 2 "Verwendung"), den Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und dem prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) berechnen. In Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) das Ergebnis der vorherigen Berechnung nach Ermäßigung um 30 Prozent angeben. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 1 angegeben wurde, ist der Ertrag in die Spalte 13 (Steuerpflichtiger Betrag für ordentliche Besteuerung) statt in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) einzutragen. Wenn im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 3 angegeben wurde, ist der Betrag zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) einzutragen;
- wenn die **Immobilie zum Teil als Hauptwohnung genutzt wird und zum Teil auf dem freien Markt vermietet wurde** (Kode 11 in der Spalte 2 "Verwendung"), entspricht der Ertrag des Gebäudes dem höheren Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4).
Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 5 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) eingetragen ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden.
Wenn der Ertragsanteil größer oder gleich dem Anteil an der Miete ist, ist der Gebäudeertrag wie folgt anzugeben: wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst ist, muss der auf diese Weise festgelegte Betrag in Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden; wenn dagegen im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode „2“ angegeben ist, muss der Betrag in Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden.
Wenn jedoch der Ertragsanteil niedriger ist als der Anteil an der Miete, gilt Folgendes:

- wenn das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt ist, ist der wie oben festgelegte Ertrag in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) anzugeben;
- wenn jedoch das Kästchen von Spalte 11 angekreuzt wurde, muss der Ertrag in Spalte 14 (steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 21%) angegeben werden;
- wenn die (in einer der Gemeinden mit hoher Besiedlungsdichte gelegene) Immobilie zum Teil als Hauptwohnung genutzt wird und zum Teil zu einer "vereinbarten" Miete vermietet wurde (Kode 12 in der Spalte 2 "Verwendung"), entspricht der Ertrag des Gebäudes dem höheren Betrag zwischen dem Betrag des Katasterertrags (Sp. 1), der um 5% aufzuwerten ist, im Verhältnis zu den Besitztagen (Sp. 3) und zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4) und dem Betrag des Mietpreises (Sp. 6) im Verhältnis zum prozentuellen Besitzanteil (Sp. 4). Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 5 (vom Besitzanteil abweichender Vermietungsanteil) eingetragen ist, muss der Mietpreis nicht mit dem Besitzanteil ins Verhältnis gesetzt werden; wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 6 (Ermäßigung für Aussetzung des Vollstreckungsverfahrens für Räumung) eingetragen ist, ist der Ertrag der Gebäudes gleich Null. Wenn der Ertragsanteil höher oder gleich dem Anteil an der Miete ist, muss der wie oben festgelegte Ertrag nach Abzug von 30 Prozent wie folgt anzugeben: wenn das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht abgefasst ist, muss der auf diese Weise festgelegte Betrag in Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden; wenn dagegen im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode „2“ angegeben ist, muss der Betrag in Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) eingetragen werden. Wenn hingegen der Ertragsanteil niedriger als der Anteil an der Miete ist:
 - wenn das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt ist, muss der wie oben festgelegte Ertrag nach Abzug von 30 Prozent in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) angegeben werden;
 - wenn hingegen das Kästchen von Spalte 11 angekreuzt ist, muss der Ertrag in Spalte 15 (steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 10%) angegeben werden.

B) Angaben des einzelnen Gebäudes, die in mehreren Zeilen dargelegt werden (es haben sich zum Beispiel im Laufe des Jahres 2017 die Verwendung oder der Besitzanteil geändert):



Wenn die Angaben zu einem Gebäude auf mehreren Zeilen aufgeführt sind, müssen die Beträge in Bezug auf die steuerpflichtigen und nicht steuerpflichtigen Erträge (Spalten 13 bis 18) ausschließlich in der ersten der Zeilen wiedergegeben werden, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurden.

Hauptwohnung

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 1 und 5 angegeben wurde (**Unvermietete Hauptwohnung und ihr Zubehör**), und sofern die Spalte 12 (IMU-Sonderfälle) nicht ausgefüllt wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und den so festgelegten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 1 und 5 angegeben wurde (**Unvermietete Hauptwohnung und ihr Zubehör**), und sofern die Spalte 12 (IMU-Sonderfälle) mit dem Kode 2 abgefasst wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und den so festgelegten Gesamtbetrag der Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen die Verwendung 6 angegeben wurde (**teilweise für die Tätigkeitsausübung verwendete Hauptwohnung**), und sofern die Spalte 12 „Imu-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und 50 Prozent des so festgelegten Gesamtbetrags der Anteile in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) und 50 Prozent in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen die Verwendung 6 angegeben wurde (**teilweise für die Tätigkeitsausübung verwendete Hauptwohnung**), und sofern die Spalte 12 „Imu-Sonderfälle“ mit dem Kode 2 ausgefüllt wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und 50 Prozent des so festgelegten Gesamtbetrags der Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) und 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilie) der ersten Zeile übertragen, die für die Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 11 und 12 (**teilvermietete Hauptwohnung**) angegeben wurde, für die das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) nicht angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 12 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 11. Wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde; wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ mit dem Kode 2 ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde.
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile niedriger ist als der Gesamtbetrag der Anteile an der Miete (Besteuerung aufgrund der Miete), entspricht das Gebäudeeinkommen den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 12 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 11. Das Gebäudeeinkommen ist in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen die Verwendung 11 (**teilvermietete Hauptwohnung**) angegeben wurde, für die das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), muss das Gebäudeeinkommen, das dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile entspricht. Wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde; wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ mit dem Kode 2 ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften. Der Gesamtbetrag der Anteile an den

Mieteinkünften ist in Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 21%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;

- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen die Verwendung 12 (**teilvermietete Hauptwohnung**) angegeben wurde, für die das Kästchen von Spalte 11 (definitive Ertragsteuer) angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), muss das Gebäudeeinkommen, das dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile nach Abzug von 30% entspricht. Wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 18 (Nicht IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde; wenn die Spalte 12 „IMU-Sonderfälle“ mit dem Kode 2 ausgefüllt wurde, den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in die Spalte 16 (IMU-pflichtige Hauptwohnung) der ersten Zeile übertragen, die für die Angaben der Gebäudedaten verwendet wurde;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften. Der Gesamtbetrag der Anteile an den Mieteinkünften ist in Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 10%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;

Nicht als Hauptwohnung dienendes unvermietetes Gebäude

- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 2, 9, 10 und 15 angegeben ist, für die das Kästchen „IMU-Sonderfälle“ nicht ausgefüllt wurde: für jede Zeile den nicht steuerpflichtigen Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurden, und den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) der ersten Zeile angeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 2, 9, 10 und 15 in Bezug auf das Gebäude angegeben ist, für im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 1 angegeben wurde: für jede Zeile den steuerpflichtigen Ertragsanteil nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurden, und den Gesamtbetrag der so festgelegten Anteile in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) der ersten Zeile angeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- nur die Zeilen berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 2, 9, 10 und 15 in Bezug auf das Gebäude angegeben ist, für das im Kästchen „IMU-Sonderfälle“ der Kode 3 eingetragen wurde: für jede Zeile den Ertragsanteil entsprechend den Regeln berechnen, die für das in einer Zeile angegebene Gebäude beschrieben wurden, und den so festgelegten Gesamtbetrag der Anteile zu 50 Prozent in die Spalte 17 (Unvermietete Immobilien) und zu 50 Prozent in die Spalte 13 (Ordentliche Besteuerung) eintragen;

Nicht als Hauptwohnung dienendes vermietetes Gebäude

- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 3, 4, 8 und 14 angegeben ist, für welche das Kästchen von Spalte 11 in Bezug auf die definitive Ertragsteuer nicht angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 8 und 14 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Ertragsanteilen in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 3 und 4;
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile niedriger ist als der Gesamtbetrag der Anteile an der Miete (Besteuerung aufgrund der Miete), entspricht das Gebäudeeinkommen den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 8 und 14 nach Abzug von 30 Prozent und addiert zu den Anteilen an der Miete in Bezug auf die Zeilen mit dem Verwendungskode 3 und 4;
 - wenn in allen Zeilen der Verwendungskode 4 angegeben ist, entsprechen die Einkünfte des Gebäudes immer dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieteinkünften.
 - 3) das wie oben festgelegte Gebäudeeinkommen ist in Spalte 13 (ordentliche Besteuerung des steuerpflichtigen Einkommens) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde;
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen eine der Verwendungen 3, 4 und 14 angegeben ist, für welche das Kästchen von Spalte 11 in Bezug auf die definitive Ertragsteuer angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften;
 - 3) die wie oben festgelegten Einkünfte sind in Spalte 14 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 21%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.
- es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen die Verwendung 8 angegeben ist, für die das Kästchen von Sp. 11 in Bezug auf die definitive Ertragsteuer angekreuzt ist:
 - 1) für jede Zeile den Ertragsanteil und den Anteil an der Miete nach den Regeln berechnen, die für das in einer einzigen Zeile vorhandene Gebäude beschrieben wurde;
 - 2) den Gesamtertrag der Ertragsanteile mit dem Gesamtbetrag der Anteile an den Mieten vergleichen:
 - wenn der Gesamtbetrag der Ertragsanteile höher oder gleich dem Gesamtbetrag der Anteile an der Miete ist (Besteuerung aufgrund des Ertrags), entspricht das Gebäudeeinkommen dem Gesamtbetrag der Ertragsanteile;
 - wenn der Gesamtbetrag der Anteile an den Einkünften niedriger ist als die Anteile an den Mieteinkünften (Besteuerung aufgrund der Mieteinkünfte), entsprechen die Einkünfte des Gebäudes den Anteilen an den Mieteinkünften;
 - 3) die wie oben festgelegten Einkünfte sind in Spalte 15 (Steuerpflichtiger Betrag für die definitive Ertragsteuer 10%) der ersten Zeile anzugeben, die zur Angabe der Gebäudedaten verwendet wurde.

Spalte 19 (Notstand): Dieses Kästchen im Fall von konventionellen Mietverträgen mit vereinbartem Mietzins mit der Option der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen ankreuzen, die in den Gemeinden abgeschlossen wurden, für die im Zeitraum von fünf Jahren vor dem Datum des Inkraft-

treten des Umwandlungsgesetzes des gesetzvertretenden Dekrets (28. Mai 2014) infolge von Katastrophen der Notstand ausgerufen wurde (Code 8 oder Code 12 in Spalte 2 der Zeilen von B1 bis B7).

Zeile RB10 (Gesamtbetrag): den Gesamtbetrag der Beträge der Spalten 13, 14, 15, 16, 17 und 18 angeben. Die Summe der Spalten 13 und 18 ist zusammen mit eventuellen anderen Erträgen in die Zeile RN1, Spalte 5, zu übertragen.

Diese Summe kann in die gebäudespezifische Zeile der „Zusammenfassung der Erträge und der Einbehalte“ übertragen werden, die Sie in der Anleitung für die Abfassung der Übersicht RN finden.

Der Gesamtbetrag der Spalte 18 muss in die Zeile RN2 übertragen werden und dient dem Abzug, der für die IRPEF-pflichtige Hauptwohnung vorgesehen ist.

Die Gesamtbeträge der Spalten 16 und 17 müssen in die Zeile RN50 jeweils in Spalte 1 bzw. 2 übertragen werden.

Es wird daran erinnert, dass Sie, wenn Sie mehr als eine Übersicht RB abgefasst haben, den Gesamtbetrag der Mieterträge in die Zeile RB10 der ersten Übersicht, die Sie verwendet haben, schreiben müssen (Vordr. Nr. 1).

Zeile RB11 (Definitive Ertragsteuer): Die Zeile ist der Angabe der Ersatzsteuer mit Steuersatz zu 21 Prozent oder 10 Prozent vorbehalten, die auf das steuerpflichtige Einkommen zu zahlen ist, das aus Mietverträgen hervorgeht, für die die Anwendung des Systems der definitiven Ertragsteuer gewählt wurde.

Spalte 1 (Definitive Ertragsteuer zu 21%): den Betrag der mit ordentlichem Steuersatz fälligen Ersatzsteuer in Höhe von 21 Prozent des in der Spalte 14 der Zeile RB10 angegebenen Betrags angeben.

Spalte 2 (Definitive Ertragsteuer zu 10%): den Betrag der mit ordentlichem Steuersatz fälligen Ersatzsteuer in Höhe von 10 Prozent des in der Spalte 15 der Zeile RB10 angegebenen Betrags angeben.

Spalte 3 (Gesamtbetrag für definitive Ertragsteuer): die Summe der in den Spalten 1 und 2 dieser Zeile dargelegten Beträge angeben.

TEIL II - Daten in Bezug auf die Mietverträge

Dieser Abschnitt muss unter Angabe der Registrierdaten der Mietverträge abgefasst werden, wenn die Immobilie in der Region Abruzzen liegt und an Subjekte vermietet wurde, die ihren Wohnsitz in den vom Erdbeben des 6. April 2009 betroffenen Gemeinden haben, deren Wohnungen zerstört oder für unbewohnbar erklärt wurden (Kode 14 in der Spalte 2 der Zeilen von RB1 bis RB9);

Zeilen von RB21 bis RB23

Spalte 1 (Nr. Zeile Abschnitt I): Die Nummer der Zeile des Abschnitts I angeben, in die die Daten der vermieteten Immobilie eingetragen sind. Bei vorübergehender Vermietung mehrerer Portionen derselben Immobilie, der ein einziger Katasterertrag zugewiesen ist, sind mehrere Zeilen des Teils II der Übersicht RB abzufassen, wobei in dieser Spalte dieselbe Zeile des Teils I wiederzugeben ist.

Spalte 2 (Vordruck Nr.): Wenn Sie mehrere Vordrucke abgefasst haben, die Nummer des Vordrucks angeben, auf dem die Angaben der vermieteten Immobilie angegeben sind;

Spalten 3, 4, 5 und 6 (Eckdaten der Vertragsregistrierung): Die Spalten dürfen nur ausgefüllt werden, wenn der Mietvertrag amtlich registriert ist und wenn in der Kopie des Vordrucks für den Antrag zur Registrierung des an das Amt zurückgegebenen Vertrags nicht der „Dokumentenkode des Vertrags“ angegeben wurde. Wenn der Mietvertrags telematisch durch Siria, Iris, Locazioni web oder Contratti on line registriert wurde oder durch den neuen Online-Vordruck RLI zugeteilt wird, kann alternativ dazu die Spalte 7 ausgefüllt werden.

Spalte 3 (Registrierdatum): den Tag der Registrierung des Vertrags angeben;

Spalte 4 (Serie): den Kode der Registriermodalität angeben:

„1T“ Registrierung auf telematischem Weg mithilfe einer Amtsperson;

‘3’ Registrierung des Vertrag bei einer Dienststelle der Agentur der Einnahmen;

‘3P’ Registrierungen auf telematischem Weg mithilfe von Siria und Iris;

‘3T’ Registrierungen auf telematischem Weg mithilfe anderer Applikationen (Vermietungen oder Verträge über das Internet und Vordruck RLI);

‘3A’ und ‘3B’ in den vergangenen Jahren bei den Dienststellen verwendete Kodes.

Spalte 5 (Registriernummer und -unternummer): die Registriernummer und eventuelle Unternummer des Vertrags angeben.

Spalte 6 (Kode der Dienststelle): den Kode der Dienststelle der Agentur der Einnahmen angeben, bei der der Vertrag registriert wurde. Die Kodes der Dienststellen der Agentur der Einnahmen sind auf der Website www.agenziaentrate.gov.it in der Tabelle "Kodes der Dienststellen, die für die Zahlung der nachfolgenden Jahresbeträge zu verwenden sind" im Abschnitt zu finden, der sich auf die Registrierung der Mietverträge bezieht.

Spalte 7 (Dokumentenkode des Vertrags): Den Dokumentenkode des Vertrags angeben, der aus 17 Zeichen besteht und aus der Kopie des Vordruck des Antrags auf Registrierung des an das Amt zurück gegebenen Mietvertrags zu entnehmen ist, oder im Fall von telematisch registrierten Verträgen aus dem Registrierungsbeleg. Wenn die Spalten 3 bis 6 ausgefüllt wurden, ist diese Spalte nicht auszufüllen.

Spalte 8 (Verträge unter 30 Tagen): Das Kästchen ist im Fall eines **nicht registrierten Mietvertrags mit einer Dauer nicht über dreißig Tagen** im Jahr anzukreuzen, der nicht registriert wurde, da für diese Art Vertrag die Pflicht zur Registrierung nur im Fall der Nutzung besteht.

Wenn dieses Kästchen angekreuzt ist, sind weder die Spalten 3 bis 6 in Bezug auf die Eckdaten der Vertragsregistrierung noch Spalte 7 in Bezug auf den Dokumentenkode des Vertrags auszufüllen.

Spalte 9: (Jahr der Einreichung der ICI/IMU-Erklärung) Wenn für die Immobilie die ICI- bzw. die Imu bzw. Imi-Erklärung eingereicht wurde, ist das Jahr der Vorlage anzugeben.

7. ÜBERSICHT RC – Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit

Die Anweisungen beziehen sich auf die enthaltenen Daten in der Einheitlichen Bescheinigung 2018. Wenn das Arbeitsverhältnis beendet wurde, bevor die Einheitliche Bescheinigung 2018 zur Verfügung stand, ist der Steuersubstitut auf Anfrage des Arbeitnehmers verpflichtet, neben der Einheitlichen Bescheinigung 2017 auch die Einheitliche Bescheinigung 2018 bis zum 31. März 2018 auszustellen. Für die Abfassung der Steuererklärung müssen die Daten daher in jedem Fall der einheitlichen Bescheinigung entnommen werden.



Sollten beim Steuerzahler im Lauf des Jahres mehrere Beschäftigungsverhältnisse in Bezug auf nicht selbstständige oder gleichgestellte Arbeit bestanden haben und er den letzten Arbeitgeber ersucht hat, die anderen bezogenen Einkünfte zu berücksichtigen, muss er in dieser Übersicht die Daten aus der einheitlichen Bescheinigung des letzten Arbeitgebers angeben.

Die Steuerpflichtigen, die Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Rente und gleichgestellten beziehen, können die Steuerabzüge nutzen, für deren Festsetzung neben dem Erwerbseinkommen auch das Gesamteinkommen berücksichtigt wird.

Falls die Absetzung zusteht, muss sie in der Zeile RN7 angegeben werden, deren Anleitungen die Berechnung zu deren Festlegung beschreiben.

Diese Übersicht besteht aus sechs Abschnitten:

- Teil I:** Ist den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit und diesen gleichgestellten Einkünften sowie den Einkünften aus Renten vorbehalten, für welche die Absetzung im Verhältnis zum Arbeitszeitraum im Laufe des Jahres zusteht;
- Teil II:** Ist den Einkünften vorbehalten, die jenen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind, und für welche die Absetzung nicht im Verhältnis zum Arbeitszeitraum im Laufe des Jahres zusteht;
- Teil III:** Ist den IRPEF-Einbehalten, dem regionalen und kommunalen IRPEF- Zuschlag sowie der Akontozahlung auf den kommunalen IRPEF-Zuschlag für das Jahr 2018 vorbehalten, die vom Arbeitgeber einbehalten wurden;
- Teil IV:** Ist den IRPEF-Einbehalten und dem regionalen IRPEF-Zuschlag vorbehalten, die auf Entgelte für Arbeiten von sozialem Nutzen einbehalten wurden;
- Teil V:** IRPEF-Bonus;

TEIL I - Einkünfte aus nicht Selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit

In diesem Teil müssen alle Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellten Arbeit und die Einkünfte aus Renten erklärt werden. Für diese Einkommen wird die Absetzung, die in der Zeile RN7 Spalte 1 oder RN7 Spalte 2 anzugeben ist, im Verhältnis zur Jahresarbeitszeit berechnet. Hierfür ist es notwendig, in der Zeile RC6 die Anzahl der Arbeitstage einzutragen.

Insbesondere in den Zeile RC1 bis RC3 Folgendes angeben:

- Die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit und aus Renten;
- Die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit im Ausland, die in Grenzgebieten geleistet wurde. Im Anhang den Punkt 2 des Stichworts "im Ausland erzielte Gehälter, Einkünfte und Renten" einsehen;
- In Euro erzielte Einkommen durch Arbeit oder Rente von Steuerzahlern, die in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragen sind.
- Die Abfindungen und die Beträge, die der Besteuerung zu unterwerfen sind und die den Arbeitnehmern vom Nationalinstitut für soziale Fürsorge (NISF / INPS) oder von anderen Körperschaften aus verschiedenen Gründen ausbezahlt worden sind. Zum Beispiel: Lohnausgleichskasse, Mobilität, ordentliche Arbeitslosigkeit (im Bauwesen, in der Landwirtschaft, usw.), Krankheit, Mutterschaft und Stillzeit, TBC und Nach-Tuberkulosezeit, Blutspende, Heiratsurlaub;
- Die Abfindungen und die Entgelte zu Lasten Dritter, die von den Arbeitnehmern für Aufträge in Ausübung ihrer Eigenschaft bezogen wurden. Ausgeschlossen sind jene Abfindungen und Entgelte, die infolge einer im Vertrag vorgesehenen Klausel dem Arbeitgeber oder auf Grund des Gesetzes, dem Staat zustehen;
- Die regelmäßigen von Rentenfonds gezahlten Ergänzungszuweisungen, die bis zum 31. Dezember 2006 angefallen sind und die Ablösung der persönlichen Position, die bei der Zusatzrentenform vom 1. Januar 2001 bis 31. Dezember 2006 angegriffen ist (Art.14 des GvD Nr.252 aus dem Jahr 2005) angewandt wird, welche nicht auf die Versetzung in den Ruhestand oder auf die Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Arbeitsmobilität des Eingetragenen oder aus anderen Gründen, die nicht auf den Willen der Parteien abhängen, zurückgeführt werden können (Freiwilliger Rückkauf);
- Die Entgelte der Personen, die auf Grund besonderer Gesetzesvorschriften in sozial wichtigen Bereichen arbeiten;
- Die Entgelte, die von Privatpersonen an Chauffeure, an Gärtner, an Hausangestellte und an andere im Haushalt beschäftigte Personen ausgezahlt wurden, sowie sonstige Entgelte, für die auf Grund des Gesetzes, keine Steuereinbehalte vorgenommen wurden;
- Die Entgelte für Mitglieder von Produktions- und Arbeitsgenossenschaften, von Dienstleistungs- und Landwirtschafts-genossenschaften, bzw. von Genossenschaften zur Erstverarbeitung von Landwirtschafts- und Kleinfischereiprodukten, beschränkt auf die laufenden Gehälter, die um 20 Prozent erhöht werden;
- Die Vergütungen der arbeitenden Gesellschafter von Handwerkskooperativen (Abs. 114 des Stabilitätsgesetzes 2016);
- Die als Studienstipendium oder als Unterstützung, als Prämie oder Beihilfe für Studienzwecke oder für die Berufsausbildung erhaltenen Summen (darunter fallen auch jene Summen, die an Personen entrichtet wurden, die bei Projekten für die Eingliederung in die Berufswelt mitarbeiten), falls diese Summen nicht im Zusammenhang mit einem abhängigen Arbeitsverhältnis entrichtet wurden und vorausgesetzt, dass dafür keine entsprechende Befreiung vorgesehen ist. Siehe im Anhang "Steuerfreie Einkünfte und Erträge, die kein Einkommen bilden";
- die Entgelte infolge der Auflösung eines Arbeitsverhältnisses in geregelter und dauerhafter Mitarbeit, die nicht der gesonderten Besteuerung unterliegen (falls das Anrecht auf diese Entgelte aus einem Akt hervorgeht, der vor Beginn des Arbeitsverhältnisses abgeschlossen wurde oder falls dieselben auf Grund eines Streitverfahrens oder einer Transaktion in Bezug auf die Auflösung einer geregelten und dauerhaften Mitarbeit entrichtet wurden, können diese Entgelte der gesonderten Besteuerung unterworfen werden);
- die Entlohnungen für Priester der katholischen Kirche; die Zulagen, die vom Verband der Gem. der 7. Tags-Adventisten für den Lebensunterhalt der Geistlichen und der Missionare gezahlt werden; die Zulagen, die von den Versammlungen Gottes in Italien für den Lebensunterhalt der eigenen Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die vom Verband der Christlich-Evangelischen Baptisten Italiens für den Lebensunterhalt der Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italiens und an die mit ihr verbundenen Gemeinschaften gezahlt wurden; die Zulagen, die die von der orthodoxen Erzdiözese Italiens und vom Exarchat für Südeuropa für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die von der apostolischen Kirche in Italien für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt ihrer Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die von der Italienischen Buddhistischen Union und den von ihr vertretenen Organismen für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen gezahlt werden; die Zulagen, die von der Italienischen Hinduistischen Union und den von ihr vertretenen Organismen für den vollständigen oder teilweisen Unterhalt der Geistlichen gezahlt werden;
- die Entgelte, welche an ambulante Fachärzte und an andere Ärzte der A.S.L. entrichtet wurden, die in einem nicht selbständigen Arbeitsverhältnis stehen (z.B. Biologen, Psychologen, Dienst leistende Ärzte, auf Dauer Beistand leistende Ärzte und gebietsmäßig zuständige Notärzte usw.);
- Summen und Wertgegenstände im Allgemeinen, die man unter jeglichem Titel, auch als freiwillige Zuwendungen für ein Arbeitsverhältnis in geregelter und dauerhafter Mitarbeit oder bei der Ausführung nicht untergeordneter freier Tätigkeiten ohne festgesetztes regelmäßiges Entgelt bezogen hat. Unter diese fallen auch jene, die für Folgendes bezogen wurden:
 - für einen Auftrag als Verwalter, Bürgermeister oder Rechnungsrevisor von Gesellschaften, Vereinigungen oder anderen Körperschaften mit oder ohne Rechtspersönlichkeit;
 - für die Mitarbeit bei Verlegern von Zeitungen, Zeitschriften, Enzyklopädien und dergleichen, mit Ausnahme der Vergütungen, die als Urheberrechte bezahlt wurden;
 - für die Teilnahme an Kollegien und Kommissionen.

Keine Einkünfte bilden Entgelte für Arbeitsverhältnisse in geregelter und dauerhafter Mitarbeit, die für folgende Aufgaben und Mitarbeit bezogen wurden, welche:

- a) vom Steuerzahler ausgeübt werden und auf Grund eines spezifischen Voranschlags der Berufsordnung in dessen berufliche Tätigkeit (zum Beispiel: Entgelte an Rechnungsführer bzw. Diplom-Betriebswirte und Steuerberater für das Amt eines Verwalters, Bürgermeisters oder Wirtschaftsprüfers von Gesellschaften bzw. Körperschaften, welche in Übersicht RE erklärt werden müssen) oder freiberuflichen Tätigkeit (Entgelte die von einem Ingenieur für die Verwaltung einer Baugenossenschaft bezogen werden) eingeordnet werden;
- b) in den institutionellen Aufgabenbereich nicht selbständiger Tätigkeit des Steuerzahlers einzuschließen sind;
- c) im Bereich der Leistungen in der Führung und Verwaltung, die nicht als Freiberufler und zugunsten von Amateursportgesellschaften- und Ve-

reinen geleistet werden.



Entgelte infolge eines Arbeitsverhältnisses in geregelter und dauerhafter Mitarbeit, die vom Künstler oder Freiberufler an den Ehepartner, an die minderjährigen oder an bleibend berufsunfähige Kinder, an Zieh- oder Adoptivkinder sowie an die Verwandten mit aufsteigendem Verwandtschaftsgrad entrichtet wurden, müssen nicht erklärt werden, da sie auch nicht zur Bildung des Vermögens beitragen.

Kästchen "Sonderfälle".

In diesem Kästchen ist einer der folgenden Codes anzugeben:

- "1" wenn in der Erklärung die Vergünstigung für **unselbständige Arbeitnehmer** in Anspruch genommen wird, die aus dem Ausland nach Italien zurückkehren. Bei Vorliegen der vom Gesetz Nr. 238 vom 30. Dezember 2010 vorgesehenen Voraussetzungen tragen die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 20 Prozent für die Arbeitnehmerinnen und in Höhe von 30 Prozent für die Arbeitnehmer zur Bildung des Gesamteinkommens bei;
- "2" wenn in der Erklärung die Vergünstigung für die **Dozenten und Forscher** in Anspruch genommen wird, die gelegentlich im Ausland ihren Wohnsitz haben und eine nachgewiesene Forschungs- oder Lehrtätigkeit im Ausland bei öffentlichen oder privaten Forschungszentren oder Universitäten für wenigstens zwei fortlaufende Jahre ausgeübt haben, und die ihre Tätigkeit ausüben, und somit steuerrechtlich ihren Steuerwohnsitz im Staatsgebiet (Art. 44, Abs. 1 des Gesetzesdekrets Nr. 78 vom 31. Mai 2010, geändert durch den Art. 1, Abs. 149 des Gesetzes Nr. 232 vom 11. Dezember 2016) haben. Die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit tragen in Höhe von 10 Prozent zur Bildung des Gesamteinkommens bei. Die Steuererleichterung wird im Steuerzeitraum angewandt, in dem der Forscher physisch und steuerlich auf dem Staatsgebiet ansässig wird, und in den drei nachfolgenden Steuerzeiträumen, vorausgesetzt, der Steuerwohnsitz bleibt in Italien.
- "4" wenn in der Erklärung die Steuererleichterung in Anspruch genommen wird, die für aus dem Ausland nach Italien **zurückgezogene Beschäftigte** vorgesehen ist. Wenn eine der von Art. 16 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 147 vom 14. September 2015 und vom Art. 1, Abs. 150 und 151 des Gesetzes Nr. 232 vom 11. Dezember 2016 vorgesehenen Vorbedingungen vorliegt, tragen die Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit zur Bildung des Gesamteinkommens in der Höhe von 50 % bei. In den gewöhnlichen Fällen wird die Vergünstigung gemäß Code „1“, „2“ und „4“ direkt vom Arbeitgeber zuerkannt. Dieses Kästchen ist daher ausschließlich in dem besonderen Fall auszufüllen, in dem der Arbeitgeber die Vergünstigung nicht zuerkennen konnte, und in dem der Steuerpflichtige die Vergünstigung bei Vorliegen der gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen direkt in dieser Einkommensteuererklärung in Anspruch nehmen möchte. In diesem Fall ist das Einkommen aus unselbständiger Arbeit in den Zeilen von RC1 bis RC3 im bereits reduzierten Maß anzugeben (in Höhe von 10%, 20% oder 30% oder 70%).

In den Anmerkungen zur einheitlichen Bescheinigung 2017, Code BM für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Code BC für Dozenten und Wissenschaftler und Code BD für Rückkehrer, ist der reduzierte Betrag angegeben, der zum Einkommen beigetragen hat, wenn die Vergünstigung vom Substitut zuerkannt wurde, bzw. es ist der nicht steuerpflichtige Anteil angegeben, wenn der Substitut den Steuerabzug nicht angewandt hat.

- "5" wenn die absetzbaren Höchstbeträge überschritten werden in Bezug auf die Beiträge für die Zusatzvorsorge, die in mehreren, nicht verrechneten Vordrucken der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen sind. In diesem Fall ist in die Zeilen RC1 bis RC3 das Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit zu übertragen, und zwar um den in Abzug gebrachten Teil der Beiträge erhöht, der die vorgesehenen Höchstgrenzen übersteigt.

Kästchen „Gesellschafter von Handelskooperativen“

Das Kästchen ist nur anzukreuzen, wenn man Gesellschafter von Handwerkskooperativen ist und ein Einkommen gemäß Abs. 114. Stabilitätsgesetzes 2016 bezogen hat. Der genannte Abs. 114 hat festgelegt, dass unbeschadet der Vorsorgeleistung für Gesellschafter von Handelskooperativen, die ein Arbeitsverhältnis in selbständiger Form im Sinne des Artikels 1, Abs. 3 des Gesetzes vom 3. April 2001, Nr. 142 einrichten, für die Einkommensteuer der Art. 50 des einheitlichen Textes der Einkommensteuern gemäß dem Dekret des Präsidenten der Republik vom 22. Dezember 1986 Nr. 117 und nachfolgende Änderungen zur Anwendung kommt.

ZEILEN RC1 BIS RC3 - EINKOMMEN AUS UNSELBSTSTÄNDIGER ARBEIT UND GLEICHGESTELLTE EINKOMMEN

Spalte 1 (Einkommensart): einen der folgenden Codes angeben, der das Einkommen identifiziert (die Abfassung dieser Spalte ist Pflicht):

- "1" **Renteneinkommen;**
- "2" **Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit oder gleichgestellter sowie die ergänzenden Rentenzuweisungen** (z.B.: Jene aus Rentenfonds gemäß GvD Nr. 252 aus dem Jahr 2005);
- "3" **für begünstigte gemeinnützige Arbeiten bezogene Vergütungen.**
- "4" **Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit**, die kontinuierlich und als ausschließlicher Gegenstand des Arbeitsverhältnisses im Ausland in **Grenzgebieten und in anderen angrenzenden Ländern** von Personen geleistet wurde, die ihren Wohnsitz im Staatsgebiet haben.
- "5" In Euro erzielte Einkommen aus **nichtselbständiger Arbeit** von Steuerzahlern, die in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragen sind.
- "6" In Euro erzielte Einkommen durch **Rente** von Steuerzahlern, die in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragen sind.
- "7" Renteneinkommen zugunsten von Hinterbliebenen, die an Waisen bezahlt werden;
- "8" Renteneinkommen zugunsten von Hinterbliebenen, die in Euro an den in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragenen Waisen bezahlt werden.

Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten

Bei von denjenigen, die das von der geltenden Gesetzgebung für die Altersrente vorgesehene Alter erreicht haben, für gemeinnützige Arbeiten bezogenen Vergütungen wird ein **begünstigtes Steuersystem** bei den von der spezifischen Richtlinie vorgesehenen Bedingungen angewandt. Wenn für die Bezüge das vergünstigte Steuersystem in Anspruch genommen wurde, werden in die Einheitliche Bescheinigung 2018 sowohl die von der Besteuerung ausgeschlossenen Bezüge („Steuerfreibetrag“, Punkt 496) als auch die der Besteuerung unterliegenden Bezüge („Steuersatz“, Punkt 497) sowie die vom Arbeitgeber vorgenommenen Steuereinbehalte für die IRPEF (Punkt 498) und die regionale Zusatzsteuer (Punkt 499) übertragen.

In diesem Fall ist anzugeben:

- In Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 die Summe des „Steuerfreibetrags“ und die Summe des „Steuersatzes“;
- in der Zeile RC11 den Betrag der Einbehalte Irpef;

- in der Zeile RC12 den Betrag der Einbehalte der einbehaltenen regionalen Zusatzsteuer.
- Wenn die Bezüge nicht dem vergünstigten Steuersystem unterliegen, werden die Daten über die bezogenen Vergütungen für gemeinnützige Arbeit nicht in die Einheitliche Bescheinigung 2018 übertragen. Daher unterliegen diese Bezüge dem ordentlichen Steuersystem. In diesem Fall sind die Bezüge für gemeinnützige Arbeit unter Punkt 1 (unbefristete Arbeit) und/oder 2 (befristete Arbeit) der Einheitlichen Bescheinigung 2018 und die Steuereinbehalte für die IRPEF und die regionale Zusatzsteuer jeweils unter den Punkten 21 und 22 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 anzugeben.
- Der Betrag der in Punkt 1 (unbefristete Arbeit) und/oder 2 (befristete Arbeit) angegebenen Vergütungen muss in Spalte 3 einer der Zeilen von RC1 bis RC3 übertragen werden, unter Angabe des Kodes 2 im entsprechenden Kästchen der Sp. 1, während die Einbehalte der IRPEF und die einbehaltene regionale Zusatzsteuer jeweils in Zeile RC10 Spalten 1 und 2 zu übertragen sind.
- Falls Ihr Gesamteinkommen höher ist als Euro 9.296,22 ohne den Abzug für die Hauptwohnung und deren Zubehör, sind die Vergütungen der IRPEF sowie der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer der IRPEF zu unterziehen. Haben Sie nur Vergütungen laut Kode 3 bezogen, für welche die Einbehalte im vorgesehenen Ausmaß als Steuer und als regionaler Zuschlag angewandt wurden, sind Sie von der Einreichung der Erklärung befreit.



Siehe im Anhang unter "Arbeiten von sozialem Nutzen".

Spalte 2 (unbefristet/befristet): füllen Sie diese Spalte aus, wenn Sie ein Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit angeben (Kode 2 in Sp. 1) bzw. Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten (Kode 3 in Sp. 1) bzw. in Grenzregionen erarbeitete Einkommen (Kode 4 in Sp. 1) und in Euro erzielte Einkommen durch in Campione d'Italia ansässige Subjekte, (Kode 5 in Sp. 1).

In diesem Fall ist einer der folgenden Kodes anzugeben:

"1" wenn der Arbeitsvertrag unbefristet ist und in der Einheitlichen Bescheinigung der Kode „1“ angegeben wurde;

"2" wenn der Arbeitsvertrag befristet ist und in der Einheitlichen Bescheinigung der Kode „2“ angegeben wurde;

Spalte 3 (Einkommen): in diese Spalte den Betrag der bezogenen Einkommen übertragen, der in den folgenden Punkten der Einheitlichen Bescheinigung angegeben ist: Punkt 1 (*nichtselbstständige Arbeit und ähnliches im unbefristeten Arbeitsverhältnis*), Punkt 2 (*nichtselbstständige Arbeit und ähnliches im befristeten Arbeitsverhältnis*), Punkt 3 (*Rente*).

Im Fall von vergünstigten gemeinnützigen Arbeiten (Kode 3 in Sp. 1) wird zur Abfassung auf den vorhergehenden Abschnitt „Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten“ verwiesen.

Wenn in Spalte 1 der Kode 4 (**in Grenzregionen erarbeitete Einkommen**) angegeben wurde, den Gesamtbetrag der bezogenen Einkommen einschließlich des steuerbefreiten Anteils übertragen. Bei Vorliegen der Einheitlichen Bescheinigung 2018 den in den Punkten 455 und 456 der Einheitlichen Bescheinigung angegebenen Betrag übertragen und in Spalte 2 jeweils den Kode 1 (unbefristete Arbeit) und den Kode 2 (befristete Arbeit) eintragen.

Diese Einkommen sind die Steuerbasisbeträge für die IRPEF für den Teil, der 7500 € übersteigt. Der steuerbefreite Anteil wird auch in Spalte 1 der Zeile RC5 angegeben.

Wenn in Spalte 1 Kode 5 angegeben wurde (**in Euro erzielte Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit durch Subjekte, die in Campione d'Italia ansässig sind**), ist der Gesamtbetrag dieser Einkommen einschließlich des steuerbefreiten Anteils zu übertragen.

Im Einzelnen:

- Wenn der Punkt 457 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 ausgefüllt wurde, ist in Spalte 2 der Kode 1 (unbefristete Arbeit) und in Spalte 3 der in Punkt 457 angegebene Betrag einzutragen.
- Wenn der Punkt 458 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 ausgefüllt wurde, ist in Spalte 2 der Kode 2 (befristete Arbeit) und in Spalte 3 der in Punkt 458 angegebene Betrag einzutragen.
- In Spalte 1 der Kode 6 angegeben wurde (in Euro erzielte Renteneinkommen von Einwohnern von Campione d'Italia), ist Spalte 2 nicht auszufüllen, und in Spalte 3 ist der in Punkt 459 angegebene Betrag der Einheitlichen Bescheinigung 2018 einzutragen.

Diese Einkommen sind die Steuerbasisbeträge für die IRPEF für den Teil, der 6.700 € übersteigt. Der steuerbefreite Anteil wird auch in Spalte 3 der Zeile RC5 angegeben.

Wenn in der Spalte 1 der Code 7 (**Renteneinkommen zugunsten von Hinterbliebenen, die an Waisen bezahlt werden**) angegeben wurde, ist die Spalte 2 nicht auszufüllen und der im Punkt 461 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Betrag in der Spalte 3 anzugeben. Zum Zweck der IRPEF ist der Teil dieser Einkommen besteuert, der 1000 Euro übersteigt. Der steuerbefreite Anteil ist in der Spalte 3 der Zeile RC5 anzugeben.

Wenn in der Spalte 1 der Code 8 (Renteneinkommen zugunsten von Hinterbliebenen, die in Euro an in der Gemeinde Campione d'Italia wohnhaften Waisen bezahlt werden) angegeben wurde, ist die Spalte 2 nicht auszufüllen und der im Punkt 460 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Betrag in der Spalte 3 anzugeben. Zum Zweck der IRPEF ist der Teil dieser Einkommen besteuert, der 7700 Euro übersteigt. Der steuerbefreite Anteil ist in der Spalte 3 der Zeile RC5 anzugeben.

Wenn Sie im Besitz einer Einheitlichen Bescheinigung 2018 sind, in der Einkünfte aus nicht selbstständiger unbefristeter Arbeit und Renteneinkünfte ausgewiesen sind, für die der Ausgleich erfolgt ist, müssen Sie zwei getrennte Zeilen ausfüllen, wobei die unter den Punkten 1 und 3 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebenen Beträge zu übertragen sind.

Bei Vorliegen einer Einheitlichen Bescheinigung 2018, in der Einkünfte aus nicht selbstständiger befristeter Arbeit und Renteneinkünfte ausgewiesen sind, für die der Ausgleich erfolgt ist, müssen zwei getrennte Zeilen ausgefüllt werden, wobei die unter den Punkten 2 und 3 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebenen Beträge zu übertragen sind.

In beiden Fällen sind in Spalte 1 der Zeile RC6 die Anzahl der nicht selbstständigen Arbeitstage laut Punkt 6 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 und in Spalte 2 die Anzahl der Rententage laut Punkt 7 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 zu übertragen.

Zeile RC4 – Summen für Produktivitätsprämien und Betriebswohlfahrt

Diese Zeile ist nur von Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft mit einem befristeten oder unbefristeten Arbeitsvertrag auszufüllen, die im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 Vergütungen für Produktivitätsprämien oder Summen bezogen haben, die in Form von Teilhaberschaft an Unternehmensgewinnen ausgezahlt wurden, und die im Steuerjahr 2017 Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit in einer Höhe von nicht über 80.000 Euro erhalten haben.

Ab dem Steuerjahr 2016 wurde ein erleichtertes Steuersystem für aus Gebiets- oder Betriebstarifverträgen entstehende Prämienvergütungen wiedereingeführt, und zwar ab dem Steuerjahr 2017 bis zu einer Gesamthöhe von nicht über

- 3.000 Euro (in diesem Fall sind die Punkte 571 und/oder 581 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 mit den Codes 1 ausgefüllt);

- bis zu 4.000 Euro, wenn das Unternehmen seine Angestellten paritätisch in die Organisation der Arbeit einbezieht (in diesem Fall sind die Punkte 571 und/oder 581 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 mit den Codes 2 ausgefüllt) und wenn die Gebiets- oder Betriebstarifverträge bis zum 24. April 2017 abgeschlossen wurden. Für die nach diesem Zeitpunkt abgeschlossenen Verträge kann die begünstigte Besteuerung bis zu einem Höchstbetrag von 3.000 Euro angewandt werden

Dieses System sieht die folgende Auszahlung der Prämienvergütungen vor:

- In Form von Vergütungen für Produktivitätsprämien oder Teilhaberschaft an Unternehmensgewinnen, wobei sie in diesem Fall einer Ersatzsteuer von 10 % unterliegen;
- oder, auf Antrag des Arbeitnehmers und wenn dies von den Vertragsbedingungen zweiten Grades vorgesehen ist, in Form von Benefits, wobei diese Leistungen, Arbeiten, Dienste, die dem Beschäftigten in Sachdienstleistungen oder in Form von Spesenrückerstattung ausgezahlt wurden, Zwecken dienen müssen, die, allgemein gesagt, von sozialem Interesse sind. Benefits unterliegen innerhalb der Grenzen des steuererleichterten Prämie keiner Steuer.
- oder, nach Wahl des Arbeitnehmers, in Form von Betriebsautos, Darlehen, zur Nutzung oder zur kostenlosen Nutzung gegebenen Wohnungen oder Gebäuden, oder von Schienenpersonenverkehrsdiensten. Der Wert dieser Leistungen, der im Sinne des Art. 51, Abs. 4 des TUIR bestimmt ist, **wird der ordentlichen Besteuerung unterworfen**, es ist nicht möglich, sie einer Ersatzbesteuerung zu unterwerfen.

Im Allgemeinen wird die Ersatzsteuer direkt von Steuersubstitut angewandt (in diesem Fall sind die Punkte 572 und/oder 582 „Der Ersatzsteuer unterliegende Produktivitätsprämien“ der Einheitlichen Bescheinigung 2017 und die Punkte 576 und/oder 586 „Ersatzsteuer“ oder 577 und/oder 587 „Ausgesetzte Ersatzsteuer“ ausgefüllt), außer in den Fällen, wenn der Arbeitnehmer ausdrücklich schriftlich verzichtet oder, weil der Arbeitgeber festgestellt hat, dass das ordentliche Steuersystem für den Arbeitnehmer günstiger ist (in diesem Fall sind die Punkte 578 und/oder 588 ausgefüllt).

Demzufolge können folgende besondere Situationen eintreten:

- 1) Der Steuerpflichtige **hat Produktivitätsprämien von mehreren Arbeitgebern erhalten und ist im Besitz von mehreren Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung**, die alle nicht verrechnet wurden oder er ist im Besitz von Vordrucken der einheitlichen Bescheinigung, von denen einige verrechnet wurden und andere nicht. Der Steuerzahler könnte somit die Steuervergünstigung für Bezüge über die vorgesehene Grenze hinaus in Anspruch genommen haben. Bei der Einreichung der Steuererklärung muss also die Verrechnung der in den verschiedenen Einheitlichen Bescheinigungen des Steuerpflichtigen angegebenen Beträge vorgenommen werden, um den Betrag der erhaltenen Bezüge, der die Obergrenze von 3000 Euro übersteigt (bis zu 4000, wenn das Unternehmen seine Arbeitnehmer paritätisch in die Organisation der Arbeit einbezieht), der ordentlichen Besteuerung zu unterziehen.
Falls der Arbeitnehmer auch im Besitz von Einheitlichen Bescheinigungen ist, die von Unternehmen ausgestellt wurden, die ihre Arbeitnehmer paritätisch in Organisation der Arbeit einbezieht, kann die Obergrenze von 4000 € nur angewandt werden, wenn der Betrag oder die Summe der für Produktivitätsprämien erhaltenen Vergütungen, die in diesen Einheitlichen Bescheinigungen angegeben wurden (Summe der Punkte 572, 573, 578 und 579 der Einheitlichen Bescheinigungen mit Code 2 im Punkt 571 und/oder Summe der Punkte 582, 583 und 588 und 589 der Einheitlichen Bescheinigungen mit Code 2 im Punkt 581), höher als 3000 Euro ist. In diesem Fall wird die Steuervergünstigung nur auf die Produktivitätsprämien angewandt, die in den Einheitlichen Bescheinigungen mit dem Code 2 gekennzeichnet sind. Andernfalls kommt die Obergrenze von 3000 Euro zur Anwendung.
Um es dem Steuerzahler zu ermöglichen, die jeweils anzuwendende Grenze festzulegen, muss für jede Einheitliche Bescheinigung im Besitz des Steuerpflichtigen jeweils ein Vordruck ausgefüllt werden.
- 2) Der Steuerzahler hat Vergütungen von einem oder mehreren Arbeitgebern bezogen und besitzt demnach einen oder mehrere Vordrucke der Einheitlichen Bescheinigung 2018, in der/in denen die Punkte 571 bis 589 ausgefüllt sind, aber der Arbeitgeber hat mangels der erforderlichen Voraussetzungen für diese Bezüge die Ersatzsteuer angewandt. Zum Beispiel hat ein Arbeitnehmer im Jahr 2016 Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit über 80.000 Euro bezogen und erfüllte somit nicht die Voraussetzungen, um die Steuervergünstigung in Anspruch nehmen zu können. In diesem Fall muss der Arbeitnehmer in der Erklärung die erhaltenen Bezüge der ordentlichen Besteuerung unterziehen. Der Steuerpflichtige kann entscheiden, die vom Substitut angewandte Besteuerung zu ändern, wenn er diese für ungünstiger hält, oder wenn für ihn beispielsweise einer der nachfolgenden Umstände zutrifft:
 - a) Es besteht das Interesse, die für Produktivitätsprämien erhaltenen Bezüge der ordentlichen Besteuerung zu unterziehen, für die der Arbeitgeber die Ersatzsteuer erhoben hat (die Punkte 572, 576, 582 und 586 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 sind ausgefüllt).
In diesem Fall wird der Steuerpflichtige die genannten Bezüge als Beitrag zum Gesamteinkommen einfließen lassen und die einbehaltenen Ersatzsteuern wie IRPEF-Einbehalte als Vorauszahlung dabei berücksichtigen;
 - b) Es besteht das Interesse, die für Produktivitätsprämien erhaltenen Bezüge der Ersatzbesteuerung zu unterziehen, für die der Arbeitgeber die ordentliche Besteuerung angewandt hat (der Punkt 578 und/oder 588 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 ist ausgefüllt). Eine notwendige Voraussetzung, um diese Option nutzen zu können, ist ein Einkommen aus nichtselbstständiger Arbeit im Jahr 2016 unter 80.000 Euro. In diesem Fall schließt der Steuerpflichtige die genannten Bezüge (bis maximal 3.000 oder 4.000 Euro brutto) nicht in das Gesamteinkommen ein und berechnet für diese Bezüge die Ersatzsteuer in Höhe von 10%.



Achtung! Eine begünstigte Besteuerung auf die aus Produktivitätsprämien einbehaltenen Summen kann nur gewährt werden, wenn zuständigen territorialen Direktion für Arbeit hinterlegt wurden. Tarifverträge zweiten Grades abgeschlossen wurden, die innerhalb von 30 Tagen nach dem Abschluss auf telematischem Weg bei der



Die Angabe der für Produktivitätsprämien bezogenen Summen in Zeile RC4 ist obligatorisch, da diese Information die korrekte Ermittlung des IRPEF-Bonus gemäß RC14 ermöglicht. Daher muss diese Zeile immer ausgefüllt werden, wenn eine einheitliche Bescheinigung 2018 vorliegt, in der der Punkt 571 und einer der Punkte von 572 bis 579 ausgefüllt ist. Wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2018 die Punkte von 581 bis 589 ausgefüllt sind, muss eine zweite Zeile RC4 ausgefüllt werden, wobei ein weiterer Vordruck der Übersicht RC zu verwenden ist.



Bei einem Vorliegen von mehreren nicht verrechneten Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, oder mehreren Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, von denen nur manche verrechnet sind, muss für jede Einheitliche Bescheinigung im Besitz des Steuerpflichtigen jeweils ein Vordruck ausgefüllt werden. Außerdem muss auch dann mehr als ein Vordruck ausgefüllt werden, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung die Punkte 581 bis 589 ausgefüllt sind.

Spalte 1 (Code): Der unter **Punkt 571 (oder 581)** der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Code ist zu übertragen.

In die Einheitlichen Bescheinigung wird Folgendes eingetragen:

- Der **Code 1**, wenn die Obergrenzen der Produktivitätsprämien mit Steuererleichterung 3.000 Euro beträgt.
- Der **Code 2**, wenn die Obergrenzen der Produktivitätsprämien mit Steuererleichterung 4.000 Euro beträgt, weil das Unternehmen seine Arbeitnehmer paritätisch in die Organisation der Arbeit einbezieht.

Spalte 2 (Beträge der ordentlichen Besteuerung): Den Betrag angeben, der aus Punkt 578 (oder 588) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgeht

Spalte 3 (Beträge der Ersatzbesteuerung): Den Betrag angeben, der aus Punkt 572 (oder 582) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgeht.

Spalte 4 (Einbehalte der Ersatzbesteuerung): Den Betrag angeben, der aus Punkt 576 (oder 586) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgeht.

Spalte 5 (Benefit): Den Betrag angeben, der aus Punkt 573 (oder 583) des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgeht.

Spalte 6 (Benefit unter ordentlicher Besteuerung): er sich aus dem Punkt 579 und/oder 589 des Vordrucks der Einheitlichen Bescheinigung 2018 ergebende Betrag angeben;

Spalte 7 (Ordentliche Besteuerung) und 8 (Ersatzbesteuerung):

Es kann entweder nur Spalte 7 oder nur Spalte 8 angekreuzt werden. In keinem Fall dürfen beide mit einem Kreuz versehen werden.

Die Ausfüllen eines der beiden Kästchen ist Pflicht, um die Wahl der Besteuerung von bezogenen Summen für Produktivitätsprämien auszudrücken, sowohl wenn man beabsichtigt, die vom Arbeitgeber angewandte Besteuerung zu ändern, als auch, wenn man diese bestätigen will.



Bei einem Vorliegen von mehreren nicht verrechneten Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, oder mehreren Vordrucken der Einheitlichen Bescheinigung, von denen nur manche verrechnet sind, wird die Wahl der Besteuerung von bezogenen Summen für Produktivitätsprämien nur im ersten ausgefüllten Vordruck ausgedrückt.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Arbeitgeber für diese Bezüge die Ersatzsteuer erhoben hat, mit Ausnahme des Falls, in dem der Arbeitnehmer ausdrücklich um die ordentliche Besteuerung gebeten hat oder er festgestellt hat, dass diese günstiger für ihn ist.

Wenn man die vom Arbeitgeber angewandte Besteuerung bestätigen möchte, sind die nachfolgend angegebenen Anweisungen zu befolgen:

- **Spalte 7:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2018 der Punkt 578 und/oder 588 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der ordentlichen Besteuerung unterliegen), und deshalb die ordentliche Besteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen bestätigt wird
- **Spalte 8:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2018 der Punkt 578 und/oder 588 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der Ersatzbesteuerung unterliegen), und deshalb die Ersatzbesteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen bestätigt wird.

Wenn man die vom Arbeitgeber angewandte Besteuerung ändern möchte, sind die nachfolgend angegebenen Anweisungen zu befolgen

- **Spalte 7:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2018 der Punkt 578 und/oder 588 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der Ersatzbesteuerung unterliegen), und deshalb die ordentliche Besteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen, auf die der Arbeitgeber die Ersatzbesteuerung angewandt hat, gewählt wird;
- **Spalte 8:** Das Kästchen ankreuzen, wenn in der Einheitlichen Bescheinigung 2018 der Punkt 578 und/oder 588 ausgefüllt ist (Produktivitätsprämien, die der ordentlichen Besteuerung unterliegen), und deshalb die Ersatzbesteuerung der für Produktivitätsprämien erhaltenen Summen, auf die der Arbeitgeber die ordentliche Besteuerung angewandt hat, gewählt wird.

Spalte 9 (Mangel an Forderungen)

Im Fall man die von dem Arbeitgeber operierte begünstigte Besteuerung ändern möchte, sollte man über die von der Regel vorgesehenen Voraussetzungen nicht verfügen (zum Beispiel, weil Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit bekommen wurden, deren Betrag 80.000 Euro überschreitet, oder weil der Arbeitgeber die Begünstigung ohne einen Tarifvertrag zweiten Grades oder ohne die telematische Hinterlegung desselben Vertrags, innerhalb von 30 Tagen nach dem Abschluss, bei der zuständigen territorialen Direktion für Arbeit angewandt hat), das gegenständliche Kästchen ankreuzen.

Die Spalten von 10 bis 13 sind der **Ermittlung der Steuererleichterung** vorbehalten, die für als Produktivitätsprämien gezahlte Summen vorgesehen ist und müssen nur im ersten Vordruck ausgefüllt werden.

Im weiteren Verlauf werden Angaben zur Ermittlung der folgenden für die Ermittlung der für Produktivitätsprämien vorgesehenen Steuererleichterung geliefert:

- **Gesamtsumme Ordentliche Versteuerung** gleich der Summe der Spalten 2 aller ausgefüllten Zeilen RC4
- **Gesamtsumme Ersatzsteuer** gleich der Summe der Spalten 3 aller ausgefüllten Zeilen RC4
- **Gesamtsumme Einbehalte Ersatzsteuer** gleich der Summe der Spalten 4 aller ausgefüllten Zeilen RC4
- **Gesamtsumme Benefit Code 2** gleich der Summe der Spalten 5 aller ausgefüllter Zeilen, wobei in der Spalte 1 der Code 2 angegeben ist;
- **Gesamtsumme Benefit Code 1** gleich der Summe der Spalten 5 aller ausgefüllter Zeilen, wobei in der Spalte 1 der Code 1 angegeben ist;
- **Gesamtsumme Benefit Code 2 ordentliche Besteuerung** gleich der Summe der Spalten 6 aller ausgefüllter Zeilen, wobei in der Spalte 1 der Code 2 angegeben ist;
- **Gesamtsumme Benefit Code 1 ordentliche Besteuerung** gleich der Summe der Spalten 6 aller ausgefüllter Zeilen, wobei in der Spalte 1 der Code 1 angegeben ist;

Mangel an Forderungen (Kästchen der Spalte 9 angekreuzt)

Ab diesem Jahr ist in der Zeile RC4 das Kästchen „Mangel an Forderungen“ (Spalte 9) vorhanden, das von dem Steuerzahler in Mangel an den zur Inanspruchnahme der Steuererleichterungen für die Produktivitätsprämien vorgesehenen Forderungen (z. B. Überschreitung der Einkommensgrenzen bezüglich des vorigen Steuerjahrs bzw. nicht kraft eines Vertrags zweiten Grades bezahlte Produktivitätsprämie) angekreuzt werden kann.

Im Fall das Kästchen angekreuzt ist, sind der Gesamtbetrag der der Ersatzsteuer schon von dem Steuerzahler unterworfenen Summen und der

Gesamtbetrag der gewährten Benefits der ordentlichen Besteuerung zu unterwerfen. Die eventuell von dem Steuersubstitut zur Ersatzsteuer einbehaltenen Summen sind als zur Anzahlung einbehaltene Summen zu berücksichtigen und sie fließen mit den anderen getragenen Einbehalten in den Betrag der Zeile RN33 der Übersicht RN zusammen.

Wenn das Kästchen der Spalte 9 angekreuzt ist, muss man dann wie folgt fortfahren:
Einkommenssteigerung ermitteln:

$$\text{Gesamtbetrag_Summen_Ersatzsteuer} + \text{Gesamtbetrag_Benefit_Code_1} + \text{Gesamtbetrag_Benefit_Code_2}$$

Der Betrag **Einkommenssteigerung**, wie oben ermittelt, ist den anderen in der Spalte 10 der Zeile RC4 (Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit) anzugebenden Beträgen hinzuzurechnen.

Der Betrag von **Gesamtbetrag_Einbehalte_Ersatzsteuer** ist den anderen in der Spalte 13 der Zeile RC4 anzugebenden Beträgen hinzuzurechnen.

Vorliegen der Voraussetzungen (Kästchen Spalte 9 angekreuzt)

Der Abs. 184 des Art. 1 des Gesetzes 208 von 2015 sieht vor, dass die Summen und die Werte laut Abs. 4 des TUIR beitragen, die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit gemäß den hier vorgesehenen Regeln zu bilden, und dass sie der von den Abs. von 182 bis 191 geregelten Ersatzsteuer nicht unterworfen sind, auch wenn dieselbe nach Wahl des Arbeitnehmers teilweise oder vollständig anstelle der Summen laut Abs. 182 genutzt werden. Zum Zweck der steuerlichen Behandlung der Produktivitätsprämien müssen daher die Summen und die Werte laut Abs. 4 des Art. 51 TUIR, die nach Wahl des Arbeitnehmers anstelle der Summen für Produktivitätsprämien genutzt werden, auch wenn sie betragen, das Gesamteinkommen zu bilden, zum Zweck der Anwendung der Grenze von 3000 (bzw. von 4000) Euro berücksichtigt werden.

Seit diesem Jahr wurde zu diesem Zweck in der Zeile RC4 das Feld „**Benefit ordentliche Besteuerung**“ (Spalte 6) vorgesehen, in dem diese Werte zu übergeben sind, nachdem man sie von der von dem Steuersubstitut ausgestellten Einheitlichen Bescheinigung genommen hat.

Wenn das Kästchen von der Spalte 9 nicht angekreuzt ist, muss man wie folgt fortfahren.

Gesamtsumme Prämie Code 2 für jede Zeile RC4, für die in der Spalte 1 der Code 2 angegeben ist, die folgenden Beträge addieren:

RC4 Spalte 2 + RC4, Spalte 3 + RC4, Spalte 5 + RC4 Spalte 6 (es wird daran erinnert, dass sich die Spalten 2 und 3 bezüglich der einzelnen Zeile gegenseitig ausschließen)

Zur Ermittlung des Höchstbetrags der Steuererleichterung, ist wie nachfolgend beschrieben vorzugehen:

- Wenn **Gesamtsumme Prämie Code 2** kleiner oder gleich 3.000 ist, **Obergrenze** = 3.000
- Wenn **Gesamtsumme Prämie Code 2** zwischen 3.001 und 4.000 liegt (extremer Kompromiss), **Obergrenze** = Gesamtsumme Prämie Code 2
- Wenn **Gesamtsumme Prämie Code 2** größer als 4.000 ist, **Obergrenze Steuererleichterung** = 4.000.

Obergrenze Steuererleichterung = Obergrenze – Gesamtbetrag Benefit Code 1 ordentliche Besteuerung – Gesamtbetrag Benefit Code 2 ordentliche Besteuerung

Zur Verwaltung der für Produktivitätsprämien ausgezahlten Summen müssen die folgende Situationen berücksichtigt werden:

- die ausgedrückte Wahl für die Art der Besteuerung (Spalte 7 ordentliche Besteuerung oder Spalte 8 Ersatzbesteuerung); Wahl für die Art der Besteuerung (Spalte 6 ordentliche Besteuerung oder Spalte 7 Ersatzbesteuerung);
- Höhe des schon vom Arbeitgeber der Ersatzbesteuerung unterzogenen und in Spalte 3 angegebenen Betrags;
- Höhe der in Spalte 5 angegebenen Benefits.

Um sowohl die korrekte Zusammensetzung des Gesamteinkommens zu ermitteln, falls man bei der Erklärung die Art der vom Steuersubstitut angewandten Besteuerung ändern möchte, als auch zur Ermittlung der Ersatzsteuer, muss auf folgende Weise vorgegangen werden:

Ermitteln Fassungsvermögen Steuererleichterung

Wenn **Gesamtsumme_Benefits** größer als **Obergrenze_Steuererleichterung** ist:

Obergrenze_Steuererleichterung ist gleich Null.

In diesem Fall wird der den Benefit übersteigende Anteil der ordentlichen Besteuerung unterzogen und folgende Berechnung ist auszuführen:

Einkommenszuwachs = Gesamtsumme_Benefits - **Obergrenze_Steuererleichterung**

$$\text{Einkommenszuwachs} = \text{Gesamtsumme_Benefits} - \text{Obergrenze_Steuererleichterung} + \text{Benefit_Code_1_überschüssig}$$

Der wie oben ermittelte Betrag **Einkommenszuwachs** muss mit den anderen Einkünften zusammengezählt werden und in der **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) eingetragen werden.

Wenn **Gesamtsumme_Benefits** geringer als oder gleich **Obergrenze_Steuererleichterung** ist:

Fassungsvermögen_Steuererleichterung = **Obergrenze_Steuererleichterung** - Gesamtsumme_Benefits

$$\text{Einkommenszuwachs} = \text{Benefit_Code_1_überschüssig}$$

OPTION ORDENTLICHE BESTEUERUNG (Spalte 7 der Zeile RC4 angekreuzt)

In diesem Fall muss der Betrag **Gesamtsumme_Ersatzsteuer** in die **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) übertragen werden.

Der Betrag **Gesamtsumme_Ersatzsteuer** muss in die **Spalte 11 der Zeile RC4** übertragen werden.

Option Ersatzsteuer (Spalte 8 der Zeile RC4 ausgefüllt) und Betrag von Gesamtsumme_Ersatzsteuer kleiner oder gleich Fassungsvermögen_Steuererleichterung

- Ermittlung des der Ersatzsteuer unterliegenden Betrags
- $\text{Fassungsvermögen_Ersatzsteuer} = \text{Fassungsvermögen_Steuererleichterung} - \text{Gesamtsumme_Ersatzsteuer}$
- Ermitteln $\text{Betrag_Ersatzsteuer}$ ist gleich dem geringeren Betrag von $\text{Fassungsvermögen_Ersatzsteuer}$ und $\text{Gesamtsumme_Ordentliche_Besteuerung}$.
- Ermittlung des von den Beträgen abzuziehenden Einkommens, die zur Bildung der Spalte 10 der Zeile RC4 (des ersten Vordrucks) beitragen
- Von der Summe der Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit, die zur Bildung der Spalte 10 der Zeile RC4 (des ersten Vordrucks) beitragen, ist der **Betrag Ersatzsteuer** abzuziehen

Es wird klargestellt, dass das Ergebnis auf null zurückzuführen ist, falls es negativ wäre

Steuerbemessungsgrundlage und Ersatzsteuer

- Ermitteln $\text{Steuerbemessungsgrundlage_Ersatzsteuer} = \text{Betrag_Ersatzbesteuerung} + \text{Gesamtsumme_Ersatzsteuer}$ (zurückführen auf **Fassungsvermögen Steuererleichterung**, wenn das Ergebnis höher ist)
- Ermitteln $\text{Ersatzsteuer} = \text{Steuerbemessungsgrundlage_Ersatzsteuer} \times 0,10$
- Ermitteln $= \text{Ersatzsteuer} - \text{Gesamtsumme_Einbehalte_Ersatzsteuer}$

Wenn der Wert A positiv ist, ist dieser Betrag in Spalte 12 der Zeile RC4 zu übertragen. Dieser Betrag muss unter Verwendung des geeigneten Abgabencodes, mit denselben Modalitäten und denselben Fristen gezahlt werden, die für Saldozahlung der Einkommensteuer vorgesehen sind.
Wenn der Wert A hingegen negativ ist, ist der absolute Wert dieses Betrags (ohne negatives Vorzeichen) in der Spalte 13 der Zeile RC4 einzutragen.

Option Ersatzsteuer (Spalte 8 der Zeile RC4 ausgefüllt) und Betrag von Gesamtsumme Ersatzsteuer größer als Fassungsvermögen Steuererleichterung

Bemessung des Einkommens, das den anderen **Beträgen hinzuzurechnen** ist, die beitragen, die **Spalte 10 der Zeile RC4** (des ersten Vordrucks) zu bilden.

Ersatzsteuer

Ermitteln $A = (\text{Fassungsvermögen_Steuererleichterung} \times 0,10) - \text{Gesamtsumme_Einbehalte_Ersatzsteuer}$

Wenn der Wert A positiv ist, ist dieser Betrag in Spalte 10 der Zeile RC4 zu übertragen. Dieser Betrag muss unter Verwendung des geeigneten Abgabencodes, mit denselben Modalitäten und denselben Fristen gezahlt werden, die für Saldozahlung der Einkommensteuer vorgesehen sind.
Wenn der Wert A hingegen negativ ist, ist der absolute Wert dieses Betrags (ohne negatives Vorzeichen) in der Spalte 13 der Zeile RC4 einzutragen.

Zeile RC5 Gesamtbetrag

Spalte 1 (Befreiter Anteil Grenzarbeitnehmer) Die in Grenzgebieten erzielten Einkommen sind für den Teil IRPEF-steuerpflichtig, der über 7.500 Euro liegt.

In dieser Spalte den befreiten Anteil des Einkommens angeben. Wenn das im Grenzgebiet erzeugte Einkommen (Kode 4 in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3) höher oder gleich ist als 7.500 Euro, sind 7.500 Euro anzugeben; liegt dieses Einkommen unter 7.500 Euro, ist in dieser Spalte das gesamte Einkommen anzugeben, da es vollständig befreit ist. Bei mehreren, im Grenzgebiet erzeugten Einkommen ist wie folgt vorzugehen, um den Betrag des befreiten Einkommensanteils festzulegen:

- den "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" berechnen, welcher der Summe der in Spalte 3 der Zeilen von RC1 bis RC3 angegebenen Beträge entspricht, für die in Spalte 1 der Kode 4 eingetragen wurde;
- ist der "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" höher oder gleich 7.500 Euro, muss in Spalte 1 der Zeile RC5 6.700 angegeben werden;
- ist der "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" niedriger als 7.500 Euro, muss in Spalte 1 der Zeile RC5 der "Gesamtbetrag der Einkommen aus Grenzgebieten" angegeben werden.

Spalte 2 (steuerbefreiter Anteil nicht selbständiger Campione d'Italia) Seit dem 1. Januar 2015 tragen für die in Campione d'Italia ansässigen Steuerpflichtigen die in Euro erzielten Einkommen aus Arbeit und Rente zur Bildung des Gesamteinkommens für den Betrag über 6700 € bei.

In dieser Spalte den Anteil des steuerbefreiten Einkommens angeben.

Wenn das erzielte Einkommen (Kode 5 in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3) größer oder gleich 6700 € ist, muss 6700 angegeben werden; wenn dieses Einkommen jedoch weniger als 6700 € beträgt, ist in dieser Spalte der Gesamtbetrag des Einkommens anzugeben, da er zur Gänze steuerbefreit ist.

Bei einem Vorliegen von mehreren Einkommen dieser Art muss zur Bestimmung der Höhe des steuerbefreiten Anteils des Einkommens folgendermaßen vorgegangen werden:

Das „**Gesamteinkommen Campione d'Italia**“ berechnen, das gleich der Summe der in Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 angegebenen Beträge ist, für die in Spalte 1 der Kode 5 eingetragen wurde;

Wenn das „**Gesamteinkommen Campione d'Italia**“ größer oder gleich 6700 € ist, muss in Spalte 1 der Zeile RC5 „Gesamteinkommen Gren-Campione d'Italia“ 6700 angegeben werden;

Wenn das „**Gesamteinkommen Campione d'Italia**“ geringer als 6700 € ist, muss in Spalte 1 der Zeile RC5 das „**Gesamteinkommen Campione d'Italia**“ angegeben werden.

Spalte 3 (steuerbefreiter Anteil Renten) In dieser Spalte den steuerbefreiten Anteil des Renteneinkommens angeben.

Insbesondere, wenn das von den in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragenen Steuerzahlern bekommene Renteneinkommen (Code 6 in der Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3) höher als oder gleich 6.700 Euro ist, 6.700 angeben;

Wenn das zugunsten von Hinterbliebenen bekommene, an Weisen bezahlte **Renteneinkommen** (Code 7 in der Spalte 1 der Zeilen von RC1

bis RC3) höher als oder gleich 1.000 Euro ist, 1.000 angeben;

Wenn das zugunsten von Hinterbliebenen bekommene, an den in den Melderegistern der Gemeinde Campione d'Italia eingetragenen Weisen bezahlte **Renteneinkommen** (Code 8 in der Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3) höher als oder gleich 7.700 Euro ist, 7.700 angeben.

In **Spalte 5** ist das Ergebnis der folgenden Berechnung zu übertragen:

$$RC1 + RC2 + RC3 + RC4 \text{ Sp. } 10 - RC4 \text{ Sp. } 11 - RC5 \text{ Spalte } 1 - RC5 \text{ Sp. } 2 - RC5 \text{ Spalte } 3$$

In **Spalte 4** die Summe der Einkünfte aus den Zeilen von RC1 bis RC3 anführen, für welche in Spalte 1 dieser Zeilen der Kode 3 angeführt wurde. In diesem Fall sind für die Berechnung des Betrages, der in Spalte 5 der Zeile RN1 zu übertragen ist, die Anleitungen im Anhang unter "begünstigte Arbeiten im sozialen Bereich" durchzulesen.

Wenn Sie keinen Betrag in der Spalte 4 angegeben haben, muss der in der Spalte 5 angegebene Betrag zusammen mit eventuellen anderen Einkommen in die Spalte 5 der Zeile RN1 übertragen werden.

Für diese Berechnung kann die "Zusammenfassende Übersicht der Einkünfte und Einbehalte" in den Anleitungen zur Abfassung der Übersicht RN verwendet werden.

Zeile RC6 Arbeitszeitraum

In dieser Zeile den Arbeitszeitraum in Bezug auf die in den Zeilen RC1 bis RC3 angegebenen Einkommen angeben. Insbesondere:

■ In **Spalte 1** ist die Anzahl der Tage nicht selbständiger oder dieser gleichgestellten Arbeit anzugeben (365 für das ganze Jahr). Es sind in jedem Fall die Festtage, die wöchentlichen Ruhetage und die anderen Arbeitstage einzuschließen. Abzuziehen sind die Tage, für welche keine, auch nicht eine aufgeschobene Entlohnung zusteht (zum Beispiel: bei Abwesenheit durch Wartestand ohne Entlohnung).

Im Falle einer Teilzeitarbeit stehen die Steuerabsetzbeträge auf den vollen Betrag zu, auch wenn die Arbeitsleistung nur im verminderten Ausmaß geleistet wird.



Siehe im Anhang unter "Arbeitszeitraum - Sonderfälle".

Wenn Sie nur eine Zeile ausgefüllt haben, weil Sie nur ein Beschäftigungsverhältnis hatten, ist die unter Punkt 6 der einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Ziffer zu übertragen.



Wurden mehrere Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit oder dieser gleichgestellten Arbeit angeführt, ist in dieser Spalte die gesamte Anzahl der Tage der verschiedenen Zeiträume anzugeben, wobei zu berücksichtigen ist, dass gleichzeitige Zeiträume nur einmal berechnet werden können.

Arbeiten von sozialem Nutzen

Wurden in den Zeilen von RC1 bis RC3 außer den Einkünften für abhängige Arbeit auch Vergütungen für Arbeiten von sozialem Nutzen angeführt, entsprechen die Tage, die in diese Spalte übertragen werden müssen folgenden Beträgen:

- Der Summe der Tage, die unter Punkt 6 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 in Bezug auf die Einkünfte aus nicht selbständiger und gemeinnütziger Arbeit angegeben sind, wenn für diese Bezüge nicht das vergünstigte Steuersystem in Anspruch genommen wurde;

- nur der Anzahl der Arbeitstage als Arbeitnehmer, die aus Punkt 6 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 übertragen wurden, wenn Sie für die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit das vergünstigte Steuersystem in Anspruch nehmen (Kode „3“ in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3).

Wenn Sie im Besitz einer verrechneten Einheitlichen Bescheinigung 2018 sind, in der neben den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit auch die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit bescheinigt werden, und Sie das vergünstigte Steuersystem in Anspruch nehmen, ist in dieser Spalte die Anzahl der Tage in Bezug auf die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit anzugeben, d. h., ausgenommen der Tage in Bezug auf die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit;

■ In **Spalte 2** ist die Anzahl der Tage des Zeitraumes der Rente anzugeben, für den ein Steuerabzug zusteht (365 für das ganze Jahr).

Wenn Sie nur ein Renteneinkommen angegeben haben, können Sie die angegebene Anzahl der Tage in Punkt 7 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 berücksichtigen. Haben Sie Einkünfte aus mehreren Renten angeführt, ist in Spalte 2 die Anzahl aller Tage anzugeben, wobei berücksichtigt werden muss, dass die Tage innerhalb gleichzeitiger Zeiträume nur einmal angegeben werden können



Wenn sowohl Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch Renteneinkommen vorhanden sind, darf die Summe der in Spalte 1 und in Spalte 2 übertragenen Tage nicht höher als 365 sein, wobei zu berücksichtigen ist, dass die gleichzeitig fallenden nur ein Mal angegeben werden.

TEIL II - Sonstige Einkünfte, die jenen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind

In diesem Teil müssen Sie die Einkünfte angeben, die der nicht selbstständigen Arbeit gleichgestellt sind, für die der Abzug nicht im Verhältnis zum Beschäftigungszeitraum zusteht. Wenn die Einheitliche Bescheinigung 2018 vorliegt, wird der Betrag der Einkünfte in Punkt 4 oder Punkt 5 übertragen. Für diese Steuerabzüge wird auf die entsprechenden Anweisungen in Bezug auf Zeile RN7 der Spalten 3 und 4 verwiesen. Insbesondere ist in den Zeilen RC7 bis RC8 anzugeben:

a) Die vom Ehegatten bezogenen regelmäßigen Zahlungen einschließlich der Beträge, die für Ausgaben als Mietzins und Wohnkosten durch richterlichen Beschluss festgesetzt wurden, und die regelmäßig vom ehemaligen Ehegatten bezogen werden (s.g. „Wohnungszuschuss“). Davon ausgenommen sind Unterhaltszahlungen für Kinder aufgrund von legaler Trennung, Scheidung oder Annullierung der Ehe. Es ist wichtig zu wissen, dass im Fall, dass die Justizbehörde keine Unterscheidung zwischen der für den Gatten bestimmten regelmäßigen Zahlung und den Unterhaltszahlung für Kinder vornimmt, die Zahlung oder der „Wohnungszuschuss“ dem Ehegatten zur Hälfte des Betrags zugedacht sind;

b) die regelmäßigen Abfindungen jeglicher Art, die weder aus Kapitalvermögen noch aus der Arbeit stammen (ausgenommen die Dauerrenten), die testamentarischen Abfindungen, die Unterhaltsabfindungen usw. eingeschlossen;

c) die von den staatlichen Verwaltungen und von den öffentlichen Gebietskörperschaften für die Ausübung öffentlicher Ämter ausbezahlten Entgelte und Entschädigungen. Darunter fallen auch jene, die an Kommissionen entrichtet wurden, dessen Einrichtung vom Gesetz vorgesehen ist (Baukommissionen, Gemeindegemeinschaften, Gemeindegewahlkommissionen usw.);

d) die an die Steuerichter und an die Sachverständigen des Aufsichtsrichtes entrichteten Vergütungen;

e) die für die parlamentarische Tätigkeit und für gewählte öffentliche Ämter (Regional-, Landes-, Gemeinderat) bezogenen Vergütungen und Lei-

- brenten sowie die von den Verfassungsrichtern bezogenen Vergütungen;
- f) die Leibrenten und die auf begrenzte Zeit entrichteten Renditen auf Grund der eingezahlten Beträge. Renditen infolge der Verträge, die vor dem 31. Dezember 2000 abgeschlossen wurden, stellen ein Einkommen von 60 Prozent des bezogenen Bruttogesamtbetrages dar. Renditen infolge der Verträge nach diesem Datum, werden gänzlich zum Einkommen berechnet;
- g) die Vergütungen, die für die, vom beim nationalen Gesundheitsdienst angestellten Personal in dessen Räumen ausgeübte freiberufliche Tätigkeit gemäß Art. 50, Absatz 1, Buch. e) des Einheitstextes der Einkommensteuer (TUIR) gezahlt werden.
- Die Renditen und die periodischen Abfindungen werden bis zum Gegenbeweis in dem Ausmaß und innerhalb der Fälligkeit, wie aus den entsprechenden Titeln zu entnehmen ist, als entgegengenommen betrachtet.

ABFASSUNG DER ZEILEN RC7 UND RC8

Spalte 1: Kreuzen Sie das Kästchen für vom Ehegatten oder Ex-Ehegatten auf der Grundlage der Vorgabe vom Gericht (oben mit dem Buchstaben a) bestimmt) erhaltene regelmäßige Zuweisungen an. Für die zustehende Absetzung gelten die Anleitungen in Bezug auf Zeile RN7 Spalten 3 und 4;

Spalte 2: Es sind die Einkünfte anzugeben, die der nicht selbstständigen Arbeit gleichgestellt sind und aus den Punkten 4 oder 5 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgehen.

Zeile RC9: Die Summe der Beträge der Spalte 2 der Zeilen RC7 und RC8 angeben.

Dieser Betrag muss gemeinsam mit eventuellen sonstigen Einkommen in die Spalte 5 der Zeile RN1 übertragen werden. Für diese Rechnung können Sie das „Zusammenfassende Schema der Einkommen und Einbehalte“ verwenden, das in der Anleitung bezüglich der Abfassung der Übersicht RN vorhanden ist.

TEIL III - Einbehalte auf Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und gleichgestellte, Zusatzsteuer IRPEF und regionale und kommunale Zusatzsteuer zur IRPEF

In diesem Abschnitt müssen Sie den Betrag der Einbehalte IRPEF, der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer zur IRPEF sowie die Anzahlung der kommunalen Zusatzsteuer zur IRPEF erklären, die vom Arbeitgeber einbehalten wurden.

Zeile RC10

In **Spalte 1** ist der Gesamtbetrag der **IRPEF-Einbehalte** in Bezug auf die in Teil I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit anzugeben. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 21 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervor. In dieser Zeile muss auch der eventuell in Zeile RC4, Spalte 11 angegebene Betrag enthalten sein.

Falls Sie Einkünfte für Arbeiten von sozialem Nutzen mit begünstigter Besteuerung bezogen haben, wird auf die Informationen in Bezug auf den Kode 3, Kästchen 1, der Zeilen von RC1 bis RC3 hingewiesen.

Der Betrag dieser Zeile zusammen mit eventuellen sonstigen Einbehalten, muss in die Zeile RN33, Spalte 4 übertragen werden. Für diese Berechnung können Sie das „Zusammenfassende Schema für Einkommen und Einbehalte“ verwenden, das in der Anleitung für die Abfassung der Übersicht RN vorhanden ist.

In **Spalte 2** ist der Gesamtbetrag der **regionalen IRPEF-Zusatzsteuer** anzugeben, der in Bezug auf die in Teil I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 22 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervor. Der Betrag in dieser Zeile muss auch in die Zeile RV3, Spalte 3 übertragen werden.

Sollten Sie Vergütungen für gemeinnützige Arbeit mit begünstigter Besteuerung bezogen haben, wird auf die Informationen in Bezug auf Kode 3, Kästchen 1 der Zeilen RC1 bis RC3 verwiesen.

In **Spalte 3** ist die **Vorauszahlung der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Jahr 2017** anzugeben, die in Bezug auf die in Teil I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 26 der einheitlichen Bescheinigung 2018 hervor. Der Betrag in dieser Zeile muss in die Zeile RV11, Spalte 1 übertragen werden.

In **Spalte 4** ist der **Saldo der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Jahr 2017** anzugeben, der in Bezug auf die in Teil I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 27 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervor. Der Betrag in dieser Zeile muss in die Zeile RV11, Spalte 1 übertragen werden.

In **Spalte 5** ist die **Vorauszahlung der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Jahr 2018** anzugeben, die in Bezug auf die in Teil I und II angeführten Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellter Arbeit einbehalten wurde. Der Gesamtbetrag geht aus Punkt 29 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervor. Dieser Betrag ist in die Zeile RV17, Spalte 6 zu übertragen.

TEIL IV - Einbehalte für Arbeiten von sozialem Nutzen

In diesem Teil sind die IRPEF - Einbehalte und der regionale Zuschlag auf Entgelte anzugeben, die für Arbeiten von sozialem Nutzen bezogen wurden, falls sie das Alter erreicht haben, das für die Altersrente vorgesehene ist.

Zeile RC11: Die **IRPEF – Einbehalte** auf Einkünfte übertragen, die im Teil 1 der Übersicht RC angeführt sind, für welche in Spalte 1, der Kode 3 angegeben wurde (Vergütungen für Arbeiten von sozialem Nutzen mit begünstigter Besteuerung). Zur Abfassung dieser Zeile wird auf die Informationen in Bezug auf den Kode 3, Kästchen 1, der Zeilen von RC1 bis RC3 hingewiesen.

Zeile RC12: Den **regionalen IRPEF-Zuschlag** in Bezug auf das im Teil 1 der Übersicht RC angeführte Einkommen für welches in Spalte 1, der Kode 3 angegeben wurde (Vergütungen für Arbeiten von sozialem Nutzen). Zur Abfassung dieser Zeile wird auf die Informationen in Bezug auf den Kode 3, Kästchen 1, der Zeilen von RC1 bis RC3 hingewiesen.

Wenn Sie im Besitz einer verrechneten Einheitlichen Bescheinigung 2018 sind, in der neben den Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit auch die Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit mit begünstigter Besteuerung bescheinigt werden, schlagen Sie im Anhang unter „Begünstigte gemeinnützliche Arbeiten“ nach.

TEIL V - IRPEF-Bonus

Den Beziehern von Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit und Beziehern von bestimmten gleichgestellten Einkünften wird ein Guthaben zuerkannt, der sogenannte „IRPEF-Bonus“, wenn die Steuer für diese Einkünfte die Abzüge für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit übersteigt.

Im Jahr 2017 beläuft sich das Guthaben für Gesamteinkomme unter 24.000 Euro auf 960 Euro. Wenn der genannte Höchstbetrag überschritten wird, verringert sich das Guthaben bei steigendem Einkommen, bis es bei Erreichen von 26.000 Euro der Gesamteinkünfte bei null liegt. Zur Bildung des Gesamteinkommens für den IRPEF-Bonus tragen die Anteile der Einkommen bei, die von den Einkommenssteuern, die für Forscher und Universitätsdozenten oder für nach Italien zurückkehrende Arbeiter vorgesehen sind, befreit sind. Zur Bildung des Gesamteinkommens für den IRPEF-Bonus trägt der Betrag, der als Ergänzung zum Gehalt ausgezahlt wurde (TFR) nicht bei.

Das Guthaben wird ab Januar 2017 vom Arbeitgeber in der Lohnbescheinigung anerkannt (maximal 80 Euro monatlich).

Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben Nr. 8/E vom 28. April 2014, Nr. 9/E vom 14. Mai 2014 und Nr. 28/E vom 15. Juni 2016 verwiesen.

Zeile RC14 - IRPEF-Bonus

Spalte 1: (Bonuscode): Der unter Punkt 391 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Code ist zu übertragen.

In die einheitlichen Bescheinigung wird Folgendes übertragen:

- **Kode 1**, wenn der Arbeitgeber den Bonus zuerkannt und ihn ganz oder teilweise ausgezahlt hat. In diesem Fall wird in Spalte 2 der Zeile RC14 der Betrag des Bonus angegeben, den der Steuersubstitut ausgezahlt hat (Punkt 392 der Einheitlichen Bescheinigung);
- **Kode 2**, wenn der Arbeitgeber den Bonus nicht zuerkannt hat bzw. er den Bonus zwar zuerkannt hat, aber ihn nicht einmal teilweise ausgezahlt hat. In diesem Fall wird Spalte 2 der Zeile RC14 nicht abgefasst.

Wenn der Arbeitnehmer (zum Beispiel Haushaltshilfe, Babysitter oder Betreuer für Senioren) nicht im Besitz der einheitlichen Bescheinigung ist, weil der Arbeitgeber nicht als Steuersubstitut fungiert, ist in Spalte 1 Kode 2 anzugeben.

Spalte 2 (ausgezahlter Bonus): In diese Spalte ist der unter Punkt 392 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Betrag des Bonus zu übertragen, den der Steuersubstitut ausgezahlt hat. In den Vordruck REDDITI darf in keinem Fall der Betrag des zuerkannten, aber nicht ausgezahlten Bonus übertragen werden, der unter Punkt 393 der einheitlichen Bescheinigung angegeben ist.

Spalte 3 (Art der Steuerbefreiung): Der unter Punkt 466 der Bescheinigung angegebene Code ist zu übertragen. Wenn in der Erklärung die für Dezenten und Forscher vorgesehene Begünstigung genutzt wird, ist der Code „1“ zu übergeben. Wenn in der Erklärung die für nicht selbstständige vom Ausland nach Italien zurückkommende Arbeitnehmer vorgesehene Begünstigung genutzt wird, sofern der Steuersubstitut die Abrechnung nicht operiert hat, ist der Code „2“ anzugeben.

Spalte 4 (Teil des steuerbefreiten Einkommens): den unter Punkt 467 der Einheitlichen Bescheinigung ausgewiesene Betrag übertragen. Wenn in der Erklärung die für nicht selbstständige vom Ausland nach Italien zurückkommende Arbeitnehmer vorgesehene Begünstigung oder die für Dozenten und Forscher vorgesehene Begünstigung genutzt wird, ist der in den Anmerkungen der Einheitlichen Bescheinigung unter dem Code BM für die Arbeitnehmer und -nehmerinnen und unter dem Code BC für Dozenten und Forscher angegebene Betrag zu übergeben. Wenn in den Anmerkungen der Einheitlichen Bescheinigung diese Informationen nicht vorhanden sind, ist der Anteil des Einkommens aus nicht selbstständiger Arbeit zu übergeben, der in der Erklärung nicht angegeben wurde.

Spalte 5 (Anteil der Abfindung): den unter Punkt 478 der Einheitlichen Bescheinigung ausgewiesene Betrag übertragen.

Bei mehreren Bescheinigungen

1) Bei **mehreren, nicht verrechneten einheitlichen Vordrucken:**

- In **Spalte 1** ist Kode 1 einzutragen, wenn in mindestens einem der Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung unter Punkt 391 der Kode 1 angegeben ist. In Spalte 1 ist hingegen Kode 2 einzutragen, wenn in allen Vordrucken der einheitlichen Bescheinigung unter Punkt 119 der Kode 2 angegeben ist;
- in **Spalte 2** ist die Summe der Beträge zu übertragen, die unter Punkt 392 der nicht verrechneten Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung angegeben sind.
- in **Spalte 5** ist die Summe der Beträge zu übertragen, die unter Punkt 478 der Vordrucke der Einheitlichen Bescheinigung angegeben sind.

2) Bei **einer einheitlichen Bescheinigungen, mit der alle vorherigen Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung verrechnet werden**, sind in die Spalten von 1 bis 5 ausschließlich die angegebenen Daten in der Bescheinigung zu übertragen, die vom Substitut ausgestellt wurde, der den Ausgleich vorgenommen hat (Punkte 391, 392, 466, 467 und 478).

In den Spalten 3, 4 und 5 sind ausschließlich die in der Bescheinigung, die vom Steuersubstitut, der die Ausgleichszahlung vorgenommen hat, ausgestellt wurde, enthaltenen Daten anzugeben.

3) Bei **einer Einheitlichen Bescheinigungen, mit der nur bestimmte Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung verrechnet werden**, sind zwecks Abfassung der Spalten von 1 bis 5 die oben aufgeführten Anweisungen für die nicht verrechneten Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung zu befolgen, wobei zu beachten ist, dass die Bescheinigung, die vom Substitut ausgestellt wurde, der den Ausgleich vorgenommen hat, die Vordrucke der einheitlichen Bescheinigung ersetzt.

8. ÜBERSICHT CR – Steuerguthaben

Die Übersicht CR ist von jenen Steuerzahlern zu verwenden, die einige Steuerguthaben berechnen und/oder aufzeigen möchten.



Die Steuerpflichtige, die Einkommen in einem ausländischen Staat erarbeitet haben, müssen in dem endgültigen Steuern gezahlt wurden, und die bei einem Vorliegen der jeweiligen Bedingungen das entsprechende Steuerguthaben in Anspruch nehmen wollen, die Übersicht CE in Heft 3 des Vordrucks REDDITI PF ausfüllen.

TEIL II - Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung und für nicht bezogene Mietzinsen

Zeile CR7 Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung

Diese Zeile muss ausgefüllt werden, wenn Sie ein Steuerguthaben infolge des Rückkaufs der ersten Wohnung erzielt haben.

Der Art. 1, Abs. 55 des Stabilitätsgesetzes 2016 sieht vor, dass die Steuererleichterung auch in Anspruch genommen werden kann, wenn der Verkauf des ersten besessenen Hauses innerhalb von einem Jahr ab dem Datum des Neukaufs erfolgt. Folglich gibt es ein Steuerguthaben:

- a) sowohl in der Situation einer nicht mehr als ein Jahr vor einem neuen steuererleichterten Kaufvertrag getätigten Veräußerung;
- b) als auch in der Situation, in der die Veräußerung des schon besessenen Hauses innerhalb eines Jahres nach dem neuen steuererleichterten.

In **Spalte 1 (Restbetrag aus der Erklärung des Vorjahres)** ist das Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung anzugeben, das in der Steuer aus der vorhergehenden Erklärung kein Fassungsvermögen gefunden hat und bereits in Zeile RN47, Spalte 11 des Vordr. EINKOMMEN 2017 Natürliche Personen bzw. in Zeile 131 der Verrechnungsaufstellung (Vodr. 730-3) des Vodr. 730/2017 angegeben wurde;

In **Spalte 2 (Guthaben Jahr 2017)** ist der Gesamtbetrag des im Jahr 2017 angereiften Steuerguthabens anzugeben, das Personen zusteht, die sich in einer der folgenden Situationen befinden:

- Personen, die im Zeitraum zwischen dem 01. Januar 2017 und dem Einreichungsdatum der Erklärung eine Liegenschaft mit Inanspruchnahme der für die Erstwohnung vorgesehenen Begünstigungen gekauft haben;
- Kauf binnen einem Jahr ab dem Verkauf der anderen gekauften Immobilie mit Inanspruchnahme der Steuererleichterung erstes Haus erfolgt, oder, wenn der Verkauf der anderen mit Inanspruchnahme der Steuererleichterung erstes Haus gekauften Immobilie innerhalb eines Jahres ab dem Kauf des neuen ersten Hauses erfolgt;

- Personen, die das Anrecht auf die Begünstigung für die Erstwohnung nicht verloren haben.



Zur Auffindung der Bedingungen für die Nutzung der Vorteile auf die Erstwohnung wird auf die in den "Steuerleitfäden" enthaltenen Informationen verwiesen, die auf der Website der Agentur der Einnahmen www.agenziaentrate.gov.it zu finden sind

Das Steuerguthaben entspricht dem Gesamtbetrag der Register- bzw. der Mehrwertsteuer, die beim ersten begünstigten Ankauf entrichtet wurde, jedenfalls darf der Betrag des Steuerguthabens die Register- oder die Mehrwertsteuer, die für den zweiten Ankauf geschuldet wird, nicht überschreiten; In **Spalte 3 (Im Vordruck F24 verrechnetes Guthaben)** ist das Steuerguthaben anzugeben, das im Vordruck F24 bis zur Einreichungsfrist dieser Erklärung ausgeglichen wurde.

Diese Zeile ist von den Personen, welche das Steuerguthaben bereits für Folgendes in Anspruch genommen haben, nicht abzufassen:

- in Verminderung der Registersteuer, die beim begünstigten Kaufvertrag im entsprechenden Ausmaß geschuldet wird;
- in Verminderung der Register-Hypothekar und Katastersteuern bzw. der Erbsteuern oder Schenkungssteuern, die in Bezug auf die Urkunden und Anmeldungen nach der Inanspruchnahme des Guthabens geschuldet werden.

Zeile CR8 Steuerguthaben für nicht bezogene Mietzinsen

Das zustehende Steuerguthaben für die auf abgelaufene und nicht bezogene Mieten für Immobilien zu Wohnzwecken gezahlten Steuern angeben. Siehe im Anhang unter "Steuerguthaben für nicht bezogene Mietzinsen".

TEIL III - Steuerguthaben für die Förderung der Arbeitsplätze

Den Restbetrag bezüglich des vom Artikel 1, Absätze 539 bis 547 des Gesetzes Nr. 244 vom 24. Dezember 2007 gebildeten Steuerguthabens zugunsten der Arbeitgeber, die im Zeitraum zwischen dem 01. Januar 2008 und dem 31. Dezember 2008 die Anzahl der Arbeitnehmer (zum Beispiel Hausgehilfinnen und Pflegekräfte) mit unbefristetem Arbeitsvertrag in den benachteiligten Gebieten der Regionen Kalabrien, Kampanien, Apulien, Sizilien, Basilicata, Sardinien, Abruzzen und Molise gesteigert haben, angeben.

Der Beitrag kann mittels Vordr. F24 in Ausgleich gebracht oder von der IRPEF abgezogen werden.

In der Zeile **CR9** angeben:

- in **Spalte 1 (Restbetrag aus der Erklärung des Vorjahres)** das restliche Steuerguthaben für die Neueinstellungen, das aus Zeile RN47, Spalte 12 des Vordr. EINKOMMEN 2017 bzw. aus Zeile 132 der Verrechnungsaufstellung 730-3 des Vordr. 730/2015 hervorgeht;
- in **Spalte 2 (Im Vordruck F24 verrechnetes Guthaben)** das mittels Vordr. F24 bis zur Einreichungsfrist dieser Erklärung für den Ausgleich in Anspruch genommene Steuerguthaben. Falls fälschlicherweise ein höherer Betrag als jener des zustehenden Guthabens in Anspruch genommen wurde und daraufhin eine Berichtigung mittels Einzahlung des Mehrbetrages vorgenommen wurde, wird darauf hingewiesen, dass in dieser Spalte der Gesamtbetrag des beanspruchten Steuerguthabens nach Abzug des neu eingezahlten Steuerguthabens ohne Berücksichtigung der Zinsen und Strafen anzuführen ist.

TEIL IV - Steuerguthaben für vom Erdbeben in Abruzzen betroffenen Immobilien

Dieser Teil ist den vom Erdbeben des 06. April 2009 in Abruzzen betroffenen Steuerzahlern vorbehalten, denen aufgrund der entsprechenden Beantragung bei der Gemeinde des Ortes, in dem die Immobilie liegt, ein Steuerguthaben für die Renovierungs- oder Wiederaufbauarbeiten an den beschädigten oder zerstörten Immobilien bzw. für den Kauf einer neuen mit der zerstörten Wohnung vergleichbaren Hauptwohnung zuerkannt wurde. Wenn sich das anerkannte Guthaben auf die Hauptwohnung bezieht, ist die Zeile CR10 abzufassen.

Sollte sich hingegen das zuerkannte Guthaben auf eine andere Immobilie als die Hauptwohnung beziehen, die Zeile CR11 ausfüllen.

Zeile CR10 Hauptwohnung

Das für die Hauptwohnung zuerkannte Steuerguthaben kann in 20 gleichbleibenden Anteilen bezüglich des Jahres, in dem die Kosten getragen wurden, und der nachfolgenden Jahre verwendet werden. Es wird präzisiert, dass sollte das Guthaben sowohl für den Wiederaufbau der Hauptwohnung als auch der gemeinschaftlichen Teile der Immobilie zuerkannt worden sein, müssen unter Verwendung einer Zusatzübersicht zwei verschiedene Zeilen ausgefüllt werden, wobei daran zu erinnern ist, das Kästchen "Vordr. Nr." oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren.

Spalte 1 (Steuernummer) die Steuernummer der Person angeben, die auch auf Rechnung des Erklärenden das Gesuch für die Zuschussgewährung gemäß den Vorgaben des Art. 2 der genannten Verordnungen Nr. 3779 und Nr. 3790 vorgelegt hat. Die Spalte ist nicht auszufüllen, wenn der Antrag vom Erklärenden vorgelegt wurde. Für die Eingriffe an gemeinschaftlichen Teilen von Wohngebäuden muss die Steuernummer des Mitbewohnerhauses angegeben werden. Für die Eingriffe an Immobilieneinheiten, die Baugenossenschaften mit ungeteiltem Besitz gehören, muss die Steuernummer der Genossenschaft angegeben werden.

Spalte 2 (Nr. Rate) die Nummer der Rate angeben, die der Steuerpflichtige im Jahre 2017 verwendet.

In der **Spalte 3 (Gesamtguthaben)** ist der Betrag der in Bezug auf die Sanierungs- oder Wiederaufbaueingriffe der beschädigten oder zerstörten Hauptwohnung bzw. für den Kauf einer neuen mit der zerstörten Hauptwohnung äquivalenten Wohnung zuerkannten Steuerguthabens anzugeben.

In der **Spalte 4 (Jahresrate)** den Anteil des im Jahre 2017 nutzbaren Steuerguthabens angeben. Dieser in die Zeile RN28 zu übertragende Betrag wird durch Division durch zwanzig des in Spalte 3 angegebenen Betrags erhalten.

Spalte 5 (Restbetrag vorherige Erklärung) das für die Hauptwohnung anerkannte Steuerguthaben angeben, das keine Aufnahme in der aus der vorherigen Erklärung resultierende Steuer gefunden hat und in der Zeile RN47, Sp. 21 des Vordrucks EINKOMMEN 2017 oder in der Zeile 133 der Erfüllungsaufstellung (Vordruck 730-3) des Vordrucks 730/2017 angegeben ist; wenn das Steuerguthaben für den Wiederaufbau sowohl der Hauptwohnung als auch der Gemeinschaftsteile der Immobilie zuerkannt wurde, ist das aus der vorherigen Erklärung hervorgehende Restguthaben ausschließlich im ersten abgefassten Vordruck anzugeben. Das Steuerguthaben ist in Minderung der IRPEF zu nutzen und in 20 gleich bleibende Jahresanteile aufzuteilen.

Zeile CR11 Sonstige Immobilien

Für die Eingriffe bezüglich anderer Immobilien als der Hauptwohnung steht ein nach Wahl des Steuerpflichtigen in 5 oder 10 gleichbleibende Anteile zu unterteilendes Steuerguthaben zu, das in jedem der Jahre nicht die Nettosteuer übersteigen darf.

Sollte das Guthaben mit Bezugnahme auf mehrere Immobilien zuerkannt werden, muss unter Verwendung von Zusatzübersichten eine Zeile für jede Immobilie ausgefüllt werden, wobei daran gedacht werden muss, das Kästchen "Vordr. Nr." oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren. Es wird daran erinnert, dass das Guthaben in einem Gesamthöchstbetrag von 80.000 Euro zusteht.

Das Kästchen der **Spalte 1 (Unternehmen/Beruf)** muss angekreuzt werden, wenn die Immobilie, für die das Guthaben zuerkannt wurde, zur Ausübung des Unternehmens oder Berufs bestimmt ist.

In der **Spalte 2** ist die **Steuernummer** des Subjekts anzugeben, das auch auf Rechnung des Erklärenden den entsprechenden Antrag auf Zugriff auf den Zuschuss vorgelegt hat. Es wird auf die mit den Anleitungen zur Spalte 1 der Zeile CR10 erteilten Anleitungen verwiesen.

Spalte 3 (Nr. Rate) die Nummer der Rate angeben, die der Steuerpflichtige im Jahre 2017 verwendet.

In der **Spalte 4 (Ratenzahlung)** ist die Anzahl der Anteile (5 oder 10) anzugeben, in die das Steuerguthaben aufgeteilt werden soll.

In der **Spalte 5 (Gesamtguthaben)** ist der Betrag des in Bezug auf die Sanierungs- oder Wiederaufbaueingriffe der von der Hauptwohnung abweichenden, beschädigten oder zerstörten Immobilie zuerkannten Steuerguthabens anzugeben.

In der **Spalte 6 (Jahresanteil)** ist der Anteil des für das Jahr 2017 nutzbaren Steuerguthabens anzugeben. Dieser in die Zeile RN27 im Rahmen der Nettosteuer zu übertragende Betrag wird durch Division des in der Spalte 5 angegebenen Betrags durch die Anzahl der in der Spalte 4 angegebenen Anteile erhalten.

TEIL V – Steuerguthaben für Wiederergänzung der Vorschüsse aus Rentenfonds

Die Steuerpflichtigen, die ergänzenden Rentenformen beigetreten sind, können für bestimmte Bedürfnisse (zum Beispiel Gesundheitskosten infolge von schwerwiegenden Situationen und Kauf der Erstwohnung) einen Vorschuss der Beträge bezüglich der individuellen aufgelaufenen Position beantragen. Auf die vorgeschossenen Beträge wird eine Pauschalsteuer angewandt.

Die Vorschüsse können nach Belieben des Mitglieds jederzeit auch mit Jahresbeiträgen über dem Höchstbetrag von 5.164,57 Euro wieder ergänzt werden. Diese Beitragszahlung hat den Zweck, die individuelle bei dem Vorschuss bestehende Position wiederherzustellen.

Die Wiederergänzung kann in einer einmaligen Zahlung oder mittels regelmäßigen Beitragszahlungen erfolgen.

Auf die den vorgenannten Höchstbetrag überschreitenden Beträge, die den wieder ergänzten Vorschüssen entsprechen, wird ein Steuerguthaben in Höhe der zum Zeitpunkt der Nutzung des Vorschusses proportional zum wieder ergänzten Betrag zuzuschreibend anerkannt.

Das Mitglied muss dem Fonds eine ausdrückliche Erklärung abgeben, mit der es verfügt, ob und für welchen Betrag die Beitragszahlung als wieder ergänzt anzusehen ist. Diese Mitteilung muss binnen der Vorlagefrist der Einkommensteuererklärung bezüglich des Jahres, in dem die Wiederergänzung geleistet wird, abgegeben werden. Das Steuerguthaben steht nur mit Bezug auf die als Wiederergänzung im oben beschriebenen Sinne eingestufteten Beträge zu. Für Vertiefungen siehe das GvD Nr. 252/2005 und das Rundschreiben Nr. 70/2007 der Agentur der Einnahmen. Dieser Abschnitt ist zur Darlegung der Daten bezüglich des zustehenden Steuerguthabens abzufassen.

Es wird präzisiert, dass **nur der Betrag der Beitragszahlungen, der den Höchstbetrag von 5.164,57 Euro überschreitet, die Wiederergänzung bilden kann.**

Zeile CR12

Spalte 1 (Jahr Vorschuss) das Jahr angeben, in dem der Vorschuss der Beträge bezüglich der individuellen aufgelaufenen Beitragsposition bezogen wurde.

Spalte 2 (Totale/teilweise Wiederergänzung) einen der folgenden Codes bezüglich des Umfangs der Wiederergänzung angeben:

- Code 1 wenn der Vorschuss vollständig wieder ergänzt wurde;
- Code 2 wenn der Vorschuss nur zum Teil wieder ergänzt wurde

Spalte 3 (Wieder ergänzter Betrag) Den Betrag angeben, der 2017 zur Wiederergänzung des bezogenen Vorschusses gezahlt wurde.

Spalte 4 (Restbetrag vorherige Erklärung): das Steuerguthaben angeben, das nicht in die Steuer aufgenommen wurde, die aus der vorherigen Erklärung resultiert, und das in der Zeile 134 der Liquidierungsaufstellung (Vordr. 730-3) des Vordr. 730/2017 bzw. in der Zeile RN47, Sp. 13 der Übersicht RN des Vordr. EINKOMMEN 2017 angegeben ist.

Spalte 5 (Guthaben Jahr 2016) den Betrag des zustehenden Steuerguthabens mit Bezug auf den wieder ergänzten Betrag angeben

Spalte 6 (davon in F24 ausgeglichen) das in Ausgleich im Vordruck F24 bis zum Vorlagdatum der Erklärung verwendete Steuerguthaben angeben

TEIL VI – Steuerguthaben für Vermittlungen zur Schlichtung von Zivil- und Handelsstreitigkeiten

Für die Parteien, die die Vermittlung (von einem unparteiischen Dritten zur Schlichtung einer Zivil- oder Handelsstreitigkeit ausgeübte Tätigkeit) in Anspruch genommen haben, wird ein an der den zur Ausübung des Vermittlungsverfahrens ermächtigten Subjekten gezahlten Vergütung bemessenes Steuerguthaben zuerkannt (gesetzesvertretendes Dekret Nr. 28 vom 5. März 2010). Bei Erfolg der Vermittlung wird besagtes Steuerguthaben bis zu einem Höchstbetrag von 500,00 Euro zuerkannt. Bei Fehlschlag der Vermittlung wird das Steuerguthaben halbiert. Der Betrag des zustehenden Steuerguthabens ergibt sich aus der Mitteilung, die dem Betroffenen jeweils bis zum 30. Mai eines jeden Jahres vom Justizministerium zugeschickt wird.

Das Steuerguthaben muss zur Vermeidung des Ausschlusses in der Einkommensteuererklärung angegeben werden und ist ab dem Empfangsdatum der vorgenannten Mitteilung verwendbar. Wenn die Mitteilung nach der Vorlage der Einkommensteuererklärung eingegangen ist, kann das Steuerguthaben in der Erklärung bezüglich des Jahres, in dem die Mitteilung empfangen wurde, angegeben werden.

Das Steuerguthaben kann in Ausgleich mittels des Vordrucks F24 (Art. 17 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997) bzw. von Steuerpflichtigen, die nicht Inhaber von Unternehmenseinkommen oder Einkommen aus selbstständiger Arbeit sind, zur Minderung der Einkommensteuern verwendet werden.

Das Steuerguthaben berechtigt nicht zur Rückerstattung und trägt nicht zur Bildung des Einkommens zu Zwecken der Einkommensteuern bei.



Die Steuerpflichtigen, die Inhaber von Unternehmenseinkommen oder Einkommen aus selbstständiger Arbeit sind, können dieses Steuerguthaben nur in Ausgleich mittels Vordrucks F24 verwenden und müssen somit nicht diesen Abschnitt abfassen. Das Steuerguthaben muss in dem entsprechenden Abschnitt der Übersicht RU der Erklärung bezüglich des Jahres, in dem die Mitteilung empfangen wurde, dargelegt werden.

Zeile CR13

Spalte 1 (Guthaben Jahr 2017): In diese Spalte ist der Betrag des Steuerguthabens zu übertragen, der aus der bis zum 30. Mai 2018 erhaltenen Mitteilung des Justizministeriums hervorgeht.

Spalte 2 (davon mit dem Vordruck F24 verrechnet): Hier ist das Steuerguthaben anzugeben, das bis zum Datum der Übermittlung der Erklärung mit dem Vordruck F24 als Ausgleich verwendet wurde.

TEIL VII – Steuerguthaben für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur (Art-Bonus) und der Schule (School-Bonus)

Zeile CR14

Spalte 1 (Ausgaben 2017): Den Betrag der freiwilligen Geldzuwendungen im Lauf des Jahres 2017 angeben;

- für die Unterstützung von Maßnahmen zur Instandhaltung, den Schutz und die Restaurierung von öffentlichen Kulturgütern;
- für die Unterstützung von Kulturstätten im öffentlichen Besitz, von lyrisch-symphonischen Stiftungen und von Traditionstheatern;
- für die Realisierung von neuen Strukturen, die Restaurierung und Verstärkung der bestehenden Strukturen der lyrisch-symphonischen Stiftungen oder der öffentlichen Körperschaften/Institutionen, die ausschließlich Veranstaltungen ohne Gewinnabsichten durchführen.

Das Steuerguthaben steht auch für ab dem 19. Oktober 2016 getätigte freiwillige Zuwendungen zu (Datum des Inkrafttretens des Gesetzesdekrets vom 17. Oktober 2016, Nr. 189, mit Änderungen in den Gesetzesstand erhoben durch das Gesetz vom 15. Dezember 2016, Nr. 29), zugunsten:

- des Ministeriums für Kulturgüter und -aktivitäten und Tourismus für Maßnahmen des Erhalts, des Schutzes und der Restaurierung von Kulturgütern von religiösem Interesse, die sich in den Gemeinden gemäß Art. 1 des genannten Gesetzesdekrets befinden, auch wenn sie Körperschaften und Einrichtungen der katholischen Kirche oder anderen religiösen Konfessionen gehören;
- des übergeordneten Instituts für den Erhalt und die Restaurierung, die Werkstatt für Halbedelsteine und das Zentralinstitut für Restaurierung und Erhalt des Archiv- und Bücherbestandes.

Spalte 2 (Restbetrag 2016): Das restliche Steuerguthaben angeben, das der Zeile RN47, Sp. 26 des Vordrucks EINKOMMEN PF 2017 oder der Zeile 130 der Abrechnungsübersicht (Vodr. 730-3) des Vordrucks 730/2017 zu entnehmen ist.

Spalte 3 (Rate Guthaben 2016): Den Betrag angeben, der sich aus der Summe der in Zeile 160, Spalte 2 der Abrechnungsübersicht (Vodr. 730-3) des Vodr. 730/2017 eingetragen eingetragenen Beträge ergibt, oder jenen, der in Zeile RN30, Spalte 1 des Vodr. EINKOMMEN PF 2017 angegeben ist.

Spalte 4 (Rate Guthaben 2015): Den Betrag angeben, der in der Zeile CR14, Sp. 3 des Vordrucks EINKOMMEN PF 2017 oder dem Ergebnis der Summe der in der Zeile 160, Spalte 1 eingegebenen Beträge der Anrechnungsübersicht (Vodr. 730-3) des Vordrucks 730/2017 zu entnehmen ist.

Spalte 5 (Anteil des im Zuge der Transparenz erhaltenen Steuerguthabens): Den Betrag angeben, der im Steuerjahr dem Steuerpflichtigen in seiner Eigenschaft als Teilhaber einer einfachen Gesellschaft zuerkannt wird. In der Spalte 5 ist auch der Gesamtbetrag der aufgrund der Transparenz in den Jahren 2015-2016 bekommenen Guthaben.

Der genannte Betrag muss in Spalte 2 der Zeile RN30 (Gesamtguthaben) zu einem Drittel seiner Höhe enthalten sein.

Für die genannten freiwilligen Zuwendungen wird ein Steuerguthaben von 65% zuerkannt.

Das Steuerguthaben wird bis zu einer Höchstgrenze von 15% des steuerpflichtigen Einkommens zuerkannt und wird in drei jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt. Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen werden.

Die freiwilligen Zuwendungen dürfen ausschließlich mit einem der folgenden Zahlungssysteme überwiesen worden sein:

- Bank;
- Postamt;
- Zahlungssysteme wie Debitkarten, Kreditkarten und Prepaid-Karten, Bank- und Barschecks.

Für freiwillige Zuwendungen, für die ein Steuerguthaben zugestanden wird, stehen keine Abzüge gemäß Art. 15, Abs. 1 Buchstaben h) und i) des TUIR zu. Die vorher genannten Abzüge stehen jedoch für freiwillige Zuwendungen, die nicht in den Bestimmungen zum Steuerguthaben enthalten sind, zu, wie zum Beispiel Zahlungen für den Kauf von Kulturgütern.

Im Fall von Zuwendungen während der Ausübung der Unternehmenstätigkeit muss hingegen die Übersicht RU im dritten Heft gemäß den entsprechenden Anweisungen abgefasst werden.

Für nähere Informationen wird auf das Rundschreiben Nr. 24/E vom 31. Juli 2014 und das Rundschreiben.20/E vom 18. Mai 2016 verwiesen.



Für freiwillige Zuwendungen zur Kulturförderung, die mit den in den Zeilen RP8 bis RP13 einzutragenden Codes 26, 27 und 28 gekennzeichnet sind, steht die Absetzung der Bruttosteuer nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im vorhandenen Guthaben enthalten sind.

Zeile CR15 (School Bonus)

In **Spalte 1 (Ausgabe 2017)** ist die Höhe bis maximal 100.000 Euro der freiwilligen Geldzuwendungen zugunsten von Instituten des nationalen Bildungssystems einzutragen, zu folgendem Zweck:

- für den Bau von neuen Schulstrukturen und zur Erhaltung und Erweiterung von existierenden Strukturen;
- für Maßnahmen zur Verbesserung des Aufnahmevermögens von Studenten.

Die Institute des nationalen Bildungssystems umfassen die staatlichen Schulinstitutionen und die gleichgestellten privaten Schulinstitutionen und Schulinstitutionen der lokalen Einrichtungen.

Das Steuerguthaben steht unter der Bedingung zu, dass die Summen an den Staatshaushalt unter dem Kapitel Nr. 3626 mit Bezeichnung „Freiwillige Geldzuwendungen für Investitionen zugunsten von Instituten des nationalen Bildungssystems, für den Bau von neuen Schulstrukturen und zur Erhaltung und Erweiterung von existierenden Strukturen und für Maßnahmen zur Verbesserung des Aufnahmevermögens von Studenten, die an einen eigens eingerichteten Fond des Ministers für Bildung, Universitäten und Forschung im Sinne des Artikels 1, Abs. 148, des Gesetzes Nr. 107 vom 13. Juli 2015 zuzuweisen ist“ gezahlt wurden, das zu Abteilung XIII der Haushaltseinnahmen mit der IBAN-Nummer IT40H0100003245348013362600 gehört. Das Steuerguthaben steht auch für freie Geldspenden für Investitionen zugunsten von gleichgestellten Schulen zu, die auf ein Bank- oder Postkonto auf den Namen derselben begünstigten gleichgestellten Schulen mit rückverfolgbaren Zahlungssystemen eingezahlt werden.

Für die genannten freiwilligen Zuwendungen wird ein Steuerguthaben in Höhe von **65 %** der **in jeden der beiden auf den 31. Dezember 2015 folgenden Steuerjahre** getätigten Zuwendungen und von **50 %** für jene, die **im auf den 31. Dezember 2017 folgenden Steuerjahr** getätigt wurden, zuerkannt.

Das Steuerguthaben wird in **drei jährliche Anteile von gleicher Höhe** aufgeteilt. Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen werden.

Spalte 2 (Restbetrag 2016): das restliche Steuerguthaben angeben, das in der Zeile 150 der Abrechnungsübersicht (Vodr. 730-3) des Vodr. 730/2017 oder in der Zeile RN47, Spalte 27, des Vodr. EINKOMMEN Natürliche Personen 2017 eingetragen wurde;

Spalte 3 (Ausgabe 2016): der Betrag der im Laufe des Jahres 2016 durchgeführten freien Geldspenden angeben;

Spalte 5 (Anteil des im Zuge der Transparenz erhaltenen Steuerguthabens): Den Betrag angeben, der im Steuerjahr dem Steuerpflichtigen in seiner Eigenschaft als Teilhaber einer einfachen Gesellschaft zuerkannt wird. In der Spalte 5 auch der Gesamtbetrag der aufgrund der Transparenz im Jahr 2016 bekommenen Guthaben. Der genannte Betrag muss in Spalte 5 der Zeile RN30 (Gesamtguthaben) zu einem Drittel seiner Höhe enthalten sein. Für nähere Informationen wird auf das Rundschreiben n.20/E vom 18. Mai 2016 verwiesen.

TEIL VIII – Steuerguthaben für Verhandlung und Schiedsspruchverfahren

In diesem Abschnitt ist auch das verbleibende Guthaben anzugeben, das aus der vorhergehenden Erklärung hervorgeht. Das Steuerguthaben für im Jahr 2017 an zugelassene Rechtsanwälte für erfolgreich abgeschlossene Verhandlungen ausgezahlte Vergütungen sowie an Schiedsrichter im Fall eines Abschlusses eines Schiedsspruchverfahrens mit Auszeichnung kann nur angegeben werden, wenn dies vom Justizministerium genehmigt wird.

Zeile CR16

Spalte 1 (Guthaben 2017): In diese Spalte ist der Betrag des Steuerguthabens zu übertragen, der aus der bis zum 30. April 2018 erhaltenen Mitteilung des Justizministeriums hervorgeht.

Spalte 2 (Restbetrag der vorhergehenden Erklärung): Das restliche Steuerguthaben angeben, das in Zeile 151 der Abrechnungsübersicht (Vodr. 730-3) des Vodr. 730/2017 eingetragen ist, oder jenes, das in Zeile RN47, Spalte 15 des Vodr. EINKOMMEN 2017 angegeben ist.

Spalte 3 (davon mit dem Vordruck F24 verrechnet): Hier ist das Steuerguthaben anzugeben, das bis zum Datum der Übermittlung der Erklärung mit dem Vordruck F24 als Ausgleich verwendet wurde.

TEIL IX – Steuerguthaben für Videoüberwachung

Zeile CR17

In diesem Abschnitt ist das Steuerguthaben für Ausgaben angegeben, die für die Installation von digitalen Videoüberwachungs- oder Alarmsystemen getragen wurden, sowie für jene, die im Zusammenhang mit Verträgen stehen, die mit Wachdiensten zur Verhütung von kriminellen Tätigkeiten abgeschlossen wurden.

Das Steuerguthaben ist gleich dem Betrag der in dem an die Agentur der Einnahmen innerhalb des 20. März 2017 einzureichenden Antrag angegebenen Ausgaben.

Das Steuerguthaben steht unter der Bedingung zu, dass die Ausgaben für Videoüberwachung für Immobilien getragen wurden, die nicht für die Ausübung einer Unternehmenstätigkeit oder selbstständigen Arbeit verwendet werden. Für Ausgaben, die für eine Immobilie getragen wurden, die sowohl für die Ausübung der Unternehmenstätigkeit oder selbstständigen Arbeit und für die persönliche oder familiäre Verwendung des Steuerpflichtigen genutzt wird, wird das Steuerguthaben um 50 % reduziert.

Das Steuerguthaben kann durch den Vordruck F24 verwendet werden, der ausschließlich durch die Telematikdienste der Agentur der Einnahmen eingereicht werden muss. Alternativ dazu kann das Steuerguthaben zur Verringerung der Einkommenssteuern in der Einkommensteuererklärung verwendet werden. Der eventuelle Betrag des nicht verwendeten Steuerguthabens kann in den nachfolgenden Steuerzeiträumen ohne zeitliche Beschränkung verwendet werden.

Spalte 1 (Restbetrag vorige Erklärung 2016): das restliche Steuerguthaben, das in der Zeile 152 des Abrechnungsübersicht (Vordr. 730-3) des Vordr. 730/2017 übergeben wird, oder dasjenige, das in der Zeile RN47 Spalte 28 des Vordr. EINKOMMEN NP 2017 übergeben wird, übergeben;

Spalte 2 (davon mit dem Vordruck F24 verrechnet): Hier ist das Steuerguthaben anzugeben, das bis zum Datum der Übermittlung der Erklärung mit dem Vordruck F24 als Ausgleich verwendet wurde.

ABSCHNITT X - Sonstige Steuerguthaben

Zeile CR18

Steuerguthaben durch die Anwendung des Euroeinbehaltes

Das Steuerguthaben ist vorgesehen, um die Doppelbesteuerung zu vermeiden, die aus der Anwendung des Euroeinbehaltes gemäß Art. 11 der Richtlinie 2003/48/EG in Sachen Besteuerung der Einkommen aus Ersparnissen in Form von Zinszahlungen sowie aus der Anwendung der Abkommen hervorgehen könnte, die gleichwertige Maßnahmen wie die vorgenannten Richtlinie festsetzen und von der Europäischen Gemeinschaft mit einigen Drittstaaten geschlossen wurde.

Dieser Quellsteuereinbehalt (Euroeinbehalt) wird im Allgemeinen bei Zahlungen vorgenommen, die in Österreich, in Belgien und in Luxemburg zu Gunsten der in Italien ansässigen Subjekte durchgeführt werden und deren Gegenstand die von Art. 2 des gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 84 vom 18. April 2005 (vergleiche Rundschreiben Nr. 55/E vom 30. Dezember 2005) vorgesehenen Zinsen sind, sowie von den vorgenannten mit der Schweiz, dem Fürstentum Monaco, San Marino, Liechtenstein und Andorra geschlossenen Abkommen. Falls das im Ausland erzielte, dem obengenannten Euroeinbehalt unterworfen Einkommen zur Bildung des Gesamteinkommens in dieser Erklärung beiträgt, wird das Steuerguthaben im Sinne des Artikels 165 des TUIR aufgrund der Anleitungen, die zur Abfassung der Übersicht CR bzw. der Übersicht CE angeführt sind, ermittelt. Sollte der Gesamtbetrag des auf diese Art und Weise ermittelten Guthabens niedriger als der Betrag des im Ausland vorgenommenen Einbehaltes sein, kann der Steuerzahler ein entsprechendes Gesuch einreichen, indem er die Differenz im Sinne des Artikels 17 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997 mit dem Vordr. F24 in Ausgleich bringt oder eine Rückerstattung beantragt;

in **Spalte 1 (Restbetrag aus der Erklärung des Vorjahres)** ist das restliche Steuerguthaben aus der vorhergehenden Erklärung anzugeben, das in Spalte 4 der entsprechenden Zeile CR17 des Vordr. EINKOMMEN 2017 angeführt ist;

in **Spalte 2 (Guthaben)** ist das im Jahr 2017 angereifte Guthaben anzugeben, das um den Betrag zu kürzen ist, der bereits im Sinne des Artikels 165 des TUIR als Guthaben in Anspruch genommen wurde, wie in der Übersicht CE festgestellt ist. In dem Fall, dass Art. 165 des TUIR keine Anwendung findet (zum Beispiel wenn das im Ausland erzielte Einkommen nicht zur Bildung des Gesamteinkommens in Italien beigetragen hat), dann ist in dieser Spalte der gesamte Betrag des angewandten Euroeinbehaltes anzugeben;

in **Spalte 3 (Im Vordruck F24 verrechnetes Guthaben)** ist der im Sinne des Artikels 17 des Gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 241 vom 9. Juli 1997 mit Vordr. F24 ausgeglichene Betrag des Guthabens anzugeben;

in **Spalte 4 (Restliches Guthaben)** ist der Betrag des restlichen Guthabens anzugeben, der wie folgt zu berechnen ist: CR18 Sp. 1 + CR18 Sp. 2 – CR18 Sp. 3

Dieser Betrag kann für den Ausgleich der geschuldeten Beträge mit der Zahlungsvollmacht Vordr. F24 verwendet werden bzw. durch einen entsprechenden Antrag kann dessen Rückerstattung beantragt werden.

9. ÜBERSICHT RP – AUFWENDUNGEN UND AUSGABEN

Diese Übersicht ist für die Angabe spezifischer Belastungen bestimmt, die je nach den Fällen in der Erklärung auf zwei verschiedene Weisen geltend gemacht werden können:

- einige (abzugsfähige Belastungen) ermöglichen den Abzug eines Prozentsatzes für getragene Ausgaben von der Steuer;
- andere (absetzbare Belastungen) ermöglichen die Minderung des steuerpflichtigen Einkommens, auf das die Bruttosteuer berechnet wird.

Es wird daran erinnert, dass einige Belastungen und Ausgaben, auch wenn sie für Familienangehörige getragen werden, abgezogen bzw. abgesetzt werden können.

ABSETZBARE AUFWENDUNGEN

Ausgaben, für die eine Absetzung von 19 Prozent zusteht (in Teil I der Übersicht RP anzugeben)

a) Vom Steuerpflichtigen im eigenen oder im Interesse der steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen getragenen Ausgaben (siehe Teil II, Kapitel 4 "Zu Lasten lebende Familienangehörige"):

- Ausgaben für die Gesundheit (Zeile RP1 Sp. 2)
- Ausgaben für Mittel, die für die Begleitung, das Gehen, die Fortbewegung, das Heben und die technischen, Informatik- Hilfsmittel für Behinderte erforderlich sind (Zeile RP3);
- Ausgaben für den Erwerb und die Reparatur von Fahrzeugen für Behinderte (Zeile RP4);
- Ausgaben für die Anschaffung von Führhunden (Zeile RP5);
- Bildungsausgaben für den Besuch des Kindergartens, der Grund- und Sekundärschule (Zeilen RP8 bis RP13, Kode 12);

- Universitätsausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 13);
- Ausgaben für sportliche Tätigkeiten von Jugendlichen (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 16);
- von Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes getragene Mietzinsen (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 18);
- für freiwillige Zuwendungen an Lehranstalten (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 31).

Der Abzug steht auch in den folgenden Sonderfällen zu:

- **Ausgaben für die Gesundheit**, die für **Familienangehörige, die nicht zu Lasten** leben, getragen wurden und die an Krankheiten leiden, die Anspruch auf die Befreiung von den öffentlichen Sanitätskosten geben und zwar für jenen Teil, der in der Steuer die von diesen Personen geschuldet wird, nicht mehr eingeschlossen werden kann (Zeile RP2);
- Für die Ausgaben, die für die Pfleger im Interesse des Steuerpflichtigen oder anderer pflegebedürftiger Familienangehöriger getragen werden (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 15).
- Für die für den Rückkauf des Hochschulstudiums der steuerlich unterhaltspflichtigen Person gezahlten Beiträge, die noch keine Arbeit aufgenommen hat und nicht in irgendeiner obligatorischen Fürsorgeform eingetragen ist (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 32).
- Für die von den Eltern für den Besuch der Kinderkrippen ihrer Kinder getragenen Ausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 33);
- Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen (Zeilen RP8 bis RP13, Kode 36);
- Prämien für Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung entsprechend der Definition von Art. 3, Abs. 3 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104, bestätigt durch die Modalitäten gemäß Art. 4 des selben Gesetzes (Zeilen RP8 bis RP13, Code 38);
- Versicherungsprämien zur Versicherung der Unselbstständigkeit bei der Durchführung der Handlungen des alltäglichen Lebens (Zeilen RP8 bis RP13, Code 39);

b) Vom Steuerpflichtigen im eigenen Interesse getragene Kosten (im Teil I der Übersicht RP anzugeben):

- Gesundheitskosten, die vom Steuerpflichtigen mit Krankheiten getragen werden und zur Befreiung von der Beteiligung an den Kosten des öffentlichen Gesundheitsdienste berechtigen (Zeile RP1 Sp. 1);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Kauf der Hauptwohnung (Zeile RP7);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Kauf sonstiger Immobilien (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 8);
- Zinsen aus Darlehensverträgen des Jahres 1997 für die Renovierung der Wohnung (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 9);
- Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 10);
- Zinsen aus Landwirtschaftsanleihen bzw. –darlehen (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 11);
- Bestattungsausgaben (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 14);
- Ausgaben für die Vermittlung von Immobilien (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 17);
- Freiwillige Zuwendungen an Amateursportvereine (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 21)
- Mitgliedsbeiträge an Gesellschaften gegenseitiger Hilfeleistungen (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 22)
- Freiwillige Zuwendungen an Vereinigungen für die soziale Förderung (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 23)
- Freiwillige Zuwendungen an die Kulturgesellschaft „La Biennale di Venezia“ (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 24)
- Ausgaben in Bezug auf Güter, die der vinkulierten Steuerregelung unterliegen (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 25)
- Freiwillige Zuwendungen für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 26)
- Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 27)
- Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Stiftungen im Bereich der Musik (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 28)
- Ausgaben für den Tierarzt (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 29)
- Ausgaben für die Dolmetschdienstleistungen, die von den als taub anerkannten Personen getragen wurden (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 30)
- für freiwillige Zuwendungen zugunsten von Schulen (Zeilen RP8 bis RP13, Kode 31).
- freiwilligen Zuwendungen an den Abschreibungsfonds der Staatsanleihen (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 35);
- sonstige absetzbare Kosten (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 99);
- Ausgaben für Leasingzahlungen (Zeile RP14).

Ausgaben, für die eine Absetzung von 26 Prozent zusteht (in Teil I der Übersicht RP anzugeben)

- freiwillige Zuwendungen zugunsten der nicht gewinnbringender Organisationen von sozialem Nutzen (ONLUS) (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 41);
- freiwillige Zuwendungen zugunsten der politischen Parteien (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 42);

Ausgaben, für die eine Steuerabsetzung in Bezug auf die Arbeiten zum Wiedergewinn der Bausubstanz und Erdbebensicherungsmaßnahmen zusteht (in Teil III A und III B der Übersicht RP anzugeben) und Ausgaben, für die eine Absetzung von 50 Prozent, in Bezug auf den Kauf von Möbeln zur Einrichtung renovierter Immobilien, zusteht, junge Paare und Mehrwertsteuer für Wohnungskauf Energieklasse A oder B (in Teil III C der Übersicht RP anzugeben):

Teil III A: Zeilen von RP41 bis RP47, in dem Folgendes anzugeben ist:

- Ausgaben für die Wiedergewinnung des Bauvermögens;
- Ausgaben für den Erwerb oder die Zuweisung von Immobilien, die Teil von sanierten Gebäuden sind;
- Ausgaben für Erdbebenschutzmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten.

Teil III B: Zeilen von RP51 bis RP53, in dem die Katastererkennungsdaten der Immobilien und die sonstigen Daten zur Nutzung des Abzugs anzugeben sind.

Teil III C: Zeilen RP57 bis RP59, in der die Ausgaben für Kauf von Möbeln zur Einrichtung renovierter Immobilien, junge Paare und Mehrwertsteuer für Wohnungskauf Energieklasse A oder B anzugeben sind.

Kosten, die zum Abzug berechtigen (im Teil IV der Übersicht RP (Zeilen von RP61 bis RP64) anzugeben):

- Ausgaben für die Arbeiten für die energetische Aufwertung bestehender Gebäude (Kode 1);
- Ausgaben für Eingriffe an der Ummantelung bestehender Gebäude (Kode 2);
- Ausgaben für die Installation von Sonnenkollektoren (Kode 3);
- Ausgaben für die Auswechslung von Heizungsanlagen (Kode 4);
- Ausgaben für den Erwerb und die Installation von Sonnenschutzeinrichtungen (Code 5);
- Ausgaben für den Erwerb und Installation von Winterklimatisierungsanlagen durch Biomasse (Code 6);

- Ausgaben für Kauf, Installation und Inbetriebnahme von Multimediageräten (Code 7).
- Ausgaben für Arbeiten auf Hüllen der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser (Code 8);
- Ausgaben für Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser (Code 9).

Absetzungen für Mieter mit Mietvertrag (in Teil V der Übersicht RP anzugeben):

- Absetzung für die Mieten von Hauptwohnungen (Zeile RP71 Code 1);
- Absetzung für die Mieter von als Hauptwohnung verwendeten Wohnungen, die mit Konventionsvertrag vermietet werden (Zeile RP71 Code 2);
- Absetzung für junge Leute zwischen 20 und 30 Jahren, die einen Mietvertrag für die Hauptwohnung abschließen (Zeile RP71 Code 3);
- Absetzung für den Mietzins, welcher Arbeitnehmern zusteht, die den Wohnsitz aus Arbeitsgründen verlegen (Zeile RP72).
- Abzüge für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen (Zeile RP73);

Sonstige Abzüge (im Teil VI der Übersicht RP Zeilen von RP80 bis RP83 anzugeben):

- Investitionen in Startups und Verfall Startup Rückerstattung Steuerabzug (Zeile RP80);
- Abzug für die Unterhaltskosten von Blindenhunden (Zeile RP82);
- sonstige Abzüge (Zeile RP83).

ABZUGSFÄHIGE AUFWENDUNGEN

Diese Belastungen sind im Teil II der Übersicht RP (Zeilen von RP21 bis RP34) anzugeben:

a) Vom Steuerpflichtigen in seinem oder im Interesse der steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen getragene Ausgaben

(siehe Teil II, Kapitel 4 "Zu Lasten lebende Familienangehörige"):

- Vor- und Fürsorgebeiträge (Zeile RP21, Spalten 1 und 2);
- Beiträge für Zusatzfonds des nationalen Gesundheitsdienstes (Zeile RP26, Code 6);
- Beiträge für ergänzende und individuelle Rentenformen (Zeilen RP27 bis RP31);

Abzugsfähig sind auch die **Arzt- und spezifischen Pflegekosten für Behinderte**, die auch im Interesse der **Familienangehörigen getragen wurden, auch wenn sie steuerrechtlich nicht unterhaltsberechtigt sind** (Zeile RP25);

b) Vom Steuerpflichtigen im eigenen Interesse getragene Kosten:

- Dem Ehegatten gezahlte regelmäßige Zuweisungen (Zeile RP22);
- für Haushaltshilfen und Familienangehörige gezahlte Fürsorgebeiträge (Zeile RP23)
- freie Spenden zugunsten von religiösen Institutionen (Zeile RP24);
- freie Spenden zugunsten von Nichtregierungsorganisationen (Zeile RP26 Code 7);
- freie Spenden zugunsten von gemeinnützigen Organisationen, von sozial fördernden Organisationen und zugunsten einiger anerkannter Stiftungen und Vereinigungen (Zeile RP26 Code 8);
- freie Spenden zugunsten von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen der Naturschutzgebiete (Zeile RP26 Code 9);
- freiwillige Zuwendungen, Schenkungen und andere unentgeltliche Übertragungen zugunsten von Trusts oder Spezialfonds (Zeile RP26 Code 12);
- direkt von Rentnern gezahlte Beiträge, auch für nicht zu Lasten lebende Familienangehörige, an Gesundheitskassen mit ausschließlichen Fürsorgezwecken, die durch geeignete Kollektivvereinbarungen eingerichtet wurden (Zeile RP26, Code 13);
- Renditen, Leibrenten, Unterhaltszuweisungen und sonstige Belastungen (Zeile RP26 Code 21);
- Aufwendungen für den Kauf oder den Bau von Wohnungen, die zur Miete überlassen werden (Zeile RP32);
- Dem auszahlenden Subjekts zurückerstatteten Summen (RP33);
- Investitionen in Startup-Unternehmen (Zeile RP33).

Für Kinder getragene Ausgaben

Wurden die Ausgaben für Kinder getragen, steht der Absetzbetrag jenem Elternteil zu, auf dessen Name die Rechnung ausgestellt ist. Ist die Rechnung hingegen auf den Namen des Kindes ausgestellt, sind die Ausgaben zwischen beiden Elternteilen aufzuteilen und zwar im Ausmaß, in dem die Ausgaben von ihnen getragen wurden. Wenn Sie die Ausgaben in einem anderen Ausmaß als 50 Prozent aufteilen möchten, müssen sie auf der entsprechenden Rechnung den Prozentsatz der Aufteilung angeben. Ist einer der beiden Elternteile steuerlich zu Lasten des anderen lebend, kann letzterer für die Berechnung des Absetzbetrages den vollen Betrag der Auslage berücksichtigen.

Von den Erben getragene Ausgaben

Die Erben haben Anspruch auf den Steuerabsetzbetrag bzw. auf den Abzug für Ausgaben für die Gesundheit, die sie für den Verstorbenen nach seinem Tod getragen haben.

Von einfachen Gesellschaften und von am Transparenzsystem beteiligten Gesellschaften getragene Belastungen

Es wird daran erinnert, dass sowohl die Gesellschafter der einfachen Gesellschaften als auch die Gesellschafter der an der Transparenz beteiligten Gesellschaften das Recht haben, den entsprechenden Steuerabzug zu nutzen oder einige der von der Gesellschaft getragenen Belastungen in dem vom Art. 5 des Einheitstextes der Einkommenssteuer festgelegten Umfang vom eigenen Gesamteinkommen abzusetzen. Besagte Belastungen müssen in die entsprechenden Zeilen der Übersicht RP übertragen werden.



Siehe im Anhang unter "Von einfachen Gesellschaften getragene Aufwendungen"

WIE DIE ÜBERSICHT RP ABZUFASSEN IST

Die Übersicht RP besteht aus folgenden Teilen:

- **Teil I**, Kosten, für die der Steuerabzug von 19 Prozent und 24 Prozent zusteht;
- **Teil II**, Kosten und Belastungen, für die der Abzug vom Gesamteinkommen zusteht;
- **Teil III (A und B)**, Ausgaben, für die eine Steuerabsetzung zusteht (Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz) für **Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz und für Erdbebensicherungsmaßnahmen** und (**Teil III C**) Absetzung in Höhe von 50 Prozent für den Kauf von Möbeln zur Ausstattung renovierter Immobilien, junge Paare und Mehrwertsteuer für Wohnungskauf Energieklasse A oder B
- **Teil IV**, Kosten, für die der Abzug zusteht (Eingriffe zur energetischen Umgestaltung an bestehenden Gebäuden);
- **Teil V**, Angaben, um die Abzüge für den Mietzins und die Pacht von landwirtschaftlichen Grundstücken, die an junge Landwirte verpachtet wer-

den, in Anspruch zu nehmen;

- **Teil VI**, Angaben zur Nutzung sonstiger Abzüge (Ausgaben für Investitionen in Start-up-Unternehmen, Unterhaltskosten für Blindenhunde, Aufwendungen für den Regionen oder autonomen Provinzen anerkannte Stipendien, für Schenkungen an das Krankenhaus "Ospedali Galliera di Genova").

TEIL I - Kosten, für die der Steuerabzug von 19 und 26%

Jeder Steuerabsetzung in Höhe von 19 und 26 Prozent wurde ein Kode zugewiesen, so wie ersichtlich aus den Tabellen „Ausgaben, für die die Absetzung von 19 Prozent zusteht“, „Ausgaben, für die die Absetzung von 24 Prozent zusteht“, die Sie in den Anleitungen für die Zeilen von RP8 bis RP13 finden. Bei den zugewiesenen Kodes handelt es sich um dieselben, die aus der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgehen.

Allgemeine Anleitung zu den Zeilen RP1 bis RP4

Einige der im Jahr 2017 getragenen und dem Steuerpflichtigen schon rückerstatteten Gesundheitskosten **sind nicht anzugeben**, zum Beispiel:

- die vom Schädiger oder von Anderen für seine Rechnung ersetzten Ausgaben bei Schäden an der Person, die von Dritten zugefügt wurden;
- die Ausgaben für die Gesundheit, die auf Grund von Beiträgen rückerstattet wurden, welche vom Substituten in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen, Verträgen, Abkommen und Betriebsvorschriften an Körperschaften und Kassen mit ausschließlich fürsorglichen Zwecken entrichtet wurden, die bis zu einem Gesamtbetrag von höchstens **3.615,20 Euro** nicht zur Bildung des steuerpflichtigen Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit beigetragen haben. In Punkt 441 der einheitlichen Bescheinigung, die dem Arbeitnehmer übergeben wurde, ist ausgewiesen, dass die genannten Beiträge vorhanden sind. Wenn unter Punkt 442 der einheitlichen Bescheinigung der Anteil der Krankenversicherungsbeiträge angegeben ist, die zum Einkommen beigetragen haben, da sie über der genannten Höchstgrenze liegen, können die eventuell rückerstatteten Gesundheitsausgaben hingegen anteilmäßig zu jenem Teil der Krankenversicherungsbeiträge angegeben werden. Bei der Bestimmung der Proportion muss man auch es berücksichtigen, was im Punkt 575 und/oder 585 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 eingetragen wird.

Anzugeben sind die Ausgaben, die zu Lasten des Steuerpflichtigen geblieben sind:

- die Ausgaben für die Gesundheit, die auf Grund der eingezahlten Beiträge bzw. Versicherungsprämien des Steuerzahlers rückerstattet wurden (für welche die Absetzung von 19 Prozent nicht zusteht);
- die Ausgaben für die Gesundheit, die auf Grund von Versicherungen mit Hinsicht auf die Gesundheit rückerstattet wurden, die vom Steuersubstituten abgeschlossen wurden bzw. von diesem mit oder ohne Einbehalt zu Lasten des Angestellten bzw. Rentners entrichtet wurden. Für diese Prämien wird kein Steuerabzug zuerkannt. Für solche Versicherungen ist in Punkt 444 der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen, dass die vom Arbeitgeber oder vom Arbeitnehmer eingezahlten Prämien existieren.

Zeilen von RP1 bis RP5 Gesundheitsausgaben und Ausgaben für Behinderte

Falls der Gesamtbetrag der im Jahr getragenen und in den Zeilen RP1, RP2 und RP3 angegebenen Ausgaben vor Abzug des Freibetrages von 129,11 Euro die Grenze von 15.493,71 Euro überschreitet, können die Absetzungen laut Zeile RP1 Spalten 1 und 2, Zeile RP2 und Zeile RP3 in vier Jahresanteile gleichen Betrags aufgeteilt werden.

In Zeile RP15 (Spalte 1) muss angegeben werden, ob von der Ratenaufteilung Gebrauch gemacht wird oder nicht. Für diesen Zweck wird auf die Anleitungen zur Zeile RP15 (Spalte 1) verwiesen.



Weitere Informationen über die Gesundheitsausgaben, die aufzubewahrenden Unterlagen und Klärungen zu den im Ausland getragenen Ausgaben sind im Anhang unter "Gesundheitsausgaben" wiedergegeben.

Zeile RP1 Ausgaben für die Gesundheit

Für die Ausgaben für die Gesundheit (Spalten 1 und 2) steht der Abzug von 19 Prozent nur für den über **129,11 Euro** liegenden Teil zu (zum Beispiel, wenn sich die Kosten auf 413,17 Euro belaufen, beträgt der Betrag, für den der Abzug zusteht, 284,06 Euro).



Die Gesundheitsausgaben sind vollständig anzugeben (wie im Vordruck 730 vorgesehen) und müssen daher in den Zeilen von RP1 bis RP13 nicht um den Freibetrag von 129,11 Euro gekürzt werden

Spalte 2 (Gesundheitsausgaben): den vollen Betrag der in eigenem Interesse und im Interesse der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen getragenen Gesundheitsausgaben angeben, ohne den Freibetrag von Euro 129,11 abzuziehen.

Mit Bezug auf die Gesundheitskosten bezüglich des Erwerbs von Medikamenten wird präzisiert, dass der Abzug zusteht, wenn die Ausgabe durch Rechnung oder Kassenzettel (s.g. "sprechender Kassenzettel") belegt wird, in dem die Art und die Menge der erworbenen Produkte, der alphanumerische, auf der Packung des Medikaments angebrachte Code (Erkennungscode der Arzneimittelqualität) und die Steuernummer des Empfängers spezifiziert sein müssen.

Ausschließlich für die Jahre 2017 und 2018 können auch die Kosten für den Einkauf von Lebensmitteln für besondere medizinische Zwecke abgezogen werden, die im Abschnitt A1 des nationalen Registers gemäß Art. 7 des Dekrets des Gesundheitsministeriums vom 8. Juni 2001, in dem Gesetzblatt Nr. 154 vom 5. Juli 2001 erschienen, eingegeben sind, mit Ausnahme von denen, die für die Säuglinge bestimmt sind.

Es wird daran erinnert, dass in dem anzugebenden Betrag in Zeile RP1, Spalte 2 auch die Gesundheitsausgaben enthalten sind, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der einheitlichen Bescheinigung mit Kode 1 oder unter dem Punkt „Betrag der Gesundheitsausgaben unterhalb der Selbstbeteiligung“ angeführt sind.

In dieser Spalte sind auch die Ausgaben einzutragen, die verschieden sind von den Ausgaben für Krankheiten, die von der Beteiligung an den öffentlichen Gesundheitsausgaben befreit sind, und die von einem Familienangehörigen für den nicht unterhaltsberechtigten Steuerpflichtigen getragen wurden (diese sind dagegen in Spalte 1 anzugeben).

Spalte 1 (Von einem Familienangehörigen getragene Ausgaben für befreite Krankheiten): Das Abfassen dieser Spalte ist dem **Steuerpflichtigen vorbehalten, der bestimmte Krankheiten aufweist, für die der nationale Gesundheitsdienst die Ticketbefreiung anerkannt hat**, wobei folgende Ausgaben anzugeben sind:

- von einem Familienangehörigen getragene Ausgaben, dem gegenüber der Steuerpflichtige nicht unterhaltsberechtig ist;
- bei Einrichtungen getragene Ausgaben, die die Bezahlung vorsehen (z.B.: Ausgaben für Leistungen in Privatkliniken).

Die Absetzung in Bezug auf die in dieser Spalte angegebenen Ausgaben kann für den Teil, der die Steuer übersteigt, die vom Steuerpflichtigen mit einer befreiten Krankheit zu zahlen ist, vom Familienangehörigen in Anspruch genommen werden, der die Ausgabe in seiner Erklärung und durch Abfassen der Zeile RP2 getragen hat.

Eine vollständige Liste der Krankheiten, die Anspruch auf Befreiung haben, ist im Ministerialdekret Nr. 329 vom 28. Mai 1999 enthalten.

Daher sind anzugeben:

- in **Spalte 1** der Zeile RP1 der vollständige Betrag der Ausgaben für befreite Krankheiten, ohne den Freibetrag von Euro 129,11 abzuziehen;
- in **Spalte 2** der Zeile RP1 die anderen Gesundheitsausgaben, die sich nicht auf diese Krankheiten beziehen.

Zeile RP2 Ausgaben für die Gesundheit, die für nicht zu Lasten lebende Familienangehörigen mit befreiten Pathologien getragen wurden

Den Betrag anführen, der für den Familienangehörigen getragen wurde, der steuerlich nicht zu Lasten lebend und von einer Krankheit betroffen ist, die von den öffentlichen Sanitätsabgaben befreit ist und deren Absetzung nicht in der Bruttosteuer eingeschlossen werden konnte, die vom Familienmitglied geschuldet wird. Den Betrag dieser Ausgaben erhält man durch folgende Rechenformel: Der Teil des absetzbaren Betrages, der in der Steuer des Familienmitgliedes nicht ausgeglichen werden konnte, ist durch 0,19 zu teilen. Dieser Betrag geht aus den Anmerkungen des Vordr. 730 oder aus Zeile RN47, Spalte 6 des Vordr. EINKOMMEN dieses Familienmitgliedes hervor.

Der Höchstbetrag der Gesundheitsausgaben, für die die Absetzung von 19 Prozent zusteht, beläuft sich in diesen Fällen auf insgesamt **Euro 6.197,48**; der Betrag dieser Ausgaben muss vollständig angegeben werden, ohne den Abzug des Freibetrags von Euro 129,11 vorzunehmen.

Zeile RP3 Gesundheitskosten für Behinderte

Den Betrag der Ausgaben für die Mittel angeben, die für die Begleitung, das Gehen, die Fortbewegung, das Anheben von Behinderten erforderlich sind, sowie die Ausgaben für die technischen und elektronischen Hilfsmittel, die der Unabhängigkeit und Integration der Behinderten dienen. Für diese Ausgaben steht der Absetzbetrag von 19 Prozent auf den vollen Betrag zu.

In dieser Zeile werden auch die Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 3 angeführt sind.



Siehe im Anhang unter „Gesundheitskosten für Behinderte“

Zeile RP4 Ausgaben für den Erwerb und die Reparatur von Fahrzeugen für Behinderte

Die Ausgaben angeben für den Erwerb:

- von Motor- und Kraftfahrzeugen, auch wenn diese serienweise hergestellt und den dauernden Einschränkungen der motorischen Bewegungsfähigkeit der Behinderten angepasst wurden;
- von Kraftfahrzeugen, auch wenn sie nicht angepasst wurden, für den Transport von Blinden, Gehörlosen, psychisch oder geistig Behinderten, die aufgrund der Schwere der Behinderung Anspruch auf Begleitungsgeld haben, Invaliden mit schwerer Einschränkung der Gehfähigkeit und mehrfach amputierten Personen. Die Absetzung steht nur einmal in vier Jahren zu, außer in den Fällen, in denen das Kraftfahrzeug aus dem öffentlichen Fahrzeugregister gestrichen wurde. Die Absetzung steht innerhalb der Ausgabenobergrenze von 18.075,99 Euro für ein einziges Fahrzeug (Motor- oder Kraftfahrzeug) zu, vorausgesetzt, dass es ausschließlich oder hauptsächlich zum Nutzen des Behinderten verwendet wird. Wurde das Fahrzeug gestohlen und nicht wieder aufgefunden, wird von den Euro 18.075,99 die eventuelle Erstattung der Versicherung abgezogen.

Bei entgeltlicher oder unentgeltlicher Veräußerung des Fahrzeugs vor Ablauf von zwei Jahren ab dem Kauf wird die Differenz zwischen der Steuer, die ohne die Vergünstigung festgesetzt worden wäre, und der vergünstigten Steuer fällig, es sei denn, dass die Veräußerung infolge einer Änderung der Behinderung erfolgte, die für den Behinderten den Kauf eines neuen Fahrzeugs erforderlich machte, an dem neue und andere Anpassungen vorzunehmen sind.

Der Absetzbetrag kann in vier gleiche Jahresraten aufgeteilt werden: In diesem Fall ist in das Kästchen der Zeile RP4 die Nummer 1 einzutragen, dadurch wird mitgeteilt, dass man die erste Rate in Anspruch nehmen möchte, wobei in dieser Zeile auch der Betrag der zustehenden Rate anzugeben ist. Wenn die Ausgaben hingegen in den Jahren 2014, 2015 oder 2016 getragen wurden und Sie in der Erklärung für die bezogenen Einkünfte der entsprechenden Jahre das Kästchen für die Aufteilung des Absetzbetrages in vier gleich hohe Jahresraten angekreuzt haben, müssen Sie in das Kästchen der Zeile RP4 die Ziffern 4, 3 oder 2 eintragen, wodurch Sie mitteilen, dass Sie die vierte, die dritte oder die zweite Rate in Anspruch nehmen möchten. In Zeile RP4 ist der Betrag der zustehenden Rate anzuführen.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Absetzbetrag auch für Reparaturen, die nicht unter die ordentliche Instandhaltung fallen, zusteht, davon ausgenommen sind also die Betriebsausgaben (wie zum Beispiel die Versicherungsprämien, der Treibstoff und die Schmiermittel).

Für die Ausgaben der außerordentlichen Instandhaltung ist keine Möglichkeit vorgesehen, den Absetzbetrag in vier Raten aufzuteilen. Deshalb kann die Ratenaufteilung nicht in jener Zeile beantragt werden, in welcher die genannten Ausgaben anzuführen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass die oben genannten Ausgaben innerhalb von vier Jahren zu tragen sind, wobei sie zusammen mit den Anschaffungskosten für das Fahrzeug zum erlaubten Höchstbetrag von 18.075,99 Euro beitragen.

In dem Betrag in dieser Zeile sind auch die Ausgaben bis zum oben genannten Höchstbetrag einzuschließen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 4 angeführt sind.

Zeile RP5 Ausgaben für den Erwerb eines Fùhrhundes

Die Ausgaben für den Kauf des Fùhrhundes für blinde Personen angeben. Der Absetzbetrag steht einmal alle vier Jahre zu, außer in Fällen eines Verlustes des Tieres

Die Absetzung steht in Bezug auf den Kauf eines einzigen Hundes für den vollen Betrag zu.

Die Absetzung kann in vier Jahresraten gleichen Betrages aufgeteilt werden; in diesem Fall ist im Kästchen der Zeile, die entsprechende Anzahl der Raten, die in Anspruch genommen werden möchten und der Betrag der zustehenden Rate anzuführen.

Es wird daran erinnert, dass der Blinde für den Unterhalt des Fùhrhundes auch Anrecht auf einen Pauschalabsetzbetrag von 516,46 Euro hat (siehe dazu die Anleitungen in Zeile RP82). Der in Zeile RP5 anzugebende Betrag muss auch die Ausgaben einschließen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 5 angeführt sind.

Zeile RP6 zuvor in Raten eingeteilte Gesundheitskosten

Diese Zeile ist den Steuerpflichtigen vorbehalten, die in den vorhergehenden Einkommenserklärungen im 2014 und/oder 2015 und/oder 2016 die Ratenzahlung der im Gesundheitsbereich getragenen Ausgaben gewählt haben, da der Betrag dieser Ausgaben höher als 15.493,71 Euro war. In der **Spalte 2** den Betrag der zustehenden Rate angeben. Für die im Jahr 2014 und 2015 getragenen Ausgaben kann dieser Betrag aus Zeile RP6, Spalte 2 und für die im Jahr 2016 getragenen Ausgaben aus Zeile RP15, Spalte 2 des Vordr. EINKOMMEN 2017 entnommen werden. Der zuste-hende Ratenbetrag kann auch berechnet werden, indem man den Betrag aus Zeile E6 des Vordr. 730/2017, durch die im Jahr 2014 oder Jahr 2015 getragenen Ausgaben und Zeile 136 des Vordr. 730-3 für die im Jahr 2016 getragenen Ausgaben, durch vierteilt (Anzahl der vorgesehenen Raten).

In der **Spalte 1** dieser Zeile die Anzahl der Raten angeben, die genutzt werden sollen (z.B. ist für die im Jahr 2014 getragenen Ausgaben die Zahl 3 anzugeben).

Steuerzahler, die sich für die im Jahr 2014, 2015 oder 2016 getragenen Ausgaben für die Ratenauszahlung entschieden haben, sind verpflichtet die Zeile RP6 auf zwei verschiedenen Vordrucken abzufassen.

Der in Zeile RP6 anzugebende Betrag muss auch die Ausgaben einschließen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der einheitlichen Bescheinigung mit Kode 6 angeführt sind.

Passivzinsen - Zeile RP7 und Kodes 8, 9, 10 und 11 in den Zeilen von RP8 bis RP14

In diesen Zeilen sind die Beträge der **Passivzinsen**, die **Nebenbelastungen** und die im Jahre 2017 gezahlten **neu bewerteten Anteile** je nach Darlehen, ungeachtet der Fälligkeit der Rate anzugeben.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens"

Bei Hypothekendarlehen, welche durch die vom Staat bzw. von den öffentlichen Körperschaften gewährten Beiträge finanziert werden und nicht als Kapitalkonto entrichtet wurden, können die Passivzinsen, beschränkt auf den Betrag, der effektiv zu Lasten des Steuerzahlers geblieben ist, abgesetzt werden. Für den Fall, dass der Beitrag in einer Steuerperiode gezahlt wird, die auf die folgt, in der der Steuerpflichtige in den Genuss des Abzugs für den Gesamtbetrag der Passivzinsen gekommen ist, muss die Höhe des bezogenen Beitrags einer getrennten Besteuerung als "rückerstattete Belastung" unterzogen werden.

Kein Recht auf Absetzung besteht für die Zinsen auf:

- Darlehen, welche im Jahr 1991 oder 1992 für Gründe aufgenommen wurden, die verschieden vom Kauf der eigenen Wohnung sind (zum Beispiel für Sanierungsarbeiten);
- Darlehen, die ab dem Jahr 1993 aus einem anderen Grund aufgenommen wurden, der verschieden vom Kauf der Hauptwohnung ist (zum Beispiel für den Kauf der Zweitwohnung). Davon ausgeschlossen sind Darlehen, die im Jahr 1997 für die Sanierung von Immobilien abgeschlossen wurden sowie die Hypothekendarlehen, die ab Jahr 1998 für den Bau und für Sanierungsarbeiten der Hauptwohnung aufgenommen wurden.

Für Zinsen, die infolge einer Aufnahme eines Bankkredites, einer Gehaltsabtretung und im allgemeinen auf Grund von Finanzierungen eingezahlt wurden, die verschieden von jenen auf Darlehensverträgen sind, auch falls es sich um hypothekarisch gesicherte Darlehen auf Liegenschaften handelt, besteht kein Anrecht auf den Absetzbetrag.

Falls das Darlehen die Kosten für den Kauf der Immobilie überschreitet, können die Zinsen für den Teil des Darlehens abgesetzt werden, der den Kauf deckt. Diesem Betrag können die Notariatsausgaben und die zusätzlichen Ausgaben für den Kauf dazu gerechnet werden. Für die Berechnung der absetzbaren Zinsen kann folgende Berechnung angewandt werden:

$$\frac{\text{Kosten für den Kauf der Immobilie} \times \text{entrichtete Zinsen}}{\text{Darlehensbetrag}}$$

Bei einem Darlehen, das auf mehrere Subjekte lautet, kann jedes von ihnen ausschließlich für den eigenen Zinsenanteil die Absetzung beanspruchen. Die Nebenbelastungen, auf die der Abzug berechnet werden kann, sind die für den Abschluss eines Darlehensvertrags unbedingt erforderlichen Ausgaben. Zu den zusätzlichen Aufwendungen zählen auch:

- das Notarhonorar für den Abschluss des Hypothekendarlehensvertrags sowie die vom Notar auf Rechnung des Klienten getragene sonstige Ausgaben (zum Beispiel die Eintragung und Löschung der Hypothek);
- die Ausgaben für das Gutachten;
- die Ausgaben für die Voruntersuchung;
- die vom Kreditinstitut für ihre Vermittlertätigkeit verlangte Kommission;
- die Provision für in Raten eingeteilten Ausschuss bei Bargelddarlehen;
- die Strafe für vorzeitige Tilgung des Darlehens;
- die Neubewertungsanteile je nach Indexklauseln;
- die Wechselkursverluste für in Auslandwährung abgeschlossene Darlehen;
- die Steuer für die Eintragung bzw. die Löschung der Hypothek;
- die Ersatzsteuer auf Leihkapital.

Es können nicht abgezogen werden:

- Die Versicherungskosten für die Immobilie, auch nicht wenn die Versicherung vom Kreditinstitut verlangt wird, welches das Darlehen als weitere Garantie gewährt, für den Fall, dass besondere Ereignisse die Immobilie beschädigen und eine Minderung ihres Werts auf einen niedrigeren Betrag als den hypothekarisch belasteten bestimmen sollten;
- die Ausgaben für die Immobilienvermittlung (Immobilienbüros);
- das Notarhonorar für den Kaufvertrag;
- die Eintragungsgebühren, die MwSt, die Hypotheken- und Katasterggebühren.

Zeile RP7 Zinsen für Hypothekendarlehen für den Erwerb der Hauptwohnung

Die Passivzinsen, die Nebenbelastungen und die Neubewertungsanteile je nach Indexklauseln angeben, die für Hypothekendarlehen für den Erwerb der Hauptwohnung gezahlt werden.

Begriff der Hauptwohnung

Als Hauptwohnung wird jene betrachtet, in welcher der Steuerzahler und seine Familienangehörigen gewohnheitsmäßig wohnen. Deshalb hat der Käufer, auf welchen der Darlehensvertrag lautet, auch im Fall, dass die Liegenschaft von einem seiner Familienangehörigen (Ehepartner, Verwandte innerhalb des 3. Grades und Verschwägerter innerhalb des 2. Grades) als Hauptwohnung verwendet wird, das Anrecht auf Absetzung. Im Falle einer gerichtlichen Trennung zählt auch der getrennte Ehepartner bis zur Eintragung des Scheidungsurteils zu den Familienangehörigen. Bei einer Scheidung steht dem Ehepartner, der seinen Wohnsitz geändert hat auf jedem Fall die Begünstigung der Absetzung für jenen Teil zu, der die Familienangehörigen betrifft, die in dieser Liegenschaft gewohnheitsmäßig wohnen.

Höchstbetrag auf den der Abzug angewendet werden kann

Der Abzug steht auf einen Höchstbetrag von **4.000,00 Euro** zu. Im Falle mehrerer Mitinhaber eines Darlehensvertrages bzw. bei Vorliegen mehrerer Darlehensverträge, bezieht sich der Grenzbetrag auf den Gesamtbetrag der getragenen Zinsen, der zusätzlichen Aufwendungen und der Aufwertungsanteile (z.B.: dürfen beide Ehepartner, wo keiner zu Lasten des anderen lebt und das Darlehen der eigenen Hauptwohnung in gleichen Teilen auf den Namen beider Ehegatten/Mitbesitzer lautet, einen Maximalbetrag von Euro 2.000,00 angeben). Falls das Hypothekendarlehen auf beide Ehepartner lautet, aber einer zu Lasten des anderen lebt, kann der Ehepartner, der die gesamten Ausgaben trägt, die Absetzung der Passivzinsen für beide Anteile in Anspruch nehmen.

Zum Abzug zugelassene Personen

Der Steuerabzug steht den Käufern zu, die kontextuell die Vertragsschließenden des Hypothekendarlehens sind.

Die Absetzung steht auch dem "nackten Eigentümer" zu (und zwar dem Besitzer der belasteten Immobilie, zum Beispiel von einem Fruchtgenuss zu Gunsten einer anderen Person), immer unter der Voraussetzung, dass alle erforderlichen Bedingungen vorliegen, während die Absetzung dem Nutznießer niemals zusteht, da dieser die Wohneinheit nicht gekauft hat.

Bei ungeteilten, von Genossenschaften oder Baufirmen geschlossenen Hypothekendarlehen, steht der Anspruch auf den Abzug den Empfängern oder Käufern bezüglich der Passivzinsen, Nebenbelastungen und von diesen an die Vertragsschließenden von diesen zurückerstatteten Neu-

bewertungsanteilen zu. Um zum Abzug berechtigt zu sein, auch wenn die Summen von den Empfängern der Genossenschaftswohnungen mit geteiltem Eigentum gezahlt wurden, gilt nicht der Moment der vom Notar verfassten formalen Zuweisungsakte oder die des Kaufs sondern der Moment des Beschlusses der Wohnungszuweisung mit daraus folgender Übernahme der Zahlungspflicht des Darlehens und Einweisung in den Besitz. In diesem Fall kann die Zahlung der Zinsen bezüglich des Darlehens auch durch die von der der Genossenschaft, die Namensträger des Darlehens ist, ausgestellte Dokumentation bescheinigt werden.

Bei Tod des Darlehensschuldners wird das Recht auf Abzug auf den Erben oder Vermächtnisnehmer oder den Käufer übertragen, der das Darlehen übernommen hat.

Bei Übernahme ist unter dem Abschlussdatum des Darlehensvertrags der Tag zu verstehen, an der Übernahmevertrag des Darlehens abgeschlossen wird.

Der Abzug steht auch überlebenden Ehegatten zu, wenn er gemeinsam mit dem verstorbenen Ehegatten Mitinhaber des Darlehensvertrags für den Erwerb der Hauptwohnung ist, vorausgesetzt, dass er für die Regelung des Darlehensvertrags sorgt und dass die anderen Anforderungen bestehen. Der Abzug wird auch für die von Personen, die dem fest im Dienst stehenden Personal der Streit- und Polizeikräfte mit militärischer Regelung sowie dem der Polizeikräfte mit ziviler Regelung angehören, gezahlten Passivzinsen in Bezug auf Hypothekendarlehen für den Erwerb einer Immobilie, welche die einzige Eigentumswohnung darstellt, zuerkannt, ungeachtet der Anforderung der Wohnung.

Allgemeine Bedingungen, um in den Genuss des Abzugs zu kommen

Diese Absetzung steht unter der Bedingung zu, dass die Immobilie innerhalb eines Jahres ab dem Ankauf als Hauptwohnung benutzt wird und der Kauf im selben Jahr bzw. im Jahr vor Aufnahme des Darlehens oder im Jahr nach Aufnahme desselben stattgefunden hat. Falls der Steuerzahler dauerhaft in einem Altersheim oder Pflegeheim wohnt, werden keine Änderungen in Bezug auf die Hauptwohnung in Betracht gezogen, Voraussetzung dafür ist, dass die Immobilie nicht als vermietet aufscheint.

Weiteres steht die Absetzung auch für Darlehensverträge zu, die mit Subjekten abgeschlossen werden, welche innerhalb eines EU-Staates ansässig sind.

Für Darlehen, die vor dem 1. Januar 2001 aufgenommen wurden, steht die Absetzung unter der Bedingung zu, dass die Immobilieneinheit innerhalb von sechs Monaten ab dem Kauf als Hauptwohnung verwendet wird. Ausgenommen ist der Fall, wenn am 1. Januar 2001 die von der geltenden Vorschrift vorgesehene sechsmonatliche Frist noch nicht abgelaufen wäre. Die Absetzung steht ausschließlich auf Darlehen, die im Jahr 1993 abgeschlossen wurden zu, Voraussetzung dafür ist, dass die Immobilieneinheit innerhalb des 8. Juni 1994 als Hauptwohnung verwendet wurde.

Die Zeitspanne zwischen dem Kaufdatum der Immobilie und der Aufnahme des Darlehens wird nicht berücksichtigt, wenn der ursprüngliche Darlehensvertrag für die Hauptwohnung erlischt und ein neuer Vertrag auch mit einer anderen Bank abgeschlossen wird, ist die Vermutung eines vom Schuldner gewollten Ersatzes, vorgesehen von Art. 8 der Gesetzesverordnung Nr. 7 vom 31.01.2007 nicht ausgeschlossen.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens"

In diesem Fall, wie auch im Falle einer Wiederaufnahme des Darlehens steht der Anspruch auf die Absetzung für einen Betrag von nicht mehr als jenem Betrag zu, der sich mit Bezug auf das Restkapital des alten Darlehens ergeben würde. Dieses Kapital wird um die Ausgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Löschung des alten und der Aufnahme des neuen Darlehens erhöht.

Falls die gekaufte Liegenschaft umgebaut wird, steht die Absetzung ab dem Datum zu, an dem dieselbe als Hauptwohnung verwendet wird, dies muss jedenfalls innerhalb der Frist von zwei Jahren erfolgen.

Falls eine vermietete Liegenschaft gekauft wurde, steht die Absetzung ab dem Einzahlungsdatum der ersten Rate zu und zwar unter der Bedingung, dass der Käufer dem Mieter innerhalb von drei Monaten die Räumungsklage zustellt und die Immobilie innerhalb von einem Jahr als Hauptwohnung verwendet.

Das Anrecht auf Absetzung steht auch zu, falls die Immobilieneinheit aus Arbeitsgründen, die sich nach dem Kauf herausgestellt haben, nicht innerhalb von einem Jahr als Hauptwohnung verwendet wird. Das Recht auf Absetzung verwirkt ab dem Steuerzeitraum, der auf jenen folgt, ab dem die Immobilieneinheit nicht mehr als Hauptwohnung benutzt wird (ausgenommen ist der Fall, in dem eine Verlegung des Arbeitsplatzes erfolgt oder der Steuerpflichtige dauerhaft in einem Altersheim oder Pflegeheim wohnt). Sobald der Steuerzahler diese Wohnung wieder als Hauptwohnung verwendet, kann die Absetzung neuerdings in Anspruch genommen werden und zwar in Bezug auf die Raten, die ab diesem Moment eingezahlt werden.

Die Absetzung steht nicht zu, falls ein getrennter Darlehensvertrag für den Ankauf einer dazugehörenden Einheit zur Hauptwohnung abgeschlossen wurde.

Darlehensverträge, welche vor 1993 abgeschlossen wurden

Für die vor 1993 abgeschlossenen Darlehensverträge steht die Absetzung auf einem Höchstbetrag von Euro 4 000,00 für jeden Inhaber des Darlehens zu, falls die Immobilieneinheit innerhalb des 8. Dezember 1993 als Hauptwohnung benutzt wurde und falls der Steuerzahler während des übrigen Jahreszeitraumes und den darauf folgenden Jahren die Hauptwohnung aus nicht arbeitsbedingten Gründen gewechselt hat.

Falls die Liegenschaft im Laufe des Jahres (aus nicht arbeitsbedingten Gründen) nicht mehr als Hauptwohnung benutzt wird, steht die Absetzung für jeden Darlehensinhaber nur auf einem Höchstbetrag von Euro 2.065,83, zu.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens"

Das Anrecht auf Absetzung bleibt hingegen im Falle einer Neuaufnahme des Darlehensvertrages aufrecht. In diesem Fall ist weiterhin die Steuerregelung in Bezug auf gelöschte Darlehen anzuwenden.

Ist der Betrag in Zeile RP7 höher oder gleich Euro 2.065,83, ist mit dem **Kode 8** in den Zeilen von RP8 bis RP13 kein Betrag anzugeben. Wenn dagegen der Betrag in Zeile RP7 unter Euro 2.065,83 liegt, darf die Summe der Beträge, die in Zeile RP7 (**Kode 8**) und in den Zeilen von RP8 bis RP14 angegeben sind, diesen Betrag, d.h. Euro 2.065,83 nicht überschreiten.

In Zeile RP7 werden auch die Passivzinsen für Hypothekendarlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der einheitlichen Bescheinigung mit Kode 7 angeführt sind.

Zeilen von RP8 bis RP13 Sonstige Ausgaben, für die die Absetzung zusteht

Die durch die Codes von **8 bis 36, 38, 39 und 99** gekennzeichneten Ausgaben angeben, für die eine Absetzung von 19 Prozent zusteht, sowie die durch die Codes **41 und 42** gekennzeichneten Codes, für die eine Absetzung von 26 Prozent zusteht.

AUSGABEN, FÜR DIE DER ABSETZUNG VON 19 PROZENT ZUSTEHT

KODE	BESCHREIBUNG	ZEILE	KODE	BESCHREIBUNG	ZEILE
1	Spesen für die Gesundheit	RP1	22	Freiwillige Zuwendungen an Gesellschaften gegenseitiger Hilfeleistungen	"
2	Gesundheitskosten für nicht unterhaltsberechtigten Familienangehörigen	RP2			
3	Ausgaben für die Gesundheit behinderter Personen	RP3	23	Freiwillige Zuwendungen an Vereinigungen für die soziale Förderung	"
4	Ausgaben für Fahrzeuge für behinderte Personen	RP4	24	Freiwillige Zuwendungen an die Kulturgesellschaft Biennale di Venezia	"
5	Spesen für den Kauf eines Blindenhundes	RP5			
6	Gesamtbetrag der Spesen für die Gesundheit für welche in der vorhergehenden Erklärung eine Ratenzahlung beantragt wurde	RP6	25	Spesen in Bezug auf Güter die dem vinkulierten Besteuerungssystem unterliegen	"
7	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Kauf der Hauptwohnung	RP7	26	Freiwillige Zuwendungen für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten	"
8	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Kauf sonstiger Immobilien	da RP8 a RP12	27	Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind	"
9	Zinsen für die im Jahr 1997 aufgenommenen Darlehen für Umbauarbeiten	"	28	Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Stiftungen im Bereich der Musik	"
10	Zinsen für Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung	"	29	Spesen für den Tierarzt	"
11	Zinsen für landwirtschaftliche Anleihen und Darlehen	"	30	Für von den anerkannten tauben Subjekten für Dolmetscherdienste getragene Kosten	"
12	Bildungsausgaben, die sich von Universitätsbildungsausgaben unterscheiden	"	31	Freiwillige Zuwendungen an Lehranstalten jeder Art und jeden Grades	"
13	Ausgaben für Universitätsbildung	"	32	Spesen, die für den Rückkauf der Studienjahre für zu Lasten lebende Familienmitglieder getragen wurden	"
14	Spesen für Bestattung	"	33	Ausgaben für Kinderkrippen	"
15	Spesen für die Angestellten, die persönlichen Beistand leisten	"	35	Freiwillige Zuwendungen zum Abschreibungsfond der Staatsanleihen	"
16	Spese per attività sportive per ragazzi (palestre, piscine e altre strutture sportive)	"	36	Prämien für Versicherungen zum Schutz von Menschen mit schweren Behinderungen	"
17	Spesen für die Immobilienvermittlung	"	38	Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen	"
18	Spesen für die Bezahlung der Miete von Seiten der Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes	"	39	Versicherungsprämien zur Deckung des Risikos der Pflegebedürftigkeit	"
20	Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Bevölkerungen, die von Naturkatastrophen oder außerordentlichen Ereignissen betroffen wurden	"	99	Sonstige absetzbare Aufwendungen	"
21	Freiwillige Zuwendungen an Amateursportvereine	da RP8 a RP12			

AUSGABEN, FÜR DIE DER ABSETZUNG VON 26 PROZENT ZUSTEHT

KODE	BESCHREIBUNG	ZEILE	KODE	BESCHREIBUNG	ZEILE
41	Freiwillige Zuwendungen an gemeinnützige Organisationen (ONLUS)	von RP8 bis RP13	42	Freiwillige Zuwendungen zugunsten politischer Parteien	von RP8 bis RP13

In **Spalte 1** den Kode und in **Spalte 2** den entsprechenden Betrag eintragen. Insbesondere die Kodes für die folgenden Ausgaben angeben. **Kode „8“ (Zinsen für Hypothekendarlehen zum Kauf sonstiger Immobilien, die vor 1993 aufgenommen wurden)**. Mit diesem Kode sind für einen Betrag von nicht mehr als **Euro 2.065,83** für jeden Darlehensinhaber die Passivzinsen, die zusätzlichen Aufwendungen und die Wertsicherungsbeträge aufgrund von Indexklauseln anzugeben, die Sie für hypothekarisch abgesicherte Darlehen zum Kauf von anderen als Hauptwohnungen gezahlt haben, die vor 1993 aufgenommen wurden.

Für Darlehensverträge die in den Jahren 1991 und 1992 abgeschlossen wurden, steht die Absetzung nur für den Kauf von Immobilien zu, die als eigene Wohnung benutzt werden und verschieden von der Hauptwohnung sind (für welche hingegen die Anleitungen der Zeile RP7 gültig sind) und für welche diese Bedingung nicht abgeändert wurde (z.B.: Wenn die Immobilie vermietet wird).

Im Fall der Übernahme des Darlehens durch den Erben oder Käufer bzw. im Fall des von der Genossenschaft oder der Baufirma abgeschlossen Darlehens, siehe Anleitung für Zeile RP7, Absatz "Zum Abzug zugelassene Personen". Der Abzug kann auch bei der Umwandlung des Darlehensvertrags genossen werden.



Siehe im Anhang "Wiederaufnahme eines Darlehens"

In dieser Zeile werden auch die Passivzinsen für Darlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 8 angeführt sind.

Kode „9“ (Zinsen für die im Jahr 1997 für Umbauarbeiten aufgenommenen Darlehen) Mit diesem Kode sind die Beträge der Passivzinsen, der zusätzlichen Aufwendungen und der Wertsicherungsbeträge aufgrund von Indexklauseln für Darlehen (auch für nicht hypothekarische abgesicherte) anzugeben, die 1997 zur Durchführung von Instandhaltungs-, Renovierungs- und Umbauarbeiten der Gebäude aufgenommen wurden, so wie vorgesehen

von Art. 1, Absatz 4, des Gesetzdekretes Nr. 669 vom 31. Dezember 1996, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 30 vom 28. Februar 1997. Die Absetzung steht auf einem Betrag von höchstens **2.582,28 Euro** zu, bei mehreren Mitinhabern eines Darlehensvertrages oder mehreren Darlehensverträgen bezieht sich der besagte Grenzbetrag auf den getragenen Gesamtbetrag der Zinsen, die zusätzlichen Aufwendungen und die Aufwertungsquoten. Falls der Darlehensvertrag von einem Kondominium abgeschlossen wird, steht die Absetzung für jeden Mitbesitzer auf Grund der Tausendstel des Besitzes zu.

In dieser Zeile werden auch die Passivzinsen für Hypothekendarlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 9 angeführt sind.

Kode „10“ (Zinsen aus Hypothekendarlehen für den Bau der Hauptwohnung). Mit diesem Kode sind die Schuldzinsen, die entsprechenden zusätzlichen Aufwendungen und die Aufwertungsquoten nach Indexklauseln für Hypothekendarlehen anzugeben, welche ab 1998 für den Bau und Instandhaltungsarbeiten der Hauptwohnung aufgenommen wurden.

Die Absetzung steht auf einen Höchstbetrag von **2.582,28 Euro** zu.

Der Absetzbetrag wird auch auf Passivzinsen anerkannt, die von Subjekten entrichtet wurden, die dem bleibenden Personal der Wehrmacht, den Polizeikräften der Militärordnung und den Polizeikräften der Zivilordnung angehören und zwar mit Bezug auf Hypothekendarlehen für den Bau einer Immobilie, die den Besitz einer einzigen Wohnung darstellt, abgesehen von der Voraussetzung des gewöhnlichen Wohnortes.

In dieser Zeile werden auch die Passivzinsen für Hypothekendarlehen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der einheitlichen Bescheinigung mit Kode 10 angeführt sind.



Siehe im Anhang *“Hypothekendarlehen für den Bau und für Instandhaltungsarbeiten der Hauptwohnung”*

Kode „11“ (Zinsen aus Landwirtschaftsanleihen bzw. –darlehen). Mit diesem Kode sind die Schuldzinsen und die entsprechenden zusätzlichen Aufwendungen sowie die Aufwertungsquoten nach Indexklauseln für Anleihen aus landwirtschaftlichen Darlehen jeglicher Art anzugeben. Der Betrag der Aufwendungen kann unabhängig vom Datum des Darlehensabschlusses, nicht höher als die Einkünfte der erklärten Grundstücke, die in Übersicht RH erklärten Einkünfte aus Grundbesitz eingeschlossen, für welche das Kästchen in Spalte 6 (Einkünfte aus Grundbesitz) angekreuzt wurde, sein. Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 11 angeführt sind.

Kode „12“ (Bildungsausgaben) Mit diesem Kode ist der Betrag der Ausgaben für den Besuch von Kindergärten, des ersten Bildungszyklus und der Sekundarstufe des zweiten Abschnitts des staatlichen Bildungssystems gemäß Art. 1 des Gesetzes vom 10. März 2000 Nr. 62 und nachfolgende Änderungen, für einen Jahresbetrag von bis zu 717,00 € pro Schüler oder Student anzugeben. Die Absetzung steht für die sowohl für die steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen als auch für den Steuerpflichtigen selbst getragenen Ausgaben zu.

Wenn die Ausgabe mehr als einen Schüler betrifft, müssen mehrere Zeilen von RP8 bis RP13 ausgefüllt werden, wobei in jeder der Code 12 und die für den jeweiligen Jugendlichen getragene Ausgabe einzutragen ist.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung enthaltenen Ausgaben mit dem Code der Aufwendung 12 beinhalten. Die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 12 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Dieser Abzug kann nicht der Absetzung, der für freiwillige Zuwendungen an Schulen für eine Ausweitung des Bildungsangebots vorgesehen ist, die mit dem Kode 31 angegeben werden, hinzugefügt werden.

Kode „13“ (Ausgaben für Hochschulbildung). Mit diesem Code ist der Betrag der Ausgaben für den Besuch von Universitätsbildungskursen bei staatlichen und nicht staatlichen Universitäten für eine universitäre Fortbildung und/oder Spezialisierung anzugeben, die in Universitäten oder öffentlichen und privaten Instituten, italienischen oder ausländischen, gehalten wurden.

Die Ausgaben können sich auch auf mehrere Jahre beziehen, einschließlich einer außerkurslichen Inskription und dürfen im Fall von nicht staatlichen Universitäten nicht höher sein, als der Betrag, der für jede Universitätsfakultät durch das Dekret des Ministeriums für Bildung, Universitäten und Forschung jährlich festgelegt wurde.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung enthaltenen Ausgaben mit dem Code der Aufwendung 13 beinhalten. Die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 13 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Kode „14“ (Bestattungsausgaben). Mit diesem Kode sind die Beträge der Bestattungsspesen für Todesfälle anzugeben, unabhängig von einer Verwandtschaftsbeziehung mit dem Verstorbenen. Der Betrag darf für jeden Verstorbenen **1550 €** nicht überschreiten. Bei mehreren Bestattungen sind mehrere Zeile von RP8 bis RP13 auszufüllen, wobei in jeder Zeile der Kode 14 und die in jedem Todesfall getragenen Kosten einzutragen sind.

Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 14 angeführt sind. Diese Obergrenze gilt auch, wenn mehrere Subjekte die Ausgabe übernehmen.

Kode „15“ (Ausgaben der Angestellten für den persönlichen Beistand). Mit diesem Kode sind die Ausgaben die für den persönlichen Beistand getragen wurden, sind bis zu einem Höchstbetrag von **2.100,00 Euro** anzuführen, da das Subjekt bei den alltäglichen Verrichtungen auf fremde Hilfe angewiesen ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Absetzung nur in Anspruch genommen werden kann, wenn das Gesamteinkommen 40.000,00 Euro nicht überschreitet. In die Einkommensgrenze muss auch der der definitiven Ertragsteuer auf Vermietungen unterzogene Mietertrag und die Ermäßigung ACE eingehen. Die Absetzung steht auch für Ausgaben zu, die für Familienangehörige getragen wurden, die im Kapitel 4 *“Familienangehörige zu Lasten lebend”* angeführt sind. Es ist jedoch nicht immer nötig, dass der Familienangehörige, für den die Ausgaben getragen werden, steuerlich zu Lasten des Steuerzahlers lebend ist. Als abhängig von fremder Hilfe betrachtet werden Personen, die bei den täglichen Verrichtungen auf fremde Hilfe angewiesen sind und zwar jene, welche nicht alleine: Nahrung zu sich nehmen können, den physiologischen Funktionen und der persönlichen Hygiene nachkommen können, gehen und sich anziehen können. Auch eine Person, die ständig beobachtet werden muss, kann als abhängig von fremder Hilfe betrachtet werden.

Die Abhängigkeit von fremder Hilfe muss durch ein ärztliches Gutachten belegt werden.

Die Absetzung steht für Ausgaben nicht zu, die für den Beistand von Subjekten getragen wurden, wie zum Beispiel für Kinder deren Unselbständigkeit nicht von einer Krankheit abhängt.

Die Höchstgrenze von 2.100,00 Euro muss abgesehen von der Anzahl der Subjekte, auf welche sich der Beistand bezieht, mit Bezug auf den einzelnen Steuerzahler in Betracht gezogen werden. Zum Beispiel, wenn ein Steuerzahler Ausgaben für sich selbst und für einen Familienangehörigen getragen hat, kann der Betrag, der in dieser Zeile anzuführen ist, in keinem Fall über 2.100,00 Euro liegen.

Haben mehrere Familienangehörige die Ausgaben für den Beistand desselben Familienangehörigen getragen, muss die Höchstgrenze von 2.100,00 Euro unter den Personen, welche diese Ausgaben getragen haben, aufgeteilt werden.

Die Ausgaben müssen aus einem Beleg hervorgehen, der aus einer Bestätigung besteht, die von der Person, die den Beistand leistet unterschrieben ist. In der Bestätigung müssen die meldeamtlichen Daten und die Steuernummer der Person, welche die Zahlung vornimmt und der Person, die den Beistand leistet angeführt sein. Wird die Ausgabe zu Gunsten eines Familienangehörigen getragen, müssen in der Bestätigung auch die meldeamtlichen Daten und die Steuernummer des Familienangehörigen angeführt sein.

Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 15 angeführt sind. Die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 15 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Kode „16“ (Ausgaben für sportliche Tätigkeiten der Jugendlichen). Mit diesem Kode sind die Kosten angeben, die für die jährlichen Einschreibungsgebühren und das Abonnement für Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 18 Jahren (auch wenn dieses Alter im Lauf des Jahres 2017 erreicht wurde, gilt die Absetzung für das gesamte Steuerjahr – Rundschreiben Nr. 34/EG vom 4. April 2008) bei Sportvereinen, Fitnesscentern, Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen für den Amateursport getragen wurden. Die Absetzung steht für die sowohl für die steuerlich zu Lasten lebenden Familienangehörigen als auch für den Steuerpflichtigen selbst getragenen Ausgaben zu, wenn er in den oben angegebenen Altersbereich fällt. Der zu berücksichtigende Betrag darf für jedes Kind die **210,00 Euro** nicht überschreiten.

Der Abzug kann zwischen den Anspruchsberechtigten (z.B. den Eltern) aufgeteilt werden. In diesem Fall ist auf dem Ausgabenbeleg der Anteil anzugeben, der jeweils abgezogen wurde. Die Gesamtausgabe darf jedoch für jedes Kind die 210,00 Euro nicht überschreiten.

Wenn die Ausgabe mehr als einen Jugendlichen betrifft, müssen mehrere Zeilen von RP8 bis RP13 ausgefüllt werden, wobei in jeder der Code 16 und die für den jeweiligen Jugendlichen getragene Ausgabe einzutragen ist.

Die Ausgaben müssen aus einem Bank- oder Postbeleg bzw. aus einer Rechnung, Zahlungsbestätigung oder Einzahlungsquittung hervorgehen, in welcher auch Folgendes aufscheint:

- Die Firma, die Benennung oder der Firmenname, der Rechtssitz bzw. für eine natürliche Person, der Name, Familienname und Wohnsitz und die Steuernummer jenes Subjektes, das die Leistung erbracht hat;
- der Einzahlungsgrund;
- die Art der sportlichen Tätigkeit;
- der für die erbrachte Leistung bezahlte Betrag;
- die meldeamtlichen Angaben der Person, welche die sportliche Tätigkeit ausübt und die Steuernummer der Person, welche die Zahlung vornimmt.

Der Betrag muss auch die Ausgaben enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 16 angeführt sind.

Kode „17“ (Ausgaben für die Vermittlung von Immobilien) die Vergütungen mit welcher Bezeichnung auch immer angeben, die an Immobilienvermittler für den Erwerb der Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung bestimmt ist, bezahlt wurden. Der Betrag, der in dieser Zeile anzugeben ist, darf den Höchstbetrag von **1.000,00 Euro** nicht überschreiten. In dieser Zeile werden auch die Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 17 angeführt sind.



Wird die Immobilieneinheit von mehreren Personen gekauft, muss der Betrag von 1.000,00 Euro gemäß den Besitzanteilen unter diesen aufgeteilt werden.

Kode „18“ (Von Universitätsstudenten außerhalb des Wohnsitzes getragene Mietzinsen) die Kosten angeben, die von den Universitätsstudenten für Mieten aufgrund eines abgeschlossenen oder erneuerten Mietvertrages (Gesetz Nr. 431 vom 09. Dezember 1998) getragen wurden und zwar dann, wenn sie an einer Universität eingeschrieben sind, die sich in einer anderen Gemeinde als der Wohnsitzgemeinde befindet. Der Abzug für die Mieten steht auch bezüglich der Gastfreundschaftsverträge sowie der Zuweisungshandlungen in Nutzung oder Miete, die mit Körperschaften für das Recht auf Studium, Universität, rechtlich anerkannte Kollegien, Körperschaften ohne Erwerbzweck und Genossenschaften abgeschlossen wurden zu. Um die Absetzung in Anspruch nehmen zu können, muss sich die Universität mindestens in 100 Kilometer Entfernung von der Gemeinde befinden, in der der Student seinen Wohnsitz hat, oder auf jeden Fall in einer anderen Provinz oder auf dem Gebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, mit denen der Austausch von Informationen möglich ist. Für die Steuerjahre 2017 und 2018 kann die Anforderung des Abstands auch innerhalb der selben Provinz erfüllt werden und sie wird auf 50 Kilometer für die in den Berg- oder benachteiligten Gebieten wohnhaften Studenten reduziert.

Der Betrag, der in dieser Zeile anzugeben ist, darf **2.633,00 Euro** nicht überschreiten. Die Absetzung steht auch dann zu, wenn diese Ausgaben für steuerlich zu Lasten lebende Familienangehörige getragen wurden.

In dieser Zeile werden auch die Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 18 angeführt sind.

Kode „20“ (Freiwillige Zuwendungen zugunsten der von Katastrophen und außerordentlichen Ereignissen betroffenen Bevölkerungen). Die freiwilligen Zuwendungen in Höhe von nicht mehr als 2.065,83 Euro pro Jahr zugunsten der von Katastrophen oder außerordentlichen Ereignissen betroffenen Bevölkerungen, die auch Katastrophen betreffen können, die sich in anderen Staaten ereignet haben. Die Zuwendungen müssen ausschließlich erfolgen über:

- gemeinnützige Organisationen (Onlus);
- internationalen Organisationen, denen Italien als Mitglied angehört;
- anderen Stiftungen, Vereinigungen, Komitees und Körperschaften, deren Gründungsakt oder Statut mit einer öffentlichen Urkunde oder einer beglaubigten oder registrierten privaten Schrift festgelegt wurde. Dabei handelt es sich um Stiftungen und Einrichtungen, die humanitäre Zielsetzungen zu Gunsten der Bevölkerungen verfolgt, die von Katastrophen oder sonstigen außerordentlichen Ereignissen heimgesucht worden sind;
- öffentlichen staatlichen, regionalen oder örtlichen Verwaltungen, den nicht gewinnbringenden öffentlichen Körperschaften;
- Gewerkschaftsvereinigungen der Berufsgruppen.

Für die Überprüfung der Obergrenze der Ausgabe muss auch der durch den Kode 41 in den Zeilen RP8 bis RP 13 angegebene Betrag berücksichtigt werden. Die Zahlungen müssen durch Post- oder Banküberweisung oder mit Debitkarten, Kreditkarten, Guthabekarten, Bankschecks und Barschecks erfolgen. Bei freiwilligen Zuwendungen mit Hilfe einer Kreditkarte ist es bei einer eventuellen Anforderung der Finanzverwaltung ausreichend, den Kontoauszug der entsprechenden Kreditkartengesellschaft aufzubewahren und vorzulegen.

Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 20 angeführt sind.

Kode „21“ (Freiwillige Zuwendungen an Amateursportvereine) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld für einen Höchstbetrag von **1.500,00 Euro** zugunsten der Amateursportvereine.

In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 21 angeführt sind.

Kode „22“ (Mitgliedsbeiträge an Gesellschaften gegenseitiger Hilfeleistungen) die Beiträge an Vereinigungen bis zum Betrag von **1.291,14 Euro**, die von Seiten der Mitglieder an wechselseitige Versicherungen entrichtet wurden, die ausschließlich in den von Art. 1 des G. Nr. 3818 vom 15. April 1886 vorgesehenen Bereichen tätig sind und den Familienmitgliedern im Falle von Krankheit, von Arbeitsunfähigkeit oder auf Grund des Alters bzw. in Todesfällen, eine Hilfeleistung bieten. Man hat nur für jene Beiträge das Anrecht auf Absetzung, die für sich selbst und nicht für die Familie eingezahlt worden sind.

In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 22 angeführt sind.

Kode „23“ (Freiwillige Zuwendungen an Vereinigungen für die soziale Förderung) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld zu Gunsten der Vereinigungen für die Förderung sozialer Zwecke bis zum Betrag von **2.065,83 Euro**.

In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 23 angeführt sind.

Kode „24“ (Freiwillige Zuwendungen an die Kulturgesellschaft „La Biennale di Venezia“) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld zu Gunsten der Kulturgesellschaft „La Biennale di Venezia“. Der anzugebende Betrag darf 30 Prozent des Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag und die Ermäßigung ACE umfasst) nicht überschreiten.

In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 24 angeführt sind.

Kode „25“ (Ausgaben in Bezug auf Güter, die der vinkulierten Steuerregelung unterliegen) Ausgaben, welche von Steuerzahlern getragen wurden, die im Sinne des GvD Nr. 42 vom 22. Januar 2004 und im Sinne des DPR Nr. 1049 vom 30. September 1963 und folgende Abänderungen und Ergänzungen, verpflichtet sind, im Ausmaß des tatsächlich zu Lasten gebliebenen Betrages Instandhaltungsarbeiten, Schutzmaßnahmen und Restaurierungsarbeiten an Gebäuden vorzunehmen, die einer Zwangsregelung unterliegen. Wenn sie nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, muss die Notwendigkeit der Ausgaben aus einer entsprechenden Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung (Art. 47 D.P.R. Nr. 445/2000) hervorgehen, die dem Ministerium für Kulturgüter und kulturelle Aktivitäten vorzulegen ist und sich auf die tatsächlich getragenen Ausgaben beziehen muss, für die ein Anspruch auf Absetzung besteht. In diesem Code werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 25 angeführt sind.



Diese Absetzung kann mit der Absetzung von 50 Prozent für die Renovierungskosten zusammengelegt werden, wobei letztere jedoch um 50 Prozent vermindert wird. Daher können die Ausgaben, für die die Absetzung beantragt wurde, auch in dieser Zeile in Höhe von 50 Prozent angegeben werden.

Für die Steuerpflichtigen, die die Arbeiten in den vorhergehenden Jahren begonnen haben, muss der Höchstbetrag von 48.000 oder 96.000 Euro auch die Ausgaben der Vorjahre berücksichtigen. Die über die vorgesehenen Höchstbeträge hinausgehenden Ausgaben, für die keine Absetzung mehr in Höhe von 36 oder 50 Prozent zusteht, können in dieser Zeile mit ihrem vollen Betrag angegeben werden.

Kode „26“ (Freiwillige Zuwendungen für künstlerische und kulturelle Tätigkeiten) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld zu Gunsten des Staates, der Regionen, der gebietsmäßigen Körperschaften, der Körperschaften oder der öffentlichen Einrichtungen, der Organisationskomitees, die mit eigenem Dekret des Ministers für Kulturgüter und kulturelle Tätigkeiten eingerichtet wurden sowie der rechtlich anerkannten Stiftungen und Vereinigungen ohne Gewinnzwecke. Dabei handelt es sich bei all diesen Einrichtungen um Einrichtungen, die Studenttätigkeiten ausüben oder fördern, wissenschaftliche Forschungen vornehmen und Dokumentenmaterial von gewichtigem kulturellem Interesse einholen oder um Einrichtungen, die kulturelle Tätigkeiten auf Grund eines eigenen Abkommens für den Ankauf, die Instandhaltung, den Schutz oder der Restaurierung jener Güter, wie im GvD Nr. 42 vom 22. Januar 2004, und im DPR Nr. 1409 vom 30. September 1963 angeführt, organisieren oder durchführen. Dabei sind auch jene Zuwendungen inbegriffen, die in Italien und im Ausland für Ausstellungen und Messen von bedeutendem wissenschaftlich-kulturellem Interesse der vorgenannten Güter, sowie für dafür erforderliche Studien- und Forschungszwecke entrichtet wurden. Dasselbe gilt für die Zuwendungen für alle anderen Veranstaltungen von besonderem wissenschaftlich-kulturellem Interesse und für didaktisch fördernde Zwecke, einschließlich jener für Studien, Forschungen und die Einholung und die Katalogisierung von Unterlagen sowie für Veröffentlichungen in Bezug auf die Kulturgüter. Die kulturellen Initiativen müssen vom Kultusminister genehmigt werden. Unter diese Vergünstigung fällt auch der spezifische Kostenaufwand oder in Ermangelung dessen der Normalwert der aufgrund einer entsprechenden Vereinbarung kostenlos abgetretenen Güter. Die notwendigen Unterlagen für die Inanspruchnahme des Abzugs werden durch eine Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung ersetzt, die dem Ministerium für Kulturgüter und kulturelle Aktivitäten vorzulegen ist und sich auf die tatsächlich getragenen Ausgaben bezieht, für Anspruch auf Abzug besteht.

In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 26 angeführt sind.



Dieser Abzug steht nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im Steuerguthaben, das für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur, „Art Bonus“, das in Zeile CR 14 angegeben ist, enthalten sind.

Kode „27“ (Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Einrichtungen, die im Schauspielwesen tätig sind) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld für einen Betrag der nicht höher als 2 Prozent des erklärten Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag und die Ermäßigung ACE umfasst) ist und zu Gunsten der Körperschaften oder der gesetzlich anerkannten öffentlichen Einrichtungen, Stiftungen und Vereinigungen ohne Gewinnzwecke entrichtet wurden, die ausschließlich Veranstaltungszwecke verfolgen. Es handelt sich dabei um Zuwendungen für die Einrichtung neuer Strukturen, für die Restaurierung und die Verstärkung bereits bestehender Strukturen sowie für die Förderung in den verschiedenen Veranstaltungsbereichen. In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 27 angeführt sind.



Dieser Abzug steht nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im Steuerguthaben, das für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur, „Art Bonus“, das in Zeile CR 14 angegeben ist, enthalten sind.

Kode „28“ (Freiwillige Zuwendungen zugunsten von Stiftungen im Bereich der Musik) die freiwilligen Zuwendungen in Bargeld für einen Betrag der nicht höher als 2 Prozent des erklärten Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag und die Ermäßigung ACE umfasst) ist und zu Gunsten der Körperschaften von prioritärem nationalem Interesse, die im Musiksektor tätig sind und für welche im Sinne des Art. 1 des GvD Nr. 367 vom 29. Juni 1996 eine Umschreibung in private Stiftungen vorgesehen ist, entrichtet wurden. Der Grenzsatz jener Beträge, die für die folgenden Zwecke entrichtet wurden wird um 30 Prozent erhöht:

- Summen, die von Seiten privater Subjekte in das Vermögen der Stiftung im Augenblick ihrer Beteiligung einfließen;
- Beiträge für die Verwaltung des Vermögens, die in dem Jahr entrichtet wurden, in dem das Genehmigungsdekret in Bezug auf die Umschreibung in Stiftung veröffentlicht wurde;
- Beiträge für die Verwaltung der Stiftung, die für die drei darauf folgenden Steuerzeiträume nach der Veröffentlichung des oben genannten Dekretes entrichtet wurden. Um die Absetzung in Anspruch nehmen zu können, muss sich der Steuerzahler mit einer schriftlichen Urkunde für die vorher genannten Steuerzeiträume, nach Veröffentlichung des genannten Genehmigungsdekretes zwecks Umschreibung in Stiftung verpflichten, eine gleich bleibende Summe zu entrichten. Falls diese Verpflichtung nicht eingehalten wird, werden die abgezogenen Beträge wieder eingeholt.

In diesem Kode werden auch Ausgaben eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 28 angeführt sind.



Dieser Abzug steht nur für freiwillige Zuwendungen zu, die nicht im Steuerguthaben, das für freiwillige Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur, „Art Bonus“, das in Zeile CR 14 angegeben ist, enthalten sind.

Kode „29“ (Ausgaben für den Tierarzt) (die beim Tierarzt getragenen Ausgaben für die Pflege der gemeldeten Haustiere oder der Tiere für Sportzwecke. Die Absetzung von 19 Prozent steht auf den Betrag zu, der Euro 129,11 überschreitet und zwar bis zu einem Höchstbetrag von **387,34 Euro**. Daher muss der Betrag einschließlich der Selbstbeteiligung angegeben werden und darf 387 Euro nicht übersteigen. In diesem Kode werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 29 angeführt sind.

Kode „30“ (Ausgaben für die Dolmetschdienstleistungen, die von den als taub anerkannten Personen getragen wurden) die Ausgaben für die Dolmetschdienstleistungen von Subjekten, die im Sinne des G. Nr. 381 vom 26. Mai 1970 als taub anerkannt wurden. Als Taube werden diejenigen angesehen, die gehörbehindert sind und unter angeborener oder im Laufe der Entwicklungsjahre erworbener Taubheit leiden, die das normale Erlernen der gesprochenen Sprache beeinträchtigt hat, vorausgesetzt die Taubheit ist nicht ausschließlich psychischer Natur oder von Kriegs-, Arbeits- oder Dienstursachen abhängig (Gesetz Nr. 95 vom 20. Februar 2006). In diesem Kode werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 30 angeführt sind. Die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 30 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden;

Kode „31“ (Freiwillige Zuwendungen an Lehranstalten jeder Art und jeden Grades) Die freiwilligen Zahlungen zugunsten von staatlichen und gleichgestellten Schulinstituten ohne Erwerbzzweck jeder Ordnung und jeden Grades, die dem nationalen Bildungssystem (Gesetz Nr. 62 vom 10. März 2000) angehören sowie zugunsten von Fachgymnasien gemäß des Dekrets des Präsidenten des Ministerrates vom 25. Januar 2008, von Einrichtungen der höheren künstlerischen, musikalischen und musischen Bildung und der Universitäten, die für die technologische Innovation, den Bau von Schulen und die Erweiterung des Bildungsangebots bestimmt sind. Diese Zuwendungen müssen durch Post- oder Banküberweisungen bzw. durch Debetkarten, Kreditkarten, im Voraus bezahlte Karten, durch Bank- und Zirkularschecks erfolgen.

In diesem Kode werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 31 angeführt sind.

Kode „32“ (Ausgaben, die für den Rückkauf der Studienjahre für zu Lasten lebende Familienangehörige getragen wurden) die im Interesse der steuerlich unterhaltsberechtigten Person gezahlten Beiträge, welche einen Rückkauf des Hochschulstudiums ausüben möchten, obwohl sie noch keine Arbeitstätigkeit begonnen haben und nicht in irgendeiner obligatorischen Fürsorgeform eingetragen sind.

Es ist die Möglichkeit vorgesehen, den Rückkauf des Hochschulstudiums auch seitens von Personen auszuüben, die noch keine Arbeitstätigkeit begonnen haben und nicht in irgendeiner obligatorischen Fürsorgeform eingetragen sind. In diesem Fall können die gezahlten Beiträge in Höhe von 19% von der von den Steuerpflichtigen, bei denen der Betroffene steuerlich zu Lasten lebend ist, zu zahlende Steuer abgesetzt werden.

Es wird daran erinnert, dass in den anderen Fällen die für den Rückkauf des Hochschulstudiums gezahlten Beiträge absetzbare Belastungen darstellen und in der Zeile RP21 angegeben werden müssen.

In diesem Kode werden auch Summen eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 32 angeführt sind.

Kode „33“ (von Eltern getragene Ausgaben für Gebühren von Kindertagesstätten). Die von Eltern getragenen Ausgaben zur Bezahlung der Gebühren von öffentlichen oder privaten Kindertagesstätten zu einem Gesamtbetrag von bis zu 632,00 € jährlich für jedes steuerlich mitversicherte Kind.

Wenn die Ausgabe mehr als ein Kind betrifft, müssen mehrere Zeilen von RP8 bis RP13 ausgefüllt werden, wobei in jeder der Code 33 und die für den jeweiligen Jugendlichen getragene Ausgabe einzutragen ist.

Der Betrag muss die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung enthaltenen Summen mit dem Code der Aufwendung 33 beinhalten. Die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 33 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden. Wenn man sich im Jahr 2017 eines Kindergarten-Bonus bedient hat, können die im selben Zeitraum ertragenen Kosten nicht angegeben werden.

Kode „35“ (Freiwillige Geldzuwendungen an den Abschreibungsfonds der Staatsanleihen). Die Absetzung ist zugelassen, wenn die freiwilligen Geldzuwendungen aus Schenkungen oder aus testamentarischen Verfügungen stammen und für die Zwecke des Fonds bestimmt wurden. Der Abschreibungsfonds der Staatsanleihen wurde bei der Banca d'Italia eingerichtet und verfolgt das Ziel, die Konsistenz der umlaufenden Staatsanleihen zu vermindern.

Um die Absetzung in Anspruch zu nehmen, müssen diese Zahlungen per Bank- oder Postüberweisung durchgeführt werden. Durch ein entsprechendes Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen können weitere Modalitäten vorgesehen werden, um diese freiwilligen Zuwendungen durchzuführen. Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 35 angeführt sind.

Kode „36“ (Prämien für Lebens- und Unfallversicherungen) Der Steuerabzug betrifft:

- Verträge, die bis zum 31. Dezember 2000 abgeschlossen oder verlängert wurden, die Prämien der Lebens- und Unfallversicherungen, auch wenn sie im Ausland oder an ausländische Versicherer gezahlt wurden. Der Abzug wird unter der Bedingung zuerkannt, dass der Vertrag eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren hat und dass während der Mindestlaufzeit die Bewilligung von Anleihen nicht zulässig ist;
- Verträge, die ab dem 1. Januar 2001 abgeschlossen oder verlängert wurden, die Prämien zur Versicherung des Risikos im Todesfall oder der permanenten Invalidität nicht unter 5 Prozent (aus welchem Grund auch immer).

Der Betrag darf insgesamt 530,00 Euro nicht übersteigen und muss auch die Versicherungsprämien enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 36 angeführt sind.

Es wird daran erinnert, dass die Beiträge zur freiwilligen Vorsorge vollständig abgesetzt werden können und diese daher in Zeile RP21 anzugeben sind.

Code ‚38‘ für Prämien von Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung entsprechend der Definition von Art. 3, Abs. 3 des Gesetzes vom 5. Februar 1992, Nr. 104, bestätigt von den lokalen Gesundheitsbehörden durch medizinische Kommissionen gemäß Art. 1 des Gesetzes vom 15. Oktober 1990, Nr. 295, zu denen auch ein Sozialarbeiter und ein bei der örtlichen Gesundheitsbehörde diensthabender Experte für den zu untersuchenden Fall hinzuzuziehen ist.

Der Betrag für die Prämien darf insgesamt **750,00 Euro**, abzüglich der Prämien zur Versicherung des Risikos im Todesfall oder der permanenten Invalidität (Code 36), nicht übersteigen und muss auch die Versicherungsprämien enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der einheitlichen Bescheinigung mit Code 36 angeführt sind.

Code ‚39‘ für Versicherungsprämien zur Versicherung der Unselbstständigkeit bei der Durchführung der Handlungen des alltäglichen Lebens. Der Steuerabzug betrifft Versicherungsprämien zur Versicherung der Unselbstständigkeit bei der Durchführung der Handlungen des alltäglichen Lebens. Der Steuerabzug wird unter der Bedingung zuerkannt, dass das Versicherungsunternehmen nicht vom Vertrag zurücktreten kann. Mit dem Dekret des Finanzministeriums wurden nach Anhörung der Aufsichtsbehörde für Privatversicherungen (ISVAP) die Merkmale festgelegt, die Verträge zur Versicherung der Unselbstständigkeit erfüllen müssen.

Der Betrag für die Prämien darf insgesamt **1.291,14 Euro**, abzüglich der Prämien zur Versicherung des Risikos im Todesfall oder der perma-

nenten Invalidität (Code 36) und abzüglich der Prämien von Versicherungen zum Schutz von Personen mit schwerer Behinderung (Code 38), nicht übersteigen und muss auch die Versicherungsprämien enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Code 39 angeführt sind.

Kode „99“ (Sonstige absetzbare Ausgaben). Sonstige Ausgaben, für die ein Steuerabzug in Höhe von 19% zusteht.

In diesem Kode werden auch Summen in Bezug auf „Sonstige absetzbare Ausgaben“ eingeschlossen, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 99 angeführt sind.

Die **Kodes**, die in den Zeilen von RP8 bis RP13 anzugeben sind und die Ausgaben identifizieren, für die die **Absetzung von 26 Prozent** zusteht, sind Folgende: **Kode „41“** für die **freiwilligen Zuwendungen in Höhe von nicht mehr als 30.000 Euro zugunsten der nicht gewinnbringender Organisationen von sozialem Nutzen (ONLUS)** sowie der humanitären, religiösen und laizistischen Initiativen unter der Leitung von Stiftungen, Vereinigungen, Komitees und

Körperschaften, die durch ein Dekret des Ministerratspräsidenten ermittelt werden, in den Ländern, die nicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören. Für die Überprüfung der Obergrenze der Ausgabe muss auch der durch den Kode 20 in den Zeilen RP8 bis RP13 angegebene Betrag berücksichtigt werden.

Die Zahlungen müssen durch Post- oder Banküberweisung oder mit Debitkarten, Kreditkarten, Guthabekarten, Bankschecks und Barschecks erfolgen. Bei freiwilligen Zuwendungen mit Hilfe einer Kreditkarte ist es bei einer eventuellen Anforderung der Finanzverwaltung ausreichend, den Kontoauszug der entsprechenden Kreditkartengesellschaft aufzubewahren und vorzulegen.

Für Zuweisungen an die ONLUS (Kode 41) und an die Vereine für soziale Förderungsmaßnahmen (Kode 23), die im Jahr 2016 ausbezahlt wurden, wurde in Alternative für den Absetzbetrag ein Abzug vom Gesamteinkommen vorgesehen (Siehe folgende Anleitungen im Teil II bezüglich der abzugsfähigen Aufwendungen). Der Steuerpflichtige muss daher entscheiden, ob er den Steuerabzug oder die Absetzung vom Einkommen nutzt, da er nicht beide Vergünstigungen kumulieren kann.

Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 41 angeführt sind;

Kode „42“ für **freiwillige Geldzuwendungen zugunsten politischer Parteien**, die in den ersten Abschnitt des nationalen Registers gemäß Art. 4 des Gesetzesdekrets Nr. 149 vom 28. Dezember 2013 eingetragen sind, mit Beträgen von 30 Euro bis 30.000 Euro. Dieselben Auszahlungen werden auch weiterhin als abzugsfähig betrachtet, wenn die entsprechenden Zahlungen auch als Spenden von Kandidaten und gewählten öffentlichen Amtsträgern geleistet wurden, in Übereinstimmung mit dem Regelwerk oder den Statuten, die von den Parteien oder politischen Bewegungen, die diese Zuwendungen beziehen, beschlossen wurden.

Die Vergünstigung wird auch für Zuwendungen zugunsten von Parteien oder Fördervereinigungen angewandt, die vor der Registereintragung und der Zulassung für die Begünstigungen vorgenommen wurden, vorausgesetzt, dass diese Parteien am Ende des Geschäftsjahres in das Register eingetragen sind und für die Begünstigungen zugelassen wurden.

Die Zuwendungen müssen durch eine Bank, ein Postamt oder durch andere Zahlungssysteme (wie Debitkarten, Kreditkarten und Prepaid-Karten, Bank- und Barschecks) oder mit anderen Zahlungsmodalitäten überwiesen werden, die geeignet sind, die Rückverfolgbarkeit der Transaktion und die genaue Identifikation des Subjekts und die Einkommensermittlung des Steuerzahlers zu gewährleisten.

Der Betrag muss auch die Zuwendungen enthalten, die im Abschnitt „Abzugsfähige Aufwendungen“ (Punkte 341 bis 352) der Einheitlichen Bescheinigung mit Kode 42 angeführt sind.

Zeile RP14 – Ausgaben für Leasing-Zahlungen für eine für den Hauptwohnsitz zu verwendende Immobilie

Den Inhabern von Leasingverträgen auf Immobilieneinheiten, die vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen wurden, steht ein Steuerabzug zu.

Die Absetzung betrifft die Mieten und die entsprechenden Zusatzkosten aus Finanzierungsleasingverträgen auf Immobilieneinheiten, auch solchen, die noch zu bauen sind, die binnen einem Jahr ab der Übergabe als Hauptwohnung zu verwenden sind, die von Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von nicht über 55.000 € bei Abschluss des Finanzierungsleasingvertrags getragen wurden, die über das Eigentumsrecht an Wohnimmobilien.

Die Absetzung steht in der Höhe von 19 % und zu denselben Bedingungen zu, die für die Absetzung der Zinsen für Hypothekendarlehen für den Kauf der Hauptwohnung gemäß Zeile RP7 vorgesehen sind, auf die hier verwiesen wird.

Spalte 1 (Datum des Leasingvertrags): Das Datum des Finanzierungsleasingvertrags für die gekaufte oder gebaute Immobilie angeben.

Spalte 2 (Nummer des Jahres): Die Nummer des Jahres angeben, für das man die Steuererleichterung in Anspruch nehmen möchte. Für das Steuerjahr 2017 ist die Nummer 1 anzugeben.

Spalte 3 (Betrag der Leasingzahlung): Die Höhe der im Jahr 2017 gezahlten Leasingszahlungen angeben. Der Betrag der Leasingszahlungen darf folgende Höhe nicht übersteigen:

die Obergrenze von 8000 Euro jährlich, wenn der Steuerpflichtige zum Abschlussdatum des Leasingvertrags noch **nicht 35 Jahre alt war**;

die Obergrenze von 4000 Euro jährlich, wenn der Steuerpflichtige zu diesem Datum **35 Jahre alt oder älter war**.

Spalte 4 (Rückkaufpreis): den Betrag des im Jahr 2017 bezahlten Kaufpreises für den Kauf des Eigentumsrechts der als Hauptwohnung zu verwendenden Immobilie angeben, die Gegenstand des Finanzierungsleasingvertrags ist. Der Rückkaufpreis darf folgende Höhe nicht übersteigen:

die Obergrenze von 20.000 Euro, wenn der Steuerpflichtige zum Abschlussdatum des Leasingvertrags noch **nicht 35 Jahre alt war**;

die Obergrenze von 10.000 Euro, wenn der Steuerpflichtige zu diesem Datum **35 Jahre alt oder älter war**.

Zeile RP15 Gesamtbetrag der Kosten, auf den der Abzug zu berechnen ist

Diese Zeile muss immer ausgefüllt werden, wenn Ausgaben vorliegen, für die eine Absetzung von 19 und/oder 26 Prozent zusteht.

Spalte 2:

- werden die Gesundheitsausgaben nicht in Raten aufgeteilt, ist folgende Berechnung vorzunehmen:

Ausgaben ohne Freibetrag = RP1 Sp. 2 + RP2 - 129, Null einsetzen bei negativem Ergebnis

in **Spalte 2** das Ergebnis der folgenden Berechnung übertragen: Ausgaben ohne Freibetrag + RP3

- wenn die Summe der Gesundheitsausgaben laut Zeile RP1 Sp. 1, Zeile RP1 Sp. 2, Zeile RP2 und Zeile RP3 den Betrag **Euro 15.493,71** übersteigt, kann die Rateneinteilung vorgenommen werden. Falls die Rateneinteilung vorgenommen werden soll, ist wie folgt vorzugehen:
 - das **Kästchen 1** ankreuzen;

folgendes berechnen: Ausgaben ohne Freibetrag Rateneinteilung = RP1 Sp. 1 + RP1 Sp. 2 + RP2 - 129, Null einsetzen bei negativem Ergebnis

– in **Spalte 2** den Betrag der Rate eintragen, die in Anspruch genommen werden soll und die sich aus folgender Berechnung ergibt:

Ausgaben ohne Freibetrag Rateneinteilung + RP3

Spalte 3 In Bezug auf die sonstigen Aufwendungen, für die eine Steuerabsetzung von **19 Prozent** zusteht, sind die Beträge der Zeilen von RP4 bis RP7 sowie die Beträge der Zeilen von RP8 bis RP13 (mit den Codes von 8 bis 39 sowie dem Code 99) und die Beträge der Spalten 3 und 4 der Zeile RP14 zu addieren und die Summe in Spalte 3 einzutragen. Der Betrag des Codes "29" muss um die Selbstbeteiligung in Höhe von 129 Euro gekürzt werden.

Spalte 4 Die Summe der Beträge laut Spalte 2 und 3 in diese Zeile übertragen.

Spalte 5 In Bezug auf die Aufwendungen, für die eine Steuerabsetzung von **26 Prozent** zusteht, sind die Beträge der Zeilen von RP8 bis RP13 (**Kodes 41 und 42**) zu addieren und der Gesamtbetrag in Spalte 5 einzutragen.

Zur Festlegung der zustehenden Absetzung ist in Zeile RN13 Spalte der Anteil in Höhe von 19 Prozent des Betrags laut Zeile RP15 Spalte 4 und laut Zeile RN13 Spalte 2 sowie der Anteil in Höhe von 26 Prozent des Betrags laut Zeile RP15 Spalte 5 einzutragen.

TEIL II - Kosten und Belastungen, für die die Absetzung vom Gesamteinkommen zusteht

In diesem Teil sind alle Aufwendungen anzugeben, die vom Gesamteinkommen abziehbar sind und eventuell auch jene Summen, die nicht zur Bildung des Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit und dergleichen beitragen hätten sollen, sondern der Besteuerung unterworfen wurden. Die abzugsfähigen Aufwendungen, welche vom Steuersubstituten bei der Bildung des Einkommens aus nicht selbständiger Arbeit anerkannt wurden, müssen nicht angeführt werden. Diese Ausgaben sind unter Punkt 431 der Einheitlichen Bescheinigung enthalten. In den Punkten 432 bis 437 der Einheitlichen Bescheinigung werden detaillierte Informationen zur Art der Belastung und zum jeweiligen Betrag, der schon vom Arbeitgeber berücksichtigt wurde, gegeben. In Bezug auf die abzugsbaren Ausgaben, die unter Punkt 431 der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen sind, wird auf die Anweisungen für die Zeilen RP27 bis RP31 verwiesen.

Zeile RP21 Vor- und Fürsorgebeiträge

Die in dieser Zeile angegebenen Aufwendungen sind auch dann abzugsfähig, wenn sie für die steuerrechtlich unterhaltspflichtigen Familienangehörigen getragen wurden.

Anzugeben sind die aufgrund von Gesetzesbestimmungen eingezahlten Vor- und Fürsorgebeiträge sowie die freiwillig an den eigenen, obligatorischen Rentenfonds entrichteten Beiträge.

Hierzu gehören auch:

- die vereinheitlichten landwirtschaftlichen Beiträge an das NISF / INPS – Verwaltung vormals Scau – für die eigene Für- und Vorsorgeversicherung (der Teil der Beiträge von Seiten der Arbeitnehmer ist nicht abzugsfähig);
- die für die INAIL - Pflichtversicherung entrichteten Beiträge, die jenen Familienmitgliedern vorbehalten ist, die eine Unfallversicherung für den Haushalt (sog. Hausfrauenversicherung) abgeschlossen haben;
- die freiwillig an den eigenen obligatorischen Rentenfond entrichteten Vor- und Fürsorgebeiträge, einschließlich der Beiträge, die für die Zusammenlegung der Versicherungsjahre entrichtet worden sind. Unter diesen Posten fallen auch Beiträge, die an den sog. „Hausfrauenfond“ eingezahlt wurden. Abzugsfähig sind außerdem die für den Rückkauf der Studienjahre entrichteten Beiträge (dies sowohl in Bezug auf die pensionierbaren Jahre als auch in Bezug auf die Abfertigung) sowie die freiwilligen Beiträge für die Weiterversicherung, usw.

Falls Beiträge in Rechnung Dritter entrichtet worden sind und unter der Voraussetzung, dass das Gesetz das Recht auf Rückgriff vorsieht, steht der Abzug jener Person zu, für welche die Beiträge eingezahlt worden sind. Zum Beispiel ist der Inhaber des Betriebes, falls es sich um einen handwerklichen oder gewerblichen Familienbetrieb handelt verpflichtet, die Für- und Vorsorgebeiträge auch für die Familienangehörigen, die im Betrieb arbeiten, zu entrichten. Da der Inhaber aber auf Grund des Gesetzes, das Rückgriffsrecht für die Mitarbeiter selbst hat, kann er diese Beiträge niemals in Abzug bringen, auch dann nicht, wenn er das Rückgriffsrecht praktisch nie in Anspruch genommen hat, ausgenommen der Fall, dass der Mitarbeiter nicht auch steuerlich zu seinen Lasten lebend ist. Die Mitarbeiter hingegen können die Beiträge nur dann in Abzug bringen, wenn der Inhaber des Betriebes effektiv das Rückgriffsrecht in Anspruch genommen hat.

Zeile RP22 Periodische Zuwendung an den Ehepartner

Angeben:

- in **Spalte 1** die Steuernummer des Ehepartners, der die periodischen Zuweisungen bezieht. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Nichtangabe der Steuernummer des Ehepartners der Abzug nicht anerkannt wird;
- In **Spalte 2** der Betrag der regelmäßigen Zahlungen einschließlich der Beträge, die durch richterlichen Beschluss für den Mietzins und Wohnungsausgaben (s.g., Wohnungszuschuss) dem Ehegatten ausgezahlt wurden, auch wenn dieser im Ausland lebt, infolge einer gesetzlichen und tatsächlichen Trennung, oder eine Auflösung oder Annullierung der Ehe, oder einer Beendigung der zivilrechtlichen Wirkungen der Ehe, die durch eine Anordnung der Justizbehörde festgelegt wurden.

Nicht abgesetzt werden können Unterhaltszahlungen für Kinder, auch nicht ein Teil dieser, daher können diese Beträge nicht in dieser Zeile angeführt werden. Es ist wichtig zu wissen, dass: Sollte die Gerichtsbehörde keinen Unterschied zwischen dem Teil der periodischen Zuweisung an den Ehepartner und jenem für den Unterhalt der Kinder machen, die Hälfte des Betrages der Zuweisung als dem Ehepartner zustehend betrachtet wird. Nicht abgezogen werden können Beträge, die dem getrennten Ehepartner durch eine einzige Zahlung entrichtet wurden.

Zeile RP23 für Haushilfen und Familienangehörige gezahlte Fürsorgebeiträge

Die Fürsorgebeiträge sind anzuführen, die für Haushaltsangestellte, für das Personal für den persönlichen Beistand und für den Beistand der Familie (zum Beispiel Haushaltshilfe, Babysitter und Altenbetreuer) für den Teil zu Lasten des Arbeitgebers einbezahlt wurden. Die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben, die im selben Jahr vom Arbeitgeber als Ersatz für Prämienvergütungen zurückerstattet und im Abschnitt „Rückerstattungen von nicht zu versteuernden Gütern und Dienstleistungen – Art. 51 des Tuir (Punkte 701 bis 706) der Einheitlichen Bescheinigung mit dem Code 3 angegeben wurden, dürfen nicht angegeben werden.

Der maximal abzugsfähige Betrag liegt bei **1.549,37 Euro**.

Zeile RP24 Freiwillige Zuwendungen zugunsten religiöser Einrichtungen

Die freien Geldspenden zugunsten der folgenden religiösen Institutionen sind anzugeben:

- Zentralinstitut zum Unterhalt des Klerus der italienischen katholischen Kirche;
- Italienische Vereinigung der Christlichen Adventistischen Kirchen des 7. Tages zum Unterhalt der Geistlichen und der Missionare und der spezifischen Glaubens- und Evangelisierungsanforderungen;
- Moralische Körperschaft der Gottesversammlungen in Italien für den Unterhalt der Geistlichen und für Anforderungen der Glaubensgemeinschaft, der Seelenpflege und der Kirchenverwaltung;
- Italienische Waldenserkirche, Vereinigung der Methodisten- und Waldenser-Kirchen für Kult-, Ausbildungs- und Wohltätigkeitszwecke, die ihnen eigen sind und für dieselben Zwecke der Kirchen und der Körperschaften, die zur Waldenser-Organisation gehören;
- Christliche, evangelische Vereinigung der Baptisten in Italien für Kult-, Ausbildungs- und Wohltätigkeitszwecke, die ihnen eigen sind und für

dieselben Zwecke der Kirchen und der Körperschaften, die an der Vereinigung teil haben;

- Protestantische Kirche in Italien und mit ihr verbundenen Gemeinschaften zum Unterhalt der Geistlichen und für spezifische Kult- und Evangelisierungsanforderungen;
- Vereinigung der italienischen jüdischen Gemeinschaften. Für die jüdischen Gemeinschaften können auch die gezahlten Jahresbeiträge abgesetzt werden;
- Orthodoxe Erzdiözese Italiens und Exarchat für Südeuropa, von ihnen kontrollierte Körperschaften und lokale Gemeinden, für kirchliche Belange, Unterricht, Betreuung und Wohltätigkeit;
- Vermögensmasse der Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage für religiöse und kirchliche Tätigkeiten, für Tätigkeiten zum Predigen des Evangeliums, Vollziehung religiöser Rituale und Zeremonien, Veranstaltung der Gottesdienste, Missions- und Evangelisierungstätigkeiten, religiöse Erziehung, Pflege der Seelenbedürfnisse, Kostenerstattung der Geistlichen und Missionare;
- Apostolische Kirche in Italien und von ihr kontrollierte Körperschaften und Einrichtungen, für kirchliche Zwecke, Unterricht, Betreuung und Wohltätigkeit;
- Italienische Buddhistische Union und die von ihr vertretenen und zivilrechtlich anerkannten Organismen für den Unterhalt der Geistlichen und die Religionsausübung;
- Italienische Hinduistische Union und die von ihr vertretenen und zivilrechtlich anerkannten Organismen für den Unterhalt der Geistlichen, die religiösen Belange und die Religionsausübung;
- Das Italienische Buddhistische Institut Soka Gakkai (IBISG), für die Verfolgung der institutionellen Ziele des Instituts und der in Art. 2, Abs. 1, Buchstabe a) des Gesetzes vom 28. Juni 2016 Nr. 130 angegebenen Tätigkeiten.

Jede dieser Zahlungen, die bis zu einem Betrag von **1.032,91 Euro** absetzbar ist, kann durch Aufbewahrung der Zahlungsbelege auf ein Postkonto, der schuldbefreienden Quittungen, der Belege der Banküberweisungen und für die mit Kreditkarte geleisteten Zahlungen des Kontoauszugs der Gesellschaft, die die Karte verwaltet, belegt werden.

Zeile RP25 Arztkosten und Kosten für spezifische Pflege für die Behinderten

Den Betrag der von den Behinderten getragenen allgemeinen Arztkosten und der spezifischen Pflegekosten angeben. Um genau festzustellen, welche Personen als Behinderte gelten, kann es nützlich sein, im Anhang unter „Ausgaben für die Gesundheit für Behinderte“ nachzulesen. Die von den Behinderten getragenen Kosten für die spezifische Pflege gelten für folgende Leistungen:

- der Kranken- und Rehabilitationsbetreuung;
- des Personals, welches im Besitz der beruflichen Befähigung für die Krankenbetreuung oder für den technischen Beistand ist und das sich ausschließlich der direkten Betreuung der Person widmet;
- des Personals für die Koordinierung der Betreuungstätigkeiten;
- des Personals mit der beruflichen Befähigung als Erzieher;
- des Personals, welches im Besitz der Befähigung für Animationstätigkeiten und/oder für die Beschäftigungstherapie ist.

Die von den oben aufgeführten Fachberufen erbrachten Gesundheitsleistungen an der Person sind auch ohne spezifische ärztliche Verschreibung absetzbar, sofern aus dem Ausgabenbeleg der Fachberuf und die von der gesundheitlichen Fachkraft erbrachte Leistung hervorgeht (Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 19/E vom 1. Juni 2012).

Die behinderten Personen können den Abzug auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie Begleitungsgeld erhalten.

Die in dieser Zeile angegebenen Ausgaben sind abzugsfähig auch wenn sie für die folgenden Familienmitglieder getragen wurden, auch wenn diese steuerlich nicht mitversichert sind:

- | | |
|--------------------------------|--|
| ■ Ehegatte; | ■ Schwiegersöhne und Schwiagertöchter; |
| ■ Kinder und Adoptivkinder ; | ■ Schwiegerväter und Schwiagemütter; |
| ■ Kindeskindern; | ■ Geschwister (auch Halbgeschwister); |
| ■ Eltern (auch Adoptiveltern); | ■ Großväter und Großmütter. |



Siehe im Anhang „Sanitärkosten aufzubewahrende Unterlagen“



Bei Einweisung eines Behinderten in ein Pflegeheim ist es nicht möglich, das gesamte Tagesgeld abzuziehen, sondern nur den Teil, der die Arzt- und spezifischen Krankenpflegekosten betrifft. Für diesen Zweck ist es erforderlich, dass die Ausgaben getrennt in den Unterlagen aufscheinen, die vom Pflegeheim ausgestellt werden.

Zu berücksichtigen ist weiteres, dass die nachstehend angeführten Ausgaben nicht in dieser Zeile anzuführen sind, da für diese ein Absetzbetrag zusteht, der im Teil I in den Zeilen von RP1 bis RP4 anzugeben ist:

- Chirurgische Ausgaben;
- Ausgaben für Fachleistungen;
- Ausgaben für Zahnprothesen und sonstige Prothesen;
- Ausgaben in Bezug auf Geh-, Fortbewegungs- und Hebmittel für Behinderte;
- Ausgaben für Fahrzeuge für behinderte Personen;
- Ausgaben für technische und elektronische Hilfsmittel zur Erleichterung der Selbständigkeit und Integration der behinderten Personen.

Mit Bezug auf die Gesundheitskosten bezüglich des Erwerbs von Medikamenten wird präzisiert, dass der Abzug zusteht, wenn die Ausgabe durch Rechnung oder Kassenzettel (s.g. „sprechender Kassenzettel“) belegt wird, in dem die Art und die Menge der erworbenen Produkte, der alphanumerische, auf der Packung des Medikaments angebrachte Code (Erkennungscode der Arzneimittelqualität) und die Steuernummer des Empfängers spezifiziert sein müssen.

Zeile RP26 Sonstige abzugsfähige Aufwendungen

Alle absetzbaren Belastungen und Kosten angeben, die von denen in den voran gegangenen Zeilen angegebenen abweichen und durch die entsprechenden Codes gekennzeichnet sind.

In **Spalte 1** ist der Code anzuführen und in **Spalte 2** der entsprechende Betrag.

Wenn Sie verschiedene absetzbare durch verschiedene Codes gekennzeichnete Belastungstypologien angeben müssen, muss für jeden Code eine Zusatzübersicht abgefasst werden, wobei daran gedacht werden muss, dass das Kästchen „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck nummeriert werden muss.

Insbesondere sind mit dem folgenden Code anzugeben:

“6” die Beiträge, die an Zusatzfonds des nationalen Gesundheitsdienstes entrichtet wurden und einen Gesamtbetrag von 3.615,20 Euro nicht überschreiten.

Mit diesem Code können ausschließlich die Beiträge an **Zusatzfonds zum nationalen Gesundheitswesen** angegeben werden (Art. 10, Abs. 1, Buchstabe e-ter des TUIR). Für diese Beiträge steht der Abzug **auch** zu, wenn die Ausgabe **für steuerlich zu Lasten lebende Personen** getragen wurde (s. Absatz „Zu Lasten lebende Familienangehörige“ des Kapitels „Leitfaden zur Abfassung der Erklärung“), für den Teil, der von diesen letzteren nicht abgezogen wurde.

Zur Prüfung des Höchstbetrages von **3615,20 Euro** trägt auch der unter Punkt 441 der einheitlichen Bescheinigung 2017 mit dem Code ‚13‘ angegebene Betrag bei, der bereits vom Arbeitgeber abgezogen wurde und daher nicht in dieser Zeile angegeben wird.

Der im Punkt 441 der Einheitlichen Bescheinigung angegebene Betrag trägt in gesamter Höhe zur Überprüfung der Obergrenze von **3615,20 Euro** bei, auch wenn sich ein Teil davon auf Beiträge für Gesundheitsversorgung bezieht, die an Einrichtungen oder Kassen ausschließlich für Fürsorgezwecke in Übereinstimmung mit den Bestimmungen in Verträgen, Vereinbarungen oder in Betriebsregelungen gezahlt wurden, auch zugunsten von nicht zu Lasten des Arbeitnehmers lebenden Familienangehörigen.

Zahlungsweise der von den Kodes 7, 8 und 9 identifizierten Zahlungen

Diese Spenden müssen bei den Postämtern oder Banken bzw. mit Vorauszahlungsscheinen, mit Kreditkarten, mit Bank- und Zirkularschecks durchgeführt werden. Für die freiwilligen Zuwendungen, die mit Kreditkarten bezahlt wurden genügt es, den Kontoauszug der Verwaltungsgesellschaft der Kreditkarten aufzubewahren und diese auf Verlangen der Finanzverwaltung vorzuweisen.

„7“ die Beiträge, Schenkungen und Spenden an Nichtregierungs-Organisationen (ONG), die als geeignet anerkannt sind und im Bereich der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern tätig sind.

Es können höchstens 2 Prozent des Gesamteinkommens in Abzug gebracht werden (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag und die Ermäßigung ACE umfasst). Die Nichtregierungsorganisationen (ONG) in der Kategorie der Organisationen ohne Erwerbszweck (ONLUS) rechtlich enthalten sind, können weit reichendere für die Organisationen ohne Erwerbszweck (ONLUS) vorgesehenen Begünstigungen genutzt werden, indem der Kode 3 angegeben wird, auf dessen Anleitung verwiesen wird. Um in Erfahrung zu bringen welche ONG als geeignet betrachtet wird, kann die entsprechende Liste auf der Internetseite www.esteri.it abgerufen werden.

„8“ die freiwilligen Geldzuweisungen bzw. die Zuweisungen in Naturalien zu Gunsten nicht gewinnbringender Organisationen von sozialem Nutzen, der Vereinigungen für die soziale Förderung und einiger anerkannter Stiftungen und Vereinigungen.

Besagte Schenkungen können im Umfang von 10 Prozent des Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag umfasst) und jedenfalls in maximaler Höhe von 70.000 Euro abgesetzt werden, wenn sie zugunsten von Folgendem gezahlt werden:

- Der nicht gewinnbringenden Organisationen von sozialem Nutzen (gemäß Art.10, Absätze 1, 8 und 9 der GVo Nr. 460 vom 4. Dezember 1997);
- der Vereinigungen für die soziale Förderung, die im nationalen Register eingetragen sind, das von Artikel 7, Absätze 1 und 2 des Gesetzes Nr. 383 vom 7. Dezember 2000 vorgesehen ist;
- der Stiftungen und anerkannten Vereinigungen, die den Schutz, die Förderung und die Aufwertung der Güter von künstlerischem, geschichtlichem und landschaftlichem Interesse (gemäß GVo Nr. 42 vom 22. Januar 2004) zum Gegenstand haben.
- anerkannten Stiftungen und Vereinigungen, die satzungsgemäß die Ausübung oder die Förderung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeiten zum Ziel haben, so wie ermittelt im Dekret des Ministerpräsidenten vom 15. April 2011 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 179 vom 3. August 2011) und im Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 18. April 2013 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 181 vom 3. August 2013) und im Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 4. Februar 2015 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 79 vom 4. April 2015) und im Dekret des Präsidenten des Ministerrats vom 12. Oktober 2016 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 268 vom 16. November 2016).



In der Zeile RP26 sind die Beträge anzugeben, für die die Steuerabsetzung von 24 Prozent in Anspruch genommen werden soll, die für die freiwilligen Zuwendungen zugunsten der gemeinnützigen Organisationen (ONLUS) (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 41) vorgesehen ist, sowie die Beträge, für die der Steuerabzug von 19 Prozent in Anspruch genommen werden soll, die für die Vereinigungen für die soziale Förderung (Zeilen von RP8 bis RP13, Kode 23) vorgesehen ist; daher muss der Steuerpflichtige hinsichtlich der genannten freiwilligen Zuwendungen wählen, ob er die Steuerabsetzung oder den Abzug vom Einkommen in Anspruch nehmen will, da beide Vergünstigungen nicht kumulierbar sind.

„9“ die freiwilligen Geldzuweisungen zu Gunsten universitärer Einrichtungen für die allgemeine Forschung und der überwachten Einrichtungen wie auch der regionalen und nationalen Einrichtungen für Naturparks

Die genannten Zuweisungen können abgezogen werden und zwar zu Gunsten von:

- Universitäten, universitären Stiftungen (gemäß Artikel 59, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 388 vom 23. Dezember 2000);
- öffentlichen, universitären Einrichtungen;
- Anstalten für die allgemeine Forschung bzw. für Forschungsanstalten, die vom Ministerium für die Ausbildung überwacht werden, für Universitäten und für die Forschung, mit eingeschlossen Fachhochschulen für Gesundheitsberufe und Anstalten für Arbeitsschutz und –sicherheit;
- Naturparks;
- Regionalen und nationalen Naturparks.

„12“ für freiwillige Zuwendungen, Schenkungen und andere unentgeltliche Übertragungen zugunsten von Trusts oder Spezialfonds.

Diese Zuwendungen können bis zur Höhe von 20 % des erklärten Gesamteinkommens und in jeden Fall bis maximal 100.000 Euro jährlich abgezogen werden, wenn sie zugunsten von folgenden Einrichtungen gezahlt wurden:

- Trusts
- Spezialfonds, die aus Gütern mit festgelegtem Bestimmungszweck bestehen und durch einen Vertrag einer Treuhandübertragung auch zugunsten von als Rechtspersonen anerkannten ONLUS-Vereinigungen geregelt sind, die im Wohltätigkeitsbereich arbeiten. Als Wohltätigkeit wird auch die Gewährung von unentgeltlichen Auszahlungen unter Verwendung von Summen aus Vermögensverwaltung oder eigenen Spendensammlungen an Einrichtungen ohne Gewinnabsichten betrachtet, die vorwiegend in den Bereichen Sozialhilfe und Gesundheitswesen, Gesundheitsbeistand, Wohltätigkeit, Bildung, Schulung und Amateursport und zur direkten Verwirklichung von sozial nützlichen Projekten arbeiten.

„13“ für Beiträge, die direkt von Arbeitnehmern im Ruhestand gezahlt wurden, auch für nicht zu Lasten lebende Familienangehörige, an **Gesundheitsfürsorgekassen, deren ausschließlicher Zweck die Fürsorge ist** (Art. 51, Abs. 2, Buchst. a des Tuir), die die Möglichkeit für ehemalige Arbeitnehmer vorsehen, die in diese Kassen eingezahlt haben, auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin den eigenen vorgesehenen Beitrag ohne Kosten zulasten des Arbeitnehmers einzuzahlen. Diese Zahlungen dürfen einen Gesamtbetrag von **3615,20 Euro** nicht übersteigen. Zur Prüfung des Höchstbetrages von **3615,20 Euro** trägt auch mit dem Code ‚6‘ angegebene Betrag bei;

“21” die anderen abzugsfähigen Aufwendungen, die sich von denen unterscheiden, die mit den vorstehenden Codes gekennzeichnet wurden

Sie fallen unter die mit diesem Code anzugebenden abziehbaren Belastungen, wenn sie bei der Festsetzung der einzelnen Einkommen, die zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, nicht abgezogen werden:

- Die vom Erklärenden kraft Testament oder Aufлагeschenkung gezahlten regelmäßigen Zuwendungen (Renditen, Lebensrenten, usw.) und die im Umfang, in dem sie aus Maßnahmen der Gerichtsbehörde resultieren, an im Art. 433 des Bürgerlichen Gesetzbuches angegebene Familienangehörige gezahlten Unterhaltszuwendungen;
- die Mieten, Erbzinsen, Steuern und andere auf den Einkommen der Immobilien lastenden Belastungen, die zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, einschließlich der rechtsverbindlichen Beiträge an die Genossenschaften oder je nach Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung, mit Ausnahme der vereinheitlichten Agrarbeiträge. Abzugsfähig sind auch die Pflichtbeiträge in Bezug auf unvermietete Immobilien, deren Einkünfte nicht zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen, da die IRPEF durch die IMU ersetzt wird, sofern der Pflichtbeitrag nicht bereits bei der Festlegung des Katasterertrags berücksichtigt wurde. Der Abzug der an die Konsortien zu zahlenden Pflichtbeiträge ist dagegen nicht zulässig in Bezug auf vermietete Immobilien zu Wohnzwecken, für die die definitive Ertragsteuer gewählt wurde (vgl. Beschluss Nr. 44/E vom 4. Juli 2013);
- die Entschädigungen für Betriebsausfall, die dem Leiter bei Auflösung der Vermietung von Stadtimmobiliën, die für andere als Wohnungszwecke vorgesehen sind, auf Grund von Gesetzesbestimmungen gezahlt werden;
- 50 Prozent der für die Jahre vor 1974 fälligen und amtlich eingetragenen Einkommenssteuern (die Ergänzungssteuer ausgenommen), deren Beitreibung im Jahre 2016 (Art. 20, Absatz 2 des Präsidialerlasses Nr. 42 von 1988) begonnen wurde;
- die Summen, die nicht zur Bildung der Einkommen aus nicht selbstständiger und gleichgestellter Arbeit hätten beitragen dürfen und die hingegen der Besteuerung unterworfen wurden;
- die freien Spenden für Abgaben, die jene Personen stützen, die den Beistand auf Staatskosten genießen;
- die den Beschäftigten gezahlten Summen, die dazu ernannt sind, die Aufgaben bei den Wahlbüros unter Befolgung des Gesetzes zu erfüllen;
- 50 Prozent der von Adoptiveltern für die Durchführung der Adoptionsverfahren von ausländischen Minderjährigen getragenen Ausgaben. Im Anhang den Posten “Adoption von ausländischen Minderjährigen” einsehen.

Beiträge für zusätzliche und persönliche Rentenformen

In den Zeilen RP27 bis RP31 die an die Zusatzrentenformen sowohl bezüglich von Umwandlungsfonds als auch bezüglich von individuellen Fonds gezahlten Beiträge.



Der Steuerpflichtige ist nicht zur Abfassung der Zeilen RP27 bis RP31 gehalten, wenn er über keine Beiträge für die Ergänzungsfürsorge verfügt, die er in der Erklärung geltend machen kann. Dazu kann es kommen, wenn - ohne weitere Zahlungen von nicht abgesetzten Beiträgen oder Prämien in Bezug auf andere Formen der Zusatzvorsorge - unter Punkt 413 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 kein Betrag angegeben ist.

Infolge des vom Gesetzes vertretenden Dekrets Nr. 252 vom 05.12.2005 eingeführten Änderungen sind die an zusätzliche Rentenformen, einschließlich der in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eingerichteten und den dem Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum beigetretenen Staaten, gezahlten Beiträge vom Gesamteinkommen für einen Höchstbetrag von 5.164,57 Euro absetzbar.

Die genannte Grenze der Abzugsfähigkeit wird für Subjekte, die in Rentenformen eingetragen sind, für welche die finanzielle Unausgeglichenheit festgestellt und der Plan für die Wiederherstellung der Ausgeglichenheit vom Ministerium für Arbeit und Sozialvorsorge genehmigt wurde, nicht angewandt. Diese Subjekte können die Beiträge, die im Laufe des Steuerjahres bezahlt wurden, ohne Begrenzung abziehen.



Für den Fall, dass der Steuerpflichtige in mehreren Typologien der Rentenfonds eingetragen ist und somit mehrere Zeilen von RP27 bis RP31 abgefasst wurden, für die Auffindung der Absetzbarkeitsgrenze und des in der Spalte 2 anzugebenden Werts siehe nachstehend im Absatz „Eintragung in mehrere Rentenfondstypologien“ angegebene Anleitung.

Bei einer verrechneten Einheitlichen Bescheinigung 2018 ist dieser Umstand durch die Angabe von Kode 1 in Punkt 441 der einheitlichen Bescheinigung ausgewiesen.

Für die an geschlossene Rentenfonds sowie an individuelle Rentenformen ohne die Vermittlung des Steuersubstituts gezahlten Beiträge muss der Betrag der Zahlungen, für die die Absetzung verlangt wird, angegeben werden.

Zeile RP27 Beiträge mit ordentlicher Absetzbarkeit

Die Beiträge und Prämien angeben, für die der Absetzungshöchstbetrag der ordentliche Betrag von **5.164,57 Euro** ist (in den oben genannten Höchstbetrag müssen die Zahlungen des Steuerpflichtigen und des Arbeitgebers eingehen). Insbesondere geben Sie die an die ergänzenden Rentenformen bezüglich sowohl der geschlossenen Rentenfonds als auch der individuellen Rentenformen gezahlten Beträge an. Für Beiträge, die über den Steuersubstitut in kollektivvertragliche Fonds eingezahlt wurden, müssen Sie die unter den Punkten 412 und 413 der einheitlichen Bescheinigung angegebenen Daten verwenden, wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Kode „1“ angeführt ist. Die Angestellten der öffentlichen Verwaltungen fassen diese Zeile nur für die Angabe der Beiträge an Rentenfonds ab, für welche die Qualifikation der öffentlichen Angestellten nicht von Bedeutung ist (für die Angabe der Beiträge an Rentenfonds, die für sie vorgesehen sind, ist die Zeile RP31 unter Befolgung der Anleitungen abzufassen).

Spalte 1: In dieser Spalte ist der Betrag der Beiträge anzugeben, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Betrag gemäß Punkt 412 der einheitlichen Bescheinigung abgesetzt hat.

Sollten Beiträge für zu Lasten lebende Familienangehörige gezahlt worden sein (Punkt 421 der abgefassten einheitlichen Bescheinigung) ist in dieser Spalte die Summe in Punkt 412 der einheitlichen Bescheinigung, gekürzt um den ausgewiesenen Betrag unter Punkt 422 der einheitlichen Bescheinigung, anzugeben, der sich auf die Zusatzvorsorge für zu Lasten lebende Familienangehörige bezieht und vom Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit abgezogen wurde.

Spalte 2: Wenn eine einzige der Zeilen von RP27 bis RP31 abgefasst wurde, den niedrigeren Betrag zwischen den Ergebnissen der folgenden Berechnungen angeben:

1) den Gesamtbetrag der Zusatzfürsorgeaufwendungen berechnen, für die die Absetzung in der Erklärung beantragt wird:

Punkt 413 der Einheitlichen Bescheinigung 2017 + eingezahlte Summen in individuelle Rentenfonds

2) Berechnung des Differenzbetrages für die Überprüfung der ordentlichen Abzugsgrenze:

5.164,57 – Betrag aus Spalte 1

Zeile RP28 die vom Arbeitnehmer in Erstbeschäftigung gezahlten Beiträge

Die Arbeitnehmer in Erstbeschäftigung nach dem 01. Januar 2007 bzw. die Personen, die an dem Tag nicht Inhaber von einer offenen Beitragssposition bei irgendeiner Körperschaft für Pflichtvorsorge sind, können die innerhalb der Grenze von 5.164,57 Euro gezahlten Beiträge absetzen. Haben sie jedoch in den ersten fünf Jahren der Beteiligung den Zusatzrentenformen Beiträge mit einem Betrag unter dem genannten Höchstbetrag bezahlt, können sie ab dem sechsten Jahr der Beteiligung an den Rentenformen höhere Beträge abziehen und in den folgenden zwanzig Jahren im Ausmaß von 5.164,57 Euro, erhöht um den Betrag gleich dem positiven Differenzbetrag zwischen 25.822,85 Euro und den tatsächlich in den ersten fünf Jahren entrichteten Beiträgen, in jedem Fall erhöht um einen Betrag bis 2.582,29 Euro, in Anspruch nehmen. Ab dem Jahr 2012 haben die seit 2007 bei obligatorischen Pensionskassen versicherten Arbeitnehmer die Möglichkeit, erstmals diesen Zuschuss in Anspruch zu nehmen.

Wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Kode 3 angegeben ist, sind die in dieser Zeile anzugebenden Daten jene, die in die Punkte 412, 413 und 417 der einheitlichen Bescheinigung übertragen wurde.

Im Einzelnen:

- **Spalte 1:** In diese Spalte ist der Betrag in Bezug auf die Beiträge zu übertragen, den der Arbeitgeber vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat, der aus der Summe der angegebenen Beträge unter den Punkten 412 und 417 der einheitlichen Bescheinigung hervorgeht.
- **Spalte 2:** Wenn nur eine der Zeilen von RP27 bis RP31 ausgefüllt wurde, ist der kleinste Betrag unter den Beiträgen gemäß Punkt 413 der einheitlichen Bescheinigung anzugeben, den der Substitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat. Zudem ist das Ergebnis der folgenden Berechnung anzugeben:

5.164,57 – Betrag aus Spalte 1 Zeile RP28

Wenn der Steuerpflichtige die oben beschriebenen Bedingungen erfüllt, um die höhere Abzugsgrenze in Anspruch nehmen zu können, ist die Grenze von Euro 5.164,57 bis zu einem Höchstbetrag von Euro 2.582 um den folgenden Betrag zu erhöhen:

Euro 25.822,85 – in den ersten 5 Jahren eingezahlte Beiträge

Zeile RP29 An Fonds in finanzieller Unausgeglichenheit gezahlte Beiträge

Hier sind die Beträge anzuführen, die an Fonds mit finanziellem Missverhältnis eingezahlt wurden, für welche keine Abzugsgrenze vorgesehen ist. Die in diese Zeile zu übertragenden Daten sind jene, die unter den Punkten 412 und 413 der Einheitlichen Bescheinigung angegeben sind, wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Kode „2“ angeführt ist.

- **Spalte 1:** Hier ist der Betrag in Bezug auf die Beiträge gemäß Punkt 142 der einheitlichen Bescheinigung zu übertragen, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat.
- **Spalte 2:** Hier ist der Betrag der Beiträge anzugeben, die in Fonds in finanzieller Unausgeglichenheit eingezahlt wurden, für den in dieser Erklärung der Abzug beantragt wird. In dieser Spalte ist der Betrag in Bezug auf die Beiträge gemäß Punkt 413 der einheitlichen Bescheinigung anzugeben, den der Steuersubstitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat.

Zeile RP30 Für unterhaltsberechtignte Familienangehörige gezahlte Beiträge

Hier ist jener Teil der Beträge für steuerlich zu Lasten lebende Familienangehörige anzuführen, die eingezahlt wurden und von diesen nicht in Abzug gebracht werden konnten. Die Absetzbarkeitsgrenze beträgt **5.164,57 Euro**. Es wird daran erinnert, dass jene Personen als zu Lasten lebend betrachtet werden können, welche ein Gesamteinkommen von nicht mehr als 2.840,51 Euro erzielt haben. Falls die Beiträge für zu Lasten lebende Familienangehörige durch den Arbeitgeber eingezahlt wurden und demnach Punkt 151 der einheitlichen Bescheinigung ausgefüllt ist, ist Folgendes anzugeben:

- In **Spalte 1** ist der Betrag der Beiträge anzugeben, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Betrag abgesetzt hat. Dieser Betrag kann Punkt 422 der einheitlichen Bescheinigung entnommen werden.
- in **Spalte 2:** Wenn nur eine der Zeilen von RP27 bis RP31 ausgefüllt wurde, ist der kleinste Betrag unter den Beiträgen anzugeben, den der Substitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat, der Punkt 423 der einheitlichen Bescheinigung entnommen werden kann. Zudem ist das Ergebnis der folgenden Berechnung anzugeben:

5.164,57 – Betrag aus Spalte 1

Zeile RP31 An rechtsgeschäftliche Rentenfonds von Beamten gezahlte Beiträge

Die Zeile ist den Beschäftigten der öffentlichen Verwaltungen vorbehalten, die in rechtsgeschäftlichen Rentenformen eingetragen sind, von sie denen Empfänger sind (zum Beispiel der Fonds Scuola Espero für die in der Schule Beschäftigten). Für diese Personen sind die bis 31. Dezember 2006 geltenden Bestimmungen weiterhin anwendbar und deshalb kann der abzugsfähige Betrag nicht höher als 12 Prozent des Gesamteinkommens (das in diesem Fall auch den der definitiven Ertragsteuer unterzogenen Mietertrag und die Ermäßigung ACE umfasst) sein und kann nicht mehr als 5.164,57 Euro nach Abzug des vom Steuersubstitut ausgeschlossenen Betrages betragen. Mit Hinsicht auf die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, kann der Abzug nicht höher sein als der zweifache Betrag der TFR, die für den Rentenfond bestimmt ist, wobei immer die vorhergehende Höchstgrenze zu beachten ist. Wenn die Beamten hingegen in Rentenformen eingetragen sind, für die nicht die Befähigung des Beamten erfasst wird (Zum Beispiel Mitgliedschaft in einem offenen Fond), müssen sie die Zeile RP27 abfassen.

Die zur Abfassung dieser Zeile zu verwendenden Daten sind jene, die unter den Punkten 412 und 413 der einheitlichen Bescheinigung angegeben sind, wenn unter Punkt 411 der einheitlichen Bescheinigung Kode „4“ angeführt ist.

Folgendes ist anzugeben:

- In **Spalte 1:** Der Betrag in Bezug auf die Beiträge gemäß Punkt 412 der einheitlichen Bescheinigung, den der Steuersubstitut vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat;
- in **Spalte 2:** Der Betrag, der unter Punkt 414 der einheitlichen Bescheinigung angegeben ist.
- in **Spalte 3:** Wenn nur eine der Zeilen von RP27 bis RP31 ausgefüllt wurde, ist der Betrag unter den Beiträgen, die der Steuersubstitut nicht vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen hat, für die der Abzug in dieser Erklärung in Anspruch genommen werden kann. Um den in dieser Spalte anzugebenden Betrag zu ermitteln, sind die Anweisungen im Anhang unter „Zusatzvorsorge – Aufstellung zur Abfassung der Zeile RP31“ zu befolgen.

Einschreibung in mehrere Arten von Rentenfonds: Abfassung von zwei oder mehreren der Zeilen von RP27 bis RP31

Abzugsfähigkeit Zeile RP29

Wenn Sie die Zeile RP29 abgefasst haben, ist der in Spalte 2 dieser Zeile angegebene Betrag der eingezahlten Beiträge vollständig abzugsfähig; dieser Betrag ist jedoch von Bedeutung, um den zustehenden Abzug dann festzulegen, wenn Sie auch andere Zeilen in Bezug auf die Aufwendungen für die Zusatzvorsorge abgefasst haben.

Abzugsfähigkeit Zeile RP28

Berechnen: Verrechnungsfähigkeit RP28 = 5.164,57 + höhere Abzugsgrenze (vgl. Anleitungen zu RP28) - RP27 Sp. 1 - RP 28 Sp. 1 - RP29 Sp. 1 - RP29 Sp. 2 - RP30 Sp. 1 - RP31 Sp. 1

Auf Null zurückführen, wenn das Ergebnis negativ ist.

Wenn der in Spalte 2 der Zeile RP28 angegebene Betrag niedriger oder gleich der Verrechnungsfähigkeit RP28 ist, muss der Betrag als vollständig abzugsfähig berücksichtigt werden.

Wenn der in Spalte 2 der Zeile RP28 angegebene Betrag hingegen höher ist als die Verrechnungsfähigkeit RP28, ist der Betrag in die Grenzen der Verrechnungsfähigkeit RP28 zurückzuführen.

Verrechnungsfähigkeit Zeilen RP27, RP30 und RP31

Abzugsgrenze = Verrechnungsfähigkeit Zeile RP28 - 2.582 - RP28 Sp. 2;

Auf Null zurückführen, wenn das Ergebnis negativ ist.

Beantragter Abzug = RP27 Sp. 2 + RP30 Sp. 2 + RP31 Sp. 3

Wenn der Betrag des beantragten Abzugs niedriger oder gleich der Abzugsgrenze ist, ist die Summe der Beträge laut Spalte 2 der Zeilen RP27, RP30 und RP31 Sp. 3 vollständig abzugsfähig;

Wenn hingegen der Betrag des beantragten Abzugs höher ist als die Abzugsgrenze, ist der Betrag des beantragten Abzugs in diese Grenze zurückzuführen. Hierzu muss der Betrag der einzelnen Abzüge soweit reduziert werden, bis ihre Summe nicht mehr über der genannten Abzugsgrenze liegt.

Zeile RP32 - Aufwendungen für den Kauf oder den Bau von Wohnungen, die zur Miete überlassen werden

Für den Kauf oder den Bau von zur Vermietung bestimmten Wohnungsimmobilien wird dem Eigentümer ein Steuerabzug vom Gesamteinkommen im Verhältnis zum Besitzanteil zugestanden.

Diese Steuervergünstigung betrifft:

- den Kauf vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 von neu gebauten Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken, die bis zum 12. November 2014 unverkauft geblieben sind;
- den Kauf vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017 von Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken, die Maßnahmen zum Umbau, zur Restaurierung oder Sanierung zwecks Erhalt unterzogen;
- den bis zum 31. Dezember 2017 abzuschließenden Bau von Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken auf bebaubaren Grundstücken, die schon vor Baubeginn im Besitz des Steuerpflichtigen waren, oder für die schon Bebauungsrechte gewährt wurden, und für die vor dem 12. November 2014 die Baugenehmigung unter jeglicher Bezeichnung erteilt wurde.

Um die Steuervergünstigung in Anspruch nehmen zu können, muss die Immobilie innerhalb von sechs Monaten ab dem Kauf für mindestens acht Jahre vermietet werden. Sollte der Kauf vor dem 3. Dezember 2015 erfolgt sein, gilt der Zeitraum von sechs Monaten ab diesem Datum. Im Fall eines Baus von Immobilieneinheiten gilt der Zeitraum von sechs Monaten ab der Ausstellung der Bewohnbarkeitsbescheinigung oder dem Datum der stillschweigenden Zustimmung zur Ausstellung dieser Bescheinigung.

Der Steuerabzug beträgt 20% des aus der Verkaufsurkunde hervorgehenden Kaufpreises der Immobilie sowie der Passivzinsen aus Darlehensverträgen für den Kauf derselben Immobilieneinheiten, bzw. im Fall des Baus der getragenen Kosten für erbrachte Dienstleistungen im Zusammenhang mit Unternehmerverträgen, die von den Unternehmen, die die Arbeiten ausführen, bescheinigt werden.

Der maximale Höchstbetrag der Ausgaben beläuft sich auch im Fall des Kaufs oder Baus mehrerer Immobilien auf 300.000 Euro.

Der absetzbare Betrag wird in acht jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt, und zwar ab dem Jahr, in dem der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Der absetzbare Betrag kann nicht gemeinsam mit anderen Steuervergünstigungen, die für dieselben Ausgaben in anderen gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

Für weitere Informationen über die notwendigen Voraussetzungen in Bezug auf die Anerkennung des Steuerabzugs siehe Anhang unter „Kauf oder Bau von neuen oder umgebauten Wohnungen zu Mietzwecken“.

Wenn der Steuerabzug für den Kauf oder den Bau mehrerer Immobilien zusteht, muss eine Zeile für jede Immobilie ausgefüllt werden, wobei weitere Vordrucke zu nutzen sind.

Spalte 1 (Datum des Mietvertrags): Es ist das Datum des Mietvertrags für die gekaufte oder gebaute Immobilie anzugeben.

Spalte 2 (Ausgaben für den Kauf/Bau): Innerhalb des Höchstbetrags von 300.000 Euro (einschließlich MwSt.) sind die getragenen Kosten für den Kauf oder den Bau der vermieteten Immobilie anzugeben.

Spalte 3 (Passivzinsen auf Darlehen): In dieser Spalte ist der Betrag für im Jahr gezahlten Passivzinsen aus Darlehensverträgen für den Kauf der Immobilie anzugeben, die Gegenstand der Vergünstigung ist.

Spalte 4 (Absetzbarer Gesamtbetrag): Das Ergebnis folgender Berechnung übertragen: $(20 \% \text{ des Betrags aus Spalte 2}) / 8 + (20\% \text{ es Betrags aus Spalte 3})$. Wenn mehrere Vordrucke abgefasst wurden, um die getragenen Ausgaben für mehrere Immobilien auszuweisen, muss die vorliegende Spalte 4 nur einmal auf dem ersten der verwendeten Vordrucke ausgefüllt werden, wobei die oben beschriebene Berechnung auf alle Spalten 2 und 3 der diversen abgefassten Vordrucke bezogen wird.

Zeile RP33 Summen, die dem auszahlende Subjekt in anderen Steuerzeiträumen zurückgezahlt wurden, als denen, in denen sie der Besteuerung unterlagen.

Seit dem Steuerjahr zum 31. Dezember 2013 kann der Betrag der an das auszahlende Subjekt in einem anderen Steuerzeitraum als dem, in dem sie der Besteuerung, auch einer getrennten Besteuerung, unterlagen, zurückerstatteten Summen für einen Steuerabzug aus dem Gesamteinkommens im Jahr der Zurückerstattung angerechnet werden, oder, wenn er zur Gänze oder zum Teil im Steuerzeitraum der Zurückerstattung nicht abgezogen wurde, in den nachfolgenden Steuerzeiträumen; alternativ dazu ist es möglich, die Zurückerstattung der entsprechenden Steuer zum nicht abgezogenen Betrag gemäß den Modalitäten, die vom Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 5. April 2016 festgelegt wurden, zu beantragen. Dabei kann es sich neben Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit auch um Vergütungen für freiberufliche selbstständige Arbeit oder andere Einkommen (gelegentliche selbstständige Arbeit oder sonstiges) handeln.

Spalte 1 (im Lauf des Jahres zurückerstatteten Summen): den Betrag der im Jahr 2017 an das auszahlende Subjekt zurückgezählten Summen angeben, oder, falls der Substitut mit der Durchführung des Abzugs betraut wurde, den Betrag der nicht abgezogenen Summen, die in Punkt 440 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegeben sind.

Spalte 2 (Restbetrag der vorhergehenden Erklärung): den Betrag angeben, der im vorangegangenen Steuerzeitraum nicht abgezogen wurde, der in Zeile RN47, Spalte 36 des Vordrucks Einkommen 2017 oder in Zeile 149 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 (Spalte 1 für den Erklärer, Spalte 2 für den Ehegatten) übertragen ist.

Spalte 3 (Gesamtbetrag): die Summe der in den Spalten 1 und 2 angegebenen Beträge

Zeile RP34 Abzugsfähiger Anteil der Investition in Startup-Unternehmen

Die Rechtssubjekte, die für die Transparenzregelung laut Art. 116 des TUIR optiert haben, können im Verhältnis zu ihrer Beteiligung an den Gewinnen an die Gesellschafter den Teil der Einlage in Startup-Unternehmen übertragen, der das Gesamteinkommen übersteigt. Der Gesellschafter kann den ihm von der Gesellschaft übertragenen Betrag von seinem Einkommen abziehen, der in **Spalte 2** einzutragen ist, wobei die Steuernummer der beteiligten Gesellschaft in **Spalte 1** angegeben werden muss.



Wenn dem Teilhaber Anteile an Startupunternehmen durch mehrere beteiligte Gesellschaften übertragen wurden, müssen getrennte Vordrucke zur Angabe der Daten für eine jede Gesellschaft ausgefüllt werden, und die Spalten 3, 4 und 5 sind nur ein einziges Mal auf dem ersten der verwendeten Vordrucke auszufüllen.

Spalte 3 (Gesamtbetrag UPF 2018): die Summe der in den Spalten 2 aller ausgefüllten Vordrucke angegebenen Beträge angeben;

Spalte 4 (Restbetrag RPF 2017): den nicht genutzten Absetzbetrag für das Jahr 2016 angeben, der aus dem Vordruck REDDITI 2017 in Zeile RN47, Spalte 33 hervorgeht, und zwar abzüglich der eventuellen Überschüsse, die in Zeile RL32, Spalte 3 des Vordrucks REDDITI 2018 übertragen wurden.

Spalte 5 (Restbetrag UPF 2016): den nicht genutzten Absetzbetrag für das Jahr 2015 angeben, der aus dem Vordruck REDDITI 2017 in Zeile RN47, Spalte 32 hervorgeht.

Spalte 6 (Restbetrag UPF 2015): den nicht genutzten Absetzbetrag für das Jahr 2014 angeben, der aus dem Vordruck REDDITI 2017 in Zeile RN47, Spalte 31 hervorgeht.

Die Modalitäten zur Umsetzung dieser Steuervergünstigung wurden mit dem Dekret vom 25. Februar 2016 festgelegt, das das Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 30. Januar 2014, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, ersetzt hat. Sollte es infolge eines Umstandes im Sinne von Art. 6 des genannten Dekrets zum Verlust der gewährten Vergünstigung gekommen sein, ist der Steuerzahler verpflichtet, auch die Zeile RL32 in Übersicht RL in Heft 2 auszufüllen.

Wenn der Abzug die Höhe des erklärten Gesamteinkommens übersteigt, kann der Überschuss zur Erhöhung des abzugsfähigen Betrags vom Gesamteinkommen der nachfolgenden Steuerjahre bis zum dritten Jahr verrechnet werden, bis der volle Betrag erreicht ist (Art. 4, Abs. 4 des M.D. vom 25. Februar 2016).

Zeile RP39 Gesamtbetrag der abzugsfähigen Aufwendungen

Summe der angegebenen absetzbaren Beträge:

- In den Zeilen von RP21 bis RP26;
- in den Spalten 2 der Zeilen von RP27 bis RP30;
- in Spalte 3 der Zeile RP31;
- in Spalte 4 der Zeile RP32;
- in den Spalten 3 der Zeile RP33.
- in den Spalten 3, 4, 5 und 6 der Zeile RP34.

Diese Summe muss in die Zeile RN3 übertragen werden.

TEIL III A - Ausgaben zur Wiedergewinnung der Bausubstanz und für Erdbebensicherungsmaßnahmen

In diesem Teil sind die Ausgaben einzutragen, die im Jahr 2017 oder in den Vorjahren getragen wurden und sich auf Folgendes beziehen:

- Restaurierungsarbeiten von Immobilien;
- beim Kauf oder bei der Zuweisung von Immobilien, die zu sanierten Gebäuden gehören, wenn der Kauf oder die Zuweisung binnen bestimmter Daten erfolgte.

In diesem Abschnitt sind auch anzugeben:

- die für Erdbebenschutzmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten.

Für die Sanierung von Immobilien getragene Kosten

Die Absetzung steht für Ausgaben in Bezug auf folgende Maßnahmen zu **Eingriffe** zur Wiedergewinnung der Bausubstanz:

- Eingriffe zur außerordentlichen Instandhaltung einzelner Wohnbaueinheiten unabhängig von der Katasterkategorie, was auch für landwirtschaftliche Baueinheiten und ihr Zubehör gilt;
- Eingriffe zur ordentlichen und außerordentlichen Instandhaltung an Gemeinschaftsteilen von Wohngebäuden;
- Eingriffe zur erhaltenden Restaurierung und Sanierung von Gebäuden;
- notwendige Eingriffe zum Wiederaufbau oder zur Wiedergewinnung der aufgrund von Naturkatastrophen beschädigten Immobilie, unter der Bedingung, dass der Notstand ausgerufen wurde;
- Eingriffe zur Verkabelung der Gebäude, zur Eindämmung der Lärmbelastung, für statische Sicherungsarbeiten und für Erdbebenschutzmaßnahmen an den Gebäuden, zur Ausführung von Innenarbeiten;
- Eingriffe zur Ausführung von Autogaragen oder zugehörigen Autoabstellplätzen, auch als Gemeinschaftseigentum;
- weitere Eingriffe wie z.B. zur Asbestsanierung oder zur Vorbeugung ungesetzlicher Handlungen von Seiten Dritter oder zur Beseitigung der architektonischen Hindernisse oder für Maßnahmen zur Vermeidung von Haushaltsunfällen.

Die Absetzung steht auch in Bezug auf die Ausgaben zu, die für Maßnahmen zur Energieeinsparung getragen wurden, einschließlich der Installation von Anlagen, die auf dem Einsatz erneuerbarer Energiequellen basieren, zu denen auch die Photovoltaikanlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie gehören.

Die Absetzung kann in Anspruch genommen werden vom Eigentümer oder Besitzer der Immobilie, an der die Sanierungseingriffe aufgrund eines geeigneten Rechtstitels vorgenommen wurden (zum Beispiel Besitz sonstiges dingliches Recht, staatliche Konzession, Miete oder Gebrauchslleihe).

Auch ein Familienmitglied, das mit dem Besitzer bzw. Inhaber der Immobilie in einem Haushalt wohnt, hat Anspruch auf die Absetzung, wenn es die Ausgaben getragen hat und die Rechnungen und Überweisungen auf dessen Namen ausgestellt sind. Der Abzug ist auch dann zulässig,

wenn die Rechnungen und Überweisungen nicht auf den Namen des im Haushalt lebenden Familienangehörigen ausgestellt sind, vorausgesetzt, der prozentuale Anteil der von ihm getragenen Kosten ist in der Rechnung angegeben (für eingehende Erläuterungen siehe Rundschreiben Nr. 11/E vom 21. Mai 2014).

Bedingungen für die Inanspruchnahme des Abzugs

Zahlungen per Bank- oder Postüberweisung, aus denen sich Folgendes ergibt:

- Verwendungszweck der Überweisung (für die ab dem 1. Januar 2012 getragenen Kosten ist der Art. 16-bis des TUIR anzugeben);
- Steuernummer des Steuerzahlers, der die Zahlung durchführt;
- Steuernummer oder Mehrwertsteuernummer des Empfängers der Zahlung.

Angabe der folgenden Informationen in der Einkommensteuererklärung (Zeilen RP51 bis RP53):

- Katasterdaten der Immobilie;
- die Registrierdaten der Urkunde, die den Rechtstitel bildet (z.B. Mietvertrag), wenn die Arbeiten vom Inhaber durchgeführt wurden
- die zur Kontrolle des Abzugs erforderlichen weiteren Angaben;
- Der Steuerpflichtige muss außerdem die von der Verfügung des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 2. November 2011 ermittelten Dokumente aufbewahren und auf Verlangen der Dienststelle vorlegen (z.B. die Rechnungen oder die Steuerquittungen in Bezug auf die getragenen Ausgaben).

Auch die Käufer von dazugehörigen, **bereits gebauten Garagen oder Autoabstellplätzen** können die Begünstigung in Anspruch nehmen. Allerdings steht die Absetzung ausschließlich für die Bauausgaben zu, die vom Verkäufer bestätigt sein müssen. Auch in diesem Fall müssen in der Einkommensteuererklärung die Katasterdaten der Immobilie angegeben werden. Für im Jahr 2016 getätigte Käufe besteht kein Anrecht auf die Absetzung auf Ausgaben zum Bau von zugehörigen Fertiggaragen oder Carports, für die der Steuerpflichtige die neue Steuererleichterung in Anspruch genommen hat, die die Absetzung von 50 % der an den Bauunternehmer gezahlten Mehrwertsteuer erlaubt (Zeile E59).



Hinsichtlich der Arbeiten, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, und anderer Informationen über die Voraussetzungen und die Unterlagen, die zur Anerkennung der Absetzung notwendig sind, vgl. im Anhang „Ausgaben für Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz“.

Der vorgesehene **Steuerabzug** beläuft sich auf:

- **50 Prozent** für die Ausgaben, die vom 26. Juni 2012 bis zum 31. Dezember 2017 getragen wurden;
- **36 Prozent** für die in folgenden Zeiträumen getragenen Ausgaben: a) von 2008 bis 2011 und b) vom 1. Januar bis zum 25. Juni 2012.

Die Absetzung ist in **10 Raten gleicher Höhe** aufzuteilen. Die Steuerzahler, die die Absetzung auf eine andere Anzahl von Raten aufgeteilt haben und dazu berechtigt waren, können mit dieser Rataufteilung fortfahren.



Siehe im Anhang unter „Ausgaben für Renovierungsarbeiten“ und unter „Ausgaben für die Fortführung der Arbeiten – Beispiele“

Die **Ausgaben**, auf die der Prozentsatz anzuwenden ist, dürfen folgende Höchstgrenzen nicht überschreiten

- **48.000 Euro** für Ausgaben, die in der Zeit von 2008 bis zum 25. Juni 2012 getragen wurden;
- **96.000 Euro** für Ausgaben, die zwischen dem 26. Juni 2012 und dem 31. Dezember 2017 getragen wurden.

Der Höchstbetrag muss sich auf die einzelne Immobilieneinheit beziehen, an der die Arbeiten durchgeführt wurden. Wenn also mehrere Personen Anspruch auf den Abzug haben (Miteigentümer usw.) wird der Höchstbetrag unter ihnen aufgeteilt.

Für das Jahr 2012 steht der Abzug von 50 Prozent für die Ausgaben zu, die zwischen dem 26. Juni und dem 31. Dezember 2015 bis zum Höchstbetrag von 96.000 Euro getragen wurden, nach Abzug der bis zum 25. Juni 2012 bis zum Höchstbetrag von 48.000 Euro getragenen Kosten.

Wurden die Arbeiten bereits in den Vorjahren begonnen, sind für die Ermittlung der Höchstgrenze der abzugsfähigen Ausgaben, die in den Vorjahren getragenen Ausgaben zu berücksichtigen.

Im Fall von Arbeiten, die vor dem 26. Juni 2012 begonnen und in den Folgejahren fortgeführt wurden, steht der Abzug von 50% für die vom 26. Juni 2012 bis zum 31. Dezember 2017 getragenen Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag von 96.000 Euro zu, abzüglich der bis zum 25. Juni 2012 bis zu einem Höchstbetrag von 48.000 Euro getragenen Kosten.

Im Falle eines Verkaufs bzw. einer Schenkung der Immobilieneinheit, an der vor Ablauf des Zeitraums zur Inanspruchnahme der Absetzungen die Eingriffe vorgenommen wurden, werden die nicht in Anspruch genommenen Absetzungsanteile dem Käufer bzw. dem Beschenkten übertragen, sofern zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wird.

Sollte der Inhaber des Abzugsrechtes ableben, wird das Abzugsrecht ausschließlich auf den **Erben** übertragen, welcher materieller und direkter Besitzer des Gutes ist.

Wurden die **Ausgaben vom Mieter bzw. vom Entleiher getragen**, verfällt durch die Aufhebung des Miet- bzw. Leihvertrages nicht der Anspruch auf den Absetzbetrag des Mieters bzw. Entleihers.

Erdbebensicherungsmaßnahmen in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung, deren Genehmigungsverfahren innerhalb des 31. Dezember 2016 betätigt wurden

Für die Ausgaben, die vom 4. August 2013 bis zum 31. Dezember 2016 für Erdbebensicherungsmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten getragen wurden (Artikel 16-bis, Absatz 1, Buchstabe i, TUIR), deren Genehmigungsverfahren nach dem 4. August 2013 und innerhalb des 31. Dezember 2016 eingeleitet wurden, und die sich auf Gebäude in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung (Erdbebenzonen 1 und 2) beziehen laut Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3274 vom 20. März 2003, veröffentlicht im ordentlichen Beiblatt Nr. 72 zum Amtsblatt Nr. 105 vom 8. Mai 2003, die als Hauptwohnung dienen (in der der Steuerpflichtige oder seine Familienangehörigen ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben) oder für Produktionstätigkeiten genutzt werden, steht Steuerabzug in Höhe von **65 Prozent** zu, wobei der Gesamtbetrag der Ausgaben **96.000 Euro** je Immobilieneinheit nicht überschreiten darf. Um diesen höheren Prozentsatz für die Absetzung in Anspruch nehmen zu können, muss der Code ‚4‘ in der Spalte 2 der Zeilen von RP41 bis RP47 angegeben werden.

Erdbebensicherungsmaßnahmen in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 betätigt wurden

Für die Ausgaben, die vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2021 für Erdbebensicherungsmaßnahmen und statische Sicherungsarbeiten

(Art. 16-bis, Abs. 1, Buchst. i TUIR) und für die Erdbebenklassifizierung und -prüfung der Immobilien getragen werden, deren Genehmigungsverfahren nach dem 1. Januar 2017 eingeleitet wurden, und die sich auf Gebäude in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung (Erdbebenzonen 1 und 2) und in den Erdbebenzonen 3 gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3274 vom 20. März 2003, veröffentlicht im ordentlichen Beiblatt Nr. 72 zum Amtsblatt Nr. 105 vom 8. Mai 2003, beziehen, die als Wohnung dienen oder für Produktionstätigkeiten genutzt werden, steht ein Abzug von der Bruttosteuer zu.

Der **Steuerabzug**, den vom Steuerbeistandsleistenden berechnet wird, ist in der Höhe von:

- **50%**;
- **70%**, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse bewirkt;
- **80%**, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen bewirkt.

Der Steuerabzug wird von dem Steuerbeistandsleistenden in **5 gleichwertige Raten** aufgeteilt.

Die Ausgabe, auf die der Prozentsatz angewandt wird, kann die **Grenze von 96.000 Euro** pro Immobilieneinheit pro Jahr überschreiten.

Was den Gesamtbetrag der Ausgabe betrifft, auf die eine Begünstigung operiert werden kann, sollten auf dieselbe Immobilie Erdbebensicherungsmaßnahmen, außerordentliche Instandhaltung und Arbeiten zur Energieumstellung durchgeführt werden, wird es darauf hingewiesen, dass die Grenze der Ausgabe von 96.000 Euro einheitlich ist, insofern sie sich auf eine einzelne Immobilie bezieht. In der obergenannten Ausgabegrenze sind hingegen Maßnahmen zur globalen Umstellung des Gebäudes, Arbeiten auf undurchsichtige Strukturen und Rahmenwerke und Ersatz von thermischen Anlagen nicht eingeschlossen, für die der Steuerpflichtige einen Abzug von 65% innerhalb von bestimmten Grenzen (Beschluss Nr. 147/E von 29. November 2017) erhalten kann.

Sollten die Arbeiten auf **gemeinsame Teile von Mehrfamilienhäuser** durchgeführt werden, sind die von dem Steuerbeistandsleistenden zu berechnenden Steuerabzüge in der Höhe von:

- **75%** wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse bewirkt;
- **85%** wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen bewirkt.

Der Steuerabzug wird von dem Steuerbeistandsleistenden in **5 gleichwertige Raten** aufgeteilt

Die Ausgabe, auf die der Prozentsatz angewandt wird, kann die **Grenze von 96.000 Euro** pro Immobilieneinheit jedes Gebäudes überschreiten.

Sollten die Arbeiten in den Gemeinden, die in den **mit Erdbebenrisiko 1 bezeichneten Zonen** gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 108 vom 11. Mai 2006, liegen, durch Abriss und Wiederaufbau des ganzen Gebäudes zur Verminderung des Erdbebenrisikos, auch mit einer Volumenveränderung im Vergleich zum vorherigen Gebäude – wo die geltenden städtebaulichen Normen dies zulassen – durchgeführt werden, und sollten die Erweiterungen von Immobilienbau- oder Immobilienrenovierungsunternehmen durchgeführt werden, die innerhalb von 18 Monaten von dem Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeiten für die nachfolgende Veräußerung der Immobilie sorgen, ist der von dem Steuerbeistandsleistenden zu berechnende Steuerabzug in der Höhe von:

- **75%** des Preises der einzelnen Immobilieneinheit, der aus dem öffentlichen Kaufvertrag entsteht, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse bewirkt;
- **85%** des Preises der einzelnen Immobilieneinheit, der aus dem öffentlichen Kaufvertrag entsteht, wenn sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos aus der Durchführung der Maßnahmen ergibt, die einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen bewirkt.

Der Steuerabzug wird von dem Steuerbeistandsleistenden in 5 gleichwertige Raten aufgeteilt.

Die Ausgabe, auf die der Prozentsatz angewandt wird, kann die **Grenze von 96.000 Euro** pro Immobilieneinheit pro Jahr überschreiten.

Ausgaben, die für den Kauf oder die Zuweisung von Immobilien getragen wurden, die Teil von restaurierten Gebäuden sind

Ab dem Jahr 2002 steht die Absetzung auch für den Kauf bzw. die Zuweisung von Immobilieneinheiten zu, die Teil eines Gebäudes sind, das von Bauunternehmen bzw. von Baugenossenschaften restauriert bzw. saniert wurde.

Dem Käufer oder Empfänger der Immobilie hat Anspruch auf einen Abzug, der auf einen Pauschalbetrag in Höhe von 25 Prozent des Kauf- oder Zuweisungspreises der Immobilie zu berechnen ist, der aus der Kauf- oder Zuweisungsurkunde resultiert.

Die Absetzung wird den Käufern unter Bezugnahme auf den Eigentumsanteil an der Immobilie zuerkannt und steht unter der Bedingung zu, dass der Verkauf oder die Zuweisung der Immobilie innerhalb von 18 Monaten nach Abschluss der Renovierungsarbeiten erfolgt.

Für die Ausgaben, die vom 26. Juni 2012 bis zum 31. Dezember 2017 getragen wurden, steht er dem Käufer oder dem Zuweisungsempfänger in Höhe von 50 Prozent zu. Der Betrag, der 25 Prozent des Kauf- oder Zuweisungspreises entspricht, darf den Höchstbetrag von 96.000 Euro nicht überschreiten.

Hinsicht der Ausgaben, die in den vergangenen Jahren getragen wurden

- von 36 Prozent, wenn die notarielle Beurkundung vom 1. Januar 2007 bis zum 30. Juni 2007 oder seit 1. Januar 2008 erfolgte;

Der Betrag, der 25 Prozent des Kauf- oder Zuweisungspreises entspricht, darf die folgenden Höchstbeträge nicht überschreiten:

48.000 Euro, wenn der Kauf oder die Zuweisung ab dem 1. Januar 2008 erfolgt ist und die Renovierungsarbeiten ab dem 1. Januar 2008 ausgeführt wurden.

Der Höchstbetrag, auf den der Prozentsatz anzuwenden ist, nur auf die einzelne Immobilieneinheit zu beziehen. Falls also mehrere Personen Anspruch auf den Absetzbetrag haben (Miteigentümer usw.), ist der Höchstbetrag unter diesen aufzuteilen.

Die Akontozahlungen, für die in den Vorjahren der Abzug in Anspruch genommen wurde, tragen zum Erreichen des Höchstbetrags bei. Im Jahr der notariellen Beurkundung besteht somit der Betrag, der für den Abzug heranzuziehen ist, aus dem Höchstbetrag, von dem die Akontozahlungen abzuziehen sind, die bereits bei der Anerkennung der Vergünstigung berücksichtigt wurden.

Wenn man für Käufe, die im Jahr 2017 getätigt wurden, die Absetzung von 50 % der an den Bauunternehmer gezahlten Mehrwertsteuer in Anspruch nehmen möchte, wird vom Betrag der für den Kauf getragenen Ausgaben der Betrag von 50 % der gezahlten Mehrwertsteuer abgezogen.

Die Absetzung wird vom Steuerbeistandsleistenden in 10 gleich hohe Jahresraten aufgeteilt.

ABFASSUNG DER ZEILEN RP41 BIS RP47

Für jedes Jahr und für jede einzelne Immobilieneinheit, die Gegenstand der Rückgewinnungsarbeiten des Baubestands sind, muss eine einzelne Zeile abgefasst werden. Gleichmaßen muss eine getrennte Zeile für die an den gemeinsamen Teilen der Wohngebäude ausgeführten Rückgewinnungsarbeiten des Baubestands abgefasst werden

Die Zeilen RP41 bis RP47 sind für die von 2008 bis 2017 getragenen Kosten abzufassen:

- **Spalte 1 (Jahr):** das Jahr angeben, in dem die Kosten getragen wurden;
- **Spalte 2 (2012; 2013/2017-Erdbebenschutz):** Diese Spalte ist nur in folgenden Fällen auszufüllen:

- Im Jahr 2012 getragene Ausgaben;
- für die Umsetzung von Erdbebenschutzmaßnahmen in den Jahren 2013, 2014, 2015, 2016 oder 2017 getragenen Ausgaben.

Einen der folgenden Codes angeben:

- “2” Ausgaben, die zwischen dem 1. Januar und dem 25. Juni 2012 getragen wurden (Abzug von 36%);
- “3” Ausgaben, die zwischen dem 26. Juni und dem 31. Dezember 2012 getragen wurden (Abzug von 50%);
- “4” vom 4. August 2013 bis zum 31. Dezember 2016 getragene Ausgaben für Erdbebensicherungsmaßnahmen an Gebäuden in Gebieten mit hoher Erdbebengefährdung, die als Hauptwohnung dienen oder für Produktionstätigkeiten genutzt werden.
- ‘5’ im Jahr 2017 für **Erdbebensicherungsmaßnahmen** auf in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegende Gebäude getragene Ausgaben (Abzug in Höhe von 50%) und im seismischen Bereich 3;
- ‘6’ im Jahr 2017 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegende Gebäude getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, aus deren Ergreifen sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse** bewirkt (Abzug in Höhe von 70%);
- ‘7’ im Jahr 2017 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegende Gebäude getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, aus deren Ergreifen eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen** bewirkt (Abzug in Höhe von 80%);
- ‘8’ im Jahr 2017 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf gemeinsame Teile eines in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegenden Mehrfamilienhauses getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, aus deren Ergreifen sich eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse** bewirkt (Abzug in Höhe von 75%);
- ‘9’ im Jahr 2017 für Erdbebensicherungsmaßnahmen auf gemeinsame Teile eines in Zonen mit hoher Erdbebengefährdung liegenden Mehrfamilienhauses getragene Ausgaben und im seismischen Bereich 3, die Wohnimmobilien oder Immobilien für Produktionstätigkeiten betreffen, aus deren Ergreifen eine Verminderung des Erdbebenrisikos ergibt, die **einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen** bewirkt (Abzug in Höhe von 85%);
- ‘10’ im Jahr 2017 für den Kauf von Immobilieneinheiten getragene Ausgaben, die Teil von wiederaufgebauten, in Zonen mit Erdbebengefährdung 1 gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 108 vom 11. Mai 2006, liegenden Gebäuden sind, deren Wiederaufbau **einen Wechsel zu einer niedrigeren Risikoklasse** bewirkt (Abzug in Höhe von 75%);
- ‘11’ vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 für den Kauf von Immobilieneinheiten getragene Ausgaben, die Teil von wiederaufgebauten, in Zonen mit Erdbebengefährdung 1 gemäß dem Erlass des Ministerpräsidenten Nr. 3519 vom 28. April 2006, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 108 vom 11. Mai 2006, liegenden Gebäuden sind, deren Wiederaufbau **einen Wechsel zu zwei niedrigeren Risikoklassen** bewirkt (Abzug in Höhe von 85%).

- **Spalte 3 (Steuernummer):** die Spalte ist nur in den folgenden Fällen auszufüllen.

Arbeiten an gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft

Bei Eingriffen an gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft müssen die einzelnen Miteigentümer die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft angeben und das Kästchen der Spalte 2 „Eigentumsgemeinschaft“ in einer der Zeilen von RP51 bis RP52 ankreuzen, ohne die Katasterdaten der Immobilie wiederzugeben. Diese Daten werden vom Verwalter der Eigentumsgemeinschaft in der Übersicht AC seiner eigenen Steuererklärung angegeben.

Für Eingriffe, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, müssen die Miteigentümer die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft oder der Genossenschaft angeben, ohne den Abschnitt III-B auszufüllen.

Für Maßnahmen an gemeinsamen Teilen eines kleinen Mehrfamilienhauses, für das keine Steueridentifikationsnummer beantragt wurde, geben die Steuerpflichtigen zur Inanspruchnahme der Absetzung für bauliche Maßnahmen und Maßnahmen zur energetischen Neubewertung für den zustehenden Anteil die Steueridentifikationsnummer des Wohnungsbesitzers an, der die Überweisung getätigt hat.

In diesem Fall muss der Steuerzahler bei einer Kontrolle nachweisen, dass die Maßnahmen an gemeinsamen Teilen des Gebäudes durchgeführt wurden. Er muss auch den zugelassenen Vermittlern außer den üblicherweise erforderlichen Unterlagen zum Nachweis des Rechts auf die Absetzung eine Selbstbescheinigung ausstellen, die die Art der ausgeführten Arbeiten belegt und die Katasterdaten der Immobilieneinheit angibt, die Teil des Mehrfamilienhauses ist.

Eingriffe von Subjekten gemäß Artikel 5 des Tuir

Bei Eingriffen, die ab dem 14. Mai 2011 von einem der Subjekte gemäß Artikel 5 des TUIR (z.B. Personengesellschaft) durchgeführt werden, müssen die Subjekte, denen die Einkommen gemäß desselben Artikels angerechnet werden, in dieser Spalte die Steuernummer der Gesellschaft oder Körperschaft angeben und die Katasterdaten der Immobilie im Abschnitt III-B der Übersicht E eintragen.

Mitteilung an das Betriebszentrum Pescara

Bei Eingriffen, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, ist in dieser Spalte die Steuernummer des Subjekts anzugeben, das eventuell auch für Rechnung des Erklärenden die Mitteilung an das Betriebszentrum Pescara geschickt hat (z.B. der Miteigentümer oder Mitinhaber der dinglichen Rechte an der Immobilie, die einfachen Gesellschaften und die anderen Körperschaften gemäß Art. 5 des TUIR). Die Spalte ist nicht auszufüllen, wenn die Mitteilung vom Erklärenden durchgeführt worden ist.

Kauf oder Zuweisung von renovierten Immobilien

Bei Kauf oder Zuweisung von Immobilieneinheiten, die zu renovierten Gebäuden gehören, muss die Steuernummer des Bau- oder Renovierungsunternehmens oder der Genossenschaft angegeben werden, die die Arbeiten ausgeführt hat.

- **Spalte 4 (Besondere Eingriffe):** die Spalte ist nur bei folgenden besonderen Eingriffen auszufüllen, wobei einer der folgenden Codes anzugeben ist:

“1” sollten die Ausgaben für eine Einzelmaßnahme in mehreren Jahren getragen worden sein. Zur Berechnung der absetzbaren Ausgabenhöchstgrenze sind die in den vorhergehenden Jahren getragenen Ausgaben zu berücksichtigen;

„4“ für Ausgaben, die für den **Kauf oder die Zuweisung von Immobilien** getragen wurden, die zu **renovierten** Gebäuden gehören. Die Absetzung steht für einen Betrag zu, der 25 Prozent des Verkaufs- oder Zuweisungspreises der Immobilie entspricht.

Steuerzahler, die nicht unter die oben angeführten Fälle fallen, müssen keinen Kode anführen.

- in **Spalte 5, (Kauf, Erbschaft, Schenkung)** angeben:
 - „4“ wenn der Steuerpflichtige im Jahr 2017 die Immobilie von einer Person geerbt, gekauft oder als Schenkung erhalten hat, die die in den vorhergehenden Jahren getragenen Ausgaben in 10 Raten aufgeteilt hatte.
- in **Spalte 8 (Anzahl der Raten)** ist die Zahl der Raten anzugeben, die der Steuerzahler im Jahr 2017 in Anspruch nimmt. Für die Ausgaben des Jahres 2017 ist obligatorisch die Nummer '1' einzutragen;
- In **Spalte 9** (Betrag der Ausgaben): Den Gesamtbetrag der im Lauf des Jahres getragenen Ausgaben, die in Spalte 1 eingetragen ist, angeben. Im Fall von Kauf von wiederaufgebauten Immobilien (Code „10“ oder Code „11“ in der Spalte 2) ist der anzugebende Betrag in Höhe von dem Preis der einzelnen Immobilieneinheit, der aus dem öffentlichen Kaufvertrag entsteht. Im Fall eines Kaufs oder einer Zuweisung von renovierten Immobilien (Kode '4' in Spalte 4) beträgt der anzugebende Betrag 25% des Kaufpreises. Im Fall von Ausgaben für Arbeiten, die sich über mehrere Jahre fortsetzen (Kode '1' in Spalte 4), und wenn die getragenen Ausgaben im Jahr 2017 die Fortsetzung einer in vorhergehenden Jahren begonnenen Arbeit an einer einzigen Immobilieneinheit eines einzigen Besitzers betreffen, darf der in dieser Spalte anzugebende Betrag nicht höher als die Differenz zwischen 96.000 € und der Ausgaben der letzten Jahre des Steuerpflichtigen sein, im Verhältnis zu den Arbeiten selbst. Für Käufe und Zuweisungen von Immobilien, die Teile von sanierten Gebäuden sind, und für die Erstellung von Fertiggaragen und Carports, die im Jahr 2017 getätigt wurden, wenn man die Absetzung von 50 % der an den Bauunternehmer gezahlten Mehrwertsteuer in Anspruch nehmen möchte, wird vom Betrag der getragenen Ausgaben der Betrag von 50 % der gezahlten Mehrwertsteuer abgezogen.
- in **Spalte 10 (Betrag der Raten)** den Betrag jeder Rate der getragenen Ausgaben eintragen. Dieser Betrag wird berechnet, indem der Betrag der in Spalte 9 eingetragenen Ausgaben (innerhalb der oben angeführten Grenzen) durch die Anzahl der gewählten Raten geteilt wird, die in Spalte 8 angeführt sind. Im Falle eines Kaufes oder einer Zuweisung von umgebauten Immobilien, muss die Rate mit Hinsicht auf 25 Prozent des Kaufpreises berechnet werden.

Falls sich der Betrag der 2017 getragenen Ausgaben auf die Fortführung eines in den vorhergehenden Jahren begonnenen Eingriff (Kode 1 in Spalte 4) an einer einzelnen Immobilieneinheit bezieht, darf der Betrag, der zur Berechnung der zustehenden zu berücksichtigen ist, nicht die Differenz zwischen 96.000 Euro und den Ausgaben überschreiten, die der Steuerpflichtige in den vorhergehenden Jahren in Bezug auf denselben Eingriff getragen hat.

Spalte 11 (Laufende Nr. Immobilie)

Für die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben müssen diese Spalte und der folgende Abschnitt III-B in Bezug auf die Kenndaten der Immobilie ausgefüllt werden, die Gegenstand der Arbeiten war. In dieser Spalte 11 ist dieselbe fortlaufende Nummer einzutragen, um die Immobilie zu identifizieren, die Gegenstand der Renovierungsarbeiten war. Dieselbe Nummer auch in der Spalte 1 des folgenden Abschnitts III-B wiedergeben. Wenn mehrere Eingriffe an derselben Immobilie vorgenommen und somit mehrere Zeilen des Teils III-A abgefasst wurden, muss in der Spalte 11 von allen Zeilen, die für dieselbe Immobilie abgefasst wurden, dieselbe fortlaufende Kennnummer angegeben werden, und im Teil III-B ist eine einzige Zeile abzufassen.

Die Arbeiten an Gemeinschaftsteilen von Wohngebäuden müssen mit einer eigenen fortlaufenden Nummer gekennzeichnet werden.

Abfassungsbeispiele

Beispiel 1	Immobilie A: 2012 durchgeführter Eingriff	Bis zum 25. Juni getragene Kosten:	6.000 Euro
	Immobilie A: 2012 durchgeführter Eingriff	Nach dem 25. Juni getragene Kosten	7.000 Euro
	Immobilie B: 2017 durchgeführter Eingriff	Getragene Kosten:	4.000 Euro

2006/2012		2013-2015 Er- abebensicherung)		Steuernummer	Besondere Eingriffe	Kauf, Erbschaft, Schenkung	Nr. Raten	Ausgaben Betrag	Betrag der Raten	Laufende Nr. Immobilie		
Jahr	2	3	4								5	6
1	2012	2	3		4	5	6	9	6.000	10	600	11
	2012	3					6		7.000		700	
	2017						1		4.000		400	1

Lauf. Nr. Immobilie	Eigentumsgemein- schaft	Kennzahl der Gemeinde	G/SG	Stadtabsch./Kata- sternem.	Seite	Bauparzelle	Baueinheit
1	2	3	4	5	6	7	8
1		F 205		A	60	678	1

Beispiel 2 Im Jahr 2016 für den Umbau getragene Spesen: 30.000 Euro;
 Im Jahr 2017 für die Fortführung derselben Arbeiten getragene Spesen: 10.000 Euro.
Der in Spalte 10 für das Jahr 2017 anzugebende Betrag ist 1000 Euro (ein Zehntel von 10.000, in Spalte 9 angegebene Betrag).

Beispiel 3 Im Jahr 2015 für den Ausbau getragene Spesen: 30.000 Euro;
 Im Jahr 2016 für die Fortführung derselben Arbeiten getragene Spesen: 10.000 Euro;
 Im Jahr 2017 für die Fortführung derselben Arbeiten getragene Spesen: 60.000 Euro.
 Da die Höchstgrenze von 96.000 Euro überschritten wurde, ist in diesem Fall **in Spalte 10 der Betrag von 5.600 Euro (ein Zehntel von 56.000 in Spalte 9 angegebene Betrag) für das Jahr 2015 anzugeben**, der sich aus folgender Berechnung ergibt:
 96.000 (Höchstgrenze) – 40.000 (in den Jahren 2015 und 2016 ausgegebener Gesamtbetrag).

Zeile RP48 Raten insgesamt

Spalte 1 (Absetzung von 36 Prozent): die Summe der Beträge in den Zeilen von RP41 bis RP47 angeben, in denen die Spalte 2 nicht abgefasst ist und in der Spalte 1 ein anderes Jahr als 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 angegeben ist bzw. die Spalte 2 den Kode „2“ aufweist;

Spalte 2 (Absetzung von 50 Prozent): die Summe der Beträge in den Zeilen von RP41 bis RP47 angeben, in denen die Spalte 2 nicht abgefasst ist und in der Spalte 1 das Jahr 2013, 2014, 2015, 2016 und 2017 angegeben ist oder die Spalte 2 den Kode „3“ aufweist;

Spalte 3 (Absetzung von 65 Prozent): die Summe der Beträge in den Zeilen von RP41 bis RP47 angeben, in denen die Spalte 2 den Kode „4“

aufweist und für die das in der Spalte 1 angegebene Jahr zwischen dem 2013 und dem 2016 liegt.

Spalte 4 (Absetzung von 70 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2017 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „6“ angegeben wird;

Spalte 5 (Absetzung von 75 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2017 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „8“ oder der Code „10“ angegeben wird;

Spalte 6 (Absetzung von 80 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2017 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „7“ angegeben wird;

Spalte 7 (Absetzung von 85 Prozent): die Summe der in den Zeilen von RP41 bis RP47 angegebenen Beträge angeben, in denen das in der Spalte 1 angegebene Jahr 2017 ist und in dem Kästchen von der Spalte 2 der Code „9“ oder der Code „11“ angegeben wird.

Zeile RP49 Gesamtbetrag Absetzung für im Abschnitt IIIA der Übersicht RP angegebene Ausgaben

In der **Spalte 1** ist der 36 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 1 angegebenen Betrags anzugeben

In der **Spalte 2** ist der 50 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 2 angegebenen Betrags anzugeben

In der **Spalte 3** ist der 65 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 3 angegebenen Betrags anzugeben

In der **Spalte 4** ist der 70 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 4 angegebenen Betrags anzugeben

In der **Spalte 5** ist der 75 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 5 angegebenen Betrags anzugeben

In der **Spalte 6** ist der 80 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 6 angegebenen Betrags anzugeben

In der **Spalte 7** ist der 85 Prozent des in der Zeile RP48 Spalte 7 angegebenen Betrags anzugeben

Die Summe der Beträge der Absetzungen ist in der Zeile RN14 anzugeben.

TEIL III B - Katasterdaten der Immobilien und sonstige Angaben zur Inanspruchnahme des Abzugs

Für die Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz, die ab 2011 begonnen wurden, sind in der Steuererklärung die Katasterdaten der Immobilien und die sonstigen Daten anzugeben, die für die Inanspruchnahme der Absetzung notwendig sind.

Dieser Abschnitt ist für die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben auszufüllen. Für die 2011, 2012, 2013, 2014, 2015 und 2016 getragenen Ausgaben müssen die Katasterdaten der Immobilien nicht erneut angegeben werden, wenn sie bereits in den Steuerklärungen für diese Jahre eingetragen wurden.

Wenn die verfügbaren Zeilen nicht ausreichen, ist eine zusätzliche Übersicht abzufassen und daran zu denken, das Kästchen „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren. Außer diesem Abschnitt muss auch die Spalte 11 des vorstehenden Abschnitts III-A ausgefüllt werden.

Zeilen RP51 und RP52 – Katastererkennungsdaten der Immobilie

Spalte 1 (Laufende Nr. Immobilie): die fortlaufende Nummer, die die renovierungseingriffgegenständliche Immobilie identifiziert und in der Spalte 11 des Abschnitts III A der Übersicht RP angegeben wurde, wiedergeben. Wenn mehrere Eingriffe in Bezug auf dieselbe Immobilie durchgeführt und somit mehrere Zeilen des Abschnitts III A unter Angabe derselben laufenden Nummer in der Spalte 11 abgefasst wurden, muss in diesem Abschnitt nur eine Zeile abgefasst werden.

Spalte 2 (Eigentumsgemeinschaft): Die Kästchen muß angekreuzt werden, wenn es sich um Eingriffe an gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft handelt. Die einzelnen Miteigentümer erklären durch Ankreuzen dieses Kästchens, dass sich die im Teil III-A der Übersicht RP angegebenen Kosten auf Eingriffe an Gemeinschaftsteilen der Eigentumsgemeinschaft beziehen. Daher müssen die nachfolgenden Spalten der Zeilen RP51 und RP52 bezüglich der Katasterdaten der Immobilie nicht abgefasst werden, da diese Daten vom Verwalter der Eigentumsgemeinschaft in der Übersicht AC der eigenen Steuererklärung angegeben werden. In Spalte 3 des Teils III-A muss die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft angegeben werden. Wenn im Fall eines „kleinen Mehrfamilienhauses“ die Wohnungsbesitzer keine Steueridentifikationsnummer des Mehrfamilienhauses beantragt haben, ist die Steueridentifikationsnummer des Wohnungsbesitzer einzutragen, der die entsprechende Überweisung getätigt hat.

Spalte 3 (Kennzahl der Gemeinde): den Katastercode der Gemeinde, in der die Immobilieneinheit liegt, angeben. Der Gemeindecode kann je nach Fall aus vier oder fünf Zeichen bestehen, wie im Katasterdokument angegeben.

Spalte 4 (Grundbuch / Städtisches Gebäudekataster): 'T' (G), wenn die Immobilie im Grundbuch eingetragen ist, 'U' (SG), wenn die Immobilie im Städtischen Gebäudekataster eingetragen ist

Spalte 5 (Städteabschnitt/Katastergemeinde): die gegebenenfalls im Katasterdokument angegebenen Buchstaben oder Nummern wiedergeben. Für die in Gebieten, in denen das Grundbuchsystem gilt, gelegenen Immobilien den Code "Katastergemeinde" angeben.

Spalte 6 (Seite): die im Katasterdokument angegebene Seitennummer wiedergeben.

Spalte 7 (Bauparzelle): die im Katasterdokument angegebene Parzellennummer wiedergeben, die aus zwei Teilen, zu fünf bzw. vier durch einen Trennstrich getrennte Ziffern, bestehen kann. Wenn die Parzelle nur aus einer Ziffernreihe besteht, muss diese im Teil links von dem Trennstrich angegeben werden.

Spalte 8 (Baueinheit): gegebenenfalls die im Katasterdokument angegebene Baueinheitnummer wiedergeben.

Zeile RP53 – Sonstige Angaben (Registrierdaten des Vertrags und Daten des Katastrierungsantrags)

Wenn die Arbeiten vom Mieter (oder Entleiher) durchgeführt werden, müssen neben den Katastererkennungsdaten der Immobilie (Zeilen RP51 und RP52) auch die Registrierdaten des Miet- oder Leihvertrags (Spalten 3 bis 6 des Zeile RP53 bzw. Spalte 7, wenn man über die Identifikationsnummer des Vertrags verfügt) angegeben werden.

Wenn die Immobilie zum Zeitpunkt der Vorlage der Erklärung noch nicht erfasst ist, müssen die Daten des Katastrierungsantrags (Spalten 8 bis 10 der Zeile RP53) angegeben werden

Spalte 1 (Laufende Nr. Immobilie): die fortlaufende Nummer, die die renovierungseingriffgegenständliche Immobilie identifiziert und in der Spalte 11 des Teils III A der Übersicht RP angegeben wurde, wiedergeben. Wenn mehrere Eingriffe in Bezug auf dieselbe Immobilie durchgeführt und somit mehrere Zeilen des Abschnitts III A unter Angabe derselben laufenden Nummer in der Spalte 10 abgefasst wurden, muss in diesem Teil nur eine Zeile abgefasst werden.

Spalte 2 (Eigentumsgemeinschaft): die Anleitung bezüglich der Spalte 2 der Zeile RP51 und RP52 befolgen. Wenn dieses Kästchen angekreuzt wird, müssen die folgenden Spalten der Zeile RP53 nicht abgefasst werden.

Mieter – Registrierdaten des Miet- oder Leihvertrags

Die Daten können folgenden Unterlagen entnommen werden:

- dem in der Dienststelle registriertem Miet- oder Leihvertrag;
- der vom telematischen Dienst bei der Registrierung über Siria, Iris, 'Vermietungen Web' oder 'Verträge online', ausgestellten Bescheinigung und Vordruck RLI.

Spalte 3 (Datum): das Datum der Registrierung des Vertrags angeben.

Spalte 4 (Serie): den Kode der Registrierweise angeben:

„1T“ Registrierung auf telematischem Weg mithilfe einer Amtsperson;

'3' Registrierung des Vertrags bei einer Dienststelle der Agentur der Einnahmen;

'3P' telematische Registrierung über Siria und Iris;

'3T' telematische Registrierung über andere Anwendungen (Vermietungen Web, Verträge online und Vordruck RLI);

'3A' und '3B' Serienkodes, die bei den Dienststellen in der Vergangenheit verwendet wurden.

Spalte 5 (Nummer und Unternummer): die Nummer und die eventuelle Unternummer der Registrierung des Vertrags angeben.

Spalte 6 (Kode Dienststelle Agentur Einnahmen): den Erkennungskode der Dienststelle der Agentur der Einnahmen angeben, bei der der Vertrag registriert wurde. Die Kodes der Dienststellen der Agentur der Einnahmen können der entsprechenden, im Abschnitt bezüglich der Mietverträge vorhandenen Tabelle auf der Website www.agenziaentrate.gov.it entnommen werden.

Spalte 7 (Dokumentencode des Vertrags): den Dokumentencode des Vertrags angeben, der aus 17 Zeichen besteht und aus der Kopie des Vordruckes des Antrags auf Registrierung des an das Amt zurückgegebenen Mietvertrags zu entnehmen ist, oder im Fall von telematisch registrierten Verträgen aus dem Registrierungsbeleg. Wenn die Spalten 3 bis 6 ausgefüllt wurden, ist diese Spalte nicht auszufüllen.

Katastrierungsantrag

Wenn die Immobilie zum Zeitpunkt der Erklärung noch nicht erfasst wurde, müssen die Daten des Katastrierungsantrags wiedergegeben werden.

Spalte 8 (Datum): das Vorlagedatum des Katastrierungsantrags angeben.

Spalte 9 (Nummer): die Nummer des Katastrierungsantrags angeben.

Spalte 10 (Provinz Dienststelle der Agentur der Einnahmen): das Kürzel der Provinz angeben, in der die Dienststelle der Agentur der Einnahmen liegt, bei der der Antrag vorgelegt wurde.

TEIL IIIC - Ausgaben für Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren (Absetzung der Steuer von 50 % für den Ankauf von Möbeln zur Einrichtung von Immobilien und Mehrwertsteuer für den Kauf einer Wohneinheit der Klasse A oder B)

In diesem Abschnitt sind die getragenen Ausgaben anzugeben, für die die Steuerabsetzung von 50 % zusteht, und zwar:

- Ausgaben für die Einrichtung der sanierten Immobilie;
- Ausgaben für die Einrichtung der Hauptwohnung von jungen Paaren;
- Der Betrag der Mehrwertsteuer, die für den Kauf der vom Bauunternehmen verkauften Immobilieneinheit zu Wohnzwecken der Energieklasse A oder B gezahlt wurde.

Zeile RP57 - Ausgaben für die Einrichtung von sanierten Immobilien

Den Steuerpflichtigen, die die Absetzung von 50 Prozent für Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz in Anspruch nehmen (Teil III-A), steht eine Absetzung von 50 Prozent für die Kauf von Möbeln und großen Elektrohaushaltsgeräten getragen wurden, die mindestens der Klasse A+ angehören sowie der Klasse A bei Elektroherden sowie für die Geräte, für die die Energieeffizienzkennzeichnung vorgesehen ist, und die der Einrichtung der renovierten Immobilie dienen. Die Ausgaben für den Kauf von Möbeln und großen Haushaltsgeräten werden verrechnet, um den Steuerabzug unabhängig von der Summe der getragenen Kosten für die Umbauarbeiten in Anspruch nehmen zu können.

Die Absetzung steht nur dann zu, wenn Ausgaben für die folgenden Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz getragen wurden:

- ordentliche Instandhaltung von gemeinschaftlichen Teilen des Wohngebäudes;
- außerordentliche Instandhaltung, Restaurierung, erhaltende Sanierung Renovierung an den gemeinschaftlichen Teilen des Wohnhauses und an einzelnen Wohnimmobilieneinheiten;
- Wiederaufbau oder Wiederherstellung der durch Naturkatastrophen beschädigten Immobilie;
- Renovierung ganzer Gebäude oder von Immobilien durch Bauunternehmen oder Baugenossenschaften, die innerhalb von sechs Monate nach Beendigung der Arbeiten die Veräußerung oder Zuweisung der Immobilie vornehmen.

Zu den zusätzlichen Maßnahmen, die auf die außerordentliche Instandhaltung zurückzuführen sind, gehören Maßnahmen zur Energieeinsparung mit der Anwendung erneuerbarer Energiequellen und/oder dem Austausch der grundlegenden Elemente der technologischen Anlagen.

Bei Eingriffen an den gemeinschaftlichen Teilen der Eigentumsgemeinschaft ist die Absetzung nur für den Kauf von geförderten Gütern zulässig, die der Ausstattung der gemeinschaftlichen Teile dienen (z.B. Portiersloge, Hausmeisterwohnung).

Das Datum des Arbeitsbeginns für die Renovierung muss vor dem Datum liegen, in dem die Ausgaben für den Kauf von Möbeln und großen Elektrohaushaltsgeräten getragen wurden, es ist jedoch nicht notwendig, dass die Renovierungskosten vor den Kosten zur Einrichtung der Wohnung getragen werden.

Die Absetzung steht für die Ausgaben zum Kauf von neuen Möbeln oder großen Elektrohaushaltsgeräten zu.

Zu den großen Elektrohaushaltsgeräten gehören insbesondere: Kühlschränke, Kühltruhen, Waschmaschinen, Wäschetrockner, Kochgeräte, elektrische Öfen, elektrische Heizplatten, Mikrowellenherde. Es besteht die Möglichkeit, auch die Transport- und Montagekosten für die gekauften Güter zur Absetzung zu bringen.

Für die Ausstattungsausgaben, die vom 6. Juni 2013 bis zum 31. Dezember 2016 durchgeführt wurden, steht der Steuerabzug bis maximal **10.000 Euro** zu, wenn Ausgaben für die Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Bausubstanz ab dem 26. Juni 2012 durchgeführt wurden.

Für die im Jahr 2017 getragenen Ausstattungsausgaben wird hingegen ein Abzug für einen Höchstbetrag von 10.000 Euro vorgesehen, nur wenn die Ausgaben für die Arbeiten zur Wiedergewinnung des Gebäudebestands in dem Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 31. Dezember 2017 getragen wurden. Für die im Jahr 2016 durchgeführten bzw. im Jahr 2016 angefangenen und im Jahr 2017 weitergeführten Renovierungsarbeiten tragen zur Grenze von 10.000 Euro auch die im Jahr 2016 getragenen Ausstattungsausgaben bei, für die man den Abzug schon erhalten hat. Der Abzug wird in 10 Jahresraten gleicher Höhe aufgeteilt.

Die Ausgabenhöchstgrenze von 10.000 Euro bezieht sich auf die einzelne Immobilieneinheit und ihr Zubehör bzw. auf den gemeinschaftlichen

Teil renovierten Gebäudes, unabhängig von der Anzahl der Steuerpflichtigen, die sich an der Ausgabe beteiligen.

Die Zahlung der Ausgaben muss durch Bank- oder Postüberweisungen (in diesem Fall ist es nicht erforderlich, die eigens für Ausgaben von baulichen Sanierungen vorgesehene Überweisung, die einem Einbehalt unterliegt, zu verwenden), oder durch Kredit- oder Debitkarte ausgeführt werden. In letzterem Fall gilt als Zahlungsdatum der Tag, an dem die Kreditkarte oder Debitkarte vom Karteninhaber benutzt wurde, und der aus der telematischen Quittung der erfolgten Transaktion hervorgeht. Nicht erlaubt ist hingegen, die Zahlung mit Bankschecks, Bargeld oder anderen Zahlungsmitteln vorzunehmen.

Die Unterlagen zum Nachweis der tatsächlichen Zahlung (Belege der Überweisungen, Belege der erfolgten Transaktion bei Zahlungen mit Kreditkarte oder Debitkarte, Belege der Abbuchung vom Konto) und die Rechnungen für den Kauf der Güter unter Angabe der Art, Qualität und Menge der gekauften Güter und Dienstleistungen müssen aufbewahrt werden.

Die Absetzung ist auch für den Kauf von Möbeln und großen Haushaltsgeräten zulässig, die mit einer Ratenfinanzierung erworben wurden. Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben 29/E vom 18. September 2013 und 11/E vom 21. Mai 2014 verwiesen.



Die Absetzung „Einrichtung sanierte Immobilien“ ist nicht mit dem Bonus „für die Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren“ (Zeile E58) kumulierbar. Daher ist es nicht gestattet, beide Steuererleichterungen für die Einrichtung desselben Wohneinheit in Anspruch zu nehmen.

Spalten 1, 2, 4, 5 (Nr. Rate und Ausgaben für die Einrichtung der Immobilie) – Für jede Immobilieneinheit, die Gegenstand des Umbaus war, sind die Anzahl der Raten (Spalten 1 und 4) und die getragenen Ausgaben (Spalten 2 und 5) bis zu einem Höchstbetrag von 10.000 Euro anzugeben. Bei zwei renovierten Immobilien ist eine zusätzliche Übersicht auszufüllen, wobei daran zu denken ist, das Kästchen „Vordr. Nr.“ oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend zu nummerieren.

Spalten 3 und 6 (Ratenbetrag) - Den Betrag jeder Rate angeben, indem der Gesamtbetrag der getragenen Ausgabe laut Spalte 2 und 5 durch zehn geteilt wird.

Zeile RP58 (Ausgaben für die Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren)

Jungen Paaren eine Absetzung von 50 % der für den Kauf von neuen für die Einrichtung der Hauptwohnung bestimmten Möbeln getragenen Ausgaben zuerkannt. **Die Absetzung steht nicht für den Kauf von großen Elektrogeräten zu.**

Achtung: Die Absetzung „für die Einrichtung von Immobilien von jungen Paaren“ ist nicht mit dem Bonus „Einrichtung sanierte Immobilien“ kumulierbar. Daher ist es nicht gestattet, beide Steuererleichterungen für die Einrichtung desselben Wohneinheit in Anspruch zu nehmen.

Zur Inanspruchnahme der Steuererleichterung war Folgendes erforderlich:

- Es muss sich um ein Paar handeln, das sich im Jahr 2016 verheiratet hat
- oder es muss sich um ein nichteheliches Paar handeln, das seit mindestens drei Jahre zusammenlebt, wobei diese Bedingung für das Jahr 2016 zutreffen musste. Diese Bedingung musste entweder durch Eintragung der beiden Teile in denselben Familienstand oder durch eine im Sinne des D.P.R. Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 ausgestellte Selbstbescheinigung bestätigt werden
- Mindestens einer der Teile des Paares musste zum 31. Dezember 2016 nicht über 35 Jahre alt sein;
- Im Jahr 2015 oder 2016 muss ein kostenpflichtiger oder kostenloser Erwerb einer als Hauptwohnung des jungen Paares zu verwendenden Immobilieneinheit stattgefunden haben. Der Erwerb konnte von beiden Partnern oder nur von einem ausgeführt werden, vorausgesetzt, derjenige, der die Immobilie erworben hat, war nicht älter als 35 Jahre;
- Die Immobilieneinheit musste als Hauptwohnung des Paares verwendet werden.

Der Kauf der Möbel konnte auch durchgeführt werden, bevor die aufgezählten Vorbedingungen eintraten, vorausgesetzt, sie traten im Lauf des Jahres 2016 ein und die Immobilieneinheit wurde zum Zeitpunkt der Einreichung der Einkommensteuererklärung für das Steuerjahr 2016 als Hauptwohnung verwendet. Mit dem Rundschreiben Nr. 7/E vom 31. März 2016 wurde klargestellt, dass zur Inanspruchnahme der Absetzung der Ausgaben für die Einrichtung der Immobilien von jungen Paaren die Verwendung als Hauptwohnung der gekauften Immobilieneinheit zum Zeitpunkt der Einreichung der Einkommensteuererklärung bestehen muss.

Die Absetzung steht zu einem Höchstbetrag von 10.000 Euro zu und wird in zehn jährliche Anteile gleicher Höhe aufgeteilt. Die Obergrenze von 16.000 Euro bezieht sich auf das Paar. Wenn also die getragenen Ausgaben den genannten Betrag übersteigen, muss die Absetzung auf den Höchstbetrag von 16.000 € berechnet und zwischen den Ehepartnern oder Lebenspartner auf der Grundlage der Ausgaben aufgeteilt werden, die jeder der beiden tatsächlich getragen hat.

Die Zahlung der Ausgaben musste durch Bank- oder Postüberweisung ohne die Notwendigkeit, die eigens für Ausgaben von baulichen Sanierungen vorgesehene Überweisung zu verwenden, oder durch Kredit- oder Debitkarte ausgeführt werden. In diesem Fall gilt als Datum der Zahlung der Tag der Verwendung der Kredit- oder Debitkarte, der im telematischen Beleg der erfolgten Transaktion angegeben ist. Wenn die Zahlung über Bank- oder Postüberweisung erfolgte, war es nicht erforderlich, die eigens für Ausgaben von baulichen Sanierungen vorgesehene Überweisung zu verwenden (diese unterliegt einem Einbehalt. Eine Zahlung durch Bankschecks, Bargeld oder andere Zahlungsmittel ist hingegen nicht erlaubt).

Die Unterlagen, die die effektive Zahlung belegen (Überweisungsbelege, Belege der erfolgten Transaktion für Zahlung durch Kredit- oder Debitkarte, Dokumentation der Belastung des Girokontos), die Rechnungen für die Ankäufe der Güter, mit Angabe der Art, Qualität und Menge der gekauften Güter und Dienstleistungen oder detaillierte Zahlungsbelege sind aufzuheben.

Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben 7/E vom 31. März 2016 verwiesen.

Spalte 1 (Unter 35 Jahren): Das Kästchen ankreuzen, wenn diese Vorbedingung im Jahr 2016 vom Ehegatten oder Partner der eheähnlichen Gemeinschaft erfüllt wird.

Spalte 2 (Ausgabe für Einrichtung der Immobilie): Die getragene Ausgabe bis zu einer Höhe von 16.000 Euro angeben.

Spalte 3 (Betrag der Rate): den Betrag einer jeden Rate angeben und die Gesamthöhe der in Spalte 2 angegebenen getragenen Ausgabe durch zehn teilen.

Rigo RP59 (Iva per acquisto abitazione classe energetica A o B)

Den Subjekten, die zwischen dem 1. Januar 2016 und dem 31. Januar 2017 Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken der Energieklasse A oder B gekauft haben, wird eine Absetzung von 50 % der im Jahr 2016 gezahlten Mehrwertsteuer zuerkannt. Die Absetzung wird in zehn jährliche Anteile aufgeteilt. Die Vergünstigung steht auch für den Kauf einer zugehörigen Einheit zu, vorausgesetzt, dieser Kauf erfolgt gleichzeitig mit dem Kauf der Wohneinheit und im Kaufvertrag ist die Zugehörigkeit angegeben (vgl. Rundschreiben Nr. 20/E vom 18. Mai 2016).

Für den Betrag der Mehrwertsteuer, für den der Steuerpflichtige die neue Absetzung in Anspruch genommen hat, kann nicht die Steuererleichterung in Anspruch genommen werden, die für die Ausgaben für den Kauf oder den Erwerb von Immobilien vorgesehen ist, die Teil von sanierten Gebäuden sind, oder jene, die für den Kauf von Fertiggaragen oder zugehörigen Carports vorgesehen ist. Dies hängt damit zusammen, dass es nicht möglich ist, zwei Steuererleichterungen für dieselbe Ausgabe geltend zu machen.

Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben Nr. 20/E vom 18. Mai 2016, Abs. 10 und auf das Rundschreiben Nr. 12/E vom 8. April 2016, Abs. 7.1 verwiesen und auf das Rundschreiben Nr. 7/E vom 31. März 2017 verwiesen.

Spalte 1 (Nummer der Rate): Die Nummer der Rate angeben, die für das Jahr 2017 gleich 1 ist.

Spalte 2 (Betrag der gezahlten Mehrwertsteuer): Den Betrag der an das Unternehmen gezahlten Mehrwertsteuer angeben, von dem die Immobilie gekauft wurde.

Spalte 3 (Betrag der Rate): den Betrag einer jeden Rate angeben und die Gesamthöhe der in Spalte 2 angegebenen getragenen Ausgabe durch zehn teilen.

Zeile RP60 (Gesamtwert): die Summe der den Spalten 3 und 6 der Zeilen RP57 angegebene Beträge in die Spalte 4 der Zeile RP58 und in die Spalte 3 der Zeile RP59 aller ausgefüllten Vordrucke übertragen. Anhand dieses Betrages wird die Absetzung von 50 Prozent festgelegt, die in Zeile RN15 einzutragen ist. Sollten mehrere Vordrucke abgefasst worden sein, wird diese Spalte nur auf dem ersten der verwendeten Vordrucke ausgefüllt, wobei die Summe der Beträge in allen Spalten 3, 4 und 6 der abgefassten Vordrucke anzugeben ist.

TEIL IV - Ausgaben für Eingriffe zur Energieeinsparung

In diesem Abschnitt sind die von 2008 bis 2017 getragenen Ausgaben für Eingriffe zur Energieeinsparung an bestehenden Gebäuden unabhängig von der Katasterkategorie und auch an landwirtschaftlichen Gebäuden anzugeben.

Die **Absetzung** beträgt:

- **55 Prozent**, für die von 2008 bis 2012 und vom 1. Januar bis zum 5. Juni 2013 getragenen Ausgaben;
- **65 Prozent**, für die vom 6. Juni 2013 bis zum 31. Dezember 2017 getragenen Ausgaben.
- **70 Prozent**, für die vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2021 für Arbeiten zur Energieumstellung auf gemeinsame Teile eines Mehrfamilienhauses getragenen Ausgaben, die die Gebäudehülle für mehr als 25% der zerstreuten Bruttofläche desselben Gebäudes betreffen;
- **75 Prozent**, für die vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2021 für Arbeiten zur Energieumstellung auf gemeinsame Teile eines Mehrfamilienhauses getragenen Ausgaben, die auf eine Verbesserung der winterlichen und sommerlichen Energieeffizienz abgezielt wurden und die mindestens die Durchschnittsqualität gemäß dem Dekret des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung vom 26. Juni 2015 erlangen.

Für die von 2011 bis 2017 getragenen Kosten wird der Abzug vom Steuerbeistandleistenden in zehn gleich hohe Jahresraten (innerhalb der für jede Art des durchgeführten Eingriffs vorgesehenen Obergrenze) unterteilt. Für die im Jahre 2008 getragenen Kosten sind die Jahresraten weiterhin die gewählten (acht bis zehn).

Die vorgesehenen **Arten von Eingriffen** sind:

- die Energieumstellung in bereits bestehenden Gebäuden;
- Isolierung der Außenwände von bereits bestehenden Gebäuden;
- Einbau von Sonnenkollektoren;
- Austausch der Klimaanlage;
- Erwerb und Installation von Sonnenschutzanlagen;
- Erwerb und Installation von Winterklimatisierungsanlagen mit durch brennbare Biomasse befeuerten Wärmeerzeugern.

Durch die Bescheinigung der Katastereintragung bzw. durch den Einzahlungsbeleg der ICI oder IMU, falls geschuldet, wird die Existenz des Gebäudes bestätigt. Ausgenommen ist die Durchführung dieser Eingriffe während der Bauphase der Immobilie.

Die Absetzung können jene **Subjekte** in Anspruch nehmen, die auf Grund einer geeigneten Berechtigung (zum Beispiel Eigentum, sonstiges dingliches Recht, staatliche Konzession, Miete bzw. Gebrauchsleihe) die Immobilie, in welcher die Arbeiten zur Energieeinsparung durchgeführt wurden, besitzen bzw. innehaben. Die Absetzung können auch Mitbesitzer von Mehrfamilienhäusern in Anspruch nehmen, wenn die Arbeiten an Gemeinschaftsteilen des Mehrfamilienhauses durchgeführt wurden. Außerdem hat das Familienmitglied, welches mit dem Besitzer bzw. Eigentümer der Immobilie, die Gegenstand des Arbeiten ist, im gemeinsamen Haushalt lebt, unter der Voraussetzung, dass die Rechnungen und die Überweisungen auf seinen Namen ausgestellt sind, Anspruch auf die Absetzung.

Im Falle eines Verkaufs bzw. einer Schenkung der Immobilieneinheit, an der vor Ablauf des Zeitraums zur Inanspruchnahme der Absetzung die Eingriffe vorgenommen wurden, werden die nicht in Anspruch genommenen Absetzungsanteile dem Käufer bzw. dem Beschenkten übertragen, sofern zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart wird. Bei Ableben des Besitzers wird der Anspruch auf die Absetzung ausschließliche dem Erben übertragen, der den materiellen und direkten Besitz des Inhabers wahrt. In diesen Fällen können der Käufer bzw. die Erben die Anzahl der Anteile neu festlegen, in die der Restabzug aufgeteilt werden soll, vorausgesetzt, dass die Kosten im Jahre 2008 getragen wurden. Wurden die Ausgaben vom Mieter bzw. vom Entleiher getragen und wird die Miete bzw. die Gebrauchsleihe beendet, verfällt der Anspruch auf die Absetzung des Mieters bzw. des Entleihers nicht.

Es wird daran erinnert, dass die Absetzung für Arbeiten zur Energieeinsparung **nicht zusammen** mit anderen steuerlichen Begünstigungen, die für dieselben Eingriffe, wie zum Beispiel die Absetzung für die Wiedergewinnung des Bauvermögens, in Anspruch genommen werden kann.

Sollte der Steuerabsetzung für Arbeiten zur Energieeinsparung kompatibel mit spezifischen, von der EU oder von Regionen, Provinzen und Gemeinden zur Verfügung gestellten Anreizen sein, kann er für den Teil der Ausgabe verlangt werden, der die von den territorialen Einrichtungen zur Verfügung gestellten Anreize überschreitet.

Unter den **absetzbaren Ausgaben** sind berufliche Leistungen (Arbeiten, die für die Eingriffe und für die Bestätigung unerlässlich sind, damit die Absetzung in Anspruch genommen werden kann) und Arbeiten für die Energieeinsparung eingeschlossen.

Die **Bezahlung** der Kosten von Seiten der Steuerpflichtigen, die nicht Inhaber eines Unternehmenseinkommen sind, muss mittels Bank- oder Postüberweisung erfolgen, aus der der Zahlungsgrund, die Steuernummer des abzugsberechtigten Steuerpflichtigen und die USt-ID-Nr. bzw. Steuernummer des Subjekts, zu dessen Gunsten die Überweisung vorgenommen wird, hervorgehen.

Der zustehende **Höchstbetrag** bezieht sich auf die Immobilieneinheit und muss deshalb unter den Inhabern bzw. Besitzern der Immobilie, die an den Ausgaben beteiligt sind und im Verhältnis zu den tatsächlich getragenen Ausgaben, aufgeteilt werden. Auch für die Arbeiten in Gemeinschaftsteilen der Mitbesitzerhäuser muss sich der Höchstbetrag der Absetzung auf die einzelne Immobilieneinheit des Gebäudes beziehen. Ausgenommen ist der Fall, wenn sich die Arbeiten auf das ganze Gebäude und nicht nur auf Teile desselben beziehen.

Notwendige Dokumente zur Inanspruchnahme der Absetzung

Um die Absetzung in Höhe in Anspruch zu nehmen, müssen folgende Dokumente vorgelegt werden:

- die **Rechnung** des Unternehmens, das die Arbeiten ausführt;
- das **beeidete Gutachten** eines zugelassenen Technikers, der die Übereinstimmung der durchgeführten Arbeiten mit den vorgeschriebenen technischen Voraussetzungen bescheinigt. Im Fall von mehreren Eingriffen an ein und demselben Gebäude, kann das beeidete Gutachten die erforderlichen Daten und Informationen auch zusammenfassend wiedergeben. Darüber hinaus kann das beeidete Gutachten durch ein Herstellerzertifikat ersetzt werden, wenn Fenster inklusive Fensterflügel oder Brennwertkessel mit einer Leistung von nicht höher als 100 kW. Die Bestätigung kann außerdem:
- ersetzt werden durch die Bestätigung des Bauleiters hinsichtlich der Konformität mit dem Projekt der ausgeführten Arbeiten (Ministerialdekret vom 6. August 2009);
- zum Ausdruck gebracht werden im Bericht, der die Übereinstimmung mit den Vorschriften für die Einsparung des Energieverbrauchs der Gebäude und der entsprechenden Wärmeanlagen bescheinigt, und der vom Eigentümer der Immobilie oder einem hierzu Berechtigten bei den zuständigen Behörden zusammen mit der Anzeige des Arbeitsbeginns zu hinterlegen ist. Außerdem reicht für die in Eigenbau hergestellten Sonnenkollektoren die Bescheinigung über die Teilnahme an einem entsprechenden Ausbildungskurs.
- der **Energieausweis (oder energetischer Nachweis)**, der die Daten hinsichtlich der Energieeffizienz des Gebäudes enthält und nach der Ausführung der Eingriffe aufgrund der Verfahren ausgestellt wird, die von den Gemeinden oder Regionen festgelegt werden. Liegen solche Verfahren nicht vor, kann nach der Ausführung der Arbeiten anstelle des „Energieausweises“ der „energetische Nachweis“ ausgestellt, dessen Schema in der Anlage zum interministeriellen Dekret vom 19. Februar 2007, so wie abgeändert durch das interministerielle Dekret vom 7. April 2008 und vom interministeriellen Dekret vom 6. August 2009 wiedergegeben ist.

Für die Ausgaben, die ab dem 1. Januar 2008 für den Ersatz der Fenster in einzelnen Immobilieneinheiten und für die Installation von Solarpanelen getragen wurden, muss kein Energieausweis (oder kein energetischer Nachweis) mehr vorgelegt werden.

- Der Energieausweis ist nicht mehr erforderlich für die am dem 15. August 2009 durchgeführten Eingriffe, die den Ersatz der Heizungsanlagen.
- das **Informationsblatt** in Bezug auf die durchgeführten Eingriffe, das entsprechend dem Schema laut Anlage E zur Durchführungsverordnung oder laut Anlage F abzufassen ist, wenn der Eingriff den Ersatz der Fenster und Fensterrahmen in einzelnen Immobilieneinheiten oder die Installation von Solarpanelen betrifft. Das den Eingriff beschreibende Informationsblatt laut Anlage F kann auch vom Endbenutzer ausgefüllt werden. Das Informationsblatt muss enthalten: die Kenndaten des Subjekts, das die Ausgaben getragen hat, des Gebäudes, an dem die Arbeiten ausgeführt wurden, die Art des ausgeführten Eingriffs und die sich darauf ergebende Energieeinsparung sowie die entsprechenden Kosten unter Angabe der Berufskosten, und der Betrag, der für die Berechnung der Absetzung benutzt wird.

Die Bestätigung, der Energieausweis/energetische Nachweis und das Informationsblatt müssen von Technikern ausgestellt werden, die für die Planung von Gebäuden und Anlagen im Rahmen der ihnen von der geltenden Gesetzgebung zugewiesenen Zuständigkeiten zugelassen und in den entsprechenden Berufsverbänden und -kammern eingetragen sind: Ingenieure, Architekten, Geometer, Industriesachverständige, Forstwirte und Agrartechniker. Alle oben genannten Unterlagen können auch von einem einzigen zugelassenen Techniker abgefasst werden.

Unterlagen, die zu übermitteln sind

Innerhalb von 90 Tagen nach Beendigung der Arbeiten müssen die im Energieausweis bzw. in der Bestätigung zur Energiequalifizierung enthaltenen Daten sowie das Informationsblatt zu den durchgeführten Arbeiten auf telematischem Wege an die ENEA übermittelt werden. Auf Grund der über die Webseite www.acs.enea.it erfolgten Übermittlung wird eine Empfangsbestätigung erlassen.

Das Datum der Beendigung der Arbeiten, ab dem die Frist für die Übermittlung der Unterlagen an die Enea läuft, entspricht dem Tag der sogenannten „Abnahme“ (und nicht mit dem Datum der Zahlungen). Wenn angesichts der Art des Eingriffs keine Abnahme erforderlich ist, kann der Steuerpflichtige das Datum der Beendigung der Arbeiten durch andere Unterlagen nachweisen, die von dem ausgestellt werden, der die Arbeiten ausgeführt hat, oder vom Techniker, der das Informationsblatt abfasst. Als ungültig wird zu diesem Zweck eine Erklärung des Steuerpflichtigen angesehen, die als Eigenerklärung abgegeben wird.

Falls die Komplexität der durchgeführten Arbeiten es nicht ermöglicht, diese Arbeiten in den Aufstellungen der ENEA genau zu beschreiben, kann eine Kopie der Unterlagen innerhalb von 90 Tagen mittels Einschreiben mit Empfangsbestätigung an die ENEA – *“Dipartimento ambiente, cambiamenti globali e sviluppo sostenibile, via Anguillarese 301, 00123 Santa Maria di Galeria (Roma)”* – übermittelt werden, wobei die Aufschrift *“detrazione fiscale – riqualificazione energetica”* (Steuerabsetzung – Energieumstellung) anzuführen ist. Für die Inanspruchnahme der Absetzung muss dem *“Centro Operativo di Pescara”* keine vorherige Mitteilung zum Beginn der Arbeiten übermittelt werden.

Keine entsprechende telematische Mitteilung muss binnen 31. März des darauf folgenden Jahres an die Agentur der Einnahmen geschickt werden, wenn die Arbeiten für die energetische Neuqualifizierung im darauf folgenden Jahr fortgesetzt werden.

Unterlagen, die aufbewahrt werden müssen

Wer die Steuerbegünstigung in Anspruch nimmt, muss das beeidete Gutachten, die Übermittlungsbestätigung der Unterlagen an die ENEA, die Rechnungen oder die Steuerquittungen der getragenen Ausgaben und die Bestätigungen der Zahlungsgutschrift aufbewahren und auf Verlangen der Finanzverwaltung vorweisen. In dem Fall, dass die Arbeiten Gemeinschaftsteile von Gebäuden betreffen, muss auch eine Kopie des Beschlusses der Vollversammlung und der Tausendstelaufteilung der Ausgaben aufbewahrt werden. Sind die Ausgaben vom Inhaber getragen worden, muss die vom Besitzer erworbene Genehmigungserklärung aufbewahrt werden.

Für weitere Informationen über die Steuerbegünstigungen hinsichtlich Energieeinsparung, wird auf das interministerielle Dekret vom 19. Februar 2007, so wie umgewandelt durch das interministerielle Dekret vom 07. April 2008, und auf das Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 29/E vom 18. September 2013 verwiesen.

ABFASSUNG DER ZEILEN RP61 BIS RP64

In der **Spalte 1 (Eingriffsart)** den Kode angeben:

“1” Arbeiten für die Energieumstellung von bestehenden Gebäuden. Dazu zählen die Arbeiten zur Reduzierung des Primärenergiebedarfs, der notwendig ist, um den Bedarf im Zusammenhang mit einer Standardbenutzung des Gebäudes abzudecken, die das Erreichen eines energetischen Leistungsindex für die Winterklimatisierung ermöglichen, der nicht über den Werten laut Dekret des Ministers für Wirtschaftsentwicklung vom 11. März 2008 - Anlage A - liege. Zu diesen Arbeiten zählen: Der Austausch oder der Einbau von Heizanlagen, auch Wärmeerzeuger ohne Brennwertkessel, mit Wärmepumpen, mit Wärmetauscher für Fernheizanlagen, mit Biomasseheizkesseln, die Kraftwärmekoppelungsanlagen, die Anlagen für die Wärmerückgewinnung, die geothermischen Anlagen und die Isolierungsarbeiten, welche nicht die vorgeschriebenen Eigenschaften jener Arbeiten haben, um unter jene Arbeiten zu fallen, die in den folgenden Punkten beschrieben sind.

“2” Isolierung der Außenwände der bestehenden Gebäude. Dazu zählen die Arbeiten an bestehenden Gebäuden oder Gebäudeteilen bezüglich der opaken vertikalen Strukturen (Wände), opaken horizontalen Strukturen (Dächer und Fußböden), Lieferung und Verlegung von Isoliermaterial, gewöhnlichem Material, neuen Fenstern einschließlich der Rahmen, Wärmeverbesserung bestehender Fensterteile, Abriss und Wiederaufbau des Bauelements, vorausgesetzt, dass die verlangten Anforderungen an die Wärmeübertragung U (ausgedrückt in W/m²K) erfüllt werden, die in der Tabelle gemäß Anhang B des Dekrets des Ministers für Wirtschaftsentwicklung vom 11. März 2008 festgelegt sind, so wie nachfolgend geändert durch das Dekret vom 6. Januar 2010;

- “3” Einbau von Sonnenkollektoren.** Unter die Ausgaben für Sonnenkollektoren fällt auch der selbst durchgeführte Einbau von Wasserkesseln, von elektrischen und elektronischen Zubehörteilen und Bestandteilen, die für die Produktion von Warmwasser für den Hausgebrauch verwendet werden;
- “4” Austausch der Heizanlagen.** Unter die Arbeiten für den Austausch von Heizanlagen sind folgende Arbeiten zu verstehen: Der vollständige oder teilweise Austausch von Heizanlagen, von Anlagen, die mit Brennwertkesseln ausgestattet sind sowie die Überprüfung des Verteilungssystems. Ab 1. Januar 2008 fällt auch der teilweise oder vollständige Austausch der Heizanlagen mit Wärmepumpen von hoher Leistungskraft bzw. der geothermischen Anlagen mit niedriger Enthalpie, unter diese Arbeiten. Ab dem 1. Januar 2012 gehören hierzu auch die Eingriffe zum Ersatz der traditionellen Heißwasserbereiter durch Heißwasserbereiter mit Wärmepumpe zur Erzeugung von warmem Brauchwasser;
- “5” Erwerb und Installation von Sonnenschutzeinrichtungen.** Eingriffe für den Erwerb und die Installation von Sonnenschutzeinrichtungen einer verglasten Oberfläche, die mit der Gebäudehülle fest verbunden sind und nicht vom Benutzer frei montiert oder abgebaut werden können. Sie können in Bezug zur verglasten Oberfläche innen, außen oder integriert angebracht werden, vorausgesetzt sie sind beweglich und „technisch“. Die Steuererleichterung kann nicht für autonome Sonnenschutzeinrichtungen (überhängend) in Anspruch genommen werden, die an nach Norden ausgerichteten verglasten Oberflächen angebracht sind (Art. 14, Abs. 2, Buchst. b) des Gesetzesdekrets Nr. 63/2013 nachfolgend geändert durch Art. 1, Abs. 74 des Gesetzes Nr. 208/2015);
- “6” Installation von Winterklimatisierungsanlagen durch Biomasse.** Maßnahmen für den Erwerb und die Installation von Winterklimatisierungsanlagen mit durch brennbare Biomasse befeuerten Wärmeerzeugern. (Art. 14, Abs. 2-bis, des Gesetzesdekrets Nr. 63 von 2013, nachfolgend verändert durch Art. 1, Abs. 74 des Gesetzes Nr. 208 von 2015).
- 7’ Kauf, Installation und Inbetriebnahme von Multimediaegeräten für Fernsteuerung.** Dies sind die Maßnahmen für den Kauf, die Installation und Inbetriebnahme von Multimediaegeräten für die Fernsteuerung von Heizungs- und/oder Warmwasseranlagen und/oder Klimaanlage von Wohneinheiten, die einen effizienten Betrieb der Anlagen garantieren und über spezifische Merkmale verfügen. Diese Geräte müssen im Einzelnen folgende Bedingungen erfüllen:
- Sie müssen über Multimedia-Kanäle den Energieverbrauch durch periodische Datenanzeige angeben;
 - Sie müssen die aktuellen Betriebsbedingungen und die Regeltemperaturen der Anlagen anzeigen;
 - Sie müssen das Einschalten, Ausschalten und die wöchentliche Programmierung der Anlagen von Ferne ermöglichen.
- Die Absetzung steht für die ab dem 1. Januar 2016 getragenen Ausgaben zu.
- ‘8’** Arbeiten auf Hüllen der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser. Es handelt sich um Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von Mehrfamilienhäuser, die die Gebäudehülle für mehr als 25% der zerstreuten Bruttofläche desselben Gebäudes betreffen;
- ‘9’** Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser. Es handelt sich um Arbeiten zur Energieumstellung der gemeinsamen Teile von Mehrfamilienhäuser, die zu einer Verbesserung der winterlichen und sommerlichen Energieeffizienz abgezielt sind und die mindestens die Durchschnittsqualität gemäß dem Dekret des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung vom 26. Juni 2015 erlangen.

In **Spalte 2 (Jahr)** ist das Jahr anzuführen, in dem die Ausgaben getragen wurden.

Spalte 3 (Zeitraum 2013): diese Spalte nur dann ausfüllen, wenn die Kosten im Jahr 2013 getragen wurden.

Einen der folgenden Codes angeben:

“1” vom 1. Januar bis zum 5. Juni 2013 getragene Ausgaben (Absetzung in Höhe von 55%);

“2” vom 6. Juni bis 31. Dezember 2013 getragene Ausgaben (Absetzung in Höhe von 65%);

Die **Spalte 4 (Sonderfälle)** ist den Steuerpflichtigen vorbehalten, die sich in einer der nachstehend beschriebenen Situationen befinden. Den folgenden Code angeben:

“1” bei Ausgaben für Arbeiten, die in den Vorjahren begonnen wurden und 2017 noch nicht abgeschlossen sind;

“2” für den Fall, dass die in den Jahren vor 2017 getragenen Kosten eine im Jahre 2017 geerbte, erworbene oder in Schenkung erhaltene Immobilie betreffen;

‘3’ für den Fall, dass beide in den Codes 1 und 2 beschriebene Fälle eingetreten sind (über mehrere Jahre fortgesetzte Arbeiten und geerbte, gekaufte oder als Schenkung erhaltene Immobilie).

Die **Spalte 5 (Zeitraum 2008 - Neufestlegung der Raten)** die Steuerpflichtigen, die von 2009 bis 2017 eine Immobilie gekauft, als Schenkung erhalten oder geerbt haben, die im Jahr 2008 Gegenstand von Arbeiten war, und die die Anzahl der Raten, die der kostentragende Steuerpflichtige zuvor gewählt hat, neu festgelegt haben oder neu festlegen wollen, geben in dieser Spalte die Anzahl der Raten an, in die die Absetzung ursprünglich aufgeteilt war.

In **Spalte 7 (Anz. der Raten)** ist die Anzahl der Raten anzuführen, die der Steuerzahler im Jahr 2017 beanspruchen möchte. Beispielsweise 3 für die 2015 getragenen Ausgaben, 2 für die Ausgaben von 2016 und 1 für die Ausgaben von 2017.

In der **Spalte 8 (Gesamtausgaben)** die Höhe der innerhalb der nachfolgend beschriebenen Grenzen getragenen Ausgabe in Bezug auf die Art der Maßnahme eintragen, die mit Ausnahme der mit dem Code „7“ angegebenen Ausgaben angegeben werden müssen:

■ für die Eingriffe zur Energieumstellung von bestehenden Gebäuden (**Kode “1”**):

– **181.818,18 Euro** für die bis zum 5. Juni 2013 getragenen Ausgaben (55%);

– **153.846,15 Euro** für die vom 6. Juni 2013 bis zum 31. Dezember 2017 getragenen Ausgaben (65%).

Die maximal zulässige Absetzung beträgt 100.000 Euro;

■ für Arbeiten an der Gebäudehülle von bereits bestehenden Gebäuden (**Kode „2”**) und die Installation von Solarpanelen (**Kode “3”**):

– **109.090,90 Euro** für die bis zum 5. Juni 2013 getragenen Ausgaben (55%);

– **92.307,69 Euro** für die vom 6. Juni 2013 bis zum 31. Dezember 2017 getragenen Ausgaben (65%).

Die maximal zulässige Absetzung beträgt 60.000 Euro;

■ für den Austausch von Heizanlagen (**Kode “4”**):

– **54.545,45 Euro** für die bis zum 5. Juni 2013 getragenen Ausgaben (55%);

– **46.153,84 Euro** für die vom 6. Juni 2013 bis zum 31. Dezember 2017 getragenen Ausgaben (65%).

Die maximal zulässige Absetzung beträgt 30.000 Euro.

■ Für den Erwerb und die Installation von Sonnenschutzeinrichtungen (**Kode “5”**): **92.307,69** für zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2017 getragene Ausgaben (65 %). Die höchstzulässige Absetzung beträgt in der Tat 60.000 €;

■ Erwerb und Installation von mit durch brennbare Biomasse befeuerten Wärmeerzeugern ausgestatteten Anlagen (**Kode “6”**): **46.153,84** für zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2017 getragene Ausgaben (65%). Die höchstzulässige Absetzung beträgt in der Tat 30.000

€.

- Für die Arbeiten auf die Hülle der gemeinsamen Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser (**Code „8“, 70%**) und für die Arbeiten zur Energieumstellung auf gemeinsame Teile von vorhandenen Mehrfamilienhäuser (**Code „9“, 75%**);
- **40.000 Euro** für die Nummer der Immobilieneinheiten, aus welchen das Gebäude besteht, für die im Jahr 2017 getragenen Ausgaben.

In der **Spalte 9 (Ratenbetrag)** den Betrag jeder Rate der getragenen Ausgaben angeben. Dieser Betrag wird durch Dividieren des Betrags der getragenen Kosten (Spalte 8) durch 10.

Wenn das Kästchen „Neufestsetzung der Raten“ (Spalte 5) abgefasst wurde, muss die Rate hingegen wie folgt festgesetzt werden:

Rechnung: 1) „Verwendete Raten“ = $(6 - \text{Anz. Rate aus Sp. 7}) \times \frac{\text{Sp. 8}}{\text{Sp. 5}}$ 2) „Betrag der Rate“ = $\frac{\text{Sp. 8} - \text{„Verwendete Raten“}}{10}$

Zeile RP65 (Gesamtbetrag Raten – Rate 55%, 65%, 70% und 75%)

Spalte 1 (Rate von 55%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge übergeben, in denen in der Spalte 2 ein vor dem Jahr 2013 kommendes Jahr angegeben wurde bzw. das Jahr 2013 unter dem Code „1“ in der Spalte 3 angegeben wurde.

Spalte 2 (Rate von 65%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge übergeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2013 unter dem Code 2 in der Spalte 1 angegeben wurde, bzw. das Jahr 2014 oder das Jahr 2015 oder das Jahr 2016 bzw. das Jahr 2017 unter den Coden 1, 2, 3, 4, 5, 6 oder 7 in der Spalte 1 angegeben wurden.

Spalte 3 (Rate von 70%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge angeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2017 unter dem Code 8 in der Spalte 1 angegeben wurde.

Spalte 4 (Rate von 75%): die Summe der in den Zeilen von RP61 bis RP64 angegebenen Beträge angeben, in denen in der Spalte 2 das Jahr 2017 unter dem Code 9 in der Spalte 1 angegeben wurde

Zeile RP66 (Gesamtbetrag Absetzung 55%, 65%, 70% und 75%)

In der **Spalte 1** der **55%** des in der Zeile RP65 Spalte 1 angegebenen Betrags angeben

In der **Spalte 2** der **65%** des in der Zeile RP65 Spalte 2 angegebenen Betrags angeben

In der **Spalte 3** der **70%** des in der Zeile RP65 Spalte 3 angegebenen Betrags angeben

In der **Spalte 4** der **75%** des in der Zeile RP65 Spalte 4 angegebenen Betrags angeben

Die Summe der Beträge der Absetzungen ist in der Zeile RN16 zu übergeben.

TEIL V - Absetzungen für Mieter mit Mietvertrag

Die Daten angeben, um die den Mietern für Mietpreise bezüglich der als Hauptwohnung vorgesehenen Immobilien zustehenden Abzüge zu nutzen. Besagte Abzüge werden binnen bestimmten Gesamteinkommensgrenzen anerkannt. Dem Gesamteinkommen ist auch der Ertrag der vermieteten Gebäude, der der definitiven Ertragsteuer unterzogen wird, hinzuzufügen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist das in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegebene Einkommen. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist dem Bezugseinkommen der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag hinzuzufügen.



Die Abzüge gemäß der Zeile RP71 (Kodes 1, 2, 3) und der Zeile RP72 sind Alternativen und somit ist der Steuerpflichtige befugt, die für ihn günstigere zu wählen, wobei er den Code angibt bzw. die entsprechende Zeile ausfüllt. In den Fällen, in denen sich der Steuerpflichtige im Laufe des Jahres in verschiedenen Situationen befindet, kann er jedoch in den Genuss mehrere Abzüge kommen. Wenn verschiedene Typologien von mit unterschiedlichen Codes gekennzeichneten Abzügen angegeben werden müssen, muss eine zusätzliche Übersicht für jeden Code abgefasst werden, wobei daran zu denken ist, dass das Kästchen „Vordr. N.“ oben rechts auf dem Vordruck fortlaufend nummeriert werden muss. In diesem Fall darf die Summe der in den Spalte 2 der Zeile RP71 und in der Spalte 1 der Zeile RP72 angegebenen Tagen nicht größer als 365 sein.

Zeile RP71 Mieter von als Hauptwohnung vorgesehenen Unterkünften

Spalte 1 (Typologie): Den Code bezüglich des zu genießenden Abzugs angeben.

“1” **Absetzung für die Mieten von Hauptwohnungen.** Dieser Kode muss von den Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von höchstens 30.987,41 Euro angegeben werden, die im Sinne des Gesetzes Nr. 431 aus dem Jahr 1998 Mietverträge für als Hauptwohnung vorgesehene Immobilien abgeschlossen oder erneuert haben. Der Abzug muss auf der Grundlage des Jahreszeitraums, in dem die Immobilie als Hauptwohnung bestimmt ist und der Anzahl der Mitnamensträger des Mietvertrags berechnet werden.

“2” **Absetzung für Mieter von Wohnungen, die als Hauptwohnung verwendet und mit konventionellem Mietvertrag vermietet wurden.** Dieser Kode muss von den Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von höchstens 30.987,41 Euro angegeben werden, die Namensträger der Mietverträge von als Hauptwohnung vorgesehenen Immobilieneinheiten sind, vorausgesetzt, dass diese gemäß den Bestimmungen des Art. 2, Absatz 3, und des Art. 4, Absätze 2 und 3 des Gesetzes Nr. 431 aus dem Jahr 1998 abgeschlossen oder erneuert wurden (sogenannte „konventionelle Verträge“). Der Abzug steht in keinem Fall für die zwischen öffentlichen Körperschaften und privaten Vertragspartnern bestehenden Mietverträge zu. Der Abzug muss auf der Grundlage des Zeitraums im Jahr, in dem die Immobilie als Hauptwohnung bestimmt ist, und der Anzahl der Mitnamensträger des Mietvertrags berechnet werden.

“3” **Absetzung für den Mietzins für die Hauptwohnung von Jugendlichen.** Dieser Kode muss von jungen Leuten zwischen 20 und 30 Jahren mit einem Gesamteinkommen von höchstens 15.493,71 Euro angegeben werden, die einen Mietvertrag im Sinne des Gesetzes Nr. 431 vom 9. Dezember 1998 für die als ihre Hauptwohnung verwendete Immobilieneinheit abschließen. Die Anforderung des Alters wird erfüllt, wenn es auch für einen Teil der Steuerperiode, in der der Abzug genossen werden soll, zutrifft. Die gemietete Immobilie muss von der Hauptwohnung der Eltern oder denjenigen abweichen, denen sie von den zuständigen Behörden laut Gesetz anvertraut wurden. Der Abzug steht für die ersten drei Jahre ab Vertragsschluss zu und wenn dieser im Jahr 2015 geschlossen wurde, kann der Abzug auch für die Jahre 2016 und 2017 genutzt werden.

Spalte 2 (Anz. Tage): Die Anzahl der Tage angeben, an denen die gemietete Immobilieneinheit als Hauptwohnung verwendet wurde.

Spalte 3 (Prozentsatz): 100 angeben, wenn der Vertrag von einer einzigen Person abgeschlossen wurde bzw. einen anderen zustehend Prozentsatz, wenn der Vertrag auf mehrere Personen lautet.

Der Betrag des in der Zeile RN12 Spalte 1 anzugebenden zustehenden Abzugs, wird auf der Grundlage des Gesamteinkommens bestimmt, das mit der Anzahl der in der Spalte 2 angegebenen Miettage und dem in der Spalte 3 der Zeile RP71 angegebenen Prozentsatz in Beziehung gesetzt wird.

Zeile RP72 Unselbstständige Erwerbspersonen, die aus Arbeitsgründen den Wohnsitz verlegen

Diese Zeile wird von den Steuerpflichtigen mit einem Gesamteinkommen von höchstens 30.987,41 Euro abgefasst, die Arbeitnehmer sind, in den drei Jahren vor dem Antrag auf Abzug ihren Wohnsitz in die Gemeinde des Arbeitsplatzes bzw. in eine der Nachbargemeinden verlegt haben oder verlegen und Inhaber irgendeines Mietvertrags für eine als Hauptwohnung verwendete Immobilieneinheit in der neuen Wohnsitzgemeinde sind, die mindestens 100 km von der vorherigen entfernt ist und jedenfalls außerhalb der eigenen Region liegt.

Der Abzug kann in den ersten drei Jahren ab der Wohnsitzverlegung genossen werden. Wenn die Wohnsitzverlegung zum Beispiel 2016 erfolgte, kann er für die Steuerjahre 2016, 2017 und 2018 in den Genuss des Abzugs kommen.

Die Absetzung steht ausschließlich den Arbeitnehmern zu, auch wenn die Änderung des Wohnsitzes infolge eines gerade abgeschlossenen Arbeitsvertrages vorgenommen wird. Jene Subjekte, welche Einkünfte beziehen, die jenen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind, haben keinen Anspruch auf diese Absetzung.

Falls der Steuerzahler während des Zeitraumes in dem er die Absetzung beansprucht, nicht mehr in einem abhängigen Arbeitsverhältnis arbeiten sollte, verliert er das Recht auf Absetzung ab dem Steuerzeitraum, der jenem nach dem Verlust dieser Voraussetzungen folgt.

Spalte 1 (Anz. Tage): Die Anzahl der Tage angeben, an denen die gemietete Immobilieneinheit als Hauptwohnung verwendet wurde.

Spalte 2 (Prozentsatz): 100 angeben, wenn der Vertrag von einer einzigen Person abgeschlossen wurde bzw. einen anderen zustehend Prozentsatz, wenn der Vertrag auf mehrere Personen lautet. Es wird präzisiert, dass in diesem Fall der Prozentsatz mit Bezugnahme auf die alleinigen benannten Mitinhaber des Vertrags mit der Bezeichnung des unselbstständigen Beschäftigten festgesetzt werden muss.

Der Betrag des in der Zeile RN12 Spalte 1 anzugebenden zustehenden Abzugs, wird auf der Grundlage des Gesamteinkommens bestimmt, das mit der Anzahl der in der Spalte 1 angegebenen Miettage und dem in der Spalte 2 der Zeile RP72 angegebenen Prozentsatz in Beziehung gesetzt wird.

Zeile RP73 - Steuerabzug für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen: In dieser Zeile sind die Ausgaben anzugeben, die von direkten Erzeugern oder berufsmäßigen landwirtschaftlichen Unternehmern unter 35 Jahren (die in der landwirtschaftlichen Fürsorgekasse eingetragen sind) für die Zahlung der Pacht für landwirtschaftliche Grundstücke (die nicht Eigentum der Eltern sind) getragen wurden. Der Steuerabzug in Höhe von 19% der für die Zahlung der Pacht getragenen Kosten steht höchstens bis 80 Euro für jeden gepachteten Hektar bis zu einem Maximalbetrag von **1.200 Euro** jährlich zu (Höchstbetrag für die jährliche Pacht, der in Zeile RP73 anzugeben ist: 6.318,00 Euro). Der Pachtvertrag muss in schriftlicher Form aufgesetzt sein.

Die Höhe des Steuerabzugs wird in Zeile RN12 ermittelt. Wenn dieser die Bruttosteuer übersteigt (gekürzt um die Abzüge für zu Lasten lebende Familienangehörige und der weiteren Abzüge für besondere Einkommensarten), wird ein Guthaben in Höhe des Steuerabzugs gewährt, der betragsmäßig nicht von der Steuer abgezogen werden konnte.

TEIL VI – Daten, um sonstige Abzüge zu nutzen

Zeile RP80 - Absetzungen für Investitionen in Startup-Unternehmen

Das Gesetzesdekret Nr. 179 vom 18. Oktober 2012, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 221 vom 17. Dezember 2012, hat einige steuerliche Anreize für die Investition in innovative Startup-Unternehmen eingeführt. Die Modalitäten zur Umsetzung dieser Steuervergünstigung wurden mit dem Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung vom 25. Februar 2016.

Als innovative Startup gilt eine Kapitalgesellschaft, die sich auch in Form einer Kooperative gestellt hat, die nötige Tätigkeiten zur Entwicklung und Einführung von innovativen Produkten, Diensten oder Produktionsprozessen mit hohem technologischen Wert ausübt, deren Aktien oder sonstige Gesellschaftsanteile an keinem regulierten Markt und an keinem multilateralen Verhandlungssystem notiert sind (Art. 25 des Gesetzesdekrets Nr. 179 von 2012).

Als innovative Startups gelten auch Gesellschaften, die eine Förderung des nationalen Tourismusangebots durch den Einsatz von Technologien und die Entwicklung von origineller Software zum Ziel haben, und die insbesondere durch ein Dienstleistungsangebot für Tourismusunternehmen arbeiten. Diese innovativen Startups können sich auch in Form einer vereinfachten GmbH im Sinne des Art. 2463-bis des Zivilgesetzbuches (Art. 11-bis des Gesetzesdekrets Nr. 83 vom 31. Mai 2014, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 106 vom 29. Juli 2012 umgewandelt) stellen. Der Art. 1, Abs. 66 des Gesetzes Nr. 232 vom 11. Dezember 2016 hat den Art. 29 des Gesetzesdekrets Nr. 179 von 2012 verändert. Insbesondere haben die Buchst. a) und c) des genannten Abs. 66 die Umwandlung der zugunsten von den innovativen Startups anerkannten Begünstigungen von Vergünstigung im Übergangszeitraum zu endgültigen Vergünstigungen vorgesehen, die Zunahme des Maßes der Vergünstigung auf das 30% und die Erhöhung des Höchstbetrages der abziehbaren Investition auf 1.000.000. Der Abs. 67 der Art. 1 des Gesetzes Nr. 232 von 2016 sieht vor, dass die Wirksamkeit der Bestimmungen laut dem Abs. 66, Buchst. a) und c) der Genehmigung der Europäischen Kommission im Sinne des Art. 108, Abschn. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union untergeordnet ist.

Den Steuerzahlern, die direkt oder durch genau festgelegte Organismen für Anlagen Summen in dem Gesellschaftskapital einer oder von mehreren innovativen Startups investieren, wird ein Steuerabzug von 30%. Die höchste abziehbare Investition kann für jeden Steuerzeitraum den Betrag von 1.000.000 Euro nicht überschreiten.

Die steuerlichen Investitionsanreize für innovative Startups gemäß Artikel 29 des genannten Gesetzesdekrets Nr. 179/2012 gelten auch für Investitionen in kleine und mittlere innovative Unternehmen (KMU), unter Beachtung der Bedingungen und Grenzen, die von den Leitlinien für staatlichen Beihilfen zur Förderung der Risikofinanzierungen laut der Mitteilung der Kommission 2014/C 10/04 vom 22. Januar 2014 (Art. 4, Abs. 9 des Gesetzesdekrets 24. Januar 2015 Nr. 3, mit Änderungen im Gesetz gewandelt vom Gesetz 24. März 2015, Nr. 33) vorgesehen sind.

Die Wirksamkeit der Bestimmung laut dem Abs. 9 ist der Genehmigung der Europäischen Kommission im Sinne des Art. 108, Abschn. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Art. 4, Abs. 12-ter des Gesetzesdekret Nr. 3 von 2015) untergeordnet.

Die eventuelle, vollständige oder teilweise Abtretung der Investition vor Ablauf der Frist, führt zum Verfall der Vergünstigung und verpflichtet den Steuerzahler, den abgesetzten Betrag erstatten und die entsprechenden gesetzlichen Zinsen zu zahlen.

Der Betrag, der im Bezugssteuerzeitraum nicht oder nur teilweise absetzbar ist, kann in den nachfolgenden Steuerzeiträumen von der IRPEF abgesetzt werden, aber nicht über das dritte Jahr hinaus.

In der Zeile sind folgende Daten anzugeben:

■ Spalten 1 (Steuernummer) und 2 (Art der Investition):

- bei direkter Investition die Steuernummer des Startup-Unternehmens angeben, in das die Einlage vorgenommen wurde. In diesem Fall den **Kode 1** im Kästchen der **Spalte 2** angeben;
- Im Fall indirekter Investitionen über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren ist in **Spalte 1** die Steuernummer dieser Organisation und in **Spalte 2 Kode 2** anzugeben. Wenn die indirekte Investition mithilfe einer Kapitalgesellschaft erfolgte, die hauptsächlich in innovative Start-up-Unternehmen investiert, ist in **Spalte 1** die Steuernummer dieser Gesellschaft und in **Spalte 2 Kode 3** anzugeben.
- Steuerzahler, die an offenen Handelsgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung beteiligt sind, geben in **Spalte 1** die Ste-

uernummer der Gesellschaft an, die ihnen den abzugsfähigen Teil für Investitionen in Start-up-Unternehmen zuerkannt hat, und in **Spalte 2 Kode 4**. Steuerzahler, die an Personengesellschaften über Gesellschaften beteiligt sind, die die Steuertransparenz im Sinne von Art. 116 gewählt haben, geben in **Spalte 1** die Steuernummer der Gesellschaft an, die ihnen den abzugsfähigen Teil für Investitionen in Start-up-Unternehmen zuerkannt hat, und in **Spalte 2 Kode 5**.

Wenn diese beiden Codes vorhanden sind, **werden die Spalten 4 und 5 nicht ausgefüllt**, nur in Spalte 5 wird die Höhe des im Zuge der Transparenz erhaltenen absetzbaren Betrags angegeben.

- **Spalte 3:** In dieser Spalte ist die Höhe der zu erleichternden Investition anzugeben. In der Spalte ist kein Betrag anzugeben, falls der Steuerpflichtige an Gesellschaften im Transparenzsystem (Kode 4 und 5 in Spalte 2) Teilhaber ist;
- **Spalte 4:** Hier ist der Kode anzugeben, der die Investitionsart ausweist, um den Anteil des absetzbaren Betrags zu bestimmen:
 - ‘1’ im Fall einer Investition in einem innovativen Startup;
 - ‘2’ im Fall einer Investition in einem kleinen und mittleren innovativen Unternehmen (KMU) laut dem Art. 4, Abs. 9 des Gesetzesdekrets Nr. 3 vom 24. Januar 2015;
- **Spalte 5:** In dieser Spalte ist der absetzbare Betrag anzugeben, der sich ergibt, indem man auf den Betrag in Spalte 3 den Prozentanteil (30%) anwendet. Wenn in Spalte 2 Kode 4 oder Kode 5 (von der "transparenten" Gesellschaft zugewiesener Steuerabzug) angegeben wurde, ist in Spalte 5 direkt die Höhe des im Zuge der Transparenz erhaltenen absetzbaren Betrags anzugeben.
- **Spalte 6:** In diese Spalte ist die Gesamtsumme des zustehenden Steuerabzugs anzugeben. Wenn nur eine Zeile ausgefüllt wurde, entspricht dieser Betrag jenem, der in Spalte 5 angegeben ist. Sollten mehrere Investitionen vorgenommen worden sein, muss eine Zeile für jede Investition abgefasst werden, wobei mehrere Vordrucke zu verwenden sind. In diesem Fall ist die Summe der angegebenen Beträge in Spalte 5 aller abgefassten Vordrucke nur in Spalte 6 des ersten der verwendeten Vordrucke zu übertragen, und im dafür vorgesehenen Teil oben rechts ist die Anzahl der Vordrucke anzugeben.

Der Betrag in dieser Zeile muss in die Zeile RN21, Spalte 1 übertragen werden

Sollte es infolge eines Umstandes im Sinne von Art. 6 des Dekrets vom 25. Februar 2016, das das genannte Dekrets vom 30. Januar 2014 ersetzt hat, zum Verlust der gewährten Vergünstigung gekommen sein, ist der Steuerzahler verpflichtet, die Zeile RP80 auszufüllen und den abgesetzten Betrag mit den jeweiligen gesetzlichen Zinsen zurückzuerstatten.

In diesem Fall ist die Zeile RP80 unter Angabe der folgenden Daten auszufüllen:

- **Spalte 7:** die gesetzlichen Zinsen auf die Steuer, die aufgrund der Verwendung des Abzugs nicht gezahlt wurde, die zum Datum fällig geworden sind, an dem die Steuer hätte entrichtet werden müssen;
- **Spalte 8:** die tatsächlich in den vorangegangenen Steuerzeiträumen genutzte und nicht länger zustehende Absetzung, einschließlich der Zinsen in Spalte 1. Der Betrag in dieser Spalte 2 erhöht die brutto Steuer dieses Zeitraums;
- **Spalte 9:** der noch nicht genutzte Überschuss der Absetzung, die nicht mehr zusteht. Dieser Betrag wird von den entsprechenden Restbeträgen des Steuerabzugs der vergangenen Jahre abgezogen und ist in Spalte 1 der Zeilen RN18, RN19 und RN20 des vorliegenden Vordrucks anzugeben.

Zeile RP82 Abzug der Unterhaltskosten der Führhunde

Das Kästchen ankreuzen, damit der zustehende Pauschalabzug von 516,46 Euro in Anspruch genommen werden kann. Die Absetzung steht ausschließlich blinden Personen (und nicht auch den Personen, zu deren steuerlichen Lasten sie leben) und abgesehen vom Belegmaterial der effektiv getragenen Ausgaben, zu. Der Abzug muss in der Zeile RN17 angegeben werden.

Zeile RP83 Sonstige Absetzungen

In der Spalte 1 den Kode und in der Spalte 2 den entsprechenden Betrag angeben.

Kode „1“ Abzug für die von den Regionen oder den Autonomen Provinzen Trient und Bozen zugewiesene Stipendien.

Die Personen, die sich beim Antrag gemäß der Vorgabe des Dekrets des Ministerpräsidenten (DPCM) Nr. 106 vom 14. Februar 2001, im Amtsblatt Nr. 84 vom 10. April 2001 veröffentlicht, des Steuerabzugs bedienen möchten, können diesen Vorteil genießen. Den Betrag des in der Spalte 2, in der Zeile RN17 angegebenen Abzugs übertragen;

Kode „2“ Abzug für die Schenkungen an die Krankenhauseinrichtung „Ospedali Galliera di Genova“

Der Abzug steht für die an die Krankenhauseinrichtung „Ospedali Galliera di Genova“ geleisteten Schenkungen für die Arbeit des Nationalen Registers der Rückenmarkspender zu.

Es wird präzisiert, dass der Abzug für die an die Krankenhauseinrichtung „Ospedali Galliera di Genova“ geleisteten Schenkungen im Rahmen von 30 Prozent der Bruttosteuer zusteht. In der Spalte 2 muss also der gesamte Betrag der geleisteten Schenkung angegeben werden, während in der Zeile RN17 der Betrag der Schenkung in den Grenzen von 30 Prozent der fälligen Bruttosteuer angegeben werden muss.

10. ÜBERSICHT LC – ERSATZSTEUER AUF MIETEINNAHMEN

Zeile LC1 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): Die Zeile ist der Angabe der Ersatzsteuer vorbehalten, die mit Steuersatz von 21% oder von 10% auf das steuerpflichtige Einkommen aus Mietverträgen geschuldet ist, für die die Anwendung des Systems der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen und der auf Kurzzeitmietverträge (deren Dauer 30 Tage nicht überschreitet) geschuldeten Ersatzsteuer von 21% gewählt wurde.

Spalte 1 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): den Betrag der geschuldeten Ersatzsteuer angeben, der in der Spalte 3 der Zeile RB11 angegeben wurde.

Spalte 2 (Einkommen auf sonstige Einkünfte): den Betrag der Ersatzsteuer angeben, die mit Steuersatz von 21% des in der Spalte 4 der Zeile RL10 (Heft 2) Betrags für all die Vordrucke geschuldet ist, wobei das Kästchen 3 „Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen“ derselben Zeile angekreuzt wurde.

Spalte 3 (Gesamtbetrag der Abgabe): die Summe der Beträge angeben, die in den Spalten 1 und 2 der gegenständlichen Zeile angegeben wurden.

Spalte 4 (Einbehalte aus EB für Kurzzeitmieten): den in dem Punkt 15 der Übersicht der Steuererklärung – Kurzzeitmieten der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebenen Betrag der Einbehalte angeben, die die entsprechenden in den Übersichten RB und RL angegebenen Mieteinkünfte betreffen, in den Fällen das entsprechende Kästchen „2018“ des Punkts 4 nicht angekreuzt wurde. Im Fall von mehreren Übersichten der Steuererklärung – Kurzzeitmieten der Einheitlichen Bescheinigung 2018, oder wenn mehrere Zeilen der selben Übersicht (Punkte 15, 115, 215, 315 und 415, für die das bezügliche Kästchen „2018“ nicht angekreuzt wurden) ausgefüllt wurden, ist die Summe der Einbehalte anzugeben.

Spalte 5 (Differenz): die Differenz zwischen dem in der Spalte 3 angegebenen und dem in der Spalte 4 angegebenen Betrag der gegenständlichen

dlichen Zeile angeben.

Wenn die Differenz LC1 Spalte 3 – LC1 Spalte 4 negativ ist, ist das Ergebnis in absoluten Zahlen in der Zeile RN33 Spalte 4 zu übergeben.

Spalte 6 (Überschuss vorige Erklärung): das mögliche in der Spalte 5 der Zeile RX4 des Vordr. Einkommen NP 2017 angegebene Ersatzsteuerguthaben übergeben, das sich aus der Erklärung bezüglich des Einkommens 2016 ergibt. Wenn Sie sich im Jahr 2017 des Steuerbestands bedient haben, und wenn der Steuersubstitut das sich aus dem Vordruck 730-3 ergebende Guthaben teilweise oder vollständig nicht zurückerstattet hat, ist in dieser Zeile das nicht zurückerstattete, sich aus der Zeile 94 der Einheitlichen Bescheinigung 2018 ergebende Guthaben anzugeben. Wenn im letzten Jahr man den Vordruck 730/2017 eingereicht hat, und wenn man die Nutzung des sich aus der Erklärung ergebenden Guthabens zur Zahlung der IMU durch den Vordr. F24 beantragen hat, wenn aber dieses Guthaben teilweise oder vollständig nicht benutzt wurde, ist in dieser Spalte auch der mögliche Betrag des in der Zeile 194 der Abrechnungsübersicht Vordr. 730-3/2017 (214 für den/die Ehepartner/-in) angegebenen Ersatzsteuerguthabens zu übergeben.

Spalte 7 (durch den Vordruck F24 ausgeglichener Überschuss): den Betrag des Überschusses der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen angeben, den eventuell durch Nutzung des Vordr. F24 ausgeglichen wurde.

Spalte 8 (eingezahlte Anzahlungen): den Betrag der im Jahr 2017 eingezahlten Anzahlungen der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen angeben. In dieser Spalte:

- den in dem Zahlungsvordruck F24 unter den Coden 1840 und 1841 Betrag und das Jahr 2017
- den in den Punkten 126 und 127 (326 und 327 für den/die Ehepartner/-in) der Einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebenen Betrag (durch den Vordr. 730/2017 einbehaltene Anzahlung) angeben.

In dieser Spalte ist auch der in der Spalte 9 angegebene Betrag einzuschließen.

Sonderfälle

■ Wenn im Jahr 2017 ein Vordruck 730/2017 ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist der in der Zeile 143 des Vordrucks 730-2017 angegebene, um den eventuell durch den Vordruck F24 unter dem Abgabencode 1840 und das Jahr 2017 eingezahlten Betrag erhöhte Betrag zu übergeben.

Wenn die Zeile 120 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 ausgefüllt wurde, ist die mögliche durch den Vordruck F24 durchgeführte Einzahlung unter den zwei Ehepartnern im Verhältnis zu den in den Zeilen 100 und 120 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 angegebenen Beträgen anzulasten.

■ Wenn die sich aus dem Vordruck 730/2017 mit Steuersubstitut ergebende Rückerstattung von der Agentur der Einnahmen bezahlt wurde, ist der in der Zeile 100 (120 für der/die Ehepartner/-in) Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 angegebene Betrag zu übergeben.

Spalte 9 (ausgesetzte Anzahlungen): den Betrag der zum Zeitpunkt der Einreichung der Erklärung geschuldeten, aber noch nicht eingezahlten Anzahlungen angeben, sofern man sich einer Aussetzung der Fristen im Sinne von spezifischen, infolge von außerordentlichen Ereignissen erlassenen Maßnahmen bediente. Der Betrag dieser Anzahlungen ist von dem Steuerzahler durch die Modalitäten und innerhalb der Fristen einzuzahlen, die von einem dazu geeigneten Dekret zum Wiederbeginn der Auszahlungen der ausgesetzten Summen vorgesehen werden.

Spalte 10 (von dem Steuersubstitut einbehaltene Ersatzsteuer): den von dem Steuersubstitut einbehaltenen, in der Spalte 7 der Zeile 99 des Vordrucks 730-3/2018 angegebenen Betrag angeben. Im Fall der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form eingereicht wurde, und im Fall die ergänzende Erklärung von dem/der erklärenden Ehepartner/-in eingereicht wird, ist in dieser Spalte es zu übergeben, was in der Spalte 7 der Zeile 119 des Vordrucks 730-3/2018 angegeben wurde.

Spalte 11 (von dem Steuersubstitut oder von dem EINKOMMEN 2018 zurückerstattete Ersatzsteuer): den von dem Steuersubstitut zurückerstatteten, in der Spalte 5 der Zeile 99 des Vordrucks 730-3/2018 angegebenen Betrag übergeben. Im Fall der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form eingereicht wurde, und im Fall die ergänzende Erklärung von dem/der erklärenden Ehepartner/-in eingereicht wird, ist in dieser Spalte es zu übergeben, was in der Spalte 5 der Zeile 119 des Vordrucks 730-3/2018 angegeben wurde. Im Fall von Ergänzung eines vorigen Vordrucks EINKOMMEN 2018, ist der Betrag des schon in der Spalte 4 der Zeile RX4 des vorigen Vordrucks EINKOMMEN NP 2018 angegebenen Guthabens anzugeben, im Fall die Rückerstattung bezahlt wurde. In diesem letzten Fall sind die Spalten 10 und 12 nicht auszufüllen. Im Fall einer Teilerstattung ist der erstattete Betrag anzugeben.

Spalte 12 (Durch den Vordruck F24 ausgeglichenes Guthaben): die gegenständliche Spalte ist auszufüllen, nur wenn Sie in der Übersicht I des Vordr. 730/2018 die Nutzung des aus der Abrechnung der Erklärung 730 entstehenden Guthabens zur Zahlung der IMU und von anderen Steuern beantragen haben, und wenn in dem Vordr. 730-3/2018 (Abrechnungsübersicht) die Spalte 4 der Zeile 99 (bzw. die Spalte 4 der Zeile 119 für den/die Ehepartner/-in) ausgefüllt ist. In diesem Fall ist der Betrag des im Ausgleich durch den Vordr. F24 zur Zahlung der IMU und von anderen Steuern innerhalb des Einreichungszeitpunkts der gegenständlichen Erklärung benutzten Guthabens zu übergeben.

Die folgende Operation zur Bemessung der Schuld- oder Guthabenersatzsteuer durchführen:

$$\text{Spalte 5 (wenn positiv)} - \text{Spalte 6} + \text{Spalte 7} - \text{Spalte 8} - \text{Spalte 10} + \text{Spalte 11} + \text{Spalte 12}$$

Soll das Ergebnis dieser Operation positiv (Schuld) sein, ist der so erhaltene Betrag in der **Spalte 13 (Schuldsteuer)** zu übergeben. Dieser Betrag muss durch die selben Modalitäten und innerhalb der selben Fristen, die für die Irpef (siehe Abschnitt 6 Teil I, Modalitäten und Fristen der Einzahlung) vorgesehen sind, eingezahlt werden. Dieser Betrag ist in der Spalte 1 der Zeile RX4 zu übergeben. Soll das Ergebnis dieser Operation negativ (Guthaben) sein, ist der so erhaltene Betrag in der **Spalte 14 (Guthabensteuer)** zu übergeben. Dieser Habenbetrag ist auch in der Spalte 2 der Zeile RX4 zu übergeben.

Zeile LC2 Anzahlung Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen für das Jahr 2018

In dem Vordruck EINKOMMEN ist, wenn er geschuldet ist, der Betrag der Anzahlung bezüglich der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen für das Jahr 2018 zu übergeben. Zur Feststellung, ob der Anzahlung bezüglich der Ersatzsteuer für das Jahr 2018 geschuldet oder nicht ist, ist der in der Zeile LC1 Spalte 5 „Differenz“ angegebene Betrag zu überprüfen.

Wenn dieser Betrag:

- 51,65 Euro nicht überschreitet, ist keine Anzahlung geschuldet;
- 51,56 Euro überschreitet, ist eine Anzahlung in der Höhe von **95%** dieses Betrags geschuldet.

Angesichts dessen, dass alle die in der Erklärung angegebenen Beträge in Euro-Einheiten erstellt sind, ist die Anzahlung geschuldet, wenn der Betrag der Zeile LC1 Spalte 5 gleich oder höher als 52 Euro ist.

Die so bestimmte Anzahlung ist wie folgt einzuzahlen:

- wenn der geschuldete Betrag niedriger als 257, 52 Euro ist, in **einer einzigen Tranche** innerhalb des **30. November 2018**;
- in **zwei Raten** – von denen: die erste Rate in der Höhe von **40%** innerhalb des **20. August 2018** mit einer Erhöhung von 0,40% als entspre-

chender Zins; die zweite Rate in der restlichen Höhe von **60%** innerhalb des **30. November 2018**.

Es wird daran erinnert, dass die Einzahlungsfristen, die Samstags oder an einem anderen Feiertag ablaufen, bis zum ersten folgenden Werktag verlängert werden.

Soll der Steuerzahler eine in der folgenden Erklärung zu erklärende verminderte Steuereinnahme vorsehen, kann er die einzuzahlenden Anzahlungen aufgrund dieser verminderten Steuereinnahme bemessen. In diesem Fall sind die in der Zeile LC2 anzugebenden Beträge jedenfalls diejenige, die durch Nutzung der oben gegebenen Anweisungen bestimmt sind, und nicht die verminderten eingezahlten oder einzuzahlenden Beträge. Die erste Rate der Anzahlung bezüglich der Ersatzsteuer für das Jahr 2018 kann ratenweise gemäß den in dem Abschnitt „Rateneinteilung“ angegebenen Bedingungen eingezahlt werden. In der Spalte 1 (Erste Anzahlung) ist der Betrag der ersten geschuldeten Anzahlungsrate anzugeben, die durch die oben beschriebenen Modalitäten berechnet wird.

In der **Spalte 2 (Zweite oder einzige Anzahlung)** ist der Betrag der zweiten oder einzigen geschuldeten Anzahlungsraten anzugeben, die durch

11. ÜBERSICHT RN - ERMITTLUNG DER IRPEF

In dieser Übersicht sind alle von den Steuerzahlern erklärten Daten zusammengefasst, die für die Berechnung der Einkommenssteuer der natürlichen Personen (IRPEF) von Nutzen sind, die für das Steuerjahr 2017 geschuldet ist.

Für die in Italien wohnenden Steuerpflichtigen wird die Steuer auf das aus allen besessenen Einkommen gebildete, überall erzeugte Gesamteinkommen nach Abzug der im Artikel 10 des Einheitstextes der Einkommenssteuer (TUIR) angegebenen absetzbaren Belastungen angewandt (für die gebietsfremden Personen den „Leitfaden zur Ausfüllung für gebietsfremde Personen“ einsehen, der am Ende des Hefts 2 für diesen Vordruck zu finden ist).

Für die Ermittlung der geschuldeten Steuer sind auch die Absetzungen und die vorgesehenen Steuerguthaben zu berücksichtigen.

Für die Berechnung der eventuell geschuldeten Steuer bzw. des Guthabens sind die bereits bezahlten Akontozahlungen und die Vorsteueranteile zu berücksichtigen.

Unternehmensverluste

Wenn die Übersichten 'RF' oder 'RG' und/oder 'RH' und/oder 'RE' und/oder 'RD' ausgefüllt wurden, wird daran erinnert, dass:

- ab diesem Jahr die aus dem Geschäftsjahr des Unternehmens mit vereinfachter Buchführung und aus dem Geschäftsjahr der Künstler und Freiberufler sowie aus der Beteiligung an Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften mit vereinfachter Buchführung und in Künstler- und Freiberuflervereinigungen hervorgehenden Verluste vom Betrag der anderen in die Zeile RN1 Sp. 5 zu übertragenden Einkommen abgezogen werden müssen;
- die aus dem Geschäftsjahr des Unternehmens mit ordentlicher Buchführung hervorgehenden Verluste und jene aus der Beteiligung an Offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften mit ordentlicher Buchführung hervorgehenden können von den entsprechenden in der Steuerperiode erzielten Einkommen und für die Differenz in den folgenden, aber nicht über die fünfte hinaus, für den gesamten Betrag, der in ihnen Beileihung findet, abgezogen werden;
- die Verluste, die aus dem Geschäftsjahr von Unternehmen mit ordentlicher Buchführung hervorgehen, und jene, die aus der Beteiligung an Offenen Handelsgesellschaften und an Kommanditgesellschaften mit ordentlicher Buchführung hervorgehen, die in den ersten drei Steuerperioden ab dem Gründungsdatum entstanden sind, können von den entsprechenden in der Steuerperiode erzielten Einkommen und für die Differenz in den nachfolgenden für den gesamten Betrag, der in ihnen Beileihung findet, ohne irgendeine zeitliche Beschränkung abgezogen werden, vorausgesetzt, dass sie sich auf eine neue Produktionstätigkeit beziehen.

Um die Gesamtbeträge der Einkommen und der in diese Übersicht einzugebenden Einbehalte zu berechnen, können Sie das folgende zusammenfassende Schema verwenden, indem Sie die erforderlichen Angaben übertragen und sie den ausgefüllten Übersichten entnehmen. In der Aufstellung sind auch die Angaben für die Festsetzung des Mindesteinkommens aus Beteiligungen an nicht operativen Gesellschaften (Zeile RN1 Sp. 4) und des eventuellen Rests der mit dem Guthaben für gemeinsame Fonds (Zeile RN1 Sp. 3) ausgleichbaren Verluste vorhanden.



Die Rechtssubjekte, die hinsichtlich der Einkommensteuern die Vergünstigung für die Städtischen Freizonen in Anspruch nehmen, müssen die Übersicht RN ausfüllen und dabei auch die Anleitungen in der Aufstellung der Übersicht RS berücksichtigen.

Zeile RN1 Gesamteinkommen

Spalte 1 (Bezugseinkommen für Steuerermäßigungen): den aus der folgenden Rechnung resultierenden Betrag angeben:

RN1, Sp. 5 + RB10, Sp. 14 + RB10, Sp. 15 + RL 10 Spalte 4, wenn die Spalte 3 angekreuzt wurde

Der Bodenertrag und die sonstigen Einkünfte aus Kurzzeitmieten von Immobilien, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterworfen sind, dem Gesamteinkommen zur Festsetzung der Bedingung für steuerlich unterhaltsberechtigter Familienangehörige, zur Berechnung der Abzüge für Familienbelastungen, der sonstigen vom Artikel 13 des TUIR vorgesehenen Steuerabzüge, der Abzüge für Pachten und generell zur Festsetzung des Zustehens oder des Umfangs von steuerlichen und nicht steuerlichen Vorteilen, die mit dem Besitz von Einkommensanforderungen verbunden sind, hinzuzufügen (Art. 3, Absatz 7, des GvD Nr. 23 vom 14. März 2011).

Spalte 2 (Steuerguthaben für allgemeine Fonds und indirektes Steuerguthaben gemäß Art. 3 des G.v.D. Nr. 147/2015): Diese Spalte ist für Folgendes vorbehalten:

- den Beziehen von Einkünften aus Unternehmen, welche das Steuerguthaben für die Investition in Gemeinschaftsfonds in Anspruch nehmen möchten, da sie die entsprechenden Zeilen in den Übersichten RF, RG, RH und RL abgefasst haben. Im Besonderen ist in diese Spalte der Gesamtbetrag der Steuerguthaben aus den Zeilen RF102 Sp. 2, RG37 Sp. 2, RH20 Sp. 1 und RL4 Sp. 3, zu übertragen;
- für Steuerpflichtige, die das indirekte Steuerguthaben gemäß Art. 3 des Gesetzesdekrets Nr. 147/2015 in Anspruch nehmen wollen. Im Einzelnen ist in dieser Spalte der Betrag der Steuern anzugeben, die von in Staaten oder Gebieten mit erleichterten Steuersystem ansässigen beteiligten Gesellschaften auf die während des Zeitraums der Beteiligung gereiften Gewinne gezahlt wurden, im Verhältnis zu den erzielten Gewinnen oder den abgetretenen Beteiligungen. Die entsprechenden Beträge sind in den Zeilen RF102 Spalte 9, RG37, Spalte 9, RH25 und RL4, Spalte 9 angegeben, sowie im Fall, dass auch die Spalte 15 der Zeilen CE1 bis CE3 der Spalte 4 dieser letzten Zeit ausgefüllt ist; in diesem letzteren Fall, sofern in der Spalte 15 der Code „2“ vorhanden ist (da die Zeile sowohl zur Ermittlung des Steuerguthabens gemäß Art. 165, Abs. 1 des TUIR als auch des indirekten Steuerguthabens ausgefüllt ist), wird der Betrag der Spalte 4 um die Höhe der ausländischen Steuer in Bezug auf das Guthaben gemäß Art. 165, Absatz Ziffer eins des TUIR vermindert.

Spalte 3 (Ausgleichbare Verluste durch Guthaben für allgemeine Fonds und indirektes Guthaben gemäß Art. 3 des G.v.D. Nr. 147/2015): Diese

Spalte ist Steuerpflichtigen vorbehalten, die bei einem Vorliegen eines Mindesteinkommens (Spalte 4 ausgefüllt), das aus den Übersichten RE, RG und RH hervorgeht, einen Verlustbetrag ermittelt haben, der zur nicht Verminderung des Gesamteinkommens verwendet wurde. Wenn die zusammenfassende Tabelle verwendet wird, geht dieser Betrag aus dem Punkt 35 hervor und muss in diese Spalte innerhalb der Grenzen der Höhe der in Spalte 2 der vorliegenden Zeile angegebenen Steuerguthaben übertragen werden. Daher ist diese Spalte nicht auszuführen, wenn nicht auch die Spalte 2 diese Zeile ausgefüllt ist.

Spalte 4 (Mindesteinkommen aus Beteiligung an nicht tätigen Unternehmen): Diese Spalte ist den Steuerzahlern vorbehalten, denen Einkommen aus Unternehmen aus Teilhaberschaft an „nicht tätigen“ Gesellschaften“ zugeteilt wurden. In diesem Fall muss bei der Ermittlung des Gesamteinkommens das Mindesteinkommen in Bezug auf die genannten Gesellschaften berücksichtigt werden. Das Gesamteinkommen kann niemals unter dem Mindesteinkommen liegen, auch bei einem Vorliegen von Verlusten aus der Unternehmensführung in vereinfachter Buchführung und aus der Ausübung von Künsten und freiberuflichen Tätigkeiten, sowie aus der Teilhaberschaft an Offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Vereinigung von Künstlern und Freiberuflern (siehe Rundschreiben Nr. 25/E von 2007). Daher ist in dieser Spalte die Summe des Mindesteinkommens anzugeben, das aus den Zeilen RF58 Spalte 3, RG26, Spalte 3 und RH7 Spalte 1 hervorgeht. Wenn die zusammenfassende Tabelle verwendet wird, ist der im Punkt 22 der Tabelle selbst angegebene Betrag einzutragen.

IRPEF – ZUSAMMENFASSENDE ÜBERSICHT DER EINKÜNfte UND EINBEHALTE							
	ART DES EINKOMMENS	EINKÜNfte (Sp. 1)		VERLUSTE (Sp. 2)		EINBEHALTE (Sp. 3)	
		Zeile	Betrag	Zeile	Betrag	Zeile	Betrag
1	Grundbesitz - Übersicht RA	RA23 Sp. 11	,00				
2	Landwirtschaft - Übersicht RA	RA23 Sp. 12	,00				
3	Gebäudebesitz - Übersicht RB	RB10 Sp.13+Sp.18	,00				
4	Nicht selbständige Arbeit - Übersicht RC	RC5 Sp. 5	,00				
5		RC9	,00				
6						RC10 Sp.1 + RC11	,00
7	Selbständige Arbeit - Übersicht RE	RE 25 bei Gewinn	,00	RE 25 bei Verlust	,00	RE26	,00
8	Firma mit ordentlichen Buchführung - Übersicht RF	RF101	,00			RF102 Sp. 6	,00
9	Firma mit vereinfachter Buchführung - Übersicht RG	RG36 bei Gewinn	,00	RG36 bei Verlust	,00	RG37 Sp. 6	
				RG28 col. 1	,00		
10	Zusammengeschlossene Unternehmen - Übersicht RS					RS33 + RS40 – LM41	,00
11	Beteiligung - Übersicht RH	RH14 col. 2 RH17 RH18 Sp. 1 bei Gewinnen		RH14 col.2 RH17 bei Verlusten	,00	RH19	
				RH14 col. 1	,00		
12	Mehrwerte finanzieller Natur - Übersicht RT	RT66 + RT87	,00			RT104	,00
13	Sonstige Einkünfte - Übersicht RL	RL3 Sp. 2	,00			RL3 Sp. 3	,00
14		RL4 Sp. 2	,00			RL4 Sp. 5	,00
15		RL19	,00			RL20	,00
16		RL22 Sp. 2	,00			RL23 Sp. 2	,00
17		RL30 + RL32 Sp.1	,00			RL31	,00
18	Viehzeit - Übersicht RD	RD18	,00			RD19	,00
19	Getrennte Besteuerung (mit Option für ordentliche Besteuerung) und Pfändung bei Dritten - Übersicht RM	RM15 Sp. 1	,00			RM15 Sp. 2 + RM23 Sp. 3	,00
20	Ersatzbest. Auf mieteinnahmen - Übersicht LC					LC1 Sp. 5 im absoluten Wert, wenn weniger als Null	
30	GESAMTEINKOMMEN		,00	GESAMT- VERLUSTE	,00	GESAMTEINBEHALTE In die Zeile RN33, Sp. 4 übertragen	,00
31	DIFFERENZ (Punkt 30 Sp. 1 – Punkt 30 Sp. 2)		,00				
32	MINDESTEINKOMMEN (RF58 Sp. 3 + RG26 Sp. 3 + RH7 Sp. 1) In die Zeile RN1, Sp. 4 übertragen.		,00				
33	GESAMTEINKOMMEN Wenn der Punkt 32 nicht ausgefüllt wurde, den Punkt 31 - RS37 Sp. 16 übertragen. Wenn der Punkt 32 abgefasst ist, den höheren Wert zwischen den Punkten 31 und 32 nach Abzug der Zeile RS37 Sp. 16 übertragen. In die Zeile RN1, Sp. 5 übertragen.		,00				
DEN STEUERPF LICHTIGEN VORBEHALTEN, DIE SOWOHL PUNKT 22 (MINDESTEINKOMMEN) ALS AUCH DIE ZEILE RN1 SP. 2 (STEUERGUTHABEN FÜR GEMEINSAME RÜCKLAGEN UND GUTHABEN ART. 3, G.V.D. NR. 147/2015) AUSGEFÜLLT HABEN							
34	DEN MINDESTBETRAG ÜBERSCHREITENDES EINKOMMEN (Punkt 30 Sp. 1 – Punkt 32)						,00
35	AUSGLEICHBARE RESTVERLUSTE – Wenn der Punkt 34 größer oder gleich dem Punkt 30 Sp. 2 ist, ist der Rest der ausgleichbaren Verluste gleich Null und somit braucht die Spalte 3 der Zeile RN1 nicht ausgefüllt werden – Wenn der Punkt 34 kleiner als der Punkt 30 Spalte 2 ist, Folgendes berechnen: Punkt 30 Sp. 2 – Punkt 34 In die Zeile RN1 Sp. 3 im Rahmen des in der Zeile RN1 Sp. 2 anzugebenden Betrags übertragen						,00

Spalte 5 (Gesamteinkommen) das sich aus der Summe der einzelnen in den verschiedenen Übersichten angegebenen Einkommen ergebende Gesamteinkommen angeben. Wenn der Gesamtbetrag der Verluste, die aus selbständiger Arbeit oder aus Unternehmen mit vereinfachter Buchführung hervorgehen, den Gesamtbetrag der Einkommen übersteigt, geben Sie die Differenz mit vorangestelltem Minuszeichen an. Wenn die Spalte 4 dieser Zeile ausgefüllt ist, den höheren Betrag zwischen dem wie oben festgelegtem Gesamteinkommen und Mindesteinkommen angeben. Von diesem Betrag ist die Angabe in der Zeile RS37, Spalte 16 abzuziehen.

Wenn Sie das zusammenfassende Schema verwenden, geben Sie den unter Punkt 33 desselben Schemas angegebenen Betrag an. Wenn Sie in der Spalte 1 von einer oder mehreren Zeilen RC1 bis RC3 der Übersicht RC den Kode '3' angegeben (weil Sie Vergütungen für gemeinnützliche Arbeiten bezogen und das von den geltenden gesetzlichen Bestimmungen für die Altersrente vorgesehene Alter erreicht haben) und die Spalte 1 der Zeile RC6 abgefasst haben, sehen Sie die im Anhang unter dem Posten "Begünstigte gemeinnützliche Arbeiten" enthaltene Anlei-

tung ein.

Zeile RN2 Abzug für die Hauptwohnung

In diese Zeile den Betrag laut Zeile RB10, Spalte 18, übertragen.

Für die Hauptwohnung ist ein Abzug vom Gesamteinkommen vorgesehen, und zwar bis zum Erreichen des Katasterertrags der Immobilieneinheit und ihres Zubehörs.

Der Abzug findet ausschließlich Anwendung auf die Hauptwohnungen und das entsprechende Zubehör, die nicht der IMU unterliegen, deren Einkünfte somit zur Bildung des IRPEF-pflichtigen Gesamteinkommens beitragen.

Der Steuerabzug für die Hauptwohnung wird nicht ansässigen Steuerpflichtigen für die Immobilien, die sie in Italien besitzen, nicht gewährt. Unbeschadet davon bleiben die Bestimmungen mit Bezug auf die sogenannten „Nicht ansässigen Subjekte - Schumacker-Situation“ (Art. 7, Gesetz Nr. 161 vom 30. Oktober 2014, wie von dem Absatz 954 des Stabilitätsgesetzes 2016 abgeändert).

Zeile RN3 Absetzbare Belastungen

Den aus der folgenden Rechnung resultierenden Betrag angeben: RP39

Zeile RN4 Steuerpflichtiges Einkommen

Das aus der folgenden Berechnung resultierende steuerpflichtige Einkommen angeben: RN1 Sp. 5 + RN1 Sp. 2 – RN1 Sp. 3 – RN2 – RN3

Bei Verlust in diese Zeile und in die Zeilen RN5 (Bruttosteuer) und RN26 (Nettosteuer) eine "0" (Null) schreiben.

Zeile RN5 Bruttosteuer

Die dem steuerpflichtigen Einkommen der Zeile RN4 entsprechende Bruttosteuer angeben. Zur Festsetzung der Steuer verwenden Sie die folgende Tabelle:

BERECHNUNG DER IRPEF

EINKOMMEN (nach Einkommensstufe)		STEUERSATZ (nach Einkommensstufe)	AUF DAS DURCHSCHNITTS-EINKOMMEN GESCHULDETE STEUER DAS BEREITS IN DEN EINKOMMENSSTAFFELN ENTHALTEN IST
bis 15.000,00 Euro		23	23% auf den vollen Betrag
über 15.000,00 Euro	und bis 28.000,00 Euro	27	3.450,00 + 27% Überschussbetrag 15.000,00
über 28.000,00 Euro	und bis 55.000,00 Euro	38	6.960,00 + 38% Überschussbetrag 28.000,00
über 55.000,00 Euro	und bis 75.000,00 Euro	41	17.220,00 + 41% Überschussbetrag 55.000,00
über 75.000,00 Euro		43	25.420,00 + 43% Überschussbetrag 75.000,00

Vorhandene Ermäßigung ACE

Nur zu Berechnungszwecken der Bruttosteuer müssen Sie, wenn Sie die "Abzug für investiertes Eigenkapital" genannte Zeile RS37 der Übersicht RS bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst haben, die Bruttosteuer gemäß der folgenden Anleitung festsetzen:

- summieren Sie zum Betrag der Zeile RN4 den in der Zeile RS37 Spalte 14 angegebenen Betrag;
- berechnen Sie gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die dieser Summe entsprechende Steuer;
- berechnen Sie gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die dem in der Zeile RS37, Spalte 14 angegebenen Betrag entsprechende Steuer und ziehen Sie sie vom oben festgesetzten Betrag ab;
- geben Sie den so berechneten Betrag in der Zeile RN5 an.

Entgelte für Tätigkeiten im Amateursport

Wurde die Zeile RL22, Spalte 1 abgefasst, da Entgelte für Tätigkeiten im Amateursport bezogen wurden, muss die Bruttosteuer gemäß den folgenden Anleitungen ermittelt werden:

- den Betrag aus Zeile RN4 mit jenem aus Zeile RL22, Spalte 1, addieren;
- die Steuer dieses Betrages gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF", berechnen;
- aufgrund der Tabelle "Berechnung der IRPEF" ist die Steuer zu berechnen, die dem Betrag aus Zeile RL22, Spalte 1 entspricht, indem diese von der Steuer, die oben berechnet wurde, abgezogen wird;
- der berechnete Betrag ist in dieser Zeile RN5 einzutragen.

Wenn Sie gleichzeitig mehrere unter den oben angegebenen Ermäßigungen (ACE und Amateursport) nutzen, sehen Sie im Anhang den Posten "Gleichzeitiges Bestehen mehrerer Ermäßigungen: ACE und Amateursport" ein.

Vorliegen von Rückerstattung durch Verfall „Startup“

Wenn die Zeile RP80 der Spalte 8 ausgefüllt ist, muss zur Zeile RN5 der in der Zeile RP80 Spalte 8 angegebene Betrag hinzugefügt werden („Rückerstattung durch Verfall“ Startup), im Sinne des Art. 6, Abs. 4 des M.D. vom 25. Februar 2016.

Steuerzahler mit Einkünften aus Rente von nicht mehr als 7.500 Euro

Die Steuer ist nicht zu zahlen, wenn das Gesamteinkommen (RN1 Spalte 5) nur aus Renteneinkünften in Höhe von nicht mehr als 7.500,00 Euro und ggf. aus den Erträgen der Hauptwohnung und ihres Zubehörs sowie aus Grundstückserträgen (RA23 Sp. 11 + RA23 Sp. 12) in Höhe von nicht mehr als Euro 185,92 besteht, und wenn Spalte 2 der Zeile RN1 nicht abgefasst wurde. In diesem Fall ist die Bruttosteuer gleich Null und diese Zeile ist nicht abzufassen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Einkünfte aus Rente das ganze Jahr über bezogen werden mussten und die Anzahl der Bezugstage der Rente, angeführt in Zeile RC6, Spalte 2, gleich 365 sein müssen. Ist diese Rente hingegen nicht das ganze Jahr über bezogen worden und trägt die Anzahl der Tage in Zeile RC6, Sp. 2 nicht 365, muss, damit festgestellt werden kann, ob die Bruttosteuer gleich Null ist, und für die Berechnung des Renteneinkommens des Jahres die unten angeführte Berechnung vorgenommen werden:

Gesamteinkommen von Personen = Summe der in Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 angegebenen Beträge, für die im entsprechenden Kästchen der Spalte 1 der Kode '1' oder der Kode '6' oder der Kode „7“ oder der Code „8“ nach Abzug des nicht steuerpflichtigen in der Spalte 3 der Zeile RC5 angegebenen Anteils für Einkünfte aus Rente eingetragen wurde;

Jahreseinkommen aus Rente = $\frac{365}{\text{Anzahl der Bezugstage}} \times \text{Gesamtbetrag der Rente}$

Tage der Rente (RC6 Sp. 2)

Keine Steuer ist geschuldet, wenn der Betrag der Jahresrente (wie oben ermittelt) nicht über 7.500,00 Euro liegt.

Steuerzahler mit Einkünften aus Grund- und Gebäudebesitz von nicht mehr als 500 Euro

Tragen zur Bildung des Gesamteinkommens nur Einkünfte aus Grundbesitz (RA23 Sp. 11 + RA23 Sp. 12) und Gebäudebesitz (RB10 Sp. 13 + RB10 Sp. 14 + RB10 Sp. 15 + RB10 Sp. 18) mit einem Gesamtbetrag von nicht mehr als 500,00 Euro bei und ist Spalte 2 der Zeile RN1 nicht abgefasst worden, ist keine Steuer geschuldet und die Zeile RN5 muss nicht abgefasst werden.

Zeile RN6 Absetzungen für unterhaltsberechtigten Familienangehörigen

Für jeden unterhaltsberechtigten Familienangehörigen stehen Abzüge von unterschiedlichen Beträgen je nach dem in der Steuerperiode besessenem Gesamteinkommen zu. Zum Gesamteinkommen ist auch der Ertrag der vermieteten Gebäude und die sonstigen Erträge aus Kurzzeitmieten von Immobilien hinzuzufügen, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterzogen sind. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegeben. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag dem Bezugseinkommen hinzuzufügen

Spalte 1 - Absetzung für den Ehepartner zu Lasten Für den unterhaltsberechtigten Ehegatten ist eine Absetzung bis zu 800 Euro mit zunehmenden Einkommen abnehmend vorgesehen, der bei einem Einkommen über 80.000 Euro gleich Null ist. Dieser Abzug wird über drei verschiedene Berechnungsmodalitäten festgelegt, die drei unterschiedlichen Einkommensstufen entsprechen. Der Abzug ist mit der Anzahl der Monate ins Verhältnis zu setzen, in denen der Ehegatte unterhaltsberechtigt war.

Der Betrag des zustehenden Abzugs ist den folgenden Anweisungen gemäß zu bestimmen:

Berechnung: $\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} - \text{RN2} + \text{Zeile RS37 Sp. 14}$ (bei Verlust Null annehmen)

A) Abzugsrelevantes Einkommen von nicht mehr als 15.000 Euro

Berechnung: $\text{Quotient} = \frac{\text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{15.000}$

Es wird darauf hingewiesen, dass für den Quotienten die ersten vier Dezimalzahlen zu verwenden sind. Ist der Quotient gleich Null, steht keine Absetzung zu. Ist der Quotient verschieden von Null, ist folgende Berechnung vorzunehmen:

Zustehender Absetzbetrag = $[800 - (110 \times \text{Quotient})] \times \frac{\text{Monate zu Lasten}}{12}$

In Zeile RN6, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von mehr als 15.000 Euro und niedriger als oder gleich 40.000 Euro

Die Absetzung steht im **festgesetzten Ausmaß von 690 Euro** zu, die der Anzahl der Monate zu Lasten anzugleichen und um die eventuellen Steigerungen zu erhöhen ist, die für einige Einkommensstufen, wie in untenstehender Tabelle angeführt, vorgesehen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrag der Erhöhung zur Gänze zusteht, da er nicht der Anzahl der Monate zu Lasten angepasst werden muss. Ermitteln Sie die eventuelle Erhöhung in Bezug auf die verschiedenen Einkommensklassen des "Abzugsrelevanten Einkommens":

Der zustehende Absetzbetrag beträgt:

Zustehender Absetzbetrag = $690 \times \frac{\text{Monate zu Lasten}}{12} + \text{Erhöhung (wie oben ermittelt)}$

Sie müssen den wie oben angeführt ermittelten Betrag in dieser Zeile RN6 eintragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von mehr als 40.000 Euro und niedriger als oder gleich 80.000 Euro

Berechnung: $\text{Quotient} = \frac{80.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{40.000}$

Es wird darauf hingewiesen, dass für den Quotienten die ersten vier Dezimalzahlen zu verwenden sind.

Zustehender Absetzbetrag = $690 \times \text{Quotient} \times \frac{\text{Monate zu Lasten}}{12}$

In Zeile RN6, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen von über 80.000 Euro.

Der Abzug für den unterhaltsberechtigten Ehegatten ist gleich Null.

Spalte 2 - (Absetzung für Kinder zu Lasten) - Für jedes unterhaltsberechtigten Kind ist eine theoretische Absetzung vorgesehen, und zwar in Höhe von:

- 950 Euro für jedes Kind von über drei oder gleich drei Jahren;
- 1.220 Euro für jedes Kind unter drei Jahren (Spalte 6 "unter drei Jahren" in der abgefassten Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten).

Die theoretische Absetzung wird um folgenden Betrag erhöht:

- 400 Euro für jedes behinderte Kind (wenn Kästchen D der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten angekreuzt ist);
- 200 Euro für jedes weitere Kind nach dem Ersten, für Steuerzahler mit mehr als drei Kindern zu Lasten.

Die theoretische Absetzung muss der **Anzahl der Monate zu Lasten** (Kästchen "Monate zu Lasten" in der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten) und dem **zustehenden Prozentanteil** (Kästchen "Prozentanteil" in der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten) angepasst werden und kann ausschließlich 100, 50 oder gleich Null betragen. Es wird auch daran erinnert, dass die Absetzung ab diesem Jahr unter den Ehepartnern zu 50% aufgeteilt werden muss. Die Ehepartner können sich jedoch einigen und den vollen Absetzbetrag dem Ehepartner mit dem höheren Gesamteinkommen zuschreiben.

Zum Beispiel, wenn Sie für das ganze Jahr nur ein Kind im Ausmaß von 50% zu Lasten haben und ist dieses Kind noch nicht drei Jahre alt, ist

der theoretische Absetzbetrag gleich:

$$(1.220 \times 8/12 + 950 \times 4/12) \times 50/100 = (813,33 + 316,66) \times 50/100 = 565$$

Je nach den Fällen, die sich ergeben könnten, wird anschließend ein Beispiel für die möglichen Situationen wiedergegeben:

Steuerzahler mit weniger bzw. gleich drei Kindern	Betrag der theoretischen Absetzung (der Anzahl der Monate und dem Prozentanteil ins Verhältnis zu setzen)
Kind unter 3 Jahre	1.220
Kind über oder gleich 3 Jahre	950
Behindertes Kind unter 3 Jahre	1.620 (1.220 + 400)
Behindertes Kind über oder gleich 3 Jahre	1.350 (950 + 400)

Steuerzahler mit mehr als drei Kindern	Betrag der theoretischen Absetzung (der Anzahl der Monate und dem Prozentanteil ins Verhältnis zu setzen)
Kind unter 3 Jahre	1.420 (1.220 + 200)
Kind über oder gleich 3 Jahre	1.150 (950 + 200)
Behindertes Kind unter 3 Jahre	1.820 (1.220 + 400 + 200)
Behindertes Kind über oder gleich 3 Jahre	1.550 (950 + 400 + 200)

Diese Abzüge sind rein theoretisch, da der tatsächlich zustehende Absetzbetrag vom abzugsrelevanten Einkommen des Steuerzahlers und von der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder abhängig ist.

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

- 1) Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 (bei Verlust Null annehmen)
- 2) Erhöhung = (Anzahl der Kinder zu Lasten – 1) x 15.000
- 3) Quotient = $\frac{(95.000 + \text{Erhöhung}) - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{(95.000 + \text{Erhöhung})}$

- A) Wenn der Quotient kleiner als Null oder gleich eins ist, steht die Absetzung für unterhaltsberechtigte Kinder nicht zu.
- B) Wenn der Quotient größer als Null aber kleiner als eins ist, folgende Berechnung durchführen:

Zustehender Absetzbetrag = Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung x Quotient

Der Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung entspricht der Summe der theoretischen mit Bezug auf jedes Kind berechneten Absetzungen.

Für den Quotienten müssen die ersten vier Dezimalstellen berücksichtigt werden.

In Zeile RN6, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

In Bezug auf das vorherige Beispiel und in der Annahme, dass der Steuerpflichtige ein Gesamteinkommen von 25.000 Euro und Grundeinkommen in Höhe von 4.000 Euro besitzt, die der definitiven Ertragsteuer unterliegen, wird der zustehende Abzug wie folgt bestimmt:

Abzugsrelevantes Einkommen =	25.000 + 4.000 = 29.000
Erhöhung =	(1 – 1) x 15.000 = 0
Quotient =	(95.000 – 29.000)/95.000 = 66.000/95.000 = 0,6947
Zustehender Absetzbetrag =	565 x 0,6947 = 392,5

Zustehende Absetzung bei Fehlen des Ehepartners

Haben Sie in der Aufstellung der Familienangehörigen zu Lasten für das erste Kind im Feld des Prozentsatzes ein "C" angeführt, da der Ehepartner fehlt oder weil er die natürlichen Kinder nicht anerkennt bzw. der Steuerzahler nicht verheiratet oder falls verheiratet, getrennt ist, kann für das erste Kind die Absetzung, die für den zu Lasten lebenden Ehepartner vorgesehen ist und falls vorteilhafter, in Anspruch genommen werden.

Spalte 3 - (Zusätzliche Absetzung für Kinder zu Lasten) - Für die Steuerpflichtigen mit mehr als drei Kindern, für welche die Abzüge für unterhaltsberechtigte Kinder angewendet werden, steht ein zusätzlicher Abzug von 1.200 Euro zu.

Wenn daher in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen mehr als drei Kinder angegeben wurden und wenn die Absetzung für unterhaltsberechtigte Kinder laut Zeile RN6, Spalte 2, in Anspruch genommen werden konnte, ist in dieser Zeile der Betrag der weiteren Absetzung von Euro 1.200,00 im Verhältnis zum Prozentsatz laut Zeile 7 der genannten Aufstellung einzutragen. Es wird daran erinnert, dass sich die Absetzung für Kinder zu Lasten mit zunehmendem Einkommen solange verringert, bis sie aufgehoben ist. Haben Sie vier unterhaltsberechtigte Kinder und beträgt Ihr abzugsrelevantes Einkommen 140.000,00 Euro oder mehr, ist der zustehende Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder gleich Null und der zusätzliche Abzug kann nicht in Anspruch genommen werden.

Wenn der zusätzliche Abzug höher als die Bruttosteuer ist, wird nach Minderung von allen Abzügen ein Guthaben in Höhe des Abzugsanteils anerkannt, der nicht in die zuvor genannte Steuer eingegangen ist. Dieses Guthaben muss in der Sp. 1 der Zeile RN31 angegeben werden, auf deren Anleitung für die entsprechende Festsetzung verwiesen wird.

Spalte 4 - (Absetzung für andere Familienangehörige zu Lasten) - Für jeden weiteren unterhaltsberechtigten Familienangehörigen (angekreuztes Kä-

stchen "A" in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) ist ein theoretischer Abzug in Höhe von 750 Euro vorgesehen, der mit den **Anzahl der Monate zu Lasten** (ausgefülltes Kästchen "Monate zu Lasten" in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) und dem **zustehenden Prozentsatz** (ausgefülltes Kästchen "Prozentsatz" in der Aufstellung der unterhaltsberechtigten Familienangehörigen) in Beziehung gesetzt wird; diese Abzüge sind rein theoretisch, da der tatsächlich zustehende Absetzbetrag vom abzugsrelevanten Einkommen des Steuerzahlers abhängig ist. Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

1) Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 (bei Verlust Null annehmen)

2) Quotient = $\frac{80.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{80.000}$

A) Wenn der Quotient kleiner als Null oder gleich eins ist, steht der Abzug für andere Familienangehörige nicht zu.

B) Wenn der Quotient größer als Null aber kleiner als eins ist, folgende Berechnung durchführen:

Zustehende Absetzung = Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung x Quotient

Der Gesamtbetrag der theoretischen Absetzung entspricht der Summe der theoretischen, mit Bezug auf jeden anderen Familienangehörigen berechneten Absetzungen.

Für den Quotienten müssen die ersten vier Dezimalstellen berücksichtigt werden

In Zeile RN6, Spalte 4, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

Zeile RN7 Absetzung für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit, für Einkünfte aus Rente und aus sonstigen Einkünften

In diesen Zeilen die für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Rente, selbständiger Arbeit, Unternehmen in vereinfachter Buchführung und für einige andere Einkommen vorgesehenen Abzüge angeben. Zur Festlegung der zustehenden Absetzung werden die Art des Einkommens, der Betrag des Gesamteinkommens ohne den Abzug für die Hauptwohnung und ihr Zubehör und bei einigen Einkommen die Arbeits- und Rententage berücksichtigt. Zum Gesamteinkommen sind auch der Ertrag der vermieteten Gebäude und die sonstigen Einkünfte aus Kurzzeitmieten von Immobilien, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterzogen sind, hinzuzufügen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegeben. Wenn die Zeile RS37 bezüglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag dem Bezugseinkommen hinzuzufügen. Der effektiv zustehende Abzug verringert sich mit zunehmenden Einkommen bis er gänzlich entfällt, wenn das Gesamteinkommen die 55.000 Euro überschreitet.

Wenn im gleichen Jahr verschiedene Einkommensarten bezogen wurden, sind die entsprechenden Abzüge nicht unter einander kumulierbar. Die Nichtkumulierbarkeit des Abzugs für unselbstständige Arbeit und die für Rente wird auf die Steuerperiode bezogen, in der der Steuerpflichtige sowohl Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch aus Rente bezogen hat. Wenn sich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Rente hingegen auf verschiedene Zeiträume des Jahres beziehen, stehen die beiden entsprechenden Abzüge zu, jeder von ihnen wird mit dem berücksichtigten Arbeits- oder Rentenzeitraum in Beziehung gesetzt. Ab dem Steuerjahr 2014 wurde mit dem Gesetz Nr. 147 vom 27.

Spalte 1 - Absetzung für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit - Diese Spalte ausfüllen, wenn Einkommen aus unselbständiger Arbeit oder Einkommen, die diesen gleichgestellt wurden, bezogen und in den Zeilen RC1 bis RC3 angegeben wurden, für die in der Spalte 1 der Kode 2 (unselbstständige Arbeit) oder der Kode 3 (gemeinnützige Arbeit) oder der Kode 4 (Grenzarbeitnehmer) angegeben wurden und die Spalte 1 der Zeile RC6 (Tage der unselbstständigen Arbeit) ausgefüllt wurde. Es wird auf Folgendes hingewiesen:

- wenn in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3 nur der Kode 3 angegeben wurde, steht die Absetzung nur dann zu, wenn die Einkommen aus gemeinnütziger Arbeit zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen. Vgl. im Anhang „Vergünstigte gemeinnützige Arbeiten“;
- wenn in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3 nur der Kode 4 angegeben wurde, steht die Absetzung nur dann zu, wenn der Gesamtbetrag der in Grenzgebieten bezogenen Einkommen über dem befreiten Anteil von Euro 7.500 liegt;
- Wenn in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3 nur der Kode 5 angegeben wurde, steht die Steuerabsetzung nur dann zu, wenn der Betrag der von in Campione d'Italia ansässigen Steuerpflichtigen bezogenen Einkommen 6700 € (steuerbefreiter Anteil) übersteigt;
- Wenn in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3 sowohl der Kode 4 als auch der Kode 5 angegeben wurde und keine weiteren Codes vorliegen, steht die Steuerabsetzung nur dann zu, wenn mindestens eines der beiden begünstigten Einkommen den entsprechenden steuerbefreiten Anteil übersteigt.

Der Betrag des zustehenden Abzugs ist den folgenden Anweisungen gemäß zu bestimmen.

Berechnung: Abzugsrelevantes Einkommen = Zeile RN1 Sp. 1 – Zeile RN2 + Zeile RS37 Sp. 14 (bei Verlust Null annehmen)

Der Abzug wird anhand unterschiedlicher Berechnungsmodalitäten festgelegt, die unterschiedlichen Einkommensklassen entsprechen.

A) Abzugsrelevantes Einkommen von bis zu 8.000 Euro

Wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht mehr als 8.000 Euro beträgt, steht der Abzug in Höhe von 1.880 Euro zu, die mit der Anzahl der nichtselbständigen Arbeitstage ins Verhältnis zu setzen sind. Der Betrag der tatsächlich zustehenden Absetzung darf für die Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit nicht unter 690 Euro bzw. für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit nicht unter 1.380 liegen. Die Absetzung ist wie folgt zu berechnen:

$$\text{Absetzung} = 1.840 \times \frac{\text{Nr. Tage nicht selbständiger Arbeit (Zeile RC6 Sp. 1)}}{365}$$

Liegt die auf diese Art ermittelte Absetzung unter 690 Euro und stammt das Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit (Kode 1 in Sp. 2 der Zeilen von RC1 bis RC3), beträgt die zustehende Absetzung **690 Euro**.

Liegt die auf diese Art ermittelte Absetzung unter 1.380 Euro und stammt das Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit mit Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit (Kode 2 in Sp. 2 der Zeilen von RC1 bis RC3), beträgt die zustehende Absetzung **1.380 Euro**.

Haben Sie Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit einem Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit wie auch Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit einem Arbeitsvertrag auf bestimmte Zeit bezogen, können Sie den günstigeren Abzug von 1.380 Euro in Anspruch nehmen.

In Zeile RN7, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von 8.000 bis 28.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{28.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{20.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [978 + (902 \times \text{Quotient})] \times \frac{\text{Nr. Tage nicht selbständiger Arbeit (Zeile RC6 Sp. 1)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 28.000 Euro bis 55.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{55.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{27.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [978 \times \text{Quotient} \times \frac{\text{Nr. Tage nicht selbständiger Arbeit (Zeile RC6 Sp. 1)}}{365}]$$

In Zeile RN7, Spalte 1, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen von über 55.000 Euro

Der Abzug für unselbstständige Arbeit und gleichgestellte ist gleich Null.

Spalte 2 - (Absetzung für Einkünfte aus Rente) - Diese Spalte ausfüllen, wenn Renteneinkommen bezogen wurden, die in den Zeilen von RC1 bis RC3 eingetragen sind, und für die in der Spalte 1 der Kode 1 oder Kode 6 angegeben ist, und wenn Spalte 2 der Zeile RC6 (Rententage) ausgefüllt ist. Wenn in Spalte 1 der Zeilen RC1 bis RC3 nur der Kode 6 angegeben wurde, steht die Steuerabsetzung nur dann zu, wenn der Betrag der von in Campione d'Italia ansässigen Steuerpflichtigen bezogenen Renten 6700 € (steuerbefreiter Anteil) übersteigt.

Wenn in der Spalte 1 der Zeilen von C1 bis C3 nur der Code 7 angegeben wurde, steht die Absetzung zu, nur wenn der Betrag der Renten zugunsten von Hinterbliebenen, die an Waisen bezahlt wurden, 1.000 Euro (nicht steuerpflichtiger Anteil) überschreitet.

Wenn in der Spalte 1 der Zeilen von C1 bis C3 nur der Code 8 angegeben wurde, steht die Absetzung zu, nur wenn der Betrag der Renten zugunsten von Hinterbliebenen, die in Euro an in der Gemeinde Campione d'Italia wohnhaften Waisen bezahlt wurden, 7.000 Euro (nicht steuerpflichtiger Anteil) überschreitet.

Unabhängig vom dem Alter des Steuerzahlers sind dieselbe Absetzungen für die Einkünfte aus Rente vorgesehen (Artikel 1, Absatz 210 des Gesetzes 232/2016).

Zur Festsetzung des zustehenden Abzugs die eigene Einkommensklasse ausfindig machen und dazu wie folgt vorgehen:

$$\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} - \text{Zeile RN2} + \text{Zeile RS37 Sp. 11 (bei Verlust Null annehmen)}$$

A) Abzugsrelevantes Einkommen bis 8.000 Euro

Wenn das Abzugsrelevante Einkommen nicht über Euro 8.000 liegt, steht der Abzug im Umfang von Euro 1.880 zu und ist mit der Anzahl der Rententage in Beziehung zu setzen. Der Betrag der tatsächlich zustehenden Absetzung darf in keinem Fall unter 713 Euro liegen.

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$\text{Absetzung} = 1.880 \times \frac{\text{Anzahl der Rententage (RC6 Sp. 2)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen. Wenn der Betrag unter 713 liegt, **Euro 713** angeben.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von über 8.000 bis 15.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{15.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{7.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = [1.297 + (583 \times \text{Quotient})] \times \frac{\text{Anzahl der Rententage (RC6 Sp. 2)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 15.000 Euro bis 55.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{55.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{40.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = 1.297 \times \text{Quotient} \times \frac{\text{Anzahl der Rententage (RC6 Sp. 2)}}{365}$$

In Zeile RN7, Spalte 2, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen über Euro 55.000:

Der Abzug für Renteneinkommen ist gleich Null.

Zeile RN7 Spalten 3 und 4 - Absetzung für Einkünfte, die denen aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellt sind und sonstige Einkünfte

Diese Zeile ist abzufassen, wenn Sie ein oder mehrere der folgenden Einkünfte bezogen haben:

- Den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit gleichgestellte Einkünfte, die im Teil II der Übersicht RC angeführt sind;
- Einkünfte aus nicht gewohnheitsmäßig ausgeübten Handelstätigkeiten, aus nicht gewohnheitsmäßig ausgeübten Tätigkeiten selbständiger

Arbeit und aus der Übernahme von Verpflichtungen des Handelns, Unterlassens und Duldens (Zeilen RL14, RL15 und RL16);

- Einkünfte aus selbständiger Arbeit gemäß Übersicht RE, mit Ausnahme jener, welche der Ersatzsteuer unterworfen wurden und Einkünfte aus der Beteiligung an Personengesellschaften, für welche in Übersicht RH das Kästchen in Spalte 7 in den Zeilen von RH1 bis RH4 angekreuzt wurde;
- sonstige Einkünfte aus selbständiger Arbeit, die im Teil III der Übersicht RL angeführt sind;
- Einkünfte aus Unternehmen mit vereinfachter Buchhaltung gemäß Übersicht RG, mit Ausnahme jener, die der Ersatzsteuer unterworfen wurden und Einkünfte aus Unternehmen mit vereinfachter Buchhaltung die aus der Beteiligung an Personengesellschaften stammen und für welche in Übersicht RH, das Kästchen in Spalte 7, in den Zeilen von RH1 bis RH4 angekreuzt wurde;
- Einkünfte aus Unternehmen, die gemäß Übersicht RD pauschal ermittelt wurden.

Wenn Sie Summen für regelmäßige Zuweisungen des Ehegatten bezogen haben, siehe die im nachfolgenden Paragraph gegebene Anleitung für die Festsetzung des Abzugs.

Zur Festsetzung des zustehenden Abzugs die eigene Einkommensklasse ausfindig machen und dazu wie folgt vorgehen:

$$\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} - \text{Zeile RN2} + \text{Zeile RS37 Sp. 14 (bei Verlust Null annehmen)}$$

A) Abzugsrelevantes Einkommen bis 4.800 Euro

Die Absetzung steht im festen Ausmaß von 1.104 Euro zu. Daher ist dieser Betrag in Zeile RN7, Spalte 4 einzutragen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von über 4.800 Euro bis 55.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{55.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{50.200}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = 1.104 \times \text{Quotient}$$

In Zeile RN7, Spalte 4, den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen über Euro 55.000: Der Abzug für Renteneinkommen ist gleich Null.

■ Absetzung der vom Ehepartner periodisch bezahlten Abfindung

Ist in den Zeilen von RC7 bis RC8 ein Betrag angeführt, für den in Spalte 1 das entsprechende Kästchen angekreuzt ist (periodische vom Ehepartner entrichtete Abfindung), steht gemäß den unten angeführten Bedingungen ein Steuerabsetzbetrag zu. Die Absetzung muss mit keinem Zeitraum des Jahres ins Verhältnis gesetzt werden.

Zur Festsetzung des zustehenden Abzugs die eigene Einkommensklasse ausfindig machen und dazu wie folgt vorgehen:

$$\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} - \text{Zeile RN2} + \text{Zeile RS37 Sp. 14 (bei Verlust Null annehmen)}$$

A) Abzugsrelevantes Einkommen bis 8.000 Euro

Wenn das abzugsrelevante Einkommen 8.000 Euro nicht übersteigt, steht der Abzug in Höhe von 1.880 Euro zu. Deshalb ist dieser Betrag in Spalte 4 der Zeile RN7 zu übertragen und das entsprechende Kästchen in Spalte 3 anzukreuzen.

B) Abzugsrelevantes Einkommen von über 8.000 bis 15.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{15.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{7.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = 1.297 + (583 \times \text{Quotient})$$

In Spalte 4 der Zeile RN7 den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen und das entsprechende Kästchen in Spalte 3 ankreuzen.

C) Abzugsrelevantes Einkommen von über 15.000 Euro bis 55.000 Euro

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$1) \text{ Quotient} = \frac{55.000 - \text{Abzugsrelevantes Einkommen}}{40.000}$$

Ist der Quotient höher als Null und niedriger als eins, müssen die ersten vier Dezimalzahlen verwendet werden.

$$2) \text{ Zustehender Absetzbetrag} = 1.297 \times \text{Quotient}$$

In Spalte 4 der Zeile RN7 den Betrag der wie oben festgelegten Absetzung übertragen und das entsprechende Kästchen in Spalte 3 ankreuzen.

D) Abzugsrelevantes Einkommen über Euro 55.000

Der Abzug für Renteneinkommen ist gleich Null.

Zeile RN8 Gesamtabzüge für familiäre Belastungen und Arbeit

In dieser Zeile die Summe der Beträge eintragen, die in den Spalten von 1 bis 4 der Zeile RN6 und in den Spalten 1, 2 und 4 der Zeile RN7 angegeben sind.

Zeile RN12 - Abzug für Mietzins und die Pacht von Grundstücken - Teil V der Übersicht RP

Spalte 1 (Gesamtabzug) Sie müssen die Spalte 1 dieser Zeile nur ausfüllen, wenn Sie den Abschn. V der Übersicht RP ausgefüllt haben.

Es sind vier verschiedene Absetzungen für die Miete vorgesehen, die nicht zusammengezählt werden dürfen, wenn sie sich auf ein und denselben Zeitraum des Jahres beziehen.

Besagte Anzüge werden innerhalb bestimmter Gesamteinkommensgrenzen anerkannt. Zum Gesamteinkommen ist auch der Ertrag der vermieteten Gebäude und die sonstigen Einkünfte aus der Kurzzeitmieten von Immobilien, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterzogen sind, hinzuzufügen. Das Bezugseinkommen für die Berechnung der Abzüge ist in der Spalte 1 der Zeile RN1 angegeben. Wenn die Zeile RS37 be-

züglich der Ermäßigung ACE abgefasst wurde, ist der in der Spalte 14 der Zeile RS37 angegebene Betrag dem Bezugseinkommen hinzuzufügen..

Zudem ist ein Steuerabzug für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen unter 35 Jahren vorgesehen (Zeile RP73);

wenn die Gesamtsumme der zustehenden Abzüge die Bruttosteuer übersteigt (gekürzt um die Abzüge für zu Lasten lebende Familienangehörige und der Abzüge für Einkünfte aus nicht selbstständiger und dieser gleichgestellten Einkünfte, aus Rente und/oder sonstigen Einkommen), wird eine Summe in Höhe des Steuerabzugs gewährt, der betraglich nicht von der Steuer abgezogen werden konnte.

Für die Festsetzung des restlichen Abzugs wird auf die Anleitung bezüglich der Spalte 2 dieser Zeile verwiesen.



Wenn im Abschnitt V der Übersicht RP mehrere Zeilen RP71 und/oder RP72 ausgefüllt wurden (zum Beispiel wurden verschiedene Typologien von Abzügen angegeben oder es hat sich mit Bezug auf ein und denselben Abzug im Laufe des Jahres der entsprechende Prozentsatz geändert), entspricht der zustehende Abzug der Summe der für jede einzelne Zeile berechneten Abzugsanteile.

Für die Berechnung der tatsächlich zustehenden Absetzung ist wie folgt zu verfahren:

$$\text{Abzugsrelevantes Einkommen} = \text{Zeile RN1 Sp. 1} + \text{Zeile RS37 Sp. 14 (bei Verlust Null annehmen)}$$

Absetzbetrag für Mieter von Wohnungen, die im Sinne des Gesetzes Nr. 431/1998 als Hauptwohnung verwendet werden (Zeile RP71 Kode 1)

Wenn in Spalte 1 der Zeile **RP71** der Kode „1“ angegeben wurde, ist der entsprechende Abzug anhand der Tage, in denen die Immobilie im Laufe des Jahres als Hauptwohnung diente, sowie anhand des zustehenden Prozentsatzes und des abzugsrelevanten Einkommens zu berechnen. Der Abzug beträgt:

- **Euro 300** wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht über 15.493,71 Euro liegt;
- **Euro 150** wenn das abzugsrelevante Einkommen über 15.493,71 Euro, jedoch nicht über 30.987,41 Euro liegt.

Liegt das abzugsrelevante Einkommen über 30.987,41 Euro, steht kein Abzug zu.

Die so festgelegte Absetzung muss in die **Zeile RN12, Spalte 1**, übertragen werden.

Absetzung der Miete für Wohnungen mit konventionellem Mietvertrag, die als Hauptwohnung verwendet werden (Zeile RP71 Kode 2)

Wenn in Spalte 1 der Zeile **RP71** der Kode „2“ angegeben wurde, ist der entsprechende Abzug anhand der Tage, in denen die Immobilie im Laufe des Jahres als Hauptwohnung diente, sowie anhand des zustehenden Prozentsatzes und des abzugsrelevanten Einkommens zu berechnen. Der Abzug beträgt:

- **Euro 495,80** wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht über 15.493,71 Euro liegt;
- **Euro 247,90** wenn das abzugsrelevante Einkommen über 15.493,71 Euro, jedoch nicht über 30.987,41 Euro liegt.

Liegt das abzugsrelevante Einkommen über 30.987,41 Euro, steht kein Abzug zu.

Zum Beispiel, wenn Ihr abzugsrelevantes Einkommen des Jahres 2013 20.000,00 Euro betragen hat, der Mietvertrag auch auf den Namen des Ehepartners abgeschlossen wurde und die Immobilie für 180 Tage des Jahres als Hauptwohnung verwendet wurde, wird der Abzug wie folgt berechnet:

$$\frac{247,90 \times 50}{100} \times \frac{180}{365} = \text{Euro } 61,13 \text{ abgerundet auf } 61,00 \text{ Euro}$$

Die so festgelegte Absetzung muss in die **Zeile RN12, Spalte 1**, übertragen werden.

Absetzung der Miete für junge Leute zwischen 20 und 30 Jahre, die einen Mietvertrag für die Hauptwohnung abgeschlossen haben, mit Gesamteinkommen bis zu 15.493,71 Euro (Zeile RP71 Kode 3)

Wenn in der Zeile **RP71** der Kode „3“ angegeben wurde, wurde der entsprechende Absetzbetrag von **991,60 Euro** aufgrund der Tage des Jahres, an denen die Immobilieneinheit als Hauptwohnung beansprucht wurde und im Verhältnis zum Besitzanteil des Absetzbetrages, berechnet werden. Die so festgelegte Absetzung muss in die **Zeile RN12, Spalte 1**, übertragen werden.

Absetzung der Miete für Wohnungen von Arbeitnehmern, die ihren Wohnsitz aus Arbeitsgründen wechseln (Zeile RP72)

Wenn in der Zeile **RP72** angegeben wurde, den entsprechenden Abzug auf der Grundlage der Tage des Jahres, an denen die Immobilie als Hauptwohnung verwendet wurde, sowie anhand des zustehenden Prozentsatzes und des abzugsrelevanten Einkommens zu berechnen. Der Abzug beträgt:

- **Euro 991,60** wenn das abzugsrelevante Einkommen nicht über 15.493,71 Euro liegt;
- **Euro 495,80** wenn das abzugsrelevante Einkommen über 15.493,71 Euro, jedoch nicht über 30.987,41 Euro liegt.

Liegt das abzugsrelevante Einkommen über 30.987,41 Euro, steht kein Abzug zu.

Die so festgelegte Absetzung muss in die **Zeile RN12, Spalte 1**, übertragen werden.

Abzüge für die Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an junge Menschen (Zeile RP73)

Wenn die Zeile **RP73** abgefasst wurde, ist der entsprechende Abzug zu berechnen, der 19% des angegebenen Betrags in Zeile RP73 entspricht. Der abgesetzte Betrag darf 1.200,00 Euro nicht übersteigen.

Der so ermittelte Abzug muss in die **Zeile RN12, Spalte 1** übertragen werden.

Spalte 2 (Restguthaben) und Spalte 3 (Genossener Abzug)

Wenn der in der Spalte 1 angegebene zustehende Abzug höher als die Bruttosteuer nach Abzug der Abzüge für familiäre Belastungen und der Abzüge für Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und gleichgestellte, aus Renten und/oder sonstigen Einkommen ist, wird ein Betrag in Höhe des Abzugsanteils, der nicht in der vorgenannten Steuer aufgenommen worden ist, zuerkannt. Für die Bestimmung des Abzugsbetrags, der nicht in die (in der Spalte 2 anzugebende) Bruttosteuer aufgenommen wird, und des Teils, der hingegen aufgenommen wird (in der Spalte 3 anzugeben), wie nachstehend beschrieben vorgehen.

Berechnen:

$$\text{Verrechnungsfähigkeit} = \text{RN5} - \text{RN8} - \text{RN18 st. 1} - \text{RN20 st. 1} - \text{RN21 st. 1}$$

Wenn die Zeile RP80 ausgefüllt wurde, muss zur Überprüfung, ob nach der vorstehenden Formel die Absetzung in der Steuer Aufnahme findet, zuvor die Spalte 1 der Zeilen RN19, RN20 und RN21 ausgefüllt werden, auf deren Anleitung verwiesen wird.

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" kleiner oder gleich Null ist, wird der Abzug für Mieten nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, und es muss somit in der Spalte 2 der Beitrag der Spalte 1 angegeben werden, und die Spalte 3 muss nicht ausgefüllt werden.

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer als Null ist, muss der Betrag der Spalte 1 mit dem zuvor bestimmten Wert der "Verrechnungsfähigkeit" verglichen werden:

- wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer oder gleich RN12 Sp. 1 ist, wird der Wert der Verrechnungsfähigkeit vollständig in die Bruttosteuer aufgenommen, und somit muss die Spalte 2 nicht ausgefüllt werden, und in die Spalte 3 muss der Betrag der Spalte 1 übertragen werden;
- wenn hingegen "Verrechnungsfähigkeit" kleiner als RN12 Sp. 1:
 - muss in die Spalte 2 der Betrag des Abzugs, der nicht in die Verrechnungsfähigkeit aufgenommen wird, übertragen werden entsprechend: RN12 Sp. 1 – Verrechnungsfähigkeit
 - in der Spalte 3 der Betrag des Abzugs, der entsprechend RN12 Sp. 1 – RN12 Sp. 2 aufgenommen wird

Zeile RN13 Absetzung für Ausgaben, die in Teil I der Übersicht RP angegeben wurden (absetzbare Aufwendungen)

In **Spalte 1** 19 Prozent des Betrags laut Zeile RP15, Spalte 4, eintragen.

In **Spalte 2** 26 Prozent des Betrags laut Zeile RP15, Spalte 5, eintragen.

Zeile RN14 Absetzung für Ausgaben, die in Teil III A der Übersicht RP angegeben wurden (Renovierungen)

In **Spalte 1** die Summe der Beträge der Abzüge der Zeile RP49 eintragen.

Zeile RN15 Absetzung für Ausgaben, die in Teil III C der Übersicht RP angegeben wurden (Einrichtung renovierter Immobilien)

50 Prozent des Betrags laut Zeile RP60, Spalte 7 angeben.

Zeile RN16 Absetzung für Ausgaben, die in Teil IV der Übersicht RP angegeben wurden (Energieeinsparung)

In **Spalte 1** Summe der Beträge der Absetzungen der Zeile RP66 eintragen

Zeile RN17 Absetzung für Aufwendungen aus Teil VI der Übersicht RP (Sonstige Absetzungen)

Wenn das Kästchen der Zeile **RP82** angekreuzt wurde, in dieser Zeile **Euro 516,46** angeben.

Den in der Spalte 2 der Zeile **RP83** angegebenen Beitrag übertragen.

Es wird daran erinnert, dass für die Schenkungen an die Krankenhauskörperschaft „Ospedali Galliera di Genova“ (Kode 2, Spalte 1) der Betrag, welcher in dieser Zeile angeführt werden muss, nicht über 30 Prozent der geschuldeten Bruttosteuer liegen darf.

Zeile RN18 - Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen Steuerzeitraum 2014

In **Spalte 1** ist der Abzug für Investitionen in Start-up-Unternehmen anzugeben, der betraglich nicht von der Bruttosteuer in Bezug auf das Jahr 2014 abgezogen werden konnte. Der anzugebende Betrag entspricht jenem, der in Zeile RN47, Spalte 2 des Vordrucks EINKOMMEN 2017 ausgewiesen ist, und zwar abzüglich des Betrags in Zeile RP80, Spalte 9 dieses Vordrucks.

Wenn der in Spalte 1 angegebene zustehende Abzug höher ist als die Bruttosteuer, nachdem er innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag nicht übertragen werden.

Für die Bestimmung der Höhe des Betrags, der nicht von der Bruttosteuer abgezogen werden konnte

und des Teils, der hingegen abgezogen werden kann (der in Spalte 2 dieser Zeile anzugeben ist) ist folgendermaßen vorzugehen:

Es ist zu berechnen:

$$\text{Fassungsvermögen} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Spalte 3}) - \text{RN12 Spalte 3} - \text{RN13 Spalte 1} - \text{RN13 Spalte 2} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17}$$

Wenn das „Fassungsvermögen“ geringer oder gleich null ist, kann der Steuerabzug für Start-up-Unternehmen nicht von der Bruttosteuer abgezogen werden. Deshalb Spalte 2 darf nicht ausgefüllt werden. Wenn das „Fassungsvermögen“ über null liegt, muss der Betrag aus Spalte 1 mit dem Wert des zuvor berechneten „Fassungsvermögens“ verglichen werden:

- Wenn das „Fassungsvermögen“ größer als oder gleich hoch ist wie RN18, Spalte 1 ist, steht der Abzug vollständig der Bruttosteuer gegenüber, und somit in **Spalte 2** ist der Betrag der Spalte 1 zu übertragen.
- Wenn hingegen das „Fassungsvermögen“ hingegen kleiner als RN19 RN18 Spalte 1 ist, kann die Absetzung für Startups, die in die Steuer nicht aufgenommen wird, nicht mehr benutzt werden und in der Zeile RN18 Zeile 2 ist der Betrag der Absetzung einzutragen, der gleich dem kleinsten Betrag zwischen RN18 Spalte 1 und „Fassungsvermögen“ aufgenommen wird.

Zeile RN19 - Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen UNICO 2015

In **Spalte 1** die Höhe der Absetzung für Investitionen in Startup-Unternehmen, die nicht in die Bruttosteuer für das Steuerjahr 2015 aufgenommen wurden, angeben.

Der anzugebende Betrag entspricht jenem, der in Zeile RN47, Spalte 3 des Vordrucks EINKOMMEN 2017 ausgewiesen ist, und zwar abzüglich des Betrags in Zeile RN80, Spalte 9 dieses Vordrucks.

Wenn die in Spalte 1 angegebene zustehende Absetzung höher ist als die Bruttosteuer, nachdem diese innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag als Absetzung von der geschuldeten Steuer auf die darauffolgenden Steuerzeiträume, bis zu dessen Gesamtbetrag übertragen werden.

Für die Bestimmung der Höhe der Absetzung, die nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde (in Zeile RN47, Sp.1 anzugeben), und des Teils, der hingegen aufgenommen wurde (in Zeile RN19, Sp.2 anzugeben), ist wie folgt vorzugehen. Berechnen:

$$\text{Fassungsvermögen} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Sp. 3}) - \text{RN12 Sp. 3} - \text{RN13 Sp. 1} - \text{RN13 Sp. 2} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17} - \text{RN18 Sp. 2}$$

Wenn das „Fassungsvermögen“ kleiner oder gleich Null ist, wird die Absetzung für Startup-Unternehmen nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, und daher muss in **Zeile RN 47, Sp. 1** der Betrag von Spalte 1 übertragen und Spalte 2 darf nicht ausgefüllt werden.

Wenn das „Fassungsvermögen“ größer als Null ist, muss der Betrag von Spalte 1 mit dem vorher festgesetzten Wert des „Fassungsvermögens“ verglichen werden:

- wenn das „Fassungsvermögen“ größer oder gleich RN19 Sp.1 ist, wird die Absetzung zur Gänze in der Bruttosteuer aufgenommen und daher

muss in Spalte 2 der Betrag von Spalte 1 übertragen werden;

- wenn hingegen das „Fassungsvermögen“ kleiner als RN19 Sp.1 ist:

- muss in **Zeile RN19, Spalte 2** der Betrag des Abzugs eingetragen werden, der aufgenommen wird, gleich dem kleinsten Betrag zwischen RN19 Sp. 1 und „Fassungsvermögen“;

- muss in **Zeile RN47, Spalte 1** der Betrag des Abzugs eingetragen werden, der nicht aufgenommen wird, gleich RN19 Sp. 1 – RN19 Sp. 2.

Zeile RN20 - Restbetrag Abzüge für Startups Steuerzeitraum 2016

In **Spalte 1** ist der Abzug für Investitionen in Start-up-Unternehmen anzugeben, der betraglich nicht von der Bruttosteuer in Bezug auf das Jahr 2016 abgezogen werden konnte. Der anzugebende Betrag entspricht jenem, der in Zeile RN47, Spalte 3 des Vordrucks Einkommen 2017 ausgewiesen ist, und zwar abzüglich des Betrags in Zeile RP80, Spalte 9 des vorliegenden Vordrucks.

Wenn der in Spalte 1 angegebene zustehende Abzug höher ist als die Bruttosteuer, nachdem diese innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag als Abzug von der geschuldeten Steuer auf die darauffolgenden Steuerzeiträume, bis zu dessen Gesamtbetrag übertragen werden.

Zur Ermittlung der Höhe der Absetzungen, die nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde (anzugeben in der Zeile RN47, Spalte 2) und des Teils, der im Gegensatz dazu aufgenommen wurde (anzugeben in der Zeile RN20 Spalte) ist wie folgt vorzugehen.

Es ist zu berechnen:

$$\text{Fassungsvermögen} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Spalte 3}) - \text{RN12 Spalte 3} - \text{RN13 Spalte 1} - \text{RN13 Spalte 2} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17} - \text{RN18 Spalte 2} - \text{RN19 Spalte 2}$$

Wenn das „Fassungsvermögen“ kleiner oder gleich Null ist, wird die Absetzung für Startups nicht in der Bruttosteuer aufgenommen und daher muss in der **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag der Spalte 1 angegeben werden, wobei die Spalte 2 nicht auszufüllen ist.

Wenn das „Fassungsvermögen“ über Null liegt, muss der Betrag aus Spalte 1 mit dem Wert des zuvor berechneten „Fassungsvermögens“ verglichen werden:

- Wenn das „Fassungsvermögen“ größer oder gleich RN20, Spalte 1 ist, steht der Abzug vollständig in der Bruttosteuer aufgenommen und in **Spalte 2** ist der Betrag der Spalte 1 zu übertragen;

- Wenn das „Fassungsvermögen“ hingegen kleiner als RN20, Spalte 1 ist:

- muss in der **Zeile RN20, Spalte 2** der Betrag der Absetzung übertragen werden, der aufgenommen wird, gleich dem kleinsten Betrag zwischen RN20 Spalte 1 und „Fassungsvermögen“;

- muss in der **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag der Absetzung übertragen werden, der nicht im aufgenommen wird, gleich: RN20 Spalte 1 – RN20 Spalte 2.

Zeile RN21 Absetzung für Investitionen in Startup-Unternehmen, die in Teil VI der Übersicht RP angegeben sind

In **Spalte 1** ist der Betrag anzugeben, der aus Spalte 6 der Zeile RP80 hervorgeht;

Wenn der in Spalte 1 angegebene zustehende Abzug höher ist als die Bruttosteuer, nachdem diese innerhalb der Höchstgrenzen um die verwendbaren Abzüge (z. B. Arztkosten, Abzüge für familiäre Aufwendungen, Abzüge für Einkommen aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellte Einkommen, für Renten und/oder sonstige Einkommen) gekürzt wurde, kann der überschüssige Betrag als Abzug von der geschuldeten Steuer auf die darauffolgenden Steuerzeiträume, aber nicht über den dritten Steuerzeitraum hinaus, bis zu dessen Gesamtbetrag übertragen werden.

Zur Festlegung des Betrags der Absetzung, der höher ist als der Betrag der Bruttosteuer (anzugeben in Zeile RN47, Spalte 4), und des Betrags, der darunter liegt (anzugeben in Spalte 2), ist wie folgt vorzugehen:

Folgendes berechnen:

$$\text{Verrechnungsfähigkeit} = \text{RN5} - (\text{RN8} - \text{RN6 Sp. 3}) - \text{RN12 Sp. 3} - \text{RN13 Sp. 1} - \text{RN13 Sp. 2} - \text{RN14} - \text{RN15} - \text{RN16} - \text{RN17} - \text{RN18 Sp. 2} - \text{RN19 Sp. 2} - \text{RN20 Sp. 2}$$

Wenn „Aufnahme“ kleiner oder gleich Null ist, findet die Absetzung für Startup-Unternehmen keine Aufnahme in der Bruttosteuer, weshalb in **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag laut Spalte 1 einzutragen und die Spalte 2 nicht auszufüllen ist.

Wenn „Aufnahme“ größer als Null ist, muss der Betrag laut Spalte 1 mit dem zuvor festgelegten „Aufnahme“-Wert verglichen werden.

- wenn „Aufnahme“ größer oder gleich ist in Bezug auf RN21 Spalte 1, findet die Absetzung vollständige Aufnahme in der Bruttosteuer und daher in der Spalte 2 der Betrag der Spalte 1 einzutragen ist;

- wenn dagegen „Aufnahme“ kleiner ist in Bezug auf RN21 Spalte 1:

- ist in **Zeile RN21, Spalte 2** der Betrag der Absetzung einzutragen, die Aufnahme findet in Höhe des kleinsten Betrags zwischen RN21 Sp. 1 und „Fassungsvermögen“.

- ist in **Zeile RN47, Spalte 3** der Betrag der Absetzung zu übertragen, der nicht im aufgenommen wird, gleich zu: RN21 Sp.1 – RN21 Sp.2.

Zeile RN22 Gesamtbetrag der Steuerabsetzungen

Das Ergebnis der folgenden Rechnung angeben:

$$\text{RN8} + \text{RN12 Sp. 3} + \text{RN13 Sp. 1} + \text{RN13 Sp. 2} + \text{RN14} + \text{RN15}$$

$$+ \text{RN16} + \text{RN17} + \text{RN18 Sp. 2} + \text{RN19 Sp. 2} + \text{RN20 Sp. 2} + \text{RN21 Sp. 2}$$

Zeile RN23 Absetzung der Ausgaben für bestimmte Krankheiten

Diese Zeile ist nicht auszufüllen, wenn die Rateneinteilung der Gesundheitsausgaben der Zeilen RP1, RP2 und RP3 (Kästchen 1 der Zeile RP 15 angekreuzt) gewählt wurde.

Wenn die Spalte 2 der Zeile RP1 und der Zeile RP2 nicht ausgefüllt wurde, 19 Prozent des Betrags laut Spalte 1 der Zeile RP1 nach Abzug des Freibetrags von Euro 129,11 angeben.

Wenn hingegen die Spalte 2 der Zeile RP1 und/oder die Zeile RP2 ausgefüllt wurde, ist folgende Rechnung aufzustellen:

$$\text{AusgabenRP1 und RP2} = \text{Zeile RP 1 Sp. 2} + \text{RP2};$$

- Wenn AusgabenRP1 und RP2 größer oder gleich Euro 129 ist, sind in der Zeile RN23 19 Prozent des Betrags laut Spalte 1 der Zeile RP1 anzugeben;

- Wenn hingegen Ausgaben RP1 und RP2 unter Euro 129 liegt, ist Restfreibetrag = 129 - Ausgaben RP1 und RP2 zu berechnen;
- in Zeile RN23 19 Prozent des Betrags laut Spalte 1 der Zeile RP1 nach Abzug des wie oben festgelegten restlichen Freibetrags angeben.

Zur Festlegung des Anteils dieser Absetzung, der keine Aufnahme in der Bruttosteuer gefunden hat und auf den Familienangehörigen übertragen werden kann, der die Ausgaben getragen hat, wird auf die Anleitungen in Bezug auf Zeile RN47 verwiesen. Wenn auch die Zeile RN6, Spalte 3, ausgefüllt wurde, müssen die Anleitungen zu Zeile RN31 befolgt werden.

Zeile RN24 Steuerguthaben, die Restbeträge schaffen

Die Spalten der Zeile RN24 sind für die Angabe der Steuerguthaben vorbehalten, für die der Teil des Steuerguthabens, der nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde, in die folgende Einkommenssteuererklärung übertragen oder durch den Vordruck F24 als Ausgleich verwendet werden kann.

Wenn die Zeile CR16 ausgefüllt wurde (Steuerguthaben Verhandlung und Schiedsverfahren), muss zuerst der in Spalte 5 der Zeile RN24 einzutragende Betrag unter Beachtung der entsprechenden Anweisungen errechnet werden.

Spalte 1 (Steuerguthaben für den Wiederkauf der Erstwohnung). Diese Spalte ist abzufassen, falls man beabsichtigt, das Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung, von der IRPEF abzusetzen oder später als Ausgleich zu verwenden (in Spalte 2, Zeile CR7 angeführt). Zudem ist das Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung, das in der Steuer der vorhergehenden Erklärung kein Fassungsvermögen gefunden hat (angeführt in Spalte 1 der Zeile CR7) anzugeben.

In diesem Fall, ist in dieser Spalte auch der Gesamtbetrag der Steuerguthaben aus den Spalten 1 und 2 der Zeile CR7 nach Abzug des eventuell als Ausgleich im Vordruck F24 verwendeten und in der Spalte 3 dargelegten Betrags. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss der in dieser Spalte anzugebende Betrag um den in der Spalte 1 der Zeile LM40 anzugebenden Betrag gemindert werden. Zur Bestimmung des eventuellen Guthabenanteils, der nicht in der Bruttosteuer Aufnahme findet, wird auf die zur Zeile RN47 erteilten Anweisungen verwiesen.

Spalte 2 (Steuerguthaben für Beschäftigungssteigerung). Diese Spalte abfassen, wenn Sie das Steuerguthaben für Beschäftigungssteigerung, das keine Aufnahme in die aus der vorherigen Erklärung resultierende Steuer gefunden hat, zur Minderung der Einkommensteuer (IRPEF) verwenden möchten (in der Spalte 1 der Zeile CR9 angegeben).

In diesem Fall den in der Spalte 1 der Zeile CR9 angegebenen Betrag nach Abzug der eventuell im Ausgleich im Vordr. F24 verwendeten und in der Spalte 2 dargelegten Steuer in diese Spalte übertragen. Zur Bestimmung des eventuellen Guthabenanteils, der nicht in der Bruttosteuer Aufnahme findet, wird auf die zur Zeile RN47 erteilten Anweisungen verwiesen.

Spalte 3 (Steuerguthaben für Wiederherstellung der Vorauszahlungen des Rentenfonds). Diese Spalte abfassen, wenn Sie das in der Spalte 5 der Zeile CR12 angegebene Steuerguthaben zur Wiederherstellung der Vorauszahlungen auf die Rentenfonds sowie das Steuerguthaben, das keine Aufnahme in die aus der vorherigen Erklärung resultierende Steuer gefunden hat (in der Spalte 4 der Zeile CR12 angegeben) nach Abzug des eventuell im Ausgleich im Vordr. F24 und in der Spalte 6 dargelegten Betrags in Minderung der Einkommensteuer verwenden möchten. Sollten mehrere Zeilen CR12 abgefasst worden sein, in diese Spalte die Summe der in der Spalte 5 aller abgefassten Vordrucke angegebenen Beträge plus dem in Spalte 4 des ersten Vordrucks angegebenen Betrag und nach Abzug des in der Spalte 6 des ersten Vordrucks angegebenen Betrags übertragen. Wenn die Übersicht LM abgefasst wurde, ist der in dieser Spalte anzugebende Betrag um den in der Spalte 6 der Zeile LM40 angegebenen Betrag zu mindern. Zur Festsetzung des eventuellen Guthabenanteils, der keine Aufnahme in der Bruttosteuer findet, wird auf die Anleitung für die Zeile RN47 verwiesen.

Spalte 4 (Steuerguthaben aus Vermittlungen für die Begleichung von Zivil- und Handelsstreitsachen). Diese Spalte abfassen, wenn Sie das in der Sp. 1 der Zeile CR13 angegebene Steuerguthaben bezüglich der Vermittlung für die Begleichung von Zivil- und Handelsstreitsachen nach Abzug der eventuell im Ausgleich im Vordr. F24 und in der Spalte 2 dargelegten Steuer in Minderung der Einkommensteuer verwenden möchten. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Spalte anzugebenden Betrag der in der Spalte 7 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden. Zur Festsetzung des eventuellen Guthabenanteils, der keine Aufnahme in der Bruttosteuer findet, wird auf die zur Zeile RN47 erteilte Anleitung verwiesen.

Spalte 5 (Steuerguthaben Verhandlung und Schiedsverfahren). Diese Spalte ist auszufüllen, wenn zur Verringerung der Irpef das Steuerguthaben für an zum Beistand im unterstützten Verhandlungsverlauf zugelassenen Anwälten für im Jahr 2017 ausgezahlte Vergütungen für erfolgreich abgeschlossene Verhandlungen verwendet werden soll, sowie den Schiedsrichtern im Fall eines Abschluss eines Schiedsverfahrens mit Auszeichnung, angegeben in Spalte 1 der Zeile CR16, und das in Spalte 2 angegebene verbleibende Steuerguthaben, das nicht in der Steuer aufgenommen wurde, die aus der vorhergehenden Erklärung hervorgeht, verringert um den eventuellen Betrag, der als Ausgleich im Vordr.F24 verwendet und in Spalte 3 übertragen wurde. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Spalte anzugebenden Betrag der in der Spalte 8 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden. Für die Festsetzung des eventuellen Anteils des Guthabens, das nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde, wird auf die in Zeile RN47 angegebenen Anweisungen verwiesen.

Zeile RN25 Gesamtbetrag der sonstigen Absetzungen und Steuerguthaben

Die Summe der Beträge der Zeilen RN23 und RN24 (Sp. 1, 2, 3, 4, 5) angeben.

Zeile RN26 Nettosteuer

Spalte 1 Wenn die Übersicht TR ausgefüllt wurde, in diese Spalte den Betrag der in Spalte 3 der Zeile TR4 angegebenen ausgesetzten Steuerbetrag innerhalb der Grenze des Steuerbetrags laut Spalte 2 der Zeile RN26 eintragen.

Spalte 2 Zum Ausfüllen dieser Spalte ist folgende Berechnung vorzunehmen: RN5 – RN22 – RN25. Falls das Ergebnis höher als Null ist, muss der auf diese Art berechnete Betrag eingetragen werden. Ist das Ergebnis hingegen negativ, ist eine Null einzutragen.

RN27 Steuerguthaben für sonstige Immobilien – Erdbeben Abruzzen

Den in der Spalte 6 der Zeile CR11 angegebenen Betrag übertragen bzw. wenn mehrere Zeilen CR11 wegen des Vorhandenseins mehrerer Immobilien abgefasst wurden, in dieser Zeile die Summe der in der Spalte 6 aller abgefassten Vordrucke übertragen. Sollte die Übersicht LM abgefasst worden sein, ist der in dieser Zeile anzugebende Betrag um den in der Spalte 4 der Zeile LM40 angegebenen Betrag zu mindern. Der in die Zeile RN27 anzugebende Betrag muss in den Rahmen der Nettosteuer gemäß Zeile RN26 Spalte 2 zurückgebracht werden.

Zeile RN28 Steuerguthaben für die Hauptwohnung – Erdbeben Abruzzen

Die Höhe des "zustehenden Guthabens" in Höhe des in der Spalte 4 der Zeile CR10 angegebenen Betrags zuzüglich des Steuerguthabens, das keine Aufnahme in der aus der vorherigen Erklärung resultierenden Steuer gefunden hat, festsetzen (in der Spalte 5 der Zeile CR10 angegeben). Wenn mehr als eine Zeile CR10 abgefasst wurde, setzt sich das "zustehende Steuerguthaben" aus der Summe der in der Spalte 4 angegebenen Beträge aller abgefassten Vordrucke zuzüglich der Angabe in Spalte 5 zusammen. Diese Situation tritt zum Beispiel bei anerkanntem Guthaben

für den Wiederaufbau sowohl der Hauptwohnung als aus der Gemeinschaftsteile der Immobilie ein.

Wenn die Übersicht LM abgefasst wurde, ist das "zustehende Guthaben" um den in der Spalte 5 der Zeile LM40 angegebenen Betrag zu mindern.

- Wenn die Zeile RN27 nicht abgefasst ist, in die Zeile RN28 den Betrag des "zustehenden Guthabens", wie oben im Rahmen der Nettosteuer gemäß Zeile RN26, Spalte 2, festgesetzt, übertragen.
- Wenn hingegen die Zeile RN27 abgefasst ist, wie folgt festsetzen: Verrechnungsfähigkeit = (RN26 Sp. 2 – RN27)

In der Zeile RN28 den Betrag des "zustehenden Guthabens", wie oben im Rahmen des Betrags "Aufnahme" festgesetzt, angeben.

Zur Bestimmung des Restbetrags des Guthabens, der in der nächsten Erklärung verwendet werden kann, die Anweisungen zur Zeile RN47 einsehen.

Zeile RN29 Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkünfte

Diese Zeile ist den Steuerzahlern vorbehalten, die im Ausland Steuern für die dort erzielten Einkünfte gezahlt haben und nun die zustehenden Steuerguthaben in Anspruch nehmen möchten. Insbesondere muss Teil I-A und den Teil I-B der Übersicht CE. In **Spalte 1** ist das zustehende Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkünfte anzugeben, die im Ausland ganz oder teilweise von der Steuer befreit sind und für die das Recht auf das Guthaben (figurative Steuern) zuerkannt wird.

in **Spalte 2** ist das insgesamt zustehende Steuerguthaben anzugeben, indem er der in Zeile CE26 angeführte Betrag angibt.

Zudem ist in dieser Spalte der in Zeile **RF102, Spalte 3** und/oder der in Zeile **RG37, Spalte 3** und/oder der in Zeile **RH21** und/oder in der Zeile **RL4, Spalte 4** angeführte Betrag anzugeben.

Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Zeile anzugebenden Betrag der in der Spalte 2 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden.

Zeile RN30 Steuerguthaben für Kulturspenden

Für die freiwilligen Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur wird ein Steuerguthaben von 65% zuerkannt.

Das Steuerguthaben wird bis zu einer Höchstgrenze von 15% des steuerpflichtigen Einkommens zuerkannt und wird in drei jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt.

Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen werden.

Zur Bestimmung des genannten Guthabens ist wie folgt vorzugehen:

Guthaben berechnen = Zeile CR14, Sp. 1 x 0,65

Höchstgrenze berechnen = Zeile RN4 x 0,15

Zustehendes Guthaben 2017 berechnen = geringerer Wert zwischen Guthaben und Höchstgrenze, wie oben berechnet;

Rate des zustehenden Guthabens 2017 = Zustehendes Guthaben geteilt durch 3. Dieser Betrag ist in **Spalte 1** der Zeile RN30 zu übertragen, Zustehendes

Gesamtguthaben berechnen = Rate des zustehenden Gesamtguthabens 2017 + CR14 Sp. 2 + CR14, Sp. 3 + CR14, Sp. 4 + (1/3 von CR14 Sp. 5)

Berechnen Zustehendes Gesamtguthaben = Gesamtsumme Guthaben – LM40 Spalte 9

Der Betrag des oben bestimmten zustehenden Gesamtguthabens wird in **Spalte 2** der Zeile RN 30 übertragen.

Fassungsvermögen berechnen = RN26, Spalte 2 - RN27 - RN28 - RN29, Spalte 2

- a) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens höher als das wie oben berechnete „Zustehendes Gesamtguthaben“ oder gleich hoch ist, ist in Sp. 3 der Zeile RN30 der Betrag des „Zustehendes Gesamtguthabens“ zu übertragen.
- b) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens hingegen geringer ist als das wie oben berechnete „Zustehendes Gesamtguthaben“, ist in Sp. 3 der Zeile RN30 der Betrag des Fassungsvermögens und in Spalte 26 der Zeile RN47 das Ergebnis der folgenden Berechnungen einzutragen:

Zustehendes Gesamtguthaben – Fassungsvermögen

Zeile RN30 Steuerguthaben Schule

Für die freiwilligen Zuwendungen zur Unterstützung der Kultur wird ein Steuerguthaben von 65% zuerkannt, das in dreijährliche Anteile aufzuteilen ist. Der Teil der nicht verwendeten Jahresrate kann in den Folgejahren genutzt und in die Steuererklärungen übertragen werden. Zur Bestimmung des genannten Guthabens ist wie folgt vorzugehen:

Berechnen Guthaben = Zeile CR15 Spalte 1 x 0,65

Rate zustehendes Guthaben 2017 = zustehendes Guthaben geteilt durch 3; diesen Betrag in die Spalte 4 der Zeile RN30 übertragen

Berechnen Zustehendes Gesamtguthaben = Rate zustehendes Guthaben 2017 + CR15 Sp. 2 + (CR15 Sp. 3* 0,65/3) + (1/3 von CR15 Spalte 5) – LM40 Spalte10

Der Betrag Zustehendes Gesamtguthaben muss in die Spalte 5 der Zeile RN30 übertragen werden.

Ermitteln Fassungsvermögen = RN26 Spalte 2 – RN27 – RN28 – RN29 Spalte 2 – RN30 Spalte 3

- a) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens höher als das wie oben berechnete „Zustehende Gesamtguthaben“ oder gleich hoch ist, ist in Spalte 6 der Zeile RN30 der Betrag „Zustehendes Gesamtguthaben“ einzutragen b) Wenn der Betrag des Fassungsvermögens hingegen geringer ist als das wie oben berechnete „Zustehende Gesamtguthaben“, ist in Sp. 6 der Zeile RN30 der Betrag des Fassungsvermögens und in Spalte 27 der Zeile RN47 das Ergebnis der folgenden Berechnungen einzutragen:

Zustehendes Gesamtguthaben – Fassungsvermögen

Zeile RN30 Spalte 7 (Steuerguthaben Videoüberwachung)

Zur Bestimmung des genannten Guthabens ist wie folgt vorzugehen:

Berechnen **Gesamtguthaben** = CR017001 - CR017002 - LM040011

Der Betrag Gesamtguthaben ist in der **Spalte 7** der Zeile RN30 zu übertragen.

Ermitteln **Fassungsvermögen** = RN26 Spalte 2 - RN27 - RN28 - RN29, Spalte 2 - RN30 Spalte 3 - RN30 Spalte 6

- a) Wenn der Betrag des **Fassungsvermögens** höher als das wie oben berechnete **Gesamtguthaben** oder gleich hoch ist, muss die Spalte 8 der Zeile gleich dem Gesamtguthaben sein.

Die Spalte 28 der Zeile RN47 = 0

- b) Wenn der Betrag des **Fassungsvermögens** hingegen geringer ist als das wie oben berechnete **Gesamtguthaben**, muss die Spalte 8 der

Zeile gleich dem **Fassungsvermögen** sein.

Die Spalte 28 der Zeile muss gleich dem **Gesamtguthaben – Fassungsvermögen** sein.

Zeile RN31 Restguthaben für nicht aufgenommene Abzüge

Die **Spalte 1** darf nur in den folgenden Fällen ausgefüllt werden:

- wenn die Zeile RN6 Sp. 3 ausgefüllt wurde**, muss in dieser Spalte die Höhe des weiteren Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder angegeben werden, der nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurde und der ein in dieser Erklärung zu verwendendes Guthaben darstellt;
- wenn sowohl die Zeile RN6 Sp. 3 als auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurden**, muss in dieser Spalte der Betrag gemäß Buchstabe a) und in der Spalte 6 der Zeile RN47 der Betrag des zusätzlichen Abzugs für die Gesundheitsausgaben hinsichtlich bestimmter Pathologien, die nicht in die Bruttosteuer aufgenommen wurden, angegeben werden.

Zur Bestimmung der in dieser Spalte und eventuell in der Spalte 6 der Zeile RN47 anzugebenden Beträge die nachstehend angegebene Anleitung befolgen:

$$\text{Verrechnungsfähigkeit} = (\text{RN22} + \text{RN23}) - \text{RN5}$$

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" kleiner oder gleich Null ist, wird der zusätzliche Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder in die Bruttosteuer aufgenommen und somit muss die Spalte 6 nicht ausgefüllt werden.

Wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer als Null ist, muss der Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** mit dem zuvor bestimmten Wert der "Verrechnungsfähigkeit" verglichen werden:

- wenn "Verrechnungsfähigkeit" größer als **Zeile RN6 Sp. 3** ist, wird der gesamte Betrag des zusätzlichen Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, somit den Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** in Spalte 1 angeben.
Wenn auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, muss die Differenz zwischen dem Betrag der "Verrechnungsfähigkeit" und dem Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** im Rahmen des Betrags der Zeile RN23 in der Spalte 1 der Zeile RN47 angegeben werden;
- wenn "Verrechnungsfähigkeit" gleich **Zeile RN6 Sp. 3** ist, wird der gesamte Betrag des zusätzlichen Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder nicht in die Bruttosteuer aufgenommen, somit den Betrag der **Zeile RN6 Sp. 3** in Spalte 1 angeben.
Wenn auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, wird der entsprechende Abzug ganz in die Bruttosteuer aufgenommen und somit braucht die Spalte 6 der Zeile RN47 nicht ausgefüllt werden;
- wenn "Verrechnungsfähigkeit" kleiner als **Zeile RN6 Sp. 3** ist, wird der zusätzliche Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder nur teilweise in die Bruttosteuer aufgenommen, somit in Spalte 1 den Betrag der "Verrechnungsfähigkeit" wie oben festgesetzt angeben;
Wenn auch die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, wird der entsprechende Abzug ganz in die Bruttosteuer aufgenommen und somit muss die Spalte 6 der Zeile RN47 nicht ausgefüllt werden.

Wenn nur die Zeile RN23 ausgefüllt wurde, für die Festsetzung des Restbetrags des Abzugs die in der Zeile RN 47 gegebene Anleitung befolgen.

In der **Spalte 2** muss der aus dem Ergebnis der folgenden Rechnung resultierende Betrag angegeben werden: RN12 Sp. 2 + RN31 Sp. 1

Zeile RN32 Steuerguthaben

In **Spalte 1**, den Gesamtbetrag der Steuerguthaben aus Investitionen in Gemeinschaftsfonds übertragen, die in folgenden Zeilen angeführt sind: **RH20, Spalte 1; RG37, Spalte 2; RF102, Spalte 2; RL4, Spalte 3**. Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss der in dieser Zeile anzugebende Betrag um den in der Spalte 3 der Zeile LM40 anzugebenden Betrag gemindert werden.

In **Spalte 2** folgende sonstige Steuerguthaben anführen:

- das Guthaben, welches für die entrichteten Steuern auf nicht bezogene Mietzinsen von Wohnungen zusteht und in Zeile CR8 angeführt ist;
- das Guthaben aus Spalte 2 der Zeile RH20;
- das Guthaben aus Spalte 7 der Zeile RL4;
- das Guthaben aus Spalte 4 der Zeile RF102;
- das Guthaben aus Spalte 4 der Zeile RG37;
- den Gesamtbetrag der Guthaben aus den Spalten 8 und 9 aller abgefassten Zeilen RS21 und RS22 (Artikel 167 und 168 des TUIR).

Wenn die Übersicht LM ausgefüllt wurde, muss von dem in dieser Spalte anzugebenden Betrag der in der Spalte 12 der Zeile LM40 anzugebende Betrag abgezogen werden.

Zeile RN33 Gesamtbetrag der Einbehalte

In der **Spalte 4** den Gesamtbetrag der erlittenen und schon in den verschiedenen Übersichten angeführten Einbehalte angeben.

Wenn nur Lohneinkommen oder diesen assimilierte Einkommen (mit Ausnahme jener aus gemeinnützlicher Arbeit, auf die das begünstigte System angewandt wird) vorhanden sind, in dieser Spalte den Betrag der Zeile RC10, Spalte 1 angeben.

Bei anderen Einkommensstypologien ist die Summe der Einbehalte bezüglich der erklärten Einkommen anzugeben, die der in der Eingangsanleitung dieser Übersicht vorhandenen "Zusammenfassung der Einkommen und der Einbehalte" entnommen werden kann.

Wenn Sie Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten bezogen haben und das von den geltenden Gesetzesbestimmungen für die Altersrente vorgesehene Alter erreicht haben (ausgefüllte Spalte 3 der Zeile RC5), sehen Sie im Anhang das Stichwort "Gemeinnützige Arbeiten" ein.

Im Anwesenheit von der Übersicht LC (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen), wenn die Differenz zwischen LC1 Spalte 3 – LC1 Spalte 4 negativ ist, ist das Ergebnis in absoluten Zahlen in der Zeile RN33 Spalte 4 zu übertragen.

In dieser Spalte müssen auch die schon in den Spalten 1, 2 und 3 enthaltenen Einbehalte enthalten sein.

In **Spalte 1** ist der Betrag der Einbehalte anzuführen, die infolge von außerordentlichen Ereignissen und auf Grund von spezifischen Maßnahmen ausgesetzt wurden und bereits im Betrag in Spalte 4 eingeschlossen sind.



Siehe im Anhang unter "Außerordentliche Ereignisse".

In der **Spalte 2** die von den Viehzüchtern auf die von UNIRE als Viehzuchtprämie gezahlten erlittenen Einbehalte als Anzahlung (Zuschüsse, die aus der Zertifizierung dieser Körperschaft resultieren) und jene von den Inhabern von Agrareinkommen für die vom Nationalen Unfallversicherungsinstitut (INAIL) gezahlten Fürsorgegelder angeben.

Diese Zuschüsse und Fürsorgegelder müssen jedoch nicht erklärt werden, wenn sie von Viehzüchtern bezogen werden, deren Einkommen über Katastertarife festgesetzt werden oder von Agrarerzeugern, die das Agrareinkommen erklären müssen.

Die **Spalte 3** muss abgefasst werden, wenn die Verwendung des Betrags der von Gesellschaften und Vereinigungen gemäß Art. 5 des TUIR zu gewiesenen Einbehalte, welche die IRPEF-Schuld überschreiten, beabsichtigt wird. In diesem Fall in dieser Spalte den Betrag der nicht verwendeten Einbehalte angeben. Das sich auf sie beziehende Guthaben kann von der Gesellschaft oder Vereinigung gemäß Art. 5 des TUIR zum Au-

sgleich der eigenen Steuer- und Vorsorgesschulden gemäß den Erläuterungen des Rundschreibens der Agentur der Einnahmen Nr. 56/E vom 23. Dezember 2009 verwendet werden. Es wird präzisiert, dass diese Spalte nicht abgefasst werden kann, wenn sich aus dieser Übersicht eine Debetsteuer ergibt (abgefasste Zeile RN41). Der in dieser Spalte angeführte Betrag darf nicht den Betrag der von den Gesellschaften und Vereinigungen gemäß Art. 5 des TUIR zugewiesenen Einbehalte übersteigen, der aus der Summe der im Teil I der Übersicht RH (Spalte 9 der Zeilen RH1 bis RH4), in der Spalte 5 der Zeile RF102 und in der Spalte 5 der Zeile RG37 angeführten Einbehalte resultiert.

Zeile RN34 Differenzbetrag

Den Betrag angeben, der aus der folgenden Berechnung resultiert:

RN26 Sp. 2 – RN26 Sp. 1 – RN27 – RN28 – RN29 Sp. 2 – RN30 Sp. 3 – RN30 Sp. 6 – RN30 Sp. 7 – RN31 Sp. 2 – RN32 Sp. 1 – RN32 Sp. 2 + RN33 Sp. 3 – RN33 Sp. 4

Wenn das Ergebnis negativ ist, den Betrag mit vorangestelltem Minuszeichen angeben.

Wenn in der Übersicht RS die Aufstellung in Bezug auf die Städtische Freizone (ZFU - Zona franca urbana) ausgefüllt wurde, ist in diese Zeile der Betrag laut Zeile RS334 der Übersicht RS einzutragen.

Zeile RN35 Steuerguthaben für Unternehmen und selbständige Arbeiter

Diese Zeile für einen Betrag bis zum Höchstbetrag des in der Zeile RN34 angeführten Betrags nur abfassen, wenn die in der Übersicht RU des HEFTS 3 angegebenen Steuerguthaben für die Unternehmen und für die selbstständigen Arbeitnehmer genutzt werden.

Es wird daran erinnert, dass die in der Übersicht RU anzuführenden Steuerguthaben im gewissen Rahmen, auf den in den in der Anleitung zur Übersicht RU des Hefts 3 enthaltenen Angaben verwiesen wird, verwendet werden können.

Wenn in der Übersicht RS die Aufstellung in Bezug auf die Städtische Freizone (ZFU - Zona franca urbana) ausgefüllt wurde, ist in diese Zeile der Betrag laut Zeile RS335 der Übersicht RS einzutragen.

Zeile RN36 Steuerüberschuss aus der Erklärung des Vorjahres

In die **Spalte 2** den Betrag laut Spalte 5 der Zeile RX1 des Vordrucks EINKOMMEN 2017 bezüglich des Steuerüberschusses übertragen, für den in der vorangegangenen Erklärung die Rückzahlung nicht beantragt wurde. Wenn Sie im Jahr 2017 Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und der Steuersubstitut das aus dem Vordruck 730-3 resultierende Guthaben gar nicht oder nur teilweise rückerstattet hat, muss in dieser Zeile das nicht erstattete Guthaben angegeben werden, das aus Punkt 61 (65 für den Ehepartner) der Einheitlichen Bescheinigung 2018 hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in der Spalte 1 angegebene Betrag enthalten sein



Siehe im Anhang unter "Steuerguthaben aus dem Vordr. 730, die vom Steuersubstitut nicht rückerstattet wurden".

Darüber hinaus in dieser Spalte den aus den Erklärungen der vorangegangenen Jahre resultierenden und nicht als Rückzahlung beantragten Überschuss der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) angeben, wenn im darauf folgenden Jahr keine Erklärung vorgelegt wurde, da die Bedingungen für eine Befreiung zuträfen.

Haben Sie von der Agentur der Einnahmen aufgrund einer Überprüfung Ihrer Erklärung EINKOMMEN 2017 eine Mitteilung erhalten, aus welcher hervorgeht, dass das Guthaben nicht jenem entspricht, das sie erklärt haben (Zeile RX1, Spalte 5):

- Wenn das mitgeteilte Guthaben den erklärten Betrag übersteigt, ist in dieser Spalte der mitgeteilte Betrag einzutragen, nach Bestätigung durch die Agentur der Einnahmen, zum Zweck einer Verwendung als Ausgleich/Absetzung. Bei einem Nichtvorliegen diese Bestätigung wird das größere mitgeteilte Guthaben nicht als zustehend anerkannt;
- Wenn das mitgeteilte Guthaben (zum Beispiel: 800) geringer als der erklärte Betrag ist (zum Beispiel: 1000) ist das gesamte erklärte Guthaben anzugeben (zum Beispiel: 1000) wenn Sie aufgrund der Mitteilung unter Benutzung des Vordrucks F24 die Differenz zwischen dem erklärten Guthaben und dem anerkannten Guthaben (200, im angegebenen Beispiel) überwiesen haben. Falls das nichts zustehende mitgeteilte Guthaben (200, im angegebenen Beispiel) nicht verwendet wurde, kann in dieser Zeile der geringere zustehende Betrag eingetragen werden (800, im angegebenen Beispiel).

Die Steuerpflichtigen, die aus der Beteiligung an Gesellschaften, die im Transparenzsystem arbeiten, Unternehmenseinkommen bezogen haben, müssen in diese Spalte auch den eventuell in der Zeile RH23 angegebenen Betrag übertragen (Steuerüberschuss, der dem Teilhaber der Gesellschaft zugewiesen wurde).

Ferner müssen in diese Spalte auch die aus den transparenten Gesellschaften bzw. aus transparenten oder gemischten Trusts hervorgehenden Steuerüberschüsse übertragen werden, die in der Spalte 7 der Zeile RF102 bzw. in Spalte 7 der Zeile RG37 bzw. in Spalte 6 der Zeile RL4 angeführt sind.

Tragen Sie in Spalte 2 der Zeile RN36 sowohl die Höhe des in Zeile 5 der Zeilen RX5 angegebenen Überschusses ein (Ersatzsteuer auf Prämien). des Ergebnisses) des vordruck EINKOMMEN 2017, dh die Höhe des in Spalte 5 der Zeile RX6 (Solidaritätsbeitrag) des vordruck EINKOMMEN 2017 angegebenen Überschusses

In dieser Spalte ist auch der Betrag laut Spalte 1 der Zeile RN36 anzugeben.

Wenn im vergangenen Jahr der Vordruck 730/2016 eingereicht und beantragt wurde, das aus der Erklärung hervorgehende Guthaben für die Zahlung der Steuern mit dem Vordruck F24 (ausgefüllte Übersicht I des Vordrucks 730-3/2017), aber dieses Guthaben gar nicht oder nur teilweise verwendet wurde, ist in **Spalte 1** der eventuelle Betrag des angegebenen IRPEF-Guthabens in Spalte 4 der Zeile 191 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 (Spalte 4 der Zeile 211 für den Ehepartner) und in Zeile RN37 der eventuelle Betrag des IRPEF-Guthabens zu übertragen, das mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde. Wenn im Vorjahr der Vordruck 730/2017 für Arbeitnehmer ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist in die **Spalte 1** dieser **Zeile RN36** auch der angegebene Betrag in Spalte 5 der Zeile 191 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 (Spalte 5 der Zeile 211 für den Ehepartner) zu übertragen, wenn das Guthaben nicht vollständig oder nur teilweise mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde.

Der in Spalte 1 angegebene Betrag muss mit den anderen Beträgen addiert werden, die in Spalte 2 dieser Zeile anzugeben sind.

Zeile RN37 Mit Vordr. F24 verrechneter Steuerüberschuss aus der Erklärung des Vorjahres

Hier ist der Überschussbetrag der Steuern gemäß der Zeile RN36 Spalte 2 anzugeben, die Sie mit dem Vordruck F24 verrechnet haben. In dieser Zeile muss auch das eventuelle höhere, durch die Mitteilung der Agentur der Einnahmen anerkannte und gleichfalls im Ausgleich verwendete Guthaben enthalten sein.

Zeile RN38 Akontozahlungen

In der **Spalte 6** die **Summe der gezahlten Anzahlungen** (unter Berücksichtigung eventueller Ergänzungszahlungen) angeben, die der Spalte "Gezahlte Debetbeträge" des Abschnitts "Staatskasse" des Vordrucks F24 (Steuerkodes "4033" und "4034", Bezugsjahr "2017") zu entnehmen sind.

Auch die schon in den Spalten 1, 2, 3, 4 und 5 dieser Zeile angegebenen Beträge müssen enthalten sein.

Die Steuerpflichtigen, die aus der Beteiligung an Gesellschaften, die im Transparenzsystem arbeiten, hervorgehende Unternehmenseinkommen bezogen haben, müssen in diese Spalte auch den eventuell in der Zeile RH24 angegebenen Betrag (von den Kapitalgesellschaften gezahlte und dem Gesellschafter zugewiesene Anzahlungen) übertragen.

Darüber hinaus müssen in diese Spalte auch die in der Spalte 8 der Zeile RF102 angegebenen sowie die in der Spalte 8 der Zeile RG37 und in der Spalte 8 der Zeile RL4 angegebenen Steueranzahlungen von transparenten Gesellschaften bzw. von transparenten oder gemischten Trusts übertragen werden.

Falls Sie die Akontozahlungen mit Inanspruchnahme einer Fristenaufschubung bzw. einer Ratenzahlung vorgenommen haben, sind weder die Erhöhungen des Betrages noch die nicht eingezahlten Zinsen zu berücksichtigen.

Wenn Sie im Vorjahr einen Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und die Vorauszahlungen über den Arbeitgeber gezahlt haben, müssen Sie in dieser Spalte die vom Arbeitgeber einbehaltenen Beträge angeben, die der Summe der Punkte 121 und 122 (321 und 322 für den Ehepartner) der einheitlichen Bescheinigung 2018 entsprechen. Auch in diesem Fall dürfen bei der Angabe des Betrags die geschuldeten Zinsen für die Ratenaufteilung der ersten Rate der Vorauszahlung nicht berücksichtigt werden.

Sonderfälle:

- Wenn im Jahr 2017 ein Vordruck 730/2017 ohne Substitut eingereicht wurde den in Zeile 141 angegebenen Betrag des Vordrucks 730-3/2017, erhöht um den eventuell durch den Vordruck F24 unter dem Abgabencode 4033 und der Angabe des Jahres 2017 eingezahlten Betrag eintragen;
- wenn die Zeile 114 der Abrechnungsübersicht Vordr. 730-3/2017 ausgefüllt wurde, ist die durch den Vordr. F24 durchgeführte Einzahlung zwischen den zwei Ehepartnern im Verhältnis zu den in den Zeilen 94 und 114 der Abrechnungsübersicht Vordr. 730-3/2017 angegebenen Beträgen anzulasten
- Wenn die sich aus dem Vordruck 730/2017 mit dem Substitut ergebende Rückerstattung von der Agentur der Einnahmen bezahlt wurde, ist der in der Zeile 94 (114 für den/die Ehepartner/-in) der Abrechnungsübersicht Vordr. 730-3/2017 angegebenen Betrag einzutragen

Falls aufgrund des Rentenregisters keine Quellsteuereinbehalte auf die entrichteten Summen in Berücksichtigung der Zusammenlegung der Renten durchgeführt wurde, wird darauf hingewiesen, dass keine Geldstrafen für die Inhaber mehrerer Pensionen auferlegt werden, die für das Jahr 2017 keine bzw. eine unzureichende IRPEF-Akontozahlung durchgeführt haben.

Wenn in der Übersicht RS die Aufstellung in Bezug auf die Städtische Freizone (ZFU) ausgefüllt wurde, wird auf die Angaben in Bezug auf Spalte 9 der Zeilen von RS280 bis RS283 verwiesen.

In der **Spalte 1** ist der Betrag der geschuldeten Vorauszahlungen anzugeben, die aber zum Datum der Vorlage der Erklärung noch nicht entrichtet wurden, weil eine Aussetzung der Fristen aufgrund von erlassenen Sondermaßnahmen infolge außergewöhnlicher Ereignisse in Anspruch genommen wurde.

In der **Spalte 2** muss der Betrag bezüglich der Zahlung eventueller Ersatzsteuern angegeben werden, der von der im Sinne des Artikels 22 des TUIR fälligen Steuer abgezogen werden kann.

Die **Spalte 3**, die den Personen vorbehalten ist, die an gemäß Art. 116 des Einheitstextes der Einkommensteuer (TUIR) aus dem System ausgetretenen Gesellschaften beteiligt sind, die an die bereits transparente Gesellschaft Anzahlungsanteile abgetreten haben, die Summe der in der Spalte 4 der Zeilen RS23 und RS24 der verschiedenen ausgefüllten Vordrucke angeben, wenn in der Spalte 2 der besagten Zeilen der Kode 1 angegeben wurde.

In der **Spalte 4** (für jene, die aus dem vorteilhaften oder pauschalen Steuersystem ausgeschieden sind) die Anzahlungen zur Ersatzsteuer übertragen, die von den Steuerpflichtigen gezahlt worden, die aus dem vorteilhaften oder pauschalen Steuersystem ausgeschieden sind, in Bezug auf das Steuerjahr 2017, und die nicht die Übersicht LM ausgefüllt haben (jeweils Abgabencode „1793“ und „1794“, oder Abgabencode „1790“ und „1791“ Referenzjahr „2017“).

In **Spalte 5** den Betrag angeben, der dem weitergeleiteten Guthaben nach Abzug der gezahlten Strafgebühren und Zinsen entspricht, falls im Verlauf des Steuerzeitraums, auf den sich die Erklärung bezieht, Beträge gezahlt wurden, die durch entsprechende Beitreibungsurkunden aufgrund der unrechtmäßigen Verrechnung bestehender, aber nicht verfügbarer IRPEF-Guthaben eingefordert wurden (z.B. Verwendung von Guthaben, die über der Jahreshöchstgrenze liegen, so wie vorgesehen von Art. 34 des Gesetzes Nr. 388 von 2000). Durch diese Ausweisung wird die Gültigkeit des weitergeleiteten Guthabens erneuert und den Guthaben gleichgestellt, das im Steuerzeitraum angelaufen ist, auf den sich diese Erklärung bezieht.

Zeile RN39 Rückzahlung Bonus

Spalte 1 (Bonus Bedürftige): Die Steuerpflichtigen, die den vom Artikel 44 des Gesetzesdekrets Nr. 159 vom 1. Oktober 2007, so wie mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 222 vom 29. November 2007 umgesetzt, und in einer Pauschalrückzahlung für Personen mit niedrigem Einkommen, vorgesehenen Steuerbonus bezogen haben, müssen den nicht zustehenden Betrag in dieser Zeile angeben.

Die Rückzahlung der nicht zustehenden Summen muss von denjenigen geleistet werden, die aus Versehen den nicht oder in geringerem Umfang zustehenden Bonus beantragt haben sowie denjenigen, die den Bonus vom Steuersubstitut (das ihn automatisch oder auf Antrag gezahlt hat) erhalten haben und die dem Steuersubstitut aus irgendeinem Grund nicht mitgeteilt haben, dass sie darauf keinen oder zum Teil keinen Anspruch haben (zum Beispiel weil der Steuersubstitut Konkurs gemacht oder aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses).

Spalte 2 (Außergewöhnlicher Bonus für Familien): Die Steuerpflichtigen, die den außergewöhnlichen, vom Art. 1 des Gesetzesdekrets Nr. 185 vom 29. November 2008 vorgesehenen Bonus für Familien, Rentner und Pflegebedürftige bezogen haben, müssen in dieser Zeile den nicht zustehenden Betrag angeben.

Die Personen, die den ganz oder teilweise nicht zustehenden Vorteil bezogen haben, sind nämlich gehalten, die Rückzahlung binnen der Vorlagefrist der ersten auf die Auszahlung folgenden Steuererklärung vorzunehmen.

Die von der Vorlage der Steuererklärung befreiten Steuerpflichtigen (siehe Abschnitt I, Kapitel 3) leisten die Rückzahlung des bezogenen Steuervorteils durch Zahlung mit dem Vordruck F24 binnen der für die Zahlung des Saldos der Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen (IRPEF) (Bonus Bedürftige) oder für die Vorlage der auf die Auszahlung folgende Erklärung (Bonus Familien) vorgesehenen Frist.

Zeile RN41 Vom Steuersubstitut aufgrund von Abzügen für Bedürftige zurückgezahlte Beträge

In dieser Zeile die eventuell vom Steuersubstitut im Zuge des Ausgleichs bezüglich des weiteren Abzugsanteils für unterhaltsberechtigte Kinder und der Abzüge für die Mietpreise, die keine Aufnahme in die Bruttosteuer gefunden haben, erstatteten Beträge angeben.

In **Spalte 1** wird der unter Punkt 364 der einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Betrag in Bezug auf das vom Steuersubstitut zuerkannte Guthaben übertragen, das dem Teil des zusätzlichen Abzugs für unterhaltsberechtigte Kinder entspricht, der nicht in die Bruttosteuer aufgenommen werden konnte.

In **Spalte 2** wird der unter Punkt 370 der einheitlichen Bescheinigung 2018 angegebene Betrag für die Absetzung von Mieteinnahmen übertragen, die vom Steuersubstitut zuerkannt wurde, aber nicht in die Bruttosteuer aufgenommen werden konnte.

Zeile RN42 einzubehaltende oder rückzuerstattende IRPEF-Steuer gemäß Vordruck 730/2018 oder Einkommen 2018

Diese Zeile ist abzufassen, falls Sie mit der vorliegenden Erklärung einen vorher eingereichten Vordruck 730/2018 oder Vordruck Einkommen 2018 berichtigen oder ergänzen möchten.

In **Spalte 1** ist der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 91 des Vordruckes 730-3/2018 (Abrechnungsübersicht) zu übertragen. Wird der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form und die Zusatzklärung vom erklärenden Ehegatten eingereicht, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 111 des Vordruckes 730-3/2018 eingetragen werden

Die **Spalte 2** muss nur dann ausgefüllt werden, wenn in der Übersicht I des Vordr. 730/2018 beantragt wurde, das Guthaben aus der Abrechnung der Erklärung 730 für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern verwenden zu können, und falls im Vordr. 730-3/2018 (Abrechnungsaufstellung), der vom Steuerbeistand ausgestellt wurde, die Spalte 4 der Zeile 91 (oder die Spalte 4 der Zeile 111 des erklärenden Ehegatten) abgefasst wurde. In diesem Fall den Betrag des Guthabens angeben, das mit dem Vordr. F24 für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern bis zum Vorlagdatum dieser Erklärung verrechnet wurde.

In **Spalte 3** ist der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 91 des Vordruckes 730-3/2018 (Abrechnungsaufstellung) einzutragen. Falls der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form und die Zusatzklärung vom erklärenden Ehegatten eingereicht wurde, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 111 des Vordruckes 730-3/2018 angeführt werden.

In **Spalte 4** ist der Betrag des schon in Spalte 4 der Zeile RX1 der vorangegangenen Bescheinigung Einkommen 2018 eingetragenen Steuer Guthabens anzugeben, falls die Rückerstattung schon ausgezahlt wurde. Im Fall einer teilweisen Rückerstattung ist der zurückerstattete Betrag anzugeben.

Zeile RN43 IRPEF-Bonus

Wird den Beziehern von Einkünften aus nicht selbstständiger Arbeit und Beziehern von bestimmten, diesen gleichgestellten Einkünften ein Guthaben zuerkannt, der sogenannte „IRPEF-Bonus“, wenn die Steuer für diese Einkünfte höher ist als die Abzüge für Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit.

Läuft sich das Guthaben auf 960 Euro für Gesamteinkünfte unter 24.000 Euro. Wenn der genannte Höchstbetrag überschritten wird, verringert sich das Guthaben bei steigendem Einkommen, bis es bei Erreichen von 26.000 Euro der Gesamteinkünfte bei null liegt.

Muss zur Überprüfung der Einhaltung der Obergrenze von 26.000 € das Gesamteinkommen herangezogen werden, das nach dem Bestimmungen der Abs. 13 und 27 des Stabilitätsgesetzes 2015 festgelegt wurde. **Dahermuss der Betrag des Gesamteinkommens, der zum Zweck der IRPEF festgelegt wurde, um die Höhe des Anteils des steuerbefreiten Einkommens, das für Forscher und nach Italien zurückkehrende Arbeiter vorgesehen ist, erhöht werden. Andererseits muss vom Gesamteinkommen die Höhe der als Zusatz zum Gehalt gezahlten Summen (TFR) abgezogen werden.**

Das Guthaben wird vom Arbeitgeber in der Lohnbescheinigung anerkannt (maximal 80 Euro monatlich). Das Guthaben steht im Verhältnis zum Beschäftigungszeitraum, wobei die Anzahl der Arbeitstage im Jahr berücksichtigt wird.

Im Zuge der Erklärung muss die Höhe des zustehenden Guthabens unter Berücksichtigung aller erklärten Einkünfte neu berechnet werden.

Wenn der Arbeitgeber den IRPEF-Bonus Guthaben gar nicht oder nur teilweise ausgezahlt hat, kann im Zuge der Erklärung der zustehende Guthabenbetrag genutzt werden. Wenn aus der durchgeführten Berechnung hervorgeht, dass der Bonus gar nicht oder nur teilweise zustehen sollte, wird der vom Arbeitgeber zuerkannte Betrag mangels der vorgesehenen Voraussetzungen (z. B. weil das Gesamteinkommen 26.000 Euro übersteigt) mit dieser Erklärung zurückerstattet.

Wenn der Arbeitgeber nicht als Steuersubstitut fungiert, kann der Bonus in der nächsten Erklärung genutzt werden.

Für weitere Informationen wird auf die Rundschreiben Nr. 8/E vom 28. April 2014, Nr. 9/E vom 14. Mai 2014 und Nr. 28/E vom 15. Juni 2016 verwiesen.

Um zu ermitteln, ob der Bonus zusteht oder nicht, müssen alle drei der folgenden Bedingungen erfüllt sein:

- Das Gesamteinkommen, zuzüglich der Einkünfte aus der Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen (RN1, Spalte 1), der für Produktivitätsprämien ausgezahlten Summen und der Anteil des für Forscher und nach Italien zurückkehrende Arbeiter vorgesehenen steuerbefreiten Einkommens (RC14 Spalte 4) und verringert um den Abzug für die Hauptwohnung (Zeile RN2) sowie um die Summen, die als Zusatz zum Gehalt gezahlt wurden (RC14, Spalte 5) darf 26.000 € nicht überschreiten;
- In Spalte 3 der Zeilen von RC1 bis RC3 der Übersicht RC in Bezug auf Einkünfte, die zum Gesamteinkommen beitragen, und bei denen in der entsprechenden Spalte 1 der Kode 2 und die Kodes 3 oder 4 oder 5 angegeben sind, muss mindestens ein Einkommen enthalten sein (wenn Kode 3, 4 oder 5 angegeben ist, wird auf die nachfolgenden Anweisungen verwiesen);
- die Bruttosteuer auf die Summe der Einkünfte gemäß dem vorangegangenen Punkt muss höher als der zustehende Abzug für diese Einkünfte sein.

Wenn alle drei der o. g. Voraussetzungen erfüllt sind, steht der Bonus in folgender Höhe zu:

- 960 Euro, wenn das Gesamteinkommen, zuzüglich der Einkünfte aus der Ersatzbesteuerung auf Mieteinnahmen (RN1, Spalte 1), der für Produktivitätsprämien ausgezahlten Summen, und der Anteil des für Forscher und nach Italien zurückkehrende Arbeiter vorgesehenen steuerbefreiten Einkommens (RC14 Spalte 4) und verringert um den Abzug für die Hauptwohnung (Zeile RN2) sowie um die Summen, die als Zusatz zum Gehalt gezahlt wurden (RC14, Spalte 5) nicht mehr als 24.000 Euro beträgt;
- wenn das Gesamteinkommen höher als 24.000 Euro ist, aber 26.000 Euro nicht übersteigt, steht der Bonus in Höhe von 960,00 Euro für den Teil zu, der dem Verhältnis zwischen dem Betrag von 26.000 Euro und dem Betrag von 2.000 Euro entspricht.

Um die Voraussetzungen für die Gewährung des Bonus und für seine Berechnung zu prüfen, sind die nachfolgenden Anweisungen zu befolgen:

Berechnung des Höchsteinkommens, für das der Bonus zusteht:

Höchsteinkommen Bonus = RN1 Sp. 1 – RN2 + RN14 Sp. 4 - RC14 Sp. 5

Für die Ermittlung der Einkünfte aus nicht selbstständiger Arbeit und diesen gleichgestellten Einkünften, für die der IRPEF-Bonus zusteht, ist zu berechnen:

Arbeitnehmereinkünfte insgesamt = Summe der angegebenen Beträge in Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 aller abgefassten Vordrucke, bei denen im Kästchen der Spalte 1 (Einkommensart) Kode „2“ angegeben ist.

Eink. aus gemein. Arb. insgesamt = Zeile RC5 Sp. 4.

Dieser Betrag ist für den Bonus nur relevant, wenn er zum Gesamteinkommen beigetragen hat.

Wenn das in der „Zusammenfassung der Einkünfte und Einbehalte“ angegebene Gesamteinkommen, gekürzt um den Betrag in Zeile RC5, Spalte 4 und den Betrag in Zeile RN2, unter 9.296 Euro liegt oder gleich hoch ist, tragen die Einkünfte für gemeinnützige Arbeit nicht zum Einkommen bei, daher ist der Betrag "*Eink. aus gemein. Arb. insgesamt*" gleich null.

Einkünfte Grenzarbeiter = Summe der angegebenen Beträge in Spalte 3 der Zeilen RC1 bis RC3 aller abgefassten Vordrucke, bei denen im Kästchen der Spalte 1 (Einkommensart) Wert „4“ angegeben ist. Vom so berechneten Betrag müssen nun 7.500 Euro abgezogen werden. Auf Null aufrunden, wenn das Ergebnis negativ ist.

Wenn in einer der Zeilen RC1 bis RC3 der Code „5“ in Spalte 1 angegeben wurde (Einkommen in Euro aus nicht selbständiger Arbeit Ansässige Campione Italia), ermitteln:

GesamtEinkommenCampioneItaliaSteuerbasisbetrag = Summe der in der Spalte 3 der Zeilen von RC1 bis RC3 angegebenen Beträge, für die der Code 5 in der Spalte 1 angegeben wurde, nach Abzug des in der Spalte 2 der Zeile RC5 (nicht steuerpflichtiger Anteil) angegebenen Betrags.

Für die Ermittlung der Gesamtsumme der Einkünfte aus nicht selbständiger und dieser gleichgestellter Arbeit, für die der IRPEF-Bonus zusteht, ist daher zu berechnen:

Einkommen Bonus = *Arbeitnehmereinkünfte insgesamt* + *Einkünfte aus gemeinnütziger Arbeit* + *Einkünfte Grenzarbeiter* + *Gesamteinkommen Campione Italia Steuerbasisbetrag*.

BERECHNUNG DER IRPEF

EINKOMMEN (nach Einkommensstufe)		STEUERSATZ (nach Einkommensstufe)	AUF DAS DURCHSCHNITTS-EINKOMMEN GESCHULDETE STEUER DAS BEREITS IN DEN EINKOMMENSSTAFFELN ENTHALTEN IST
bis 15.000,00 Euro		23	23% auf den vollen Betrag
über 15.000,00 Euro	und bis 28.000,00 Euro	27	3.450,00 + 27% Überschussbetrag 15.000,00
über 28.000,00 Euro	und bis 55.000,00 Euro	38	6.960,00 + 38% Überschussbetrag 28.000,00
über 55.000,00 Euro	und bis 75.000,00 Euro	41	17.220,00 + 41% Überschussbetrag 55.000,00
über 75.000,00 Euro		43	25.420,00 + 43% Überschussbetrag 75.000,00

Um zu prüfen; dass die Bruttosteuer auf die Summe der Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit und der gleichgestellten Einkünfte (wie oben berechnet und benannt als *Steuerpfl.Einkommen Bruttosteuer Bonus*) über dem Betrag des zustehenden Abzugs für diese Einkünfte liegt, muss die Höhe der zustehenden Absetzungen für Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit und gleichgestellte Einkünfte berechnet werden.

Für die Ermittlung des genannten Abzugs, als **Steuerpfl.Einkommen Bruttosteuer Bonus** benannt, wird auf die Anweisungen in Zeile RN7, Spalte 1 verwiesen, wobei als zu verwendende *Einkünfte für Abzüge* bei der Bestimmung der Betrag "*Steuerpfl.Einkommen Bruttosteuer Bonus*" zu übernehmen ist.

Nun muss das Fassungsvermögen der Bruttosteuer berechnet werden. Es ist zu berechnen:

Fassungsvermögen Steuer Bonus = Bruttosteuer Bonus – Abzug Einkünfte Bonus

Der Bonus wird gewährt, wenn alle drei der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- **Höchsteinkommen Bonus** geringer als oder gleich 26.000 Euro
- **Einkommen Bonus** höher als null
- **Fassungsvermögen Steuer Bonus** höher als null

Wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Höhe des IRPEF-Bonus zu berechnen, wie nachfolgend beschrieben: Der Bonus in Höhe von 960,00 Euro (mit den Arbeitstagen ins Verhältnis zu setzen) wird gewährt, wenn das Einkommen nicht höher als 24.000 Euro ist. Für Einkommen zwischen 24.000 und 26.000 Euro steht der Bonus anteilmäßig zu, bis er bei steigendem Einkommen bei null liegt. Deshalb muss zunächst der auf die Höhe des Einkommens bemessene Bonusbetrag berechnet werden (nachfolgend *theoretischer Bonus*), und anschließend ist dieser Betrag mit den Arbeitstagen ins Verhältnis zu setzen (nachfolgend *Zustehender Bonus*).

Wenn das "*Höchsteinkommen Bonus*" geringer als oder gleich 24.000 Euro ist, beträgt der **Theoretische Bonus** = 960

Wenn das "*Höchsteinkommen Bonus*" höher als 24.000 Euro oder geringer als oder gleich 26.000 Euro ist:

$$\text{Theoretischer Bonus} = \frac{(26.000 - \text{Höchsteinkommen Bonus}) \times 960}{2.000}$$

$$\text{Zustehender Bonus} = \frac{\text{Theoretischer Bonus} \times \text{RC6 Spalte 1}}{365}$$

Den Betrag des so berechneten "*Zustehenden Bonus*" in **Spalte 1 der Zeile RN43** übertragen.

Der Betrag des "*Zustehenden Bonus*" muss mit der Höhe des eventuell vom Arbeitgeber ausgezahlten Bonus verglichen und in Spalte 2 der Zeile RC14 übertragen werden, um den Teil des eventuell nicht vom Steuersubstitut gezahlten Bonus in Anspruch nehmen zu können oder den bereits ausgezahlten, aber nicht zustehenden Teil zurückzuerstatten. Daher ist zu berechnen:

$$\text{BONUS} = \text{Zustehender Bonus} - \text{RC14 Sp. 2}$$

Wenn der Betrag des *BONUS* über null liegt (im Wege der Erklärung wurde eine Bonushöhe ermittelt, die über dem vom Arbeitgeber ausgezahlten Bonus liegt), ist dieser wie oben berechnete *BONUSBETRAG* in **Spalte 2 der Zeile RN43** zu übertragen, und **Sp. 3 der Zeile RN43** wird nicht abgefasst.

Wenn der Betrag des *BONUS* gleich null ist (der vom Arbeitgeber ausgezahlte Bonusbetrag ist gleich hoch wie der in der Erklärung), werden die **Spalten 2 und 3 der Zeile RN43** nicht abgefasst.

Wenn der Betrag des *BONUS* unter null liegt (im Wege der Erklärung wurde eine Bonushöhe ermittelt, die unterhalb des vom Arbeitgeber ausbezahlten Bonus liegt), muss **Spalte 2 der Zeile RN43** nicht abgefasst werden, und in *Sp. 3 der Zeile RN43* wird der rückzuerstattende Bonusbetrag übertragen, der folgender Berechnung entspricht: $RC14 \text{ Sp. 2} - \text{Zustehender Bonus}$.

Nicht zustehender Bonus

Wenn nicht alle der genannten Voraussetzungen gegeben sind, steht der IRPEF-Bonus nicht zu. Sollte der IRPEF-Bonus vom Steuersubstitut ausbezahlt worden sein (Zeile RC14, Sp. 2 über null), muss dieser Betrag im Zuge der Erklärung rückerstattet werden.

Diesbezüglich müssen die **Spalten 1 und 2 der Zeile RN43** nicht abgefasst werden und in **Sp. 3 der Zeile RN43** ist der angegebene Betrag in Zeile RC14, Spalte 2.

ERMITTLUNG DER STEUER

Zeile RN45 und RN46 Geschuldete Steuer bzw. Steuerguthaben

Zur Bestimmung der Steuer auf der Soll- oder Habenseite die folgende Rechnung durchführen:

$$RN34 - RN35 - RN36 \text{ Sp. 2} + RN37 + RN38 \text{ Sp. 3} - RN38 \text{ Sp. 6} + RN39 \text{ Sp. 1} + RN39 \text{ Sp. 2} + RN41 \text{ Sp. 1} + RN41 \text{ Sp. 2} - RN42 \text{ Sp. 1} + RN42 \text{ Sp. 2} + RN42 \text{ Sp. 3} + RN43 \text{ Sp. 3} + RN43 \text{ Sp. 3} - RN43 \text{ Sp. 2} + RN43 \text{ Sp. 3} + RN43 \text{ Sp. 2}$$

Geschuldete Steuer

Falls das Ergebnis dieser Berechnung positiv ist (Schulden), ist der auf diese Weise berechnete Betrag in die **Spalte 2** der Zeile RN45 zu übertragen. Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX1 übertragen

Spalte 1 wenn die Übersicht TR ausgefüllt wurde, in diese Spalte den Betrag der in Raten aufgeteilten Steuer laut Spalte 3 der Zeile TR5 innerhalb der Grenze des geschuldeten Steuerbetrags laut Spalte 2 der Zeile RN45 eintragen.

Steuerguthaben

Wenn das Ergebnis dieser Berechnung negativ ist (Guthaben), den erhaltenen Betrag ohne Minuszeichen in der Zeile RN46 angeben. Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX2 übertragen.

Die Steuer ist nicht fällig bzw. wird weder zurückgezahlt noch kann sie im Ausgleich verwendet werden, wenn sie unter 12,00 Euro liegt.

Zeile RN47 Restbetrag der Abzüge, Absetzungen und Steuerguthaben aus den Zeilen RP33, RP34, RN19, RN20, RN21, RN23, RN24, RN28 und RN30. Restbetrag Abzüge Start-up Spalten 30, 31, 32 und 33

1. Restbetrag des Absetzbetrags gemäß Zeile RN23 und der Guthaben gemäß der Zeilen RN24

Zur Bestimmung der Restbeträge und der Steuerguthaben gemäß der Zeilen RN23 und RN24 (Sp. 1, 2, 3, 4 und 5) die Differenz zwischen dem in der Zeile RN5 angegebenen Betrag der Bruttosteuer und der Summe der in der Zeile RN22 angegebenen Abzüge berechnen.

Wenn diese Differenz größer oder gleich dem Betrag der in der Zeile RN25 angegebenen Abzüge ist, sind die entsprechenden Spalten der Zeile RN47 nicht auszufüllen. Ist dieser Differenzbetrag hingegen niedriger als der Betrag in Zeile RN25, ist für jede Absetzung oder für jedes Guthaben aus den Zeilen RN23 und RN24 in der entsprechenden Spalte der Zeile RN47 der Gesamtbetrag anzuführen, welcher in der Bruttosteuer kein Fassungsvermögen gefunden hat. Wenn sowohl die Zeile RN6 Spalte 3 (zusätzlicher Abzug für unterhaltsberechtigte Kinder) als auch die Zeile RN23 (Abzug der Gesundheitsausgaben für bestimmte Pathologien) ausgefüllt sein sollten, wird für die Bestimmung des in der Spalte 1 der Zeile RN47 anzugebenden Betrags auf die in Bezug auf die Zeile RN31 gegebene Anleitung verwiesen.

Sollten die Ausgaben für die Gesundheit nicht in vier Raten aufgeteilt worden sein, entspricht der in Spalte 1 der Zeile RN47 angeführte Restbetrag dem Teil der Absetzung, die auf das Familienmitglied für die Ausgaben im Gesundheitsbereich für besondere Krankheiten, für welche eine Befreiung der Beteiligung an den öffentlichen Sanitätsausgabe vorgesehen ist, übertragen werden kann, da dieser Betrag in der Bruttosteuer kein Fassungsvermögen gefunden hat. In diesem Fall, kann das Familienmitglied, das die Ausgaben getragen hat, in der eigenen Einkommenserklärung in Zeile RP2 den von ihnen in Spalte 6 der Zeile RN47 angeführten Betrag, geteilt durch 0,19, angeben.

Der in den anderen Spalten dieser Zeile angeführte Restbetrag kann in der nächsten Erklärung bzw. mittels Einzahlungsvordruck F24 als Ausgleich der geschuldeten Beträge verwendet werden.

Beispiel

Bruttosteuer	=	4.000
Gesamtbetrag der Absetzungen (RN22)	=	1.000
Differenzbetrag zwischen Bruttosteuer und Zeile RN22 (4.000 – 1.000)	=	3.000
Steuerguthaben für den Wiedererwerb der Erstwohnung (Zeile RN24 Sp. 1)	=	3.100
für die Förderung der Arbeitsstellen (Zeile RN24 Sp. 2)	=	500
Gesamtbetrag sonstiger Absetzungen (Zeile RN25)	=	3.600

Da der Differenzbetrag zwischen der Bruttosteuer und der Zeile RN22 (Euro 3.000) niedriger als der Betrag aus Zeile RN25 (Euro 3.600) ist, kann der Steuerzahler den Betrag von Euro 600 angeben, der dem Restbetrag entspricht, der in der Bruttosteuer bzw. in Spalte 11 der Zeile RN47 kein Fassungsvermögen im gesamten Ausmaß gefunden hat oder kann er den Betrag zwischen den Spalten 11 und 12 der Zeile RN47 in dem Ausmaß, das er als günstiger erachtet, aufteilen. Zwecks Vereinfachung werden einige Möglichkeiten für die Abfassung der Spalten 11 und 12 der Zeile RN47 angegeben:

Fall 1: Zeile 47 Sp. 11 = 600	Zeile 47 Sp. 12 = 0
Fall 2: Zeile 47 Sp. 11 = 100	Zeile 47 Sp. 12 = 500
Fall 3: Zeile 47 Sp. 11 = 300	Zeile 47 Sp. 12 = 300

Es wird darauf hingewiesen, dass das Restguthaben von 600 Euro im oben angeführten Beispiel nicht zur Gänze in Spalte 12 der Zeile RN47 angeführt werden kann, da die Steuer höher als das Steuerguthaben für die Förderung der Arbeitsplätze gemäß Zeile RN24, Sp. 2 ist.

2. Restbetrag des Guthabens gemäß Zeile RN28

Berechnung des Restbetrags: $Zeile \text{ CR10 Sp. 4} + \text{CR10 Sp. 5} - \text{RN26 Sp. 2} - \text{RN27}$

Wenn das Ergebnis dieser Berechnung positiv ist, diesen Betrag in die Spalte 21 der Zeile RN47 übertragen. Wenn das Ergebnis hingegen negativ oder gleich null ist, braucht die Spalte 6 nicht ausgefüllt werden.

Wenn mehr als eine Zeile CR10 abgefasst wurde, muss für die Festsetzung des *Restbetrags* die Summe der in der Spalte 4 aller abgefassten Vordrucke angegebenen Beträge zuzüglich des Betrags in Spalte 5 berücksichtigt werden.

Der Restbetrag des Guthabens kann in der nächsten Steuererklärung verwendet werden.

Wenn das Ergebnis dieser Rechnung positiv ist, diesen Betrag in die Spalte 21 der Zeile RN47 übertragen.

Wenn das Ergebnis hingegen negativ oder gleich Null ist, muss die Spalte 21 nicht abgefasst werden.

3. Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen gemäß UNICO 2016

In Spalte 1 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Bruttosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN19 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde.

4. Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen gemäß EINKOMMEM 2017

In Spalte 2 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Bruttosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN20 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde

5. Restbetrag der Steuerabzüge für Start-up-Unternehmen gemäß EINKOMMEM 2018

In Spalte 3 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Bruttosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN21 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde.

6. Restsumme des Abzugs gemäß Zeile RP33

Wenn die Zeile RN4 größer als Null ist, kann der Abzug vollständig vorgenommen werden, weshalb die Spalte 9 der Zeile RN47 nicht auszufüllen ist.

Weist die Zeile RN4 eine Null auf, ist Folgendes zu berechnen:

Steuerpflichtiges Einkommen = RN1, Sp. 5 + RN1, Sp. 2 – RN2 – RN3 + RP33 Sp. 3; bei negativem Ergebnis auf Null zurückführen.

In Spalte 36 der Zeile RN47 ist das Ergebnis der folgenden Berechnung anzugeben: RP33 Sp. 3 – Steuerpflichtiges Einkommen

7. Restguthaben gemäß Zeile RN30

In Spalte 26 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Nettosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN30 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde (Steurguthaben Kultur).

In Spalte 27 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Nettosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN30 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde (Steurguthaben Schule).

In Spalte 28 der Zeile RN47 die Höhe der nicht in die Nettosteuer aufgenommenen Absetzungen angeben, die nach den in Zeile RN30 angegebenen Anweisungen festgesetzt wurde (Steurguthaben Videoüberwachung).

8. Zeile RN47 Restbetrag Absetzungen für Start-up-Unternehmen Spalte 31, 32 und 33

Wenn der Wert in Zeile RN4 über Null liegt, konnte der Abzug vollständig im Einkommen erfasst werden. Daher werden die Spalten 31, 32 und 33 der Zeile RN47 nicht ausgefüllt.

Wenn der Wert in Zeile RN4 hingegen gleich Null ist, ist wie folgt zu berechnen:

Steuerpflichtiges Bruttoeinkommen-Start-up =

RN1, Sp. 5 + RN1 Sp. 2 - RN2 - RN3 - RP34, Sp. 3 + RP34, Sp. 4 + RP34, Sp. 5).

Auf Null aufrunden, wenn das Ergebnis negativ ist.

Berechnen A = Steuerpflichtiges Bruttoeinkommen-Startup - RP34 Sp. 6

Wenn A geringer als oder gleich Null ist:

- In **Spalte 31 der Zeile RN47** ist das Ergebnis der folgenden Berechnung zu übertragen: RP34 Spalte 5 - Steuerpflichtiges Bruttoeinkommen-Start-up.
- In **Sp. 32 der Zeile RN47** den Betrag der Zeile RP34 Sp. 4 übertragen.
- In **Spalte 33 der Zeile RN47** den Betrag der Zeile RP34 Sp. 3 übertragen.

Wenn A über Null liegt:

Die **Spalte 31 der Zeile RN47** wird nicht ausgefüllt.

Berechnen B = A - RP34 Spalte 5

Wenn B geringer als oder gleich Null ist:

- In **Spalte 32 der Zeile RN47** ist das Ergebnis der folgenden Berechnung zu übertragen: **RP34 Spalte 4 - A**.
- In **Spalte 33 der Zeile RN47** den Betrag der Zeile RP34 Sp. 3 übertragen.

Wenn B über Null liegt:

Die **Spalte 32 der Zeile RN47** wird nicht ausgefüllt.

In **Spalte 33 der Zeile RN47** ist das Ergebnis der folgenden Berechnung zu übertragen: **RP34 Spalte 3 - B**

Zeile RN50 Sonstige Angaben

In dieser Zeile sind die Erträge der IMU-pflichtigen Hauptwohnung, die Erträge aus unvermieteten Gebäuden sowie die Grundeinkünfte der un- verpachteten Grundstücke und Einkünfte in Bezug auf die im Ausland gelegenen Gebäude anzugeben. Diese Einkünfte sind nicht steuerpflichtig, das die IMU die IRPEF und die entsprechenden regionalen und kommunalen Zusatzsteuern ersetzt.

Für die Jahre 2017, 2018 und 2019 beitragen die Einkünfte aus Grundbesitz und aus Landwirtschaft zur Bildung der Steuerbemessungsgrundlage bezüglich der Einkommenssteuer der natürlichen Personen der in dem agrarsozialen Sicherungssystem eingeschriebenen Kleinbauern und der hauptberuflichen Landwirte laut dem Art. 1 des gesetzvertretenden Dekrets Nr. 99 vom 29. März 2004 nicht.

Die in dieser Zeile angegebenen Beträge können im Rahmen der Vor- und Fürsorgeleistungen von Belang sein.

Spalte 1: die Einkünfte der Hauptwohnung laut Spalte 16 der Zeile RB10 eintragen;

Spalte 2: die Summe der folgenden Beträge angeben: RA23, Sp. 13 + RB10, Sp. 17 + RH18, Sp. 2 + RL12 Sp. 1

Spalte 3: den Betrag laut Spalte 1 der Zeile RL12 übertragen.

IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2018

In den Vordruck Einkommen wird der Betrag der IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2018 übertragen, insofern geschuldet.

Es muss vor allem überprüft werden, ob einer der Sonderfälle zutrifft, die in den Anweisungen für Zeile RN61 angegeben sind, wobei gegebenenfalls die entsprechenden Anweisungen zu befolgen sind.

Zeile RN61 Sonderfälle

- Bei Einkünften aus Tätigkeiten der **gelegentlichen Vermietung von Wasserfahrzeugen** und Sportbooten, die der Ersatzsteuer in Höhe von 20% unterliegen (Übersicht RM). Die IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2018 muss unter Berücksichtigung der anderen Einkünfte berechnet werden (Art. 59-ter, Absatz 5, G.D. Nr. 1/2012).
- Bei Einkünften aus Unternehmen muss die Vorauszahlung unter Berücksichtigung von Art. 34, Absatz 2 des Gesetzes Nr. 183 vom 12. November 2011 (Pauschalabzug zugunsten von Tankstellenbetreibern) berechnet werden.
- Für die Subjekte, die Investitionen in den in den Absätzen 8, 9 und 10 des Art. 1 des Gesetzes Nr. 232 von 2016 angegebenen Gütern durchführen, sind in ausschließlichem Bezug auf die Bestimmung der Abschreibungsanteile und der Leasingmieten die Erwerbkosten jeweils um 40%, 150% und 40% erhöht (für Einblicke siehe das Rundschreiben Nr. 4/E vom 30 März 2017).

Laut dem folgenden Absatz 12 ist bei der Bemessung der Anzahlung für den Steuerzeitraum 2018 die für das Jahr 2017 geschuldete Steuer, die als Richtwert für die Ermittlung der Anzahlung mit dem historischen Verfahren zu übergeben ist, ohne Berücksichtigung der Normen über die Verlängerung der „**Super-Abschreibung (Abs. 8)**, **über die Überabschreibung (Abs. 9)** und **über die Erhöhung bezüglich der geistigen Güter (Abs. 10)** zu bestimmen.

- Im Vorhandsein einer Bestimmung gemäß dem **Art. 14, Abs. 3 des Gesetzesdekrets Nr. 18 vom 14. Februar 2016** wird zur Bestimmung der für die Steuerzeiträume, für die der Abzug laut dem Abs. 2 operiert wird, geschuldeten Anzahlung die Steuer, die in Abwesenheit der Bestimmungen des gegenständlichen Artikels entstehen würde, als Steuer des vorigen Zeitraums berücksichtigt.

Für eine korrekte Berechnung der Vorauszahlung, die in Zeile RN62 zu übertragen ist, sind in den beschriebenen Fällen zunächst das Gesamteinkommen und der entsprechende Betrag in Zeile RN34 (Zeile Differenz) neu zu berechnen. Hierzu sind für jeden Fall die in den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Berichtigungen nach den o. g. Anweisungen vorzunehmen.

Spalte 1 (Sonderfälle): Dieses Kästchen ankreuzen, wenn einer der o. g. Sonderfälle zutrifft;

Spalte 2 (Neu berechnetes Gesamteinkommen): Den Betrag des Gesamteinkommens angeben, das nach den oben beschriebenen Modalitäten neu berechnet wurde;

Spalte 3 (Neu berechnete Nettosteuer): Den Betrag der Nettosteuer angeben, die nach den oben beschriebenen Modalitäten neu berechnet wurde;

Spalte 4 (Neu berechneter Differenzbetrag): Den neuen Differenzbetrag angeben, der nach den oben beschriebenen Modalitäten neu berechnet wurde.

Zeile RN62

Wenn in Zeile RN61 das Kästchen in Spalte

1 „Sonderfälle“ angekreuzt wurde, entspricht die „Differenz“ dem angegebenen Betrag in Spalte 4, Zeile RN61.

Wenn in Zeile RN61 das Kästchen in Spalte 1 „Sonderfälle“ hingegen nicht angekreuzt wurde, entspricht die „Differenz“ dem angegebenen Betrag in Zeile RN34.

Um festzulegen, ob die IRPEF-Vorauszahlung für das Jahr 2018 geschuldet wird oder nicht, muss Bezug auf den oben ermittelten Betrag der „Differenz“ genommen werden.

Wenn die „Differenz“

- 51,65 Euro nicht übersteigt, ist keine Vorauszahlung zu leisten.
- wenn Sie hingegen 51,65 Euro übersteigen sollte, wird eine Vorauszahlung in Höhe von 100% der „Differenz“ geschuldet.

In der Annahme, dass alle angegebenen Beträge in der Erklärung in Euro-Einheiten angegeben werden, wird die Vorauszahlung geschuldet, wenn der „Differenzbetrag“ 52 Euro beträgt oder darüber liegt.

Die so berechnete Vorauszahlung ist wie folgt einzuzahlen:

- In einer **einzigsten Zahlung** bis spätestens **30. November 2018**, falls der geschuldete Betrag geringer als 257,52 Euro ist;
- in **zwei Raten**, wenn der geschuldete Betrag gleich bzw. höher als 257,52 Euro ist, wobei die Raten wie folgt zu zahlen sind:
 - Die erste Rate in Höhe von **40 Prozent** bis spätestens **2. Juli 2018** bzw. bis 20. August 2018 mit einem Aufschlag von 0,40% für Verzugszinsen;
 - die zweite Rate für die restlichen **60 Prozent** bis spätestens **30. November 2018**.

Sieht der Steuerzahler für die folgende Steuererklärung eine niedrigere Steuer vor (zum Beispiel infolge der während 2018 getragenen Aufwendungen oder infolge geringerer Einkünfte in diesem Jahr), kann er die Vorauszahlungen basierend auf dieser geringeren Steuer festlegen.

In diesem Fall müssen die in Zeile RN62 anzugebenden Beträge auf jeden Fall jene sein, die mithilfe der o. g. Anweisungen ermittelt wurden, und nicht die geringeren Beträge, die eingezahlt wurden oder die man einzahlen will.

Die erste Rate der IRPEF-Vorauszahlung kann zu den im nachfolgenden Abschnitt „Ratenaufteilung“ angegebenen Bedingungen als Ratenzahlung geleistet werden.

In **Spalte 1** (Erste Rate) ist der Betrag der ersten Rate der geschuldeten Vorauszahlung anzugeben, die nach den o. g. Modalitäten berechnet wurde.

In **Spalte 2** (Zweite oder einzige Rate) ist der Betrag der zweiten oder einzigen Rate der geschuldeten Vorauszahlung anzugeben, die nach den o. g. Modalitäten berechnet wurde.

11. ÜBERSICHT RV – Regionaler und kommunaler IRPEF-Zuschlag

Wer zur Zahlung verpflichtet ist

Die kommunalen und regionalen IRPEF-Zuschläge sind von ansässigen und gebietsfremden Steuerpflichtigen zu zahlen, für die mit Bezug auf das Jahr 2017 die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen fällig ist, nachdem die zustehenden Steuerabzüge und im Ausland erzielten Steuerguthaben abgezogen wurden, vorausgesetzt, dass für die Letztgenannten im Ausland definitiv die Steuern gezahlt wurden.

Wer nicht zur Zahlung verpflichtet ist

Sie sind hingegen nicht zur Zahlung der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer zur IRPEF verpflichtet, wenn:

- nur Einkünfte besitzen, die von der IRPEF befreit sind;
- nur Einkünfte besitzen, die dem Zuschlag der IRPEF unterliegen;
- sie nur Einkommen besitzen, die der getrennten Besteuerung unterliegen, es sei denn, Sie haben bei Vorliegen der Voraussetzungen die ordentliche Besteuerung gewählt, so dass diese Einkommen zur Bildung des Gesamteinkommens beitragen;
- sie haben eine Bruttosteuer (Zeile RN5), die nach Abzug der in den Zeilen RN22 und RN23 angegebenen Absetzbeträge, der Steuerguthaben für im Ausland erzielte Einkommen laut Zeile RN29 Sp. 2 sowie der Steuerguthaben für Gemeinschaftsfonds laut Zeile RN32 Sp. 1 nicht mehr als 10,33 Euro beträgt.

Steuerwohnsitz

Mit Ausnahme der Fälle in denen die Agentur der Einnahmen den Steuerwohnsitz festlegt, haben die im Staatsgebiet ansässigen natürlichen Personen den Steuersitz in der Gemeinde wo sie eingetragen sind. Nicht ansässige Personen, haben das Steuerdomizil in jener Gemeinde, in welcher sie das Einkommen erzielt haben. Falls das Einkommen in mehreren Gemeinden erzielt wurde, wird der Steuerwohnsitz in jener Gemeinde festgelegt, in welcher sie das höchste Einkommen erzielt haben. Für italienische Staatsbürger, welche infolge ihres Dienstverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung im Ausland ansässig sind, wird die Gemeinde des letzten Wohnsitzes in Italien, als Steuerdomizil betrachtet. Mit Hinsicht auf verstorbene Steuerzahler, muss auf den letzten Steuerwohnsitz Bezug genommen werden.

Die regionale Zusatzabgabe wird auf die Steuerpflichtigen in Bezug auf den Steuerwohnsitz zum **1. Januar 2017** angewendet. Darüber hinaus wird die kommunale Zusatzabgabe zur Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen des Saldos für 2016 mit Bezug auf den Steuerwohnsitz zum **1. Januar 2017** und in Anzahlung für 2017 mit Bezug auf den Steuerwohnsitz zum **1. Januar 2018** fällig, vorausgesetzt, dass die Gemeinde die Quote der kommunalen Zusatzabgabe beschlossen hat. Für weitere Erläuterungen sehen Sie TEIL II, Kapitel 3, unter dem Stichwort "Steuerwohnsitz" ein.

Ermittlung und Steuersätze

Der regionale und kommunale Zuschlag wird durch die Anwendung eines Steuersatzes auf das für IRPEF-Zwecke ermittelte Gesamteinkommen nach Abzug der absetzbaren Aufwendungen ermittelt. In Abweichung zu den allgemeinen Bestimmungen, in denen auf dem gesamten Staatsgebiet ein Prozentsatz von 1,23 festgesetzt ist, haben einige Regionen mit eigener Maßnahme eine Erhöhung des Prozentsatzes des geltenden regionalen IRPEF-Zuschlags vorgesehen. Zudem wurden andere subjektive Bedingungen für die Anwendung der verschiedenen festgesetzten Prozentsätze und der begünstigenden Prozentsätze für einige Subjekte vorgesehen.

Der kommunale IRPEF-Zuschlag ist nur von jenen Steuerzahlern geschuldet, die den Steuerwohnsitz in einer Gemeinde haben, wo diese beschlossen wurde. Auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen entsprechenden Link zur von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereiteten Tabelle der Gemeinden, die eine kommunale Zusatzsteuer beschlossen haben. Die regionalen und kommunalen Zuschläge können weder von einer Steuer, einer Abgabe noch von einem Beitrag abgezogen werden.

Zahlungen

Die regionalen und kommunalen Zusatzabgaben müssen mit den Modalitäten und in den für die Zahlung des Saldos der IRPEF vorgesehenen Fristen gezahlt werden.

Es wird daran erinnert, dass die Akontozahlung der kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer für das Steuerjahr 2018 in Höhe von 30% vorzunehmen ist, wobei auf das steuerpflichtige Einkommen des Steuerjahres 2017 der Steuersatz anzuwenden ist, der von der Gemeinde beschlossen wurde, in welcher der Steuerzahler am 1. Januar 2017 seinen Wohnsitz hat.

TEIL I - Regionaler IRPEF-Zuschlag

Zeile RV1 Steuerpflichtiges Einkommen

Das Ergebnis der folgenden Berechnung angeben: RN1 Sp. 5 – RN3

Zeile RV2 Geschuldeter, regionaler IRPEF Zuschlag

Das Kästchen "**Regionale Zusatzsteuer - Sonderfälle**" der **Spalte 1** ist mit dem Code 1 nur von denen auszufüllen, die ihren Steuerwohnsitz in den Regionen Venetien, Latium und Basilikata haben und bestimmte Voraussetzungen erfüllen, wie in den folgenden Anleitungen näher erläutert. Nur diejenigen, die ihren Steuerwohnsitz in der Regionen Venetien und Latium und die für sich selbst die Begünstigung beantragen, geben den Code „2“ an.

Die **Region Basilikata** hat für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwischen 55.000 und 75.000 Euro mit zwei oder mehreren unterhaltspflichtigen Kindern einen vergünstigten Steuersatz von 1,23% vorgesehen.

Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens innerhalb der o. g. Einkommensklasse liegt. Nur in letzterem Fall (Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte) muss das im Feld des Steuerwohnsitzes liegende Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ durch Angabe des Codes „1“ ausgefüllt werden, um die Vergünstigung in Anspruch nehmen zu können.

Die **Region Latium** hat für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer nicht über 50.000 Euro mit 3 unterhaltspflichtigen Kindern einen vergünstigten Steuersatz von 1,73% vorgesehen.

Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens unterhalb der o. g. Einkommensklasse liegt. Nur in diesem letzteren Fall muss das im Feld des Steuerwohnsitzes liegende Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ durch Angabe des Codes „1“ ausgefüllt werden.

Die genannte Einkommensgrenze wird um 5.000 Euro für jedes unterhaltspflichtige Kind nach dem dritten Kind erhöht. Die Anwendung des erleichterten Steuersatzes von 1,73% ist auch für Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen von unter 50.000 € mit einem oder mehreren mitversicherten behinderten Kindern vorgesehen. Wenn das behinderte Kind bei mehreren Subjekten mitversichert ist wird der erleichterte Steuersatz von 1,73% nur im Fall angewandt, dass die Summe der zu versteuernden Einkommen zum Zweck der regionalen Zusatzsteuer nicht höher als 50.000 € ist. Nur in diesem letzteren Fall muss das im Feld des Steuerwohnsitzes liegende Kästchen „besondere Fälle regionale Zusatzsteuer“ durch Angabe des Codes „1“ ausgefüllt werden.

Die Anwendung des begünstigten Steuersatzes von 1,73% ist auch für behinderte über-70-jährige Leute im Sinne des Art. 3 des Gesetzes Nr.

104 vom 5. Februar 1992 vorgesehen, die einer Familie gehören, deren steuerbares Einkommen 50.000 Euro nicht überschreitet. In diesem Fall ist zur Nutzung des begünstigten Anteils der Code „2“ in dem im Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ anzugeben.

Die **Region Venetien** hat einen vergünstigten Steuersatz von 0,9% zugunsten folgender Personen vorgesehen:

- behinderte Personen im Sinne von Art. 3, Gesetz Nr. 104 v. 5.2.92, mit einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als Euro 45.000 im Jahr 2017; in diesem Fall ist zur Nutzung der Begünstigung der Code „2“ in dem im Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ anzugeben;
 - Steuerpflichtige mit einem Familienangehörigen, der eine Behinderung im Sinne des genannten Gesetzes 104/92 aufweist und unterhaltsberechtig ist, deren steuerpflichtiges Einkommen 2017 nicht mehr als Euro 45.000 beträgt. Falls die behinderte Person mehreren Personen gegenüber unterhaltsberechtig ist, wird der Steuersatz von 0,9% unter der Bedingung angewandt, dass die Summe der Einkommen der unterhaltspflichtigen Personen nicht mehr als Euro 45.000,00 beträgt. Beim Vorliegen dieser Bedingungen ist zur Nutzung des begünstigten Steuersatzes von 0,9% der Code „1“ im dem Feld des Steuerwohnsitzes liegenden Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ anzugeben.
- Falls einer der oben angegebenen Situationen zutrifft, muss das Kästchen „Sonderfälle regionale Zusatzsteuer“ angekreuzt werden, um den vergünstigten Steuersatz von 0,9 %, der von der Region Venetien beschlossen wurde, in Anspruch nehmen zu können.

In **Spalte 2** ist der Betrag des regionalen IRPEF-Zuschlags anzuführen, der mit Bezug auf den Steuerwohnsitz zum 1. Januar 2017 geschuldet ist. Der IRPEF-Zuschlag ist auf den Betrag aus **Zeile RV1** (steuerpflichtiges Einkommen) mit den Modalitäten und mit dem Steuersatz zu berechnen, die von den einzelnen Regionen beschlossen wurden und in der **Tabelle**, die Sie am Ende dieses Hefts im Anschluss an den Anhang finden, angeführt sind.

Die nachstehend angegebenen Regionen/Provinzen haben Sonderregeln für die Festsetzung der regionalen Zusatzsteuer vorgesehen. Es wird festgehalten, dass in diesen Fällen niemals das Kästchen „besondere Fälle“ angekreuzt werden darf, da die Vorbedingungen für die Steuererleichterung in jedem Fall aus den in der Erklärung enthaltenen Daten entnommen werden können.

Die **Autonome Provinz Bozen** hat festgelegt, dass allen Steuerzahlern ein Abzug in Höhe von 28.000 Euro zusteht. Daher wird der Steuersatz von 1,23% auf das Ergebnis der nachfolgenden Berechnung angewandt: Zeile RV1 - 28.000 (auf Null aufrunden, wenn das Ergebnis negativ ist). Steuerzahlern mit einem steuerpflichtigen Einkommen zur Berechnung der regionalen Zusatzsteuer (Zeile RV1), erhöht um das Einkommen, das der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterliegt (Zeile RB10, Spalte 14 + RB10, Spalte 15 + RL10 Spalte 4, wenn die Spalte 3 angekreuzt ist), das nicht über 70.000,00 Euro liegt, steht zudem ein Absetzbetrag in Höhe von 252 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Ermittlung der Einkommensgrenze der Abzug von 28.000 Euro nicht berücksichtigt wird.

Steuerzahlern, die ihren Wohnsitz in der **Region Piemont** haben, **steht ein Absetzbetrag in Höhe von 250,00 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind mit einer Behinderung zu**, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war.

Der tatsächlich zustehende Absetzbetrag ist jener, der aus der Multiplikation der von der Region Piemont beschlossenen Erhöhung der Abzüge zugunsten von Familien mit dem Quotienten hervorgeht, der aus dem erhaltenen Verhältnis im Sinne von Art. 12, Absatz 1 des Steuergesetzes TUIR resultiert, unter Berücksichtigung der ersten vier Dezimalstellen. Daher ist wie folgt vorzugehen:

Den **theoretischen Absetzbetrag** berechnen, der 250,00 Euro beträgt, und diesen mit den Tagen, in denen das Kind zu Lasten lebte (Kästchen „*Monate zu Lasten*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen), und dem zustehenden Prozentsatz (Kästchen „*Prozentsatz*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen) für jedes Kind ins Verhältnis setzen, für das in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen das Kästchen „D“ angekreuzt ist. Wenn in Spalte 7 „Prozentsatz“ der Wert C zugrunde gelegt wurde, wird von einem Prozentsatz des zustehenden Absetzbetrags von 100 ausgegangen.

Der Betrag des **„theoretischen Absetzbetrags“** wird mit dem Quotienten multipliziert, der für die Berechnung (zwecks IRPEF) des zustehenden Abzugs für zu Lasten lebende Kinder verwendet wurde (siehe Anweisungen für Zeile RN6, Spalte 2).

Wenn der Quotient kleiner als null ist oder eins beträgt, wird dieser auf null gerundet.

Wenn der Quotient höher als null, aber kleiner als eins ist, müssen die ersten vier Dezimalstellen verwendet werden.

Der so berechnete zustehende Absetzbetrag ist von der regionalen Zusatzsteuer abzuziehen, die unter Anwendung der von der Region vorgesehenen Steuersätze auf das in Zeile RV1 angegebene steuerpflichtige Einkommen für die regionaler Zusatzsteuer ermittelt wurde, wie in der Tabelle „Regionale Zusatzsteuer“ beschrieben. **Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben.**

Steuererleichterungen für Steuerpflichtige mit mehr als drei mitversicherten Kindern Steuerpflichtigen mit mehr als drei mitversicherten Kindern steht eine Steuerabsetzung von 100 € für jedes Kind zu, im Verhältnis zum Prozentsatz der Monate der Mitversicherung, beginnend mit dem ersten, und einschließlich der anerkannten, adoptierten oder anvertrauten Kinder.

Der **tatsächlich zustehende Absetzbetrag** ist jener, der aus der Multiplikation der von der Region Piemont beschlossenen Erhöhung der Abzüge zugunsten von Familien mit dem Quotienten hervorgeht, der aus dem erhaltenen Verhältnis im Sinne von Art. 12, Absatz 1 des italienischen Steuergesetzes TUIR resultiert, unter Berücksichtigung der ersten vier Dezimalstellen.

Steuerzahlern mit mehr als 3 zu Lasten lebenden Kindern, die ihren Wohnsitz in der **Region Apulien** haben, steht ein Absetzbetrag in Höhe von 20,00 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Der Absetzbetrag wird um 375,00 Euro für jedes Kind mit Behinderung erhöht.

Der tatsächlich zustehende Absetzbetrag ist jener, der aus der Multiplikation der von der Region Apulien beschlossenen Erhöhung der Abzüge zugunsten von Familien mit dem Quotienten hervorgeht, der aus dem erhaltenen Verhältnis im Sinne von Art. 12, Absatz 1 des Steuergesetzes TUIR unter Berücksichtigung der ersten vier Dezimalstellen resultiert. Daher ist wie nachfolgend beschrieben vorzugehen.

Den **theoretischen Absetzbetrag** berechnen, der sich beläuft auf:

- 20,00 Euro für jedes Kind, für das in der Übersicht für die zu Lasten lebenden Familienangehörigen Kästchen F1 oder F angekreuzt wurde, und diesen mit den Tagen, in denen das Kind zu Lasten lebte (Kästchen „*Monate zu Lasten*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen), und dem zustehenden Prozentsatz (Kästchen „*Prozentsatz*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen) ins Verhältnis setzen.
- 395,00 Euro für jedes Kind, für das in der Übersicht für die zu Lasten lebenden Familienangehörigen Kästchen D angekreuzt wurde, und diesen mit den Tagen, in denen das Kind zu Lasten lebte (Kästchen „*Monate zu Lasten*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen), und dem zustehenden Prozentsatz (Kästchen „*Prozentsatz*“ in der Übersicht der zu Lasten lebenden Familienangehörigen) ins Verhältnis setzen.

Wenn in Spalte 7 „Prozentsatz“ der Wert C zugrunde gelegt wurde, wird in beiden Fällen von einem Prozentsatz des zustehenden Absetzbetrags von 100 ausgegangen.

Der Betrag des **„theoretischen Absetzbetrags“** wird mit dem Quotienten multipliziert, der für die Berechnung (zwecks IRPEF) des zustehenden Abzugs für zu Lasten lebende Kinder verwendet wurde (siehe Anweisungen für Zeile RN6, Spalte 2).

Wenn der Quotient kleiner als null ist oder eins beträgt, wird dieser auf null gerundet.

Wenn der Quotient höher als null, aber kleiner als eins ist, müssen die ersten vier Dezimalstellen verwendet werden.

Der so berechnete zustehende Absetzbetrag ist von der regionalen Zusatzsteuer abzuziehen, die unter Anwendung der von der Region vorgesehenen Steuersätze auf den angegebenen Betrag in Zeile RV1 ermittelt wurde, wie in der Tabelle "Regionale Zusatzsteuer" beschrieben.

Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben.

Ab diesem Jahr hat die **Autonome Provinz Trient** festgelegt, dass den Steuerpflichtigen mit einem zu versteuernden Einkommen von nicht über 20.000 Euro eine Absetzung vom zu versteuernden Einkommen von 20.000 Euro für die Jahre 2016 und 2017 zusteht.

Bei Steuerzahlern mit einem zu versteuernden Einkommen von über 20.000 Euro kommt der Steuersatz von 1,23 % auf den gesamten Steuerbasisbetrag zur Anwendung. Den Steuerzahlern, deren besteuertes Einkommen zum Zweck der regionalen Zusatzsteuer (Zeile RV1) 55.000 Euro nicht überschreitet, steht ein Abzug in Höhe von 252 Euro für jedes zu Lasten Kind im Verhältnis zu dem Prozentsatz und den Monaten zu, in denen das Kind unterhaltspflichtig war.

Zeile RV3 Einbehaltener bzw. entrichteter regionaler IRPEF-Zuschlag

In **Spalte 1** den Gesamtbetrag des regionalen, einbehaltenen Zuschlags angeben, der verschieden von dem, der in den Übersichten RC und RL angeführt ist (zum Beispiel der Zuschlag auf die Vor- und Fürsorgebeiträge, die von der INAIL an Inhaber von landwirtschaftlichen Einkünften entrichtet wurden).

In **Spalte 2** ist die Höhe der ausgesetzten regionalen Zusatzsteuer anzugeben, die aufgrund der erlassenen Bestimmungen infolge außergewöhnlicher Ereignisse nicht entrichtet wurde, die bereits im Betrag in Spalte 3 enthalten ist.

Der Betrag entspricht jenem, der unter Punkt 31 der einheitlichen Bescheinigung 2018 angegeben ist (siehe Anhang „Außergewöhnliche Ereignisse“).

In der **Spalte 3** den Betrag der Zeile RC10, Spalte 2, bezüglich des Betrags der vom Steuersubstitut einbehaltenen oder einzubehaltenden regionalen Zusatzsteuer angeben, wenn Sie 2017 ein Einkommen aus unselbstständiger Arbeit oder aus dieser gleichgestellten Arbeit bezogen haben.

Dieser Betrag muss zu dem in der Zeile RC12 angegebenen Betrag addiert werden, wenn Sie Vergütungen für gemeinnützige Arbeiten bezogen haben (Kode „3“ in Spalte 1 der Zeilen von RC1 bis RC3) und Ihr Gesamteinkommen 9.296,22 Euro ohne den Abzug für die Hauptwohnung und deren Zubehör überschreitet. Falls Sie auch Vergütungen für eine sportliche Amateurtätigkeit bezogen haben, ist dieser Betrag mit dem Betrag, der in Zeile RL24, Spalte 2 angeführt ist, zusammenzuzählen.

Der Betrag dieser Spalte enthält auch die schon in Spalte 1 angegebenen Einbehalte.

Zeile RV4 Überschuss des regionalen IRPEF- Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

In der **Spalte 1** den Code der Region bezüglich des Steuerwohnsitzes zum 31. Januar 2016 angeben, den Sie in der "Tabelle für die regionalen Zusatzsteuern zur IRPEF 2017" am Ende dieses Heftes nach dem Anhang finden.

Wenn im vergangenen Jahr der Vordruck 730/2017 eingereicht und beantragt wurde, das aus der Erklärung hervorgehende Guthaben für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern mit dem Vordruck F24 zu verwenden, aber dieses Guthaben gar nicht oder nur teilweise verwendet wurde, ist in **Spalte 2** der eventuelle Betrag des angegebenen Guthabens für die regionale Zusatzsteuer in Zeile 192, Spalte 4 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 für den Erklärer (Zeile 212, Spalte 4 für den Ehepartner) und in **Zeile RV5** das eventuelle Guthaben für die regionale Zusatzsteuer zu übertragen, das mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde.

Wenn im Vorjahr der Vordruck 730/2017 für Arbeitnehmer ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist in die **Spalte 2** dieser **Zeile RV4** auch der angegebene Betrag in Spalte 5 der Zeile 192 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 (Spalte 5 der Zeile 212 für den Ehepartner) zu übertragen, wenn das Guthaben nicht vollständig oder nur teilweise mit dem Vordruck F24 verrechnet wurde.

Der in Spalte 2 angeführte Betrag muss mit den anderen Beträgen zusammengezählt und in Spalte 3 dieser Zeile eingetragen werden.

In die **Spalte 3** den Betrag der Spalte 4 der Zeile RX2 des Vordrucks EINKOMMEN 2017 bezüglich des Steuerüberschusses übertragen, für den in der vorherigen Erklärung nicht die Rückerstattung beantragt wurde. Wenn Sie einen Steuerbestand in Anspruch genommen haben und der Steuersubstitut das aus dem Vordruck 730-3 resultierende Guthaben gar nicht oder nur teilweise rückerstattet hat, muss in dieser Spalte das nicht erstattete Guthaben angegeben werden, das aus Punkt 74 der einheitlichen Bescheinigung 2018 des Erklärers (Punkt 66 für den Ehepartner) hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in der Spalte 2 angegebene Betrag enthalten sein.

des Erklärers (Punkt 66 für den Ehepartner) hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in der Spalte 2 angegebene Betrag enthalten sein.

Zeile RV5 Mit Vordr. F24 verrechneter Überschuss des regionalen IRPEF-Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

Den aus der vorherigen Erklärung resultierenden und schon in der Zeile RV4 angegebenen Teil angeben, der zum Ausgleich im Vordruck F24 verwendet wurde.

Zeile RV6 einzubehaltende oder rückzuerstattende Regionale Zusatzsteuer auf die IRPEF gemäß Vordrucke 730/2017 oder Einkommen 2017

Diese Zeile ist abzufassen, falls Sie mit dieser Erklärung die Angaben des bereits eingereichten Vordruckes 730/2017 oder Einkommen 2017 berichtigen oder ergänzen möchten.

In **Spalte 1** ist der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 92 des Vordruckes 730-3/2018 zu übertragen. Ist der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 112 des Vordruckes 730-3/2018 eingetragen werden.

In **Spalte 2** ist nur dann abzufassen, wenn in Übersicht I des Vordruckes 730/2018 die Verwendung des Guthabens aus der Abrechnung der Erklärung 730 für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern beantragt und im Vordr. 730-3/2018, der vom Subjekt ausgestellt wurde, das den Steuerbestand geleistet hat, die Spalte 4 der Zeile 92 (bzw. die Spalte 4 der Zeile 112 für den Ehegatten) abgefasst wurde. In diesem Fall ist der Betrag des Guthabens zu übertragen, das innerhalb der Einreichungsfrist dieser Erklärung für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern im Vordruck F24 für den Ausgleich beansprucht wurde.

In **Spalte 3** ist der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 92 des Vordruckes 730-3/2018 einzutragen. Ist der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 112 des Vordruckes 730-3/2018 eingetragen werden.

In **Spalte 4** ist der Betrag des schon in Spalte 3 der Zeile RX2 der vorangegangenen Bescheinigung Einkommen 2018 eingetragenen Steuerguthabens anzugeben, falls die Rückerstattung schon ausgezahlt wurde.

Im Fall einer teilweisen Rückerstattung ist der zurückerstattete Betrag anzugeben.

Zeilen RV7 und RV8 Regionale Zusatzabgabe zur Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen auf der Soll- oder Habenseite

Zur Bestimmung der Debet- oder Guthabensteuer die folgende Rechnung durchführen:

$$RV2 \text{ Sp. 2} - RV3 \text{ Sp. 3} - RV4 \text{ Sp. 3} + RV5 - RV6 \text{ Sp. 1} + RV6 \text{ Sp. 2} + RV6 \text{ Sp. 3} + RV6 \text{ Sp. 4}$$

- falls das Ergebnis aus dieser Berechnung positiv ist, ist der entsprechende Betrag in Zeile RV7 zu übertragen; Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX2 übertragen.
- falls das Ergebnis aus dieser Berechnung negativ ist, ist der entsprechende Betrag ohne Vorzeichen (-) in Zeile RV8 zu übertragen. Dieser Betrag wird in Spalte 2 der Zeile RX2 übertragen.

TEIL II-A - Kommunalen IRPEF-Zuschlag

Zeile RV9 Satz des von der Gemeinde beschlossenen kommunalen Zuschlags

Das Kästchen von **Spalte 1** (Steuersätze nach Einkommensklassen) ist anzukreuzen, wenn die Gemeinde die Anwendung verschiedener Steuersätze je nach Einkommensklasse beschlossen hat, die den für die IRPEF vorgesehenen Kriterien entsprechen. In diesem Fall ist Spalte 2 in Bezug auf den Steuersatz nicht abzufassen.

In **Spalte 2** ist der Steuersatz anzugeben, der für das Jahr 2017 von der Gemeinde beschlossen wurde, in der Sie Ihren Steuerwohnsitz am 1. Januar 2017 haben. Auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it gibt es einen entsprechenden Link zur von der Hauptabteilung für Finanzen vorbereiteten Tabelle der Gemeinden, die eine kommunale Zusatzsteuer beschlossen haben.

Zeile RV10 Fälliger kommunaler IRPEF- Zuschlag

In der **Spalte 2** den Betrag der fälligen kommunalen IRPEF-Zusatzsteuer angeben, der unter Anwendung des in Spalte 2 der Zeile RV9 angegebenen Steuersatzes für den Betrag in Zeile RV1 ermittelt wird, bzw. unter Anwendung der Steuersätze nach Einkommensklassen (Spalte 1 der angekreuzten Zeile RV9).

Wenn der Betrag der Zeile RV1 kleiner als oder gleich dem als Befreiungsschwelle in der auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it vorhandenen Tabelle angegebenen Betrag ist, ist die kommunale Zusatzsteuer für 2017 (Saldo) nicht fällig und die Spalte 2 dieser Zeile ist nicht abzufassen; wenn hingegen der Betrag der Zeile RV1 über dem als Befreiungsschwelle angegebenen Betrag liegt, ist die kommunale Zusatzsteuer fällig und der in der Zeile RV9 (bzw. die nach Einkommensklassen vorgesehenen Steuersätze) angegebene Steuersatz ist auf den Gesamtbetrag der Zeile RV1 anzuwenden.

Wenn die Gemeinde bestimmte Vergünstigungen mit Bezug auf besondere Einkommenssituationen beschlossen hat, muss geprüft werden, ob Sie im Besitz der Anforderungen zur Nutzung der Vergünstigungen sind.

Wenn sich hingegen die Ermäßigungen auf subjektive Bedingungen beziehen, die sich nicht aus den Daten der Erklärung ableiten lassen (zum Beispiel der ISEE-Betrag bzw. eine besondere Zusammensetzung des Haushalts), müssen Sie zur Bescheinigung dieser Voraussetzungen das Kästchen von **Spalte 1** abfassen und Folgendes angeben:

- Kode "1", wenn die kommunale Zusatzsteuer nicht fällig ist, weil das Einkommen unter der Befreiungsgrenze liegt oder diese erreicht, die für die besondere subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen vorgesehen ist
- Kode "2" bei totaler Befreiung bei der nicht mit dem Einkommen verbundenen, besonderen subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen;
- Kode "3" bei Vorliegen anderer Vergünstigungen.

Wenn diese Spalte abgefasst wurde, ist Spalte 2 dieser Zeile nicht abzufassen.

Zeile RV11 Einbehaltener bzw. entrichteter kommunaler IRPEF-Zuschlag

In **Spalte 1** ist der Gesamtbetrag des kommunalen Zuschlags anzuführen, der vom Steuersubstitut einbehalten wurde bzw. einzubehalten ist. Zur Bestimmung des Betrags die folgende Rechnung durchführen: RC10 Sp. 3 + RC10 Sp. 4 + RL24 Sp. 4

In **Spalte 2** ist der Betrag der kommunalen Zusatzsteuer anzugeben, der im Wege des Steuerbeistand als Vorauszahlung für das Steuerjahr 2017 einbehalten wurde, wenn Sie im Vorjahr den Vordruck 730/2017 eingereicht haben. Dieser Betrag ist jener, der in Punkt 124 der einheitlichen Bescheinigung 2018 übertragen wurde.

Wenn im Jahr 2017 ein Vordruck 730 ohne Steuersubstitut eingereicht wurde, ist die in diese Spalte zu übertragende Vorauszahlung in Zeile 97 (117 für den Ehepartner) der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 angegeben.

Sonderfälle:

- Wenn im Jahr 2017 ein Vordruck 730/2017 ohne Substitut eingereicht wurde:
- den in Zeile 142 des Vordrucks 730-3/2017 angegebenen Betrag angeben, erhöht um den eventuell durch den Vordruck F24 unter dem Abgabencode 3843 und dem Jahr 2017 eingezahlten Betrag;
- wenn die Zeile 117 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 ausgefüllt wurde, ist die eventuell durch den Vordruck F24 durchgeführte Einzahlung zwischen den beiden Ehepartnern im Verhältnis zu den in den Zeilen 97 und 117 der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 angegebenen Beträgen anzulasten;
- wenn auch die Zeile 243 (Ehegatte mit anderem Wohnsitz als der Erklärende) Betrag der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 ausgefüllt wurde, muss jeder Ehegatte den durch den Vordruck F24 für die eigene Wohnsitzgemeinde wirklich eingezahlten Betrag angeben.
- Wenn die aus dem Vordruck 730/2017 hervorgehende Rückerstattung mit Substitut von der Agentur der Einnahmen ausgezahlt wird, ist der in der Zeile 97 (117 für den Ehegatten) der Abrechnungsübersicht Vordruck 730-3/2017 angegebene Betrag einzutragen.

In der **Spalte 3** den Betrag der als Akontozahlung für das Steuerjahr 2017 mit dem Vordruck F24 gezahlten kommunalen Zusatzsteuer angeben, wenn im vergangenen Jahr der Vordruck Einkommen 2017 vorgelegt wurde.

In **Spalte 4** ist der einbehaltene Betrag des kommunalen Zuschlags einzutragen, der verschieden von dem ist, der in der vorhergehenden Spalte dieser Zeile angeführt ist (zum Beispiel der Zuschlag auf Fürsorgeleistungen, die vom Nationalen Arbeiterunfall-Versicherungsinstitut (INAIL) den Inhabern von Einkünften aus der Landwirtschaft bezahlt wurde).

In **Spalte 5** ist die Höhe der ausgesetzten kommunalen Zusatzsteuer anzugeben, die aufgrund der erlassenen Bestimmungen infolge außergewöhnlicher Ereignisse zum Datum der Einreichung der Erklärung noch nicht entrichtet wurde, die bereits in den Beträgen in Spalte 1 bis Spalte 4 dieser Zeile enthalten ist. Mit Bezug auf die kommunale Zusatzsteuer, die vom Steuersubstitut einzubehalten ist und in Spalte 1 dieser Zeile angegeben wurde, ist der ausgesetzte Betrag jener, der unter den Punkten 33 und 34 der einheitlichen Bescheinigung 2018 angegeben ist (siehe Anhang „Außergewöhnliche Ereignisse“).

In **Spalte 6** ist die Summe der Beträge aus den Spalten 1, 2, 3, und 4 dieser Zeile einzutragen.

Zeile RV12 Überschuss des kommunalen IRPEF-Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

In der **Spalte 1** den Katastercode der Gemeinde in Bezug auf den Steuerwohnsitz am 1. Januar 2016 angeben, der der Tabelle der Hauptabteilung für Finanzen entnehmbar ist, auf die auf der Website www.agenziaentrate.gov.it verwiesen wird.

Ist im Vorjahr der Vordruck 730/2017 eingereicht und die Verwendung des Guthabens aus der Erklärung für die Zahlung der Steuervordruck F24 ersucht worden, wobei dieses Guthaben jedoch nicht zur Gänze bzw. zum Teil nicht beansprucht wurde, ist in **Spalte 2** dieser Zeile auch der eventuelle Betrag des Guthabens aus dem kommunalen Zuschlag anzuführen, der in Zeile 193 Sp. 4 der Abrechnungsaufstellung Vordr. 730-

3/2017 (für den Erklärenden, Zeile 213 Spalte 4 für den Ehepartner) angeführt ist. In **Zeile RV13** ist das eventuelle Guthaben der Gemeindezusatzsteuer einzutragen, das für die Abrechnung im Vordr. F24 verwendet wurde. Steuersubstitut eingereicht wurde, ist in die **Spalte 2** dieser **Zeile RV12** auch der angegebene Betrag in Spalte Der Betrag aus Spalte 2 ist mit den anderen Beträgen zusammenzuzählen und in Spalte 3 dieser Zeile einzutragen.

In die **Spalte 3** den Betrag der Spalte 5 der Zeile RX3 des Vordrucks EINKOMMEN 2017 bezüglich des Steuerüberschusses übertragen, für den in der vorherigen Erklärung nicht die Rückerstattung beantragt wurde. Wenn Sie einen Steuerbeistand in Anspruch genommen haben und der Steuersubstitut das aus dem Vordruck 730-3 resultierende Guthaben gar nicht oder nur teilweise rückerstattet hat, muss in dieser Zeile das nicht erstattete Guthaben angegeben werden, das aus Punkt 84 der einheitlichen Bescheinigung 2018 für den Erklärenden (Punkt 284 für den Ehepartner) hervorgeht. In dieser Spalte muss auch der eventuell in Spalte 2 angegebene Betrag enthalten sein.

Zeile RV13 Mit Vordr. F24 verrechneter Überschuss des kommunalen IRPEF-Zuschlags aus der Erklärung des Vorjahres

Den aus der vorherigen Erklärung resultierenden und schon in der Zeile RV12 angegebenen Teil eintragen, der zum Ausgleich im Vordruck F24 verwendet wurde.

Zeile RV14 Geschuldeter bzw. zu erstattender kommunaler IRPEF- Zuschlag aus den Vordr. 730/2017 oder Vordr. Einkommen 2017

Diese Zeile ist abzufassen, falls Sie mit der vorliegenden Erklärung die Angaben des bereits eingereichten Vordruckes 730/2017 oder Einkommen 2017 berichtigen oder ergänzen möchten.

In **Spalte 1** ist der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 93 des Vordruckes 730-3/2018 (Abrechnungsaufstellung) zu übertragen. Ist der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 7 der Zeile 113 des Vordruckes 730-3/2018 eingetragen werden.

Die **Spalte 2** muss nur dann ausgefüllt werden, wenn in der Übersicht I des Vordr. 730/2018 beantragt wurde, das Guthaben aus der Abrechnung der Erklärung 730 für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern verwenden zu können, und falls im Vordr. 730-3/2018, der vom Steuerbeistand ausgestellt wurde, die Spalte 4 der Zeile 93 (oder die Spalte 4 der Zeile 113 des erklärenden Ehegatten) abgefasst wurde.

In diesem Fall den Betrag des mit dem Vordr. F24 für die Zahlung der IMU und/oder anderer Steuern bis zum Vorlagdatum dieser Erklärung verrechneten Guthabens angeben.

In **Spalte 3** ist der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 93 des Vordruckes 730-3/2018 einzutragen. Ist der Vordruck 730/2018 in gemeinsamer Form eingereicht und die Ersatzerklärung vom Ehegatten eingereicht worden, muss in dieser Spalte der Betrag aus Spalte 5 der Zeile 113 des Vordruckes 730-3/2018 eingetragen werden.

In **Spalte 4** ist der Betrag des schon in Spalte 4 der Zeile RX3 der vorangegangenen Bescheinigung Einkommen 2018 eingetragenen Steuer Guthabens anzugeben, falls die Rückerstattung schon ausgezahlt wurde. Im Fall einer teilweisen Rückerstattung ist der zurückerstattete Betrag anzugeben.

Zeilen RV15 und RV16 Regionaler IRPEF- Zuschlag auf der Soll- oder Habenseite

Zur Bestimmung der Debet- oder Guthabensteuer die folgende Rechnung durchführen:

$$RV10 \text{ Sp. 2} - RV11 \text{ Sp. 6} - RV12 \text{ Sp. 3} + RV13 - RV14 \text{ Sp. 1} + RV14 \text{ Sp. 2} + RV14 \text{ Sp. 3} + RV14 \text{ Sp. 4}$$

- falls das Ergebnis aus dieser Berechnung positiv ist, ist der entsprechende Betrag in Zeile RV15 zu übertragen; Dieser Betrag wird in Spalte 1 der Zeile RX3 übertragen
- falls das Ergebnis aus dieser Berechnung negativ ist, ist der entsprechende Betrag ohne Vorzeichen (-) in Zeile RV16 zu übertragen. Dieser Betrag wird in Spalte 2 der Zeile RX3 übertragen

TEIL II-B - Akontozahlung des kommunalen Irpef-Zuschlags für das Jahr 2018

Zeile RV17: Zur Bestimmung der Anzahlung für die kommunale IRPEF-Zuschlag für 2018 die folgenden Rechnungen durchführen:

- auf das steuerpflichtige Einkommen bezüglich der Steuerperiode 2017 (Zeile RV17 Sp. 2) den von der Gemeinde, in der der Steuerpflichtige ab dem 1. Januar 2018 seinen Wohnsitz hat, beschlossenen Satz anwenden;
 - 30% des so bestimmten Betrags errechnen (Anzahlung für 2018);
 - vom erhaltenen Ergebnis die vom Arbeitgeber einbehaltene Anzahlung der kommunalen Zusatzabgabe 2018 abziehen (Zeile RC10 Sp. 5).
- Ist der anzuwendende Steuersatz für die Vorauszahlung weiterhin jener, der für das vorangegangene Steuerjahr beschlossen wurde (G.v.D. Nr. 175 vom 21. November 2014, Art. 8, Absatz 2).

Daher ist zwecks Vorauszahlung der kommunalen Zusatzsteuer für 2018 der Steuersatz zu verwenden, der von der Gemeinde für das Jahr 2016 beschlossen wurde.

Glaubt der Steuerzahler, dass in der nächsten Erklärung eine niedrigere Steuer zu erklären sein wird (zum Beispiel infolge von abzugsfähigen Aufwendungen, die er im Steuerjahr 2017 getragen hat, bzw. durch niedrigere im selben Jahr bezogene Einkünfte), kann er für das Jahr 2018 eine Akontozahlung minderen Betrages leisten als jener, der mit Bezug auf das steuerpflichtige Einkommen aus dieser Erklärung ermittelt wurde. In diesem Fall muss der Betrag, der sich infolge der unten angeführten Anleitungen ergibt, in Spalte 7 dieser Zeile eingetragen werden und nicht der niedrigere eingezahlte bzw. zu zahlende Betrag.

Die Anzahlung der kommunalen Zusatzabgabe kann zu den im Teil I, Kapitel 6 unter dem Stichwort "Rateneinteilung" angegebenen Bedingungen in Raten gezahlt werden.

Vor der Festsetzung der für die kommunale Zusatzsteuer 2018 fälligen Anzahlung müssen Sie die eventuelle von der Gemeinde beschlossene und der Tabelle der Hauptabteilung für Finanzen, auf die auf der Internetseite www.agenziaentrate.gov.it verwiesen wird, entnehmbare Befreiungsschwelle berücksichtigen. Wenn der Betrag von Spalte 2 dieser Zeile kleiner als oder gleich dem in der genannten Tabelle als Befreiungsschwelle angegebenen Betrag ist, ist keine Anzahlung für die kommunale Zusatzsteuer 2018 fällig und die Spalte 2 dieser Zeile ist nicht abzufassen; wenn hingegen der Betrag von Spalte 2 über der Befreiungsschwelle liegt, ist die Anzahlung für die kommunale Zusatzsteuer 2018 fällig und der in der Spalte 3 dieser Zeile angegebene Steuersatz ist auf den gesamten Betrag in Spalte 2 anzuwenden.

Wenn die Gemeinde bestimmte Vergünstigungen mit Bezug auf besondere Einkommenssituationen beschlossen hat, muss geprüft werden, ob Wenn sich hingegen die Ermäßigungen auf subjektive, nicht aus den in der Erklärung vorhandenen Daten ableitbaren Bedingungen (zum Beispiel der Betrag ISEE bzw. eine besondere Zusammensetzung des Haushalts) beziehen, müssen Sie zur Bescheinigung des Besitzes dieser Anforderungen das Kästchen von **Spalte 1 (Ermäßigungen)** abfassen und Folgendes angeben:

- Kode "1", wenn die kommunale Zusatzsteuer nicht fällig ist, weil das Einkommen unter der Befreiungsgrenze liegt oder diese erreicht, die für die besondere subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen vorgesehen ist

- Kode "2" bei totaler Befreiung bei der nicht mit dem Einkommen verbundenen, besonderen subjektiven Bedingung des Steuerpflichtigen;
- Kode "3" bei Vorliegen anderer Vergünstigungen.

Wenn diese Spalte abgefasst wurde, ist Spalte 4 dieser Zeile nicht abzufassen.

Spalte 2 (Bemessungsgrundlage): es ist die Bemessungsgrundlage des Steuerjahres 2017 anzuführen, die derjenigen in Zeile RV1 entspricht. Wenn Sie Einkommen aus selbstständiger Arbeit und/oder Unternehmenstätigkeit bezogen haben, für die die Steuerbestimmungen Anwendung finden, die auch für die Bestimmung der für 2018 fälligen Anzahlung Bedeutung annehmen, in dieser Zeile den steuerpflichtigen, bezüglich der Steuerperiode 2017 neu bestimmten Betrag unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen angeben ;

Das Kästchen von **Spalte 3 (Steuersätze nach Einkommensklassen)** ist anzukreuzen, wenn die Gemeinde die Anwendung verschiedener Steuersätze je nach Einkommensklasse beschlossen hat, die den für die IRPEF vorgesehenen Kriterien entsprechen. In diesem Fall ist Spalte 4 in Bezug auf den Steuersatz nicht abzufassen

Spalte 4 (Steuersatz): es ist der Steuersatz anzuführen, der für die Berechnung der Akontozahlung anzuwenden ist. Es wird daran erinnert, dass der Steuersatz anzuführen ist, der für das Jahr 2017 beschlossen wurde. Der Steuersatz ist derjenige in Bezug auf die Gemeinde, in der der Steuerpflichtige am 1. Januar 2018 den Steuerwohnsitz hat; dieser Steuersatz ist in der Tabelle der Hauptabteilung für Finanzen angegeben, auf die auf der Website www.agenziaentrate.gov.it verwiesen wird.

Spalte 5 (Geschuldete Akontozahlung): ist das Ergebnis der folgenden Berechnung einzutragen:

$$\frac{RV17 \text{ Sp. } 2 \times RV17 \text{ Sp. } 4 \times 0,3}{100}$$

Wenn die Gemeinde Steuersätze nach Einkommensklassen (Spalte 3 angekreuzt) nach der vorhergehenden Formel vorgesehen hat, sind anstelle des Einzelsteuersatzes die beschlossenen unterschiedlichen Steuersätze anzuwenden. Wenn die Gemeinde eine Befreiungsschwelle beschlossen hat und Sie die vorgesehene Bedingung für ihre Inanspruchnahme erfüllen, müssen Sie diese Spalte nicht ausfüllen. Es wird hierzu auf die zuvor wiedergegebenen Anleitungen verwiesen.

Spalte 6 (Vom Arbeitgeber einbehaltener kommunaler Zuschlag 2018) es ist der Betrag aus Zeile RC10 Sp. 5 zu übertragen;

Spalte 7 (Einbehaltener bzw. bezahlter Betrag) ist nur im Falle einer Ersatz- bzw. Berichtigungserklärung abzufassen, dabei ist anzugeben:

- der mit dem Vordruck F24 als Anzahlung auf die kommunale Zusatzabgabe entrichtete Betrag, bei Ergänzung eines vorherigen Vordrucks Einkommen NP 2018;
- der in der Sp. 7 Zeile 97 angegebene Betrag (bzw. Sp.7 der Zeile 117 für den erklärenden Ehegatten) des Vordrucks 730-3/2017 (Liquidationaufstellung), der von demjenigen ausgestellt wurde, der den Steuerbeistand geleistet hat, bei Ergänzung eines vorherigen Vordrucks 730/2017;

Spalte 8 (Geschuldete Akontozahlung) ist das Ergebnis folgender Berechnung anzuführen: RV17 Sp. 5 – RV17 Sp. 6 – RV17 Sp. 7.

Ist das Ergebnis negativ, ist Spalte 8 nicht abzufassen.

13. ÜBERSICHT DI - Ergänzende Erklärung

Die Übersicht wird von Subjekten verwendet, die im Lauf des Jahres 2017 eine oder mehrere ergänzende Erklärungen im Sinne des Artikels 2, Abs. 8-bis des Dekrets des Präsidenten der Republik vom zweiten 20. Juli 1998 Nr. 322, geändert durch den Art. 5 des Gesetzesdekrets vom zweiten 20. Oktober 2016, Nr. 193, mit Änderungen in den Gesetzesstand erhoben durch das Gesetz vom 1. Dezember 2016 Nr. Zweite 25 eingereicht haben, nach der vorgesehenen Frist für die Einreichung der Erklärung zum Steuerjahr , das auf das Referenzjahr der ergänzende Klärung folgt (zum Beispiel ergänzende Erklärung Unico 2014 für 2013, eingereicht im Jahr 2017).

In der Erklärung zum Steuerzeitraum, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde, wird auch das Steuerguthaben angegeben, das sich aus der geringeren Steuerschuld oder dem höheren Guthaben ergibt, das aus der ergänzenden Erklärung hervorgeht.

Zu diesem Zweck ist anzugeben:

- In **Spalte 1** der Abgabencode zum Guthaben entsprechend der ergänzenden Erklärung;
- In **Spalte 2** das Jahr in Bezug auf den für die ergänzende Erklärung verwendeten Vordruck (zum Beispiel für die ergänzende Erklärung UNICO 2014 ist 2013 anzugeben);
- In **Spalte 3** das Guthaben, das aus der geringeren Schuld oder dem höheren Guthaben entsprechend der ergänzenden Erklärung hervorgeht, für die Fälle einer Korrektur von Kompetenz-Buchhaltungsfehlern, bezüglich des Steuersatzes, wofür keine Rückerstattung in derselben ergänzenden Erklärung beantragt wurde. Dieser Betrag muss im in Spalte 4 anzugebenden Guthaben nicht enthalten sein und er ist dem Betrag des sich aus der vorigen Erklärung ergebenden in der/dem dazu geeigneten Zeile/Feld der Übersicht/ des Abschnitts, wobei die entsprechende Steuer abgerechnet wird (z. B. im Fall von Überschuss IRPEF, in der Zeile RN36 der Übersicht RN), anzugebenden Steuerüberschusses hinzuzufügen. Das in der gegenständlichen Spalte angegebene Guthaben kann zum Ausgleich der Schuldbeträge ab dem auf den Tag der Einreichung der ergänzenden Erklärung folgenden Tag und innerhalb des Endes der Steuerperiode, worum die gegenständliche Erklärung geht, benutzt werden.
- In **Spalte 4** das Guthaben, das aus der geringeren Schuld oder dem höheren Guthaben entsprechend der ergänzenden Erklärung hervorgeht, für die verschiedenen Fälle als die Korrektur von Kompetenz-Buchhaltungsfehlern, für den Anteil, für den in der ergänzenden Erklärung selbst keine Rückerstattung beantragt wurde. Dieser Betrag trägt zur Abrechnung der entsprechenden Steuerschuld oder des Steuerguthabens bei, das aus der vorliegenden Erklärung hervorgeht. Das Ergebnis dieser Abrechnung ist in die Spalte 1 (im Fall einer Schuld) oder 2 (im Fall eines Guthabens) der entsprechenden Zeile des Abschnitts I der Übersicht Herr X übertragen. Wenn das in der vorliegenden Spalte angegebene Guthaben eine Abgabe betrifft, für die keine entsprechende Zeile im Abschnitt I der Übersicht RX vorhanden ist, oder für den in der entsprechenden Zeile keine Spalte 2 existiert, ist das genannte Guthaben in den Abschnitt II der Übersicht RX zu übertragen.

Wenn im Lauf des Jahres 2017 mehrere ergänzende Erklärungen zu verschiedenen Steuerzeiträumen eingereicht wurden, muss für jeden Abgabencode und den entsprechenden Steuerzeitraum eine eigene Zeile der vorliegenden Übersicht ausgefüllt werden.

Wenn ein einziger Vordruck zur Angabe der erforderlichen Daten nicht ausreicht, müssen weitere Vordrucke verwendet werden, wobei jeder von Ihnen getrennt zu nummerieren und die fortlaufende Nummerierung im Kästchen rechts oben einzutragen ist.

14. ÜBERSICHT RX - ERGEBNIS DER ERKLÄRUNG

Die Übersicht RX muss ausgefüllt werden, um die Steuerschulden oder Steuerguthaben anzugeben, sowie zur Angabe der Verwendungsmodalitäten der Guthaben und/oder der eventuellen Überschüsse der Saldozahlung.

Diese Übersicht besteht auf folgenden Teilen:

- Guthaben/Einzahlungsüberschüsse aus der vorliegenden Erklärung;
- Überschüsse aus der vorhergehenden Erklärung, die in den Übersichten dieses Erklärungsvordrucks keine Berücksichtigung finden;

Für Steuerguthaben und/oder für überschüssige Saldozahlungen kann die Rückerstattung beantragt werden, oder diese Beträge können im Sinne des Art. 17 des GvD Nr. 241/1997 für den Ausgleich oder als Verminderung der geschuldeten Steuer der Steuerzeiträume nach jenem, auf dem sich diese Erklärung bezieht, in Anspruch genommen werden. Es ist erlaubt, den Gesamtbetrag des Guthabens aufzuteilen, indem man für einen Teil eine Rückerstattung verlangt und einen anderen Teil als Ausgleich der Steuer verwendet.



Die Guthaben bezüglich der IRPEF, der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer in Höhe von 12 Euro oder darunter sind weder zurückzahlbar noch im Ausgleich verwendbar. Die Guthaben zu den Ersatzsteuern und den anderen in der Übersicht RX angegebene Steuern in der Höhe von gleich oder weniger als 10 Euro sind nicht rückerstattbar.

Falls die Rückerstattung des Guthabens aus dieser Erklärung (Spalte 3 von Teil I) oder des Guthabens aus der vorhergehenden Erklärung (Spalte 4 von Teil II) beantragt werden soll, hat der Steuerzahler zur Verkürzung der Wartezeit auf die Rückerstattung die Möglichkeit, der Agentur der Einnahmen seine Bankkoordinaten über die telematischen Kanäle der Agentur der Einnahmen direkt zu übermitteln oder den Antrag für die Gutschrift bei einer der lokalen Dienststellen vorzulegen.



Die Höchstgrenze der Steuerguthaben beträgt, die die auf dem Steuerkonto erstattet und/oder verrechnet werden können Euro 700.000 für jedes Kalenderjahr im Sinne von Art. 17 des G.v.D. Nr. 241 von 1997.

TEIL I - Aus der vorliegenden Erklärung hervorgehende Schulden und/oder Guthaben und Überschüsse

Im vorliegenden Abschnitt müssen die Schulden und Guthaben in Bezug auf die Steuern angegeben werden, die aus der vorliegenden Erklärung hervorgehen, sowie die Überschüsse der Saldozahlung. Im Fall von Steuerguthaben und/oder Zahlungsüberschüssen müssen im selben Abschnitt außerdem die entsprechenden Verwendungsmodalitäten angegeben werden.

Mit Bezug auf die Steuer auf das Einkommen natürlicher Personen, auf die regionale und kommunale Zusatzabgabe (Zeilen RX1 bis RX3) wird daran erinnert, dass der Betrag, für den die Rückzahlung und/oder der Ausgleich beantragt wird, nicht unter 13,00 Euro liegen darf (Art. 1 Absatz 137 Gesetz Nr. 266 vom 23.12.2005 und nachfolgende Änderungen). Somit dürfen, wenn die Summe der in den Spalten 1 und 2 einer jeden Zeile von RX1 bis RX3 angegebenen Beträge unter 13,00 Euro liegt, die Spalten 3 und 4 derselben Zeilen nicht ausgefüllt werden. Gleichfalls wird daran erinnert, dass der in jeder der Spalten 3 und 4 anzugebende Betrag nicht unter 13 Euro liegen darf.

In Bezug auf sonstige Steuern, darf der Betrag, dessen Erstattung (Spalte 3) beantragt wird, nicht unter 11,00 Euro liegen.

In der **Spalte 1** ist der Betrag der Steuerschuld als Ergebnis der jeweiligen Übersichten der vorliegenden Erklärung anzugeben.

Hinweis: Falls die Übersicht DI ausgefüllt ist, muss der Betrag, der in der vorliegenden Spalte der Zeilen, in denen die Spalte 2 vorhanden ist, einzutragen ist, um das Guthaben vermindert werden, das in Spalte 4 der Übersicht DI für jede entsprechende Steuer angegeben ist.

Wenn das Ergebnis dieser Berechnung negativ ist, ist die Spalte nicht auszufüllen; die Differenz muss jedoch ohne negatives Vorzeichen in die Spalte 2 eingetragen werden.

In der vorliegenden Spalte ist die Gesamtsumme der aus der Erklärung hervorgehenden Steuerschuld anzugeben und nicht der Betrag der ersten Rate.

In der **Spalte 1**, "Betrag der Steuerschuld entsprechend der vorliegenden Erklärung", sind die folgenden Beträge anzugeben:

- Zeile RX1 (IRPEF): Betrag der Zeile RN45;
- Zeile RX2 (Regionale Zusatzsteuer IRPEF): Betrag der Zeile RV7;
- Zeile RX3 (Kommunale Zusatzsteuer IRPEF): Betrag der Zeile RV15;
- Zeile RX4 (Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen): Betrag der Zeile RB11, Spalte 11;
- Zeile RX7 (Ersatzsteuer auf ausländisches Kapital): Betrag der Zeile RM12, Spalte 5;
- Zeile RX8 (Ersatzsteuer auf Einkommen aus Kapital): Betrag der Zeile RM13, Spalte 2;
- Zeile RX9 (Ersatzsteuer Erträge aus Garantieeinlagen): Betrag der Zeile RM16, Spalte 2;
- Zeile RX10 (Ersatzsteuer Neubewertung der Abfindung): Betrag der Zeile RM25, Spalte 40
- Zeile RX12 (Anzahlung auf Einkommen getrennter Besteuerung): Betrag RM14, Spalte 4, RM25, Spalte 21, RM25, Spalte 38, RM26, Spalte 4, RM27, Spalte 4;
- Zeile RX13 (Ersatzsteuer Neuanpassung Steuerbeträge): Betrag der Zeile RM28, Spalte 6;
- Zeile RX14 (Zusatzsteuer Bonus und Aktienoptionen): Betrag der Zeile RM29, Spalte 5;
- Zeile RX15 (Ersatzsteuer Einkommen aus Teilhaberschaft an ausländischen Unternehmen): Betrag der Zeile RM18, Spalte 5
- Zeile RX16 (Steuer Pfändung bei Dritten und beschlagnahmten Güter): Betrag RM24, Spalte 7 und RM31, Spalte 2;
- Zeile RX17 (Steuer gelegentlicher Bootsverleih): Betrag der Zeile RM30, Spalte 2;
- Zeile RX18 (Ersatzsteuer für finanzielle Wertzuwächse, Abschn. I, II, VI): Betrag der Zeile RT10 und Betrag der Zeile RT29;
- Zeile RX25 (Steuer auf den Wert von im Ausland gelegenen Immobilien): Betrag der Zeile RW7, Spalte 5;
- Zeile RX26 (Steuer auf im Ausland getätigte Finanzaktivitäten): Betrag der Zeile RW6, Spalte 5;
- Zeile X31 (Ersatzsteuer von Subjekten, die am begünstigten Steuersystem für junge Unternehmer und Arbeiter im Stellenabbau teilnehmen und Steuerpflichtige die das pauschale Steuersystem in Anspruch nehmen): Betrag der Zeile LM46;
- Zeile RX33 (Ersatzsteuer Abzüge ohne Buchführung): Betrag der Zeile RQ18, Spalte 3;
- Zeile RX34 (Ersatzsteuer Wertzuwächse Güter/Unternehmen): Betrag der Zeile RQ5;
- Zeile RX35 (Ersatzsteuer Übertragungen SIIQ/SIINQ): Betrag der Zeile RQ13, Spalte 2;
- Zeile RX36 (Ethiksteuer): Betrag der Zeile RQ49, Spalte 7;
- Zeile RX37 (Ersatzsteuer Güter RQ Abschn. XXII): Betrag der Zeile RQ82, Spalte 2;

In der **Spalte 2** ist der Betrag des Guthabens als Ergebnis der jeweiligen Übersichten der vorliegenden Erklärung anzugehen.

Falls die Übersicht DI ausgefüllt ist, muss der Betrag, der in der vorliegenden Spalte einzutragen ist, um das Guthaben erhöht werden, das in Spalte 4 der Übersicht DI für jede entsprechende Steuer angegeben ist.

In Spalte 2, „Guthabenbetrag aus dieser Erklärung“, sind folgende Beträge anzugeben:

- Zeile RX1 (IRPEF): der Betrag laut Zeile RN46 nach Abzug dessen, was für die Zahlung der Ersatzsteuer auf die höheren Werte verwendet wurde, die sich aus Einlagen beim CAF ergeben (Zeile RQ4);
- Zeile RX2 (Regionale IRPEF-Zusatzsteuer): der Betrag der Zeile RV8;
- Zeile RX3 (Kommunale IRPEF-Zusatzsteuer) der Betrag der Zeile RV16;
- Zeile RX4 (Definitive Ertragsteuer): der Betrag der Zeile RB11, Spalte 12;
- Zeile RX5 (Ersatzsteuer auf Produktivitätsprämien): Betrag der Zeile RC4, Spalte 10;
- Zeile RX15 (Ersatzsteuer auf Einkommen aus Beteiligungen an Auslandsunternehmen): Betrag der Zeile RM18, Spalte 6;
- Zeile RX16 (Steuer für Pfändung bei Dritten): Betrag der Zeile RM24, Spalte 8;
- Zeile RX18 (Ersatzsteuern für finanzielle Wertzuwächse): Betrag der Zeile RT103, Spalte 3;
- Zeile RX25 (Vermögenssteuer auf ausländische Immobilien): Betrag der Zeile RW7, Spalte 6;
- Zeile RX26 (Steuer auf die im Ausland gehaltenen finanziellen Vermögenswerte): Betrag der Zeile RW6, Spalte 6;
- Zeile X31 (Ersatzsteuer von Subjekten, die am begünstigten Steuersystem für junge Unternehmer und Arbeiter im Stellenabbau teilnehmen und Steuerpflichtige die das pauschale Steuersystem in Anspruch nehmen): Betrag der Zeile LM47;
- Zeile RX36 (Ethikabgabe): Betrag der Zeile RQ49, Spalte 8.

In Spalte 3, „Überschuss der Saldozahlung“, ist der Teil des eingezahlten Betrags anzugeben, der ggf. über den Betrag hinausgeht, der als Saldozahlung aufgrund der vorliegenden Erklärung zu entrichten war. Außerdem ist in dieser Spalte der eventuelle Guthabenbetrag in Bezug auf den Steuerzeitraum anzugeben, auf den sich diese Erklärung bezieht, das in einem höheren Umfang verrechnet wurde, als sich aus den entsprechenden Übersichten dieser Erklärung ergibt, oder in einem Umfang, der über dem Jahreshöchstbetrag von 700.000 Euro liegt, so wie vorgesehen von Art. 9, Absatz 2, des Gesetzesdekrets Nr. 35 von 2013, und das spontan weitergeleitet wurde entsprechend dem Verfahren laut Rundschreiben Nr. 48/E vom 7. Juni 2002 (Antwort zu Frage 6.1) und Beschluss 452/E vom 27. November 2008. Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrag des weitergeleiteten Guthabens nach Abzug des Strafgeldes und der Zinsen angegeben werden muss, die ggf. als Rücktritt vom Versuch gezahlt wurden. Für jede Zeile muss die Summe der Beträge der Spalte 1 und der Spalte 2 unter den Spalten 3 und/oder 4 aufgeteilt werden, vorbehaltlich der Hervorhebungen mit der auf die Zeilen RX1 bis RX3 bezogenen Anleitung.

In Spalte 4 „Guthaben, dessen Rückerstattung beantragt wird“ ist das Guthaben, dessen Rückerstattung beantragt wird, anzugeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass jener Teil des Guthabens, der bis zum Einreichungsdatum dieser Erklärung bereits für den Ausgleich verwendet wurde, klarerweise nicht rückerstattet werden kann.

In Spalte 5 „Guthaben, das für den Ausgleich und/oder die Absetzung zu verwenden ist“ ist das Guthaben anzugeben, das im Sinne des GvD Nr. 241 vom 9. Juli 1997 im Vordr. F24 für den Ausgleich in Verminderung der für den Zeitraum nach jenem, der sich auf diese Erklärung bezieht, beansprucht wurde. Zum Beispiel ist beim IRPEF-Guthaben sowohl der Teil des Guthabens, das der Steuerzahler im Sinne des GvD Nr. 241/1997 mit Vordruck F24 ausgleichen möchte, als auch jener Teil des Guthabens anzugeben, den er als Verminderung der für das Jahr 2015 geschuldeten IRPEF-Akon-tozahlungen ausgleichen möchte. Im Vordr. F24 ist der Ausgleich nicht anzugeben.

In dieser Spalte müssen die Beträge des Guthabens einschließlich der bereits beanspruchten Beträge angeführt werden.

Das in der vorliegenden Spalte angegebene Guthaben kann in Bezug auf den Teil, der eventuell aus der Spalte 4 der Übersicht DI hervorgeht, als Ausgleich verwendet werden, um die gereiften Steuerschulden zu bezahlen, ab dem Steuerjahr nach jenem, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde (Art. 2, Abs. 8-bis D.P.R. Nr. 322 von 1998, geändert durch den Art. 5 des Gesetzesdekrets Nr. 193 von 2016).



Wenn der Steuerpflichtige das Guthaben nicht im Ausgleich im F24 verwendet hat und das Guthaben nicht in der nachfolgenden Erklärung geltend macht oder wenn diese nicht vorgelegt wird, weil die Bedingungen für die Befreiung zutreffen, kann er die Rückzahlung beantragen, indem er einen entsprechenden Antrag bei den Behörden der Agentur der Einnahmen einreicht, die auf der Grundlage des Steuerwohnsitzes zuständig sind. Wenn der Steuerpflichtige im darauf folgenden Jahr keine Erklärung vorlegt, da die Bedingungen für die Befreiung zutreffen, kann er auf jeden Fall das betreffende Guthaben in der ersten, auf die vorgelegte folgenden Erklärung angeben. Wenn sich bei einer automatisierten Kontrolle der Erklärung ein Zustehen eines höheren Überschusses als dem erklärten ergibt, nimmt die Agentur der Einnahmen nach einer Mitteilung an den Steuerpflichtigen die Rückerstattung dieser höheren Summen vor, es sei denn, dieser macht andere Angaben. In den Fällen, in denen ist es nicht möglich ist, mit Sicherheit das Zustehen des Guthabens festzulegen, übersendet die Agentur dem Steuerpflichtigen die übliche Mitteilung eines höheren Guthabens für seine Bestätigung bei den Ämtern.

TEIL II - Guthaben und Überschüsse aus den vorhergehenden Erklärungen

Dieser Teil ist ausschließlich der Anwendung der Überschüsse und der Guthaben aus den vorhergehenden Besteuerungszeiträumen, die nicht in der ursprünglichen Übersicht erfasst werden können, vorbehalten, damit sie in der vorliegenden Erklärung Verwendung finden.

Die Abfassung dieses Teiles kann in den folgenden Fällen vorgenommen werden:

1. der Steuerzahler ist nicht mehr verpflichtet, eine oder mehrere Erklärungen bzw. einzelne Übersichten des Vordruckes UNICO einzureichen, weshalb der Übertrag des Überschusses und dessen Anwendung nicht eingetragen werden kann. Dies trifft zum Beispiel für Steuerzahler zu, die ihre unternehmerische oder freiberufliche Tätigkeit innerhalb 31. Dezember 2016 beendet haben, eine MwSt.-Erklärung mit einem Saldoguthaben aufweisen und sich dafür entschieden haben, den Überschuss aus dem Vordruck EINKOMMEN 2017 als Ausgleich für andere geschuldete Abgaben zu verwenden.

Es wird präzisiert, dass die aus der vorherigen Erklärung hervorgehende Überschüsse bezüglich der Einkommensteuer und der regionalen und kommunalen Zusatzsteuer nicht in diesem Abschnitt anzugeben sind, sondern in die Übersichten RN und RV zu übertragen sind, auch wenn der Steuerpflichtige kein der ordentlichen Besteuerung unterziehbares Einkommen besitzt (z.B. der Steuerpflichtige, der keine anderen Einkommen bezieht als die in der Übersicht LM angegebenen).

2. die vorhergehende Erklärung unterliegt aufgrund der überschüssigen Einzahlungen einer Richtigstellung zu Gunsten des Steuerzahlers, aber in dieser Übersicht ist der Übertrag des Guthabens nicht vorgesehen, was hauptsächlich in Bezug auf die Ersatzsteuer zutreffen kann. Dabei handelt es sich vor allem um Ersatzsteuern aus der Übersicht RQ, in der die Überschüsse in der Regel nicht vorgesehen sind;
3. bei Vorliegen von Einzahlungsüberschüssen, die der Steuerzahler nach Einreichung des Vordruckes EINKOMMEN 2017 feststellt und/oder dem Steuerzahler von der Agentur der Einnahmen infolge der Verrechnung der Erklärung mitgeteilt worden sind, unter der Voraussetzung, dass diese Beträge nicht in die eigens vorgesehene Übersicht, auf welche sich die Steuerüberschüsse beziehen, oder im Teil I der Übersicht RX angegeben werden können.

Dieser Abschnitt ist auch zu verwenden, wenn in der Übersicht DI die entsprechenden Guthaben zu Steuern angegeben werden, für die keine Darlegung im Abschnitt I vorgesehen ist.

In **Spalte 1**, „**Steuerkode**“, ist beschränkt auf die Zeilen **von RX54 bis RX57** der Steuerkode des Betrags oder des Guthabenüberschusses anzugeben, der aus dem vorhergehenden Jahr für die Steuern übertragen werden soll, die sich von denen unterscheiden, die ausdrücklich in den Zeilen von RX51 bis RX53 vorgesehen sind.

In **Spalte 2** „**Vorhergehender Überschuss bzw. Guthaben**“ ist der Gesamtbetrag des Steuerguthabens gemäß Spalte 4 der entsprechenden Zeile der Übersicht RX – Teil 1 des Vordruckes EINKOMMEN 2017 anzugeben. Weiters können in dieser Spalte die nach Einreichung der Erklärung EINKOMMEN 2017 erhobenen Einzahlungsüberschüsse bzw. jene, die von der Agentur der Einnahmen infolge der Verrechnungserklärung anerkannt wurden, angegeben werden, unter der Voraussetzung, dass diese Beträge nicht in der eigens vorgesehenen Übersicht, auf welche sich die Steuerüberschüsse beziehen, oder im Teil I der Übersicht RX angegeben werden können. Falls die Übersicht DI ausgefüllt ist, muss der Betrag, der in der vorliegenden Spalte einzutragen ist, um das Guthaben erhöht werden, das in Spalte 4 der Übersicht DI für jede entsprechende Steuer angegeben ist.

In **Spalte 3** „**Im Vordruck F24 verrechneter Betrag**“ ist der Gesamtbetrag des Guthabens oder des Überschusses aus der vorherigen Spalte 2 anzugeben, der im Sinne des Art. 17 des GvD Nr. 241/1997 innerhalb der Einreichungsfrist der vorliegenden Erklärung mit dem Vodr. F24 gänzlich als Ausgleich verwendet wurde. Die Differenz, welche zwischen dem in Spalte 2 angeführten Betrag und dem in Spalte 3 angeführten Betrag hervorgeht, muss in Spalte 4 und/oder Spalte 5 übertragen werden.

In **Spalte 4** „**Betrag, dessen Rückerstattung beantragt wird**“ ist der Gesamtbetrag des Guthabens anzugeben, für welchen man beabsichtigt, eine Rückerstattung zu beantragen. Was die Rückerstattung des Mehrwertsteuerguthabens betrifft, muss auch ein eigener Antrag an das zuständige Büro der Agentur Einnahmen gestellt werden. Was die Rückerstattungen der Guthaben der Vor- und Fürsorgebeiträge betrifft, muss ein eigenes Ansuchen beim Nationalinstitut für soziale Fürsorge (NISF / INPS) eingereicht werden. Es wird daran erinnert, dass der Betrag, für den die Rückzahlung beantragt wird, nicht unter 11,00 Euro liegen darf.

In **Spalte 5** „**Restbetrag, der zu verrechnen ist**“ ist der Gesamtbetrag des Guthabens anzuführen, das im Sinne des Art. 17 des GvD Nr. 241/1997 innerhalb der Einreichungsfrist der folgenden Erklärung mit Vodr. F24 für den Ausgleich zu verwenden ist. Zu diesem Zweck muss im Vordruck F24, auch wenn es sich um ein Guthaben vorhergehender Zeiträume handelt, der entsprechende Abgabekode und das Bezugsjahr 2017 angegeben werden. Durch die Angabe dieser Daten in dieser Übersicht wird die Gültigkeit des Guthabens wieder hergestellt und jenen Guthaben gleichgestellt, die im selben Zeitraum entstanden sind.

Es wird festgehalten, dass das in der vorliegenden Spalte angegebene Guthaben in Bezug auf den Teil, der eventuell aus der Spalte 4 der hervorgeht, als Ausgleich verwendet werden kann, um die gereiften Steuerschulden zu bezahlen, ab dem Steuerjahr nach jenem, in dem die ergänzende Erklärung eingereicht wurde (Art. 2, Abs. 8-bis D.P.R. Nr. 322 von 1998, geändert durch den Art. 5 des Gesetzesdekrets Nr. 193 von 2016).

■ Kauf oder Bau neuer oder umgebaute Wohnungen zu Mietzwecken

Für den Kauf neu erbauter Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Dezember 2017, die ab dem Datum des Inkrafttretens des Gesetzes Nr. 164 vom 11. November 2014 unverkauft sind und Maßnahmen zum Umbau, zur Restaurierung oder Sanierung zwecks Erhalt im Sinne von Art. 3, Absatz 1, Buchstaben d) und c) des Einheitstextes gemäß dem Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 380 vom 6. Juni 2001 unterzogen wurden, wird dem Käufer, der eine natürliche Person ist und keine kommerzielle Tätigkeit ausübt, ein Abzug vom Gesamteinkommen in Höhe von 20% des aus der Kaufurkunde resultierenden Kaufpreises der Immobilie bis zu einem Höchstbetrag von insgesamt 300.000 Euro sowie der Passivzinsen im Zusammenhang mit Darlehensverträgen für den Kauf dieser Immobilieneinheiten zuerkannt.

Als unverkauft gelten Immobilieneinheiten, die zum 12. November 2014 schon zur Gänze oder zum Teil gebaut waren, oder für die zum genannten Datum die Wohnbarkeitbescheinigung unter jeglicher Bezeichnung ausgestellt war, sowie diejenigen, für die die vorbereitenden Maßnahmen zur Bebauung konkret begonnen wurden, wie die Übereinkunft zwischen Gemeinde und ausführendem Subjekt, oder ähnliche Abkommen unter jeglicher Bezeichnung gemäß der regionalen Gesetzgebung.

Der Absetzbetrag wird auch gewährt für die vom Steuerzahler getragenen Kosten für erbrachte Dienstleistungen im Zusammenhang mit Unternehmervträgen für den Bau einer oder mehrerer Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken auf bebaubaren Flächen, die der Steuerzahler vor Beginn der Bauarbeiten bereits besaß oder für die bereits Baurechte zuerkannt wurden. Für die Absetzung müssen die zuvor genannten Baukosten vom Unternehmen durch Rechnung bescheinigt werden, das die Arbeiten durchführt. Dieser Abzug wird für den Bau von Immobilieneinheiten, die bis zum 31. Dezember 2017 zu vollenden sind, zugestanden, für die die Wohnbarkeitsbescheinigung unter jeglicher Bezeichnung vor dem 12. November 2014 ausgestellt wurde. Der Abzug wird für belegte Ausgaben für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2014 und 31. Dezember 2017 zugestanden und wird in acht Jahresraten von gleicher Höhe ab dem Steuerzeitraum, in dem der Mietvertrag abgeschlossen wurde, aufgeteilt.

Der Abzug steht unter folgenden Voraussetzungen zu:

- die Immobilieneinheit innerhalb von sechs Monaten nach dem Kauf oder dem Datum der Ausstellung der Wohnbarkeitsbescheinigung, bzw. dem Datum der stillschweigenden Zustimmung gemäß Art. 25 des D. P. R. Nr. 380/2001 für mindestens acht Jahre zur ununterbrochenen Vermietung bestimmt wird; das Anrecht auf Abzug verfällt jedoch nicht, wenn aus Gründen, die nicht dem Vermieter zuzuschreiben sind, der Mietvertrag vor dem Ablauf des genannten Zeitraums aufgelöst wird und ein neuer Vertrag innerhalb von einem Jahr nach der genannten Auflösung des vorhergehenden Vertrags abgeschlossen wird; für Immobilien, die vor der Veröffentlichung des Dekrets des Ministeriums für Infrastruktur und Transport und des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 8. September 2015 gekauft wurden, beginnt die Frist für den Abschluss des Mietvertrags am 3. Dezember 2015;
- dieselbe Immobilieneinheit muss Wohnzwecken dienen und darf nicht unter den Katasterkategorien A/1, A/8 und A/9 klassifiziert oder als solche klassifizierbar sein;
- die Immobilieneinheit darf nicht in einer homogenen E-Zone liegen, wie im Dekret des Ministeriums für öffentliche Aufträge Nr. 1444 vom 2. April 1968 definiert;
- die Immobilieneinheit muss der Energieklasse A oder B gemäß Anlage 4 der nationalen Bestimmungen bezüglich der energetischen Einstufung von Gebäuden angehören, gemäß dem Dekret des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung vom 26. Juni 2009, das im Amtsblatt Nr. 158 vom 10. Juli 2009 veröffentlicht wurde, bzw. gemäß den diesbezüglich geltenden regionalen Bestimmungen;
- der Mietzins darf nicht höher sein als jener, der in Art. 18 des Einheitstextes des Dekrets des Präsidenten der Republik Nr. 380 vom 6. Juni 2001 angegeben ist, bzw. nicht höher als der geringste Mietzins, der in Art. 2, Absatz 3 des Gesetzes Nr. 431 vom 9. Dezember 1998 definiert wurde, und nicht höher als jener, der im Sinne von Art. 3, Absatz 114 des Gesetzes Nr. 350 vom 24. Dezember 2003 festgelegt wurde;
- es dürfen keine verwandtschaftlichen Beziehungen ersten Grades zwischen dem Vermieter und dem Mieter bestehen;
- die Ausführung der Bauarbeiten in Übereinstimmung mit den genehmigten oder mitgeteilten Arbeiten überprüft wurde.

Natürliche Personen, die keine kommerzielle Tätigkeit ausüben, können die erworbenen Immobilieneinheiten mit den steuerlichen Vergünstigungen laut diesem Artikel auch unmittelbar beim Kauf oder auch vor Ablauf des Mindestzeitraums der Vermietung von acht Jahren öffentlichen oder privaten Rechtspersonen zur Nutzung überlassen, die seit mindestens zehn Jahren im Bereich der Sozialwohnungen tätig sind, wie im Dekret des Ministeriums für Infrastruktur vom 22. April 2008 definiert, das im Amtsblatt Nr. 146 vom 24. Juni 2008 veröffentlicht wurde. Voraussetzung dafür ist, dass die Mietbindung zu denselben Bedingungen aufrechterhalten wird, wie in Absatz 4, Buchstabe e) des Gesetzesdekrets Nr. 133 vom 12. September 2014 definiert, und dass die auf jährlicher Basis berechnete Nutzungsgebühr den Betrag der Mietzinsen nicht übersteigt, die mit den vorgesehenen Modalitäten im genannten Absatz 4,

Buchstabe e) berechnet werden.

Der absetzbare Betrag wird in acht jährliche, gleich hohe Raten aufgeteilt, und zwar ab dem Jahr, in dem der Mietvertrag abgeschlossen wurde. Der absetzbare Betrag kann nicht gemeinsam mit anderen Steuervergünstigungen, die für dieselben Ausgaben in anderen gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

Für weitere Informationen wird auf das Dekret des Ministeriums für Infrastruktur und Transport und des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 8. September 2015, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 282 vom 3. Dezember 2015, verwiesen und auf das Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 3 vom 2. März 2016.

■ Adoption von ausländischen Minderjährigen

Es können 50 Prozent der von Adoptiv Eltern für die Erfüllung der Adoptionsverfahren von ausländischen Minderjährigen getragenen Ausgaben, die im Gesamtbetrag von der ermächtigten Körperschaft, welche den Auftrag erhalten hat, das von den im Art. 3 des Gesetzes 476 von 1998 enthaltenen Bestimmungen geregelte Adoptionsverfahren vorzunehmen, bescheinigt werden, abgesetzt werden. Das Verzeichnis der ermächtigten Körperschaften wurde vom Ausschuss für internationale Adoptionen der Präsidentschaft des Ministerrats mit Beschluss vom 18. Oktober 2000, in der Sonderbeilage Nr. 179 zum Amtsblatt Nr. 255 vom 31. Oktober 2000 und nachfolgenden Änderungen veröffentlicht, verabschiedet. Das Verzeichnis der ermächtigten Körperschaften kann auf jeden Fall auf der Internetseite www.commissioneadozioni.it eingesehen werden. Es wird präzisiert, dass unter die absetzbaren Ausgaben auch jene Ausgaben bezüglich der Unterstützung, welche die Annehmenden erhalten haben, der Legalisierung oder Übersetzung der Unterlagen, des Visumantrags, der Reisen, des Auslandsaufenthalts, des eventuellen Vereinigungsbeitrags im Falle des von Körperschaften vorgenommenen Verfahrens und der belegten Ausgaben für die Adoption des Minderjährigen fallen. Die in Auslandswährung getragenen Ausgaben müssen nach den Anweisungen in Kapitel „Vorinformationen“ umgerechnet werden.

■ Begünstigungen für Jungunternehmer im Bereich der Landwirtschaft

Art. 14, Absatz 3, des Gesetzes Nr. 441 vom 15. Dezember 1998, geändert durch Art. 66 des GD Nr. 1 vom 24. Januar 2012, sieht vor, dass die Aufwertung der Einkünfte aus Grundbesitz und Landwirtschaft (welche im Umfang von 80 und 70 Prozent vorgesehen sind) hinsichtlich der Einkommensteuern nicht auf die Steuerzeiträume angewendet wird, in denen die Grundstücke für die landwirtschaftliche Nutzung mit Verträgen von mindestens fünf Jahren Dauer an Personen verpachtet wurden, die:

- noch nicht das vierzigste Lebensjahr vollendet haben;
- selbstbewirtschaftende Landwirte oder berufliche landwirtschaftliche Unternehmer sind, auch in Form einer Gesellschaft. Im letzteren Fall muss die Mehrheit der Anteile oder des Gesellschaftskapitals von jüngeren Personen gehalten werden, die im Besitz der Qualifikation als selbstbewirtschaftender Landwirt oder beruflicher landwirtschaftlicher Unternehmer sind. Die Qualifikationen als selbstbewirtschaftender Landwirt oder beruflicher landwirtschaftlicher Unternehmer können innerhalb von zwei Jahren ab dem Abschluss des Pachtvertrags erworben werden.

Um den Anspruch auf die Nichtaufwertung des Einkommens aus Grundbesitz zwecks Einkommensteuern in Anspruch nehmen zu können, muss der Besitzer des verpachteten Grundstückes die erworbene Eigenschaft des Kleinbauern bzw. des landwirtschaftlichen Unternehmens des Pächters, bei sonstiger Fälligkeit der Begünstigung selbst, bescheinigen.

■ Landwirtschaftliche Tätigkeiten

Zwecks Festlegung des landwirtschaftlichen Ertrags werden als landwirtschaftliche Tätigkeiten betrachtet:

- die Tätigkeiten bezüglich des landwirtschaftlichen Anbaus und der Forstwirtschaft;
- die Tierzucht mit dem Futter, das mindestens für ein Viertel vom Grundstück stammt und die Tätigkeit aus dem Anbau von Pflanzen mittels unbeweglicher oder beweglicher bzw. provisorischer Strukturen besteht, falls die Fläche, die für diese Produktion vorgesehen ist, nicht das Doppelte des für den Anbau vorgesehenen Grundstück ausmacht;
- die Tätigkeiten laut drittem Absatz des Art. 2135 des Bürgergesetzbuches, die obwohl sie nicht auf dem Grundstück durchgeführt werden die Bearbeitung, Aufbewahrung, Umgestaltung, Vermarktung und Aufwertung von Produkten zum Gegenstand haben, die vorwiegend aus der Bebauung des Grundstückes bzw. dem Wald bzw. der Viehzucht stammen. Es handelt sich dabei um Güter die alle zwei Jahre mit Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen nach Vorschlag des Ministers des Landwirtschafts- und Fortwesens ermittelt werden. Außerdem wird der Verkauf von Elektro- und Wärmeenergie aus erneuerbaren Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und fotoelektrischen Quellen, wie auch die Herstellung von Treibstoff aus Pflanzen und von chemischen Produkten, die aus landwirtschaftlichen Produkten stammen, welche vorwiegend auf dem Grund und Boden gewachsen sind, auch als Einkommen aus der Landwirtschaft betrachtet.

Falls die unter Buchstaben b) und c) erwähnten Tätigkeiten die festgelegten Grenzen überschreiten, wird der Einkommensanteil bezüglich dieser überschüssigen Tätigkeit, als Unternehmenseinkommen betrachtet, das aufgrund der im

Teil I, Absatz II des Abschnittes II des TUIR angeführten Bestimmungen zu ermitteln ist.

Mit Bezug auf die Tätigkeiten, welche die Produktion von Pflanzen und Gewächsen (wie zum Beispiel Pflanzen, Blumen, Gemüse, Pilze usw.) zum Gegenstand haben, wird darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Überprüfung der Voraussetzung, die unter Buchst. b) angeführt ist, zwecks Berechnung der Produktionsfläche, auf jene Bezug genommen werden muss, auf welcher die Produktion selbst stattfindet (Stellagen bzw. Paletten) und nicht auf jene, welche sich innerhalb der Struktur befinden. Wird der Grund nicht zum Anbau in Anspruch genommen, fallen nur jene Tätigkeiten unter die landwirtschaftliche Produktion, die nicht auf mehr als zwei Stellagen bzw. Paletten stattfinden.

▣ **Gemeinden mit einer hohen Wohndichte**

Im Rahmen des Durchführungsbereiches der Begünstigungen, welche von Artikel 8 des Gesetzes Nr. 431 von 1998 vorgesehen sind, werden ausschließlich jene Immobilien in Betracht gezogen, die aufgrund eines eigenen Abkommens mit einem konventionierten Mietzins vermietet worden sind und von jenen Einrichtungen der Besitzer und der Mieter abgeschlossen worden sind, welche auf Nationaler Ebene am meisten vertreten sind; die Immobilien müssen sich weiters in den, in Art. 1 des GD Nr. 551 vom 30. Dezember 1988, umgewandelt mit Änderungen in Gesetz Nr. 61 vom 21. Februar 1989 und weitere Änderungen, angeführten Gemeinden befinden. Es handelt um Immobilien, welche sich in den folgenden Ortschaften befinden:

- in den Gemeinden Bari, Bologna, Catania, Florenz, Genua, Mailand, Neapel, Palermo, Rom, Turin und Venedig, oder in den angrenzenden Gemeinden;
- in anderen Provinzhauptstädten;
- in den Gemeinden, die als dicht besiedelt gelten, die im Beschluss CIPE vom 30. März 1985, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 143 vom 19. Juni 1985, aufgezählt werden und die nicht in den vorherigen Punkten enthalten sind;
- In den Gemeinden gemäß dem Beschluss CIPE vom 8. April 1987, Nr. 152, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 93 vom 22. April 1987, die nicht in den vorherigen Punkten enthalten sind;
- in Gemeinden, wie im Beschluss der CIPE vom 13. November 2003, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 40 vom 18. Februar 2004, welche in den vorhergehenden Punkten nicht einbezogen sind;
- in den Gemeinden der Region Kampanien und Basilikata, welche in den ersten achtziger Jahren von Erdbeben betroffen wurden.

Der oben genannte Art. 8 des G. Nr. 431/98, Absatz 4 sieht vor, dass die CIPE jedes zweite Jahr die Liste der Gemeinden mit hoher Wohndichte auf den neuesten Stand bringt. In dieser Hinsicht ist darauf hinzuweisen, dass in Folge der periodischen Richtigstellungen der CIPE, die Gemeinde in welcher die Immobilie liegt, nicht mehr unter die Gemeinden mit hoher Wohndichte eingestuft werden kann und der Vermieter nicht mehr die Steuerbegünstigungen in Anspruch nehmen kann, die bereits ab Beginn des Steuerzeitraumes, im Laufe dessen der Beschluss der CIPE in Kraft tritt, vorgesehen sind.

▣ **Steuerguthaben für nicht bezogene Mietzinsen**

Art. 26 des TUIR sieht vor, dass für Steuern auf den Mietzins, die bezahlt, aber nicht bezogen wurden und sich durch die Ermittlung im Streitverfahren über die Mietkündigung wegen Zahlungsverzug des Mieters ergeben, ein Steuerguthaben in gleicher Höhe zuerkannt wird.

Für die Ermittlung des zustehenden Steuerguthabens müssen die zuviel bezahlten Steuern der nicht bezogenen Mieten berechnet werden, indem die Steuererklärung für jedes einzelne Jahr, das bei der Ermittlung des Streitverfahrens über die Mietkündigung wegen Zahlungsverzug des Mieters festgestellt wird und für welches die Mehrsteuer auf nicht kassierte Mietzinsen gezahlt wurden, neu verrechnet wird.

Bei der Neuverrechnung ist folgendes zu beachten:

- der Katasterertrag der Immobilien;
- etwaige von den Ämtern durchgeführte Richtigstellungen und Feststellungen. Zwecks Berechnung des zustehenden Steuerguthabens, ist die Höhe des entrichteten Beitrages an den Nationalen Gesundheitsdienst nicht von Bedeutung.

Wird der ganze Betrag bzw. ein Teil der Miete bezogen, für den das Steuerguthaben, wie oben festgesetzt, in Anspruch genommen wurde, entsteht die Verpflichtung, mit den Einkünften die der gesonderten Besteuerung unterliegen (falls nicht ausdrücklich die ordentliche Besteuerung gewählt wurde) das neu ermittelte steuerpflichtige Mehreinkommen zu erklären.

Dieses Steuerguthaben kann in der ersten Einkommenserklärung nach Abschluss des Rechtsprechungsverfahrens über die Mietkündigung wegen Zahlungsverzug des Mieters aber in keinem Fall nach dem ordentlichen Termin der zehnjährigen Verjährung, eingetragen werden.

Möchte der Steuerzahler das Steuerguthaben nicht im Rahmen der Steuererklärung in Anspruch nehmen, hat er die Möglichkeit bei den zuständigen Finanzämtern innerhalb den oben angeführten Verjährungsterminen, einen entsprechenden Rückerstattungsantrag zu stellen.

Mit Hinsicht auf die Steuerzeiträume, auf welche bei der Wiederermittlung der Steuer und dem daraus folgenden Steuerguthaben Bezug genommen werden kann, ist der ordentliche Verjährungstermin von zehn Jahren gültig. In der Zwischenzeit kann die genannte Berechnung mit Bezug auf die Erklärungen der Vorjahre, aber nicht nach jenen für das Jahr 2008, durchgeführt werden, unter der Voraussetzung, dass für jedes dieser Jahre der Zahlungsverzug des Mieters im Zusammenhang mit dem Rechtsprechungsverfahren über die Kündigung, das innerhalb 2018 abgeschlossen wurde, festgestellt worden ist.

▣ **Steuerguthaben aus dem Vordr. 730, die vom Steuersubstitut nicht rückerstattet wurden**

Falls der Steuerzahler im Jahr 2017 den Steuerbeistand beansprucht hat und die zustehenden IRPEF - Guthaben weder gänzlich noch teilweise rückerstattet wurden (da das Arbeitsverhältnis aufgelöst oder unzureichende Einbehalte getätigt wurden oder aus sonstigen Gründen), können diese Guthaben von der geschuldeten IRPEF - Steuer, die aus der vorliegenden Erklärung hervorgeht abgezogen werden.

Gleichfalls kann, im Falle einer nicht durchgeführten Rückerstattung von Seiten des Steuersubstituten aufgrund des Ablebens des Steuerzahlers, das IRPEF-Guthaben in der Erklärung, die von den Erben für den Verstorbenen eingereicht wird, in Abzug gebracht werden.

Der in Zeile **RN36, Spalte 2** anzugebende Betrag, der für das IRPEF-Guthaben zusteht, ist unter Punkt 64 der einheitlichen Bescheinigung (für den Erklärer) und unter Punkt 264 der einheitlichen Bescheinigung (für den Ehepartner) ausgewiesen.

▣ **Außerordentliche Ereignisse**

Für Subjekte, deren Fristen für die steuerlichen Verpflichtungen ausgesetzt wurden, werden mit folgenden Codes gekennzeichnet:

1 - Opfer von Erpressungen und Wucherern

Subjekte, welche eine Unternehmer- oder Handelstätigkeit, eine handwerkliche Tätigkeit oder eine wirtschaftliche Tätigkeit bzw. einen Kunst- oder Freiberuf ausüben und auf eine Erpressung nicht eingegangen sind oder überhaupt nicht reagiert haben und demzufolge einen Schaden an beweglichen oder unbeweglichen Gütern im Staatsgebiet erlitten haben. Für die Opfer dieser Erpressungen sieht Artikel 20, Absatz 2, des Gesetzes Nr. 44 vom 23. Februar 1999 einen Fristaufschub der Fälligkeiten der Steuerverpflichtungen, die innerhalb eines Jahres ab dem Datum des schädigenden Ereignisses einzuhalten wären, von drei Jahren vor, was sich auch auf das Einreichungsdatum der Jahreserklärung auswirkt.

2 - Subjekte, die von den Erdbeben vom 24. August 2016 in den Gebieten der Regionen Abruzzen, Latium, Marken und Umbrien betroffen waren

für Subjekte, die am 24. August 2016 ihren Wohnsitz bzw. gesetzlichen oder Betriebssitz in den Gebieten der Regionen Abruzzen, Latium, Marken und Umbrien hatten, und die von den außergewöhnlichen Erdbebenereignissen des 24. Augusts 2016 betroffen waren, hat der Artikel 1 des Dekrets des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 1. September 2016 die Fristen für die Bezahlung der Abgabepflichten ausgesetzt, die in den Zeitraum zwischen dem 24. August 2016 und den 16. Dezember 2016 fallen. Die von der Anordnung zur Aussetzung betroffenen Gemeinden sind im Anhang 1 des erwähnten Dekrets aufgeführt. In der Folge hat der Absatz des Artikels 48 des Gesetzesdekrets vom 17. Oktober 2016 Nr.189, mit Änderungen in den Gesetzesstand erhoben durch das Gesetz vom Dezember 2016 Nr. 229, die Frist für die Aussetzung gemäß Artikel 1 des Dekrets des Ministeriums für Wirtschaft Finanzen vom 1. September 2016 bis zum 30. September 2017 verlängert. Diese Frist wurde bis zum 30. November 2017 vom Art. 11, Abs. 1, Buchst. D) des Gesetzesdekrets Nr. 8 vom 9 Februar 2017, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 45 vom 7. April 2017 umgewandelt, und später bis zum 31. Dezember 2017 vom Art. 43, Abs. 1, Buchst. B) des Gesetzesdekrets Nr. 50 vom 24. April 2017, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 96 vom 21. Juni 2017 umgewandelt, ausschließlich für Subjekte ohne Unternehmenseinkommen oder Einkommen aus selbstständiger Arbeit, die auch keine landwirtschaftliche Tätigkeit gemäß Art. 4 des DPR Nr. 633 vom 26. Oktober 1972 ausüben, verlängert. Die Aussetzung der Fristen zu den Erfüllungspflichten und Abgabenzahlungen, die vom genannten Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen vorgesehen ist, verlängert durch die genannten Normen, kommt auch auf Subjekte zur Anwendung, die ihren Wohnsitz, Firmensitz und Betriebssitz in den **im Anhang 1** des Gesetzesdekrets Nr. 189/2. 16 genannten Gemeinden haben;

3 - Subjekte, die vom humanitären Notstand durch den Zustrom von Migranten aus Nordafrika betroffen sind

Für Subjekte, die am 12. Februar 2011 ihren Steuerwohnsitz bzw. ihren gesetzlichen oder Geschäftssitz in den Gemeinden Lampedusa und Linosa hatten und von der humanitären Notsituation im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom aus Nordafrika betroffen sind, wurden mit der Anordnung der Abteilung für Zivilschutz (OPCM) Nr. 3947 vom 16. Juni 2011 für den Zeitraum vom 16. Juni 2011 bis zum 16. Dezember 2011 die Aussetzung der Fristen für die Zahlungen und die Erfüllung der fälligen Steuerverpflichtungen für denselben Zeitraum verlängert. Die Aussetzung wurde durch den Art. 21-bis des Gesetzesdekrets Nr. 13 vom 17. Februar 2017, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 46 vom 13. April 2017 umgewandelt, bis zum 15. Dezember 2017 verlängert.

4 - Subjekte, die von den Erdbeben vom Oktober 2016 in den Gebieten der Regionen Abruzzen, Latium, Marken und Umbrien betroffen waren

Für am Tag des 20. Oktober 2016 wohnhafte Subjekte bzw. mit Firmensitz oder Betriebssitz auf den Gebieten der Gemeinden der Regionen Abruzzen, Latium, Marken und umbringen, die im Anhang 2 des Gesetzesdekret Nr. 189 vom 17. Oktober 2016, mit Änderungen im Gesetz gewandelt vom Gesetz Nr. 229 von Dezember 2016 genannt sind, kommt die Aussetzung der Zahlungen und der Erfüllung der Abgabepflichten zur Anwendung, die vom Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen vom 1. September

2016 vorgesehen ist, ab dem 26. Oktober 2016 verlängert (bis zum 30. September 2017) durch den Abs. 10 des Artikels 48. des genannten Gesetzesdekrets vom 17. Oktober 2016, Nr. 189. Diese Frist wurde bis zum 30. November 2017 vom Art. 11, Abs. 1, Buchs. D) des Gesetzesdekrets Nr. 8 vom 9. Februar 2017, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 45 vom 7. April 2017 umgewandelt, verlängert und in der Folge bis zum 31. Dezember 2017 vom Art. 43, Abs. 1, Buchs. B) des Gesetzesdekrets Nr. 50 vom 24. April 2017, mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 96 vom 21. Juni 2017 umgewandelt, ausschließlich für Subjekte ohne Unternehmenseinkommen oder Einkommen aus selbstständiger Arbeit, die auch keine landwirtschaftliche Tätigkeit gemäß Art. 4 des DPR Nr. 633 vom 26. Oktober 1972 ausüben, verlängert.

5 - Subjekte, die von dem Erdbeben des 18. Januar 2017 betroffen wurden

Für Steuerzahler, die zum Zeitpunkt des 18. Januar 2017 ihren Wohnsitz bzw. ihren gesetzlichen oder Betriebssitz in den Gebieten der von dem Erdbeben von Januar 2017 betroffenen Gemeinden hatten, die im Anhang 2-bis des Gesetzesdekrets Nr. 189 vom 17. Oktober 2016 – mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 229 vom 15. Dezember 2016 umgewandelt – genannt werden, wird eine Aussetzung der Einzahlungen und der Erfüllung der Steuerverpflichtungen gemäß dem Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen vom 1. September 2016, wie bis zum 30. November 2017 vom Art. 11, Abs. 1, Buchst. D) des Gesetzesdekrets Nr. 8 vom 9. Februar 2017 – mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 45 vom 7. April 2017 umgewandelt – verlängert, angewandt. In der Folge wurde die Aussetzung bis zum 31. Dezember 2017 vom Art. 43, Abs. 1, Buchs. B) des Gesetzesdekrets Nr. 50 vom 24. April 2017 – mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 96 vom 21. Juni 2017 umgewandelt – nur für Subjekte ohne Unternehmenseinkommen oder Einkommen aus selbstständiger Arbeit, die auch keine landwirtschaftliche Tätigkeit gemäß dem Art. 4 des DPR Nr. 633 vom 26. Oktober 1972 ausüben, verlängert;

6 - in der Gemeinden Livorno, Rosignano Marittimo und Collesalveti (Provinz von Livorno) wohnhafte Subjekte

Für Steuerzahler, die zum Zeitpunkt des 9. September 2017 ihren Wohnsitz bzw. ihren gesetzlichen oder Betriebssitz in dem Gebiet der Gemeinden Livorno, Rosignano Marittimo und Collesalveti (Provinz Livorno) hatten, hat der Art. 2, Abs. 1 des Gesetzesdekrets Nr. 148 vom 16. Oktober 2017 – mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 172 vom 4. Dezember 2017 umgewandelt – die Fristen für Einzahlungen und für die Erfüllung der in dem Zeitraum zwischen dem 9. September 2017 und dem 30. September 2018 verfallenden Steuerverpflichtungen ausgesetzt. Die Aussetzung setzt den Antrag des Steuerpflichtigen voraus, die auch eine Unbenutzbarkeitsklärung des Wohnungshauses, ganz oder teilweise, gemäß dem einheitlichen Text laut dem D. P. R. Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 enthalten muss. Derselbe Antrag muss den in dem Gebiet zuständigen Ämter der Agentur der Einnahmen übertragen werden. Die Steuerpflichtige, die den obgenannten Antrag nicht eingereicht haben, nehmen die Aussetzung der Fristen bezüglich der Steuerverpflichtungen und der Einzahlungen vom 9. September 2017 bis zum 6. Dezember 2017 in Anspruch. Der Art. 1, Abs. 756 des Gesetzes Nr. 205 vom 27. Dezember 2017 hat vorgesehen, dass die Aussetzung auch den Steuerpflichtigen angewandt wird, die eine Selbstzertifizierung des erlittenen Schadens gemäß dem einheitlichen Text laut dem DPR Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 eingereicht haben.

7 - In der Gemeinden Casamicciola Terme, Lacco Ameno und Forio der Insel Ischia wohnhafte Subjekte, die von dem Erdbeben vom 21. August 2017 betroffen wurden

Für Steuerzahler, die zum Zeitpunkt des 21. August 2017 ihren Wohnsitz bzw. Betriebssitz in dem Gebiet der Gemeinden Casamicciola Terme und Lacco Ameno der Insel Ischia hatten, hat das Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 20. Oktober 2017 die Fristen für die in dem Zeitraum zwischen dem 21. August 2017 und dem 18. Dezember 2017 verfallenden Einzahlungen und Erfüllungen der Steuerverpflichtungen ausgesetzt; in der Folge hat der Art. 2, Abs. 5-bis des Gesetzesdekrets Nr. 148 vom 16. Oktober 2017 – mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 172 vom 4. Dezember 2017 umgewandelt – den von dem obgenannten Dekret beschlossenen Zeitraum der Aussetzung bis zum 30. September 2018 verlängert und er hat die Aussetzung auch der Gemeinde Forio erweitert. Für Steuerzahler, die zum Zeitpunkt des 21. August 2017 ihren Wohnsitz in der Gemeinden Casamicciola Terme, Lacco Ameno und Forio der Insel Ischia, sind daher die in dem Zeitraum zwischen dem 21. August 2017 und dem 30. September 2018 verfallenden Einzahlungen und die Erfüllung der Steuerverpflichtungen ausgesetzt. Die Aussetzung setzt einen Antrag des Steuerzahlers voraus, der auch eine Unbenutzbarkeitsklärung des Wohnungshauses, ganz oder teilweise, gemäß dem einheitlichen Text laut dem DPR Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 enthalten muss. Derselbe Antrag ist den im Gebiet zuständigen Ämter der Agentur der Einnahmen zu übertragen.

8 - Von anderen außergewöhnlichen Ereignissen betroffene Subjekte

Für den Fall, dass das Subjekt nicht unter den aufgeführten Codes vorgesehene Erleichterungen genutzt hat, muss es die Ziffer 8 in dem entsprechenden Kästchen angeben.

☐ “Zu Lasten lebende Familienangehörige“ – Sonderfälle bei der Abfassung des Kästchens F1

1. Bei zwei zu Lasten lebenden Kindern, wovon das erste Kind am 31. Juli 2017 geheiratet hat und ab diesem Datum zu Lasten des Ehepartners lebt

Im betreffenden Fall ist das zweite, jüngere Kind steuerlich gesehen für die ersten sieben Monate des Jahres als „zweites Kind“ anzusehen, während es für die nächsten fünf Monate des Jahres als „erstes Kind“ ausgewiesen wird. Deshalb sind bei der Abfassung der Übersicht „Familienangehörige zu Lasten“ zwei Zeilen F1 zu verwenden und demzufolge zwei getrennte Übersichten des genannten Vordruckes abzufassen. Eine Übersicht dient der Angabe der ersten Zeitspanne, wobei die Steuernummer des verheirateten Kindes und die Anzahl der Monate (7) bis zu diesem Datum anzugeben sind. Die zweite Übersicht dient der Angabe der zweiten Zeitspanne, wobei die Steuernummer des anderen Kindes, das weiterhin steuerlich zu Lasten lebt und die Anzahl der Monate (5), in welchen dieses Kind als „erstes Kind“ angesehen wird, anzugeben sind.

2. Steuerzahler mit nur einem Kind, das steuerlich in den ersten 4 Monaten des Jahres zu 50% und in den folgenden 8 Monaten des Jahres 100% zu Lasten lebt

Falls es während 2017 zu einer Änderung des zustehenden absetzbaren Prozentsatzes kam, sind bei der Abfassung der Übersicht „Familienangehörige zu Lasten“ die im vorhergehenden Fall beschriebenen Modalitäten zu befolgen, das heißt, es sind zwei getrennte Übersichten für die verschiedenen Zeiträume abzufassen.

In diesen Übersichten sind jeweils die Steuernummer des zu Lasten lebenden Kindes und in Zeile F1 der ersten Übersicht die Anzahl der Monate (4) und der entsprechende zustehende Prozentsatz (50%) und in Zeile F1 der zweiten Übersicht die Anzahl der Monate (8) sowie der entsprechende zustehende Prozentsatz (100%) anzugeben.

3. Steuerzahler mit zwei Kindern, dessen zu Lasten lebender Ehepartner im Juli des Jahres 2017 verstorben ist.

Im betreffenden Fall können für das erste zu Lasten lebende Kind im Lauf des Jahres zwei Absetzungen zustehen, und zwar jene in Bezug auf das erste Kind für den Zeitraum, währenddessen der Ehepartner noch gelebt hat, und jener für den Zeitraum nach dem Ableben des Ehepartners.

Da der Ehepartner nur in den ersten Monaten des Jahres gelebt hat, ist bei der Abfassung der Übersicht „Familienangehörige zu Lasten“ zu beachten, dass in der für den Ehepartner vorgesehenen Zeile der genannten Übersichten die Steuernummer des zu Lasten lebenden Ehepartners und die Anzahl der Monate, in denen dieser gelebt hat (in diesem Fall 7), in der Spalte „Monate zu Lasten“ anzugeben sind.

Für das erste Kind sind zwei Zeilen auszufüllen: In der ersten Zeile ist das erste Kind zu berücksichtigen, indem das Kästchen F1 angekreuzt und die Ziffer „7“ in der Spalte für die Angabe der Monate der zu Lasten lebenden Familienmitglieder eingetragen wird. In der zweiten Zeile ist im Kästchen „Prozentsatz“ der Buchstabe „C“ und in der Spalte für die Angabe des Zeitraums, in dem die Absetzung zusteht, die Anzahl der Monate, die dem zweiten Zeitraum des Jahres entsprechen (in diesem Fall 5) anzugeben.

Für das zweite Kind ist hingegen nur eine Zeile abzufassen, in der die Ziffer „12“ anzugeben ist, die den Monaten entspricht, in denen dieses Kind zu Lasten gelebt hat, da bei diesem Kind im Lauf des Jahres 2017 keine steuerlichen Veränderungen eingetreten sind.

☐ Nicht benutzbare Immobilien

Bei Immobilieneinheiten, die wegen festgestellter physischer Degradierung (eingestürzte, einsturzgefährdete oder baufällige Immobilien) und wegen funktionaler, struktureller und technologischer Veralterung (die durch Instandhaltungsarbeiten nicht behoben werden kann) unzugänglich sind, kann eine neue Katastererfassung durchgeführt werden, die das Fehlen der Bedingungen bestätigt, welche die ordentliche Zweckbestimmung der Immobilieneinheit begründen. Demzufolge ergibt sich auch eine Änderung der Katastereintragung dieser Immobilieneinheit.

Dieses Verfahren besteht darin, bis zum 31. Januar bei den zuständigen Dienststellen der Agentur der Einnahmen eine Änderungsmeldung zusammen mit einer Bescheinigung der Gemeindeämter bzw. einer anderen zuständigen Behörde einzureichen, die sowohl für das Jahr, in dem die Meldung vorgelegt wird, als für darauffolgenden Jahre gültig ist; dies natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die Immobilieneinheit tatsächlich nicht benutzt wird. Diejenigen, die ein solches Verfahren eingeleitet haben, müssen in der Spalte 7 der Übersicht RB den Code 3 in Bezug auf die Sonderfälle angeben und außerdem in Spalte 1 den neuen Katasterertrag angeben, der von den zuständigen Dienststellen der Agentur der Einnahmen zugewiesen wurde, andernfalls ist der vermutete Katasterertrag anzugeben.

Falls der Steuerzahler das Änderungsverfahren nicht in die Wege geleitet hat, so ist der Ertrag dieser Immobilieneinheiten gemäß den ordentlichen Kriterien zu besteuern.

Die Einreichungspflicht dieser Meldung ist nicht gegeben, wenn die Immobilie durch unheilvolle Ereignisse zerstört oder nicht mehr benützt werden kann und die ganze bzw. teilweise Unbenutzbarkeit in einer Bescheinigung der Gemeinde bestätigt wird. Hat sich das Erdbeben im Laufe des Jahres 2017 ereignet, müssen zwei Zeilen für dieselbe Immobilie abgefasst werden: eine für den Zeitraum vor dem Datum des Ereignisses und eine andere für die Periode nach dem Ereignis (bis zur endgültigen Wiederherstellung und Benutzbarkeit der Immobilie), wobei in Spalte 7 der Code 1 angeführt und das Kästchen der Spalte 8 angekreuzt werden muss, damit bestätigt wird, dass es

sich um dasselbe Gebäude handelt.

▣ Landwirtschaftliches Einzelunternehmen, Familienunternehmen bzw. von Ehepartnern in Gemeinschaftsform geführtes Unternehmen

Der Inhaber des landwirtschaftlichen Einzelunternehmens, welcher landwirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, die im Artikel 2135 des ZGB angeführt sind, auch infolge der Umänderung der stillen Familiengemeinschaften gemäß Art. 230-bis, letzter Absatz des ZGB und der faktischen Gesellschaften, muss den Vordruck REDDITI einreichen, indem er in der Übersicht RA den gesamten landwirtschaftlichen Ertrag des Grundstücks, in dem die landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird und den eventuell zustehenden Anteil am Grundstücksertrag anführen muss. Die anderen Miteigentümer geben in ihrer Erklärung den alleinigen Anteil der Grundeinkünfte an.

Bei Gründung eines Familienunternehmens gemäß den Modalitäten, die von Art. 5, Absatz 4 des TUIR vorgesehen sind, muss der Inhaber dieses Unternehmens den zustehenden Anteil des Einkommens aus der Landwirtschaft, aufgrund der Angaben aus dem Gründungsakt des Familienunternehmens und den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag anmelden.

Im Falle von Umwandlungen hat die Erklärung für den gesamten Steuerzeitraum Wirkung und demzufolge muss in der Übersicht RA eine einzige Zeile ausgefüllt werden. Der Inhaber des Unternehmens muss weiters, unter Verwendung der **Übersicht RS** des Heftes 3, in derselben Erklärung den beteiligten Familienangehörigen den Anteil an der Gewinnbeteiligung, aufgrund der Angaben aus dem Gründungsakt des Familienunternehmens, zuschreiben. Er muss zudem am Ende der Übersicht bescheinigen, dass die Anteile dem Verhältnis zur Qualität und Quantität der tatsächlich im Unternehmen und im Steuerzeitraum auf dauerhafter und vorwiegender Art geleisteten Arbeit, entsprechen.

Die anderen Mitglieder des Familienunternehmens, die den Vordruck REDDITI einreichen, müssen in Übersicht RH den zustehenden Anteil am landwirtschaftlichen Ertrag, der die 49 Prozent nicht überschreiten darf und den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag, in Übersicht RA angeben.

Der Inhaber des landwirtschaftlichen Unternehmens, das nicht in Gesellschaftsform geführt wird, muss in Übersicht RA, 50 Prozent des landwirtschaftlichen Ertrages sowie den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag angeben. Der Ehepartner muss 50 Prozent des landwirtschaftlichen Ertrags in Übersicht RH und den eventuellen zustehenden Anteil am Grundstücksertrag, in Übersicht RA anführen.

▣ Zweckdienliche Arbeiten im sozialen Bereich, die begünstigt sind

Artikel 52, Buchst. d-bis) des TUIR, sieht für Entgelte von nützlichen Sozialarbeiten, besondere Regelungen vor und zwar für jene Personen, welche das Alter für die Altersrente gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erreicht haben und nach Abzug des Absetzbetrages für die Hauptwohnung und der entsprechenden Zubehöre, ein Gesamteinkommen von nicht mehr als 9.296,22 Euro beziehen.

Diese Einkünfte unterliegen im Sinne des Art. 24, Absatz 1-bis des DPR Nr. 600/73 dem Steuereinbehalt und zwar für den Steuersatz, der für die erste Einkommensstaffel vorgesehen ist und den Betrag von 3.098,74 Euro übersteigt. Für die korrekte Ermittlung des Betrages des Gesamteinkommens, der in Spalte 4 der Zeile RN1 zu übertragen ist, muss die Übersicht wie folgt abgefasst werden:

1 Gesamteinkommen, das in der zusammenfassenden Übersicht der Einkünfte und der Einbehalte berechnet wurde	,00
2 Betrag aus Spalte 4 der Zeile RC5	,00
3 Differenzbetrag Zeile 1 – Zeile 2	,00
4 Absetzung für die Hauptwohnung samt Zubehör	,00
5 Differenzbetrag Zeile 3 – Zeile 4	,00

In der Zeile 1 das Gesamteinkommen eintragen, das in der „Zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte“ angegeben wurde; den Betrag der Spalte 4 der Zeile RC5 in die Zeile 2 übertragen. Diesen Betrag vom Betrag laut Zeile 1 abziehen und die Differenz in Zeile 3 angeben. In Zeile 4 den Betrag des Abzugs für die Hauptwohnung und ihr Zubehör eintragen; diesen Betrag vom Betrag laut Zeile 3 abziehen. Das Ergebnis der Differenz in Zeile 5 eintragen.

A) Ist das Ergebnis (Zeile 5) höher als 9.296,22 Euro und kann daher das vergünstigte Steuersystem nicht in Anspruch genommen werden, entspricht das in Spalte 5 der Zeile RN1 zu übertragende Gesamteinkommen demjenigen, das in der „Zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte“ berechnet (und in Zeile 1 übertragen) wurde.

Der Betrag der in Zeile RN33 Spalte 4 anzugebenden Einbehalte entspricht dem Gesamtbetrag der Einbehalte, der unter Verwendung der zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte berechnet wurde.

Der Betrag der von den Vergütungen einbehaltenen und in Zeile RC12 an-

gegebenen regionalen Zusatzsteuer muss zu den Zusatzsteuern addiert werden, die ggf. von anderen Einkünften einbehalten wurden, und in Zeile RV3 Spalte 3 eingetragen werden.

B) Ist das Ergebnis (Zeile 5) gleich bzw. niedriger als 9.296,22 Euro und wird das begünstigte Steuersystem in Anspruch genommen, entspricht das in Spalte 5 der Zeile RN1 anzugebende Gesamteinkommen demjenigen, das in Zeile 3 angegeben ist.

Der Betrag der in Zeile RN33 Spalte 4 einzutragenden Einbehalte entspricht der Differenz zwischen den Gesamteinbehalten, die in der "Zusammenfassenden Übersicht der Einkommen und Einbehalte" berechnet wurden, und dem in Zeile RC11 angegebenen Einbehalt.

Der in Zeile RC12 angegebene Betrag der regionalen Zusatzsteuer ist nicht in der Zeile RV3 Spalte 3 einzutragen.

▣ Vordruck 730 und Ausfüllung einiger Übersichten des Vordrucks REDDITI natürliche Personen

Steuerzahler, die den Vordruck 730/2018 eingereicht haben, müssen mit dem Titelblatt des Vordr. REDDITI/2018 auch folgendes einreichen:

- ▀ die **Übersicht RM des Vordr. REDDITI/2018 Natürliche Personen**:
 - wenn Sie im Jahr 2017 Einkünfte aus Kapitalvermögen im Ausland bezogen haben, für welche im Sinne der italienischen Gesetzgebung kein Steuereinbehalt vorgenommen wurde bzw. Zinsen und sonstige Einnahmen aus Schuldscheinen und ähnlichen, öffentlichen und privaten Wertpapieren, für welche keine Ersatzsteuer, vorgesehen vom GvD Nr. 239 vom 1. April 1996 und folgende Abänderungen, auferlegt wurde;
 - wenn sie im Jahr 2017 von Subjekten, die keine Steuersubstituten sind, Abfertigungen für die Auflösung von Dienstverhältnissen bezogen haben;
 - wenn sie im Jahr 2017 Einnahmen aus Garantiedepots, für welche im Sinne des Art. 7, Absätze von 1 bis 4 der GV Nr.323/1996, umgewandelt von Gesetz Nr.425/1996, eine Ersatzsteuer von 20% geschuldet ist;
 - wenn sie im Jahr 2017 Einkünfte aus dem nicht gewohnheitsmäßigen Verleih von Freizeitbooten und -schiffen bezogen haben, die der Ersatzsteuer von 20% unterzogen wurden.

Die Übersicht RM muss außerdem zur Angabe der Daten bezüglich der 2017 vorgenommenen Neubewertung des Werts der Grundstücke vorgelegt werden (Art. 5 des Gesetzes Nr. 448 von 2001 und Art. 2 des GD Nr. 282 von 2002 und nachfolgenden Änderungen).

- ▀ die **Übersicht RT des Vordr. REDDITI/2018 Natürliche Personen**: wenn sie im Jahr 2017 Mehrwerte aus nicht qualifizierten Beteiligungen und aus Einkünften nicht finanzieller Natur bezogen haben und nicht das Verwaltungs- bzw. Führungssystem gewählt wurde. Zusätzlich zum Vordruck 730 kann die Übersicht RT von Steuerzahlern eingereicht werden, die im Jahr 2017 nur Minderwerte aus qualifizierten und/oder nicht qualifizierten Beteiligungen und Verluste aus Verbindungen erzielt haben, aus denen sonstige Einkünfte nicht finanzieller Natur erzielt werden können und vorhaben, diese auf die folgenden Jahre zu übertragen. Die Übersicht RT muss außerdem zur Angabe der 2017 vorgenommenen Neubewertung des Werts der Beteiligungen vorgelegt werden (Art. 7 des Gesetzes Nr. 448 von 2001 und Art. 2 des GD Nr. 282 von 2002 und nachfolgenden Änderungen);

- ▀ die **Übersicht RW**, falls sie im Jahr 2017 Investitionen im Ausland gemacht bzw. Tätigkeiten finanzieller Natur im Ausland ausgeübt haben. Schließlich muss zur Berechnung der Steuer auf den Wert der im Ausland gelegenen Immobilien und der Steuer auf die im Ausland gehaltenen Tätigkeiten und in den Fällen, in denen die Steuer nicht geschuldet ist, aber die Übersicht jedenfalls zum Zweck der Steuerüberwachung auszufüllen ist (Art. 1 Abs. 16 Gesetz Nr. 208 von 2015), die Übersicht RW von den Steuerpflichtigen vorgelegt werden, die Eigentümer oder Inhaber eines anderen dinglichen Rechts an im Ausland gelegenen Immobilien sind oder die Finanztätigkeiten im Ausland innehaben (Art. 19, Absätze 13-22 des Art. 19 des Gesetzesdekrets Nr. 201 vom 6. Dezember 2011, umgewandelt mit Änderungen durch das Gesetz Nr. 214 vom 22. Dezember 2011).

Es wird darauf hingewiesen, dass für die genannten Fälle das Kästchen "Ergänzungserklärung" auf dem Titelblatt des Vordr. **REDDITI 2018**, nicht anzukreuzen ist.

▣ Hypothekendarlehen für den Bau und für Instandhaltungsarbeiten der Hauptwohnung

Art.15 des Einheitstextes der Einkommensteuern, genehmigt mit DPR Nr. 917 vom 22. Dezember 1986 sieht vor, dass von der Bruttosteuer, 19 Prozent des Gesamtbetrages, bis zum Höchstbetrag von 2.582,28 Euro abgesetzt werden können. Dabei muss es sich um Ausgaben für Passivzinsen und entsprechende Nebenabgaben, sowie um Aufwertungsquoten handeln, die von Indexklauseln abhängig sind, die den im Inland ansässigen Subjekten bzw. an Subjekte eines europäischen Mitgliedsstaates oder an Geschäftsniederlassungen im Staatsgebiet, von nicht ansässigen Subjekten, im Zusammenhang mit Darlehensverträgen, die durch eine Hypothek abgesichert sind, ab 1. Januar 1998, für den Bau einer Immobilieneinheit die als Hauptwohnung verwendet wird, bezahl wurden. Als Hauptwohnung versteht man jene Wohnung, in welcher der Steuerzahler gewohnheitsmäßig wohnt. Für diesen Zweck sind die meldeamtlichen Daten bzw. die Selbstbestätigung von Bedeutung, die aufgrund des DPR Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 durchgeführt wurde, mit welcher der Steuerzahler auch bestätigen kann, dass er gewohnheitsmäßig an einem anderen Ort wohnt als an jenem, der in den Registern des Meldeamtes aufscheint.

Als Bauten von Immobilieneinheiten versteht man alle Arbeiten, die in Übereinstimmung mit der Genehmigungsmaßnahme der Gemeinde, mit welcher

ein Neubau, einschließlich die Umstrukturierungsarbeiten von Gebäuden, gemäß Art. 31, Absatz 1, Buchst. d) des Gesetzes Nr. 457 vom 5. August 1978, genehmigt werden.

Damit dieser Absetzbetrag in Anspruch genommen werden kann, sind folgende Bedingungen zu beachten:

- die neu gebaute Immobilieneinheit muss vom Steuerzahler oder von seinen Familienangehörigen gewohnheitsmäßig bewohnt werden;
 - das Darlehen muss innerhalb von sechs Monaten vor bzw. nach dem Beginn der Bauarbeiten abgeschlossen werden.
- Mit Bezug auf diese Voraussetzung muss ab 1. Dezember 2007, für die Inanspruchnahme der Absetzung, der Darlehensvertrag in den sechs Monaten vor bzw. in den achtzehn Monate nach Beginn der Bauarbeiten abgeschlossen werden;
- die Immobilieneinheit muss innerhalb von sechs Monaten ab Abschluss der Bauarbeiten als Hauptwohnung benützt werden;
 - der Darlehensvertrag muss vom Besitzer der Immobilieneinheit bzw. vom Besitzer eines sonstigen dinglichen Rechtes, abgeschlossen werden.

Zur Beachtung: die Bedingung zur Verlegung des gewöhnlichen Wohnsitzes in die Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung verwendet wird, wird für das Personal der Streitmacht und der Polizeieinheiten mit militärischer Regelung sowie für die Polizeieinheiten mit ziviler Regelung im bleibenden Dienst, nicht verlangt.

Der Absetzbetrag ist nur in Bezug auf die Zinsen und die entsprechenden Nebenabgaben wie auch an den Aufwertungsquoten aus Darlehensverträgen anzuwenden, die im Sinne des Art. 1813 des Bürgerlichen Gesetzbuches, ab 1. Januar 1998 abgeschlossen wurden, begrenzt auf den Betrag der Darlehen, die effektiv in jedem Jahr für den Bau der Immobilieneinheit benützt werden.

Im Falle eines Mitbesitzers mit Darlehensvertrag bzw. bei mehreren Darlehensverträgen, bezieht sich die Grenze von 4.000 Euro auf den getragenen Gesamtbetrag der Zinsen, auf die Nebenabgaben und auf die Aufwertungsquoten.

Die Absetzung kann mit jener zusammengelegt werden, die für die Passivzinsen von Hypothekendarlehen vorgesehen ist, welche für den Kauf der Hauptwohnung gemäß Art. 15, Absatz 1, Buchst. b) des Tur abgeschlossen wurde aber nur für die Dauer der Bauarbeiten der Immobilieneinheit und für die sechs Monate nach dem Abschluss der Bauarbeiten selbst.

Der Anspruch auf den Absetzbetrag verfällt ab dem Besteuerungszeitraum, der jenem folgt, in welchem die Immobilieneinheit nicht mehr als Hauptwohnung verwendet wird. Die Abänderungen aus Arbeitsgründen werden nicht berücksichtigt. Sollte die Immobilieneinheit nicht innerhalb von sechs Monaten ab Beendigung der Arbeiten als Hauptwohnung verwendet werden, verfällt das Anrecht auf den Absetzbetrag des Darlehens. In diesem Fall ist das Datum der Beendigung der Bauarbeiten zur Berichtigung der Einkommenserklärung für die Agentur der Einnahmen, ausschlaggebend.

Der Absetzbetrag steht nicht zu, falls die Bauarbeiten der Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung bestimmt ist, nicht innerhalb der in der Verwaltungsmaßnahme, aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Bauwesen mit welcher der Bau des Gebäudes (vorbehaltlich eines Aufschubes) genehmigt wird vorgesehenen Frist, abgeschlossen werden; in einem solchen Fall läuft ab diesem Datum die Frist für die Berichtigung der Einkommenserklärung seitens der Agentur der Einnahmen. Falls sich Verspätungen ergeben, die ausschließlich der Gemeindeverwaltung bei der Ausstellung der von den Bestimmungen für das Bauwesen vorgesehenen Befähigungen zuzuschreiben sind oder sollten die Bauarbeiten in den sechs Monaten vor oder nach dem Abschlussdatum des Darlehensvertrages nicht begonnen haben bzw. falls die im vorhergehenden Steuerzeitraum vorgesehenen Fristen nicht eingehalten werden, verfällt das Anrecht auf Absetzung nicht. Damit der Absetzbetrag in Anspruch genommen werden kann, sind die Zahlungsbestätigungen der Passivzinsen des Darlehens, die Kopie des Vertrages des Hypothekendarlehens (aus dem hervorgehen muss, dass dieses durch eine Hypothek belegt ist und für den Bau einer Immobilieneinheit, die als Hauptwohnung verwendet werden soll, abgeschlossen worden ist) und die Kopie der Unterlagen, welche die Ausgaben für den Bau der Immobilieneinheit aufzubewahren, die auf Verlangen der Finanzämter vorzulegen oder zu übermitteln sind.

Die Bedingungen und die Anwendungsmodalitäten des gegenständlichen Absetzbetrages sind in der Regelung Nr. 311 vom 30. Juli 1999 (Amtsblatt Nr. 211 vom 8. September 1999) enthalten.

Zur Beachtung: die Absetzung steht nur in Bezug auf die Zinsen zu, welche auf den Betrag des effektiv für die Ausgaben des Baus der Immobilieneinheit verwendeten Darlehens berechnet wurden. Falls das Darlehen höher ist als die besagten Ausgaben, steht die Absetzung auf Zinsen bezüglich des überschüssigen Darlehens nicht zu. Falls die Absetzung in den Vorjahren beantragt wurde, ist es notwendig, dass letztere in Übersicht RM bezüglich der Einkünfte mit gesonderter Besteuerung erklärt werden.

■ Von einfachen Gesellschaften getragene Aufwendungen

Die folgenden Aufwendungen, die von einfachen Gesellschaften getragen wurden, sind vom Gesamteinkommen der einzelnen Gesellschafter im Verhältnis zum Gewinnanteil abziehbar:

- Beträge, die den Bediensteten für ihre Tätigkeit in Wahlämtern entrichtet wurden;
- Beiträge, Schenkungen und Spenden, die zugunsten von Entwicklungsländern für einen Betrag von nicht höher als 2 Prozent des erklärten Gesamteinkommens entrichtet wurden;

- Entschädigungen wegen Verlust des Betriebswertes, welche dem Mieter von Gesetzeswegen infolge der Auffassung der Miete städtischer Gebäudeeinheiten entrichtet wurden, die zu anderen Zwecken als für Wohnzwecke verwendet werden;

Den einzelnen Gesellschaftern steht auch im Verhältnis zu ihrer Gewinnbeteiligungsquote eine Steuerabsetzung zu:

- Im Ausmaß von 19 Prozent für folgende Aufwendungen:
 - Passivzinsen auf landwirtschaftliche Darlehen und Kreditaufnahmen;
 - Passivzinsen bis insgesamt Euro 2.065,83 für Hypothekendarlehen, welche vor dem 1. Januar 1993 für den Kauf sonstiger Immobilien aufgenommen wurden;
 - Passivzinsen, zusätzliche Aufwendungen und Aufwertungsquoten bis Euro 2.582,28 bezüglich Darlehen, welche im Jahre 1997 für die Instandhaltung, Sanierung und Umstrukturierung von Gebäuden aufgenommen wurden;
 - Ausgaben, welche für die Instandhaltung, Bewahrung und Sanierung des Vermögens und der Dokumentensammlung von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung bestritten wurden;
 - freiwillige Geldzuweisungen zugunsten des Staates und öffentlicher Körperschaften oder Stiftungen, die keine Gewinnabsicht haben und das Studium, die Forschung und die Dokumentensammlung von bedeutendem kulturellem oder künstlerischem Wert zum Ziele haben;
 - freiwillige Geldzuweisungen zugunsten von öffentlichen Körperschaften oder Anstalten, Stiftungen, gesetzlich anerkannten Vereinigungen, die ohne Gewinnabsicht eine Tätigkeit von nicht mehr als 2 Prozent des erklärten Einkommens innerhalb des Show- und Theaterbereiches ausüben;
 - freiwillige Geldzuweisungen zugunsten der Körperschaften mit vorrangig nationalem Interesse, die im Musikbereich tätig sind und für welche die Umwandlung in eine Privatstiftung im Sinne des Art.1 des GvD Nr.367 vom 29. Juni 1996 vorgesehen ist;
 - freiwillige Zuwendungen in Höhe von bis zu 2.065 Euro zugunsten der Bevölkerungen, die von Naturkatastrophen oder sonstigen außerordentlichen Ereignissen betroffen wurden, auch wenn sich diese in anderen Staaten ereignet haben;
 - freiwillige Zuwendungen an wechselseitige Krankenversicherungen bis zu einem Höchstbetrag von Euro 1.291,14;
 - spezifische Kosten oder den Nominalwert der unentgeltlich aufgrund eines entsprechenden Abkommens an den Staat, an die Region, an örtliche und territoriale Körperschaften, an öffentliche Einrichtungen, die ohne Gewinnzwecke Studien- bzw. Forschungstätigkeiten und Dokumentationen von erheblichem kulturellem und künstlerischem Wert durchführen, abgetretenen Güter;
 - freiwillige Zuwendungen in Geld für einen Betrag, der nicht höher als 30 Prozent des erklärten Einkommens ist, zugunsten der Kulturgesellschaft "la Biennale di Venezia";
 - freiwillige Geldzuweisungen für einen Betrag bis zu Euro 2.065,83 zugunsten von Vereinigungen für die Förderung von sozialen Tätigkeiten, welche in die vom Gesetz vorgesehenen Register eingetragen sind;
- in Höhe von 26 Prozent für die freiwilligen Zuwendungen bis zu 30.000 Euro zugunsten von nicht erwerbsmäßigen Organisationen mit gemeinnütziger Zweckbestimmung (ONLUS);
- in Höhe von 41, 36 oder 50 Prozent für die Ausgaben in Bezug auf Eingriffe zur Wiedergewinnung der Bausubstanz
- In Höhe von 50 Prozent für Ausgaben, die für den Kauf von Möbeln und großen Elektrohaushaltsgeräten der Energieklasse von mindestens A+ getragen wurden, die der Ausstattung der renovierten Immobilie dienen;
- in Höhe von 50, 65, 70, 75, 80 und 85 Prozent für Ausgaben, die für Eingriffe zur Erdbebensicherung getragen wurden;
- im Ausmaß von 36 Prozent der Ausgaben für die Pflege und für den Schutz der Wälder, die ab 31.12.2006 getragen wurden;
- in Höhe von 55, 65, 70 oder 75 Prozent für die Ausgaben in Bezug auf Eingriffe zur Energieeinsparung.

■ Arbeitsperiode - Sonderfälle

Bei befristeten Verträgen von nicht selbständiger Tätigkeit, welche von der Ausübung von "Tagesleistungen" gekennzeichnet sind (z.B.: für Bauarbeiter und für landwirtschaftliche Arbeiter), steht die Absetzung für Feiertage, für wöchentliche Ruhetage und für arbeitsfreie Werkzeuge, die innerhalb des Datums des Dienstantrittes und der Auflösung des Arbeitsverhältnisses liegen, und zwar im Verhältnis zu den tatsächlich gearbeiteten Tagen und den von den nationalen Kollektivverträgen und den gebietsmäßigen Zusatzverträgen vorgesehenen Arbeitstagen, die auf unbefristete Arbeitsverträge derselben Kategorie angewandt werden können. Die berechnete Summe ist, falls es sich um eine Dezimalzahl handelt, auf die nächste Einheit aufzurunden. Im Falle von Entschädigungen und Beträgen, die von der NISF (INPS) bzw. von anderen Körperschaften ausgezahlt wurden, stehen die Absetzungen für nicht selbständige Arbeit in jenem Jahr zu, in dem die betreffenden Einkünfte erklärt werden. In diesen Fällen sind in der Zeile RC6, Spalte 1 jene Tage anzugeben, die das Anrecht auf diese Entschädigungen begründet haben, auch wenn sie sich auf vorhergehende Jahre beziehen. In diesem Fall kann die Anzahl der Tage 365 nicht überschreiten.

Für Studienstipendien ist in Zeile RC6, Spalte 1 jene Anzahl der Tage anzugeben, die dem Zeitraum, der dem Studium gewidmet wurde, tatsächlich entspricht und (auch wenn bezüglich vorhergehender Jahre) für welchen das Studienstipendium gewährt wurde. Falls das Studienstipendium für schulische bzw. akademische Leistungen zugewiesen wurde, steht die Absetzung für das volle Jahr zu; wurde es hingegen für den Besuch eines besonderen Kurses ausbezahlt, steht die Absetzung für die Dauer des Pflichtbesuches

zu. Für die Sonderzulagen in der Landwirtschaft ergibt sich die Angabe, die in Zeile RC6, Spalte 1 einzutragen ist, aus der Anzahl der Tage, an denen der Steuerzahler arbeitslos war und welche in den entsprechenden Unterlagen aufscheinen. Es wird daran erinnert, dass für die Tage der Jahre, für welche der Anspruch auf den Abzug besteht, jene nicht zu zählen sind, für welche die Abzüge bzw. die Absetzungen bereits in Anspruch genommen wurden.

▣ Gleichzeitiges Bestehen von mehreren Ermäßigungen: ACE und Amateursport

Derjenige, der die Ermäßigung ACE und gleichzeitig die Ermäßigung für Amateursport (Teil II-B des Übersichts RL) nutzt, muss die Bruttosteuer wie folgt bestimmen:

- zum Betrag der Zeile RN4 den in der Zeile RL22 Spalte 1 und den in der Zeile RS37, Sp. 14 angegebenen Betrag hinzu addieren;
- gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die Steuer für diese Summe berechnen;
- gemäß Tabelle "Berechnung der IRPEF" die Steuer für die Summe des Betrags der Zeile RL22, Sp. 1 und des in der Zeile RS37, Sp. 14 angegebenen Betrags berechnen und sie von der oben festgesetzten Steuer abziehen;
- den so berechneten Betrag in der Zeile RN5 angeben.

▣ Zusätzliche Vorsorgefonds – Aufstellung zur Abfassung der Zeile RP31

Für die Ermittlung der entrichteten Beiträge, die in der Erklärung in Abzug gebracht werden können und in Spalte 3 der Zeile RP31 zu übertragen sind, kann die folgende Aufstellung und die angeführten Anleitungen verwendet werden.

ÜBERSICHT FÜR DAS AUSFÜLLEN DER ZEILE RP31	
KÄSTCHEN	BETRAG
1 Abgezogen vom Substitut (RP31 Spalte 1)	
2 Anteil der Abfindung (RP31 Spalte 2)	
3 Nicht abgezogen vom Substitut	
4 Gesamteinkommen	
5 Gesamtbetrag Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit	
6 Einkommensgrenze für Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit	
7 Einkommensgrenze für andere Einkommen als nichtselbständige Arbeit	
8 Gesamtbetrag Einkommensgrenze	
9 Absolute Grenze	
10 Prozentuale Grenze	
11 Abzugsfähige Beiträge in der vorliegenden Erklärung	

- In **Kästchen 1** sind die Angaben aus Spalte 1 der Zeile RP31 einzutragen.
- In **Kästchen 2** sind die Angaben aus Spalte 2 der Zeile RP31 einzutragen.
- Im **Kästchen 3** ist die Höhe der nicht vom Steuersubstitut abgezogenen Beiträge gemäß Punkt 413 der einheitlichen Bescheinigung 2015 anzugeben, wenn das Kästchen 411 „Zusatzvorsorge“ im selben Teil ausgefüllt ist. Wenn im Kästchen „411“ Kode „1“ angegeben wurde und auch Punkt 421 der einheitlichen Bescheinigung ausgefüllt ist, entspricht der in Kästchen 3 zu übertragende Betrag der Differenz zwischen den angegebenen Beträgen in den nachfolgenden Punkten der einheitlichen Bescheinigung: Punkt 413 und Punkt 423 (Beitrag, der nicht vom Einkommen abgezogen wurde und sich auf die Zusatzvorsorge für die zu Lasten lebenden Familienangehörigen bezieht). Bei mehreren Vordrucken der einheitlichen Bescheinigung, in der auch die Punkte 411 bis 413 ausgefüllt sind, ist in Kästchen 3 die Summe der wie oben ermittelten Beträge zu übertragen.
- Im **Kästchen 4** ist der Betrag des Gesamteinkommens einzutragen, der in Zeile RN1, Sp. 5 der Übersicht RN einzutragen ist.
- Im **Kästchen 5** ist der Gesamtbetrag der Einkünfte aus abhängiger Arbeit einzutragen, (Kodes 2, 4 und 5 in Spalte 1 der Zeilen von RC1 zu RC3). Wenn auch die Zeile RC4 (Produktivitätsprämien und Betriebswohlfahrt) ausgefüllt ist, ist das Ergebnis der folgenden Berechnung einzutragen:

$$RC1 + RC2 + RC3 + RC4 \text{ Sp. 10} - RC4 \text{ Sp. 11} - RC5 \text{ Sp. 1} - RC5 \text{ Sp. 2}$$

- Sind Einkünfte aus sozial nützlichen Arbeiten (falls im Kästchen der Spalte 1, der Kode "3" angeführt ist) angeführt worden, müssen diese Einkünfte nur dann mit den anderen Einkünften aus abhängiger Arbeit zusammengezählt werden, wenn sie zur Bildung des Gesamteinkommens beigetragen haben wie in den Anleitungen im Anhang, Punkt "Begünstigte Arbeiten von sozialer Bedeutung" (Fall A der Anleitungen im Anhang), angeführt.
- Im **Kästchen 6** ist folgendes zu berechnen:
 - der niedrigeren Betrag zwischen dem Gesamtbetrag aus abhängiger Arbeit, angeführt in Spalte 5 dieser Aufstellung und dem zweifachen Be-

trag der TFR, der im Kästchen 2 in dieser Aufstellung angeführt ist; – von dem auf diese Art ermittelten Betrag, der Betrag aus Kästchen 1 der vorliegenden Aufstellung (vom Substitut ausgeschlossener Betrag) abziehen. Ist das Ergebnis negativ, Null anführen.

Der auf diese Art ermittelte Betrag ist in Kästchen 6 dieser Aufstellung anzuführen.

- Im **Kästchen 7** ist der Differenzbetrag zwischen dem Betrag aus Kästchen 4 (Gesamteinkommen) und dem Betrag aus Kästchen 5 (Gesamtbetrag der Einkünfte aus abhängiger Arbeit) dieser Aufstellung einzutragen.
- In **Kästchen 8** ist die Summe der Beträge aus den Kästchen 6 und 7 dieser Aufstellung einzutragen.
- In **Kästchen 9** ist der Differenzbetrag zwischen 5.164,57 Euro und dem Betrag anzuführen, der im Kästchen 1 dieser Aufstellung eingetragen ist.
- In **Kästchen 10** ist das Ergebnis folgender Berechnung einzutragen:

$$(RN1, \text{ Sp. 1} \times 12/100) - \text{Kästchen 1}$$

- Im **Kästchen 11** ist der Betrag der Versicherungsbeiträge zu berechnen, für welche in dieser Erklärung der Abzug in Anspruch genommen werden kann. Der Betrag der abziehbaren Beiträge ist gleich dem niedrigsten folgenden vier Beträge:
 - Kästchen 3 (Nicht vom Substitut abgezogen)
 - Kästchen 8 (Einkommensgrenze insgesamt)
 - Kästchen 9 (absolute Höchstgrenze)
 - Kästchen 10 (Grenze Prozentanteil)
 Der auf diese Art berechnete Betrag aus Kästchen 11 muss in Spalte 3 der Zeile RP31 übertragen werden.

▣ Einkünfte der Ehepartner

In der Erklärung sind Einkünfte einzuschließen, die den Ehepartnern durch die Gütergemeinschaft (Artikel 177 und folgende des BGB.) oder durch sonstige Vermögenssysteme (Art. 167 des BGB.) für die Quote, welche jedem von ihnen zusteht, zufließen.

Die Einkünfte durch die Gütergemeinschaft stehen jedem von ihnen im Ausmaß von 50 Prozent zu, falls nicht eine andere Aufteilung im Sinne des Art. 210 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehen wurde.

Bei gemeinsamen Betrieben, die in Gesellschaftsform geführt werden ist das Einkommen im Vordruck REDDITI Personengesellschaften 2017 (zum Beispiel: falls beide Mitinhaber der Lizenz bzw. beide Unternehmer sind) und zwar von jedem Ehepartner für den eigenen Anteil in Übersicht RH, zu erklären. In den anderen Fällen muss der Ehepartner als Unternehmer, die Übersichten RA, RD, RF oder RG je nach der ausgeübten Tätigkeit abfassen, während der andere Ehepartner den ihm zustehenden Anteil in Übersicht RH erklären muss.

▣ Steuerfreie Einkünfte und Erträge, die kein Einkommen bilden

Zwecks Steuerbefreiung werden den ordentlichen Vorzugsrenten, die an das Wehrdienstpersonal entrichtet werden (Urteil Nr. 387 vom 4.-11. Juli 1989 des Verfassungsgerichtshofes) folgende Renten gleichgestellt:

- die tarifmäßigen Renten an Personen, die den Dienst in der Eigenschaft als Offizierskadett und/oder als Reserveoffizier bzw. als Unteroffizier (nur jene die in der letzten Phase des Dienstes zum Sergeanten befördert wurden) geleistet haben und während dieses Militärdienstes einen körperlichen Schaden erlitten haben, der eine Behinderung zur Folge hat;
- Tarifierenten, die den Hilfskräften der Karabinieri (Wehrpflichtige bei der Einheit der Karabinieri) und jenen, die den Wehrdienst bei der Staatspolizei, im Korps der Finanz- und Zollpolizei, im Korps der Feuerwehr ableisten und anderen freiwilligen Soldaten bezahlt werden, unter der Voraussetzung, dass sich diese die Beeinträchtigung, die zur Anlass der Rente war, während und in Zusammenhang mit dem Wehrdienst oder im Zeitraum, der dem Pflichtwehrdienst entspricht, zugezogen haben.

Steuerbefreit sind auch:

- die Sozialerhöhung der Renten, welche vom Art.1 des Gesetzes Nr. 544 vom 29. Dezember 1988 vorgesehen ist;
- die Mobilitätszulagen laut Art. 7, Absatz 5 des Gesetzes Nr. 223 vom 23. Juli 1991, für den reinvestierten Teil der Genossenschaften;
- die vom Gesetz Nr. 448/1998 vorgesehene Mutterschaftszulage für die Frau, die nicht arbeitet;
- die Renten, welche an italienische Bürger und an ihre Familienangehörigen entrichtet wurden, die infolge der Explosion von Waffen und Sprengkörpern, welche von den Streitkräften nach militärischen Übungen unbeabsichtigt hinterlassen worden sind, Invaliden wurden oder verstorben sind;
- die Renten, welche an italienische Bürger, an Ausländer und an Staatslose entrichtet wurden, welche bei der Erfüllung ihrer Pflicht bzw. infolge von terroristischen Gewaltakten oder von Akten der organisierten Kriminalität arbeitsunfähig wurden sowie übertragbare Sonderrente, die an Hinterbliebene der Pflicht-, des Terrorismus- oder der organisierten Kriminalitätsoffer entrichtet wurden;
- die Zulagen für die Mitarbeit an Forschungstätigkeiten, welche von den Universitäten, von den astronomischen, astrophysikalischen Beobachtungsstationen, von den öffentlichen Körperschaften und den Forschungseinrichtungen laut Art.8 des DPMR Nr. 593 vom 30. Dezember 1993 und darauffolgende Abänderungen und Ergänzungen, sowie von der Enea und ASL, entrichtet wurden.

Folgende **Studienstipendien** sind befreit:

- die Studienstipendien, die von den Regionen mit ordentlichem Statut aufgrund des Gesetzes Nr. 68 vom 29. März 2012 an Universitätsstudenten entrichtet wurden, sowie die von den Regionen mit Sonderstatut und den autonomen Provinzen Trient und Bozen ausbezahlten Studienstipendien;
- die von den Universitäten und von den Instituten für die Hochschulausbildung und den autonomen Provinzen Bozen im Sinne des Gesetzes Nr. 398 vom 30. November 1989 ausbezahlte Studienstipendien für die Teilnahme an Fortbildungskursen und für den Besuch von Fachschulen für die Spezialisierung, für den Besuch von Forschungstätigkeiten nach abgeschlossenem Studium und für Spezialisierungskurse im Ausland;
- die ab dem 1. Januar 2000 im Rahmen des „Socrates“ Programmes gestifteten Studienstipendien, welcher mit Entscheidung Nr. 819/95/CE des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 1995, abgeändert durch Entscheidung Nr. 576/98/CE des Europäischen Parlaments und des Rates eingeführt wurde, sowie die zusätzlichen Beträge, welche von der Universität entrichtet wurden, vorausgesetzt, dass der jährliche Gesamtbetrag nicht höher als Euro 7.746,85 ist;
- die Studienstipendien an Opfer von Terrorismus und der organisierten Kriminalität, sowie an Waisen und an die Kinder dieser Opfer (Gesetz Nr. 407 vom 23. November 1998);
- die an Studenten gemäß GvD Nr. 257 vom 8. August 1991 für den Besuch von Fachkursen in Bereich der Medizin und Chirurgie ausbezahlten Studienstipendien.
- Für die gesamte Dauer des Programms «Erasmus +» die Stipendien für internationale Mobilität für Studenten der Universitäten und der Institutionen der höheren Bildung in Kunst, Musik und Tanz (AFAM), im Sinne des Art. 6, Abs. 1 und des Art. 7, Absatz 1, Buchstabe a) der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013.
- Nationalen, für Verdienst und für Mobilität von der „Fondazione Articolo 34“ [Stiftung Artikel 34] bezahlten Studienstipendien (Art. 1, Abs. 285, Gesetz Nr. 232 vom 11. Dezember 2016);

Erträge, die das INAIL zuweist, mit Ausnahme der Tagesvergütung für Dauerinvalidität, gelten nicht als Einkünfte und sind in steuerlicher Hinsicht nicht von Bedeutung. Gleichfalls bilden Einkünfte derselben Natur, die nicht ansässige Körperschaften zuweisen, kein Einkommen.

Falls Steuerzahler einen Ertrag von einer ausländischen Vor- und Fürsorgekörperschaft als Schadenersatz infolge eines Arbeitsunfalls oder aufgrund einer Berufskrankheit, die er/sie sich im Laufe des Berufslebens zugezogen hat, bezieht, ist er/sie verpflichtet der Agentur der Einnahmen – Generaldirektion für die Ermittlung – eine Selbstbescheinigung zuzuschicken, aus welcher die als Schadenersatz bezogene Summehervorgeht. Diese Selbstbescheinigung ist nur ein einziges Mal einzureichen und muss deshalb, falls in Vorjahren bereits eingereicht, nicht mehr nachgereicht werden.

□ Wiederaufnahme eines Darlehens

Bei Wiederaufnahme von Darlehensverträgen für den Kauf der eigenen Wohnung, ändern sich in gegenseitigem Einvernehmen einige Bedingungen des bestehenden Darlehensvertrages wie zum Beispiel der Zinssatz. In diesem Fall bleiben die ursprünglichen Parteien (Kreditgeber und Kreditnehmer) und der als Sicherheit gewährte Immobilienwert, unverändert. Der Anspruch auf die Absetzung der Zinsen besteht begrenzt auf den restlichen Kapitalanteil zu (einschließlich der eventuell ausständigen und nicht bezahlten Raten, der Semesterzinsen, die auf den Tageskurs an dem die Umschreibung erfolgt aufgewertet werden müssen, sowie die Aufwendungen bezüglich der vorzeitigen Aufhebung des Darlehens in Fremdwährung). Die Vertragspartner gelten als unverändert, auch wenn die Wiederverhandlung nicht mit dem ursprünglichen Vertragspartner, sondern durch die Bank und jener Person, die in der Zwischenzeit anstelle des ursprünglichen Vertragspartners in den Darlehensvertrag eingetreten ist, abgewickelt wird.

□ Wahl für den Ausgleich

Der Steuerzahler kann die Beträge der Guthaben, deren Rückerstattung nicht beantragt wurde, sei es für die Minderung derselben geschuldeten Steuer als auch für den Ausgleich, im Sinne des GvD Nr. 241/1997 verwenden, indem er den Vordruck F24 benützt.

Zum Beispiel hat der Steuerzahler, wenn er ein Irpef-Guthaben und eine Irpef-Schuld für Akontozahlungen des folgenden Steuerzeitraumes aufweist, folgende Möglichkeiten:

- er kann das Irpef-Guthaben als Verminderung der geschuldeten Akontozahlung des folgenden Steuerzeitraumes verwenden ohne dabei den Vordruck F24 einzureichen. Ist das Irpef-Guthaben höher als die geschuldete Irpef-Akontozahlung, kann der Überschussbetrag zum Teil oder auch zur Gänze für den Ausgleich mit anderen geschuldeten Beträgen (MWST, NISF / INPS) verwendet werden. In diesem Fall muss der Überschussbetrag in der Spalte „Verrechnete Guthaben“ angeführt werden. Ist hingegen der Betrag des Irpef Guthabens niedriger als die geschuldete Irpef Akontozahlung, muss der Differenzbetrag zwischen dem geschuldeten Betrag und jenem des Guthabens eingezahlt werden, wobei im Vordruck F24 dieser Betrag in der Spalte „Entrichtete geschuldete Beträge“ einzutragen ist;
- er kann das Irpef-Guthaben als Verminderung der Akontozahlung für den darauf folgenden Steuerzeitraum verwenden, indem er den Vordruck F24 verwendet. In diesem Fall ist in der Spalte „eingezahlte geschuldete Beträge“ die Irpef-Schuld und in der Spalte „ausgeglichenen Guthaben“ das Irpef-Guthaben anzugeben, wie aus der Erklärung, die als Ausgleich verwendet wird, hervorgeht.

□ Beistandsdienste für den Steuerzahler

Während des Zeitraumes, in dem die Steuererklärungen eingereicht werden

müssen, stellt die Agentur der Einnahmen den Steuerzahlern über verschiedene Kontakte einen Sonderdienst für Informationen und Steuerbeistand zur Verfügung.

Dieser Dienst wird von folgenden Einrichtungen bereitgestellt:

- **Von Ämtern**, die allgemeine Informationen in Bezug auf die Abfassung des Vordrucks REDDITI für natürliche Personen erteilen. Für diese Dienstleistungen können Sie auch einen Termin vereinbaren, und zwar telefonisch unter der Nummer 848.800.444 oder über die Website der Agentur (www.agenziaentrate.gov.it). Der Termin kann rund um die Uhr vereinbart werden. Zudem kann der Steuerzahler den Tag und die Uhrzeit, das Amt, in das er sich begeben möchte, und die gewünschte Serviceleistung auswählen. Der Dienst ermöglicht es den Steuerzahlern, die sich ins Amt begeben müssen, unnötige Wartezeiten an den Schaltern zu vermeiden;
- von **regionalen Direktionen**, die einen besonderen Beistand für die Berufskammern, die Berufsverbände und das Steuerbeistandszentrum (CAF) für die Fragen im Zusammenhang mit der Abfassung der Vordrucke der Erklärung leisten;
- von **Mehrkanal-Beistandszentren**, die unter der Nummer 848.800.444 antworten. Für Anrufe aus dem Mobilnetz ist die Nummer 06-96668907 (die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer, dessen Höhe vom Tarifplan des eigenen Anbieters abhängt). Für Anrufe aus dem Ausland ist die Nummer 0039.06.96668933 (die Kosten des Telefongesprächs trägt der Anrufer). Durch die Zusendung einer SMS an die Nummer 320.43.08.444 ist es ferner möglich, einfache Steuerinformationen zu erhalten.

■ Call Center mit Mitarbeiter

Das Call Center ist von montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr besetzt. Kosten des Telefongesprächs Ortstarif nach Zeit. Die Mitarbeiter stellen Informationen bereit und leisten Assistenz für die Abfassung der Erklärungen und Rückerstattungen, geben Erläuterung über Steuerbestimmungen und unterstützen die Steuerzahler, die für die Übermittlung der eigenen Steuererklärung den telematischen Dienst über das Internet nutzen. Zudem leistet das Call Center Unterstützung in Bezug auf Mitteilungen oder Zahlungsbescheide, die nach automatisierten Kontrollen ausgestellt wurden, oder nimmt in einfacheren Fällen direkt die Annullierung der falschen Mitteilungen vor.

■ Automatischer Service (rund um die Uhr aktiv)

Der Dienst ermöglicht Folgendes:

- Sie können einen Termin vereinbaren;
- Sie können die Ust-IdNr. der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft prüfen. Die Prüfung wird vorgenommen, wenn Sie die internationale Vorwahl des Wohnsitzstaates und die Ust-IdNr. des Wirtschaftsteilnehmers eingeben oder aussprechen;
- mithilfe des Suchdienstes „Trova l'Ufficio“ finden Sie das nächstgelegene zuständige Amt.
- **Internetseite der Agentur der Einnahmen**
Die Internetseite www.agenziaentrate.gov.it stellt dem Steuerzahler Unterlagen, Formblätter, Software, Informationen zu den Abgaben- und Tätigkeitscodes, Fälligkeiten usw. zur Verfügung. Über die Internetseite ist es möglich Zugang zu den telematischen Diensten zu nehmen, um:
 - die Steuererklärung online einzureichen (siehe auch Abschnitt „Direkte telematische Übermittlung und Zugangsgenehmigung für den telematischen Dienst“);
 - den Vordruck F24 online auszufüllen;
 - auf das „Steuerpostfach“ (Steuerdaten des Steuerzahlers) Zugriff zu nehmen.

Des Weiteren ist es über die Internetseite möglich, Zugang zu folgenden Diensten zu nehmen:

- Suchdienst „Trova l'Ufficio“, um das nächstgelegene zuständige Amt zu finden;
- Webmail (Anfrage nach steuerlichen Informationen über E-Mail);
- „Automatische und formelle Kontrolle - Berechnung der Raten“ für die Ratenaufteilung der geschuldeten Summen infolge einer automatisierten Kontrolle oder der formellen Kontrolle der Erklärungen;
- Kontrolle der Ust-IdNr. der Wirtschaftsbeteiligten in der Gemeinschaft;
- Berechnung der KFZ-Steuer und Kontrolle der vorgenommenen Zahlungen.

□ Ausgaben für Renovierungsarbeiten

Die für Maßnahmen zur Wiedergewinnung der Bausubstanz zuerkannte Steuerabsetzung steht für die Ausgaben zur Durchführung von Eingriffen an den gemeinschaftlichen Teilen von Wohnhäusern und an den einzelnen Immobilieneinheiten für Wohnzwecke aller Kategorien und auch für landwirtschaftliche Gebäude zu, die getragen wurden und tatsächlich zu Lasten des Steuerzahlers gingen. Der Abzug steht allen im Staatsgebiet ansässigen und nicht ansässigen Subjekten zu, die auf der Grundlage eines geeigneten Titels (zum Beispiel Eigentum, anderes dingliches Recht, Konzession, Mietung oder Leihgabe) die Immobilie besitzen oder halten, an der die Bausanierungsarbeiten durchgeführt wurden.

Die Absetzung steht auch dem Familienmitglied zu, das mit dem Besitzer oder dem Eigentümer der Immobilie in welcher Wiedergewinnungsarbeiten vorgenommen werden, zusammenlebt, Voraussetzung ist, dass dieses Familienmitglied die Ausgaben trägt und die Rechnungen, sowie die Gutschriften auf seinen Namen lauten. In dem Fall, dass die Wiedergewinnungsarbeiten an Gebäuden durchgeführt wurden, die aufgrund des GvD Nr. 42 vom 22. Januar 2004, welches ab 1. Mai 2004 das GvD Nr. 490 vom 29. Oktober 1999 (ex G. Nr. 1089 vom 1. Juni 1939 und folgende Abänderungen und Ergänzungen) aufgehoben hat, von

historischer und künstlerischer Bedeutung sind, kann man für die getragenen Ausgaben auch die Steuerabsetzung von 19 Prozent, auf 50 Prozent herabgesetzt, in Anspruch nehmen.

Für die folgenden Kategorien von Bausanierungsarbeiten kann die genannte Absetzung angewandt werden:

- für die ordentliche Instandhaltung (nur auf gemeinsamen Teilen der Wohnanlagen);
 - für die außerordentliche Instandhaltung;
 - für die Sanierungsarbeiten zur Erhaltung des Gebäudes;
 - für Umbauarbeiten;
 - für die Beseitigung von architektonischen Barrieren (für diese Auslagen kann man nicht gleichzeitig die Absetzung für Auslagen im Sanitätsbereich beanspruchen, die für einige Fälle vorgesehen ist - siehe unter "Auslagen im Sanitätsbereich");
 - für die Verkabelung an Gebäuden;
 - für die Einschränkung der Lärmbelastung;
 - für das Einsparen von Energie;
 - für die statische Sicherheit und Erdbbensicherung der Gebäude;
 - für die Ausführung von Arbeiten in den Gebäuden, welche aufgrund der geltenden Vorschriften ausgeführt werden müssen;
 - für Arbeiten innerhalb der Gebäude;
 - für die Sicherung der Gebäude vor illegalen Handlungen Dritter;
 - für vorbeugende Maßnahmen gegen Haushaltsunfälle;
 - für den Bau von angrenzenden Parkplätzen;
 - für die Bonifizierungsarbeiten von Asbest.
- Unter die Ausgaben, welche Anrecht auf Absetzung geben, fallen jene welche für folgendes getragen worden sind:
- für die Projekte zur Arbeitsdurchführung;
 - für die Anschaffung von Material;
 - für die Durchführung der Arbeiten;
 - für die Ausführung sonstiger fachlicher Arbeiten, welche für diesen Eingriff notwendig sind;
 - für den Bericht über die Übereinstimmung der durchzuführenden Arbeiten mit den geltenden Vorschriften;
 - für Schätzungen und Lokalausweise;
 - für die Mehrwertsteuer, die Stempelsteuer und die für die Konzessionen, Ermächtigungen und Meldungen über den Beginn der Arbeiten;
 - für die Aufwendungen hinsichtlich der städtischen Raumgestaltung;
 - für die obligatorische Dokumentation als Beweis der statischen Sicherheit des Bauvermögens;
 - für sonstige Kosten, die direkt mit der Durchführung der Wiedergewinnungsarbeiten in Zusammenhang stehen und für Verpflichtungen, welche vom Reglement Nr. 41 vom 18. Februar 1998 vorgesehen sind.

Der Absetzbetrag kann ab Einreichung der Einkommenserklärung in Bezug auf das Jahr der getragenen Spesen unter der Bedingung in Anspruch genommen werden, dass:

- der Steuerpflichtige für die Eingriffe, die ab dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, in der Einkommensteuererklärung Folgendes angibt: die Katasterdaten der Immobilie, die Registerdaten der Urkunde, die den Rechtstitel darstellt (z.B. Mietvertrag), ob die Arbeiten vom Inhaber durchgeführt werden, sowie die anderen Angaben zur Kontrolle des Abzugs;
- der Steuerpflichtige, der für die Eingriffe, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden, an das Betriebszentrum Pescara die Mitteilung über den Beginn der Arbeiten übermittelt hat, und zwar in Bezug auf jede einzelne Immobilieneinheit, die im Kataster eingetragen ist oder deren Katastereintragung beantragt wurde, für die der Abzug in Anspruch genommen werden soll. Für die Eingriffe, die zwischen dem 1. Januar und dem 13. Mai 2011 begonnen wurden, ist diese Mitteilung nicht notwendig, wenn die Katasterdaten der Immobilie in der Einkommensteuererklärung für 2011 angegeben wurden;
- die Ausgaben mittels Banküberweisung gezahlt werden, aus welcher der Zahlungsgrund, die Steuernummer des Begünstigten der Absetzung und die Mehrwertsteuernummer bzw. Steuernummer des Subjektes, zu Gunsten dessen die Banküberweisung, im Sinne der Regelung Nr. 41 vom 18. Februar 1998, welche die Bestimmungen des Art. 1 des G. 449/97 in Kraft setzt, gemacht wurde, hervorgehen.

Es muss nicht durch Banküberweisung bescheinigt werden:

- die Ausgaben der Aufwendungen für die Urbanisierung;
- die Steuereinbehalte auf die Vergütungen;
- die Stempelsteuer;
- die Gebühren, welche für die Konzessionen, die Genehmigungen und die Meldungen über den Arbeitsbeginn getragen wurden.

Wenn für die an die Gemeinden gezahlten Belastungen die Zahlung jedenfalls mit Überweisung erfolgt, ist es empfehlenswert, im Grund der Überweisung die Gemeinde als empfangendes Subjekt und den Zahlungsgrund (zum Beispiel: Urbanisationsabgaben, Tosap usw.) anzugeben; außerdem empfiehlt es sich, nicht den eigens dafür von der Bank oder dem Postamt vorbereiteten Vordruck für die Überweisung bezüglich der Baueingriffe zu verwenden.

Der Steuerpflichtige muss auf Verlangen der Dienststelle die von der Verfügung des Leiters der Agentur der Einnahmen vom 02. November 2011 ermittelten Unterlagen vorweisen: in Bezug auf die durchzuführenden Arbeiten erforderliche verwaltungsrechtliche Zulassungen (Konzession, Genehmigung oder Mitteilung des Beginns der Arbeiten); ist keine Zulassung vorgesehen, die Ersatzerklärung der Offenkundigkeitserklärung, in der das Datum des Beginns der Arbeiten angegeben ist und der Umstand bescheinigt wird, dass die Eingriffe die Vergünstigung in Anspruch nehmen können; für die noch nicht erfassten Immobilien der Antrag auf Katastereintragung; ICI-Zahlungsbe-

lege; Versammlungsbeschluss zur Genehmigung der Durchführung der Arbeiten, die sich auf Eingriffe an den Gemeinschaftsteilen von Wohngebäuden beziehen, und die Tausendsteltablelle zur Kostenaufteilung je nach den Eigentumsanteilen; führt der nicht zum Familienhaushalt gehörende Inhaber der Immobilie die Arbeiten durch, die Zustimmung des Besitzers zur Durchführung der Arbeiten; falls vorgesehen, Vorabmitteilung an die ASL mit dem Datum des Beginns der Arbeiten; Rechnungen und Steuerquittungen zum Nachweis der getragenen Ausgaben; Belege der Zahlungsüberweisungen. Was die Eingriffe betrifft, die vor dem 14. Mai 2011 begonnen wurden und für die an das Betriebszentrum Pescara die Mitteilung über den Beginn der Arbeiten zu übermitteln war, wird darauf hingewiesen, dass die Übermittlung des Mitteilungsförmulars vor dem Beginn der Arbeiten erfolgen muss, aber nicht notwendigerweise, bevor alle Zahlungen für die entsprechenden Renovierungsarbeiten vorgenommen wurden. Einige Zahlungen können nämlich noch vor der Übermittlung der Meldung gemacht worden sein, wie zum Beispiel bei Ausgaben, die zur Genehmigung der durchzuführenden Arbeiten getragen wurden.

Bei Restaurierungsarbeiten und/oder Einzahlungen, die auf zwei Jahren übergehen, ist es nicht notwendig, eine neue Mitteilung einzureichen, auch wenn die Ausgaben zwecks Absetzung für das Jahr, in welchem diese getragen wurden, anzurechnen sind (Kassenkriterium). Falls mehrere Subjekte zur Absetzung berechtigt sind und bei Angabe auf der Banküberweisung der einzigen Steuernummer des Subjektes, welches die Mitteilung an das Dienstzentrum oder an das „Centro Operativo di Pescara“ gemacht hat, steht die Absetzung auch dann zu, wenn die Rechnung nicht auf dasselbe Subjekt lautet, das dann die tatsächliche Überweisung vorgenommen hat, vorausgesetzt, dass im entsprechenden Feld der Einkommenserklärung dieselbe Steuernummer wie auf der Banküberweisung angeführt wird und unter Berücksichtigung der sonstigen Bedingungen.

Der Steuerzahler hat die Pflicht, die Rechnungen bzw. die Steuerbelege, welche die Ausgaben in Bezug auf die durchgeführten Arbeiten beweisen, die Bestätigung der Banküberweisung, durch welche die Zahlung vorgenommen wurde, sowie alle sonstigen vorgesehenen Unterlagen aufzubewahren und diese auf Verlangen der Agentur der Einnahmen vorzulegen.

Im Falle von Arbeiten an den Gemeinschaftsteilen ist für die Inanspruchnahme der Absetzung, anstelle dieser Unterlagen auch eine Bescheinigung des Verwalters des Mitbesitzgebäudes zugelassen, in welcher dieser erklärt, alle vorgesehenen Verpflichtungen erfüllt zu haben und aus welcher der Betrag hervorgeht, den der Steuerzahler absetzen kann.

In allen oben angeführten Fällen ist die Steuernummer des Subjektes, welches eventuell auch für den erklärenden Steuerzahler, die Mitteilung für die Inanspruchnahme der Absetzung eingereicht hat (wie zum Beispiel der Miteigentümer bzw. der Mitinhaber des dinglichen Rechts der Liegenschaft), anzugeben. Bei Restaurierungsarbeiten an Gemeinschaftsteilen von Wohnhäusern ist die Steuernummer der Eigentumsgemeinschaft bzw. der Genossenschaft anzugeben, falls die Erklärung von einem Mitglied eingereicht wird.

■ Ausgaben für die Gesundheit

Der Abzug von 19 Prozent kann für die folgenden getragenen Kosten genossen werden:

- für chirurgische Eingriffe;
- für Analysen, Röntgenuntersuchungen, Kontrollen und Applikationen;
- für fachärztliche Behandlungen;
- für den Kauf oder die Miete von Prothesen;
- für Leistungen eines praktischen Arztes (die Leistungen für homöopathische Untersuchungen und Kuren eingeschlossen);
- für die Einlieferung ins Krankenhaus im Zusammenhang mit einem chirurgischen Eingriff bzw. einem Krankenhausaufenthalt. Bei Einlieferung eines älteren Menschen in ein Pflege- oder Seniorenheim können der Tagessatz und die Pflegekosten nicht abgesetzt werden, sondern nur die Arztspesen, welche in den Unterlagen, die vom Heim ausgestellt werden, getrennt anzuführen sind (bei Einlieferung eines älteren behinderten Menschen, siehe die Anleitungen für Zeile RP25);
- für den Kauf von Medikamenten;
- für Kosten bezüglich des Erwerbs oder der Mietung von medizinischen Geräten (zum Beispiel Gerät für Aerosol oder für die Blutdruckmessung), vorausgesetzt, dass aus dem Kassenzettel oder aus der Rechnung das Subjekt, das die Kosten trägt, und die Beschreibung des medizinischen Geräts, das mit der CE-Markierung gekennzeichnet sein muss, hervorgeht (Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 20/E vom 13.05.2011);
- für die Ausgaben für eine Organverpflanzung;
- für die bezahlten Tickets, falls die oben erwähnten Spesen im Bereich des nationalen Gesundheitsdienstes getragen wurden.

Die Steuerabsetzung von 19 Prozent kann auch für folgende Betreuungsspesen von Seiten des Fachpersonals, in Anspruch genommen werden:

- für den Krankenpflegedienst und Rehabilitationsdienst (zum Beispiel Physiotherapie, Kinesiotherapie, Lasertherapie usw.);
- für die Dienstleistungen von Seiten des Personals, das für die Grundfürsorgeleistungen oder für den technischen Beistand ausgebildet wurde und deren Einsatz ausschließlich in der Betreuung der Person besteht;
- für Leistungen des Personals, das die Grundvor- und Fürsorgetätigkeit koordiniert;
- für Leistungen des Personals, das die Ausbildung eines Erziehers aufweist;
- für Leistungen von Seiten des für die Freizeitgestaltung und/oder die Beschäftigungstherapie qualifizierten Personals.

Die von den oben aufgeführten Fachberufen erbrachten Gesundheitsleistun-

gen an der Person sind auch ohne spezifische ärztliche Verschreibung absetzbar, sofern aus dem Ausgabenbeleg der Fachberuf und die von der gesundheitlichen Fachkraft erbrachte Leistung hervorgeht (Rundschreiben der Agentur der Einnahmen Nr. 19/E vom 1. Juni 2012).

Unterlagen, die aufbewahrt werden müssen.

Für die in den Zeilen RP1, RP2, RP3 und RP25 angegebenen Ausgaben sind die folgenden Steuerunterlagen aufzubewahren, die von den Empfängern der Beträge ausgestellt wurden:

- für die Gesundheitskosten bezüglich des Kaufs von Medikamenten die Kassenzettel, welche die Art und die Menge der erworbenen Medikamente, den alphanumerischen, auf der Packung eines jeden Medikaments angegebenen Code und die Steuernummer des Empfängers der Medikamente enthalten.
- für die Prothesen, die nicht zu den medizinischen Geräten zählen, neben den entsprechenden Rechnungen, Belegen oder Quittungen auch die Verschreibung des behandelnden Arztes, es sei denn, es handelt sich um Tätigkeiten, die aufgrund der spezifischen Regelung von Hilfskräften der Gesundheitsberufe ausgeübt werden, die dafür zugelassen sind, mit den Patienten ein direktes Verhältnis zu unterhalten. Sollte in diesem Fall die Rechnung, der Zahlungsbeleg oder die Quittung nicht unmittelbar von der nebenärztlich tätigen Person ausgestellt werden, muss diese Person auf dem Auslagenbeleg bestätigen, dass sie die Dienstleistung ausgeführt hat. Auch in diesem Falle kann der Steuerzahler anstelle der ärztlichen Verordnung, eine Ersatzerklärung des Notariatsaktes vorlegen, deren Unterschrift nicht zu beglaubigen ist, falls dieser eine Kopie der Identitätskarte des Unterzeichners beigelegt wird (welche dann zusammen mit den besagten Rechnungen, Zahlungsbelegen und Quittungen aufzubewahren, vorzulegen bzw. auf Anforderung der Finanzämter diesen zu übermitteln ist). Aus der Erklärung muss sowohl die Notwendigkeit für den Steuerzahler und für die zu Lasten lebenden Familienangehörigen hervorgehen, sowie der Grund, wofür die Prothese angekauft wurde, bescheinigt sein;
- für die technischen und computergesteuerten Mittel ist neben den entsprechenden Rechnungen, Zahlungsbelegen und Quittungen auch eine Bescheinigung des behandelnden Arztes einzuholen und aufzubewahren, aus welcher hervorgeht, dass die erworbenen technischen Mittel die Selbstständigkeit und die gesellschaftliche Integration der gemäß Art. 3 des G. 104/1992 beschriebenen Person mit Behinderung fördern.

Arztausgaben im Ausland

Für im Ausland getragene Arztausgaben gelten dieselben Vorschriften wie für Ausgaben, die in Italien bestritten wurden; auch diese müssen vom Steuerzahler genauestens belegt und aufbewahrt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Transport- und Aufenthaltskosten im Ausland, auch wenn diese aus Gesundheitsgründen getragen wurden, nicht unter jene fallen, welche die Absetzung berechtigen, weil diese keine Sanitätsausgaben sind.

Falls die ärztlichen Unterlagen in einer Fremdsprache abgefasst sind, müssen sie ins Italienische werden. Insbesondere wenn die Unterlagen auf Englisch, Französisch, Deutsch oder Spanisch abgefasst sind, kann die Übersetzung vom Steuerzahler selbst gemacht und unterzeichnet werden. Sollten sie hingegen in einer anderen Sprache als die obenerwähnten abgefasst sein, muss eine beeidigte Übersetzung beigelegt werden.

Steuerzahler mit Steuersitz im Aostatal und in der Provinz Bozen brauchen keine Übersetzung beizulegen, wenn die Unterlagen in Französisch oder Deutsch abgefasst sind.

Die ausländische, eventuell in Slowenisch verfasste Sanitätsdokumentation kann mit einer nicht vereidigten italienischen Übersetzung vervollständigt werden, wenn der Steuerpflichtige in der Region Friaul Venetien Julia wohnt und der slowenischen Minderheit angehört.

■ Gesundheitsausgaben für behinderte Personen

Unter die Ausgaben für die Gesundheit fallen:

- Ausgaben für die Begleitung, das Gehen, die Bewegung und das Anheben von Behinderten erforderliche Mittel, die im Sinne des Art. 3 des G. Nr. 104 von 1992 als solche anerkannt werden, für die der Abzug auf den gesamten Betrag (**Zeile RP3**) zusteht. Es handelt sich dabei um die getragenen Kosten für:
 - die Ausgaben für den Ankauf von Sesseln für Behinderte, die gehunfähig sind, sowie von Stützvorrichtungen bei Knochenbrüchen, Brüchen und Stützen zur Verbesserung von Schäden der Wirbelsäule;
 - den Transport der Behinderten mit dem Krankenwagen (Kosten für die Begleitung). Es wird in diesem Fall darauf hingewiesen, dass fachärztliche bzw. allgemeine Leistungen, die anlässlich der Beförderung mit dem Krankenwagen durchgeführt wurden, Ausgaben im Gesundheitsbereich darstellen, für welche die Absetzung nur für den Teil zusteht, der den Betrag von 129,11 Euro überschreitet;
 - den Ankauf von künstlichen Gliedern für die Fortbewegung;
 - die Kosten für den Aufzug, der für die Rollstuhlfahrer umgebaut oder angepasst werden musste;
 - den Bau von Rampen zur Beseitigung von architektonischen Barrieren innerhalb und außerhalb der Wohnungen;
 - die Installation und/oder Wartung der Hebebühnen für Behinderte.

Zur Beachtung: der Absetzbetrag für diese Ausgaben kann nur für jenen Teil in Anspruch genommen werden, der die Ausgaben überschreitet, für die eventuell auch die Absetzung von 36 bzw. 50 Prozent in Anspruch genommen wird und die die Beseitigung von architektonischen Barrieren betreffen (Zeile von RP41 bis RP53);

- Ausgaben für technische informatische Hilfsmittel für die Erleichterung der Unabhängigkeit von fremder Hilfe und die Integrationsmöglichkeiten der Behinderten, die im Sinne des Art. 3 des G. Nr. 104 von 1992 als solche anerkannt werden. Unter diese Ausgaben fallen z.B. die Ausgaben für den Kauf eines Faxgerätes, eines Modems, eines Computers oder eines tele-matischen Mittels (**Zeile RP3**);
- Ausgaben für Mittel, die für die Bewegung von Behinderten mit reduzierten oder verminderten Bewegungsfähigkeiten erforderlich sind, für die der Abzug des gesamten Betrags (**Zeile RP4**) zusteht. Es handelt sich dabei um die Kosten für den Ankauf von Motorrädern und Kraftfahrzeugen gemäß Art. 53, Abs.1, Buchst. b), c), f) und gemäß Art. 54, Absatz 1, Buchst. a), c), f) und m) des GvD Nr.285 vom 30. April 1992, auch wenn es sich um Serienproduktionen handelt, die den bleibenden motorischen Einschränkungen der Behinderten angepasst wurden. Die bleibenden motorischen Einschränkungen müssen aus einem ärztlichen Attest hervorgehen, das von der Ärztekommision im Sinne des Art. 4 des G. Nr. 104/1992, ausgestellt wurde. Unter diese Subjekte fallen nicht nur Personen, welche die genannte Bescheinigung erlangt haben, sondern auch jene Subjekte, welche von sonstigen öffentlichen Ärztekommisionen, die damit beauftragt sind, eine Zivilinvalidität, Arbeitsinvalidität bzw. eine Invalidität als Kriegsversehrte usw. zu bescheinigen, als Invalide erklärt wurden. Zu den für die Fortbewegung erforderlichen Fahrzeugen zählen auch die nicht angepassten Fahrzeuge, die für die Fortbewegung von Blinden (G. Nr. 138 vom 3. April 2001) und Tauben bestimmt sind (G. Nr. 381 vom 26. Mai 1970).

Die Absetzung auf Kraftfahrzeugen, steht unabhängig von deren Anpassung auch folgenden Personen zu:

- 1) den Subjekten mit einem psychischen oder geistigen Handicap, welchen die Begleitzulage anerkannt wurde;
- 2) den Invaliden mit großen Bewegungseinschränkungen;
- 3) den Subjekten mit mehreren Amputationen.

Um die Absetzung beanspruchen zu können, muss eine schwerwiegende Behinderung bestehen, wie vom Art. 3, Abs. 3 des G. Nr. 104 von 1992 vorgesehen, das aus Krankheitsbildern entstanden ist, welche eine permanente Bewegungseinschränkung herbeigeführt haben.

Der Grad der Behinderung muss aus einer Bescheinigung mit dazugehörigem Protokoll der Kommission für die Feststellung der Behinderung gemäß Art. 4 des G. Nr. 104 von 1992, hervorgehen. Bei den unter Punkt 1) angeführten Subjekten muss ausserdem die Bescheinigung über die Gewährung der Begleitzulage vorhanden sein, die von der Kommission über die Feststellung der Zivilinvalidität ausgestellt wurde.

Für behinderte Personen, die nicht gleichzeitig unter „schweren Einschränkungen der Gehfähigkeit“ leiden, liegen die „dauernd eingeschränkten bzw. fehlenden Bewegungsfähigkeiten“ immer vor, wenn die Invalidität die Unmöglichkeit oder die Schwierigkeiten des Gehens aufgrund von Erkrankungen mit sich, die die Benutzung der unteren Gliedmaßen ausschließen oder einschränken; in diesem Fall ist also die ausdrückliche Angabe der eingeschränkten oder verminderten Beweglichkeit auf der Invaliditätsbescheinigung nicht unbedingt erforderlich.

Es können auch andere Krankheitsbilder vorliegen, welche eine „permanent eingeschränkte bzw. verminderte Beweglichkeit“ herbeiführen. Die Einschätzung dieser „permanent eingeschränkten bzw. verminderten Beweglichkeit“ kann jedoch nicht von den Ämtern der Agentur der Einnahmen vorgenommen werden. In diesen Fällen ist also eine zusätzliche Bescheinigung notwendig, aus welcher die permanente eingeschränkte oder verminderte Beweglichkeit hervorgeht, die von der Kommission gemäß Art. 4 des G. Nr. 104/1992 ausgestellt wurde, bzw. kann auch nur eine Kopie des Antrages an die ASL beigelegt werden, aus der hervorgeht, dass man um die zusätzliche Bescheinigung der genannten Kommission beantragt hat, welche dann die permanente eingeschränkte oder verminderte Beweglichkeit im Sinne des Art. 8 des G. 449/1997 bescheinigen wird.

Unter die Kraftfahrzeuge, bei welchen die Lenkungsrichtung angepasst wurde, fallen auch jene, die mit automatischem Seriengetriebe versehen sind, wenn dies aus der Bescheinigung der Ärztekommision gemäß Art. 119 des GvD Nr. 285 vom 30. April 1992 hervorgeht.

Unter die wichtigsten Anpassungsarbeiten an Fahrzeugen, die unten angeführt sind, zählen sowohl die Einrichtungen an der Fahrvorrichtung als auch an der Struktur der Karosserie. Diese Einrichtungen müssen im Kraftfahrzeugschein nach der Fahrzeugüberprüfung von Seiten der von den örtlichen Ämtern für Bodentransporte des Ministeriums für Infrastrukturen und Transportwesen vermerkt werden:

- das Hebebrett mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- die Rutschbahn mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- der Auslegearm mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- der Flaschenzug mit mechanischem/elektrischem/hydraulischem Antrieb;
- Schiebe- Drehsitzplatz, welcher zum Sitzen von behinderten Personen im Innenraum des Autos dient;
- die Verankerung des Rollstuhls und Stützgürtel;
- die Schiebetür.

Falls die Fahrzeuge aufgrund der Natur der Behinderung Anpassungen benötigen, die verschieden sind als die oben genannten, kann die Absetzung trotzdem anerkannt werden, wenn ein funktioneller Zusammenhang zwischen der Behinderung und der Art der Anpassung vorhanden ist.

Die Schwerekriegsbeschädigten gemäß Art. 14 des Einheitstextes Nr. 915 von 1978 und die ihnen gleichgestellten Personen werden als Behinderte angesehen und unterliegen nicht den Gesundheitsfeststellungen des Arztausschusses, der im Sinne des Art.4, des Gesetzes Nr. 104 von 1992 eingesetzt wurde. In diesem Fall genügen die Unterlagen, welche von den zuständigen Ministerien anlässlich der Genehmigung der Rentenbegünstigungen au-

gestellt wurden.

Bei Verlangen der Ämter können die Informationen zum persönlichen Zustand, auch durch eine Eigenerklärung abgegeben werden, die in der vom Gesetz vorgesehenen Art und Weise vorzunehmen ist (Ersatzerklärung der Notariatsurkunde, gemäß DPR Nr.445 vom 28. Dezember 2000, die keiner beglaubigten Unterschrift bedarf, wenn eine Fotokopie des Personalausweises des Unterzeichners beigelegt ist), aus welcher hervorgeht, dass die Invaliderität permanent eine eingeschränkte oder verminderte Motorik herbeigeführt hat. Außerdem ist auf die vorher durchgeführten ärztlichen Untersuchungen und Feststellungen Bezug zu nehmen, die von Organen durchgeführt wurden, die befähigt sind, den Grad der Invaliderität zu bescheinigen, da der einzelne nicht in der Lage ist, den Grad und die Art derselben Invaliderität genau zu definieren.

Die Absetzung steht allen behinderten Personen mit eingeschränkter oder fehlender Bewegungsfähigkeit zu unabhängig davon, ob sie selbst oder die Personen, denen gegenüber sie unterhaltsberechtig ist, im Besitz eines Führerscheins welcher Art auch immer sind.

Die Absetzung steht für folgende Motorräder zu:

- Motorwagen: das sind Fahrzeuge mit drei Rädern, die für die Beförderung von Personen bestimmt sind und welche eine Tragfähigkeit von höchstens vier Sitzplätzen, einschließlich des Fahrers haben; sie müssen mit einer angemessenen Karosserie (Buchst. b) des Art.53) ausgestattet sein;
- Motorfahrzeuge für die gemischte Beförderung: Fahrzeuge mit drei Rädern, die für den Transport von Personen und Waren bestimmt sind, und eine Tragfähigkeit von höchstens vier Sitzplätzen, einschließlich des Fahrers (Buchst. c) Art.53) haben;
- Motorfahrzeuge für spezifische Transporte: Motorräder mit drei Rädern, die für den Transport von bestimmten Personen und Waren unter besonderen Umständen bestimmt sind, und welche mit besonderen Vorrichtungen für diese Zweckbestimmung ausgestattet sind (Buchst. f), Art.53).

Die Absetzung steht für folgende Kraftfahrzeuge zu:

- Personenkraftwagen: Fahrzeuge, die für die Beförderung von Personen bestimmt sind und höchstens neun Sitzplätze, einschließlich des Fahrers haben (Buchst. a) Art. 54);
- Fahrzeuge für den gemischten Transport: Fahrzeuge mit einer Vollbelastung unter 3,5 bzw. 4,5 Tonnen (falls diese elektrisch bzw. durch Batterie betrieben werden), die für den Transport von Personen bzw. Waren bestimmt sind und mit neun Sitzplätzen, einschließlich des Fahrers ausgestattet sind (Buchst. c) Art. 54);
- Kraftfahrzeuge für spezifische Transporte: Fahrzeuge, die für den Transport von bestimmten Personen und Waren unter besonderen Umständen bestimmt sind, und welche mit besonderen Vorrichtungen für diese Zweckbestimmung ausgestattet sind (Buchst. f) Art.54);
- Wohnmobile: Fahrzeuge mit einer besonderen Karosserie, die für den permanenten Transport und der Unterkunft von höchstens sieben Personen einschließlich des Fahrers (Buchst. m) Art. 54) bestimmt sind.

☐ Im Ausland erzielte Gehälter, Einkünfte und Renten

Es müssen folgende Gehälter, Renten und gleichgestellte Einkünfte, die von in Italien ansässigen Steuerzahlern bezogen worden sind, angegeben werden:

- a) jene, die in einem ausländischen Staat erzielt worden sind, mit dem kein Abkommen gegen die Doppelbesteuerung besteht;
- b) jene, die in einem ausländischen Staat erzielt worden sind, mit dem ein Abkommen gegen die Doppelbesteuerung besteht, aufgrund von dem diese Einkünfte sowohl in Italien als auch im ausländischen Staat besteuert werden müssen;
- c) jene, die in einem ausländischen Staat erzielt worden sind, mit dem ein Abkommen gegen die Doppelbesteuerung besteht, aufgrund von dem jene Einkommen ausschließlich in Italien besteuert werden müssen.

In den unter Buchstaben (a) und (b) aufgelisteten Fällen hat der Steuerzahler gemäß Art. 165 des Tuir, Anrecht auf ein Steuerguthaben für die im Ausland als Saldo bezahlten Steuern. In den vom Buchstaben (c) vorgesehenen Fall, und zwar, wenn die Einkünfte auch im ausländischen Staat einen Steuereinzug erfahren haben, hat der in unserem Staat ansässige Steuerzahler kein Anrecht auf das Steuerguthaben, sondern kann die Rückvergütung der im ausländischen Staat bezahlten Steuern beantragen. Die Rückerstattung wird bei der zuständigen ausländischen Behörde beantragt und zwar in der Art und Weise, wie diese das Verfahren festsetzt. Nachstehend wird für einige Länder die Art und Weise der Besteuerung der Gehälter und Renten angegeben, welche von den in Italien ansässigen Steuerzahlern bezogen wurden. Bezüglich der Handhabung der Gehälter und Renten, die nicht in der erwähnten Liste aufscheinen, bzw. von anderen Staaten bezogen werden, ist es notwendig, sich über die einzelnen Abkommen dieser Länder zu informieren.

1. Gehälter

Was die von einem privaten Arbeitgeber ausgezahlten Gehälter betrifft, ist in fast allen Abkommen (z.B. jene mit Argentinien, Australien, Belgien, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Spanien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten) die ausschließliche Besteuerung in Italien vorgesehen, falls gleichzeitig die folgenden Bedingungen gegeben sind:

- der in Italien ansässige Arbeiter übt seine Tätigkeit im ausländischen Staat für weniger als 183 Tage aus;
- die Entlohnungen werden von einem in Italien ansässigen Arbeitgeber entrichtet;
- die Aufwendung wird nicht von bleibenden Unternehmen bzw. von Unternehmen mit festem Sitz, die der Arbeitgeber im anderen Staat führt, bestritten.

2. Im Ausland in einem Dauerarbeitsverhältnis aufgrund eines Exklusivabkommens erzielte Einkünfte

Die im Ausland in einem Dauerarbeitsverhältnis und aufgrund eines Exklusivabkom-

mens erzielten Einkünfte sind aufgrund der Abschaffung des Art. 3, Abs. 3, Buchst. c) des Tuir, nicht mehr vom steuerpflichtigen Betrag ausgeschlossen. Im Sinne des Absatzes 8-bis, Art. 51 des Tuir, werden die Einkünfte der Angestellten, die sich im Laufe von zwölf Monaten im ausländischen Staat für mehr als 183 Tage aufhalten, aufgrund der jährlich vereinbarten Entlohnungen berechnet, welche mit Dekret des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik bestimmt werden.

Für das Jahr 2017 wird auf das interministerielle Dekret vom 22. Dezember 2016 verwiesen, das im Amtsblatt Nr. 15 vom 19. Januar 2017 veröffentlicht wurde.

Es handelt sich um jene Subjekte, die obwohl sie sich für mehr als 183 Tage im Ausland aufgehalten haben als in Italien ansässige Personen betrachtet werden, da sie ihre familiären Beziehungen, ihr Vermögen und ihre sozialen Kontakte vorwiegend in Italien haben. Die Einkommen der im Staatsgebiet wohnhaften Personen, die aus nichtselbständiger Arbeit bezogen werden, die dauerhaft und als ausschließlicher Gegenstand des Arbeitsverhältnisses im Ausland in Grenzgebieten und anderen angrenzenden Ländern geleistet wird, unterliegen für das Jahr 2017 der IRPEF für den Teil, der 7.500 Euro übersteigt.

Werden bei öffentlichen Verwaltungen begünstigte Sozialdienste beantragt, muss der gesamte im Ausland erzielte Betrag des Einkommens, die befreite Quote eingeschlossen beim Amt, das diesen Dienst anbietet mitgeteilt werden, damit die eigene finanzielle Lage überprüft werden kann.

3. Renten aus dem Ausland, die von in Italien ansässigen Personen bezogen werden

Als ausländische Renten werden jene betrachtet, die von einer öffentlichen bzw. privaten Körperschaft eines ausländischen Staates infolge von ausgeübter Arbeit ausgezahlt und von einer in Italien ansässigen Person bezogen werden. Mit einigen Staaten wurden Abkommen gegen die Doppelbesteuerung der Einkünfte abgeschlossen, aufgrund welcher die Renten ausländischer Herkunft anders besteuert werden, und zwar je nachdem, ob es sich um öffentliche oder private Renten handelt.

Zu den öffentlichen Renten zählen jene, die vom Staat selbst, bzw. von einer politischen oder verwaltungsbehördlichen Abteilung oder von einer lokalen Körperschaft ausgezahlt werden. Im allgemeinen sind diese Renten nur in ihrem Herkunftsstaat steuerpflichtig.

Zu den privaten Renten zählen jene, die von Körperschaften, Anstalten bzw. Vorsorgeinstituten der ausländischen Staaten entrichtet wurden, die mit der Auszahlung der Rente beauftragt sind. Im allgemeinen sind diese Renten nur im Staat, in dem der Begünstigte ansässig ist, steuerpflichtig.

Insbesondere werden aufgrund der geltenden Abkommen gegen die Doppelbesteuerung der Renten, welche einem in Italien ansässigen Steuerzahler von öffentlichen und privaten Körperschaften nachstehender Staaten ausbezahlt werden, folgendermaßen besteuert.

Argentinien - Vereintes Königreich - Spanien - Vereinigte Staaten - Venezuela

Falls der Steuerzahler italienischer Staatsbürger ist, werden die öffentlichen Renten ausschließlich in Italien besteuert. Die privaten Renten unterliegen ausschließlich in Italien der Besteuerung.

Belgien - Deutschland

Die öffentlichen Renten werden ausschließlich in Italien besteuert, falls der Steuerzahler nur die italienische Staatsbürgerschaft besitzt und nicht auch die ausländische. Falls der Steuerzahler auch ausländischer Staatsbürger ist, werden seine Einkünfte ausschließlich in jenem Land besteuert.

Die privaten Renten unterliegen ausschließlich in Italien der Besteuerung.

Frankreich

Öffentliche französische Renten werden normalerweise ausschließlich in Frankreich besteuert. Dennoch werden diese im Fall, dass der Steuerzahler nur die italienische und nicht auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, ausschließlich in Italien besteuert.

Private französische Renten werden aufgrund einer allgemeinen Regelung nur in Italien besteuert, obwohl jene Renten, welche aufgrund des geltenden italienisch-französischen Abkommens aufgrund der Bestimmungen über die "Soziale Sicherheit" ausbezahlt werden, in beiden Staaten besteuert werden können.

Australien

Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Renten unterliegen nur in Italien der Besteuerung.

Kanada

Sowohl die öffentlichen als auch die privaten Renten unterliegen nur in Italien der Besteuerung, falls der Gesamtbetrag nicht den höchsten der folgenden Beträge überschreitet: 10.000 Kanada Dollars bzw. 6.197,48 Euro. Falls diese Grenze überschritten wird, sind die Renten sowohl in Italien als auch in Kanada besteuert und in Italien steht das Guthaben für die in Kanada endgültig bezahlte Steuer zu. Falls kanadische „Sozialsicherheitsrenten“ wie z.B. die OAS-Rente (Old Age Security) bezogen werden, sind diese ausschließlich in Kanada zu versteuern;

Schweiz

Die öffentlichen Renten sind nur in der Schweiz besteuert, falls der Steuerzahler die schweizerische Staatsbürgerschaft hat. Falls der Steuerzahler keine schweizerische Staatsbürgerschaft hat werden die öffentlichen Renten ausschließlich in Italien besteuert.

Die privaten Renten werden ausschließlich in Italien besteuert. Die Beträge, die von der Schweizer Versicherungsanstalt als Alters- bzw. Hinterbliebenenrente (AVS-Erträge) ausgezahlt werden, müssen in Italien nicht als Einkünfte erklärt werden, da sie der Quellsteuer unterliegen.

4. Studienstipendien

Stipendien, die von in Italien ansässigen Steuerpflichtigen bezogen werden, müssen angegeben werden, es sei denn, es ist keine besondere Steuerbefreiung vorgesehen, wie zum Beispiel die Steuerbefreiung, die für von Universitäten und Universitätsinstituten und der autonomen Provinz Bozen ausbezahlte Stipendien beschlossen wurde (Gesetz Nr. 398 vom 30. November 1989). Die Bestimmungen der Besteuerung in Italien werden im allgemeinen auch aufgrund der Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, angewandt. Für den Fall, dass ein Steuerpflichtiger mit Wohnsitz in Italien sich aus Studiengründen beispielsweise in Frankreich, Deutschland, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten aufhält und das Stipendium von einem Subjekt mit Wohnsitz in unserem Land bezahlt wird, ist mit den genannten Ländern vorgesehen, dass es nur in Italien zu versteuern ist; wird hingegen das Stipendium von einem Subjekt mit Wohnsitz im ausländischen Staat des Aufenthalts gezahlt, kann dieser Staat das Einkommen versteuern, muss es aber auch in Italien erklären und das Guthaben für die im Ausland gezahlte Steuer beantragen.

▣ **Verpachtete Grundstücke – Sonderfälle**

Falls das Grundstück in mehreren Zeilen eingetragen und in wenigstens einer Zeile der Kode 2 oder der Kode 3 in Spalte 2 angegeben wurde, sind für die Berechnung des Grundeinkommens folgende Modalitäten anzuwenden. Es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen einer der Titel 2 und 3 angegeben wurde und das Kästchen der Spalte 10 nicht angekreuzt ist.

1) Für jede Zeile des Grundstücks den entsprechenden Anteil an den Grundeinkünften berechnen:

- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80% und erhöht um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 2 oder 6 vorhanden ist, ist das Grundeinkommen gleich Null;

Die Beträge der Einkommensanteile aus Grundbesitz, die wir nachfolgend mit "Gesamtbeitrag der Anteile aus Grundbesitz" bezeichnen, müssen zusammengezählt werden.

2) Für jede Zeile des Grundstücks, für das in Spalte 2 der Kode 2 oder 3 angegeben wurde, den Anteil des Pachtpreises berechnen:

- a) falls in Spalte 2 der Kode 2 angeführt wurde, ist der Mietzins (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 5) zu berechnen;
- b) wenn in Spalte 2 der Kode 3 angegeben wurde, werden als Pachtpreis die Grundeinkünfte angenommen, die nach den Modalitäten laut vorstehendem Absatz berechnet wurden.

Anschließend sind die Beträge der Anteile des Mietzinses zusammenzuzählen.

3) Wenn in keiner der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Kode 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:

- a) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen weniger als 80% des "Gesamtbeitrages aus Grundbesitz" beträgt, ist der Gesamtbetrag der Anteile der Mietzinsen in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen;
- b) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen hingegen höher oder gleich 80% des "Gesamtbeitrages aus Grundbesitz" ist, ist der "Gesamtbeitrag der Anteile aus Grundbesitz" in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen.

4) Wenn in wenigstens einer der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Kode 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:

- 1) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen höher als der Gesamtbetrag der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz anzugeben;

2) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen niedriger des Gesamtbeitrages der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist folgendes vorzunehmen:

- a) für jede einzelne Zeile den entsprechenden Anteil des Einkommens aus Grundbesitz ermitteln, ohne die Steuererleichterung zu berücksichtigen, die für den Nichtanbau oder den Verlust von mindestens 30 % der Produkte aufgrund von Naturereignissen vorgesehen ist, und danach das angegebene Einkommen aus Grundbesitz mit Spalte 1 in Beziehung setzen, Neuberechnet auf 80 % (Oder nicht Neuberechnet in den Sonderfällen 5 oder 6) und erhöht um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- b) die auf diese Art und Weise berechneten Anteile, die nachfolgend "Gesamtbeitrag der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" genannt werden sind zusammenzuzählen;
- c) der Betrag des unter Punkt b) berechneten "Gesamtbeitrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist mit dem Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzins zu vergleichen:

- falls der "Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzinsen", wie in Punkt b) berechnet, weniger als 80% des "Gesamtbeitrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist, ist in Spalte 11, erste Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" zu übertragen;

– falls der "Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" höher oder gleich 80% des "Gesamtbeitrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz", wie in Punkt b) berechnet ist, ist in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbeitrag der Anteile aus Grundbesitz" zu übertragen; in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);

Es sind nur die Zeilen zu berücksichtigen, in denen einer der Titel 2 und 3 angegeben wurde und das Kästchen der Spalte 10 angekreuzt ist:

1) Für jede Zeile des Grundstücks den entsprechenden Anteil an den Grundeinkünften berechnen:

- Wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) kein Code vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, Neuberechnet auf 80%, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Code 4 vorhanden ist, ist das Einkommen aus Grundbesitz gleich dem im Spalte 1 angegebenen Betrag, erhöht um um 30 %, in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);
- wenn in Spalte 7 (Sonderfälle) der Kode 2 oder 6 vorhanden ist, ist das Grundeinkommen gleich Null;

Die Beträge der Einkommensanteile aus Grundbesitz, die wir nachfolgend mit "Gesamtbeitrag der Anteile aus Grundbesitz" bezeichnen, müssen zusammengezählt werden.

2) Für jede Zeile des Grundstücks, für das in Spalte 2 der Kode 2 oder 3 angegeben wurde, den Anteil des Pachtpreises berechnen:

- a) falls in Spalte 2 der Kode 2 angeführt wurde, ist der Mietzins (Sp. 6) im Verhältnis zum Besitzanteil (Sp. 5) zu berechnen;
- b) wenn in Spalte 2 der Kode 3 angegeben wurde, werden als Pachtpreis die Grundeinkünfte angenommen, die nach den Modalitäten laut vorstehendem Absatz berechnet wurden. Anschließend sind die Beträge der Anteile des Mietzinses zusammenzuzählen.

3) Wenn in keiner der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Kode 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:

- a) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen weniger als 80% des "Gesamtbeitrages aus Grundbesitz" beträgt, ist der Gesamtbetrag der Anteile der Mietzinsen in Spalte 11 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen;
- b) falls der Gesamtbetrag der Anteile bezüglich Mietzinsen hingegen höher oder gleich 80% des "Gesamtbeitrages aus Grundbesitz" ist, ist der "Gesamtbeitrag der Anteile aus Grundbesitz" in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, zu übertragen.

4) Wenn in wenigstens einer der Zeilen, die sich auf das Grundstück beziehen, in Spalte 7 „Sonderfälle“ Kode 2 oder 6 angegeben wurde, ist wie folgt vorzugehen:

- 1) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen höher als der Gesamtbetrag der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der Gesamtbetrag der Anteile aus Grundbesitz anzugeben;

2) falls der Gesamtbetrag der oben ermittelten Anteile bezüglich Mietzinsen niedriger des Gesamtbeitrages der oben berechneten Anteile aus Grundbesitz ist, ist folgendes vorzunehmen:

- a) für jede einzelne Zeile den entsprechenden Anteil des Einkommens aus Grundbesitz ermitteln, ohne die Steuererleichterung zu berücksichtigen, die für den Nichtanbau oder den Verlust von mindestens 30 % der Produkte aufgrund von Naturereignissen vorgesehen ist, und danach das angegebene Einkommen aus Grundbesitz mit Spalte 1 in Beziehung setzen, Neuberechnet auf 80 % (Oder nicht Neuberechnet in den Sonderfällen 5 oder 6), in Beziehung gesetzt zu den Tagen (Spalte 4) und zum Besitzanteil (Spalte 5);

b) die auf diese Art und Weise berechneten Anteile, die nachfolgend "Gesamtbeitrag der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" genannt werden sind zusammenzuzählen;

c) der Betrag des unter Punkt b) berechneten "Gesamtbeitrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist mit dem Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzins zu vergleichen:

- falls der "Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzinsen", wie in Punkt b) berechnet, weniger als 80% des "Gesamtbeitrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz" ist, ist in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" zu übertragen;
- falls der "Gesamtbeitrag der Anteile bezüglich Mietzinsen" höher oder gleich 80% des "Gesamtbeitrages der nicht begünstigten Anteile aus Grundbesitz", wie in Punkt b) berechnet ist, ist in Spalte 13 der ersten Zeile der Übersicht RA, in welcher das Grundstück angeführt ist, der "Gesamtbeitrag der Anteile aus Grundbesitz" zu übertragen.

▣ Änderung der Bodenkulturen

Zwecks Bestimmung der Einkünfte aus Grundbesitz müssen die Steuerzahler, falls die wirklich angebaute Kultur nicht jener entspricht, die aus der Katastereintragung hervorgeht, das Einkommen aus Grundbesitz berechnen, indem sie den durchschnittlichen Schätzungstarif und die Abzüge außerhalb des Tarifs anwenden, welche der angebauten Kultur tatsächlich entsprechen.

Dieser Durchschnittstarif, welcher auf die Art der angebauten Kultur anzuwenden ist, entspricht der Summe der Tarife, welche den verschiedenen Kategorien der Qualitätsklasse der Kultur zugerechnet wurden und der Anzahl der Kategorien.

Für Kulturen, die in derselben Gemeinde oder demselben Bezirk nicht erfasst worden sind, werden die Durchschnittstarife und die außertariflichen Abzüge angewandt, die für Grundstücke mit denselben Kulturen in anderen Gemeinden oder Steuerbezirken, die sich in der Nähe oder in derselben Provinz befinden, angewandt werden.

Falls der angebauten Kultur innerhalb der jeweiligen Provinz keine entsprechenden Qualifizierung der Qualitätsklasse zugewiesen wurde, wird der Durchschnittstarif der Gemeinde bzw. des Steuerbezirks angewandt, welcher vergleichbare Erträge aufweist.

Die Ermittlung der landwirtschaftlichen Erträge und der Einkünfte aus Grundbesitz, gemäß den oben genannten Modalitäten muss wie folgt durchgeführt werden:

- ab dem Steuerzeitraum nach jenem, an dem die Änderung der Kultur eine Ertragssteigerung bewirkt hat;
- ab dem Steuerzeitraum, in dem Änderungen im Anbau durchgeführt wurden, die eine Ertragsminderung bewirkt haben, falls die entsprechende Änderungsmeldung bei den zuständigen Stellen der Agentur der Einnahmen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist eingereicht wurde, bzw. bei Einreichung nach Ablauf dieser Frist ab dem Steuerzeitraum, in dem diese eingereicht wurde.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Steuerpflichtigen die Änderungen der Erträge aus Landwirtschaft und Grundbesitz den zuständigen Dienststellen der Agentur der Einnahmen bis zum 31. Januar des Jahres melden müssen, das auf das Jahr der eingetretenen Änderung folgt, wobei die Parzellen anzugeben sind, auf die sich die Änderungen beziehen, und es ist eine grafische Darstellung beizulegen, wenn die Änderungen Teile von Parzellen betreffen.

Wurde das Grundstück für landwirtschaftliche Zwecke verpachtet, kann die Meldung direkt vom Pächter eingereicht werden.

Diese Änderungsmeldung des Anbaues wird – für manche Steuerzahler – von der Erklärung über die Verwendung des Grundes an die AGEA (Agentur für die Versorgung in der Landwirtschaft) ersetzt, mit welcher die landwirtschaftlichen EU-Beiträge ersucht werden. Diese Vorgangsweise können nur Steuerzahler in Anspruch nehmen, die diese Beiträge beziehen.

TABELLE 10 - LISTE DER FREMDEN LÄNDER UND GEBIETE

ABU DHABI	238	COOKINSELN	237	KAMBOTSCHA	135	NAURU	109	SLOWENIEN	260
ÄGYPTEN	023	CURAÇAO	296	KAMERUN	119	NEPAL	115	SOMALIEN	066
ÄTHIOPIEN	026	DÄNEMARK	021	KANADA	013	NEU KALÉDONIEN	253	SPANIEN	067
AFGHANISTAN	002	DEUTSCHLAND	094	KANARISCHE INSELN	100	NEUSEELAND	049	SRI LANKA	085
AJMAN	239	DOMINICA	192	KAPVERDISCHE INSELN	188	NICARAGUA	047	ST. HELENA	254
ALAND INSELN	292	DOMINIKANISCHE REPUBLIK	063	KAROLINENINSELN	256	NIEDERLANDE	050	ST. VINCENT UND DIE GRENADINEN	196
ALBANIEN	087	DUBAI	240	KAZAKISTAN	269	NIGER	150	SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK	078
ALGERIA	003	ECUADOR	024	KENYA	116	NIGERIEN	117	SUDAN	070
AMERIKANISCHE INSELN IM PAZIFIK	252	ELFENBEINKÜSTE	146	KIRGHIZISTAN	146	NIUE	205	SÜDGEORGIEN UND DIE SÜDLICHE SANDWICHINSELN	283
AMERIKANISCHE JUNGFERNINSELN	221	EL SALVADOR	064	KIRIBATI	194	NORDKOREA	074	SÜDKOREA	084
AMERIKANISCHE SAMOA INSELN	148	ERITREA	277	KOLUMBIEN	017	NÖRDLICHE MARIANEN (INSELN)	219	SÜDSUDAN	297
ANDORRA	004	ESTLAND	257	KOMOREN INSELN	176	NORFOLK INSELN	285	SURINAM	124
ANGOLA	133	FALKLANDINSELN	190	KONGO	145	NORWEGEN	048	SVALBARD UND JAN MAYEN INSELN	286
ANGUILLA	209	FÄRÖER INSELN	204	KONGO DEMOKRATISCHE REPUBLIK	018	OMAN	163	SYRIEN	065
ANTIGUA UND BARBUDA	197	FIJI INSELN	161	KOSOVO	291	ÖSTERREICH	008	SWAZILAND	138
ÄQUATORIALGUINEA	167	FINNLAND	028	KOSTARIKA	019	PAKISTAN	036	TAGIKISTAN	272
ARGENTINIEN	006	FRANKREICH	029	KROATIEN	261	PALÄSTINENSCHEN AUTONOME GEBIETE	279	TAIWAN	022
ARMENIEN	266	FRANZÖSISCH POLINESIEN	225	KUBA	020	PALAU	216	TANZANIE	057
ARUBA	212	FRANZÖSISCH SÜDLICHE TERRITORIEN	183	KUWAIT	126	PANAMA	051	THAILAND	072
ASCENSION	227	FÜRSTENTUM MONACO	091	LAOS	136	PAPUA NEU GUINEA	186	OSTTIMOR	287
AUSTRALIEN	007	FUJAJYRAH	241	LESOTHO	089	PARAGUAY	052	TOGO	156
AZERBAIDJAN	268	GABON	157	LETTLAND	258	PENON DE ALHUCEMAS	232	TOKELAU	235
AZOREN INSELN	234	GAMBIA	164	LIBANON	095	PENON DE VELEZ DE LA GOMERA	233	TONGA	162
BAHAMAS	160	GEORGIEN	267	LIBERIEN	044	PERU	053	TRINIDAD UND TOBAGO	120
BAHRAIN	169	GHANA	112	LIECHTENSTEIN	090	PHILIPPINEN	027	TRISTAN DA CUNHA	229
BANGLADESH	130	GIBRALTAR	102	LITAUEN	259	PITCAIRN	175	TSCHECHISCHE REPUBLIK	275
BARBADOS	118	GIBUTI	113	LUXEMBURG	092	POLEN	054	TUNESIEN	075
BELGIEN	009	GOUGH	228	LYBIEN	045	PORTORICO	220	TÜRKEI	076
BELIZE	198	GRIECHENLAND	032	MACAO	059	PORTUGAL	050	TURKMENISTAN	273
BENIN	158	GRENADA	156	MADAGASKAR	104	QATAR	168	TURKS E CAICOS (INSELN)	210
BERMUDA	207	GRÖNLAND	200	MADEIRA	235	RAS EL KAIMAH	242	TUVALU	193
BHUTAN	097	GUADALUPA	214	MALAWI	056	REUNION	247	UKRAINIEN	263
BIELORUSSIA	264	GUAM INSEL	154	MALAYSIEN	106	ROMANIA	061	UGANDA	132
BOLIVIEN	010	GUATEMALA	033	MALDIVEN	127	RUANDA	151	UMM AL QAIWAIN	244
BONAIRE S. EUSTATIUS UND SABA	295	GUAYANA FRANCESE	123	MALI	149	RUSSLAND (FÖDERATION)	262	UNGARN	077
BOSNIEN HERZEGOVINA	274	GUERNSEY	201	MALTA	105	SAINT BARTHELEMY	293	URUGUAY	080
BOTSWANA	098	GUINEA	137	MAN INSEL	203	SAINT KITTS UND NEVIS	195	UZBEKISTAN	271
BOUVET INSEL	280	GUINEA BISSAU	185	MAROKKO	107	SAINT LUCIA	199	VANUATU	121
BRASILIEN	011	GUYANA	159	MARSHALL (INSELN)	217	SAINT MARTIN (NÖRDLICH)	222	VATIKAN STAAT – HEILIGE STADT	093
BRITISCH-ANTARKTISCH-ESTERRITORIUM	180	HAITI	034	MARTINIQUE	213	SAINT-PIERRE UND MIQUELON	248	SAINT-PIERRE UND MIQUELON	248
BRITISCHE JUNGFERNINSELN	249	HEARD UND DEMCDONALDINSELN	284	MAURITANIEN	141	SALOMON INSELN	191	SAOMOA	131
BRITISCH-ESTERRITORIUM IN SÜDLICHEM OZEAN	245	HONDURAS	035	MAURITIUS	128	SAN MARINO	226	SAO TOME UND PRINCIPE	187
BRUNEI DARUSSALAM	125	HONG KONG	103	MAYOTTE	226	SAUDI ARABIEN	005	SCHWEDEN	068
BULGARIEN	012	INDIEN	114	MAZEDONIEN	278	SCHWEDEN	046	SCHWIZ	071
BURKINA FASO	142	INDONESIEN	129	MELILLA	231	SENEGAL	152	SERBIEN	289
BURUNDI	025	IRAN	039	MEXIKO	046	SENEGAL	152	SIERRA LEONE	189
CAMPIONE D'ITALIA	139	IRAQ	038	MICRONESIA (KONFEDERIERTE STAATEN)	215	SERBIEN	289	SEYCHELLES	110
CEUTA	246	IRLAND	040	MIDWAYINSELN	177	SCHWIZ	071	SHARJAH	290
CHAFARINAS	230	ISLAND	041	MOLDAU	265	SCHWIZ	071	SIERRA LEONE	208
CHAGOS INSELN	255	ISRAEL	182	MONGOLEI	110	SCHWIZ	071	SINGAPORE	134
CIAD	144	JAMAICA	082	MONTENEGRO	290	SCHWIZ	071	SINT MAARTEN (HOLLÄND. TEIL)	294
CHILE	015	JAPAN	088	MONTSERRAT	208	SCHWIZ	071	SLOWAKISCHE REPUBLIK	276
CHINA	016	JERSEY C.I.	202	MONZAMBIQUE	134	SCHWIZ	071	SLOWAKISCHE REPUBLIK	276
CLIPPERTON	223	JORDANIEN	122	MYANMAR	083	SCHWIZ	071	SLOWAKISCHE REPUBLIK	276
COCOS (KEELING) INSELN	281	KAIMANINSELN	211	NAMIBIA	206	SCHWIZ	071	SLOWAKISCHE REPUBLIK	276

TABELLE 11 - LISTE DER IDENTIFIKATIONS-CODES

IN DER ZEILE "STEUERDOMIZIL FÜR DEN 1. JANUAR 2017" IM FELD "GEMEINSAMER ZUSAMMENSCHESS" ANZUGEBEN

DATUM DER FUSION	NEUE DURCH GEMEINDEFUSIONEN IM JAHR 2016 UND AM 1. JANUAR 2017 ENTSTANDENE GEMEINDEN	KENNNUMMER DER GEMEINDE	PROVINZ	URSPRÜNGLICHE GEMEINDE	KENNNUMMER DER EHEMALIGEN GEMEINDE
01/01/2016	MONTESCUDO-MONTE COLOMBO	M368	RN	Ehemalige Gemeinde von MONTE COLOMBO	F476
				Ehemalige Gemeinde von MONTESCUDO	F641
23/02/2016	ALPAGO	M375	BL	Ehemalige Gemeinde von PIEVE D'ALPAGO	G638
				Ehemalige Gemeinde von PUOS D'ALPAGO	H092
01/01/2017	ABETONE CUTIGLIANO	M376	PT	Ehemalige Gemeinde von FARRA D'ALPAGO	D506
				Ehemalige Gemeinde von ABETONE	A012
01/01/2017	ALTA VALLE INTELVI	M383	CO	Ehemalige Gemeinde von CUTIGLIANO	D235
				Ehemalige Gemeinde von LANZO D'INTELVI	E444
01/01/2017	COLLI AL METAURO	M380	PU	Ehemalige Gemeinde von PELLIO INTELVI	G427
				Ehemalige Gem. von MONTEMAGGIORE AL METAURO	F555
01/01/2017	MONTALCINO	M378	SI	Ehemalige Gemeinde von SALTARA	H721
				Ehemalige Gemeinde von SERRUNGARINA	I670
01/01/2017	SAN MARCELLO PITEGLIO	M377	PT	Ehemalige Gemeinde von MONTALCINO	F402
				Ehemalige Gem. von SAN GIOVANNI D'ASSO	H911
01/01/2017	TERRE ROVERESCHE	M379	PU	Ehemalige Gem. von SAN MARCELLO PISTOIESE	H980
				Ehemalige Gemeinde von PITEGLIO	G715
01/01/2017	VALFORNACE	M382	MC	Ehemalige Gemeinde von BARCHI	A639
				Ehemalige Gemeinde von ORCIANO DI PESARO	G089
01/01/2017	VALFORNACE	M382	MC	Ehemalige Gemeinde von PIAGGE	G537
				Ehemalige Gem. von SAN GIORGIO DI PESARO	H886
01/01/2017	VALFORNACE	M382	MC	Ehemalige Gemeinde von PIEVEBOVIGLIANA	G637
				Ehemalige Gemeinde von FIORDIMONTE	D609

TABELLE 12 - LISTE DER IN DEM KÄSTCHEN „GEMEINDEFUSION“ DER ZEILE „STEUERWOHSITZ ZUM 1. JANUAR 2018“ ANZUGEBENDEN KENNNUMMER

DATUM DER FUSION	NEUE DURCH GEMEINDEFUSIONEN IM JAHR 2016 UND AM 1. JANUAR 2017 ENTSTANDENE GEMEINDEN	KENNNUMMER DER GEMEINDE	PROVINZ	URSPRÜNGLICHE GEMEINDE	KENNNUMMER DER EHEMALIGEN GEMEINDE
01/01/2016	MONTESCUDO-MONTE COLOMBO	M368	RN	Ehemalige Gemeinde von MONTE COLOMBO	F476
				Ehemalige Gemeinde von MONTESCUDO	F641
23/02/2016	ALPAGO	M375	BL	Ehemalige Gemeinde von PIEVE D'ALPAGO	G638
				Ehemalige Gemeinde von PUOS D'ALPAGO	H092
				Ehemalige Gemeinde von FARRA D'ALPAGO	D506
01/01/2017	ABETONE CUTIGLIANO	M376	PT	Ehemalige Gemeinde von ABETONE	A012
				Ehemalige Gemeinde von CUTIGLIANO	D235
01/01/2017	ALTA VALLE INTELVI	M383	CO	Ehemalige Gemeinde von RAMPONIO VERNA	H171
				Ehemalige Gemeinde von LANZO D'INTELVI	E444
				Ehemalige Gemeinde von PELLIO INTELVI	G427
01/01/2017	COLLI AL METAURO	M380	PU	Ehemalige Gem. von MONTEMAGGIOREAL METAURO	F555
				Ehemalige Gemeinde von SALTARA	H721
				Ehemalige Gemeinde von SERRUNGARINA	I670
01/01/2017	MONTALCINO	M378	SI	Ehemalige Gemeinde von MONTALCINO	F402
				Ehemalige Gem. von SAN GIOVANNI D'ASSO	H911
01/01/2017	SAN MARCELLO PITEGLIO	M377	PT	Ehemalige Gem. von SAN MARCELLO PISTOIESE	H980
				Ehemalige Gemeinde von PITEGLIO	G715
01/01/2017	TERRE ROVERESCHE	M379	PU	Ehemalige Gemeinde von BARCHI	A639
				Ehemalige Gemeinde von ORCIANO DI PESARO	G089
				Ehemalige Gemeinde von PIAGGE	G537
				Ehemalige Gem. von SAN GIORGIO DI PESARO	H886
01/01/2017	VALFORNACE	M382	MC	Ehemalige Gemeinde von PIEVEBOVIGLIANA	G637
				Ehemalige Gemeinde von FIORDIMONTE	D609
17/02/2017	VAL LIONA	M384	VI	Ehemalige Gemeinde von GRANCONA	E138
				Ehemalige Gem. von SAN GERMANO DEI BERICI	H863
01/03/2017	SERMIDE E FELONICA	I632	MN	Ehemalige Gemeinde von SERMIDE	I632
				Ehemalige Gemeinde von FELONICA	D529
05/05/2017	CASALI DEL MANCO	M385	CS	Ehemalige Gemeinde von CÀSOLE BRUZIO	B983
				Ehemalige Gemeinde von PEDACE	G400
				Ehemalige Gemeinde von SERRA PEDACE	I650
				Ehemalige Gemeinde von SPEZZANO PICCOLO	I898
				Ehemalige Gemeinde von TRENTO	L375

TABELLE DER STEUERSÄTZE DER REGIONALEN IRPEF-ZUSATZSTEUER FÜR DAS STEUERJAHR 2018

REGION ODER AUTONOME PROVINZ	KOD. REG.	EINHEITLICHER STEUERSATZ	EINKOMMENSSTAFFELN	STEUERSATZ	GESCHULDETE STEUER AUF MITTLERE EINKOMMEN INNERHALB DER EINKOMMENSSTUFEN	SONDERFÄLLE
ABRUZZEN	01	1,73%	Für jedes Einkommen			
BASILIKATA	02		unter 55.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	Für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwischen 55.000 und 75.000 Euro mit zwei oder mehreren unterhaltspflichtigen Kindern ist ein vergünstigter Steuersatz von 1,23% vorgesehen. Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens innerhalb der o. g. Einkommensklasse liegt.
			von 55.000 bis 75.000 euro	1,73%	676,50 + 1,73% auf dem Betrag über 54.999	
			über 75.000 euro	2,33%	1022,50 + 2,33% auf dem Betrag über 75.000	
BOLZANO	03	1,23%	Für jede Art von Einkünften, unbeschadet dessen, was in der Spalte "Sonderfälle" beschrieben ist			Allen Steuerzahlern steht ein Absetzbetrag von 20.000 Euro zu. Steuerzahlern mit unterhaltspflichtigen Kindern und einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer bis 70.000 Euro steht ein Absetzbetrag in Höhe von 252 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war. Um den Abzug für Kinder zu erhalten, müssen bei der Ermittlung der Einkommensgrenze (70.000 Euro) auch die Einkünfte berücksichtigt werden, die der Ersatzsteuer auf Mieteinnahmen unterliegen. Der genannte Absetzbetrag von 20.000 Euro ist hingegen nicht zu berücksichtigen. Wenn die geschuldete Steuer geringer als der Absetzbetrag ist, entsteht dadurch kein Steuerguthaben.
KALABRIEN	04	1,73%	Für jedes Einkommen			
KAMPANIEN	05	2,03%	Für jedes Einkommen			
EMILIA ROMAGNA	06		bis 15.000 euro	1,33%	1,33% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,93%	199,50 + 1,93% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,03%	450,40 + 2,03% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	2,23%	998,50 + 2,23% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	2,33%	1.444,50 + 2,33 auf dem Betrag über 75.000	
FRIAUL-JULISCH VENETIEN	07		bis 15.000 euro	0,70%	0,70% auf den gesamten Betrag	
			über 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
LATIUM	08		Für Einkünfte bis 35.000			Für Steuerzahler mit einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer bis 35.000 Euro ist ein vergünstigter Steuersatz von 1,73% vorgesehen. Derselbe Steuersatz von 1,73% ist für Steuerzahler mit 3 zu Lasten lebenden Kindern und einem steuerpflichtigen Einkommen zwecks regionaler IRPEF-Zusatzsteuer bis 50.000 Euro vorgesehen. Wenn die Kinder zu Lasten mehrerer Subjekte leben, wird dieser vergünstigte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihres steuerpflichtigen Einkommens 50.000 Euro nicht übersteigt. Die genannte Einkommensgrenze wird um 5.000 Euro für jedes unterhaltspflichtige Kind nach dem dritten Kind erhöht. Derselbe Steuersatz von 1,73% ist zugunsten von Steuerpflichtigen mit einem zum Zweck der regionalen Irpef-Zusatzsteuer zu versteuernden Einkommen von bis zu 50.000 € mit einem oder mehreren steuerlich zu Lasten lebendem behinderten Kind vorgesehen. Sollten die Kinder zu Lasten von mehreren Subjekten leben, wird dieser erleichterte Steuersatz nur angewandt, wenn die Summe ihrer zu versteuernden Einkommen weniger als 50.000 € beträgtta agevolata si applica solo se la somma dei loro redditi imponibili sia inferiore a 50.000 euro.
			bis 35.000 euro	1,73%	1,73% auf den gesamten Betrag	
			Für Einkünfte über 35.000 euro			
			bis 15.000 euro	1,73%	1,73% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	2,73%	259,5 + 2,73% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,93%	614,4 + 2,93% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	3,23%	1405,5 + 3,23% auf dem Betrag über 55.000	
über 75.000 euro	3,33%	2051,5 + 3,33% auf dem Betrag über 75.000				
LIGURIEN	09		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,81%	184,50 + 1,81% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,31%	419,80 + 2,31% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	2,32%	1.043,5 + 2,32% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	2,33%	1.507,5 + 2,33% auf dem Betrag über 75.000	
LOMBARDEI	10		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,58%	184,5+1,58% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,72%	389,9+1,72% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,73%	854,30 + 1,73% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,74%	1.200,30 + 1,74% auf dem Betrag über 75.000	

REGION ODER AUTONOME PROVINZ	KOD. REG.	EINHEITLICHER STEUERSATZ	EINKOMMENSSTAFFELN	STEUERSATZ	GESCHULDETE STEUER AUF MITTLERE EINKOMMEN INNERHALB DER EINKOMMENSSTUFEN	SONDERFÄLLE
MARKEN	11		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,53%	184,5+1,53% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,70%	383,4+1,70% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,72%	842,4+1,72% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%	1.186,4+1,73% auf dem Betrag über 75.000	
MOLISE	12		bis 15.000 euro	2,03%	2,03 % auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	2,23%	304,5+2,23% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,43%	594,4+2,43% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	2,53%	1.250,5+2,53% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	2,63%	1.756,5+2,63% auf dem Betrag über 75.000	
PIEMONT	13		bis 15.000 euro	1,62%	1,62% auf den gesamten Betrag	Den Steuerzahlern steht ein Absetzbetrag in Höhe von 250 Euro für jedes zu Lasten lebende Kind mit einer Behinderung zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war/carico.. Steuerzahlern mit mehr als 3 zu Lasten lebenden Kindern steht ein Absetzbetrag in Höhe von 100 Euro für jedes Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war, und ab dem ersten Kind der anerkannten leiblichen, adoptierten oder Pflegekindern..
			von 15.001 bis 28.000 euro	2,13%	243+2,13% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	2,75%	519,9+2,75% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	3,32%	1.262,40 + 3,32% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	3,33%	1.926,40 + 3,33 auf dem Betrag über 75.000	
APULIEN	14		bis 15.000 euro	1,33%	1,33% auf den gesamten Betrag	Steuerzahlern mit mehr als 3 zu Lasten lebenden Kindern steht ein Absetzbetrag in Höhe von 20 Euro für jedes Kind zu, und zwar im Verhältnis zum Prozentsatz und zu den Monaten, in denen das Kind unterhaltspflichtig war, und ab dem ersten Kind der anerkannten leiblichen, adoptierten oder Pflegekindern.. Der o. g. Absetzbetrag wird um 375 Euro für jedes Kind mit Behinderung erhöht.
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,43%	199,5+1,43 auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,71%	385,4+1,71% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,72%	847,1+1,72% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%	1.191,1+1,73% auf dem Betrag über 75.000	
SARDINIEN	15	1,23%	Für jedes Einkommen			
SIZILIEN	16	1,73%	Für jedes Einkommen			
TOSKANA	17		bis 15.000 euro	1,42%	1,42% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,43%	213+1,43% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,68%	398,9+1,68% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,72%	852,5+1,72% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,73%	1.196,5+1,73% auf dem Betrag über 75.000	
TRIENT	18		Für jede Art von Einkünften, unbeschadet dessen, was in der Spalte "Sonderfälle" beschrieben ist	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	Der Steuersatz der regionalen Irpef-Zusatzsteuer wird für Bezieher eines Renteneinkommens mit einem zum Zweck der regionalen Irpef- Zusatzsteuer zu versteuernden Einkommen von bis zu 15.000 € unter Anwendung eines Steuersatzes von 1,23% auf das gesamte zu versteuernde Einkommen auf Null reduziert.
UMBRIEN	19		bis 15.000 euro	1,23%	1,23% auf den gesamten Betrag	
			von 15.001 bis 28.000 euro	1,63%	184,5+1,63% auf dem Betrag über 15.000	
			von 28.001 bis 55.000 euro	1,68%	396,4+1,68% auf dem Betrag über 28.000	
			von 55.001 bis 75.000 euro	1,73%	850+1,73% auf dem Betrag über 55.000	
			über 75.000 euro	1,83%	1.196+1,83% auf dem Betrag über 75.000	
AOSTA	20	1,23%	Für jedes Einkommen			
VENETIEN	21	1,23%	Für jede Art von Einkünften, unbeschadet dessen, was in der Spalte "Sonderfälle" beschrieben ist			Es ist ein vergünstigter Steuersatz von 0,9% für behinderte Personen mit einem steuerpflichtigen Einkommen bis 45.000 Euro und für Steuerzahler mit einem zu Lasten lebenden behinderten Familienangehörigen und einem steuerpflichtigen Einkommen bis 45.000 Euro vorgesehen. Wenn die behinderte Person zu Lasten mehrerer Subjekte lebt, wird der vergünstigte Steuersatz von 0,9% nur angewandt, wenn die Summe des Einkommens der unterhaltspflichtigen Personen 45.000 Euro nicht übersteigt.

**FÜR DIE FREIWILLIGE ZUWENDUNG VON ZWEI PROMILLE DER IRPEF ALS BEGÜNSTIGTE
ZUGELASSENE POLITISCHE PARTEIEN**

POLITISCHE PARTEI	CODE
Alternativa popolare	Z39
Articolo 1 - Movimento Democratico e Progressista	Z40
Centro Democratico	A10
Democrazia Solidale – Demo.S	A41
Energie per l'Italia	A42
Federazione dei Verdi	B30
Fratelli d'Italia - Alleanza Nazionale	C12
IDEA – Identità e Azione	C35
Italia dei Valori	C31
Lega Nord per l'Indipendenza della Padania	D13
Lega per Salvini Premier	D43
Movimento Associativo Italiani all'Estero	E14
Movimento La Puglia in Più	E32
Movimento Politico Forza Italia	F15
Partito Autonomista Trentino Tirolese	K18
Partito della Rifondazione Comunista – Sinistra Europea	L19
Partito Democratico	M20
Partito Socialista Italiano	R22
Popolari per l'Italia	S23
Possibile	S36
Scelta Civica	T24
Sinistra Italiana	T44
Stella Alpina	U37
Südtiroler Volkspartei	W26
Union Valdôtaine	Y27
Unione di Centro	Y29
Unione per il Trentino	Z28